v. 26 pt. 1 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 02784580

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G37g
v.26
pt. 1

Date Due

This book must
not be taken
from the building

PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diegrobepolitikd0000vari

D
394
G4
v.26
pt.1

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

26. Band:

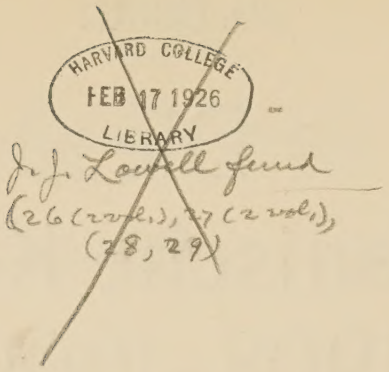
Die Bosnische Krise 1908–1909

Erste Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

G.cr 2320.5



J. J. Lowell fund
(26 (2 vols.), 27 (2 vols.),
(28, 29)

1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37g
v.26
pt. 1

Inhaltsübersicht des sechsundzwanzigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CXCII

Zur Vorgeschichte der Annexion von Bosnien und der Herzegowina 1

KAPITEL CXCIII

Die Begegnungen von Berchtesgaden und Buchlau. Präludien zur Annexion 23

KAPITEL CXCIV

Die Bulgarische Unabhängigkeitserklärung. Die Frage der Orientbahnen 65

KAPITEL CXCV

Die Annexionserklärung und ihre Aufnahme 95

KAPITEL CXCVI

Der Plan einer Europäischen Konferenz. Das Iswolsky-Greysche Konferenzprogramm. Iswolskys Rundreise 131

KAPITEL CXCVII

Die Österreichisch-Serbische Krise. Erstes Stadium: Oktober bis Dezember 1908 247

KAPITEL CXCVIII

Der Österreichisch-Russische Notenwechsel. Das Scheitern des Konferenzplans 285

KAPITEL CXCIX

Deutsches Entgegenkommen gegen Rußland in der Meerengenfrage 365

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192530

Kapitel CXCII

Zur Vorgeschichte der Annexion von Bosnien und der Herzegowina

Nr. 8912

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 29 Belgrad, den 28. Februar 1908

In Bosnien beginnt sich eine Bewegung geltend zu machen, wie sie wohl ausnahmslos in einem durch eine europäische Macht okkupierten unkultivierten Lande in die Erscheinung tritt, sobald die zivilisatorische Arbeit des Eroberers ihre Wirkung in weiten Kreisen auszuüben beginnt. Mit der Kultur erwacht das Nationalbewußtsein und der Wunsch der einheimischen Bevölkerung nach Beteiligung an der Verwaltung und nach modernen Einrichtungen*.

Herr von Burian** scheint geneigt, dieser Bewegung einigermaßen Rechnung zu tragen, und wird dabei wohl von dem Gedanken geleitet, daß es besser sei, die nationalserbische Bewegung — denn um diese handelt es sich in Bosnien — selbst zu leiten und der mehr und mehr sich entwickelnden Bevölkerung die Richtung zu geben, als sie unter den Händen der serbischen Agitatoren zu ergrimmten Gegnern Österreich-Ungarns mit großserbischen Gelüsten werden zu lassen. Daß diese Politik von dem katholischen Klerus und den Kroaten bekämpft wird, die miteinander katholische und, was in diesem Falle dasselbe ist, kroatische Propaganda treiben, liegt auf der Hand. Aber auch ein großer Teil der bosnischen Beamtenschaft scheint mit ihrem obersten Chef in Wien höchst unzufrieden zu sein, da sie befürchtet, daß das System Burian eine ihnen gefährliche Konkurrenz für ihre Stellen schaffen werde. Auch mag ein guter Prozent-

* Über die großserbische Bewegung ist eine ganze Literatur entstanden. Den österreichischen Standpunkt vertreten u. a. L. Mandl, Österreich-Ungarn und Serbien (1911) L. v. Südland (Pilar), Die südslawische Frage und der Weltkrieg (1918), H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914, II, S. 163 ff.; den anti-österreichischen T. G. Masaryk, Der Agramer Hochverratsprozeß und die Annexion von Bosnien und Herzegowina (1909), im wesentlichen auch R. W. Seton-Watson, Die südslawische Frage im Habsburger Reiche. Bemerkenswert ist das Urteil des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers in Berlin M. Boghitschewitsch, der in seinem Buche „Kriegsursachen" (S. 24) zugibt, daß die österreichischen Beschuldigungen gegen die großserbische Propaganda großenteils auf Richtigkeit beruhten, wenn sie auch gerichtlich, wie der bekannte Prozeß Friedjung zeigte, nicht zu erweisen waren.

** K. u. K. Reichsfinanzminister, als solcher mit der Zentralleitung Bosniens und der Herzegowina beauftragt.

satz der Beamten prinzipiell mit der Auffassung des Herrn von Burian nicht einverstanden sein.

Hier im Königreich Serbien, wo der großserbische Gedanke genährt wird, verfolgt man bekanntlich den Lauf der Dinge jenseits der Drina mit lebhafter Aufmerksamkeit und schürt nach Kräften. Die Leiter der Bewegung scheinen sich aber augenblicklich in einer gewissen Verlegenheit zu befinden, da sie sich unversehens in ihrem Kampf gegen Herrn von Burian an der Seite der Katholiken und Kroaten finden, ihrer erbitterten Gegner.

M. Ratibor

Nr. 8913

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 84 Wien, den 21. März 1908

In seinem Berichte vom 21. November v. Js. hat der Kaiserliche Konsul in Serajewo* bereits die innerpolitischen Verhältnisse im Okkupationsgebiet dargelegt und dabei im besonderen auf die großserbische Agitation hingewiesen, die sich dort neuerdings in verstärktem Maße zeigt. Daß er in dieser Beziehung nicht zu schwarz sieht, und daß hierin ein Moment von großer Bedeutung für die Zukunft der dortigen Länder und im weiteren Sinne der österreichisch-ungarischen Monarchie liegt, steht außer Frage. Nach dem ganzen Verhalten, welches die österreichisch-ungarische Regierung dieser Bewegung gegenüber bisher beobachtet hat, möchte es scheinen, als ob man hier in Wien der Entwickelung der dortigen Verhältnisse nicht die Beachtung schenkt, die sie verdient, wenn man nicht etwa annehmen will, daß man absichtlich die Dinge gehen läßt, um dann im geeigneten Augenblick mit Gewalt einzuschreiten und mit Blut und Eisen Ordnung zu schaffen. Daß Österreich nicht gesonnen ist, auf Bosnien und Herzegowina und die seinerzeit durch die Okkupation dieser beiden Länder inaugurierte Balkanpolitik zu verzichten, beweist neben dem neuerdings für das Küstenland Dalmatien bekundeten vermehrten Interesse vor allem die letzthin mit so großem Aufsehen von Baron Aehrenthal in Szene gesetzte Balkanverkehrspolitik**.

Wenn man nun auch in Wien und in Pest darüber einig ist, daß die okkupierten Länder nicht wieder von der Monarchie losgetrennt werden dürfen, so herrscht doch über die zukünftige politische Gestaltung der okkupierten Länder wie in so vielen anderen Fragen diesseits und jenseits der Leitha durchaus kein Einverständnis. Diesen Umstand haben sich die Großserben mit vielem Geschick zunutze gemacht, und sie haben es verstanden, in den letzten Jahren, wo in der Doppelmonarchie alle

* Springer.

** Gemeint ist das Sandschakbahnprojekt. Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.

Kräfte von dem Kampfe um den Ausgleich absorbiert wurden und die Aufmerksamkeit von entfernter liegenden Angelegenheiten abgelenkt war, die politische Lage ihrer Stammesgenossen im Okkupationsgebiet zu verstärken und dem großserbischen Gedanken neue Anhänger zu gewinnen. Hierbei fanden sie die kräftigste Unterstützung von seiten der Unabhängigkeitspartei in Ungarn, die für ihre parteipolitischen Zwecke der Dienste der Serben in Serajewo, Agram und Belgrad zu bedürfen glaubte.

So ist es gekommen, daß von den drei in Bosnien und Herzegowina ansässigen Nationalitäten die Serben heute die größte politische Macht besitzen. Neben der autonomen Kultusverwaltung haben sie jetzt auch das Recht erworben, im ganzen Lande politische Vertreter zu wählen und Versammlungen abzuhalten. Die Sprache, die in diesen geführt wird, ist aber nichts weniger als loyal, und die separatistischen Wünsche der serbischen Partei treten dabei offen zutage. Wenn die Regierung nicht beizeiten für ein genügendes Gegengewicht sorgt, so ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Serben das Übergewicht in dem Okkupationsgebiete erlangen, bei der einstigen staatsrechtlichen Gestaltung dieser Länder dann ein kräftiges Wort mitsprechen und der Zentralregierung vielleicht arge Verlegenheiten bereiten werden.

Bei dieser Sachlage kann es wohl als ein Fehler der bosnischen Regierung bezeichnet werden, daß sie es nicht verstanden hat, das Bündnis, welches in der letzten Zeit zwischen der serbischen und der mohammedanischen Bevölkerung zustande gekommen ist, zu verhindern. Bei diesem Bündnis handelt es sich für die Mohammedaner vornehmlich um Religionsinteressen, die die bisher noch minderberechtigten Moslims mit Hilfe der Serben gegen den gemeinsamen Feind, die katholischen Kroaten, durchzusetzen bestrebt sind. Einen Beweis für dies Bündnis und seine antikatholische und regierungsfeindliche Tendenz bot neuerdings der Fall Jeftanovitsch, der in Bosnien viel Staub aufgewirbelt hat. Jeftanovitsch, einer der gefährlichsten großserbischen Agitatoren, der seinerzeit vom Baron Kállay* des Landes verwiesen war, unter Herrn von Burian aber zurückgerufen und zum Präsidenten der orthodoxen Kirchengemeinde in Serajewo ernannt wurde, hat in dieser Eigenschaft sich kürzlich geweigert, an dem Festbankett zu Ehren des neuernannten Metropoliten** teilzunehmen, weil er mit dem Erzbischof Stadler und dem Vertreter der Regierung nicht an einem Tisch sitzen wolle. Diese Provokation des serbischen Agitators, die bei den Kroaten die größte Erbitterung erregt hat, findet die volle Zustimmung des in Mostar erscheinenden Organs der bosnischen Mohammedaner „Musawat".

Wenn hiernach im Interesse der loyalen katholisch-kroatischen Bevölkerung des Okkupationsgebiets und weiter für die Zukunft des Landes als Teil der Gesamtmonarchie die Politik der bosnischen Regierung darauf

---

* Vorgänger Baron von Burians als K. u. K. Reichsfinanzminister.
** Eug. Letica.

gerichtet sein müßte, die Kroaten zu stärken und die Serben möglichst zu isolieren, so hat andererseits Ungarn als Feind aller großkroatischen Bestrebungen ein Interesse daran, die Kroaten in Bosnien nicht zu mächtig werden zu lassen. Es glaubt, dies am sichersten durch die Begünstigung der serbischen Partei verhindern zu können, und hieraus erklärt sich das Entgegenkommen, welches Herr von Burian, ein guter Ungar, den Serben in den letzten Jahren bewiesen hat.

Daß sich die serbisch-magyarische Intimität daneben auch gegen den gemeinsamen „Feind" Österreich richtet und von den Serben im Okkupationsgebiet in geschickter Weise für ihre Sonderpläne benutzt wird, beweist ein kürzlich veröffentlichter Artikel des in Serajewo erscheinenden Serbenorgans „Srpska Rjec", in dem es heißt: „Die Magyaren haben kein Interesse, daß Bosnien und Herzegowina den Kroaten oder Österreichern in die Hände fallen. Die magyarische Unabhängigkeitspartei, die selbst einen Kampf auf Leben und Tod gegen Österreicher und Kroaten führt, hat sich offen dafür ausgesprochen, daß sie keine Annexion Bosniens will, und daß ein freies Bosnien die beste Garantie für ein freies Ungarn ist. Angesichts dessen sind Serbien und Bosnien die natürlichen Bundesgenossen der Magyaren, und können wir mit Sicherheit darauf zählen, daß wir in dem Kampfe für die vollständige Selbständigkeit Bosniens und der Herzegowina bei den Magyaren die weitgehendste Unterstützung finden werden."

Es ist nicht verwunderlich, daß die großserbische Agitation bei dem vorzüglichen Nährboden, den sie im Okkupationsgebiete gefunden hat, auch nach anderen benachbarten Ländern übergreift. So ist sie neuerdings besonders auch in Kroatien stärker hervorgetreten, wo sie in dem zwischen der Regierung und der separatistischen Opposition entbrannten heftigen Verfassungskampfe auf äußerst günstige Verhältnisse stieß und als serbisch-kroatische Koalition ihren Tendenzen die Zweidrittelmajorität im neuen kroatischen Landtag verschaffte.

Wenn nun auch der größere Teil des serbisch-kroatischen Koalitionskonglomerats nur die unionistische Ausgestaltung der ungarisch-kroatischen Gemeinsamkeit, und zwar in extrem nationalkroatischem Sinne, erstrebt, sind die Ziele des anderen, extremen Teils direkt auf die Errichtung eines großen südslawischen Königreichs gerichtet. Hierin steht die serbokroatische Koalition in scharfem Gegensatze zu der zweitgrößten Partei des kroatischen Landtags, der Starčevitsch-Partei, deren Ideal ein selbständiges, von Ungarn losgelöstes Kroatien ist, welches jedoch im Rahmen der österreichischen Gesamtmonarchie verbleiben und in welchem die Führerschaft mit Ausschluß des serbischen Elements den Kroaten gesichert sein soll. Die dieser Partei eigentümliche Feindschaft gegen alle großserbischen Prätentionen war bisher verkörpert in der Person ihres Leiters Dr. Frank. In dem Umstand nun, daß dieser sich kürzlich veranlaßt gesehen hat, die Parteileitung niederzulegen, kann man einen weiteren Erfolg der großserbischen Idee erkennen.

Hier in Kroatien wird voraussichtlich auch der Schauplatz sein, auf dem sich die großserbische Agitation der ungarischen Regierung — deren jetzige Mitglieder sie großgezogen haben, als sie noch in der Opposition standen — zunächst unangenehm bemerkbar machen wird. Sie kann ihr mit Erfolg begegnen, wenn sie sich dazu versteht, ihre Freunde von damals zu verleugnen und mit den nationalkroatischen Elementen der Volksvertretung zu paktieren. Einen Beweis dafür, daß die ungarische Regierung nicht blind ist für die Gefahren der großserbischen Agitation in Kroation, liefert eine Rede des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle im ungarischen Abgeordnetenhause, in der er offen erklärt, daß man „von Belgrad nach Kroatien hinüberschiele".

Die politischen Verhältnisse in den okkupierten Provinzen haben sich infolge der zunehmenden serbischen Agitation in letzter Zeit unstreitig schwieriger gestaltet. Solange die österreichische Regierung sich nicht entschließen wird, selbständig Anteil an der bosnischen Politik zu nehmen, sondern sie wie bisher unbekümmert um die Rückwirkungen, die die politischen Fehler, die dort begangen werden, auf die Verhältnisse der Gesamtmonarchie eines Tages auszuüben geeignet sind, in den Händen eines gemeinsamen Finanzministers beläßt, der — selbst kein Mann von Tatkraft — die Dinge dort durch die ungarische Brille ansieht, so lange wird eine den Interessen des Gesamtstaats entsprechende Konsolidierung der Verhältnisse dort schwerlich eintreten.

von Tschirschky

Nr. 8914

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 86 Wien, den 24. März 1908

Ganz vertraulich

Die von mir in dem nebenstehend angezogenen Bericht* hervorgehobene Bedeutung der großserbischen Agitation im Okkupationsgebiete findet in der Presse Österreich-Ungarns mehr und mehr Beachtung, besonders seit die Serben sich nicht mehr mit der stillen Arbeit begnügen, sondern ihre Tendenzen offen durch Straßendemonstrationen bekennen, wie solche vor einigen Tagen im Anschluß an die Aufführung der Operette „Die lustige Witwe" in Serajewo stattgefunden haben.

Bei Besprechung dieses Vorfalls gibt der „Pester Lloyd" zum Beweise für die Kühnheit, mit der die serbische Presse Bosniens für die hochverräterischen Aktionen Propaganda macht, einen Auszug aus dem in Banjaluka erscheinenden serbischen Organ „Otadzbina" wieder, den ich mich gehorsamst im Zeitungsausschnitt beizufügen beehre.

Die Staatsanwaltschaft hat zwar diese Nummer der „Otadzbina" konfisziert. Die Leitung des Blattes hat es aber verstanden, eine große

* Siehe Nr. 8913.

Anzahl von Exemplaren kuvertiert in alle Gegenden des Okkupationsgebiets wie auch an die in Kroatien lebenden Serben zu senden.

Übrigens sind mir in den letzten Tagen ganz vertraulich sichere Nachrichten zugegangen, nach denen sowohl der österreichische Ministerpräsident als auch der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand sich sehr besorgt über die Entwickelung der Verhältnisse in den okkupierten Provinzen ausgesprochen haben. Man fängt jetzt hier an, den Ernst der dortigen Lage zu begreifen.

von Tschirschky

Nr. 8915

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 191 St. Petersburg, den 9. Mai 1908

pp.* Im weiteren Verlauf der Unterredung ist dann Graf Berchtold auf die österreichfeindliche serbische Agitation zu sprechen gekommen und hat den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß man in Wien auch von serbischen Intrigen in St. Petersburg und Konstantinopel Kenntnis habe. Herr Iswolsky erwiderte, daß diese Frage von Baron Aehrenthal auch dem Fürsten Urussow gegenüber, wie dieser telegraphiere, zur Sprache gebracht worden sei. Der Minister fügte hinzu, es sei ihm von der jetzigen serbischen Agitation gar nichts bekannt[1], und er habe von keiner Seite etwas darüber gehört. Auf die erstaunte Frage des Grafen Berchtold, ob der Minister denn nicht in der Presse davon gelesen habe, erwiderte Herr Iswolsky, er habe in der letzten Zeit wegen der Feste bei Hofe beinahe gar keine Zeitungen zu Gesicht bekommen[2]. Auf die weitere Bemerkung des Botschafters, daß verschiedene in der letzten Zeit in der hiesigen Presse, besonders im „Journal de St. Pétersbourg" erschienene Artikel deutlich auf serbische Machenschaften hinwiesen, hat Herr Iswolsky nur die etwas naive Antwort gehabt: „Warum lesen Sie denn dieses ganz bedeutungslose Blatt? Mir darf dasselbe nie auf den Tisch gelegt werden."[3] Schließlich verwahrte sich der Minister dagegen, als ob die russische Regierung irgend etwas mit den serbischen Intrigen zu tun habe. Als der Botschafter dann daran erinnerte, daß Herr Iswolsky seinerzeit als Gesandter in Belgrad gelegentlich einer Unterredung mit Freiherrn von Aehrenthal selbst die serbischen Agitatoren als ganz gefährliche Subjekte bezeichnet habe, gab der Minister dies zu und versprach, den russischen Vertreter in Belgrad auf die serbischen Machenschaften aufmerksam zu machen**. Dies ist inzwischen, wie mir Herr Tscharykow heute

---

* Aus dem Bericht des Grafen Pourtalès vom 9. Mai über eine Unterredung des österreich-ungarischen Botschafters Grafen Berchtold mit Iswolsky, die hauptsächlich die Donau-Adria-Bahn betraf, wird hier ein auf die großserbische Agitation bezüglicher Passus mitgeteilt.

** Sergejew.

nachmittag mitteilte, bereits geschehen. Der russische Gesandte ist beauftragt worden, „in Belgrad kalmierend zu wirken“.[4] pp.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gelogen!
[2] Das ist frech! Eine solche Lüge dürfte nicht einmal ein junger Ministerialbeamter brauchen!
[3] aha! weil er weiß was darinnensteht!
[4] hinziehen und heimlicher machen!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ein ausgetragener Lügenbold und Kanaille! Der Iswolski!

Nr. 8916

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 65 Belgrad, den 26. Mai 1908

Die serbischen offiziellen Kreise fahren fort, im Auslande großserbische Propaganda zu treiben, und zwar in erster Linie in Bosnien, Ungarn und Kroatien, wo augenblicklich größere Geldmittel aufgewendet werden als für die Bewegung in Mazedonien. Gleichzeitig wird in Serbien selbst für die Verbreitung der großserbischen Idee agitiert, und die serbische Presse bringt fortgesetzt Artikel, in welchen sie ihre Österreich-Ungarn feindliche Gesinnung durch Angriffe gegen den K. und K. Gesandten Grafen Forgách bekundet.

Ich habe den Eindruck, daß König Peter und Herr Paschitsch* diese Bewegung schüren, um die Bevölkerung von den unerquicklichen inneren politischen Verhältnissen nach Möglichkeit abzulenken, und um im Lande sich populär zu machen, und daß es eines äußeren Anstoßes zu ihrer Haltung nicht bedurfte. Insbesondere sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß Herr Sergejew, der russische Gesandte, ein anständiger, dicker, ruhiger und jovialer Herr, die serbischen Machthaber irgendwie encouragiert hätte. Frau Sergejew, die Tochter des verstorbenen russischen Finanzministers Wyschnegradski, liebt aber die Serben im allgemeinen und die Prinzen des königlichen Hauses im besonderen und macht kein Hehl daraus. Das hat auf den Gatten ein wenig abgefärbt. So mag bei den Serben das Gefühl erweckt worden sein, daß ihre Haltung von russischer Seite gebilligt wird.

Ein Beispiel für das Verhalten von Frau Sergejew: Das russische und das italienische** Gesandtenpaar machten dieser Tage einen Ausf ug nach dem Dorfe Topola, wo der Großvater des Königs Peter, der schwarze Georg, begraben liegt, der Komitadji aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts, der als Befreier von dem Türkenjoch gefeiert wird. Auf Vor-

* Serbischer Ministerpräsident.
** Marchese Guiccioli.

schlag von Frau Sergejew wurde von dort ein gemeinschaftliches Telegramm an Seine Majestät den König nach Belgrad gesandt. Eine an Lächerlichkeit streifende Pose, über die bisher nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Die Absender mögen auch wohl nachträglich das richtige Gefühl gehabt haben, denn sie haben ihre Demonstration bei ihrer Rückkehr vor den Kollegen verborgen. Ich erfuhr davon ganz zufällig. König Peter hat übrigens freundlich dankend geantwortet.

Wenn überhaupt hier von russischer Seite augenblicklich gehetzt worden ist, so könnte das allenfalls von dem ersten Sekretär der Gesandtschaft* in selbständigem Vorgehen geschehen sein. Das offizielle Rußland dürfte trotz der Rücksichtnahme auf die panslawistische Empfindlichkeit noch für eine Reihe von Jahren kein Interesse daran haben, ernste Störungen auf dem Balkan hervorzurufen, und vielmehr wünschen, die Entente mit Österreich-Ungarn aufrechtzuerhalten.

Zu dem erwähnten Telegramm sagte mir der österreichisch-ungarische Gesandte: „Ob meine Kollegen sich lächerlich machen, kann mir gleichgültig sein. Wenn sie aber zu der Erhaltung der Dynastie Karageorgewitsch in Serbien beitragen, so kann das Österreich nur willkommen sein. Eine Demonstration wie die des russisch-italienischen Gesandtentelegramms kann, wenn sie bekannt wird, dem Ansehen der Krone in den Augen der Serben nur nützlich sein."

Hieran anknüpfend kam mein österreichisch-ungarischer Kollege auf die Frage des Besuchs des Königs von Serbien bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph zu sprechen und sprach die Vermutung aus, daß nach Erledigung des serbisch—österreichisch-ungarischen Vertrages** eine Anfrage nach Wien gerichtet werden würde. Diese würde auf eine starke Opposition stoßen, und er sei sich noch nicht im klaren darüber, ob die Annahme des Besuches um diese Zeit schon ein Gebot der politischen Notwendigkeit sei und deshalb seinem allergnädigsten Herrn zu empfehlen sein würde, wenn der Besuch allerhöchstdemselben persönlich auch noch so peinlich wäre.

M. Ratibor

Nr. 8917

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 73 Belgrad, den 10. Juni 1908

Vertraulich

Der hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandtschaft sind eine Reihe von Übersetzungen aus einer Korrespondenz in die Hände gelangt, die

* Evreinow.

** Gemeint ist der im März 1908 zwischen Österreich-Ungarn und Serbien abgeschlossene Handelsvertrag, der aber wegen parlamentarischer Schwierigkeiten nur provisorisch, erst bis Ende Dezember 1908, dann bis Ende März 1909, in Kraft trat. Näheres darüber bei Bärnreither, Unsere Handelsbeziehungen zu Serbien, Österreichische Rundschau, Bd. XXIX, S. 1 ff.

in den letzten Monaten zwischen dem Ministerpräsidenten Herrn Paschitsch und dem serbischen Minister des Innern* einerseits und den serbischen Agitatoren in Bosnien, Ungarn und Kroatien andererseits geführt worden ist. Aus den Schriftstücken, deren Richtigkeit auf der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft nicht bezweifelt wird, geht die aktive Teilnahme der serbischen Regierungsorgane an den Wühlereien hervor, die in Direktiven und in der Zuwendung sehr reichlicher Geldmittel besteht.

In Wien sollen diese Dinge eine starke nervöse Reizbarkeit hervorgebracht haben, die noch dadurch erhöht wird, daß infolge des Pyrrhussieges des Herrn Paschitsch bei den Wahlen** die Situation eine recht verworrene geworden ist, wodurch alle diplomatischen Geschäfte zum Stillstand gebracht werden und das Schicksal des österreichisch-ungarisch-serbischen Handelsvertrages in Frage gestellt wird. Zugleich mehren sich die Angriffe auf Seine Majestät den König Peter in der Presse und nehmen die schroffste Form an.

Die neu gewählte Skupschtina soll bald zusammentreten. Die Entwirrung oder die Verwirrung der inneren Lage Serbiens, die sodann eintreten wird, wird auch für uns politisch und wirtschaftlich von Interesse sein.

M. Ratibor

Nr. 8918

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 350 St. Petersburg, den 6. August 1908

Der Umstand, daß die österreichische Presse die Nachricht von der Einführung der Konstitution in der Türkei*** nicht mit dem Wohlwollen aufgenommen habe, das man hätte erwarten können, findet nach Ansicht der „Nowoje Wremja" eine sehr einfache Erklärung. Es sei nämlich anzunehmen, daß die jungtürkische Bewegung, wenn es ihr tatsächlich gelinge, der slawischen Bevölkerung in der Türkei Freiheit und Gleichberechtigung zu verbürgen, auch Bosnien und die Herzegowina von dem österreichischen Joche befreien werde. Diese Aussicht könne natürlich

---

* Petrowitsch.

** Infolge der radikalen Opposition, die die Majorität der Skupschtina namentlich auch dem Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn entgegengesetzt hatte, war am 13. April 1908 die Auflösung der Skupschtina erfolgt; bei den Neuwahlen (31. Mai) erlangte die Regierung eine nur ganz geringe Mehrheit, die nicht ausreichte, um den Handelsvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Über die weitere Entwickelung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien siehe Bärnreither, Unsere Handelsbeziehungen zu Serbien, Österreichische Rundschau Bd. XXIX, S. 5ff. und 105ff.

*** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXCI.

der österreichischen Regierung nicht angenehm sein, und es seien daher schon in allernächster Zeit entschiedene Maßnahmen von ihrer Seite zu erwarten, um sich die weitere Okkupation der genannten Provinzen zu sichern.

„Das egoistische Interesse verknüpft Österreich-Ungarn mit dem alten türkischen Regime, nicht mit dem neuen. Wir müssen daher erwarten, daß im Falle eines Konfliktes des Sultans mit den konstitutionellen Bestrebungen, Österreich auf der Seite des Sultans stehen wird. Ebenso müssen wir erwarten, daß es sich mit aller Kraft bemühen wird, das Erwachen einer nationalen slawischen Bewegung in den okkupierten Provinzen zu verhindern.

Noch mehr Grund haben wir zu der Erwartung, daß die russische Diplomatie fortgesetzt die Entwickelung der Ereignisse beobachten und, wenn die Ereignisse ohne ihr Zutun zu irgend einem Ergebnisse geführt haben, uns sagen wird: es ist alles so gekommen, wie wir es vorausgesehen haben, zum Segen für alle und besonders zum Segen für Rußland."

F. Pourtalès

Nr. 8919

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 201 Wien, den 14. August 1908

Im Königreiche (und vormaligen Fürstentum) Serbien hegte man von jeher großserbische Aspirationen, die zu den Machtverhältnissen und finanziellen Kräften dieses Staates in starkem Mißverhältnisse stehen. Bis zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn rechnete man in Belgrad auf die Erwerbung der beiden Provinzen, und die damals in Serbien tonangebende nationalliberale Partei mit ihrem Führer, dem unstreitig bedeutenden Jowan Ristitsch, nahm für Serbien die Rolle eines Piemont der Balkanhalbinsel in Anspruch, dessen Cavour Ristitsch zu werden gedachte. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina war ein um so härterer Schlag für die Chauvinisten in Serbien, als hierzu noch die Errichtung des Fürstentums Bulgarien kam. Seit der Okkupation der beiden Provinzen ist Österreich-Ungarn in Serbien verhaßt geworden, und dieser Haß wurde keineswegs dadurch gemildert, daß König Milan, teils in Erkenntnis der wirklichen Macht Serbiens, teils finanziell vom Wiener Hof abhängig, die großserbische Bewegung niederhielt. Diese Politik Milans hatte zur Folge, daß der Fürst von Montenegro die Führung der großserbischen Bewegung an sich riß und die Blicke der serbischen Chauvinisten im Königreich sowie aller serbischen unzufriedenen Elemente in Bosnien und der Herzegowina, Dalmatien, Kroatien-Slawonien und Ungarn sich nach Cetinje richteten.

Diese Verhältnisse dauerten bis zum Untergange der Dynastie Obrenowitsch. Seit der Thronbesteigung Peter Karageorgewitsch' änderte sich das Bild. Zur Festigung der Position seiner Dynast e begünstigte König Peter die großserbische Bewegung. Im Jahre 1903 wurde in Belgrad die Offiziere, Beamte und Parlamentarier umfassende südslawisch-großserbisch-propagandistische „Slawenski Jug" („Slawischer Süden") gegründet, und von da ab ging es mit dem „großserbischen Prestige" des Fürsten Nikita abwärts. Heute gravitieren sogar die serbischen Orthodoxen Dalmatiens nach Belgrad, und die bekannte von Serbien aus inszenierte Bombenverschwörung gegen den Fürsten Nikita*, mag sie auch weniger gefährlich gewesen sein, als man in Cetinje behauptete, ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß der früher vom Vertrauen des Großserbentums getragene Fürst von Montenegro in den Augen der großserbischen Chauvinisten ein Hindernis für ihre Zukunftspläne geworden war. „Kronzeuge" im Cetinjer Bombenprozeß war bekanntlich ein gewisser Georg Nastitsch, ein etwa fünfundzwanzigjähriger Publizist aus Mostar und serbischer Orthodoxer. Dieser Nastitsch, der im Cetinjer Prozeß sehr kompromittierend selbst für hohe Belgrader Kreise aussagte, und von dem die südslawischen Chauvinisten behaupten, er sei ein Spion Österreich-Ungarns und agent provocateur des kroatischen Banus Rauch, hat kürzlich zu einem Hochverratsprozesse den Anstoß gegeben, der sich in Agram abspielen wird. Nastitsch, der gegenwärtig in Agram weilt, aber nicht als Verhafteter, sondern als Zeuge, verfaßte in Budapest eine Broschüre „Finale", in der er erzählt, daß er als Anhänger der großserbischen Idee im Frühjahr 1907 nach Belgrad kam und dort an den Besprechungen des „Slawenski Jug" zwecks terroristischer Revolutionierung der okkupierten Provinzen, Kroatien-Slawoniens und Südungarns teilnahm; bei diesen Besprechungen habe ein Verwandter des Königs Peter, Hauptmann Nenadowitsch, eine hervorragende Rolle gespielt. Nastitsch will eifrig bei der Sache gewesen sein, solange er glaubte, daß die Aktion sich ausschließlich gegen Österreich-Ungarn richten werde. Als aber der 18. August des Vorjahres, an dem diese Aktion beginnen sollte, verstrich, ohne daß etwas in der bezeichneten Richtung geschah, und vielmehr angekündigt wurde, daß man gegen den Fürsten von Montenegro vorgehen werde, sei er, Nastitsch, nicht einverstanden gewesen. Nastitsch begab sich nach Serajewo und wurde später Kronzeuge im Cetinjer Bombenprozesse, nachdem man in Montenegro tatsächlich Bomben gefunden hatte.

In seiner Broschüre nannte Nastitsch verschiedene Persönlichkeiten in Kroatien-Slawonien, lauter Serben, die an der Belgrader Verschwörung beteiligt gewesen sein sollen. Gegen diese wurde als ungarische Staatsangehörige und Bürger Kroatien-Slawoniens auf Veranlassung des Banus Rauch die Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet. Es sind bereits

---

* Vgl. dazu H. Friedjung, II, S. 207 ff.; L. Mandl, a. a. O. S. 36 ff.; Seton-Watson, a. a. O. S. 192 ff.

mehrere Verhaftungen vorgenommen, und zwar wurde zuerst — am 7. August — der Konzeptspraktikant in Pragrade, Adam Pribischewitsch, verhaftet, der im Gefängnis einen Selbstmordversuch machte. Nach neusten Äußerungen des Agramer Oberstaatsanwalts wäre das Vorgehen der kroatischen Behörde nicht allein durch die Nastitschsche Broschüre, sondern durch andere bedenkliche Symptome veranlaßt worden. Jedenfalls bleibt Nastitsch als Belastungszeuge nach wie vor im Vordergrund.

Die bisher Kompromittierten gehören der sogenannten kroatisch-serbischen Koalitionspartei an; Banus Rauch ist dadurch in die Lage versetzt, einen vernichtenden Schlag gegen diese ihm politisch äußerst unbequeme Partei zu führen und die kroatisch-serbische Koalition zu sprengen.

Im Auswärtigen Amte erklärt man einstweilen, für eine Beteiligung des Königs Peter und des serbischen Kronprinzen an den Belgrader Machenschaften keine Beweise zu haben; dagegen scheine das frühere Kabinett Paschitsch und namentlich Paschitsch selbst stark kompromittiert. Im übrigen müsse der Verlauf des Agramer Prozesses abgewartet werden.

Die serbische Regierung hat inzwischen eine amtliche Erklärung veröffentlicht, in der jede Beziehung des königlichen Hofes und der Regierung zu Nastitsch kategorisch in Abrede gestellt wird.

Das heutige „Vaterland" will dazu aus Belgrader Hofkreisen vertraulich erfahren haben, daß König Peter beabsichtige, in einem an Kaiser Franz Joseph gerichteten Handschreiben die Enthüllungen der Nastitschschen Broschüre als gänzlich haltlos zu bezeichnen und dem Kaiser die Versicherung vollkommener Loyalität seitens des serbischen Hofes zu geben.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8920

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 378 St. Petersburg, den 18. August 1908

„Slowo" führt aus, daß durch die Ereignisse in der Türkei Österreich-Ungarn vor die Frage gestellt werde, was es mit Bosnien und der Herzegowina beginnen solle*. In Österreich sei man geneigt, diese Frage

* Es ist charakteristisch, daß die ersten Presseerörterungen über die Zukunft von Bosnien und der Herzegowina im Zusammenhang mit der jungtürkischen Revolution gerade von russischer Seite ausgingen. Man wußte in Rußland sehr wohl, daß Österreich-Ungarn mindestens aus den Abmachungen von 1897 ein Recht auf die Annexion von Bosnien und der Herzegowina ableiten konnte und tatsächlich ableitete. Vgl. den Text des Notenaustausches von 1897 bei Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, S. 78 ff. Auch die russische Note

durch eine Annektierung der beiden Provinzen zu lösen. Wie werde sich aber Europa und die Türkei hierzu verhalten?

F. Pourtalès

vom 17. Mai 1897 hatte Österreich das von diesem ausdrücklich in Anspruch genommene Recht auf Annexion an sich nicht bestritten, sondern nur bemerkt: „L'annexion de ces deux provinces soulèverait une question plus étendue qui exigerait un examen spécial en temps et lieu." Über die von Iswolsky selbst am 2. Juli 1908 in einem offiziellen Aide-mémoire angeregte freundschaftliche Diskussion bezüglich der Annexionsfrage einerseits, der Meerengenfrage andererseits vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9055 nebst Anlage I. Diese Iswolskysche Anregung fiel zeitlich zusammen mit der jungtürkischen Revolution, die die Entwicklung der Aehrenthalschen Pläne ebenfalls fördern mußte. Vgl. darüber nun die Erinnerungen des Freiherrn von Musulin, 1908 Legationsrat 1. Kategorie im österreichischen Ministerium des Äußern, (Das Haus am Ballplatz, S. 164 ff.). Nach Musulin wäre es der Reichsfinanzminister Freiherr von Burian gewesen, der an Freiherrn von Aehrenthal Anfang Juli, also gleichzeitig mit dem Iswolskyschen Aide-mémoire, mit der Anregung herangetreten sei, die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina in eine definitive Annexion zu verwandeln. Wie Freiherr von Musulin erzählt, hätte er noch im Juli von Freiherrn von Aehrenthal den Auftrag erhalten, nach den von ihm gegebenen Direktiven die beiden Noten zu verfassen, in denen zu Beginn des Oktobers 1908 der Türkei und den Signatarmächten des Berliner Vertrages die Ausdehnung der Souveränitätsrechte des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn auf die okkupierten Provinzen mitgeteilt werden sollte. Am 12. August legte Freiherr von Musulin seinem Chef in Ischl die beiden Notenentwürfe vor, die demnächst zwischen beiden auf dem Semmering, wo Aehrenthal den Sommer zubrachte, eingehend durchgesprochen wurden. Auf Grund dieser Besprechungen beantwortete Freiherr von Aehrenthal dann am 27. August das Iswolskysche Aide-mémoire vom 2. Juli in der Weise, daß er bereits die Grundzüge des von Iswolsky angeregten freundschaftlichen Meinungsaustausches vor allem in Hinblick auf eine eventuelle Annexion Bosniens und der Herzegowina entwarf:

„Les deux Cabinets resteraient fidèles à leur résolution de maintenir le statu quo actuel en Turquie aussi longtemps que les circonstances le permettront; ils s'engageraient à s'abstenir de toute intervention en proche Orient, sauf accord préalable conclu entre eux à ce sujet.

Si toutefois des circonstances impérieuses obligeaient l'Autriche-Hongrie à s'annexer la Bosnie et l'Herzégovine, le Gouvernement Impérial donnerait l'assurance de vouloir observer à l'égard de cette mesure une attitude bienveillante et amicale. De son côté, le Gouvernement Impérial et Royal s'engagerait, aussitôt l'annexion proclamée, à retirer simultanément ses troupes du Sandjak et à renoncer définitivement à toute occupation de ce territoire.

Le Gouvernement Impérial et Royal est convaincu que le Cabinet de St. Pétersbourg ne verrait dans cette manière d'agir qu'une nouvelle confirmation et une manifestation éclatante du principe de désintéressement dont l'accord des deux Empires est inspiré.

Le Gouvernement Impérial ayant fait mention de la question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits, nous nous déclarons, le cas échéant, tout disposés à un échange de vues confidentiel et amical à ce sujet."

Siehe den vollen Text des Aehrenthalschen Aide-mémoires, das der deutschen Regierung, ebenso wie das voraufgehende russische Aide-mémoire vom 2. Juli erst am 15. Oktober, also nach erfolgter Annexion mitgeteilt wurde in Kap. CXCVI, Nr. 9055, Anlage II. Völlig fest scheint die Annexionsabsicht auch Ende August noch nicht gestanden zu haben, wenigstens hätte nach späterer Angabe des österreich-ungarischen Botschafters in Konstantinopel Markgrafen Pallavicini zu Frei-

Nr. 8921

Der Geschäftsträger in Belgrad Prinz Julius Ernst zur Lippe an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 97 Belgrad, den 18. August 1908

Mit großem Interesse werden hier allgemein die Enthüllungen des Nastitsch* besprochen.

Georg Nastitsch, ein junger bosnischer Serbe, aus Serajewo gebürtig, hatte sich hier in Serbien durch seine gegen die Jesuitenwirtschaft in Bosnien veröffentlichte Broschüre bekannt gemacht und dadurch die Aufmerksamkeit der großserbischen Agitatoren in Belgrad auf sich gezogen. Hierher gekommen, spielte er sich als Märtyrer seiner Ideen auf und wurde als solcher von den großserbischen Enthusiasten mit offenen Armen aufgenommen und in ihre Kreise, speziell in den Klub „Slawenski Jug", eingeführt.

Diesem Klub, dem als „slawischen Wohltätigkeitsklub" „zu humanitären Zwecken" von allen Seiten, dem Hof (der König zahlt 50000 Dinar jährlich, und auch der Kronprinz zahlt, soweit seine spärlichen Mittel es erlauben) und der Regierung reichliche Mittel zufließen, gehören junge Offiziere, Kaufleute, Professoren und Studenten an, denen die Vergrößerung ihres Vaterlandes zu einem „Großserbien" als Ideal vorschwebt. Natürlich brauchen sie zur Erreichung dieses Zieles Geld, und das fließt ihnen unter dem Titel der Wohltätigkeit zu.

In diesem Klub, den ein hiesiger Diplomat einen „Anarchistenklub" nannte, wurde Nastitsch in die revolutionären Ideen eingeweiht und von den Umtrieben der Mitglieder in Kenntnis gesetzt, deren agitatorische Tätigkeit sich über Mazedonien, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Montenegro und ganz Südungarn erstreckt zu dem Zwecke, diese Teile möglichst einmal Serbien einzuverleiben. Die Tatsache, daß Regierung und Hof in enger Fühlung mit dem Klub stehen, dessen Vorsitzende unter anderem der Skupschtinapräsident zur Zeit des Paschitschschen Regimes, Herr L. Jowanowitsch, und der bekannte Geograph Universitätsprofessor Zwijitsch waren, zeigt, daß man in allen maßgebenden Kreisen von den Plänen und Absichten der Klubmitglieder unterrichtet ist.

---

herrn von Marschall er gegen Mitte September einen Erlaß Aehrenthals erhalten, der ihn beauftragte, sich über die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina zu äußern. „Er habe darauf eingehend, und zwar gegen diese Maßregel sich geäußert. Dabei habe er besonders auf das ‚quieta non movere' hingewiesen, das in diesem Augenblick mehr als je beachtet werden müsse. Dann sei ein Telegramm Freiherrn von Aehrenthals eingegangen, wonach zurzeit auf diese Maßregel verzichtet werde. Gegen Ende September sei aber ein zweites Telegramm gefolgt; die Sache sei beschlossen, und der Minister wünsche keine weitere Äußerung des Botschafters zu erhalten." Bericht Freiherrn von Marschalls Nr. 241 vom 16. Oktober 1908.

* Vgl. Nr. 8919.

In diesem Kreise hat sich Nastitsch über ein Jahr aufgehalten, und hier ist auch der Plan zur Fabrikation der Bomben gefaßt worden, die, nach ihrer Herstellung einige Zeit im Klublokal versteckt, später in Montenegro Verwendung finden sollten.

Nicht einverstanden mit diesen ihm erst allmählich klar werdenden Plänen gegen Montenegro, wandte Nastitsch Belgrad den Rücken, um dann in dem Hochverratsprozesse in Cetinje — wie man glaubt gegen Bezahlung — jene den serbischen Hof und die Regierung bloßstellenden Aussagen zu machen. Die hiesigen Zeitungen nahmen dies zum Anlaß, sehr scharf über den „Verleumder" Nastitsch herzufallen. Aufgereizt durch den Ton der serbischen Zeitungen, hat sich Nastitsch wohl rächen wollen und zu diesem Zweck seine Flugschrift „Finale" erscheinen lassen.

Die öffentliche Meinung ist jetzt vollends empört über des Nastitsch denunziatorische Tätigkeit, durch welche er die südungarischen Serben und gleichzeitig die hiesige Regierung und den Hof hochverräterischer Umtriebe bezichtigt. Indessen ist es auffallend, daß in den vielen Artikeln, die über Nastitsch jetzt in der serbischen Presse erscheinen, so gut wie nichts Positives zur Widerlegung seiner Behauptungen vorgebracht wird, sondern man sich nur in allgemeinen Redensarten über seine Unglaubwürdigkeit bewegt und vor allem seine bodenlose Schlechtigkeit hervorhebt, die ihn zu einem bezahlten Spion der ungarischen Regierung hat werden lassen. Speziell wirft man ihm vor, daß er im Dienst des Banus Rauch stände, der durch Kompromittierung der ungarischen Serben hoffe, die Kroaten von den serbischen „Hochverrätern" abziehen und dadurch die ihm äußerst unangenehme serbisch-kroatische Koalition sprengen zu können.

Die hiesige Regierung ist eifrig bemüht, Nastitsch als einen Phantasten hinzustellen, zu dem weder sie noch der Königlich Serbische Hof irgendwelche Beziehungen hätte.

So sagte mir auch Herr Milowanowitsch, als ich mit ihm auf diese Angelegenheit zu sprechen kam, daß Nastitsch durchaus nicht ernst zu nehmen sei. Er sei ein junger Mensch, der sich mit anderen jungen Leuten zusammengetan und deren phantastische Ideen als Absichten des Hofes und der Regierung hingestellt hätte. Der von Nastitsch erwähnte Plan Serbiens, eine revolutionäre Bewegung gegen ein benachbartes Land vorzunehmen, sei vollständig absurd. Er wäre selbst einmal Student gewesen, und er wisse, welche Ideale den Studenten vorschwebten — aber nie wäre von Kroatien die Rede gewesen. Auch die Behauptung des Nastitsch, daß der beschuldigte Hauptmann Jascha Nenadowitsch ein naher Verwandter des Königs sei, bestritt der Minister auf das entschiedenste. Der König sei nicht mit allen Mitgliedern der sehr verzweigten Familie Nenadowitsch verwandt, und diesen Hauptmann kenne der König nicht einmal.

Milowanowitsch suchte die ganze Angelegenheit hinzustellen, als handle es sich um unreife Pläne einiger konfuser Phantasten, die von

dem Denunzianten Nastitsch, sei es aus Rache, sei es zum Zwecke des Geldgewinnes, enthüllt seien.

Nicht so harmlos sieht mein österreichischer Kollege die Enthüllungen an.

Legationsrat Franz sagte mir, die Angaben des Nastitsch hätten seiner Regierung nichts Neues gebracht; im Gegenteil besäße sie über die revolutionäre südslawische Organisation noch viel mehr Material, als Nastitsch in seiner Broschüre angebe. Sie wisse genau, daß die serbische Regierung seit langem konspiriere und die Verschwörung mit allen Mitteln unterstütze. Nur habe die österreichisch-ungarische Regierung nicht offiziell gegen die Wühlereien vorgehen wollen, da sie gehofft habe, daß schließlich alle Treibereien im Sande verlaufen würden. Die Nastitschschen Enthüllungen wären ihr deshalb sehr unangenehm, weil sie dem Staatsanwalt die Verpflichtung auferlegt hätten, von Amts wegen einzugreifen, und ihr damit die Möglichkeit genommen sei, auf die nunmehr ausschließlich gerichtliche Angelegenheit irgendeinen Einfluß auszuüben. Die Regierung und ihre Organe ständen der Einleitung des Prozesses vollkommen fern, sie sähe sogar mit einiger Besorgnis dem Verlaufe des Prozesses entgegen, denn wenn etwas von den Angaben des Nastitsch bewiesen würde, so würde das sicherlich sehr ungünstig auf die politische Lage zurückwirken.

Als streng vertraulich teilte mir Legationsrat Franz noch mit, daß der bisherige italienische Militärattaché O. Zampolli dem serbischen Generalstab einen Plan für einen Aufmarsch der serbischen Armee ausgearbeitet habe für den Fall, daß durch irgendwelche Konstellation eine aktive Betätigung in großserbischem Sinne möglich würde. Gleichzeitig habe der italienische Militärattaché einen Operationsplan der italienischen Armee ausgearbeitet und der serbischen Regierung übergeben, wonach Italien den Serben in ihrer Aktion behilflich sein wolle. Als Dank für seine große Arbeit soll unter den serbischen Offizieren eine Sammlung zu einem Geschenk für ihn veranstaltet sein.

Diese Bemerkung zeigt, wie orientiert die österreichische Regierung über alle serbischen Machenschaften ist. Mag die Entrüstung der Serben über den Charakter des Nastitsch eine gerechte sein — seine Behauptungen über den Bestand einer revolutionären südslawischen Organisation sind jedenfalls wahr.

Serbischerseits wird man natürlich bemüht sein, die etwa durch den Prozeß erwiesenen Behauptungen des Nastitsch als harmlose Tatsachen hinzustellen. Es sind dann eben Ideen von Heißspornen gewesen, die in der Unterstützung des Klubs seitens der Regierung und des Hofes irrtümlich eine Billigung auch ihrer revolutionären Pläne gesehen und sich deshalb zu solchen hätten verleiten lassen. Im äußersten Fall wird der Klub selbst serbischerseits verantwortlich gemacht und dessen Auflösung ebenso verfügt werden, wie die Einstellung seiner von ihm herausgegebenen Zeitung kürzlich angeordnet worden ist.

Österreich dürfte mit einem solchen Ausgang der leidigen Affäre vielleicht zufrieden sein, schon weil es dadurch den unangenehmen Folgen für die gegenseitigen Bez ehungen aus dem Wege gehen würde, die ein solcher Prozeß sonst unvermeidlich mit sich bringen müßte.

Wie sehr übrigens die serbische Regierung befleißigt ist, durch Liebenswürdigkeit den schlechten Eindruck zu verwischen, den diese ganze Begebenheit hervorgerufen hat, zeigt die Teilnahme des Kronprinzen und des Ministers des Äußern an dem heute zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph veranstalteten Gottesdienst. Bei dem Empfang, der sich an denselben anschloß, wurde Herr Milowanowitsch nicht müde, dem Geschäftsträger zu versichern, welche große Verehrung er für den Kaiser habe, und wie er hoffe, daß die „guten Beziehungen" zwischen beiden Regierungen aufrecht erhalten bleiben möchten. Der Geschäftsträger verfehlte nicht, auch seinerseits mit schmeichelhaften Worten für Serbien und sein Königshaus zu erwidern, sagte mir aber beim Weggehen, daß er lange nicht so gelogen hätte, wie eben Herrn Milowanowitsch gegenüber mit diesen seinen Schmeicheleien.

Lippe

Nr. 8922

Der Geschäftsträger in Belgrad Prinz Julius Ernst zur Lippe an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 99 Belgrad, den 20. August 1908

Der über die serbische Politik sehr orientierte hiesige bulgarische diplomatische Agent, Herr Toschew, mit dem ich dieser Tage auf die großserbische Propaganda und die Rückwirkung der türkischen Vorgänge* auf Serbien zu sprechen kam, äußerte sich mir gegenüber folgendermaßen:

Serbien sei mit der Entwickelung der Dinge in der Türkei sehr unzufrieden und fürchte nichts mehr als eine Konsolidierung der neuen Ordnung, welche allen großserbischen Aspirationen ein Ende bereiten würde. Denn im Gegensatz zu Bulgarien, das nur das ideale Ziel vor Augen gehabt hätte, Ruhe und Ordnung in Mazedonien herzustellen (?), sei es Serbien hauptsächlich um territoriale Erwerbungen zu tun gewesen. Daher werde Serbien seine Wühlereien und Agitationen in Mazedonien gewiß nicht einstellen, sondern sein möglichstes tun, die neue Ordnung nicht Wurzel fassen zu lassen.

Während dieser Gesichtspunkt für die serbische Politik in Mazedonien maßgebend wäre, würde Serbien bezüglich Bosniens und Herzegowina die folgende Taktik befolgen.

Es würde mit allen Mitteln die türkische Regierung zu bewegen und dafür Propaganda zu machen suchen, daß die Türkei so bald als möglich

* Gemeint ist die jungtürkische Revolution. Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CXCI.

Schritte ergreife, ihre ihr unbedingt zustehende Integrität offiziell von allen Mächten anerkannt zu erhalten. Die Hauptanstrengung der serbischen Regierung würde sich dabei nach der Richtung bewegen, die offizielle Anerkennung der Integrität der Türkei durchgesetzt zu sehen, ehe Österreich in den okkupierten Provinzen eine Verfassung herstelle. Denn es sei klar, daß diese Provinzen, welche de jure noch der Türkei gehörten, aus deren Besitz in denjenigen Österreichs übergehen würden, wenn dieses ihnen eine Verfassung gebe.

Diese Eventualität würden die Serben deshalb mit allen Kräften zu verhindern suchen, weil dadurch die Provinzen ihren großserbischen Plänen für immer verloren gehen würden, während durch eine Integritätserklärung der Türkei der Rückfall der Provinzen in türkischen Besitz zwar ausgesprochen, aber doch für Serbien noch eine Möglichkeit bestehen bleiben würde, bei sich vielleicht einmal bietender Ge egenheit diese Provinzen in den Bereich ihrer ehrgeizigen Pläne zu ziehen.

Es bietet — nach der vorstehend skizzierten Auffassung Toschews — die serbische Politik den Agitatoren ein weites Teld der Tätigkeit.

Ob diese Politik den Serben aber Glück bringen wird, ist eine andere Frage. Denn Serbien darf nicht vergessen, daß es mit al en seinen Wühlere.en und Intrigen, die sich nicht „nur" gegen die Türken und Österreich-Ungarn, sondern auch gegen Montenegro und Bulgarien richten, sich auf einen Kampf nach allen Seiten vorbereiten muß. Daß aber das kleine Serbien, welches überdies hinlänglich mit sich selbst zu tun hat, bei einem ernstlichen Konflikt es mit keinem seiner Feinde wird aufnehmen können, dürfte man wohl mit Sicherheit schon heute voraussagen können.

Lippe

Nr. 8923

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 225 Wien, den 29. August 1908

In den letzten Tagen waren hier in diplomatischen Kreisen Gerüchte verbreitet, die davon wissen wollten, daß eine Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn unmittelbar bevorstehe. Ein sehr eifriger Kollege erörterte mir gegenüber sogar allen Ernstes die Frage, ob es nicht vielleicht angezeigt wäre, dem Kaiser Franz Joseph am 2. Dezember, dem Tage seines sechszigjährigen Regierungsjubiläums, durch die Berliner Vertragsmächte „als Jubiläumsgabe" die Einverleibung der beiden Provinzen in die habsburgische Monarchie freistellen zu lassen. Ich habe mich darauf beschränkt, zu erwidern, daß der Kaiser an diesem eigenartigen Geschenk wohl wenig Freude haben würde.

Auffallenderweise erschien jetzt gestern in der christlich-sozialen „Reichspost" ein Artikel, in dem die Frage der Annexion eingehend besprochen und behauptet wurde, die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die österreichisch-ungarische Monarchie werde am 2. Dezember erfolgen; die Einleitung der erforderlichen Schritte, um die Zustimmung der Berliner Vertragsmächte zu gewinnen, stehe unmittelbar bevor.

Dieser Nachricht gegenüber läßt die Regierung heute offiziös erklären, daß das „Gerücht vollständig unbegründet" sei.

Wie mir von kompetenter Stelle im Auswärtigen Ministerium mitgeteilt wird, denkt man in den maßgebenden Kreisen hier tatsächlich nicht daran, jetzt der Frage der Annexion näher zu treten; die gegenteiligen Gerüchte werden von klerikaler, insbesondere dem Erzbischof Stadler nahestehender Seite und von politisierenden Militärs verbreitet, die seit Jahren die Annexion verlangen.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8924

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 226
Vertraulich

Wien, den 1. September 1908

pp*. Im weiteren Verlauf unserer Unterredung kam der Minister dann auf die Vorgänge in der Türkei** zu sprechen. Er sagte mir, die letzten Nachrichten aus Konstantinopel lauteten günstig. Ich glaube, daß Baron Aehrenthal die Lage trotzdem mit einem gewissen Skeptizismus betrachtet; er sieht vor allem große Schwierigkeiten voraus, sobald das Parlament einmal zusammengetreten ist und praktische Arbeit leisten soll.

Bevor ich mich verabschiedete, ersuchte der Minister mich, Euere Durchlaucht zu bitten, nach Möglichkeit auf die Presse dahin wirken lassen zu wollen, daß die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht gerade in diesem wenig günstigen Augenblick des langen und breiten erörtert werde. Die Regierung beabsichtige jetzt nicht, an die Lösung der Frage heranzutreten, und Baron Aehrenthal wünscht offenbar, Erörterungen in der Presse vermieden zu sehen, durch die die gemeinsame Regierung dazu gedrängt werden könnte, schon jetzt gegen ihren Willen in der delikaten und hier von allen leitenden Kreisen aus Gründen der inneren wie äußeren Politik als höchst unbequem empfundenen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

* Den ersten Teil des Berichts, der eine Unterredung des Geschäftsträgers mit Minister Aehrenthal wiedergibt, siehe in Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8241.
** Vgl. Bd. XXV, Kap. CXCI.

Ob freilich ein Hinhalten der Lösung sich auf die Länge wird durchführen lassen, bleibt abzuwarten. Die Delegationsverhandlungen werden sicher über die Auffassung der maßgebenden politischen Faktoren Österreichs wie Ungarns interessante Aufschlüsse bringen.

Daß übrigens Baron Aehrenthal persönlich einer Annexion völlig abgeneigt sein sollte, möchte ich kaum annehmen; den gegenwärtigen Augenblick hält er aber jedenfalls für durchaus inopportun.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8925

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 232 Wien, den 3. September 1908

Baron Aehrenthal dankte mir gestern abend noch einmal ausdrücklich für die Übermittelung seiner Bitte bezüglich der Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina*, indem er wiederholte, er lege großen Wert darauf, daß diese Frage in der Presse nicht unnötig breitgetreten werde.

Ich hatte heute Gelegenheit, mit dem Sektionschef von Müller über die Angelegenheit vertraulich zu sprechen. Herr von Müller bestätigte mir in vollem Umfange die Auffassung des Ministers; ich benutzte den Anlaß, den Sektionschef auf eine Londoner Meldung des „Berliner Tageblatts" vom 1. d. Mts. aufmerksam zu machen. Das „Berliner Tageblatt" erklärt darin, „aus guter Quelle" versichern zu können, daß sowohl die Sandschakbahn- wie die Annexionsfrage in Marienbad eingehend zwischen König Eduard und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Berchtold besprochen worden seien.

Herr von Müller bezeichnete mir diese Meldung, von der er bisher keine Kenntnis hatte, als vollkommen aus der Luft gegriffen.

Brockdorff-Rantzau

---

* Vgl. Nr. 8924.

Kapitel CXCIII

Die Begegnungen von Berchtesgaden und Buchlau
Präludien zur Annexion

Nr. 8926

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 190 Wien, den 7. August 1908

Streng vertraulich

„Iswolsky bleibt Iswolsky", sagte Baron Aehrenthal bei unserer letzten Begegnung resigniert und wollte damit andeuten, daß er den russischen Minister jeder Unaufrichtigkeit für fähig halte. Die persönlichen Beziehungen der beiden Staatsmänner sind nachgerade in ein akutes Stadium gegenseitiger Abneigung getreten.

Psychologisch dürfte die große Gereiztheit Baron Aehrenthals ihre Erklärung in dem Bedürfnis des Ministers finden, die Erkaltung in den österreichisch-russischen Beziehungen allein auf das Konto Herrn Iswolskys zu setzen; bei seinem stark entwickelten Selbstbewußtsein und seinem autoritären Charakter sträubt Baron Aehrenthal sich gegen den Gedanken, daß er selbst, der vielgerühmte „beste Kenner Rußlands", sich bei der Proklamierung des Sandschakbahnprojekts in der Beurteilung der Stimmung in Rußland getäuscht haben könnte. Er möchte darum jetzt Herrn Iswolsky allein dafür verantwortlich machen, wenn nicht alles geht wie früher und manches zwischen Wien und St. Petersburg anders geworden ist.

Wie Baron Aehrenthal über die persönlichen Charaktereigenschaften seines russischen Kollegen urteilt, ist schließlich nicht von allzu großer Bedeutung; bei der Eigenart des Ministers liegt für ihn aber die Versuchung nahe, das Persönliche auf das Sachliche zu übertragen. Gewisse Anzeichen dafür sind schon jetzt vorhanden. Und wieder ist es psychologisch interessant, daß gerade Baron Aehrenthal, der selbst mit solcher Empfindlichkeit sich gegen den leisesten Verdacht, als lasse er sich imponieren, wehrt, auf Herrn Iswolsky durch Brüskierung erziehlich wirken möchte.

Wie ich vertraulich höre, hat die Frage der Begegnung mit dem russischen Minister Anlaß zu Schwierigkeiten gegeben, die noch nicht behoben sind. Herr Iswolsky verlangt nach seinem vorjährigen Besuch in Wien*, daß Baron Aehrenthal ihm jetzt in Karlsbad eine Gegenvisite

* Vgl. Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7381 nebst Fußnote **.

macht oder zum mindesten den Wunsch nach einer Begegnung ausspricht. Bis jetzt hat Baron Aehrenthal sich nicht dazu verstanden, ein Wort in dieser Richtung fallen zu lassen, obgleich Herr Iswolsky angedeutet hat, daß er auf eine Einladung hin auch nach Wien kommen würde. Baron Aehrenthal weigert sich aber hartnäckig, den Wunsch nach einer Zusammenkunft zu äußern, und erklärt, Herr Iswolsky möge sich ansagen, wenn er solchen Wert auf ein Wiedersehen lege.

Fürst Urussow gibt sich alle erdenkliche Mühe, den Minister zum Nachgeben zu bewegen; leicht wird es dem müden alten Herrn nicht werden, aber er hofft, daß es ihm schließlich doch gelingt, die Begegnung zustande zu bringen. Und wenn er inzwischen noch oft sich vergebens mühen muß, den Minister milde zu stimmen, wenn er sieht, daß Eigenwille leicht mit Energie, Schroffheit mit Stärke verwechselt wird, dann meldet der russische Botschafter vielleicht auch resigniert seinem Chef: „Aehrenthal bleibt Aehrenthal".

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8927

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Vertraulich Berchtesgaden, den 5. September 1908

pp*. Schließlich sprach Baron Aehrenthal noch eingehend über seine Beziehungen und Verhandlungen mit Herrn Iswolsky. Er habe bei dem russischen Staatsmann eine steigende Nervosität und die Neigung wahrgenommen, jedesmal, wenn er nicht ein sofortiges Eingehen auf seine Vorschläge und Wünsche erreichte, in einen gereizten Ton zu verfallen und durchblicken zu lassen, daß er, wenn er nicht hinreichende Befriedigung in der Entente mit Österreich-Ungarn finde, ins englische Lager gedrängt werde[1]. Iswolsky habe ihm in der Frage der Donau-Adria-Bahn** hartnäckig zugesetzt und sich schließlich nur halbwegs bei der Erklärung beruhigt, daß Österreich-Ungarn den Plänen dieser und anderer Balkanb hnen gegenüber keine Obstruktionspolitik treiben wolle. So peinliche Auseinandersetzungen er auch mit Herrn Iswolsky gehabt habe, meinte Baron Aehrenthal, hielte er es doch im Interesse Österreich-Ungarns und auch Deutschlands für angezeigt, den Draht zwischen Wien und Peters-

* Der Anfang des Schoenschen Berichts über den Besuch, den ihm Freiherr von Aehrenthal am 5. September in Berchtesgaden abstattete, findet sich in Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8909; er betrifft wesentlich die Reformaktion in Mazedonien. Ein weiterer Teil des Berichts, der von der Marokkofrage handelt, ist abgedruckt in Bd. XXIV, S. 420, Fußnote.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.

burg nicht zu durchschneiden, um ein vollständiges Hinüberschwenken Rußlands nach England hintanzuhalten[2]. Er habe daher — das sage er mir im strengsten Vertrauen — den Gedankenaustausch mit Herrn Iswolsky über Balkanfragen ziemlich eingehend fortgesetzt*. Er sei vollständig mit ihm einig, sich dem neuen Regime in der Türkei gegenüber ruhig zusehend zu verhalten und von jeglichen Interventionsabsichten Abstand zu nehmen**, wenigstens solange als nicht ungewöhnliche, ernste Ereignisse eine solche geradezu aufdrängen — alsdann aber keine Aktion ohne vorherige Verständigung. Den gleichen Gedanken habe er auch mit Herrn Tittoni ausgetauscht***. Er sei auch mit beiden Ministern einig in dem Bestreben, den Status quo so lange wie irgend möglich aufrechtzuerhalten. Allerdings werde Österreich-Ungarn nicht umhin können, mit der Zeit einer endgültigen Regelung des Verhältnisses von Bosnien und der Herzegowina näherzutreten, und diese Lösung könne und werde keine andere sein können als die der Annexion. Was den Sandschak betreffe, so werde Österreich-Ungarn unter gewissen Voraussetzungen auf das ihm laut Berliner Vertrag zustehende und bisher kaum tatsächlich ausgeübte, nur markierte Recht der Unterhaltung von Garnisonen verzichten. Mit der dort liegenden schwachen Brigade würde Österreich-Ungarn eine nationalistische Bewegung nicht unterdrücken können; das Hineinwerfen weiterer Truppen aber würde nur Öl ins Feuer gießen. Das verständigste sei daher ein Verzicht auf den Sandschak, allerdings sei der richtige Zeitpunkt, nicht zu früh und nicht zu spät, zu wählen, und dies sei nicht leicht. Der Vormarsch nach Saloniki, wovon früher so viel geredet, sei endgültig aufgegeben, „er gehöre zum alten Eisen". Wenn das Petersburger Kabinett sich mit diesen Zukunftsplänen einverstanden erklären sollte, was er annehme, aber noch nicht bestimmt wisse, so sei er bereit, über die Frage der Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe mit sich reden zu lassen[3]. Allerdings gedenke er, an diese Frage nur mit großer Vorsicht und Reserve heranzutreten und sie möglichst dilatorisch zu behandeln. Für ihn bleibe auch hierbei immer der leitende Gedanke: Lieber Rußland an Österreichs und Deutschlands Seite wie an derjenigen Englands[4].

Auf meine Frage, wie sich Italien zu diesen Plänen stellen dürfte, meinte Baron Aehrenthal, da es sich nicht um Gebietserweiterung[5] zugunsten Österreich-Ungarns auf Kosten der Türkei handle, vielmehr der Verzicht auf gewisse Rechte im Sandschak mit in Rechnung stehe, könne

---

* Nähere Mitteilungen über diesen Gedankenaustausch, der in dem russischen Aide-mémoire vom 2. Juli und dem österreich-ungarischen vom 27. August seinen Niederschlag gefunden hatte (vgl. dazu Kap. CXCII, Nr. 8920, Fußnote), wurden der deutschen Regierung erst durch Freiherrn von Aehrenthals Schreiben an Fürst Bülow vom 15. Oktober (siehe Kap. CXCVI, Nr. 9055) gemacht.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXCI.

*** Am 4. September hatte Aehrenthal in Salzburg eine Zusammenkunft mit Tittoni gehabt. Über die Einzelheiten der Besprechung geben die deutschen Akten keine Auskunft.

Italien keinerlei Anspruch auf Kompensation erheben. Tripolis habe nach neueren Äußerungen Tittonis kaum einen tatsächlichen Wert.

Ich habe es vermieden, eine bestimmte Stellungnahme zu diesen Plänen kundzugeben, und mich darauf beschränkt, zu sagen, daß Österreich-Ungarn uns stets bereit finden werde, seinen Bedürfnissen, Interessen und Wünschen im nahen Orient in loyaler und weitgehend freundschaftlicher Weise Rechnung zu tragen. Die Meerengenfrage schiene mir manche Gefahren in sich zu schließen[6], doch hätten wir keinen Anlaß, uns von vornherein ablehnend zu verhalten. Wenn es zur Einräumung der freien Durchfahrt an Rußland kommen sollte, so würden wir uns lieber an der Seite Österreich-Ungarns als Mitgeber befinden, als den Westmächten das Bringen dieser Morgengabe zu überlassen[7]*.

Schließlich bezeichnete mir Baron Aehrenthal noch mit einer gewissen Ängstlichkeit und mit der Bitte um strenge Geheimhaltung als weiteres Ziel seiner Balkanpolitik „die vollständige Aufhebung des serbischen revolutionären Nestes". Er hoffe dabei auf unsere Unterstützung. Serbien könne an Bulgarien vergeben werden, was für Österreich-Ungarn auch den bedeutenden Vorteil bringen würde, einen Staat mit fester ethnographischer Begrenzung zum Nachbarn zu haben**.

Ich habe es nicht für unbedenklich gehalten, mich durch eine Meinungsäußerung zu diesem kühnen Plane zu binden. Ich habe nur gesagt, wir

---

* Vgl. dazu auch Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 72.

** Später fragte Botschafter von Tschirschky Aehrenthal, wie er es sich denke, daß Österreich-Ungarn durch Überlassung Serbiens an Bulgarien einen Staat mit fester ethnographischer Begrenzung an seiner Grenze erhalten solle. Aehrenthal entgegnete, er habe mit seiner Bemerkung gegenüber dem Staatssekretär von Schoen nicht eine Überlassung ganz Serbiens an Bulgarien als wünschenswert bezeichnen wollen; es lägen aber im Königreiche Serbien einige Landstriche nach der bulgarischen Grenze zu, die von Bulgaren bewohnt seien, und diese könnten bei Gelegenheit an Bulgarien gegeben werden. Bericht Tschirschkys Nr. 285 vom 20. Oktober. Offenbar schwebte Aehrenthal also eine Aufteilung Serbiens zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien in der Weise vor, daß eine reine ethnographische Grenze zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien hergestellt werden sollte. Die serbischen Gebietsteile aber dachte er mit den eigenen serbischen Territorien zu einem großen südslawischen Reiche unter habsburgischem Zepter unter Umwandlung der bisher dualistischen Staatsform in eine trialistische zusammenzufassen. Deutscherseits wünschte man naturgemäß, in dieser schwierigen staatsrechtlichen Frage herauszubleiben. „In diese Frage", bemerkte Fürst Bülow, „haben wir uns schon aus dem Grunde in keiner Weise einzumischen, weil es sich dabei um ein Internum der habsburgischen Monarchie handelt." Erlaß an Tschirschky Nr. 1532 vom 24. Oktober. Ähnlich äußerte sich Fürst Bülow in einem kurzen Immediatschreiben vom 27. Oktober: „Nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten dürfen wir die in Rede stehenden österreichischen Absichten weder lähmen noch besonders ermutigen, da uns beides Mißtrauen und Verdächtigungen aussetzen könnte. Wir tun auch gut, kein besonderes Interesse für sie zu zeigen, vielmehr ruhig abzuwarten, bis die Früchte reifen. Inzwischen müssen wir Österreich-Ungarn durch eine ruhig freundliche und feste Haltung immer mehr Vertrauen zu uns einflößen." Übrigens hat Freiherr von Aehrenthal den Gedanken an eine Aufteilung Serbiens sehr bald wieder aufgegeben; vgl. Kap. CXCVII, Nr. 9127.

hätten keinerlei besonderes Interesse für Serbien, es schiene mir aber nicht ungefährlich, ein vergrößertes Bulgarien entstehen zu lassen. Weder die Rumänen und die Griechen noch auch die Türken würden das vermutlich ruhig hinnehmen[8]. Baron Aehrenthal hatte in dieser Richtung weniger Bedenken. Die Bulgaren hätten das Zeug zur Bildung eines ruhigen, geordneten Staatswesens, das schließlich auch trotz aller Rassenverwandtschaft einen Wall gegen russisch-slawische Überflutung des Balkans bilden würde; auch sei Bulgarien von Rumänien derart flankiert, daß es sich vor Abenteuern hüten werde.

Baron Aehrenthal, der mir nur wenige Stunden widmen konnte, da er abends noch in Wien eintreffen will, um dort den Besuch Herrn Sturdzas* zu empfangen, versicherte mich, daß es ihm eine überaus erfreuliche Gelegenheit gewesen sei, sich gründlich und sehr offen mit mir auszusprechen. Er werde demnächst auch an Euere Durchlaucht schreiben**, wie er überhaupt den größten Wert darauf lege, mit den maßgebenden Personen der verbündeten und befreundeten Staaten in steter persönlicher Berührung zu bleiben.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die Phrase braucht er uns gegenüber auch alle Augenblicke! Es ist blos bluff! und imponirt mir gar nicht! Zumal er ein Erzlügner ist.
[2] wenn es geht!
[3] dann für Alle!
[4] gehören zwei dazu wie beim Heirathen! Einer allein genügt nicht
[5] Annexion!?
[6] ja sehr!
[7] ja
[8] richtig

Nr. 8928

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 240 Wien, den 8. September 1908

Sektionschef von Müller erzählte mir, Baron Aehrenthal, der sich auf der Durchreise von Salzburg nach dem Semmering hier kurz aufhielt, habe sich ihm gegenüber ganz außerordentlich befriedigt über seinen Besuch in Berchtesgaden*** ausgesprochen. Der Minister sei von der gastlich herzlichen Aufnahme, die er im Hause des Herrn Staatssekretärs gefunden habe, entzückt gewesen. Über Einzelheiten seiner Unterredung mit Exzellenz von Schoen hat Baron Aehrenthal sich hier nicht

---

* Rumänischer Ministerpräsident.
** Vgl. Nr. 8934.
*** Vgl. Nr. 8927.

geäußert; Herr von Müller sagte mir aber, er habe den Eindruck gehabt, daß der Minister in hohem Maße mit dem Ergebnis der freundschaftlichen und vertrauensvollen Aussprache zufrieden gewesen sei. In der Presse ist, wie Euerer Durchlaucht bekannt, sowohl bei der Begegnung Baron Aehrenthals mit Herrn Tittoni wie bei seinem Besuch in Berchtesgaden offiziös das persönliche Moment stark betont worden. Man hat hier augenscheinlich vermeiden wollen, einen Gegensatz zwischen den Dreibund- und den Ententemächten zu unterstreichen und die öffentliche Meinung durch Erörterungen über die politische Bedeutung der Besuche des Freiherrn von Aehrenthal angesichts der in Marienbad inszenierten Ententedemonstrationen zu beunruhigen.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8929

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 263 Wien, den 12. September 1908

Nach langem Zögern hat Freiherr von Aehrenthal jetzt eingewilligt, Iswolsky vor dessen Abreise nach Tegernsee zu sehen.

Beide Minister werden sich Anfang nächster Woche (wahrscheinlich Dienstag) als Gäste des Botschafters Grafen Berchtold auf Schloß Buchlau in Mähren treffen. Auf diese Weise werden alle formalen Schwierigkeiten geschickt umgangen. Iswolsky bleibt es erspart, sich bei Freiherrn von Aehrenthal anzusagen, und Freiherr von Aehrenthal vermeidet einen Besuch bei seinem russischen Kollegen.

Rantzau

Nr. 8930

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 Wien, den 17. September 1908

Begegnung Freiherrn von Aehrenthals mit Herrn Iswolsky wird von der Presse sympathisch besprochen und als politisch bedeutungsvoll bezeichnet*. Heute über Resultat der Entrevue ausgegebenes, ziemlich

* Über die Einzelheiten der großen Aussprache Aehrenthal-Iswolsky in Buchlau vom 16. September 1908 geben die Akten des Auswärtigen Amtes keinen näheren Aufschluß. Immerhin wird man durch Aehrenthals Schreiben an Fürst Bülow vom 26. September (siehe Nr. 8934) und durch Iswolskys Äußerungen zu Staatssekretär von Schoen vom 25./26. September (siehe Nr. 8935) in großen Zügen unterrichtet.

farbloses Communiqué erklärt, daß allgemeine Lage in Europa erörtert wurde, konstatiert insbesondere vollkommene Übereinstimmung beider Minister hinsichtlich Lage in der Türkei und verweist auf allgemein akzeptierte Parole, neuem Regime in der Türkei wohlwollend zuwartende Haltung einzunehmen. Spezialkorrespondent „Neuen Wiener Tagblatts"

Zu schriftlichen Abmachungen ist es in Buchlau nicht gekommen. Nach einem späteren Schreiben Aehrenthals an Fürst Bülow vom 15. Oktober (siehe Kap. CXCVI, Nr. 9055) hätte es Iswolsky dort übernommen, „eine Redaktion unserer Abmachungen zu Papier zu bringen und mir seinerzeit zu übermitteln". Wie aus einem Schreiben Iswolskys an Aehrenthal d. d. Tegernsee, 23. September 1908 hervorgeht, das von österreichischer Seite später in Berlin mitgeteilt wurde, sollten diese Abmachungen in die Form einer Antwort auf das österreich-ungarische Aide-mémoire vom 27. August (vgl. Kap. CXCII, Nr. 8920, Fußnote) gekleidet werden: „J'ai déjà expédié à St. Pétersbourg, pour être soumis à Sa Majesté l'Empereur, mon projet de réponse à votre dernier mémorandum que j'ai rédigé sur la base de notre entretien à Buchlau. Si ce projet obtient la sanction de mon Auguste Maître notre mémorandum responsif vous sera transmis dans le plus bref délai possible." Merkwürdig ist, daß Aehrenthal in seinen beiden Schreiben an Fürst Bülow vom 26. September und 15. Oktober gar nicht den springenden Punkt berührt, ob er Iswolsky bereits in Buchlau über den Zeitpunkt der in Aussicht genommenen Annexion unterrichtet habe. Dagegen ersieht man aus Iswolskys Äußerungen zu Schoen, daß der russische Minister des Äußern von seinem österreich-ungarischen Kollegen nicht allein über das Ensemble seiner Pläne, sondern mit hinreichender Deutlichkeit auch über den Zeitpunkt ihrer Inszenierung in Kenntnis gesetzt worden ist. Wenn Iswolsky aus der Unterredung mit Freiherrn von Aehrenthal, auch ohne daß ihm bestimmte Angaben gemacht worden wären, den Eindruck davontrug, daß Aehrenthal bereits den bevorstehenden Delegationen, die am 8. Oktober zusammentraten, den „Plan" der Annexion Bosniens und der Herzegowina vorlegen wollte, so konnte er sich über das ungefähre Datum der Annexion auf keine Weise mehr im unklaren sein. Nach einer etwas späteren Äußerung Freiherrn von Aehrenthals zu Botschafter von Tschirschky hätte er Iswolsky sogar ausdrücklich gesagt, „die Aktion wegen der Annexion werde wohl noch vor Zusammentritt der Delegationen gemacht werden müssen". Bericht v. Tschirschkys Nr. 314 vom 2. November 1908. Daß Iswolsky auf ein rasches Vorgehen Aehrenthals durchaus gefaßt war, ergibt sein Schreiben an diesen d. d. Tegernsee, 23. September, worin er bittet, ihm allfällige Mitteilungen nach Paris zu senden („Le premier Octobre je compte arriver à Paris, et c'est là (à l'ambassade de Russie) que je vous prierai de m'adresser les communications que vous auriez à me faire"). Als reine Adressenangabe kann das Ersuchen Iswolskys an seinen österreichischen Kollegen nicht wohl gedeutet werden. Zu dem serbischen Gesandten Wesnitsch sagte Iswolsky am 5. Oktober in Paris: „Ich habe diesen Schritt Österreich-Ungarns vorausgesehen, und er hat mich nicht überrascht." M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen (1919), S. 152. Später hat sich zwischen Iswolsky und Aehrenthal über die Vorgänge von Buchlau eine scharfe Kontroverse erhoben, die zu immer erneuten Rekriminationen von der einen wie von der anderen Seite führte. Der Aehrenthalsche Standpunkt kommt unter anderem zur Geltung in Kap. CXCVI, Nr. 9055, 9081, 9084, 9089; Kap. CXCVIII, Nr. 9141, Bd. XXVII, Kap. CCXV, Nr. 9896 — der Iswolskysche in Kap. CXCV, Nr. 8999, Fußnote **; Kap.CXCVI, Nr. 9023, 9064, 9065, 9085; Kap. CC, Nr. 9191; Bd. XXVII, Kap. CCXV, Nr. 9896, 9897. Vgl. auch die beiden in der „Fortnightly Review" vom September und November 1909 veröffentlichten Aufsätze „Baron Aehrenthal and M. Izvolsky: Diplomatic Enigmas", „M. Izvolsky

meldet, daß auch marokkanische Fragen* besprochen. Haltung Rußlands sei durch sein Verhältnis zu Frankreich von vornherein gegeben, es liege auf der Hand, daß Österreich-Ungarn als Bundesgenosse Deutschlands seine Hauptaufgabe darin erblicken werde, zwischen Standpunkten der beiden nächstbeteiligten Mächte ehrlich und aufrichtig zu vermitteln. Neigung, einer neuen Algeciraskonferenz zuzustimmen, sei weder auf österreichisch-ungarischer noch auf russischer Seite vorhanden.

Herr von Call, der noch keine Details wußte, teilte mir vertraulich mit, Botschafter Graf Lützow, der Begegnung beiwohnte, habe erklärt, Freiherr von Aehrenthal sei von Aussprache mit Iswolsky durchaus befriedigt.

Rantzau

Nr. 8931

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 250 Wien, den 17. September 1908
Vertraulich

Noch wenige Tage vor der Abreise Herrn Iswolskys aus Karlsbad stand es nicht fest, ob eine Begegnung zwischen ihm und Baron Aehrenthal stattfinden würde. Es ist zweifellos das Verdienst des Grafen Berchtold, die Begegnung zustande gebracht und für sie eine Form gefunden zu haben, mit der sein Chef einverstanden sein konnte, „ohne sich etwas zu vergeben", und durch die gleichzeitig die Empfindlichkeit Herrn Iswolskys geschont wurde. Nach allem, was vorgegangen ist, hat Herr Iswolsky jedenfalls die größere Konzession gemacht, als er sich bereit erklärte, mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen auf dem Schlosse des Grafen Berchtold zusammenzutreffen. Ich sah den Freiherrn von Aehrenthal unmittelbar vor seiner Abreise nach Buchlau und hatte aus der Art, in der er von seinem bevorstehenden Wiedersehen mit Herrn Iswolsky sprach, den Eindruck, daß der Minister mit dieser Lösung sehr einverstanden war..

Die öffentliche Meinung hat sich lebhaft mit dem Ereignis beschäftigt und die Begegnung mit großer Befriedigung begrüßt; in den langatmigen Ausführungen der Blätter ist zwischen den Zeilen ein Gefühl der Erleichterung zu lesen, daß es schließlich doch zu der Begegnung kam und

---

and Count von Aehrenthal: A Rectification", von denen offenbar der erste von dem russischen, der zweite von dem österreich-ungarischen Minister inspiriert worden ist; ferner H. Friedjung, Die Zusammenkunft in Buchlau, Zeitschrift des Deutschen Vereines für die Geschichte Mährens und Schlesiens, Jg. XVII, S. 206ff.; derselbe, Das Zeitalter des Imperialismus II, S. 228ff.; Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, II, S. 167ff.; L. Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 59ff.

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXXI.

so beiden Staatsmännern Gelegenheit geboten wurde, Mißverständnisse in vertraulicher Aussprache zu beseitigen; denn daß Mißverständnisse — persönliche wie sachliche — bestanden haben, wird offen zugegeben. Ob und inwieweit die Begegnung tatsächlich dazu beigetragen hat, die beiden Minister einander näher zu bringen, ist nicht bekannt; sympathisch sind sie einander nicht und werden es schwerlich werden. Durch das Unterbleiben der Begegnung wäre der persönliche Gegensatz aber jedenfalls noch bedenklich verschärft worden, und jetzt ist wenigstens zu hoffen, daß dieser nicht auf den amtlichen Verkehr übertragen wird.

Nach außen ist man österreichischerseits bemüht gewesen, die Entrevue möglichst herzlich und glänzend zu gestalten. Die offiziöse Presse sagte Herrn Iswolsky die schmeichelhaftesten Dinge, sie feierte ihn als „aufrichtigen Friedensfreund" und „markante Gestalt der politischen Bühne"; das „Fremdenblatt" sprach sogar schüchtern wieder von den „Ententemächten", das offiziöse Organ wollte damit Rußland und Österreich-Ungarn bezeichnen.

Mit einem ganzen Stabe von hohen Beamten reiste Baron Aehrenthal nach Buchlau; außer Baron Gagern befanden sich Sektionschef Graf Esterhazy und der Botschafter Graf Lützow in seiner Begleitung. Graf Berchtold hatte auch den ehemaligen Botschafter in St. Petersburg Prinzen Franz Liechtenstein aufgefordert zu kommen. Prinz Liechtenstein, auf dessen Besitzung Wartenstein ich den gestrigen Tag verbrachte, erzählte mir aber, er hätte die Einladung dankend mit der Begründung abgelehnt, daß er selbst Gäste habe.

Prinz Liechtenstein verurteilt die Politik Baron Aehrenthals Rußland gegenüber auf das schärfste; er hat im Jahre 1897 das bekannte österreichisch-russische Abkommen zustande gebracht* und für die intime Gestaltung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland seine ganze Kraft eingesetzt. Die Bitterkeit, mit der er von der „leichtfertigen und durch persönliche Eitelkeit diktierten Politik" Baron Aehrenthals sprach, ließ erkennen, daß er sein politisches Lebenswerk als nutzlos preisgegeben betrachtet.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8932

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 275 Wien, den 18. September 1908

Freiherr von Aehrenthal bat mich, Euerer Durchlaucht zu melden, daß er von dem Ergebnis seiner Unterredung mit Herrn Iswolsky im allgemeinen durchaus befriedigt sei; er schulde Euerer Durchlaucht noch

* Vgl. Band XII, Kap. LXXIX.

Antwort auf sehr liebenswürdiges Schreiben* und habe damit gewartet, um jetzt gleichzeitig demnächst über das Resultat der Begegnung mit seinem russischen Kollegen vertraulich näheres mitteilen zu können**.

Der Minister machte entschieden zufriedenen Eindruck. „Iswolsky war eigentlich ganz verständig", sagte er mir. „Er ist ja ein Choleriker und wollte die Vergangenheit wieder aufwärmen, wir haben uns aber schließlich ganz gut ausgesprochen."

Rantzau

Nr. 8933

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 428 St. Petersburg, den 19. September 1908

Die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft ist mit dem Erfolge, den sie durch das Zustandekommen der Begegnung des Freiherrn von Aehrenthal mit Herrn Iswolsky errungen hat, äußerst zufrieden. Sie empfand die seit der Sandschakangelegenheit immer tiefer werdende Kluft zwischen den beiden Ministern sehr peinlich und hat nichts unterlassen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Hierbei kamen ihr die veränderten Verhältnisse in der Türkei zu Hilfe, denn sie boten einen neuen Vorwand, um eine Besprechung der Minister als dringend erwünscht zu bezeichnen. Gleichzeitig bemüht sich die Botschaft, das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland als sehr freundschaftlich zu bezeichnen, und ignoriert absichtlich die von russischer Seite verbreitete Nachricht von dem Scheitern der Sandschakbahn und der Einverleibung von Bosnien-Herzegowina. Die Rücksichtnahme auf russische Empfindlichkeiten geht sogar so weit, daß dem österreichisch-ungarischen Militärattaché*** in letzter Stunde die Reise nach dem Kaukasus von Wien aus verboten wurde, obwohl er Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland bereits von dem Reiseplan Kenntnis gegeben und hierbei den Rat erhalten hatte, sich mit einem guten Revolver zu versehen.

Die russische Presse weiß offenbar nicht recht, wie sie sich zu der Begegnung auf dem Schlosse des Grafen Berchtold stellen soll. Im ganzen

* Gemeint ist ein Schreiben Fürst Bülows vom 21. Juli, dem ein nicht zu den Akten gekommenes Schreiben des Reichskanzlers d. d. Venedig, 20. April und ein Schreiben Aehrenthals vom 12. Juni voraufgegangen waren. Der Meinungsaustausch zwischen beiden Staatsmännern betraf neben dem Verhältnis der Mittelmächte zu Italien und Rußland gewisse Maßnahmen der preußischen Polenpolitik, die in Österreich zu parlamentarischen Angriffen Anlaß geboten hatten, die aber Fürst Bülow als „rein defensiv und nur prophylaktischer Natur" verteidigte. Als besonders „liebenswürdig" mochte Aehrenthal in dem Bülowschen Schreiben vom 21. Juli die Versicherung empfinden: „Der leitende Gedanke unserer Orientpolitik wird wie bisher so auch in Zukunft darin gipfeln, den Wünschen und Interessen des österreich-ungarischen Freundes und Bundesgenossen gerecht zu werden."

** Vgl. Nr. 8934.

*** Major Graf Spannocchi.

sind die Artikel mit ziemlich deutlicher Zurückhaltung geschrieben, weil man noch nicht weiß, ob sich Herr Iswolsky wieder enger an den Freund von Mürzsteg anschließen und sich von England mehr entfernen will. Letzteres würde der linken Presse natürlich nicht passen. Sehr skeptisch äußert sich namentlich der „Slowo". Die „Nowoje Wremja" dagegen meint, die Aussprache des Herrn Iswolsky mit seinem offenherzigsten Feinde werde eine Verständigung mit dem Nachbarstaate ermöglichen, zumal das Vordringen Österreichs nach Saloniki unmöglich geworden und das Sandschakprojekt als mißlungen zu betrachten sei. Der „Golos Prawdy" tritt mit Wärme für das gemeinschaftliche Handeln der beiden Länder in der Balkanpolitik ein.

Miquel

Nr. 8934

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Freiherr von Aehrenthal an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 26. September 1908

Ich bitte zunächst, meinen wärmsten Dank entgegennehmen zu wollen für den Brief vom 12. Juli*, mit dessen Beantwortung ich nur deshalb gezögert habe[1], weil sich seither so vieles ereignet hat, was zu einem Gedankenaustausche zwischen uns Veranlassung zu geben geeignet war[2]. Sie begreifen, daß mich der radikale Wechsel in der Türkei am meisten beschäftigt, und daß ich auch die Rückwirkung der türkischen Revolution auf das Verhältnis der Mächte untereinander im Auge behalten muß.

Bei Besprechung der jetzt aktuellsten Fragen möchte ich mit unserem Freund[3] und Bundesgenossen Italien beginnen. Sie wissen durch Schoen, daß ich mit meinen Besprechungen in Salzburg** zufrieden war. Tittoni hat mir den lebhaften Wunsch ausgesprochen und auch äußerlich bekundet, mit Deutschland und mit uns im engsten Kontakte zu bleiben. Diese Tendenz, den Dreibund zu affirmieren, kann uns nur passen. Ich habe ihn natürlich darin bestärkt, und es wird sich jetzt darum handeln, die italienische Politik in diesem besseren Fahrwasser zu erhalten.

Rußland betreffend hat Schoen es ebenfalls übernommen, Sie über die seit Anfang Juli obschwebenden Verhandlungen zu informieren***. Meine Haltung gegenüber den Iswolskyschen Eröffnungen war zunächst eine zwar freundliche, aber zugleich abwartende. Meine Absicht war, die Pourparlers fortzusetzen, ohne mich besonders zu beeilen. Die türkische Revolution hat auf den Gang unserer Verhandlungen beschleunigend gewirkt. Nach der Wiedereinführung der türkischen Verfassung ergab sich für uns die unbedingte Notwendigkeit, mit dem bisherigen absoluten

* Es muß heißen 21., nicht 12. Juli; vgl. Nr. 8932, S. 34, Fußnote*.
** Vgl. Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8909.
*** Vgl. Nr. 8927 und Kap. CXCVI, Nr. 9055 nebst Anlage I.

Regime in Bosnien zu brechen. Außerdem stellte sich für uns die Unhaltbarkeit der Stellung unserer Garnisonen im Sandschak von Nowipasar heraus. Unsere Truppen in diesem türkischen Gebiete sollten nach Ansicht des Grafen Andrássy die Solidarität Österreich-Ungarns und der Türkei in bezug auf die Durchführung und Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages markieren. Wir hätten gewiß nichts daran zu ändern gehabt, solange wir durch ein Regime in Konstantinopel die Bürgschaft besaßen, daß das Einvernehmen mit uns, speziell im Sandschak, aufrecht erhalten bleibt.

Das alles hat sich seit den Juliereignissen in der Türkei gründlich geändert. Drei Wege standen mir offen, auf denen ich die Politik der Monarchie engagieren konnte. Zunächst der Weg, an der Verfassungsfrage in Bosnien nicht zu rühren unter Hinweis darauf, daß die Verhältnisse dafür noch nicht günstig sind; wir konnten auch im Sandschak den jetzigen Status quo aufrecht erhalten, aber in beiden Teilen entsprechende militärische Vorkehrungen treffen, um nicht von den schamlosen Hetzereien der Serben, welche in letzter Zeit auch von dem jungtürkischen Komitee wenigstens geduldet werden, überrascht zu werden. Eine solche Verstärkung unserer Garnisonen im Sandschak, die Mobilisierung des 15. Korps in Serajewo, wäre sicherlich von unseren Gegnern als Beweis einer aggressiven Politik gedeutet worden. Der zweite Weg, den ich einschlagen konnte, war der, von militärischen Vorkehrungen abzusehen und in Belgrad eine komminatorische Sprache zu führen, indem ich die dortige Regierung für jeden Zwischenfall in Bosnien und im Sandschak verantwortlich machte. Eine solche Politik hätte leicht zu einem bewaffneten Konflikt mit dem Königreiche geführt, unsere Lage im Sandschak nicht verbessert und auch unsere Beziehungen zu den Mächten, anstatt sie zu klären, eher getrübt. Endlich stand mir der dritte Weg offen, den ich einschlagen will, Seiner Majestät, meinem allergnädigsten Herrn, vorzuschlagen, unsere Truppen aus dem Sandschak herauszuziehen, auf eine Okkupation jener Gebiete definitiv zu verzichten, gleichzeitig aber die Annexion der beiden Provinzen als fait accompli auszusprechen. Ich entschied mich für diese Lösung, nicht nur weil sie den spezifischen Interessen Österreich-Ungarns gerecht wird, sondern auch weil hierdurch die allgemeine Konstellation der Mächte am wenigsten berührt wird.

Um nun die Frage der Annexion mit dem geringsten Risiko zu verbinden, war eine vorgängige Verständigung mit Rußland nötig. Rußland hat die Annexion der beiden Provinzen gleich zu Anfang unserer Verhandlungen aufs Tapet gebracht. In Buchlau hat Iswolsky nach einer von mir vorgebrachten eingehenden Darlegung unserer Beweggründe sich mit der von mir in Aussicht genommenen Vorgangsweise im Prinzipe einverstanden erklärt und eine freundschaftliche Haltung Rußlands zugesichert. Iswolsky hat natürlich die Gelegenheit wahrgenommen, um die Rückwirkung der Annexion Bosniens und der Herzegowina auf die Balkanverhältnisse sowie auf die spezifisch russischen Verhältnisse zur Erörterung zu bringen. Er glaubt, daß sowieso eine Revision zahlreicher Bestimmungen des Berliner

Vertrages sich als unerläßlich herausstellen dürfte und diese Revision auf friedlichem Wege durchzusetzen sein werde[4]. Dieser Optimismus ist darauf begründet, daß die Türkei sich mit dem Fallenlassen rein formaler Rechtsansprüche, die sich mit den faktischen Machtverhältnissen nicht decken, abfinden werde, weil sie als Ersatz dafür freie Hand in ihren inneren Angelegenheiten erhält. Iswolsky denkt sich auch den Augenblick gekommen, wo er auf sein großes Ziel — eine Modifizierung der Bestimmungen betreffend die Meerengenfrage — zusteuern könnte[5]. Bei der Behandlung dieser äußerst wichtigen Frage habe ich mir die so treffenden Ausführungen Ihres Schreibens vom 8. Dezember v. Js.* gegenwärtig gehalten. Iswolsky perhorresziert jeden territorialen Anspruch in und um Konstantinopel. Er fände es im Interesse Rußlands gelegen, wenn der heutige territoriale Besitz der Türkei — exklusive Bosnien und Herzegowina, Ostrumelien und Kreta[2] — so lange als möglich intakt bliebe. Für den Fall einer weiteren Abbröckelung des türkischen Besitzstandes bleibt Rußland seinen früher mit uns ausgetauschten Zusicherungen treu, daß es für ein Belassen der türkischen Herrschaft in Konstantinopel et le territoire adjacent eintreten will[6]. Die Meerengen blieben somit nach wie vor unter der Herrschaft der Türkei. Die Änderung würde sich bloß auf die Einräumung des Rechtes an die Uferstaaten des Schwarzen Meeres beziehen, daß Kriegsschiffe einzeln die Meerengen passieren dürfen[7]. Als Gegenleistung für die freundschaftliche Haltung Rußlands bei der Durchführung der Annexion Bosniens habe ich Iswolsky eine gleich freundschaftliche Haltung der Monarchie in Ansehung des erwähnten russischen Petites in Aussicht gestellt, jedoch nur unter der ausdrücklich betonten Voraussetzung, daß die an den geltenden Bestimmungen vorzunehmenden Änderungen die Selbständigkeit und die Sicherheit der Residenz des Sultans nicht tangieren dürfen[8]. Wenn also Rußland faktisch diese heikle Frage wird anschneiden wollen, werden jedenfalls weitere Negoziationen nötig sein, in welchen die uns russischerseits zu bietenden Garantien für die Wahrung unserer Interessen und Rechte am Balkan und am Bosporus zu prüfen und festzustellen sein werden. Ich halte dafür, daß diese unsere Interessen in Konstantinopel so ziemlich gleichartig mit den Interessen Deutschlands sind, und daß die Bürgschaften, die wir diesfalls werden verlangen müssen, so ziemlich dieselben sein werden wie die, welche Deutschland anstreben wird. Iswolsky wird Sie ja im Laufe des Oktober aufsuchen und offenbar die Frage auch mit Ihnen besprechen. Mir gegenüber versicherte er, daß er in der Meerengenfrage kein Engagement mit England eingegangen ist[3].

Indem ich den russischen Wünschen Entgegenkommen bewies, habe ich mich auch von dem allgemeinen Bestreben leiten lassen, Rußland von England etwas zu entfernen[3]. Iswolsky betonte nachdrücklichst, wie sehr er wünsche, nicht durch Österreich-Ungarns und Deutschlands Politik

---

* Siehe Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7384.

mehr als ihm lieb in die Arme Englands getrieben zu werden. Iswolsky in diesen Dispositionen zu bestärken, scheint mir auch in Deutschlands Interesse gelegen zu sein, besonders jetzt im Hinblick auf dessen nicht wolkenlose Beziehungen zu England und den manchmal akzentuierten, aggressiven Zug in der englischen Politik. Iswolsky sprach mir sehr lange und eingehend von seinem Wunsche, mit Deutschland auf den besten Fuß zu kommen, doch muß ich, um der Wahrheit gerecht zu werden, eingestehen, daß er in manchen Belangen sich stark unter französischem und englischem Einflusse[9] befindet. Dies gilt besonders von seiner Beurteilung der Beziehungen Deutschlands zu England und Frankreich. Herrn Clemenceau* hat Herr Iswolsky sehr pessimistisch gefunden. Der französische Ministerpräsident hat keinen Anstand genommen, ihm zu sagen, daß er den Krieg zwischen Deutschland und England für unvermeidlich halte[3], und daß bei Eintritt einer solchen Katastrophe die Gefahr bestünde, Deutschland werde sich mit aller Wucht auf Frankreich werfen und dasselbe zu zertrümmern trachten[10]. Um nun einer solchen Gefahr zu entgehen, wünscht Clemenceau jedes weitere Engagement mit England zu vermeiden[11]. Es würde mich nicht wundern, wenn in Marienbad und Karlsbad gewisse militärische Angelegenheiten zur Sprache gekommen wären etwa in der Weise, daß Rußland Frankreich die Zusicherung erteilt, daß es gegen die französischerseits zu übernehmende glatte Durchführung der für den Herbst projektierten Anlehensoperationen eine Verstärkung der Garnisonen in Polen eintreten läßt. Es wird sich zeigen, ob meine Vermutung irgendeine Unterlage hat, jedenfalls kann man aber aus der Tatsache, daß größere Anleihen in der nächsten Zeit durchzuführen sein werden, darauf schließen, daß sowohl in St. Petersburg als in Paris der starke Wunsch, jede Trübung zu vermeiden, die Oberhand behalten wird.

Von den bevorstehenden Entschließungen meines allergnädigsten Herrn verständige ich gleichzeitig Herrn Tittoni. In Salzburg habe ich ihm gegenüber die Frage der Annexion — allerdings eher akademisch — erörtert und hierbei eine verständige Auffassung konstatiert. Ich teile ihm unter einem mit, daß ich geneigt bin, ihm in einer ihm sehr am Herzen liegenden Frage ein wichtiges Entgegenkommen zu bezeigen. Ich meine nämlich eine vertrauliche Demarche im Vatikan über die dortigen Dispositionen hinsichtlich des Besuches katholischer Souveräne in Rom. Ich mache mir zwar keine Illusionen über die Aufnahme, welche meinem Schritte zuteil werden wird, glaube aber, daß es klug ist, einen solchen in der nächsten Zeit zu unternehmen, um der italienischen Regierung unsere freundschaftliche Gesinnung in unzweideutiger Weise zu dokumentieren[12]. Ich hoffe, daß diese Mitteilung Tittoni in guter Stimmung erhalten und seine Position stärken wird. Ich werde nächstens eine Gelegenheit haben,

* Am 24. August 1908 war Iswolsky in Karlsbad mit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zusammengetroffen, nachdem er am 22. eine Zusammenkunft mit König Eduard VII. in Marienbad gehabt hatte.

mit dem spanischen Minister des Äußern* über die Frage zu konferieren. In Madrid besteht der lebhafte Wunsch, daß König Alfonso mit dem Könige von Italien in Berührung trete. Sie dürften mit mir in der Ansicht übereinstimmen, daß es in unserem Interesse gelegen ist, einen Versuch zu machen, diese beiden Monarchen einander etwas näher zu bringen.

Mein allergnädigster Herr wird vor der Durchführung der Annexion an Kaiser Wilhelm schreiben und ihm seine Beweggründe für diesen Schritt auseinandersetzen. Herr von Szögyény ist beauftragt, das Schreiben des Kaisers und Königs persönlich zu übergeben. Ich wäre Ihnen zu besonderem Danke verpflichtet, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, für den Botschafter, der am 4. Oktober in Berlin sein wird, eine Audienz, womöglich für den 5. oder 6. Oktober, zu erwirken.

Wir rechnen mit vollem Vertrauen auf Deutschlands Unterstützung, wie auch letzteres von uns Beweise erhalten hat, daß wir in ernster Stunde fest zu unseren Freunden stehen[3]. Aehrenthal

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift**:
Rominten 6/X 08 W.
Randbemerkungen des Kaisers auf der Abschrift:
[1] 26/IX!
[2] !
[3] ?
[4] d[as] h[eißt] er geht in die Brüche?
[5] merkwürdig, daß er uns darüber keine Eröffnungen gemacht!
[6] werden die Panslavisten nicht dulden, und erst die Griechen!?
[7] läßt sich England kaum gefallen?
[8] Rührend! es wird über den Sultan und die Türkei verhandelt wie über eine Hammelherde!
[9] E[duard] VII! Marienbad!
[10] ja
[11] sehr vernünftig!
[12] die pfeifen drauf!

Nr. 8935

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Berchtesgaden, den 26. September 1908

Herr Iswolsky, welcher sich nach Abschluß seiner Kur in Karlsbad eine Woche bei seiner Familie in Tegernsee aufgehalten, hatte mir den Wunsch geäußert, mir von dort aus hier einen Besuch abzustatten.

Dieser Besuch ist gestern und heute zur Ausführung gekommen.

In den politischen Unterredungen mit mir ist Herr Iswolsky zunächst

* Allendesalazar.
** Diese Abschrift wurde dem Kaiser mit Immediatschreiben vom 5. Oktober vorgelegt. Vgl. Nr. 8939.

auf die Frage der Justizreform für Mazedonien*, auf die Sandschakbahnepisode** und auf unsere Rolle in Persien*** zurückgekommen. Er scheint es noch immer nicht ganz überwunden zu haben, daß seinerzeit seine Hoffnung, uns in der Justizreformfrage bis zum letzten Ende an Rußlands Seite zu finden, nicht in Erfüllung gegangen ist, doch richten sich seine unangenehmen Erinnerungen in diesem Punkte vornehmlich[1] gegen Wien. Daß wir in der Sandschakbahnfrage nicht, wie die russische Presse hartnäckig behauptete, das treibende Element gewesen, ist er jetzt überzeugt. Auch bezüglich unseres Verhaltens in Persien ist er nun beruhigt, konnte es sich aber nicht versagen, eine Reihe von Einzelheiten aufzuzählen, welche ihn seinerzeit zu der Annahme geführt hatten, daß der Kaiserliche Geschäftsträger in Teheran im Laufe der konstitutionellen Bewegung offen für das Parlament und gegen Rußland Partei genommen habe[2]. Die Möglichkeit, daß seine Berichterstatter den Verlauf der Dinge durch die Brille der Voreingenommenheit beobachtet und ihre Nachrichten nicht immer aus einwandfreien Quellen geschöpft hatten, mußte er zugeben. Auch erkannte er bereitwillig an, daß er nicht die geringste Ursache zu Besorgnissen mehr gehabt habe, seitdem unsere Vertretung in Persien in den Händen des jetzigen Kaiserlichen Gesandten Grafen Quadt ruht, der in sehr erregten und kritischen Zeiten stets eine sehr vorsichtige und loyale Stellung eingenommen habe.

Das Hauptgewicht der Besprechungen legte Herr Iswolsky auf alles, was den nahen Orient betrifft. Baron Aehrenthal, mit dem er kürzlich eine Begegnung gehabt†, hat ihn in seine Pläne eingeweiht, deren Stichworte sind: Annexion von Bosnien und der Herzegowina, Verzicht auf den Vormarsch nach Saloniki, Zurückziehen der Garnisonen aus dem Sandschak, Bereitwilligkeit, mit Rußland über dessen Wünsche nach freier Durchfahrt durch die Meerengen zu sprechen[3]. Herr Iswolsky hat den Eindruck, daß Baron Aehrenthal, vielleicht mehr durch innerpolitische wie durch äußere Erwägungen gedrängt, schon bald an die Lösung dieser Probleme heranzutreten wünsche. Ohne bestimmte Angaben in dieser Richtung von Baron Aehrenthal erlangt zu haben, neigt er der Annahme zu, daß der österreichisch-ungarische Minister bereits den bevorstehenden Delegationen den Plan der Annexion Bosniens und der Herzegowina vorlegen möchte. Einen so großen Reiz es auch für Rußland habe, dem Ziel seiner Wünsche, der Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe, nahezukommen, so könne er sich doch nicht verhehlen, daß die Aehrenthalschen Pläne manche Gefahren in sich schließen: Es sei immerhin fraglich, ob die neue Türkei sich mit der Preisgabe des Sandschaks durch Österreich-Ungarn abfinden lassen und nicht weitere Kompensationen, etwa die Revision der Kapitulationen und gewisser auf Mazedonien bezüglicher Bestimmungen des

---

* Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIV.
** Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.
*** Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXV.
† Vgl. Nr. 8930.

Berliner Vertrages verlangen werde. Bulgarien dürfte wohl mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft für seine volle Selbständigkeit und Erweiterung auftreten und trotz aller ernsten Mahnungen zur Ruhe, an denen es Rußland nicht fehlen lassen werde, geneigt sein, auf blutigem Wege zum Ziele zu gelangen. Ein Waffengang zwischen Bulgarien und der Türkei sei immerhin bei aller Vernachlässigung der türkischen Armee eine Kraftprobe, deren Ausgang nicht vorherzusehen sei. Unterliege Bulgarien, so würde die öffentliche Meinung Rußlands in gewaltige Bewegung geraten; Rußland würde nicht umhin können, für sein „Werk" schützend einzutreten, wenn es auch für sich selbst keinerlei territoriale Festsetzung auf dem Balkan erstrebe. Gehe aber Bulgarien siegreich aus dem Kampfe hervor, so entständen andere Verwickelungen und Gefahren. Rußland wünsche durchaus nicht, daß Konstantinopel in bulgarische Hände falle ebensowenig wie in griechische. Es sei unter allen Umständen das beste, daß nach wie vor der Sultan am Goldenen Horn throne; Rußland sei daher mehr wie je bereit, bezüglich der Türkei eine konservative Politik zu verfolgen. Mit den bulgarischen Verwickelungen seien übrigens die Folgen, die der österreichisch-ungarische Plan haben müßte, keineswegs erschöpft. Montenegro würde nicht ohne begründetes Recht Anspruch auf größere Bewegungsfreiheit erheben, als es nach dem Berliner Vertrag genießt. Schließlich werde man auch nicht umhin können, so ungern auch Baron Aehrenthal sich dazu entschließen dürfte, Serbien durch einen kleinen Gebietszuwachs auf Kosten von Bosnien-Herzegowina abzufinden. Kurz, es ergäbe sich eine Fülle teils nützlicher, teils notwendiger Veränderungen, die nicht ohne eine gründliche Revision des Berliner Vertrages vollzogen werden könnten, daher vielleicht einen neuen Kongreß erwünscht erscheinen ließen. Er für seine Person würde nicht den Mut haben, all diese großen Fragen in Bewegung zu setzen; wenn dies aber durch die Initiative Österreich-Ungarns geschehen sollte, so würde die russische Politik für eine gründliche Lösung aller auftauchenden Balkanprobleme eintreten, immer nur von dem aufrichtigen Bestreben beseelt, einen Ausgleich auf friedlichem Wege herbeizuführen.

Ich habe mich einer bindenden Äußerung zu allen diesen Fragen, die uns weniger intensiv berührten wie Österreich-Ungarn und Rußland, enthalten*, nur stets betont, daß auch wir, wenn die Balkansteine ins Rollen kommen sollten, uns an den Bemühungen zu friedlichem Ausgleich gern beteiligen würden. Zur Meerengenfrage hätten wir keine Veranlassung uns von vornherein auf einen ablehnenden Standpunkt zu stellen, es käme aber wesentlich darauf an, wie Rußland sich die Lösung im einzelnen denke. Herr Iswolsky meinte darauf, es würde sich eine Formel finden lassen, welche den Empfindlichkeiten des Sultans sowohl wie der Mächte gebührend Rechnung trage, vielleicht die Limitierung der in gewissen Zeiträumen durchzulassenden russischen Schiffe und Garantien für die Nicht-

* Vgl. dazu Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 75f.

antastung der Souveränität des Padischahs. Wie England sich zu der Frage stellen würde, sagte Herr Iswolsky auf meine Frage, wisse er noch nicht, er habe noch keinen Anlaß zu einer Sondierung genommen. Er nehme vorläufig an, daß England nun nach der Herstellung guter Beziehungen mit Rußland nicht ganz intransigent sein dürfte. Sollte es die freie Durchfahrt nicht allein für russische, sondern auch für alle anderen Schiffe verlangen, so müßte die Erfüllung solcher Forderung den Effekt haben, Rußland zu enormen Aufwendungen für die Befestigung seiner Plätze am Schwarzen Meer zu veranlassen. Eine so bedeutende finanzielle Mehrbelastung würde aber Frankreich äußerst ungern sehen, daher wohl zur Einwirkung auf England bereit sein. Auch könnte man letzterem vielleicht eine Kompensation durch Zugeständnisse in der Frage der Kapitulationen in Ägypten gewähren. Ich habe darauf einen Zweifel nicht unterdrückt, ob es gut sei, einen so weitgehenden Handel mit Kompensationen zu treiben, wenn wir auch unsererseits kaum davon würden Abstand nehmen können, für unsere etwaige Zustimmung zur Meerengeneröffnung einen Gegendienst auf anderem Gebiet zu erwarten.

Herr Iswolsky gedenkt diese Orientfragen mit Euerer Durchlaucht zu besprechen, wenn er in der zweiten Hälfte Oktober, von London und Paris kommend, also vermutlich nach erfolgter Sondierung daselbst, in Berlin eintreffen wird.

Allgemein hat mich Herr Iswolsky wieder in der feierlichsten und nachdrücklichsten Weise versichert, daß es seines kaiserlichen Herrn und sein aufrichtigstes Bestreben sei, die traditionellen vertrauensvollen Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg aufrecht zu erhalten und zu vertiefen[4]. Er ist so weit gegangen, zu erklären, daß er persönlich das Bündnis mit Frankreich für einen verhängnisvollen Fehler der russischen Politik betrachte[5], als eine lästige Fessel, der sich Rußland bis auf weiteres freilich nicht zu entwinden vermöge. Ebenso versicherte er wiederholt, daß die Vereinbarung Rußlands mit England keineswegs die Bedeutung einer allgemeinen Annäherung, sondern lediglich eines begrenzten Interessenausgleiches haben solle. Er habe sich in Reval in diesem Sinne mit König Eduard und Sir Charles Hardinge ausgesprochen* und auch von diesen die bestimmte Zusicherung erhalten, daß jede Spitze gegen Deutschland aus der russisch-englischen Entente ausgeschlossen bleiben müsse. Überaus friedfertig und verständig habe sich ihm auch Herr Clemenceau in Karlsbad ausgesprochen. Der französische Konseilpräsident sei sich mit ihm in der Überzeugung begegnet, daß jede Veränderung in dem heute bestehenden Bündnissystem der europäischen Großmächte das Gleichgewicht stören, daher vom Übel sein würde. Deutschland würde nach Clemenceaus Ansicht eine gegen dasselbe gerichtete neue Mächtegruppierung nicht ruhig hinnehmen und sich zu Gegenzügen, selbst unter Umständen zu kriegerischen, veranlaßt sehen, deren erstes Objekt Frankreich sein würde.

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8810.

Herr Iswolsky interessiert sich lebhaft für die Gestaltung unserer der Besserung fähigen Beziehungen zu England. Eine Verständigung im Sinne der englischen Radikalen auf dem Gebiete der maritimen Rüstungen, also Einschränkung der Schiffsbauten, hält er nicht für angängig, meint indessen, daß die Engländer zur Beruhigung gelangen dürften, wenn sie davon überzeugt, daß wir über das gesetzlich festgelegte Programm unter normalen Verhältnissen nicht hinauszugehen gedenken[6]. Übrigens erklärte er ausdrücklich, daß ihm, wenn er Interesse für diese Frage habe, jegliche Absicht der Einmischung fernliege.

Der russische Minister war sehr erfreut zu erfahren, daß für die Marokkoangelegenheiten durch den jüngsten Notenwechsel* Aussicht auf ruhige Entwickelung[7] eröffnet sei.

Herr Iswolsky, der über Nacht mein Gast war, ist heute nachmittag nach München abgereist, von wo er morgen mit seiner Gattin die Reise nach Desio** und Racconigi antreten wird.

v. Schoen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Rominten 6/X 1908
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] ?
[2] Blech!
[3] das hätte mir en chiffre sofort telegraphisch gemeldet werden müßen! ich erfahre das heute 10 Tage später!
[4] Lügner!
[5] !
[6] hängt allein von dem Verhalten der Briten und ihrer Baupolitik ab!
[7] Endlicher Abschluß!

Nr. 8936

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 291 — Wien, den 28. September 1908
Ganz geheim — [aufgegeben am 29. September]

Freiherr von Aehrenthal entwickelte mir heute eingehend die Euerer Durchlaucht aus seinem letzten Briefe*** bekannten Pläne betreffend Bosnien und Herzegowina. Er ersuchte mich im Anschluß hieran, Euerer Durchlaucht mitzuteilen, daß die Umstände ihn dazu drängen könnten, schon in allernächster Zeit mit deren Verwirklichung zu beginnen[1]. Einerseits würden die Verhältnisse im Sandschak infolge der serbischen Hetze-

---

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXXI.
** Am 29./30. September fand in Desio eine Zusammenkunft zwischen Iswolsky und Tittoni statt; darauf wurde Iswolsky vom König von Italien in Racconigi empfangen.
*** Siehe Nr. 8934.

reien von Tag zu Tag unhaltbarer, und außerdem habe er den Eindruck, daß Bulgarien demnächst mit der Unabhängigkeitserklärung vorgehen werde*. Dem Fürsten Ferdinand, meinte der Minister, bliebe angesichts der Stimmung im eigenen Lande auch wohl nichts anderes übrig. Vor drei Jahren habe der Fürst schon den entscheidenden Schritt tun wollen, gestützt auf die den Türken überlegene bulgarische Armee. Damals sei er durch die Ermahnungen zur Ruhe von Wien und Petersburg aus davon abgehalten worden. Jetzt verlangt das Land einen greifbaren Erfolg für die Opfer, die es für die Schaffung und Ausbildung der Armee jahrelang gebracht habe. Werde aber die Unabhängigkeit seitens Bulgariens erklärt, so könne er mit der Annexion Bosniens und Herzegowina nicht länger zögern.

Freiherr von Aehrenthal führte dann weiter aus, er hoffe, daß die Jungtürken einsehen würden, daß die Position der Türkei sich durch definitive Ausscheidung der de facto jetzt schon losgetrennten Gebiete von Bosnien-Herzegowina, Bulgarien und Kreta wesentlich bessern werde[2]. Die Räumung des Sandschak bedeute eine wertvolle Entschädigung für die Türken, besonders weil damit auch die fortdauernde Beunruhigung durch die Idee des Vormarsches Österreich-Ungarns auf Salonik ein für allemal aus der Welt geschafft würde[3]. Freiherr von Aehrenthal ist der Ansicht, daß das Verhältnis Österreich-Ungarns zur Türkei sich nach definitiver Regelung der bosnisch-herzegowinischen Fragen viel besser und vertrauensvoller gestalten werde[4], denn die militärische Besetzung des Sandschak durch österreichische Truppen sei bisher ein Element steter Gefahr gewesen. Der geringste Zwischenfall hätte die militärische Ehre der Monarchie kompromittieren und zu den unerwünschtesten Konsequenzen führen können. Die allgemeine militärische Aktionsfähigkeit der Monarchie sei eine viel größere, wenn sie nicht mehr gezwungen sein würde, diese Sackgasse zu verteidigen und dort den Gendarmen für Europa zu spielen. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, würde die neue Gestaltung der Dinge auch indirekt sich als ein Vorteil für Österreich-Ungarns Verbündeten — Deutschland — darstellen, abgesehen noch davon, daß Österreich dann an der Seite Deutschlands besser und rückhaltloser offene Freundschaft mit der Türkei würde pflegen können[3 5].

Wie der Minister auf meine Frage äußerte, würde der erste Schritt seiner Aktion darin bestehen, die Konvention betreffend okkupierte Provinzen in Konstantinopel zu kündigen.

Die Annexion der okkupierten Provinzen sei Österreich-Ungarns Antwort auf die großserbische Propaganda, die von Belgrad aus betrieben werde[6]. Die Verhältnisse seien in letzter Zeit dort ganz unhaltbar geworden. Auch innerhalb der ausschlaggebenden österreichischen politischen Parteien fange man an, die Annexion als notwendig zu betrachten. So sei zum Beispiel heute eine Abordnung der Christlichsozialen bei ihm gewesen, um die Annexion der okkupierten Provinzen zu empfehlen.

---

* Vgl. dazu auch Kap. CXCIV.

Über die Gestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses Bosniens und der Herzegowina zu den Ländern der Monarchie wollte sich Freiherr von Aehrenthal noch nicht äußern. Doch habe ich Grund zu der Annahme, daß die neuen Provinzen weder zu Österreich noch zu Ungarn geschlagen werden, sondern wie bisher ein gesondertes, vom gemeinsamen Finanzministerium administriertes Land bleiben sollen.

Über die erfolgte Zustimmung Rußlands und Italiens sind Euere Durchlaucht, wie mir Freiherr von Aehrenthal sagt, bereits eingehend unterrichtet.

Tschirschky

Bemerkungen des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
1. Seiner Majestät erst vorzulegen, nachdem der Aehrenthalsche Brief an mich* und mein Brief dazu bei Seiner Majestät eingetroffen sein wird**.
2. Seinerzeit an Botschafter Konstantinopel, wenn dieser über die Angelegenheit informiert wird. B.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[3] Gut
[6] richtig

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung:
[1] 6/X 08! das hätte mir sofort telegraphirt werden müßen!
[2] die Ansicht hat der Dieb auch, nachdem er dem reichen Wanderer das schwere Portemonnaie geraubt hat!
[4] naiv! Erst rauben dann Freund spielen
[5] too late!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Dieses Telegramm ist von höchster Wichtigkeit, und hätte sofort mir zur Kenntniß gebracht werden müssen!

Nr. 8937

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich

Privatbrief. Ausfertigung

Norderney, den 30. September 1908

Anbei ein inhaltreicher Brief von Aehrenthal*, den ich Seiner Majestät nicht ohne Kommentar vorlegen möchte. In meinem Begleitschreiben zu diesem Brief, das ich dort aufzusetzen bitte***, würden wir auf die Hauptpunkte der Eröffnung des K. und K. Ministers hinzuweisen haben. Indem ich hierbei die nachstehenden Gesichtspunkte hervorhebe, bemerke ich ausdrücklich, daß, wenn dort gegen diese oder jene meiner Ausführungen

---

* Siehe Nr. 8934.
** Die Vorlage des Telegramms erfolgte am 6. Oktober in Rominten gleichzeitig mit einem Immediatschreiben vom 5. Oktober, dem eine Abschrift des Aehrenthalschen Briefes beigefügt war. Vgl. Nr. 8938, 8939.
*** Siehe Nr. 8939.

Bedenken bestehen sollten, ich Sie bitte, diese Bedenken offen zu meiner Kenntnis zu bringen.

Die von Österreich geplante Annexion von Bosnien und der Herzegowina könnte natürlich das Signal für die Vereinigung von Kreta mit Griechenland wie für die Unabhängigkeitserklärung von Bulgarien bilden. Nachdem sich aber Aehrenthal des russischen Einverständnisses versichert hat, und wie die gegenwärtige Lage in Europa ist, können wir dem österreichischen Wunsche nicht entgegentreten. Unsere Lage würde dann eine wirklich bedenkliche werden, wenn Österreich das Vertrauen zu uns verlöre und von uns abschwenkte. Solange wir beide zusammenstehen, bilden wir, ähnlich wie während fünfzig Jahren der alte Deutsche Bund, einen Block, an den sich niemand so leicht heranwagen wird. Gerade in großen orientalischen Fragen können wir uns nicht wohl in Widerspruch zu Österreich setzen, das auf der Balkanhalbinsel nähere und größere Interessen hat als wir. Eine ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage der Annexion von Bosnien und der Herzegowina würde uns Österreich nicht verzeihen. Im Besitz dieser beiden Provinzen sieht der alte Kaiser Franz Joseph und sieht das offizielle Österreich mit ihm einen Ersatz für den Verlust von Italien und Deutschland. Wir müssen also die Aehrenthalsche Mitteilung ohne affektiertes Empressement, aber mit ruhiger und klarer Zustimmung aufnehmen und diese unsere Zustimmung als den Ausfluß unserer unbedingten Zuverlässigkeit gegenüber Österreich erscheinen lassen. In der Antwort unseres Kaisers auf den Brief des Kaisers Franz Joseph können wir vielleicht den Gedanken einfließen lassen, daß es der Umsicht und Geschicklichkeit des Baron Aehrenthal gewiß gelingen würde, die Annexion in einer Weise durchzuführen, die das türkische Selbstgefühl nicht zu sehr verletzte und namentlich nicht von den Balkanstaaten als eine Ermutigung zu feindlichem Vorgehen gegen das türkische Reich aufgefaßt würde. Das muß aber eventuell vorsichtig gesagt und nur mit Gründen konservativer Friedenspolitik motiviert werden. — Aehrenthal erbittet für Szögyényi eine Audienz für den 5. oder 6. Oktober. Ist Seine Majestät dann schon aus Rominten zurück, bezw. erteilt Seine Majestät in Rominten an Botschafter Audienzen? Szögyényi ist sehr inquisitiv. Es dürfte sich empfehlen, daß Seine Majestät bei der Audienz sich gegenüber Szögyényi über die Annexionsfrage und auch über die Weltlage nicht ausspricht, sondern zunächst nur sagt, er werde den Brief des Kaisers Franz Joseph lesen mit der Gesinnung inniger Freundschaft und Verehrung, die er für den alten Herrn empfinde, und behalte sich die demnächstige Antwort vor.

Die Meerengenfrage: Hier könnte ich Aehrenthal antworten, daß auch ich von der Gleichartigkeit unserer mit den österreichischen Interessen in Konstantinopel überzeugt und deshalb gern bereit wäre, in den weiteren Negoziationen über diesen wichtigen und heiklen Punkt mit Österreich Hand in Hand zu gehen.

Aus dem Aehrenthalschen Briefe geht weiter hervor, daß die Be-

ziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wieder viel bessere geworden sind. Der Sandschakbahnzwischenfall scheint überwunden. Gewiß bestehen latente und tiefe Gegensätze zwischen beiden Reichen. Aber de part et d'autre ist man offenbar gewillt, durch eine leidenschaftslose Politik solche Gegensätze sich nicht verschärfen zu lassen. Die jungtürkische Bewegung, der die Russen mit gründlicher Antipathie, die Wiener skeptisch gegenüberstehen, führt die beiden Kaisermächte zurzeit noch enger zusammen. — Auch die Beziehungen zu Italien werden von Aehrenthal weit sorgsamer gepflegt als von seinem Vorgänger. Der Aehrenthalsche Gedanke, Spanien näher an den Dreibund heranzuziehen, ist richtig und verdient Unterstützung. Bei aller Abhängigkeit der Spanier von dem französischen Geldmarkt und von dem englischen Hofe möchten sie aus monarchischen Gründen die Fühlung mit dem Dreibund doch nicht ganz verlieren.

Auch aus diesem Brief von Aehrenthal spricht der Haß gegen Serbien. Seine Majestät weiß aus der (ganz geheimen!) Mitteilung von Aehrenthal an Schoen*, daß Aehrenthal sich mit dem Gedanken trägt, Serbien bei passender Gelegenheit den Bulgaren in den Rachen zu werfen. Aehrenthal scheint zu glauben, daß für die türkische Herrschaft in Europa das Sterbeglöcklein in nicht zu ferner Zeit läuten werde. Da er weder die Russen auf der Balkanhalbinsel sehen will, noch die Entstehung eines großen serbischen Reiches dulden kann, das seine Fangarme bis Laibach, Cilli und Triest ausstrecken würde, so erscheint eine Vergrößerung von Bulgarien ihm als die wünschenswerteste Zukunftseventualität. Er rechnet wohl auch damit, daß ein großes Bulgarien durch die Natur der Dinge in Gegensatz zu Rußland geraten werde. Vom österreichischen Standpunkt läßt sich manches für diese Auffassung sagen. Nur sollte Österreich gleichzeitig dafür sorgen, daß die Rumänen nicht unter den Schlitten kommen, die ein nützliches Gegengewicht gegen die slawischen Balkanvölker bilden. Selbst die Griechen verdienen unter diesem Gesichtspunkt eine gewisse Beachtung.

Sehr ernst klingt, was Aehrenthal über unser Verhältnis zu England schreibt. Darauf muß Seine Majestät hingewiesen werden. Clemenceau sprach offenbar unter dem Eindruck dessen, was er in Karlsbad von König Eduard gehört hatte, und König Eduard stand unter dem Eindruck seines Besuches in Friedrichshof und der dortigen Unterredung zwischen Seiner Majestät und Hardinge**. Bei diesem Anlaß möchte ich Seine Majestät darauf hinweisen, wie schädlich es auf die deutsch-englischen Beziehungen wirken muß, daß der Flottenverein jetzt wieder mit outrierter Agitation einsetzt. Cui bono? Die Engländer beunruhigt und reizt nichts mehr als der Gedanke, daß wir in infinitum Schiffe bauen wollen. Im Inlande befördern solche Übertreibungen nicht die Finanzreform, sondern sind eher geeignet, sie zu erschweren, weil sie die Meinung erwecken, daß selbst die

---

* Vgl. Nr. 8927.
** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII.

großen Opfer, die jetzt vom Steuerzahler verlangt werden, gegenüber derartigen Flottenplänen, und wo wir auch für Armee, Sozialpolitik, Kulturzwecke usw. zu sorgen haben, Tropfen auf einen heißen Stein sind. Die Situation schiebt sich immer mehr in der Richtung zusammen, daß die Beziehungen zwischen allen Mächten sich glätten, nur zwischen uns und England wird durch die Flottenfrage der Gegensatz schärfer, neben England aber steht Frankreich und neben Frankreich Rußland. — —

Ad vocem Goltz* möchte ich noch sagen, daß dieser sich jedenfalls darüber äußern müßte, wie er bei einem Zusammenstoß zwischen den Türken und den Bulgaren die Chancen der Türken beurteilt. Wir dürfen einen preußischen Generaloberst nicht ins Ausland schicken, damit er sich dort Prügel holt. Es wäre auch gut, daß die Türken zunächst einen hervorragenden Franzosen für ihre Finanzen und womöglich einen Engländer für ihre Flotte engagieren, bevor sie Goltz kommen lassen.

Ich habe mit Vergnügen bemerkt, daß unsere Presse den Zwischenfall in Casablanca** überwiegend ruhig behandelt. Die Schnelligkeit, mit der Franzosen und Engländer, Engländer und Russen, Russen und Österreicher sich trotz vorhergegangener akutester Differenzen gefunden haben, beweist, daß sehr gefährliche Gegensätze nur dann hervorgerufen werden, wenn die Presse oder eine zu schikanöse Diplomatie die Beziehungen unheilbar vergiften. Nützlich wäre, wenn unsere Presse bei diesem Anlaß darauf hinwiese, wie unwürdig es ist, daß noch immer Deutsche in die französische Fremdenlegion eintreten. Würde wohl ein Fremder in unsere Schutztruppe eintreten? Das müßte noch mehr stigmatisiert und noch mehr davor gewarnt werden. Ich bitte auch mit Loebell zu erwägen, ob die Werberstrafen bei uns nicht verschärft werden sollten.

Ich bitte mir den Entwurf für mein Begleitschreiben an Seine Majestät baldmöglichst zu übersenden. Wenn dieses Schreiben seinerzeit von Seiner Majestät zurückkommt, muß von meinem Brief und von dem Schreiben von Aehrenthal an mich, das Seine Majestät sicher auch zurückschicken wird, Abschrift für die dortigen Akten genommen werden, die ebenso wie dieser mein Brief auch dem Staatssekretär vorzulegen ist. Die Originale des Aehrenthalschen Briefes wie meines Begleitschreibens an Seine Majestät erbitte ich seinerzeit zurück. Ich überlasse es Ihrem Ermessen, wann und wie ich den Aehrenthalschen Brief beantworten soll. Wenn Ihnen der Augenblick gekommen erscheint, legen Sie mir bitte einen Entwurf vor.

Bülow

---

* Laut eines Telegramms Freiherrn von Marschalls vom 29. September (Nr. 313) trug sich die türkische Regierung mit der Absicht, den Generaloberst Freiherrn von der Goltz zwecks einer gründlichen Reorganisation der türkischen Armee zu berufen. Dazu bemerkte Fürst Bülow am 1. Oktober: „Ich erinnere an meine neulichen diesbezüglichen Bemerkungen: Die Türken sollten wenn möglich vorher, jedenfalls gleichzeitig einen notabeln Franzosen für die Finanzen und Engländer (oder Italiener) für die Marine engagieren, damit wir mit unserm Generalobersten kein Solo tanzen."

** Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXX.

Nachschrift. Übertreibungen des Flottenvereins wären nur dann unschädlich, wenn bei uns die Absicht bestände, mit England zu einer Verständigung über Schiffsbauten zu gelangen. In diesem Falle könnten solche Exzesse des Flottenvereins dazu benutzt werden, um den Engländern zu sagen: Unsere und euere Flottenexaltados verlangen Unmögliches, wir sind aber bereit über eine vernünftige Grenze hinsichtlich der beiderseitigen Schiffsbauten uns mit euch zu verständigen. Besteht solche Absicht bei uns nicht, so sind solche flottenvereinlichen Demonstrationen direkt gefährlich und doppelt gefährlich jetzt, wo nicht mehr eine Landratte wie Salm*, sondern ein Großadmiral** an der Spitze des Flottenvereins steht.

B.

Nr. 8938

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten****

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 101 Berlin, den 5. Oktober 1908

Herr von Szögyény ist beauftragt, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige einen Brief Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph† persönlich zu überreichen, worin beabsichtigte Annexion von Bosnien und Herzegowina mitgeteilt wird. Vor Überreichung dieses Briefes, die für 5. oder 6. d. Mts. erbeten war, wünscht der Herr Reichskanzler Seiner Majestät einen an ihn gerichteten Brief Freiherrn von Aehrenthals mit Immediatbericht†† vorzulegen. Konzept dieses Immediatberichts ist heute hier eingegangen, da er in Norderney nicht mundiert werden konnte, und wird auf Weisung des Herrn Reichskanzlers Euer pp. im Interesse der Beschleunigung ohne seine Unterschrift nebst anderen auf die Sache bezüglichen Piecen direkt übersandt werden.

Heute morgen ist Herr von Szögyény bei mir erschienen und hat mir den Brief Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph mit dem Hinzufügen übergeben, daß, da derselbe in Händen Seiner Majestät des Kaisers und Königs am 6. d. Mts. sein solle und er ihn mit Rücksicht auf die Zeitkürze nicht persönlich überreichen könne, er mich bitte, diesen Brief sofort allerhöchstenorts in Vorlage zu bringen. Gleichzeitig hat Herr von Szögyény

---

* Fürst Otto zu Salm-Horstmar.
** Koester.
*** Mit Nr. 8939 und 8940 hier eingereiht des Zusammenhangs halber.
† Siehe denselben in Kap. CXCV, Nr. 8978.
†† Siehe das folgende Schriftstück.

gebeten, von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige möglichst bald empfangen zu werden.

Euer pp. bitte ich, die allerhöchste Entschließung einzuholen und dies mir zu drahten.

Stemrich

Nr. 8939

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten**

Unsignierte Ausfertigung

Norderney, den 5. Oktober 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich einen mir dieser Tage zugekommenen Privatbrief Baron Aehrenthals** alleruntertänigst vor und gestatte mir zu den Hauptpunkten der Eröffnung des österreichisch-ungarischen Ministers folgendes in Ehrfurcht vorzutragen.

Die von Österreich-Ungarn geplante Annexion von Bosnien und der Herzegowina wird möglicherweise das Signal für die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens wie für die Vereinigung Kretas mit Griechenland bilden[1]. Nachdem sich aber Baron Aehrenthal bereits des russischen Einverständnisses versichert hat, und wie die gegenwärtige Lage in Europa ist, können wir dem österreichischen Wunsche nicht entgegentreten. Unsere Lage würde eine wirklich bedenkliche werden, wenn Österreich-Ungarn das Vertrauen zu uns verlöre und von uns abschwenkte. Solange wir beide zusammenstehen, bilden wir, ähnlich wie während 50 Jahre der

---

* Der Abdruck des Immediatschreibens Fürst Bülows, zu dem der Entwurf im Auswärtigen Amt auf Grund des Bülowschen Schreibens an Unterstaatssekretär Stemrich vom 30. September (siehe Nr. 8937) aufgesetzt war, ist, obwohl es nur eine Erweiterung dieses Schreibens ist, schon mit Rücksicht auf die kaiserlichen Randbemerkungen erforderlich.

Bei der Übersendung des Konzeptes zu seinem Immediatbericht an das Auswärtige Amt bemerkte Fürst Bülow in seinem Begleitschreiben vom 3. Oktober noch: „Ich bitte mir Entwurf einer Antwort an Aehrenthal [auf dessen Schreiben vom 26. September] zugehen zu lassen. Dieselbe braucht nicht sehr lang zu sein, muß aber (nach Maßgabe der Seiner Majestät dargelegten Gesichtspunkte) unsere Bündnistreue ohne Umschweife, Verklausulierungen und Rekriminationen einfach und klar zum Ausdruck bringen: La loyauté sans phrases. Je schwieriger die Lage ist, in welche der K. und K. Minister sich begibt — und je unsicherer die Haltung von Rußland und Italien zu sein scheint —, um so mehr muß Aehrenthal (und die hinter ihm stehende Dynastie) den Eindruck erhalten, daß wir treu bleiben." Der nach diesen Direktiven angefertigte Entwurf auf das Aehrenthalsche Schreiben wurde jedoch von Bülow am 9. Oktober an das Auswärtige Amt behufs Ergänzungen zurückgesandt (vgl. Kap. CXCV, Nr. 9000); die Absendung an Freiherrn von Aehrenthal erfolgte erst am 30. Oktober.

** Siehe Nr. 8934 nebst Fußnote ** S. 39.

alte Deutsche Bund, einen Block, an den sich niemand so leicht heranwagen wird. Grade in großen orientalischen Fragen dürfen wir uns nicht in Widerspruch zu Österreich-Ungarn setzen, das auf der Balkanhalbinsel nähere und wichtigere Interessen hat als wir. Eine ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage der Annexion von Bosnien und der Herzegowina würde uns Österreich-Ungarn nicht verzeihen. Im Besitze dieser beiden Provinzen sieht Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph und mit ihm das offizielle Österreich einen Ersatz für den Verlust der italienischen Provinzen und seiner früheren Stellung in Deutschland.

Wir müssen daher meines alleruntertänigsten Erachtens die Aehrenthalsche Mitteilung ohne affektiertes Empressement, aber mit ruhiger und klarer Zustimmung aufnehmen und diese unsere Zustimmung als den Ausdruck unserer unbedingten Zuverlässigkeit gegenüber Österreich-Ungarn erscheinen lassen. Dabei mögen wir seinerzeit, wenn das Wiener Kabinett offiziell mit der Frage an uns herantreten wird, die zuversichtliche Erwartung aussprechen, daß es der Umsicht und Geschicklichkeit Baron Aehrenthals gelingen werde, die Annexion in einer Weise durchzuführen, die das türkische Selbstgefühl nicht zu sehr verletze und insbesondere nicht von den Balkanstaaten als eine Ermutigung zu feindlichem Vorgehen gegen das türkische Reich aufgefaßt würde[2].

Auch aus diesem Briefe Baron Aehrenthals spricht der Haß gegen Serbien. Euere Kaiserliche und Königliche Majestät geruhen Allerhöchstsich zu entsinnen, daß nach der von Baron Aehrenthal an den Staatssekretär von Schoen ganz geheim gemachten Mitteilung ersterer sich mit dem Gedanken trägt, Serbien bei passender Gelegenheit den Bulgaren in den Rachen zu werfen[3]. Baron Aehrenthal scheint zu glauben, daß für die türkische Herrschaft in Europa das Sterbeglöcklein in nicht zu ferner Zeit läuten werde[4]. Da er weder die Russen auf der Balkanhalbinsel sehen will noch die Entstehung eines großserbischen Reiches dulden kann, das seine Fangarme bis Laibach, Cilli und Fiume ausstrecken würde, so hält er eine Vergrößerung von Bulgarien offenbar für die wünschenswerteste Zukunftseventualität. Er rechnet wohl damit, daß ein großes Bulgarien durch die Natur der Dinge in Gegensatz zu Rußland geraten werde[5]. Vom österreichischen Standpunkt läßt sich manches für diese Auffassung anführen; nur sollte Österreich gleichzeitig dafür sorgen, daß die Rumänen nicht unter den Schlitten kommen, die ein sehr nützliches Gegengewicht gegen die slawischen Balkanvölker bilden. Auch die Griechen verdienen unter diesem Gesichtspunkte Beachtung[6].

Über die Meerengenfrage, deren Lösung im russischen Sinne seit so lange das große Ziel der russischen Politik ist, hatte ich Baron Aehrenthal in dem von ihm erwähnten Schreiben vom 8. Dezember v. Js. versichert, daß wir uns bei dieser Frage in erster Linie durch Rücksichten auf Österreich-Ungarn leiten lassen würden, und daß wir dem Gedanken einer Verwirklichung der russischen Wünsche nur unter der Voraussetzung einer Verständigung Rußlands mit Österreich-Ungarn näher treten könnten.

Auch habe ich damals nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es für unsere Stellungnahme darauf ankomme, was uns als Gegenleistung für unser Desinteressement in Aussicht gestellt oder gegeben wird, sowie welche Garantien uns russischerseits für unsere dabei in Betracht kommenden Rechte und Interessen geboten werden können[7]. Dementsprechend werden wir mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit unserer und der österreichisch-ungarischen Interessen in Konstantinopel gut daran tun, auch in den weiteren Negoziationen über den wichtigen und heiklen Punkt der Meerengenfrage mit Österreich-Ungarn Hand in Hand zu gehen.

Das von Baron Aehrenthal den russischen Wünschen bewiesene Entgegenkommen zeigt, daß die Beziehungen zwischen den beiden Kaiserstaaten wieder bessere geworden sind. Der Sandschakzwischenfall scheint[8] überwunden. Gewiß bestehen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland latente und tiefe Gegensätze. Man ist aber de part et d'autre anscheinend gewillt, durch eine leidenschaftslose Politik solche Gegensätze sich nicht verschärfen zu lassen. Es ist auch nicht unmöglich, daß die jungtürkische Bewegung, der die Russen mit gründlicher Antipathie, die Österreicher skeptisch gegenüberstehen, die beiden Kaisermächte im Laufe der Zeit noch enger zusammenführen wird.

Was Baron Aehrenthal über unser Verhältnis zu England schreibt, klingt sehr ernst. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat offenbar unter dem Eindruck dessen gesprochen, was er in Marienbad vom König Eduard gehört hatte, und König Eduard stand unter dem Eindrucke seines Besuches in Friedrichshof und der Unterredung, die Euere Kaiserliche und Königliche Majestät dort Sir Charles Hardinge gewährt haben.

Daß von Baron Aehrenthal Österreich-Ungarns Beziehungen zu Italien sorgsamer gepflegt werden als von seinem Vorgänger, erleichtert unsere Stellung im Dreibund, da es uns der undankbaren Mühe enthebt, zwischen Wiener und römischen Empfindlichkeiten den Vermittler zu spielen. Ob allerdings Herr Tittoni den im Vatikan beabsichtigten Schritt Baron Aehrenthals so hoch einschätzen wird, wie letzterer annimmt, dürfte meines ehrfurchtsvollsten Erachtens fraglich sein. Dagegen scheint mir der Aehrenthalsche Gedanke, Spanien näher an den Dreibund heranzuziehen, richtig und Unterstützung zu verdienen[9]. Bei aller Abhängigkeit der Spanier von dem englischen Hofe und dem französischen Geldmarkt möchten sie aus monarchischen Gründen die Fühlung mit dem Dreibund nicht ganz verlieren[10].

Baron Aehrenthal hat am Schlusse seines Briefes meine Vermittlung dahin erbeten, Euere Kaiserliche und Königliche Majestät möchten dem K. und K. Botschafter Herrn von Szögyény behufs persönlicher Überreichung eines Schreibens Kaiser Franz Josephs an Euere Majestät Allergnädigst eine Audienz für den 5. oder 6. Oktober gewähren. Da wegen der Zeitkürze eine persönliche Überreichung durch Herrn von Szögyény nicht möglich war, hat derselbe den Brief seines allergnädigsten Herrn dem Auswärtigen Amte zur alleruntertänigsten Vorlage bei Euerer Kaiser-

lichen und Königlichen Majestät übergeben. Er hält sich der Allerhöchsten Befehle Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gewärtig und bittet, Euere Kaiserliche und Königliche Majestät möchten die Gnade haben, ihn so bald als möglich in Audienz zu empfangen*.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Rominten 6/X 08. W.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Ist schon vorher erfolgt bezw. Gleichzeitig!

[2] das dürfte wohl dem Minister kaum gelingen. Die Annexion wird sehr wahrscheinlich das Signal zum Beplündern des Türkischen Reichs, und seines Untergangs in Europa werden.

[3] mir ist bisher davon nichts bekannt geworden.**

[4] also sichert er sich den Bissen schon vorher!

[5] ?

[6] dieses alles habe ich bereits an Aehrenthal in Wien gesagt.

[7] haben wir ein Angebot erhalten?

[8] das hat Iswolski noch lange nicht vergessen.

[9] Phantasie! das hat sich an England mit Haut und Haar verkauft.

[10] !

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das wir gegen die Annexion nichts thun ist selbstverständlich! Ich bin aber persönlich auf das tiefste in meinen Gefühlen als Bundesgenoße verletzt, daß ich nicht im Geringsten vorher von S[einer] M[ajestät] in's Vertrauen gezogen wurde! Die 1. Nachricht von der bevorstehenden Annexion bekam ich gestern (5.) Abends aus Stambul aus türkischer Quelle.*** Die Polit[ischen] Veranderungen in Stambul, die als Grund für die Annexion im Briefe S[einer] Majestät angegeben werden, fanden im Juli statt. Es wäre wohl angängig gewesen, wenn am 18. August der Botschafter — für mich persönlich — eine streng vertraul[iche] Mittheilung gemacht hätte, daß Etwas dergleichen im Werke sei. So, bin ich der Letzte von Allen in Europa der überhaupt Etwas erfahren!

* Vgl. dazu Kap. CXCV, Nr. 8994.

** Dem Kaiser war entfallen, daß ihm das Schreiben Staatssekretär von Schoens vom 5. September 1908 (siehe Nr. 8927) vorgelegen hatte, das über den in Frage stehenden Punkt eindeutige Mitteilungen Freiherrn von Aehrenthals enthielt.

*** Das ist insofern nicht ganz richtig, als der Kaiser aus dem Schreiben Staatssekretär von Schoens an Fürst Bülow vom 5. September (siehe Nr. 8927) bereits recht deutliche Anspielungen Freiherrn von Aehrenthals über seine Pläne hatte entnehmen können. Die positiven Ankündigungen (Schreiben Aehrenthals an Fürst Bülow vom 26. September, Bericht von Schoens an Fürst Bülow vom 26. September, Schreiben Kaiser Franz Josephs vom 29. September) waren indessen erst am 6. Oktober in die Hände des Kaisers gelangt. Besonders kränkend empfand der Kaiser es, daß ein Schreiben Kaiser Franz Josephs an den Präsidenten der französischen Republik, das die gleiche Ankündigung der Annexion enthielt, demselben schon am 3. Oktober durch den Botschafter Graf Khevenhüller, der wegen dieser Voreiligkeit später von Aehrenthal gerügt wurde (vgl. Kap. CXCV, Nr. 8994 und Friedjung, Zeitalter des Imperialismus, II, S. 247, Fußnote), überreicht wurde. Wie übrigens gerade Graf Khevenhüller im Juni 1909 dem Fürsten Radolin zu erzählen wußte, hat Kaiser Wilhelm II. bei seinem Besuch in Wien am 17. Mai Aehrenthal Vorhaltungen darüber gemacht, daß dieser ihm nichts über seine bosnischen Projekte mitgeteilt habe. Darauf hätte Aehrenthal unumwunden erwidert, er „hätte es deshalb nicht getan, weil er von der Annahme ausgegangen wäre, der Kaiser würde in Anbetracht seiner alten freundschaftlichen Beziehungen zum Sultan ihm, dem Minister, von dem Vorgehen abgeraten haben. Mit Rücksicht darauf aber, daß es im Interesse Österreich-Ungarns unabweislich liege und er, Baron Aehrenthal, entschlossen ge-

wesen, diesen kühn scheinenden Schritt zu wagen, hätte er es für angezeigt erachtet, wie schwer es ihm auch gefallen sei, Deutschland gegenüber Schweigen zu beobachten, selbst auf die Gefahr hin, den treuen Bundesgenossen zu verstimmen." Bericht Radolins Nr. 245 vom 23. Juni 1909:

Das ist ein netter Dank für die Hilfe in der Sandschackbahnfrage, wo wir die ganze Wuth Iswolskis monatelang auszuhalten hatten, und für die Huldigung in Wien! Ich beklage tief die Form in der die Angelegenheit gestartet wurde. Der Lügnerische Heuchler Ferdinand und der würdige alte Kaiser die gemeinsam als Spoliatoren der Türkei in Bengalischer Beleuchtung auf der Bühne erscheinen!! Die Engländer werden nun erst Recht behaupten, daß alles von Oesterreich und uns vorher mit Bulgarien — also gegen die Türkei — arrangirt gewesen sei, und daß wir in der Orientbahnfrage eine unsaubere Comödie gespielt haben. Vom Türkischen Standpunkt aus betrachtet ergiebt sich die Lage, daß nach 20 Jahren Freundespolitik von mir, mein bester Verbündeter der erste ist der das Signal zum Auftheilen der Europ[äischen] Türkei gegeben hat! Eine angenehme Situation für uns in Stambul. Die Griechen werden schäumen bei ihrem grenzenlosen Haß gegen Bulgarien und Russland, die in ihren Augen stets zusammengehen. Aehrenthal will — wie Ew. D[urchlaucht] sagen — die Russen nicht auf dem Balkan sehen, dabei stärkt er ihre Avantgarde und Hauptagenten die Bulgaren! Angesichts dieser Verhältniße muß nun aber die elende Marokkoaffaire zum Abschluß gebracht werden, schnell und endgültig. There is much labour lost, das ist der Eindruck, den der vorzügliche Bericht von Vassel* mir hinterließ. Es ist nichts zu machen, französisch wird es doch; also mit Anstand aus der Affaire heraus, damit wir endlich aus den Friktionen mit Frankreich herauskommen, jetzt wo große Fragen auf dem Spiele stehen. Wenn der Sultan in seiner Noth den Krieg erklärt und in Stambul die Grüne Fahne des heil[igen] Kriegs entrollte, würde ich ihm das nicht sonderlich verdenken, und den Christen — falschen Galgenvögelen — auf dem Balkan wäre es gesund!

Nr. 8940

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Eigenhändiges Konzept

Nr. 102 Berlin, den 5. Oktober 1908

An der späten Vorlage des Immediatberichtes Seiner Durchlaucht trägt auch der Umstand Schuld, daß im Verlauf der Korrespondenz mit Norderney hier versehentlich Schriftstücke liegen geblieben sind**, was eine Verzögerung von 24 Stunden zur Folge gehabt hat. Bitte dies, im Falle Seine Majestät ungehalten sein sollte, zu verwerten, vor allem aber hervorzuheben, daß eine Überstürzung der Ereignisse stattgefunden hat, die von niemandem vorausgesehen worden ist.

Der Herr Reichskanzler hatte für den Fall, daß der Brief des Kaisers Franz Joseph vom österreichischen Botschafter überreicht werde, be-

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXXI, Nr. 8457.

** Tatsächlich waren bei der Übersendung des Konzeptes zu dem Immediatbericht (siehe Nr. 8939) nach Norderney die Anlagen (Schreiben Freiherrn von Aehrenthals an Fürst Bülow vom 26. September, Schreiben Fürst Bülows an Unterstaatssekretär Stemrich vom 30. September) versehentlich zurückgeblieben. Telegramm Stemrichs an Fürst Bülow Nr. 95 vom 3. Oktober 1908.

merkt, es werde sich empfehlen, wenn Seine Majestät sich darauf beschränken zu sagen, er habe den Brief mit den verehrungsvollen und bundesfreundlichen Gesinnungen gelesen, die er für alle Eröffnungen des Kaisers von Österreich hege. Ich habe Seine Durchlaucht von der veränderten Situation in Kenntnis gesetzt und werde ihm anheimstellen, Ew. pp. weitere Instruktionen zu diesem Punkt direkt zugehen zu lassen.

Stemrich

Nr. 8941

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Budapest, den 2. Oktober 1908

Geheim

Wie mir Herzog von Avarna** ganz vertraulich mitteilt, reist er heute abend auf Berufung des Herrn Tittoni nach Rom. Das Telegramm, welches den Botschafter nach Rom ruft, enthält weiter den Auftrag, bei Freiherrn von Aehrenthal dahin zu wirken, „de suspendre l'action en Bosnie et Herzegowine". Der Botschafter, der sich auf gestrigem Hofball dieses Auftrags entledigte, erhielt vom Minister zur Antwort, „qu'il ne pouvait plus suspendre l'action." Aus dem Telegramm des Herrn Tittoni entnimmt Herzog von Avarna weiter, daß anscheinend eine klare Aussprache zwischen Freiherrn von Aehrenthal und Herrn Iswolsky in der Frage der Annexion nicht stattgefunden hat. Er vermutet, daß der österreichisch-ungarische Minister nur ganz generell über die Möglichkeit der Annexion mit seinem russischen Kollegen gesprochen habe. Bestärkt wird er in dieser Annahme durch das, was Fürst Urussow ihm vor wenigen Tagen zur Sache gesagt hat. Der russische Botschafter — der seit fast zwei Monaten in einem Sanatorium krank liegt, dort aber den Besuch Herrn Iswolskys empfangen hat — meinte, die Sachlage sei ernst, denn er glaube nicht, daß Herr Iswolsky im Falle der Annexion Minister bleiben könne.

Es kann dahin gestellt bleiben, ob Herr Iswolsky dem kranken Botschafter ganz offen seine Meinung gesagt hat. Jedenfalls zeigt der Auftrag des Herrn Tittoni an Herzog von Avarna, sich für einen Aufschub der Aktion einzusetzen, daß Unklarheiten in der Stellung Italiens und Rußlands gegenüber den österreichisch-ungarischen Plänen herrschen, die nach den persönlichen Besprechungen zwischen Herrn Tittoni und Herrn Iswolsky in Italien*** den italienischen Minister zur Erteilung dieses Auftrags veranlaßt haben.

---

* Nebst den beiden folgenden Nummern des Zusammenhangs halber hier eingereiht.
** Italienischer Botschafter in Wien.
*** Sie hatten in Desio am 29./30. September stattgefunden. Über die Begegnung beider Staatsmänner war von der „Agenzia Stefani" folgendes offiziöse Communiqué

Nach dem, was mir Freiherr von Aehrenthal gestern sagte, hat sich am Stand der Angelegenheit seit unserem letzten Gespräch nichts geändert.

Tschirschky

Nr. 8942

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Budapest, den 3. Oktober 1908

Zu der Unterredung, die Freiherr von Aehrenthal vorgestern mit dem Herzog von Avarna gehabt, und dem ihm vom italienischen Botschafter übermittelten Auftrag des Herrn Tittoni, „de suspendre l'action", äußerte der Minister mir gegenüber, er könne sich die veränderte Haltung des italienischen Ministers nicht erklären. Auf die eingehenden Mitteilungen, die er Herrn Tittoni in Salzburg gemacht, habe ihm dieser einen Brief geschrieben, der neben zustimmender Erklärung bezüglich des Annexionsprojektes folgende drei Fragen enthalten habe:

1. Ist Herr Iswolsky unterrichtet? 2. Bin ich ermächtigt, mit ihm bei unserer Begegnung in Italien über die Frage zu sprechen? 3. Würde Österreich etwas dagegen haben, wenn Italien eine Entente zwischen Rußland, Österreich und Italien in bezug auf gemeinsame Haltung in Balkanfragen anstrebt? Die beiden ersten Fragen habe er mit ja beantwortet. Die dritte habe er nicht a limine abweisen wollen, obgleich ihm die Sucht nach Ententen krankhaft und die Sache an sich nicht sehr sympathisch erscheine. Er habe geantwortet, er würde bereit sein, etwaige römische Vorschläge zu prüfen. Wenn Herr Tittoni jetzt plötzlich anderer Ansicht geworden, so könne das nur seiner Ängstlichkeit zugeschrieben werden. Daß Herr Iswolsky dahinter stecke, glaube er nicht. Dieser habe ihm,

---

ausgegeben worden: „Diese Begegnung brachte eine Bestätigung dessen mit sich, was sich über die orientalische Frage, über die neugeschaffene Lage des ottomanischen Reiches und über andere wichtigere Fragen, die zurzeit auf der Tagesordnung stehen, aus den anderen Begegnungen ergeben hatte, die Iswolsky und Tittoni in letzter Zeit mit anderen Staatsmännern gehabt haben. Aus den Unterhaltungen der beiden Staatsmänner erhellt, daß die Beziehungen zwischen Italien und Rußland intimer sind als seit langer Zeit, denn es ergab sich aus ihnen eine vollkommene Übereinstimmung der Gesichtspunkte bezüglich der besonderen Interessen der beiden Länder, die im Verlaufe der Gespräche klargelegt wurden, die vollkommene Harmonie zwischen ihnen und damit verbunden die dem Frieden günstigsten Bestrebungen. Infolge dieser friedlichen Absichten werden die beiden Staaten ihren Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Lage im Sinne der Eintracht geltend machen können." Siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 358.

Freiherrn von Aehrenthal, schon anfangs des Sommers die Annexion förmlich angeboten gegen wohlwollende Haltung in der Meerengenfrage*, die er auch zugesagt unter der Bedingung, daß Konstantinopel türkisch bleibe und die freie Durchfahrt für alle Uferstaaten des Schwarzen Meeres gelte. Wenn Fürst Urussow sich dem italienischen Botschafter gegenuber besorgt geäußert, so glaube auch er, daß Herr Iswolsky dem kranken Mann nicht reinen Wein eingeschenkt habe.

In den nächsten Tagen werde Graf Lützow mit einem Handschreiben an den König nach Racconigi abgehen und morgen Herr von Szögyény mit einem solchen für Seine Majestät den Kaiser** nach Berlin reisen. Am 7. d. Mts. gedenke er mit der Annexion hervorzutreten und in Konstantinopel die Kündigung der Konvention zu erklären.

Am nächsten Dienstag will mich Freiherr von Aehrenthal in Wien wieder sprechen.

Tschirschky

Nr. 8943

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Reinschrift

Berlin, den 5. Oktober 1908

Der italienische Botschafter, den ich in Gemäßheit des Telegramms Nr. 107*** beschieden habe, setzte mir den Auftrag, den er von Tittoni erhalten hatte, auseinander und übergab mir auf meine Bitte eine italienische Aufzeichnung über denselben. Die Übersetzung dieses Schriftstückes, welches in keiner Weise einen offiziellen Charakter hat, lautet folgendermaßen:

„Bei Gelegenheit seines neulichen Besuches in Italien sagte Herr Iswolsky Herrn Tittoni, daß Baron Aehrenthal bei der Unterredung, die

---

* Diese Behauptung Freiherrn von Aehrenthals gründet sich wohl auf das von dem russischen Botschafter Fürsten Urussow am 6. Juli 1908 am Ballplatz überreichte Aide-mémoire vom 2. Juli, das der österreichische Minister dann am 15. Oktober dem Fürsten Bülow mitteilte. Vgl. Kap. CXCII, Nr. 8920, Fußnote und Kap. CXCVI, Nr. 9055, Anlage I. Indessen wird in diesem Schriftstück lediglich die Bereitwilligkeit ausgedrückt, beide Fragen, sowohl die Annexion Bosniens und der Herzegowina wie die Meerengenfrage, mit Österreich „dans un esprit d'amicale réciprocité" zu diskutieren.

** Siehe dasselbe Kap. CXCV, Nr. 8978.

*** Der italienische Botschafter Pansa hatte die Absicht kundgegeben, Fürst Bülow in Norderney aufzusuchen, um sich eines Auftrages Tittonis zu entledigen; Fürst Bülow ließ ihn indessen durch das Auswärtige Amt (Telegramm Nr. 107 vom 4. Oktober) ersuchen, seinen Auftrag durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes auszurichten.

er kurz vorher mit ihm gehabt hatte*, keine formelle Erklärung über Bosnien und Herzegowina abgegeben habe. Er, Iswolsky, habe indessen den Eindruck gehabt, daß Aehrenthal Annexionspläne verfolge.

In der Tat hatte Aehrenthal, als er mit Tittoni zusammen war und dieser auf eine derartige Eventualität anspielte, geantwortet, das sei in jedem Fall eine Frage der inneren Politik der Monarchie[1]; er habe indessen hinzugefügt, daß, wenn eine Annexion stattfände, die K. und K. Regierung ihre Garnisonen aus dem Sandschak von Nowipasar zurückziehen und auf die Rechte, welche ihr durch Artikel 25 des Berliner Vertrages übertragen seien, verzichten würde. Iswolsky sagte zu Tittoni, daß ein derartiges Vorgehen einen in höchstem Maße internationalen Charakter habe[2], und daß eine Annexion nur mit Zustimmung aller Signatarmächte des Berliner Vertrages gemacht werden könnte. Er erklärte weiter, gleichwohl würde Rußland keine Opposition machen, falls bestimmte Bedingungen erfüllt würden. Außer dem bereits angebotenen Verzicht auf Artikel 25 stelle Rußland zwei weitere Bedingungen, nämlich,

daß die Bestimmung des Artikels 29, welche die Souveränität Montenegros beschränke, abgeschafft werde[2],

und ferner, daß das Verbot der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen für die Uferstaaten des Schwarzen Meeres aufgehoben werde[3]. Iswolsky fügte hinzu, diese Frage sei von ihm auch mit Herrn von Schoen besprochen worden, welcher sich der Sache nicht abgeneigt gezeigt habe. Bei dem Gespräch mit Tittoni wiederholte Iswolsky zu wiederholten Malen die Versicherung seines lebhaftesten Wunsches, das Einvernehmen und die herzlichsten Beziehungen mit Deutschland aufrecht zu erhalten[4].

Tittoni ist infolgedessen der Ansicht, daß es in diesem wichtigen politischen Momente vom allergrößten Interesse sei, von diesen Dispositionen Iswolskys zu profitieren, um Rußland in dem Kreis des Dreibundes zu halten und jede unfreundliche Haltung zu vermeiden, welche die Wirkung haben könnte, Rußland dazu zu veranlassen, anderswo eine Stütze zu suchen.

Das wäre zu erreichen, wenn Deutschland seinen Einfluß gebrauchte, um in Wien die Überzeugung von der Notwendigkeit hervorzurufen, daß bei den vorliegenden Fragen ein gutes Einvernehmen mit Rußland gewahrt werden müsse[5].

Von den beiden besonderen Bedingungen Iswolskys, welche oben erwähnt worden sind, ist die Meerengenfrage eine zu allgemeine und ganz Europa zu sehr interessierende, um über sie gegenwärtig anders als in allgemeiner Weise und ohne Eingehen auf Einzelheiten verhandeln zu können. Die Einzelheiten würden durch Verhandlungen mit allen Mächten geregelt werden müssen, und es würde genügen, zu diesen Punkten gegen die russischen Forderungen keine Opposition zu machen. Die Bedingung sodann, welche sich auf den Verzicht Österreichs auf die Rechte des

* Gemeint ist die Zusammenkunft in Buchlau vom 16. September.

Artikels 29 betreffend Montenegro* bezieht, ist ein Punkt von der größten Wichtigkeit für die Stellung Italiens im Adriatischen Meer[6], so daß die italienische Regierung nicht umhin kann, bei dieser Bedingung sich Rußland anzuschließen und dessen Wünsche aufs energischste zu unterstützen.

Von diesen Gedanken ausgehend, hatte Tittoni mich vor vier Tagen beauftragt, mit dem Fürsten Bülow zu sprechen, damit er in Wien seinen Einfluß dahin geltend mache, daß von Österreich in dem Status quo keine Änderung vorgenommen werde ohne vorherige Verständigung mit Deutschland, Italien und Rußland. Seit vier Tagen haben die Ereignisse indes einen raschen Lauf genommen, und wir befinden uns vor zwei neuen, beinahe vollendeten Tatsachen, die eine in Wien, die andere in Sofia**. Bezüglich ihrer kann es sich daher nicht mehr um Präventivmaßregeln handeln; immerhin werden diese Tatsachen aber den Gegenstand von Erörterungen und Verhandlungen zwischen den Mächten bilden, und im Hinblick auf diese Verhandlungen wird die Anregung von Tittoni von Bedeutung bleiben, die Anregung nämlich, daß das Möglichste geschähe, um darauf hinzuwirken, daß man in Wien gemeinsam mit uns und unter freundlicher Rücksichtnahme auf Rußland vorgehe. Auf diese Weise würde sich ein Einvernehmen erzielen lassen, welches, wie dem Fürsten Bülow nicht entgehen wird, gute Folgen für die Zukunft und das Prestige des Dreibundes haben wird***."

Stemrich

---

* Artikel 29 der Berliner Kongreßakte, von dem in der Folge noch viel die Rede sein sollte, lautete:

„Antivari et son littoral sont annexés au Monténégro sous les conditions suivantes:

Les contrées situées au Sud de ce territoire, d'après la délimitation ci-dessus déterminée, jusqu'à la Bojana, y compris Dulcinjo, seront restituées à la Turquie.

La commune de Spica, jusqu'à la limite septentrionale du territoire indiqué dans la description détaillée des frontières, sera incorporée à la Dalmatie.

Il y aura pleine et entière liberté de navigation sur la Bojana pour le Monténégro. Il ne sera pas construit de fortifications sur le parcours de ce fleuve, à l'exception de celles qui seraient nécessaires à la défense locale de la place de Scutari lesquelles ne s'étendront pas au delà d'une distance de six kilomètres de cette ville.

Le Monténégro ne pourra avoir ni bâtiments ni pavillon de guerre.

Le port d'Antivari et toutes les eaux de Monténégro resteront fermées aux bâtiments de guerre de toutes les nations.

Les fortifications situées entre le lac et le littoral sur le territoire monténégrin seront rasées et il ne pourra en être élevé de nouvelles dans cette zone.

La police maritime et sanitaire, tant à Antivari que le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie au moyen de bâtiments légers garde-côtes.

Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son côté l'Autriche-Hongrie s'engage à accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin.

Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau territoire monténégrin une route et un chemin de fer. Une entière liberté de communications sera assurée sur ces voies."

** Gerade am 5. Oktober erfolgte die Proklamierung der Unabhängigkeit Bulgariens, am 6. die der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Vgl. Kap. CXCIV und CXCV.

*** Fürst Bülow, dem die Aufzeichnung Stemrichs nach Norderney mitgeteilt wurde, bemerkte dazu u. a.: „Herrn Pansa bitte ich in meinem Namen schon jetzt zu er-

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Falsch! sehr des Aeußern
[2] ja
[3] mit nöthigen Cautelen für Stambul, Sultan und Türkei!
[4] und die Griechen müßen Creta haben!
[5] Aehrenthal hat fortdauernd ohne uns Fühlung mit Russland schon vorher gehabt und jetzt noch
[6] Schwiegerpapa!

Nr. 8944

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 298 Wien, den 6. Oktober 1908
Geheim

Freiherr von Aehrenthal ersucht mich, nachstehendes ganz vertraulich zu Euerer Durchlaucht Kenntnis zu bringen.

Der italienische Botschafter sei heute früh aus Rom hierher zurückgekehrt und habe ihm ein Schreiben des Herrn Tittoni überbracht. Italienischer Minister skizziere darin die Punkte, die nach seiner Rücksprache mit Iswolsky als Basis für eine entente à trois über Balkanangelegenheiten dienen könnten. Er, Freiherr von Aehrenthal, habe soeben sein prinzipielles Einverständnis zum Abschluß einer solchen Entente nach Rom mitgeteilt. Er habe sich bei diesem Entschluß hauptsächlich von zwei Motiven leiten lassen: Einmal habe er damit dem dringenden Wunsche des Herrn Tittoni entgegenkommen wollen, dessen Stellung seinem Lande gegenüber wesentlich erleichtert werde, wenn er erklären könne, er habe die Annexion Bosniens und der Herzegowina bereits vor deren offizieller Bekanntmachung im Rahmen einer Entente mit Österreich und Rußland verabredet[1], und zweitens habe er darin eine gute Gelegenheit erblickt, Rußland von England abzuziehen, indem er es an einer Entente teilnehmen ließe, an welcher die Westmächte nicht partizipierten[2]. Er glaube damit auch dem Interesse seines deutschen Verbündeten Rechnung getragen zu haben[3].

Die Entente sei ungefähr folgendermaßen gedacht: Italien und Rußland stimmen der Annexion der okkupierten Provinzen bei. Italien und Österreich erklären, sich einer Anregung Rußlands wegen freier Durch-

---

suchen, Herrn Tittoni meinen angelegentlichen Dank für diese klare, loyale und aufrichtige Darlegung seiner Auffassung der Lage auszusprechen. Ich stimmte mit Tittoni ganz darin überein, daß es im gegenwärtigen schwierigen Moment doppelt angezeigt wäre, daß die Dreibundmächte enge Fühlung hielten. Wir würden unsererseits diese Fühlung gern mit Italien halten und seien überzeugt, daß in Wien derselbe Wunsch bestehe. Ich teilte auch durchaus Tittonis Ansicht, daß es von großem Wert sei, so weit als irgend möglich mit Rußland zusammen zu gehen. Ich glaubte, daß dieser Wunsch auch in Wien bestände." Telegramm Fürst Bülows an das Auswärtige Amt Nr. 117 vom 7. Oktober.

fahrt durch die Meerengen nicht zu widersetzen[2]. Die Desinteressementerklärung, die zwischen Italien und Österreich in Beziehung auf Albanien besteht, wird auf Montenegro ausgedehnt. Artikel 29 des Berliner Vertrages wird in der Weise abgeändert, daß Montenegro die volle Souveränität gegen die Verpflichtung erhält, Antivari nicht zum Kriegshafen zu machen[2].

Herr Tittoni beabsichtigt, sobald ihm Gelegenheit gegeben wird, öffentliche Erklärungen über die Stellungnahme Italiens zur Annexionsfrage abzugeben, auch den Abschluß der Entente zu veröffentlichen. Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also Eitelkeitsfrage!!
[2] gut
[3] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ganz einverstanden! Möge Isvolsky durchhalten, und nicht in London wieder umfallen!*

Nr. 8945

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Entzifferung

Nr. 274 Wien, den 12. Oktober 1908

Ganz vertraulich

Zur Vorgeschichte der Annexionsfrage erzählt mir der Herzog von Avarna folgendes: Nach dem, was ihm Tittoni bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Rom gesagt, habe Freiherr von Aehrenthal dem Minister in Salzburg mit keinem Worte von der Annexion gesprochen, ihm auch nicht einmal zu verstehen gegeben, daß die Annexion im Prinzip beschlossen sei[1]***. Freiherr von Aehrenthal habe nur die Frage der okkupierten Pro-

* Im Hinblick auf diese Randbemerkung des Kaisers telegraphierte Freiherr von Jenisch am 8. Oktober (Nr. 172) an das Auswärtige Amt: „Seine Majestät ist mit der Entente zu Dreien ganz einverstanden, deren Verwirklichung allerhöchster in unserem Interesse hält. Nur müsse Iswolsky jetzt durchhalten und nicht durch englische Einflüsse wieder umfallen." Schon vorher hatte Fürst Bülow auf die Übersendung des Wiener Telegramms Nr. 298 am 7. Oktober (Nr. 119) zurücktelegraphiert: „Erbitte dortseitige Antwort darüber, ob es für uns erwünschter ist, aus der österreichisch-italienisch-russischen Entente herauszubleiben." Darauf riet Staatssekretär von Schoen (Telegramm Nr. 132), zwar der Entente gegenüber eine freundliche Stellung zu nehmen, aber wegen des Beitritts sich vorläufig nicht zu binden. Unter diesen Umständen wurde die kaiserliche Anheimgabe nicht weiter verfolgt; ohnedies kam es nicht zu einem Abschluß der österreichisch-italienisch-russischen Entente.

** Die beiden folgenden Schriftstücke mögen, obwohl sie über den Zeitpunkt der Annexion hinausgreifen, hier abgedruckt werden, weil sie die Vorgeschichte der Annexion berühren und zugleich zeigen, wie rasch sich irrige Auffassungen festgesetzt haben.

*** Das widerspricht der in Nr. 8943 inserierten italienischen Aufzeichnung, wonach Aehrenthal Tittoni in Salzburg sogar genau präzisiert hat, unter welchen Modalitäten (Verzicht auf den Sandschak usw.) die Annexion vor sich gehen solle.

vinzen im allgemeinen berührt mit dem Hinweis, daß die Regelung der dortigen Verhältnisse eine Angelegenheit sei, die zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei allein zu regeln sein wird[2]. Da der österreichisch-ungarische Minister nur in der Weise ganz allgemein von der Frage gesprochen habe, sei Tittoni mit keinem Worte auf die Sache weiter eingegangen. Erst aus seiner Unterhaltung mit Iswolsky habe Tittoni zum ersten Male von der beabsichtigten Annexion gehört. Letzterem gegenüber habe Freiherr von Aehrenthal auch zuerst ganz allgemein von der bosnischen Frage gesprochen und im weiteren Verlaufe des Gesprächs, als der russische Minister näher nach den österreichischen Plänen gefragt habe, hätte Freiherr von Aehrenthal zugegeben, daß die Annexion beabsichtigt sei. Aber auch dann sei von keinem Termin die Rede gewesen, der russische Minister habe seine Gegenforderung wegen der Meerengenfrage nur ganz allgemein „für den Fall, daß die Annexion eintreten sollte", gestellt.

Als der Herzog von Avarna dem Freiherrn von Aehrenthal — wie gemeldet — den Brief des Herrn Tittoni überbracht habe, in dem dieser die Entente mit Rußland und Österreich-Ungarn[3] in Balkanfrage als Kompensation vorschlug*, habe er dem Freiherrn von Aehrenthal vorgehalten, daß sein Chef sehr erstaunt gewesen sei, als er durch eine briefliche Nachricht einfach die Anzeige über die in wenigen Tagen zu gewärtigende Annexion erhalten hätte. Der Minister habe darauf gegen diesen Vorfall nicht protestiert, sondern nur entgegnet: „Comment, Monsieur Tittoni n'a pas compris ce que je lui ai dit à Salzbourg[4]?"

Der italienische Botschafter machte mir gegenüber kein Hehl daraus, daß diese Art des Vorgehens des Freiherrn von Aehrenthal ihn selbst und ebenso in Rom unangenehm berührt habe[5].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Donnerwetter!
[2] man hat es ohne sie gethan!
[3] also ohne uns!
[4] sehr bequem!
[5] uns alle
Schlußbemerkung des Kaisers:
Er hat à la Lexa gehandelt!

Nr. 8946

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 106 Rom, den 23. Oktober 1908

Euerer Durchlaucht ist bekannt, wieviel Anlaß Herr Tittoni zu Klagen über Baron Aehrenthal bisher schon zu haben geglaubt hat. Die Annexion

---

* Vgl. Nr. 8944.

Bosniens respektive der modus procedendi bei derselben hat diese Gefühle nur verschärft. Immerhin unterschied der Minister bei seinen Klagen scharf zwischen Österreich-Ungarn und dessen jetzigem leitenden Staatsmann:

Erst am 26. September sei bei ihm ein Brief eingegangen, in dem Baron Aehrenthal die unmittelbar bevorstehende Annektierung des Okkupationsgebietes mitteilte. Am 29. wäre Herr Iswolsky in Desio gewesen und habe ihm mitgeteilt, daß er unmittelbar vorher auch seinerseits durch Baron Aehrenthal die ihn aufs peinlichste berührende Mitteilung erhalten*. Wohl habe der K. und K. Herr Minister ihm gelegentlich früher gesprächsweise eröffnet, daß in absehbarer Zeit die staatsrechtlichen Verhältnisse von Bosnien und Herzegowina geregelt werden müßten. Er, Iswolsky, habe das aber nach der ganzen Art der Mitteilung nur so verstehen können, daß bei sich bietender Gelegenheit und erst nach Jahren eine im Konzert der Mächte zu erzielende Regelung dieser Frage beabsichtigt sei**, daß aber keineswegs eine unmittelbar bevorstehende und einseitige Aktion zu gewärtigen wäre. Auch er, Tittoni, hätte eine frühere vage und akademische Mitteilung des Baron Aehrenthal nur in gleicher Weise auffassen können. Endlich hätte, wie ihm aus Berlin berichtet worden, der Herr Staatssekretär von Schoen die gleiche Auffassung der Worte des Baron Aehrenthal gehabt***. Es wäre also merkwürdig, daß drei Minister das gleiche verstanden haben, während Baron Aehrenthal jetzt nachträglich die Behauptung aufstellt, die drei Kabinette seit langem auf das Kommende direkt vorbereitet zu haben. Wenn er, Tittoni, wirklich von dem Vorhaben Aehrenthals etwas geahnt, würde er sofort mit Euerer Durchlaucht Fühlung genommen und auf das energischste in Wien von einer Aktion im jetzigen Moment abgeraten haben†. Die Reiche des Dreibundes hätten stets Erhaltung des Status quo am Balkan und der Türkei im jetzigen Zustand als Grundprinzip ihrer Orientpolitik aufgestellt. Wenn nun auch im faktischen Zustande sich zunächst nichts ändere, so hätte doch jeder Attaché den Ballhausplatz darüber aufklären können, daß die feierliche Erklärung der Annektierung von Bosnien und Herzegowina auch ohne die bulgarischen Zutaten die ganze Orientfrage aufrollen wird.

Daß dieses Ereignis auch in Italien die größte Aufregung hervorrufen mußte, hätte man schließlich doch auch in Rechnung ziehen müssen. Seit seiner Amtsübernahme hätte Baron Aehrenthal wiederholt und unaufgefordert die Versicherung abgegeben, daß er seine Orientpolitik nur

---

* Das ist ein Irrtum Tittonis. Iswolsky erhielt die Nachricht von der unmittelbar bevorstehenden Annexion erst am 4. Oktober in Paris.

** Auch das entspricht keineswegs den Tatsachen. Nach den Mitteilungen Iswolskys an Staatssekretär von Schoen vom 25. September war er in Buchlau von Freiherrn von Aehrenthal über das nahe Bevorstehen der Annexion keineswegs im Zweifel gelassen worden. Vgl. Nr. 8930, Fußnote, Nr. 8935.

*** Das ist vollkommen irrig; vgl. Nr. 8935.

† Das hat Tittoni doch tatsächlich getan; vgl. Nr. 8941 und 8942.

im engsten Einvernehmen wie mit Deutschland so auch mit Italien einrichten würde. Nachdem das Wiener Kabinett zuerst in der Frage der Sandschakbahn*, dann in der der Gendarmerieoffiziere** ihn, Tittoni, aufs peinlichste überrascht und zu parlamentarischen Lügen gezwungen*, hätte die Proklamierung der bosnischen Annexion seine ministerielle Stellung so ins Wanken gebracht, daß er tatsächlich sehr ernst die Idee seines sofortigen Rücktritts in Erwägung gezogen habe.

Es sei ein großes Glück, daß bei dem so leichten Herzens angefachten Orientbrande sich bei allen größeren Völkern und Regierungen doch aufs lebhafteste der Gesichtspunkt geltend mache, wie der Frieden zu erhalten ist. Selbst Rußland und England, wo zunächst die Wogen der Entrüstung ziemlich hoch gingen, seien geneigt, sich mit dem unabänderlichen Faktum der Annexion abzufinden, und hätten, wenn man genau zusehe, ihre Forderungen auf das Formale der Abhaltung einer Konferenz herabgemindert unter Ausschluß jeder weiteren Änderung des Status quo auf der Balkanhalbinsel***. Denn auch über die Meerengenfrage würde das noch sehr geschwächte Rußland schließlich mit sich reden lassen. Herrn Iswolsky erginge es in mancher Beziehung ähnlich wie ihm[1]. Des russischen Herrn Ministers Stellung würde auf die Dauer nur haltbar sein, wenn er irgend etwas mit nach Hause bringen könne[2]. Ebenso verlange die englische öffentliche Meinung aufs dringlichste, daß der einseitige Schritt des Baron Aehrenthal, der, man drehe die Sache, wie man will, doch ein Vertragsbruch sei, durch Gesamteuropa nachträglich gutgeheißen oder wenigstens registriert wird. Auch in Italien hätten die verständigen Politiker ähnliche Gefühle, während die jetzt noch tobende große Masse sich schließlich mit dem fait accompli, gebilligt durch den Kongreß, abfinden müsse.

Vor allem aber, so schloß der Minister seine Ausführungen, hätte Österreich das größte Interesse an der Konferenz. Es sei ganz ausgeschlossen, daß Rußland und England zu einer ausdrücklichen Anerkennung der Annexion ohne die Konferenz zu bringen wären[3]. Damit bliebe für beide Mächte die Frage eine schwebende, und könnte dieselbe von ihnen jederzeit spontan oder compensando aufgewärmt werden. Herr Tittoni bittet sehr, daß Euere Durchlaucht sich diese Gesichtspunkte aneignen und auch in Wien zur Geltung bringen wollten.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Was kommt es darauf an!

[2] !Eitelkeit!

[3] ?

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVII, Nr. 8690, Fußnote ***, und Nr. 8701, S. 310, Fußnote *.

** Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIV.

*** Näheres darüber in Kap. CXCV und CXCVI.

Kapitel CXCIV

Die Bulgarische Unabhängigkeitserklärung
Die Frage der Orientbahnen

Nr. 8947

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 60 Sofia, den 20. Juni 1908

Streng vertraulich

Mein österreichisch-ungarischer Kollege* erzählt mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit, Seine Königliche Hoheit der Fürst Ferdinand habe in Wien angefragt, wann er mit der Fürstin seinen offiziellen Besuch am dortigen Hofe machen könne**. Es sei ihm geantwortet worden, Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph würde sich freuen, die Herrschaften im Herbst nach den Manövern zu empfangen***.

Um allen Empfindlichkeiten vorzubeugen, habe er, Graf Thurn, mit dem Fürsten schon jetzt über die Empfangsmodalitäten gesprochen und habe dabei geäußert, Seine Majestät der Kaiser würde mit Rücksicht auf seine Gesundheit wohl auf dem Bahnhofe nicht erscheinen. Der Fürst habe erwidert, daß er dies selbstverständlich gar nicht erwarte, aber die bestimmte Hoffnung aussprechen müsse, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand ihn am Bahnhofe empfangen werde.

Bei dieser und noch einer anderen Gelegenheit habe sich der Fürst über seine Beziehungen zum Erzherzog Franz Ferdinand des näheren ausgelassen. Er wisse, äußerte der hohe Herr, daß der Erzherzog ihm nicht wohlgesinnt sei. Seine Lage sei jetzt eine außerordentlich schwierige, ähnlich wie zu Anfang seiner Regierung. Rußland entfalte wieder eine größere Aktivität, die Revaler Entrevue erfülle ihn mit Sorge. Er sei von russischen Spionen umgeben und sei nie vor Anschlägen von dieser Seite sicher. Unter diesen Umständen sei es angesichts des hohen Alters des Kaisers für ihn und für die ganze Orientierung seiner Politik von der allergrößten Wichtigkeit, sich darüber Klarheit zu verschaffen, wie sich seine Beziehungen zum künftigen Kaiser von Österreich gestalten würden. Graf Thurn habe erwidert, er könne natürlich über die persönlichen Gefühle des Erzherzogs nicht urteilen, so viel könne er aber versichern, daß der Thronfolger viel zu klug und zu pflichttreu sei, um sich in der Politik von persönlichen Empfindungen leiten zu lassen.

---

* Graf Thurn.

** Seit dem 28. Februar 1908 war Fürst Ferdinand in zweiter Ehe mit der Prinzessin Eleonore Reuß vermählt.

*** Es geschah am 23./24. September 1908 in Budapest. Vgl. Nr. 8952.

Graf Thurn glaubt diesen Äußerungen des Fürsten keine große Bedeutung beilegen zu sollen und meint, daß die Bemerkungen des hohen Herrn über seine schwierige Lage und die ihm von russischer Seite drohenden Gefahren in erster Linie darauf berechnet seien, ihm einen glänzenden Empfang in Wien zu sichern[1], eine Auffassung, die ich durchaus teile. Daß Fürst Ferdinand jemals für eine offene Anlehnung an Österreich-Ungarn zu gewinnen sei, glaubt auch Graf Thurn nicht. Trotzdem liegt es aber nach seiner Ansicht im österreichischen Interesse, Bulgarien bis zu einem gewissen Grade zu stützen[2]. Von einem starken Bulgarien habe die Donaumonarchie direkt nichts zu fürchten[3], und es würde im Gegenteil ein nützliches Gegengewicht bilden zu den gefährlichen großserbischen Bestrebungen[4].

Übrigens hat auch mir Fürst Ferdinand von den ihm von russischer Seite drohenden Gefahren gesprochen. Er behauptet zu wissen, daß in einer panslawistischen Versammlung in St. Petersburg der Beschluß gefaßt worden sei, mit allen Mitteln gegen ihn zu arbeiten, weil er ein Haupthindernis für die Verwirklichung des panslawi tischen Gedankens in den Balkanländern sei. Eventuell müsse er gewaltsam beseitigt werden. Diese Nachricht scheint indessen, wie ich durch eine Rückfrage bei einem Vertrauensmann des Fürsten feststellen konnte, dem hohen Herrn von einer privaten, wohl nicht ganz sicheren Quelle zugegangen zu sein und soll erst nachgeprüft werden.

v. Romberg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] Fehler

[3] alles!

[4] Großbulgarische Bestrebungen sind noch weit gefährlicher, weil sie antitürkisch sind und sich auf die Einnahme Stambuls erstrecken

Schlußbemerkung des Kaisers:

Bulgarien ist und betrachtet sich als Avantgarde Russlands auf dem Balkan! Das weiß Serbien und haßt es darum! Daher muß Serbien gestärkt und mit Griechenland zusammengebracht werden, um Stambul beizustehen während Bulgarien geduckt werden muß!

Nr. 8948

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 Pera, den 13. September 1908

Zum ersten Mal fand gestern abend zu Ehren des Geburtstages des Sultans beim Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* eine Festtafel

---

* Tewfik Pascha.

statt, zu der die Missionschefs geladen waren. Den Trinkspruch auf den Sultan brachte ich als Doyen aus, derjenige auf die vertretenen Souveräne und Staatschefs wurde vom Großwesir* gehalten.

Diese Festtafel hat zu einem politischen Zwischenfall geführt. Der bulgarische Vertreter** hatte keine Einladung erhalten und sich deswegen beim Großwesir beschwert. Kiamil Pascha wies diese Beschwerde mit der Begründung ab, daß der hiesige Vertreter Bulgariens nicht die Eigenschaft eines fremden Missionschefs habe. Herr Geschow hat darauf meine Intervention als Doyen erbeten. Ich habe dieselbe höflich unter Hinweis darauf abgelehnt, daß der Doyen nur in Fragen der „Zeremonie und der Etikette" intervenieren könne, die vorliegende Frage aber außerhalb dieses Rahmens liege. Auf telegraphischen Bericht hat darauf Herr Geschow von Herrn Paprikow*** die Antwort erhalten, die fürstliche Regierung sei nicht gewillt, sich in einer derartigen verletzenden Weise an das Vasallenverhältnis erinnern zu lassen, er solle daher alsbald abreisen, falls seiner Beschwerde nicht Rechnung getragen werde. Diese Drohung hat der bulgarische Vertreter sowohl auf der Pforte wie bei meinen Kollegen verwertet. Aber nur Marquis Imperiali hat, wie er mir sagt, durch den Ersten Dragoman eine vertrauliche Demarche beim Großwesir gemacht. Er sei auf einen bestimmten . . .† gestoßen. Kiamil Pascha, der mich gestern abend auf die Sache anredete, dankte mir für meine Haltung und erwiderte auf meine Bemerkung, daß Herr Geschow wohl Konstantinopel bereits verlassen habe: „Qu'il quitterait, cela nous est parfaitement égal. M. Geschow n'est pas le chef de la mission". Streng staatsrechtlich ist die Haltung der Pforte zweifellos berechtigt; denn der hiesige bulgarische Vertreter hat niemals mit dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in irgend einem amtlichen Verkehr gestanden. Er verhandelt schriftlich und mündlich nur mit dem Großwesir und mit dem Minister des Innern. Hakki Bey, der mich vorgestern besuchte, sagte mir, die Angelegenheit sei im Ministerrat diskutiert worden. Man sei der Ansicht gewesen, daß eine Nachgiebigkeit gegen die bulgarischen Wünsche zu einem Sturm in der Presse und vielleicht zu einer Ministerkrisis führen würde.

Die Drohung mit . . .†† würde früher zweifellos Erfolg gehabt haben. Daß dieselbe unter dem neuen Regime vollkommen versagt, beweist, wie stark zurzeit das türkische Selbstgefühl geworden ist[1].

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr erfreulich

---

* Kiamil Pascha.
** Geschow.
*** Bulgarischer Minister des Auswärtigen.
† Zifferngruppe fehlt.
†† Zifferngruppe fehlt.

Nr. 8949

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 Wien, den 14. September 1908

Österreichisch-ungarischer Botschafter in Konstantinopel hat, wie mir Freiherr von Aehrenthal mitteilt, türkischen Auswärtigen Minister darauf aufmerksam gemacht, daß Nichteinladung bulgarischen Vertreters zu offiziellem Diner anläßlich Sultans Geburtstags Weiterungen nach sich ziehen könnte. Tewfik Pascha hat Markgraf Pallavicini geantwortet, Herr Geschow solle ruhig abreisen, die Bulgaren würden dann eben einen anderen Agenten schicken.

Freiherr von Aehrenthal erklärte, dieses Vorgehen gegenüber Bulgarien sei charakteristisch für Haltung des Komitees und könne leicht zu ernsten Zwischenfällen führen. Die Jungtürken hätten sich leider sehr weit mit den Serben eingelassen, die bekanntlich mit allen Mitteln gegen Österreich-Ungarn intrigierten. Jungtürken hätten ferner „der gemeinen Mörderbande von Sandanski“* und Konsorten großes Entgegenkommen gezeigt; diese Haltung könne nicht verfehlen, im Fürstentum Bulgarien Erregung hervorzurufen, man müsse sich daher auf Inzidenzfälle gefaßt machen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß Freiherr von Aehrenthal türkisch-bulgarische Spannung gegenwärtig als bedrohlich ansieht.

Rantzau

Nr. 8950

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Sofia, den 18. September 1908

Minister des Äußern Paprikow sprach mir bei gestrigem Diplomatenempfang sehr ernst über Zwischenfall Geschow. Bulgarische Regierung könne sich derartige Zurücksetzung nicht gefallen lassen, werde keinenfalls ihren Standpunkt aufgeben und werde, falls nicht binnen kurzem türkischerseits etwas geschehe, genötigt sein, Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Ich habe Herrn Paprikow darauf vor übereilten Schritten gewarnt**. In gleichem Sinne sprach Minister mit den anderen Vertretern.

---

* Bulgarischer Bandenführer.

** Nach einem ausführlichen Berichte Freiherrn von Rombergs (Nr. 101) vom 19. September hätte er Paprikow u. a. gesagt: „Ich würde eine solche übereilte Maßnahme wie den Abbruch der Beziehungen für außerordentlich verhängnisvoll halten. Man müsse doch bedenken, in welchem Zustande sich die Türkei befinde;

Diese sicherlich infolge Instruktion des Fürsten erfolgte Aussprache mit fremden Vertretern ließ, wenn auch unausgesprochen, Erwartung erkennen, daß Mächte sich zu Vermittelung in Konstantinopel veranlaßt sehen werden.

Russischer Gesandter* verteidigt eifrig bulgarischen Standpunkt. Österreichischer Geschäftsträger** erhielt zur Regelung seiner Sprache Instruktion, wonach Wiener Regierung Zwischenfall lebhaft bedauert und freundschaftliche Beilegung hofft.

Romberg

Nr. 8951

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Berlin, den 23. September 1908

Nach den anliegenden Telegrammen*** hat die bulgarische Regierung anläßlich des Eisenbahnstreiks den Bulgarien durchziehenden Teil der Orientbahnen mit Beschlag belegt und fährt fort, auch nach Beendigung

es sei gar nicht zu ermessen, welche Stimmungen eine Maßnahme wie der Abbruch der Beziehungen dort auslösen könne. Durch die zeitweilige Abberufung Herrn Geschows habe die bulgarische Regierung Protest eingelegt gegen die ihrem Vertreter zuteil gewordene Behandlung und habe damit meines Erachtens reichlich genug getan zur Wahrung ihrer staatlichen Würde. Die Frage, welcher Charakter der bulgarischen Vertretung in Konstantinopel innewohne, sei doch zum mindesten strittig, ebenso wie dies bezüglich der Stellung des hiesigen Kaiserlichen Kommissars der Fall sei. Diese überaus schwer zu lösende prinzipielle Frage stände jetzt zur Diskussion, und die bulgarische Regierung, die sich nicht auf ein formelles Recht, sondern nur auf Präzedenzfälle stütze, könne nicht von der heutigen türkischen Regierung verlangen, daß sie von einem Tage zum anderen eine so verantwortungsvolle Entscheidung treffe. Durch Ruhe und Mäßigung werde Bulgarien sich alle Sympathien sichern."

* Sementowsky Kurilo.

** Graf Czernin.

*** Mitte September 1908 war auf den türkischen Eisenbahnen ein Streik ausgebrochen, der auch die zum Teil durch bulgarisches Gebiet führende Orientbahn in Mitleidenschaft zog. Infolgedessen besetzte die bulgarische Regierung am 20. September die Orientbahn, soweit sie durch bulgarisches Gebiet führte, mit Truppen. Obwohl die bulgarische Regierung gegenüber den Vorstellungen der in Wien domizilierenden Verwaltung der Orientbahnen den transitorischen Charakter der Maßregel betonte, knüpfte sie auch nach der Beendigung des Streiks an die Aufhebung der Beschlagnahme u. a. die Bedingung, daß die Verwaltung die Bahnen der bulgarischen Staatskontrolle unterwerfen solle. Auf die aus Sofia und Wien eingehenden Meldungen setzte sich die deutsche Regierung noch am 21. mit der österreich-ungarischen in Verbindung. Nach einem Artikel der „Vossischen Zeitung" vom 23. September „Bulgarien und die Orientbahnen", der das bulgarische Vorgehen als eine „beispiellose Vergewaltigung und Erpressung" kennzeichnete, forderten am 22. der deutsche und der österreich-ungarische Vertreter in Sofia die sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Strecke an das Personal der Orientbahn. Vgl. auch Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 418 f.

des Streiks die Beschlagnahme auszuüben. Nur unter Erfüllung gewisser höchst oneroser Bedingungen erklärt sie sich bereit, der Gesellschaft ihr Eigentum herauszugeben und den Betrieb weiter zu ermöglichen.

Die Hälfte des Gesellschaftskapitals entfällt auf Deutschland. Die an Freiherrn von Romberg gegebenen Versicherungen sind sehr unbestimmte und wenig zuverlässige. Auch die Mitteilungen aus Wien, womit wir uns wegen gemeinsam zu unternehmender Vorstellungen bei der bulgarischen Regierung verständigt haben, geben nur wenig Positives.

Mittlerweile ist der angeschlossene Artikel in der „Vossischen Zeitung" erschienen, über den Freiherr von Romberg zur Äußerung aufgefordert worden ist.

Ist die Nachricht am Ende des Artikels* richtig, so könnte das darauf hindeuten, daß Bulgarien den Fall Geschow** für einen ernstlichen Konflikt nicht geeignet hält und, um einen solchen herbeizuführen, nunmehr seinerseits die Türkei provozieren will.

Stemrich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

Wir müssen auch in dieser Frage tunlichst Hand in Hand mit Österreich gehen, dabei aber alles vermeiden, was so aussähe, als ob wir die Österreicher gegen Bulgarien (oder gar gegen Rußland) vorschieben wollten. Wir dürfen auch nicht zu philotürkisch auftreten. Baron Aehrenthal ist (schon wegen Bosnien und der Herzegowina und um die Fühlung mit Rußland nicht ganz zu verlieren) für die junge Türkei nicht sehr enthusiastisch gestimmt. Er ist (im Gegensatz zu seinem Vorgänger) sehr bestrebt, mit den Bulgaren gut zu stehen, an deren Zukunft er glaubt. Wir müssen so operieren, daß die Österreicher glauben, wir erwiesen ihnen einen Gefallen und einen Dienst, wenn wir in Sofia Vorstellungen erhöben.

B. 23/9.

Nr. 8952

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 284 Wien, den 24. September 1908

Auftrag Telegramm Nr. 184*** habe ich nach Rücksprache mit Herrn von Call heute ausgeführt. Sektionschef sprach verbindlichsten Dank aus, wird sofort Freiherrn von Aehrenthal, der morgen von Budapest zurückkehrt, Meldung erstatten.

---

* Danach hätte der bulgarische Ministerrat beschlossen, die Orientbahnen nicht eher herauszugeben, als bis die Orientbahngesellschaft sich der bulgarischen Staatskontrolle unterwerfe und Bulgarien die gleichen finanziellen Zugeständnisse einräume wie der Türkei.

** Vgl. Nr. 8948.

*** Durch Telegramm Nr. 184 vom 23. September war Graf Rantzau angewiesen, der österreichischen Regierung zu erklären, daß „wir in Frage Orientbahn in Bulgarien Hand in Hand mit ihr gehen und sie nach Möglichkeit unterstützen wollen. Da Bahn einer österreichischen Gesellschaft gehört, fällt selbstverständlich Führung bei Beilegung Konflikts Österreich-Ungarn zu."

Instruktionen an österreichischen Geschäftsträger in Sofia werden nicht vom hiesigen Auswärtigen Ministerium, sondern von Freiherrn von Aehrenthal erteilt[1].

Herr von Call las mir Bericht Graf Czernins vor, der meldet, daß er ohne Instruktion von weiteren Schritten vorläufig Abstand genommen[1]; bulgarische Regierung habe Übernahme der Bahnstrecke durch staatliche Angestellte eingeleitet. Sektionschef sagte mir, Graf Czernin werde angewiesen, angesichts dieser Maßnahmen energisch[2] für Wahrung Rechte der Orientbahnengesellschaft einzutreten.

Da mir gestern von journalistischer Seite mitgeteilt war, man scheine hier auf ernste Komplikationen vorbereitet und mit Unabhängigkeitserklärung Bulgariens zu rechnen, fragte ich Herrn von Call, wie er Lage beurteile, und sprach freundschaftlich Erwartung aus, über eventuelle Entscheidungen sofort informiert zu werden.

Sektionschef erklärt bestimmt, man habe hier bisher nicht Veranlassung gehabt, zu Eventualität Unabhängigkeitserklärung Stellung zu nehmen, unleugbar sei Situation gänzlich ungeklärt und durch Zwischenfall Geschow zugespitzt. Freiherr von Aehrenthal werde bestimmt suchen, auf Fürst Ferdinand* persönlich mäßigend einzuwirken; im übrigen dürfe nicht verkannt werden, daß nach Umwälzung in der Türkei — falls Verhältnisse sich dort bei tatsächlich durchgeführter Gleichberechtigung aller Nationalitäten konsolidierten — Bulgarien kaum mehr Interesse an Aufrechterhaltung gegenwärtigen Suzeränitätsverhältnisses, das nationale Propaganda im Wege der Kirche und Schule begünstige, haben würde. Wahrscheinlichkeit, daß bulgarische Unabhängigkeitsbestrebungen jetzt neue Nahrung erhielten, liegt also nahe.

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß diese Bestrebungen durch die Fürst Ferdinand gestern und heute in Budapest zuteil gewordene ostentativ auszeichnende Aufnahme (der Fürst wurde mit den Ehren eines Souveräns empfangen)[3] wesentlich verstärkt werden.

Rantzau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] ?

[3] Unerhörte Dummheit

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ich halte die ganze Bulgarische Aktion für einen Coup König Edward VII, der in Marienbad eingeleitet worden ist. Der Fürst ist ganz in seiner Hand und arbeitet mit ihm. Der König versucht wo er kann — nach Mittheilung meiner Gewährsmänner aus der City —, deutsches Kapital zu schädigen. Dieses ist bei der Orientbahn stark engagirt, und somit der Streich begreiflich. Der König fragte mich in Fr[ie]d[richs]hof plötzlich ob ich was dagegen hätte wenn Ferdinand König werde? Ich antwortete darauf: Er sei Vasall des Sultans, damit wäre die Frage beantwortet; im Uebrigen: wie denke der Kaiser Fr[an]z Josef darüber? Antwort S[einer] M[ajestät] E[duards] VII: oh der will gar nichts davon

* Anläßlich des Empfangs Fürst Ferdinands durch Kaiser Franz Joseph in Budapest (23./24. September).

wissen. Jetzt wird wohl die Bulgarische Abhängigkeit* auf Grund der neuen Verhältniße in Stambul, mit Engl[isch]-Russ[ischer] Hülfe proklamirt und das deutsche Geld beseitigt werden. Die Kroninsignien für Ferdinand sind in München bereits fertig- und sogar ausgestellt worden. Ich rathe auch Rumänien heranzuziehen** und Athen zu interessiren, die wollen beide von Bulgaren nichts wissen! Denn wenn die Letzteren zum Aeußersten schreiten wollen, ist es gut eine Contreallianz auf seiten der Türken auf dem Balkan zu haben!

Nr. 8953

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 92 Berlin, den 26. September 1908

Geschäftsträger Wien telegraphiert:

„Freiherr von Aehrenthal sagte mir, er habe Instruktion an Graf Czernin zurückgehalten, um Erfolg seiner Unterredung mit Fürst Ferdinand abzuwarten. Fürst habe ihn von sich aus auf Bahnangelegenheit angeredet, sei durch Maßnahme bulgarischer Regierung ‚überrascht gewesen oder habe wenigstens so getan'. Seine Königliche Hoheit hat Freiherrn von Aehrenthal auf dessen dringendes Verlangen versprochen, sofort telegraphisch Rückgabe der Bahnstrecken an Gesellschaft zu veranlassen. Freiherr von Aehrenthal will mit weiteren Schritten in Sofia warten, bis Resultat der Intervention des Fürsten bekannt; falls dieses negativ oder unbefriedigend ausfällt, ist Minister entschlossen, durch energischen Druck in Sofia Rechte der Bahngesellschaft zu wahren, versprach, uns auf laufendem zu erhalten; er sei übrigens gern bereit, falls Änderungen bisherigen Verhältnisses wünschenswert, zwischen Bahngesellschaft und bulgarischer Regierung auf Grund vernünftiger, beiderseits annehmbarer Vorschläge zu vermitteln.

Über Fürst Ferdinand äußerte der Minister, Seine Königliche Hoheit habe ‚sehr viel und ziemlich dunkel geredet', Schwierigkeit seiner Situation beklagt.

---

* Wohl verschrieben für: Unabhängigkeit.

** Hierzu bemerkte Fürst Bülow auf einer telegraphischen Meldung der kaiserlichen Schlußbemerkung (Telegramm des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch Nr. 144 vom 26. September): „Das ist in der Tat sehr wichtig. Bulgarien wird nur dann gegen die Türkei vorgehen, wenn es sicher ist, daß Rumänien ihm nicht in den Rücken fällt. Die Entscheidung liegt also zum guten Teil in den Händen von Rumänien. Was berichtet Kiderlen über die dortige gegenwärtige Stimmung?? Er muß sorgsam au courant gehalten werden. Und wie denkt Marschall über die Möglichkeit, auch die Griechen und Serben — die beide auf Bulgarien eifersüchtig sind — auf die türkische Seite zu ziehen? B. 28./9."

Auf meine Frage, ob er ernste Verwickelungen voraussehe, erwiderte Freiherr von Aehrenthal, er sei immer überzeugt gewesen, daß Bulgarien sich ruhig verhalten würde, solange ihm Propaganda in Mazedonien freistand. Lage sei jetzt gründlich geändert. Daß von heute zu morgen Unabhängigkeitserklärung erfolgen werde, halte er nicht für wahrscheinlich; österreichisch-ungarische Regierung habe zu der Eventualität, mit der immerhin gerechnet werden müsse, bisher keine Stellung genommen."*

Nach Deutscher Bank vorliegenden Telegrammen ist Fürst Ferdinands Weisung an bulgarische Regierung unberücksichtigt geblieben, letztere vielmehr bestrebt, Bevölkerung künstlich weiter aufzuhetzen.

Aus bisherigem Verhalten Freiherrn von Aehrenthals ergibt sich, daß er energischem Vorgehen abgeneigt und bestrebt ist, nunmehr Ausweg in Vermittlung zu suchen. Eine solche würde nach Artikel 21 Berliner Vertrags (les droits et obligations de la Sublime Porte en ce qui concerne les chemins de fer dans la Roumélie Orientale sont maintenus intégralement) der Zustimmung aller Signatarmächte bedürfen. Erfolg unter diesen Umständen höchst zweifelhaft.

Sollten wir nicht mit Rücksicht auf unsre sehr bedeutenden finanziellen Interessen, denen gegenüber die österreichisch-ungarischen nur minimale sind, auf diese Schwierigkeiten in Wien aufmerksam machen und dort auf ein energisches Vorgehen hinwirken?

Stemrich

---

* Wenige Tage später, am 28. September, ließ sich Freiherr von Aehrenthal Tschirschky gegenüber in einer Weise aus, die deutlich erkennen läßt, daß er sich seit Budapest über die Absichten Fürst Ferdinands vollkommen im klaren war: „Er habe den Eindruck, daß Bulgarien demnächst mit der Unabhängigkeitserklärung vorgehen werde. Dem Fürsten Ferdinand bliebe angesichts der Stimmung im eigenen Lande auch wohl nichts anderes übrig. Vor drei Jahren habe der Fürst schon den entscheidenden Schritt tun wollen, gestützt auf die den Türken überlegene bulgarische Armee. Damals sei er durch die Ermahnungen zur Ruhe von Wien und Petersburg aus davon abgehalten worden. Jetzt verlangt das Land einen greifbaren Erfolg für die Opfer, die es für die Schaffung und Ausbildung der Armee jahrelang gebracht habe. Werde aber die Unabhängigkeit seitens Bulgariens erklärt, so könne er mit der Annexion Bosniens und Herzegowina nicht länger zögern." Telegramm Tschirschkys Nr. 291 vom 28. September. Siehe Kap. CXCIII, Nr. 8936. Hiernach wird doch kaum ein Zweifel darüber bestehen können, daß das gleichzeitige Vorgehen Bulgariens und Österreichs seit den Tagen von Budapest mindestens eine stillschweigend abgemachte Sache zwischen Fürst Ferdinand und Freiherrn von Aehrenthal war. Auch Freiherr von Marschall äußerte sich in einem Berichte vom 16. Oktober (Nr. 241) auf Grund von Äußerungen des österreich-ungarischen Botschafters Markgraf Pallavicini dahin: „Was Bulgariens Unabhängigkeit betrifft, sagte mir der Botschafter, daß er zwar ohne amtliche Information sei, für ihn bestehe jedoch kein Zweifel, daß dieselbe in Budapest zur Sprache gekommen sei und Freiherr von Aehrenthal sich einverstanden damit erklärt habe."

Nr. 8954

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Norderney, den 26. September 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 92*.

Ich glaube, daß Freiherr von Aehrenthal, dem schon wegen Bosniens und der Herzegowina die jüngste Entwickelung der Dinge in der Türkei wenig sympathisch sein dürfte, der auch wohl die von ihm schmerzlich vermißte Fühlung mit Rußland auf diesem Terrain wieder gewinnen möchte, und der überdies an die Zukunft der Bulgaren glaubt und diese als Gegengewicht gegen die Serbo-Kroaten zum stärksten Faktor auf der Balkanhalbinsel machen möchte, wenig Neigung haben wird, in Sofia schärfere Vorstellungen zu machen. Ich weiß auch nicht, ob wir einen Umschwung bei Freiherrn von Aehrenthal hervorrufen werden, indem wir ein lebhaftes eigenes Interesse zur Sache an den Tag legen. Ich stelle aber anheim, hierüber die Ansicht unseres Vertreters in Wien einzuholen, und zwar ohne ihm die im Eingang dieses Telegramms angedeuteten Gesichtspunkte mitzuteilen, damit er seine Meinung ganz unbefangen ausspricht.

Bülow

Nr. 8955

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 Wien, den 26. September 1908

Nachdem trotz der vom Fürsten Ferdinand dem Freiherrn von Aehrenthal in Budapest gegebenen Zusicherung, in Sofia auf Rückgabe der Bahnstrecke an Gesellschaft hinzuwirken, in der Zwischenzeit nicht nur nichts geschehen, sondern bulgarische Regierung versucht hat, Bahnangestellte zum Übertritt in bulgarische Staatsdienste zu veranlassen, wird Freiherr von Aehrenthal heute energische Instruktionen an österreichisch-ungarischen Vertreter behufs Wahrung der Rechte der Gesellschaft senden und Grafen von Czernin gleichzeitig anweisen, sich mit Freiherrn von Romberg ins Benehmen zu setzen.

Tschirschky

Randvermerk Stemrichs:

Seiner Durchlaucht mit dem gehorsamsten Bemerken vorgelegt, daß mit Rücksicht auf nebenstehendes Telegramm von der seitens Euerer Durchlaucht gestern eventuell befohlenen Demarche in Wien** Abstand genommen ist.

Stemrich 27.

---

* Siehe Nr. 8953.

** Vgl. Nr. 8954.

Nr. 8956

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Sofia, den 27. September 1908

Österreichischer Geschäftsträger erhält soeben Instruktion, wegen Besitzergreifung Orientbahnen nachdrücklichst zu protestieren, Wiederherstellung Status quo zu verlangen, in welchem Falle österreichisch-ungarische Regierung bulgarische Wünsche möglichst zu unterstützen bereit sein würde. Geschäftsträger erbittet meine Unterstützung. Erbitte Instruktion. Englischer Vertreter* erwartet anscheinend Weisung, gleichfalls Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen.

Romberg

Nr. 8957

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Generalkonsul in Sofia Gesandten Freiherrn von Romberg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 47 Berlin, den 27. September 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 57**.

Ew. pp. wollen sich dem Proteste österreichischen Geschäftsträgers anschließen und dessen Demarche wegen Wiederherstellung des Status quo energisch unterstützen.

Stemrich

Nr. 8958

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 186 Berlin, den 29. September 1908

Falls eine eventuelle Unabhängigkeitserklärung Bulgariens zu kriegerischen Verwicklungen mit der Türkei führen würde, sind Seine Majestät der Kaiser und König der Meinung, daß es gut wäre, auf türkischer Seite eine Konterallianz auf dem Balkan zu haben***. Der Herr Reichskanzler wünscht Euerer Exzellenz Ansicht über die Möglichkeit, neben den

---

* Sir G. W. Buchanan.

** Siehe Nr. 8956.

*** Vgl. die kaiserliche Schlußbemerkung zu Nr. 8952.

Rumänen die Griechen und Serben, die beide auf Bulgarien eifersüchtig sind, auf die türkische Seite zu ziehen. Ich bemerke hierzu ergebenst, daß von griechischer Seite im Frühjahr dieses Jahres bei den Unterredungen des Königs Georg und seines Ministerpräsidenten mit Seiner Majestät Geneigtheit zu einer Verständigung und einem Anschluß an die Türkei gezeigt wurde, und daß neuerdings von griechischer Seite versucht wird, uns dafür zu interessieren.

Stemrich

Nr. 8959

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 292 Wien, den 28. September 1908
[aufgegeben am 29. September]

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 192 vom 28./IX*.

Freiherr von Aehrenthal las mir ein soeben vom österreichisch-ungarischen Vertreter in Sofia eingegangenes Telegramm vor. Danach konnte bulgarischer Minister des Auswärtigen wegen Abwesenheit Ministerpräsidenten** definitive Antwort auf den Protest in Bahnfrage noch nicht geben. Doch habe Paprikow sich dahin ausgesprochen, daß Bulgarien mit Rücksicht auf die Volksstimmung im Süden des Landes in eine Rückgabe der Bahnen nicht würde willigen können[1]. Der bulgarische Minister habe sich weiter auf direkte Verhandlungen bezogen, die zwischen seiner Regierung und der Bahngesellschaft geführt wurden. Letztere Angabe sei aber — wie Freiherr von Aehrenthal sagte — unwahr, wie er nach Rücksprache mit dem hiesigen Leiter der Gesellschaft festgestellt habe.

Freiherr von Aehrenthal hofft noch immer auf ein Einlenken der bulgarischen Regierung nach der Rückkehr des Fürsten nach Sofia[2], die heute erfolgen sollte. Er hat dem Fürsten Ferdinand in Pest sehr ernst ins Gewissen geredet und ihm vorgestellt, welch schlechten Eindruck es machen müsse, wenn seine Regierung einen solchen eklatanten Rechtsbruch sich österreichisch-ungarischen Interessen gegenüber zu Schulden kommen lasse in dem Augenblick, wo der Fürst als Gast des Kaisers in Pest gefeiert werde[3].

„Wir werden ja nun sehen, was die Bulgaren machen", meinte Freiherr von Aehrenthal weiter. „Wenn wir wegen der Bahnfrage auch nicht gleich schießen werden — denn ich brauche andererseits die Bulgaren —, so muß ich doch darauf bestehen, daß vorerst der status quo ante wiederhergestellt werde[4]. Dann werde ich gern bereit sein, zwischen den Bulgaren

---

* Durch Telegramm Nr. 192 vom 28. September war die am 27. September nach Sofia erteilte Instruktion (siehe Nr. 8957) nach Wien mitgeteilt worden.
** A. Malinow.

und der Bahngesellschaft zu vermitteln, falls beiderseits eine Änderung der bestehenden Verhältnisse für wünschenswert erachtet werden sollte."

Für die Instruktionen, die Freiherrn von Romberg anweisen, den österreichisch-ungarischen Protest energisch zu unterstützen, war Freiherr von Aehrenthal dankbar.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] ?
[3] Das war ja gerade darauf arrangirt!
[4] ja

Nr. 8960

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 257 London, den 29. September 1908

Hiesige Presse veröffentlicht hier Communiqué, demzufolge englische Regierung Bulgarien erklärt habe, daß weitere Besetzung Orientbahn nicht zu rechtfertigen sei[1].

Sir Charles Hardinge ist äußerst erregt über bulgarisches Vorgehen, das sowohl mit Völkerrecht als internationalem Recht im Widerspruch stehe und Bulgarien englische Sympathie kosten könne, und das habe viel zu bedeuten[2]. Es würde eventuell nötig sein, starken Druck in Sofia auszuüben. Hiesiger bulgarischer Agent* hat sich im Foreign Office wegen neulichen Interviews entschuldigt, das auf Indiskretion zurückzuführen sei. Entschuldigung hat hier befriedigt.

Presse nimmt einmütig gegen Bulgarien Stellung. Dabei wird . . .** und österreichisch-ungarische Haltung weiter verdächtigt.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] aha! Die Königskrone?

Nr. 8961

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 Therapia, den 29. September 1908

Der Großwesir sprach mir heute mit einiger Erbitterung von dem jüngsten Gewaltstreich der Bulgaren. Die Pforte hat in Sofia protestiert,

* Mintschowitsch.
** Zifferngruppe fehlt.

aber noch keine offizielle Antwort erhalten, da die bulgarischen Minister erklärten, vor der Rückkehr des Ministerpräsidenten keine Entschließung fassen zu können. Herr Malinow verschiebe aber seine Rückkehr von einem Tag zum anderen, und Fürst Ferdinand hält die Sache nicht für wichtig genug, um in seine Residenz zurückzukehren. Dagegen hat die bulgarische Regierung bereits der Gesellschaft die Antwort gegeben, daß sie die Bahn nicht zurückgeben werde, aber bereit sei, mit der Gesellschaft über eine entsprechende Entschädigung zu verhandeln. Da die Bulgaren die Bahn in Betrieb haben und die Einnahmen derselben ihrem Staatsschatz zufließen, haben sie natürlich kein Interesse, die Erledigung der Sache zu beschleunigen.

Aus den Äußerungen des Großwesirs, des Ministers des Äußern und des Bautenministers habe ich den bestimmten Eindruck, daß die Pforte trotz aller Erbitterung, die das bulgarische Vorgehen hier erregt, nichts Ernstliches tun, sondern abwarten wird, ob die Großmächte in Sofia irgend etwas durchsetzen.

Aus den Worten Kiamil Paschas klang wieder eine starke Verstimmung gegen Österreich-Ungarn, wo man den Fürsten Ferdinand als selbständigen Souverän in dem Augenblick feierte, da Bulgarien einen Raub an fremdem Eigentum unternahm[1]. Ich glaube den dortigen Intentionen zu entsprechen, wenn ich, wie Markgraf Pallavicini es tut, in der Sache der Pforte gegenüber Zurückhaltung übe.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Es war sehr unpassend!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich [habe] Aehrenthal so gebeten mit uns einheitlich die Türkei zu behandeln! Er hat mir Alles zugesagt!

Nr. 8962

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Sofia, den 30. September 1908

Englischer Vertreter sagt mir, er habe gestern ohne Auftrag dem Minister des Äußern Standpunkt seiner Regierung dahin auseinandergesetzt, sie wünsche nicht, daß das jungtürkische Reformwerk durch bulgarische Herausforderungen gestört werde, Bulgarien werde alle englischen Sympathien verlieren[1]. Minister des Äußern erklärte darauf kategorisch, Regierung sei entschlossen, Bahn nicht herauszugeben. Ihre Entschließung werde sie demnächst schriftlich zur Kenntnis der Mächte bringen.

Ein Vertrauensmann des aus Wien zurückgekehrten Ministerpräsidenten äußerte, Bahnangelegenheit sei in Wien besprochen, Österreich werde nicht ernstlich protestieren[2] und auch Deutschland beruhigen, Bulgarien werde jetzt österreichische Politik treiben.

Romberg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Abwarten ob auch wenn es Königreich wird?
[2] Das ist ja recht nett!
[3] also altes Habsburgisches Doppelspiel!

Nr. 8963

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 315 Therapia, den 30. September 1908
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 186*.

So sicher es ist, daß die Pforte bezüglich der Bahnfrage nichts ernstlich unternehmen, sondern mit der durch den bulgarischen Gewaltstreich geschaffenen Lage sich abfinden wird, so unzweifelhaft ist mir, daß die Pforte die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens mit einer Kriegserklärung beantworten würde. Die Unabhängigkeit des eigentlichen Fürstentums Bulgarien wäre den Türken erträglich, im gewissen Sinne sogar erwünscht, weil dadurch eine unklare Lage ihr Ende nähme, die lediglich den Bulgaren nützlich war. Eine Unabhängigkeitserklärung dagegen, wie sie in Sofia allein ins Auge gefaßt sein kann, nämlich einschließlich Ostrumeliens, wäre in türkischen Augen der Verlust einer noch heute zur Türkei gehörigen Provinz. Ist doch Fürst Ferdinand auf Grund eines kaiserlichen Firmans ausdrücklich als Generalgouverneur derselben bestellt worden. Wollte das neue Regime damit debütieren, daß es eine türkische Provinz ohne Schwertstreich preisgibt, so müßte es an dem Unwillen des türkischen Volkes zugrunde gehen. Das islamitisch-türkische Nationalgefühl ist heute zu stark, um eine solche Politik zu dulden. Die maßgebenden Persönlichkeiten wissen dies genau. Die leitenden Offiziere der türkischen Armee sind zu intelligent, um nicht die Schwächen derselben genau zu kennen. Sie rechnen mit der Möglichkeit, daß die Linie Adrianopel-Kirk-Kilisse gegen den ersten bulgarischen Ansturm nicht gehalten werden kann, sind aber überzeugt, daß die Bulgaren sich an der Tschataldja-Linie die Köpfe einrennen werden. Dabei zählt man auf Sukkurs von außen. Die Griechen verkünden ganz offen, daß sie mit den Türken gegen die Bulgaren kämpfen würden. Das ist kein Gerede. Denn mit einem bulgarischen Sieg wären alle hellenischen Hoffnungen definitiv begraben. Man erwartet hier

* Siehe Nr. 8958.

bestimmt, daß Rumänien, wenn es auch nicht aktiv am Kriege teilnimmt, doch einige Divisionen in der Dobrudscha aufstellen und daher erhebliche bulgarische Truppenteile immobilisieren wird. Man ist endlich überzeugt, daß Serbien in einer bulgarischen Großmachtstellung eine schwere Bedrohung der eigenen Existenz erblicken würde.

Dagegen glaube ich nicht, daß man hierzu sich zu Verhandlungen über Allianzen entschließen würde. Dieselben könnten nicht, wie die Dinge im Orient liegen, geheim bleiben. Sie würden die Bulgaren reizen, was man hier vermeiden will, und . . .* Rußland, das heute in Sofia an Unabhängigkeitserklärung wirkt, tiefe Mißstimmung erwecken. Christlich-türkische Allianzen gegen ein christlich-slawisches Volk wären dem russischen Empfinden ein Greuel. Auch würden die Griechen voraussichtlich für vertragsmäßige Hilfe Kompensationen fordern, zum Beispiel im Epirus, welche für die Türken unannehmbar sind.

Vertraulich bemerke ich, daß die neuste Wiener Politik hier ernste Besorgnisse einflößt. Wenn Freiherr von Aehrenthal glaubt, in der Annexion von Bosnien und der Herzegowina eine Waffe gegen die großserbische Bewegung zu finden, so täuscht er sich. Er wird durch eine solche Maßregel nur neben der serbischen noch eine starke muselmanische Bewegung in jenen Provinzen auslösen. Überaus gefährlich scheint mir auch der Gedanke zu sein, die Bulgaren gegen die Serben auszuspielen, das heißt die ersteren zu kajolieren, um die letzteren klein zu kriegen. Mit einer solchen Politik würde Österreich-Ungarn in einen schweren Gegensatz zu Rußland treiben. Die freie Durchfahrt durch die Meerengen bildet heutzutage keine Kompensation mehr. Denn der Bosporus ist verschlossen. Die heutige Schwarze-Meer-Flotte kann ihn nicht mehr forcieren. Schon jetzt hat die Wiener Politik der jüngsten Tage eine sehr üble Frucht gezeitigt. Das Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn ist heute hier stärker als jemals zuvor.

Marschall

Nr. 8964

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Ausfertigung

Nr. 36 Berlin, den 1. Oktober 1908

Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, daß die bulgarische Regierung zur Herausgabe der Orientbahn nicht zu bewegen ist, und daß Österreich-Ungarn in seinen hierauf gerichteten, vielleicht nicht allzu ernst gemeinten Bestrebungen keinen Erfolg haben wird. Die deutschen Interessen in der Angelegenheit bestehen in folgendem:

* Zifferngruppe fehlt.

Erstens: keine Verstimmung bei der Türkei aufkommen zu lassen. Anderenfalls würde die Türkei unseren Unternehmungen, und zwar nicht nur dem auf türkischem Gebiet verbleibenden Teil der orientalischen Bahn, sondern auch der Anatolischen und der Bagdad-Bahn die größten Schwierigkeiten bereiten; eine solche Verstimmung würde sicher auch auf das politische Gebiet reflektieren.

Zweitens: von den Bulgaren eine Entschädigung für die orientalische Bahn wegen der Betriebsentziehung zu verlangen. Nach Angabe des Direktors der Deutschen Bank, Herrn Gwinner, wird dieselbe auf mindestens 300000 francs pro Monat zu bemessen sein. Diese Forderung erscheint nicht übertrieben; denn durch die Wegnahme des rumelischen Stücks wird die orientalische Bahn des größten Teils ihres Wertes beraubt. Die Bulgaren werden dadurch in die Lage gesetzt, allen Export (namentlich Getreide, Mais etc.) nach Burgas zu leiten, und für die Strecke Mustafa-Pascha-Konstantinopel bleibt nur der wenig rentable Reisenden- und der lokale Verkehr übrig.

Angesichts dieser Sachlage empfiehlt es sich, daß wir einstweilen nicht den österreichischen Vermittlungsversuchen uns anschließen, sondern nur den österreichischen Protesten und Bemühungen um Wiederherstellung des status quo ante[1], und daß wir so lange bei unserem Protest beharren[2], bis die Türken sich überzeugt haben, daß ohne Gewaltmaßregeln eine Herausgabe der Bahn von den Bulgaren nicht zu erreichen ist. Erst wenn die Türken, und diese sind ja wegen des ihnen zustehenden Teils an der Bahn (Artikel 21 des Berliner Vertrags) bei der Frage in erster Linie interessiert, diese Überzeugung gewonnen haben[3], können wir auch unsererseits bei der bulgarischen Regierung Schritte unternehmen, um für die Orientbahn eine Entschädigung bezw. deren richtige Bemessung durchzusetzen.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich hierüber mit Beziehung auf die verschiedenen allerhöchstenorts direkt vorgelegten Telegramme Seiner Majestät dem Kaiser und König Vortrag erstatten zu wollen.

Stemrich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Rominten 3/X 08 Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] in Sofia nur recht grob sein!
[3] und trotzdem keine Gewaltmaßregeln anwenden wollen
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Türken müßen zu klarer Stellungnahme gezwungen werden. Sollten sie auch — was ganz unwahrscheinlich — zu militärischen Maaßregeln schreiten, so dürfen wir sie keinenfalls daran hindern, da sie im Recht sind und die Beleidigten. Sie vom Kriege abhalten, und daher die Pforte noch mit der Ausrede des „nicht haben Handeln dürfens" versehen, wollen wir den anderen Europäischen Staaten überlassen; denn das würde sie ihren Unterthanen gegenüber sofort thun, um die Unthätigkeit, oder gar Schlappe zu verdecken und auf Europäer zu wälzen. Die Türken müßen klipp und klar selbst beweisen, daß sie sich die Bahn nicht wiederholen wollen

Nr. 8965

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Sofia, den 2. Oktober 1908

Bulgarische Regierung übersandte Vertretern Signatarmächte außer der Türkei ausführliches Memoire betreffend Orientbahn, das nach längeren historischen Ausführungen und sodann Wiederholung aller bekannten Klagen gegen Betriebsgesellschaft zum Schlusse gelangt, Regierung sei zur Besitzergreifung durch Umstände gezwungen worden, könne mit Rücksicht auf Haltung der Bevölkerung Bahn nicht wieder herausgeben und wünsche, das Betriebsrecht von der Gesellschaft zu gerechten Bedingungen zu erwerben.

Romberg

Nr. 8966

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Sofia, den 2. Oktober 1908

Französischer Vertreter* drückt mir auf Grund von Äußerungen des Herrn Paprikow und Stanciow** Besorgnis aus, daß bulgarische Unabhängigkeitserklärung täglich erwartet werden könne in Ausnutzung Umstandes, daß durch Einberufung von Reserven zu Übungen zurzeit hunderttausend Bulgaren bei der Fahne seien. Nach seinen Informationen seien alle Kabinette, insbesondere auch St. Petersburger, gegen Unabhängigkeit, nur von Österreich-Ungarn argwöhne französische Regierung, daß es dem Fürsten Ferdinand zum mindesten nicht ernstlich abgeraten habe. Positive Anhaltspunkte für Vorliegen solcher bulgarischer Absichten sind mir außer gewissen offiziösen Preßmachen nicht bekannt.

Fürst Ferdinand wird dieser Tage erwartet. Romberg

Nr. 8967

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Berlin, den 3. Oktober 1908

Englischer Botschafter teilt soeben mit:

Nachrichten zufolge, die seiner Regierung zugegangen, stehe Unab-

* G. Paléologue.

** Vorgänger Paprikows als Minister des Auswärtigen.

hängigkeitserklärung Bulgariens unmittelbar bevor. Bulgarien habe 40000 Mann mobil gemacht und fahre mit Mobilmachung fort. Seine Regierung schlage vor, alle Mächte sollten ernste Warnung an bulgarische Regierung erlassen.

Sir Frank Lascelles stimmte mit mir darin überein, daß solche Warnung nicht viel nützen werde, bat mich aber, den Vorschlag Euerer Durchlaucht zu unterbreiten.

Freiherrn von Romberg sind nach einem heute abend an Euere Durchlaucht abgehenden Telegramm positive Anhaltspunkte für Absicht der Unabhängigkeitserklärung nicht bekannt*.

Russischer Geschäftsträger kam gestern auf Gedanken seiner Regierung, Eisenbahnfrage den Signatarmächten Berliner Vertrages zu unterbreiten, zurück. Sollen wir uns diesem Vorschlag anschließen oder vorher in Wien und Rom wegen dortiger Haltung anfragen?

Stemrich

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:
Wir dürfen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen diplomatischen Schritt tun, ohne uns mit unseren beiden Verbündeten und insbesondere mit Wien verständigt bzw. dort angefragt zu haben. Sonst fallen wir zwischen den verschiedenen Stühlen durch. B.

Nr. 8968

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 319 Therapia, den 3. Oktober 1908
Vertraulich

Der Großwesir sagte mir auf meine Anfrage nach dem Stand der Eisenbahnfrage, die Bulgaren hätten auf den Protest der Pforte geantwortet, sie seien bereit, mit der letzteren und der Gesellschaft zu verhandeln. Darauf sei erwidert worden, Bedingung jeder Verhandlung sei die vorausgehende Rückgabe der Linie. Die Antwort stehe noch aus[1]; an dieser Bedingung werde die Pforte unerschütterlich[2] festhalten: „Nous ne nous départirons pas de ce point de vue, jamais, jamais.“ England teile diesen Standpunkt, und er entnehme aus einem Berliner Telegramm mit Genugtuung, daß das gleiche bei der Kaiserlichen Regierung der Fall sei. Ich bestätigte dies mit dem Bemerken, daß für uns die Angelegenheit keine Geldfrage, sondern eine Frage der internationalen Moral[3] sei und wir schlechte Freunde der Türkei wären, wenn wir wegen der finanziellen Interessen einer Gesellschaft irgend etwas unterstützten, was der energischen Wahrung voll begründeter Rechte des türkischen Staates zuwiderlaufe.

* Vgl. Nr. 8966.

Kiamil Pascha dankte mir und sagte dann ziemlich unvermittelt: „Nous ne nous expliquons pas l'attitude de l'Autriche-Hongrie. Evidemment elle veut modifier l'état actuel de la Bosnie[4] et dans ce but elle cherche gagner la Bulgarie. Mais cette politique n'aura pas de succès[2]."

Von dem englischen Vorschlage* sprach mir der Großwesir nicht speziell, aber Tewfik Pascha, den ich nochmals aufsuchte, teilte mir mit, Kiamil Pascha habe auf seinen Vortrag denselben im Prinzip angenommen unter der Voraussetzung, daß die Ausführung des ersten Satzes, „la Bulgarie doit remettre la ligne à la compagnie", die unverrückbare Vorbedingung für jede Verhandlung bilde.

Markgraf Pallavicini hat nach Mitteilung Tewfik Paschas die Pforte dringend vor einem Kriege mit Bulgarien gewarnt[5] und geraten, die Verhandlungen unter Verzicht auf die Restitution aufzunehmen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ist in Form der Erklärung zum unabhängigen Königreich erfolgt

[2] ?

[3] ja

[4] richtig

[5] sehr thöricht!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Es zeigt sich, daß Aerenthal mit Bulgariens Hülfe Bosnien einsacken will, um einen neuen Erfolg für sein, durch die verunglückten Sandschackbahn, gemindertes Prestige zu haben. Er macht sich bei der Türkei verdächtig, und liefert England billigen Stoff zur Verdächtigung seiner und natürlich unserer Haltung. Oesterreich wird die Bulgarische Unabhängigkeits-Erklärung nicht von seinen Rockschößen abschütteln können. Sie erfolgte nach der Aufnahme Ferdinands in Form eines Souveränen Fürsten. Sie war eine unerhörte Thorheit! Wien wird der Doppelzü[n]gigkeit geziehen werden — nicht mit Unrecht — und hat uns unerhört düpirt!

Nr. 8969

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 324 Therapia, den 5. Oktober 1908

Soeben nachts 1½ Uhr sucht mich Tewfik Pascha im Auftrage des Großwesirs auf, um mir mitzuteilen, es sei ein Telegramm des stellvertretenden Kommissars in Sofia eingetroffen, meldend, Bulgarien habe sich einschließlich Ostrumeliens unabhängig erklärt, die Minister hätten sich nach Ruschtschuk begeben, um dort den Fürsten abzuholen und ihn nach

---

* Er ging nach einem Telegramm Freiherrn von Marschalls vom gleichen Tage dahin: „La Bulgarie remettra la ligne à la compagnie et la Sublime Porte consentira à transférer le bail au Gouvernement Bulgarien à condition que ses droits de propriété soient duement respectés par la principauté."

Tirnowa zu bringen, wo heute die feierliche Unabhängigkeitserklärung erfolgen solle. Ferner werde Österreich-Ungarn übermorgen die Annexion von Bosnien und der Herzegowina verkündigen*. Der Kommissar fügt bei, die beiden Sachen seien zwischen Fürst Ferdinand und Freiherrn von Aehrenthal in Budapest vereinbart worden. Deutschland und Italien hätten zugestimmt und Rußland werde wahrscheinlich zustimmen.

Tewfik Pascha war heute nacht außer bei mir noch bei Herrn Constans** und Lowther***. Beide haben ihm gesagt, die fragliche Nachricht sei auch ihnen von ihren Konsuln in Sofia gemeldet worden. Beide drücken ihr höchstes Erstaunen aus, der englische Botschafter mit dem Bemerken, daß erst vor zwei Tagen Herr Malinow dem englischen Agenten bestimmt versicherte, daß Bulgarien jetzt nicht an eine Unabhängigkeitserklärung denke. Beide rieten dringend, die Pforte möge die Bevölkerung beruhigen, damit keine kriegerischen Verwickelungen einträten. Tewfik Pascha erwiderte, dies sei schwer möglich, da die Presse frei sei und alle Telegramme ohne Kontrolle passierten.

Ich habe mich der Erteilung eines Rates enthalten, dagegen Tewfik Pascha gebeten, Kiamil Pascha zu sagen, daß das, was in Sofia über die Zustimmung Deutschlands gesagt werde, eine nichtswürdige Erfindung sei. Der Minister sagte mir, Kiamil Pascha sei davon im voraus überzeugt gewesen, da er unsere Gesinnungen kenne. Was Italien beträfe, so habe der dortige Botschafter noch vorgestern telegraphiert, Tittoni und Iswolsky hätten sich über Erhaltung des Status quo geeinigt.

Nachdem die Bulgaren durch die Gleichzeitigkeit ihrer Aktion mit der Annexion von Bosnien und Herzegowina nach außen hin einen Zusammenhang konstruiert haben, den man in Wien nach dem, was in den letzten Wochen geschehen ist, ohne Erfolg wird bestreiten wollen, muß ich noch um so bestimmter aussprechen, daß wir die Zustimmung zu der letzteren Maßregel kategorisch verweigern müssen†.

Ich werde selbstverständlich nicht reisen††. Marschall

Nr. 8970

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 329 Therapia, den 6. Oktober 1908

Unabhängigkeitserklärung Bulgariens hat im Kreise meiner Kollegen größte Überraschung hervorgerufen. Geradezu verblüffend wirkt die

* Vgl. dazu Kap. CXCV.

** Französischer Botschafter in Konstantinopel.

*** Englischer Botschafter in Konstantinopel.

† Schon am 4. Oktober hatte Freiherr von Marschall dringend um feste Stellungnahme gegen die Annexion ersucht. Vgl. Kap. CXCV, Nr. 8980.

†† Freiherr von Marschall hatte die Absicht gehabt, Anfang Oktober eine Urlaubsreise nach Deutschland anzutreten.

nunmehr offenkundige Tatsache, daß alles mit Österreich-Ungarn vorher verabredet war und bezüglich der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der Annexion Bosniens sogar die „mise en scène" Gegenstand einer Verständigung war*. Nahezu fassungslos sind die Russen darüber, daß Bulgarien in dieser Weise unter österreichisch-ungarischer Ägide vorgegangen ist. „Le choix du Baron Aehrenthal comme ministre est un malheur pour l'Europe", sagte mir gestern abend Sinowiew. Lowther glaubt, daß das Ministerium Kiamil Pascha in 48 Stunden fallen wird. Er sieht keinen kommenden Mann. Ganz pessimistisch ist Constans. Marquis Imperiali, der krank ist, ließ mir sagen, die Sache werde in Italien einen sehr üblen Eindruck machen.

Kiamil Pascha weiß nicht, was er tun soll. Er wird es noch weniger wissen, wenn er heute den zweiten Schlag durch die Ankündigung der Annexion von Bosnien und der Herzegowina erhält. Faßt der Ministerrat nicht alsbald einen ganz energischen Entschluß, welcher die öffentliche Meinung beruhigt, so fürchte ich ernste Gefahr für den Thron und selbst das Leben des Sultans. Die Erbitterung der Menge wird sich gegen ihn richten, weil er für die Schwäche der Armee verantwortlich ist. Die Entthronung des Sultans könnte allerdings nur nach blutigem Kampfe mit der Jildisdivision erfolgen, dem wahrscheinlich ähnliche Vorgänge in der Provinz folgen würden.

Marschall

Nr. 8971

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 109 Berlin, den 6. Oktober 1908

Gesandter Freiherr von Romberg telegraphiert: „Erbitte Instruktion für dienstliches Verhalten gegenüber bulgarischer Regierung und Fürst Ferdinand, insbesondere ob bei Rückkehr des Fürsten übliche Einschreibung unterlassen und wie ich mich gegenüber etwaiger Berufung zum Fürsten verhalten soll. Englischer Vertreter schlägt seiner Regierung vor, sich nach Vorgang vor Anerkennung des Fürsten zu richten, wo amtlicher Verkehr mit Regierung und inoffizieller Verkehr fremder Vertreter mit Fürsten stattfand. Es ist leicht möglich, daß der Fürst Stellungnahme der Vertreter provozieren wird."

Ich beabsichtige zu erwidern:

Bitte dienstliche Beziehungen zu Fürst Ferdinand und bulgarischer Regierung unterhalten wie bisher, im übrigen tunlichste Zurückhaltung

* Vgl. jedoch Kap. CCVI, Nr. 9562.

bewahren und alles vermeiden, woraus Anerkennung neu geschaffenen Zustandes abgeleitet werden könnte. Insbesondere darf nichts geschehen, was Eitelkeit des Fürsten verletzt.

Erbitte Drahtanweisung, ob einverstanden*.

Stemrich

Nr. 8972

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 Wien, den 6. Oktober 1908

Bulgarischer Vertreter** hat die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens heute amtlich zur Kenntnis des Freiherrn von Aehrenthal gebracht***. Der Minister hat die Mitteilung mit dem Bemerken entgegengenommen, daß er sich zunächst mit den übrigen Kabinetten ins Einvernehmen setzen werde.

Zugleich hat Freiherr von Aehrenthal dem bulgarischen Vertreter sehr energisch vorgestellt, daß von einem Anerkennen der Unabhängigkeit Bulgariens vor Regelung der Eisenbahnangelegenheit nicht die Rede sein kann. Der Minister schaltete hier ein: „Wir und Deutschland haben Bulgarien ja jetzt in der Hand." Er habe darauf hingewiesen, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, daß sich Bulgarien vor definitiver Regelung des gesamten Komplexes der mit der Beschlagnahme der Eisenbahn zusammenhängenden Fragen, die späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben müsse, mit der Bahngesellschaft insoweit auseinandersetze, daß letztere eine wirksame Garantie für eine angemessene Entschädigung erhalte. Bulgarien solle sich verpflichten, etwa wöchentlich eine bestimmte Summe an die Gesellschaft abzuführen.

Freiherr von Aehrenthal bemerkte, es sei für ihn wertvoll, in dieser Frage wie bisher Hand in Hand mit uns zu gehen, und er würde dankbar für eine Mitteilung darüber sein, ob Deutschland gesonnen sei, seinem Vertreter in Sofia analoge Instruktionen zu erteilen. Übrigens werde er morgen nochmals seinen Protest in Sofia energisch wiederholen. Dem hiesigen Vertreter gegenüber habe er die Handlungsweise Bulgariens einfach als Raub bezeichnet.

Tschirschky

---

* Am 6. Oktober telegraphierte Fürst Bülow sein Einverständnis.
** M. K. Sarafow.
*** Es geschah am gleichen Tage in Berlin.

Nr. 8973

Note

Vom türkischen Botschafter in Berlin Tewfik Pascha am 7. Oktober 1908 dem Stellvertretenden Staatssekretär Stemrich überreicht

Ausfertigung

La Sublime Porte a appris avec un sentiment de profonde surprise, sentiment certainement partagé par les Grandes Puissances, la proclamation par le Prince Ferdinand de Bulgarie de l'indépendance de la Principauté et son érection en Royaume. Le Prince Ferdinand a adressé en même temps un télégramme à Sa Majesté Impériale le Sultan pour exposer les prétendus motifs de cette détermination qui en fait constitue une infraction flagrante au Traité de Berlin et ne peut être justifiée d'aucune manière.

Par la méconnaissance des stipulations du Traité de Berlin le Gouvernement Bulgare a démontré d'une manière évidente son mépris des principes du droit international et de ses propres engagements ainsi que son manque de déférence pour les conseils des Grandes Puissances.

Le Gouvernement Ottoman s'élève avec force contre cette attitude injustifiable du Prince Ferdinand et en sa qualité de Puissance Signataire dudit Traité et autres actes y relatifs, proteste formellement au nom de Sa Majesté Impériale le Sultan, Suzerain de la Bulgarie et Souverain de la Roumélie Orientale, contre cet acte illégal et arbitraire. La Sublime Porte fait en cette circonstance un pressant appel aux Puissances cosignataires du Traité de Berlin en les engageant avec insistance à aviser sans retard aux dispositions, tel que la convocation d'une conférence appelée à rechercher les conditions nécessaires pour le rétablissement de l'ordre légal en Bulgarie et en Roumélie Orientale ainsi que la sauvegarde des différents intérêts qui ont été lésés, intérêts que les traités internationaux assurent à l'Empire Ottoman. La sauvegarde de ses multiples intérêts pourrait imposer au Gouvernement Ottoman l'obligation de recourir à la force pour faire respecter lui-même ses droits imprescriptibles.

Respectueux cependant avant tout des traités, soucieux des intérêts généraux et de la paix européenne, le Gouvernement Ottoman voudrait éviter si possible d'arriver à une pareille extrémité. Il s'en remet donc aux Puissances Signataires du Traité de Berlin et attendra avec calme la décision à laquelle ces Puissances s'arrêteront. Mais le Gouvernement Ottoman proteste d'une manière formelle contre l'infraction qui vient d'être faite au Traité de Berlin et se réserve expressément de faire valoir tous les droits que lui confère ce traité international ainsi que les conventions ultérieures.

Nr. 8974

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 127 Norderney, den 8. Oktober 1908

Antwort auf dortiges Telegramm Nr. 122*.

Ich nehme an, daß wir das Königreich Bulgarien erst** anerkennen, bevor dieses den berechtigten Forderungen in der Eisenbahnfrage Folge gegeben hat, und daß wir in diesem Punkte der Unterstützung des Wiener Kabinetts sicher sind***.

Bülow

Nr. 8975

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Sofia, den 8. Oktober 1908

Freiherr von Aehrenthal hat Herrn Sarafow auf Notifikation Unabhängigkeit geantwortet, Österreich-Ungarn sei geneigt zu wohlwollender Haltung gegenüber Vorgehen bulgarischer Regierung, vorausgesetzt, daß sie durch Maßhalten Absicht zeige, ein Element der Ruhe zu sein, und der Türkei entgegenkomme, insbesondere durch schleunige Regelung der Bahnangelegenheit. Wegen Anerkennung werde Österreich-Ungarn sich mit anderen Mächten ins Benehmen setzen.

Romberg

---

* Durch Telegramm Nr. 122 war Fürst Bülow von einer Mitteilung des österreichischen Geschäftsträgers in Kenntnis gesetzt worden, wonach Freiherr von Aehrenthal in Petersburg angeregt habe, Oesterreich und Rußland sollten gemeinschaftliche Schritte behufs Anerkennung des Königreichs Bulgarien durch die Mächte und Wiederherstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Türkei und Bulgarien unternehmen. Vgl. dazu auch Kap. CCII, Nr. 9274.

** Vermutlich falsch entziffert für „nicht".

*** Auf Grund des Bülowschen Telegramms wurde Tschirschky am 9. Oktober telegraphisch (Nr. 215) angewiesen, am Ballplatz zu betonen, „daß wir das Königreich Bulgarien nicht anerkennen werden, bevor dieses den berechtigten Forderungen in der Eisenbahnfrage Folge gegeben hat, und daß wir in diesem Punkte auf die Unterstützung des Wiener Kabinetts rechnen." Gleichzeitig wurde Freiherr von Romberg in Sofia dahin instruiert: „Ehe wir auf Diskussion Anerkennungsfrage eintreten, muß Orientbahnfrage endgültig geregelt sein. Dies kann nur nach vorgängiger Auseinandersetzung Bulgariens mit der Türkei erfolgen. Bis zur endgültigen Regelung hat Bulgarien entweder die Eisenbahn unter Zahlung angemessener Entschädigung für bisherige Dauer des Betriebes herauszugeben oder, falls es Herausgabe verweigert, bei Anerkennung des Betriebsrechts der Gesellschaft an diese die verlangte tägliche Entschädigung von 15000 Franken zu zahlen." Nach einem Telegramm Freiherrn von Rombergs vom 16. Oktober (Nr. 90) lehnte

Nr. 8976

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Generalkonsul in Sofia Gesandten Freiherrn von Romberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Stemrich

Nr. 62 Berlin, den 9. Oktober 1908

Hierher gelangten Nachrichten zufolge soll der Fürst den Titel eines Zaren der Bulgaren annehmen wollen, was angesichts der historischen Bedeutung dieses Ausdrucks auf Aspirationen hinsichtlich Mazedoniens hindeuten würde. Dies wäre eine weitere scharfe und durch nichts zu rechtfertigende Provokation der Türkei.

Ferner wird von manchen Seiten behauptet, Bulgarien wolle von der Türkei Anerkennung der Unabhängigkeit sowie des angenommenen Zarentitels verlangen und, falls diesem Verlangen nicht entsprochen werde, mit kriegerischen Maßnahmen gegen die Türkei vorgehen.

Ew. pp. wollen, falls die hierher gelangten Nachrichten begründet erscheinen, vor derartigen Maßnahmen, die in ganz Europa Entrüstung hervorrufen würden, ernstlich warnen und überhaupt auf Mäßigung der dortigen Regierung hinwirken.

v. Schoen

Nr. 8977

Der Generalkonsul in Sofia Gesandter Freiherr von Romberg an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 116 Sofia, den 8. Oktober 1908

Es ist nicht ohne Interesse, den Eindruck zu beobachten, den die bulgarische Unabhängigkeitserklärung unter den hiesigen Vertretern der Großmächte hervorgerufen hat. Als im vergangenen Jahre die Frage gelegentlich des 20jährigen Regierungsjubiläums des Fürsten viel erörtert wurde, waren es die Vertreter Frankreichs und Rußlands, die deutlich durchblicken ließen, daß sie einen solchen Entschluß Bulgariens sehr natürlich finden würden und nicht glaubten, daß von irgend einer Seite ernster Widerstand sich erheben würde. Auch mein englischer Kollege nahm damals eine reservierte Haltung ein. Dagegen war es gerade Öster-

---

Bulgarien die Zahlung einer Tagesentschädigung a limine ab, wünschte hingegen mit der Gesellschaft wegen Ablösung des Betriebsrechts zu verhandeln. Es kam in der Tat zu Verhandlungen, die sich aber vielfach mit den ganzen zwischen der Türkei und Bulgarien schwebenden Entschädigungsfragen verquickten und so bis in das Frühjahr 1909 hineinzogen. Deutscherseits hielt man während dieser verwickelten und schwierigen Verhandlungen konsequent an dem Grundsatze fest, die Anerkennung Bulgariens vor der Befriedigung der Ansprüche der Orientbahnen nicht aussprechen zu wollen. Näheres darüber in Kap. CCII.

reich-Ungarn, das vor einem Jahre am allermeisten dazu beitrug, den Fürsten Ferdinand von der Unabhängigkeitserklärung zurückzuhalten.

Heute ist das Bild ein völlig anderes. Graf Thurn sagte mir gleich, seine Regierung werde gewiß nichts gegen die Unabhängigkeit einzuwenden haben. Dagegen haben die Engländer bereits einen Protest eingelegt und haben sich in der ausgesprochensten Weise auf den türkischen Standpunkt gestellt. Der französische Vertreter hat noch kürzlich in sehr ernster Weise, wie er mir sagt, in geradezu drohendem Tone einen Vertrauensmann des Fürsten gewarnt. Am unangenehmsten berührt scheint Rußland zu sein. Nicht nur sind die einstigen Befreier nicht gefragt worden, sondern die „Brüderchen" haben den großen Schritt gewagt trotz der eindringlichsten Vorstellungen Herrn Sementowskys* und, was vielleicht noch schmerzlicher ist, allem Anscheine nach unter den Auspizien des russischen Nebenbuhlers: Österreich-Ungarns**.

Trotzdem zweifelt wohl keiner meiner Kollegen, daß mit einer vollzogenen und nicht mehr abzuändernden Tatsache gerechnet werden muß, und jeder ist bestrebt, es mit dem neuen König nicht zu verderben und unter der Hand in persönlicher Fühlung mit ihm zu bleiben. Sehr wünschenswert würde es mir erscheinen, wenn bald eine Einigung über die den neuen Dingen gegenüber einzunehmende Haltung unter den Mächten erzielt werden könnte und nicht wieder ein Wettrennen um die Gunst des neuen Königs beginnen würde. Vor allem sollten wir meines gehorsamsten Dafürhaltens wenn irgend möglich versuchen, nicht ganz allein zurückzubleiben. Dieses System hat sich in unseren Beziehungen zu Bulgarien nicht sonderlich bewährt. Denn schließlich haben wir doch Schritt für Schritt den bulgarischen Wünschen nachgeben müssen, und diese Konzessionen waren dadurch, daß sie von uns allein gewährt wurden, für die Türken um so

* Russischer Gesandter in Sofia (seit 1907). Daß Rußland wirklich in Sofia abgeraten hat, wird bestätigt durch Äußerungen Tscharykows zu dem deutschen Geschäftsträger von Miquel. Es heißt darüber in einem Telegramm Miquels vom 7. Oktober (Nr. 267): „Herr von Tscharykow bezeichnete mir gegenüber das Vorgehen Bulgariens als einen bedauerlichen Gewaltstreich, der um so verwerflicher sei, als Rußland den Fürsten ausdrücklich vorher habe warnen lassen. Der Augenblick sei denkbar schlecht gewählt."

** Die fatalen Eindrücke in Petersburg hielten jedoch nicht lange vor. Schon am 10. Oktober 1908 berichtete der Geschäftsträger von Miquel (Nr. 456) von dort: „Wenngleich Rußland sowohl durch ein Gespräch des Herrn Iswolsky mit Herrn Stanciow in Karlsbad als auch durch seinen Vertreter in Sofia den Fürsten von Bulgarien von der Unabhängigkeitserklärung zurückzuhalten versucht hat und nun über den ungehorsamen Schützling empört ist, scheint man sich doch in St. Petersburg recht schnell mit den Vorgängen abzufinden. Denn die Klagen über den Fürsten Ferdinand machen schon selbstgefälligen Äußerungen über die Krönung der Slawenbefreiung durch das hochherzige Rußland Platz. Die russische Sentimentalität ist wieder geweckt, man ist zu milder Nachsicht geneigt. Der Versuch Rußlands, sich durch Strenge gegen Bulgarien als objektiven Freund des Sultans zu empfehlen, ist schon nach wenigen Tagen mißglückt. Die Verstellung konnte nicht durchgeführt werden." Siehe den vollen Wortlaut des Berichts in Kap. CXCV, Nr. 9004. Über die „Anerkennungsfrage" siehe Kap. CCII.

auffälliger, während die Bulgaren sie uns gar nicht mehr anrechneten. Wenn Euere Durchlaucht mir eine Meinungsäußerung gestatten wollen, so würde die glücklichste Lösung meines Erachtens die sein, daß wir im Konzert der Mächt zwar so energisch wie möglich für die Rechte der Türkei eintreten, aber uns dann der Majorität fügen.

v. Romberg

Kapitel CXCV

Die Annexionserklärung und ihre Aufnahme

Nr. 8978

*Kaiser Franz Joseph von Österreich, z. Z. in Budapest, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten**

Handschreiben. Ausfertigung

Budapest, den 29. September 1908

Mein teuerer Freund,

Die jüngsten Ereignisse in der Türkei, die dort zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände führten, sind nicht ohne Rückwirkung auf die von meiner Regierung verwalteten Länder, Bosnien und die Herzegowina, geblieben.

Haben diese Provinzen, die sich kulturell und materiell in erfreulicher Weise entwickelten, schon seit geraumer Zeit ihrem Wunsche nach konstitutionellen Einrichtungen Ausdruck gegeben, so haben sich diese Bestrebungen angesichts der veränderten Sachlage im osmanischen Reiche so nachdrücklich geltend gemacht, daß meine Regierung nicht glaubt, ihnen länger entgegentreten zu können, soll die friedliche Entwicklung der Dinge an der Südgrenze der Monarchie vor einer Störung bewahrt bleiben.

Da nur die souveräne Gewalt die Verleihung einer Verfassung vorzunehmen vermag, werde ich mich gezwungen sehen, die Annexion von Bosnien und der Herzegowina auszusprechen.

Wir verständigen von dieser Sachlage die Kaiserlich Ottomanische Regierung und eröffnen ihr gleichzeitig, daß wir zum Beweise unserer eminent friedlichen und jeden Gedanken einer territorialen Erwerbung am Balkan abweisenden Politik[1] die im Sandschak garnisonierenden Truppen zurückziehen und für die Zukunft auf die Ausübung der Vorrechte verzichten, die uns der Berliner Vertrag bezüglich des Sandschaks von Nowipasar eingeräumt hat.

* Das Handschreiben Kaiser Franz Josephs wurde am 5. Oktober dem Stellvertretenden Staatssekretär Stemrich von dem österreich-ungarischen Botschafter von Szögyény zwecks Übersendung an den in Rominten weilenden Kaiser Wilhelm II. überreicht; es ging noch an diesem Tage mit einem unsignierten Immediatbericht des Reichskanzlers (siehe denselben Kap. CXCIII, Nr. 8939) dorthin und gelangte am 6. Oktober in die Hände des Kaisers. Vgl. die kaiserlichen Randbemerkungen zu dem Immediatbericht vom 5. Oktober.

Ich erachte es für eine Pflicht der innigen persönlichen und Bundesfreundschaft, die Uns verbindet, Dir von diesem Geschehnisse ohne Verzug Mitteilung zu machen. Du wirst dasselbe — ich bin dessen sicher — mit freundschaftlichem Wohlwollen beurteilen und uns die Würdigung nicht versagen, daß wir nur unter dem Drucke der unabweislichen Notwendigkeit gehandelt haben.

Dein treuer Freund

Franz Joseph

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Rominten 6/X 08. W.
Randbemerkung des Kaisers:
1 !

Nr. 8979

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 195 Berlin, den 3. Oktober 1908

Geheim.

Selbst dechiffrieren

Nach soeben eingegangenem Telegramm Herrn von Tschirschkys* will Österreich-Ungarn am 7. d. Mts. mit Annexionserklärung Bosniens und der Herzegowina unter gleichzeitiger Zurückziehung seiner Garnisonen aus dem Sandschak Nowipasar hervortreten.

Baron Aehrenthal hatte dem Herrn Reichskanzler mitgeteilt, er habe sich zuvor des Einverständnisses von Rußland und Italien versichert. Trotzdem hatte italienischer Botschafter Wien, der nach Rom berufen ist, Auftrag erhalten, bei Freiherrn von Aehrenthal dahin zu wirken, „de suspendre l'action". Herzog von Avarna erhielt aber die Antwort, daß dies nicht mehr möglich sei**.

Herr von Szögyény ist beauftragt, Seiner Majestät dem Kaiser und König ein Schreiben Kaiser Franz Josephs*** persönlich zu überreichen, welches die Mitteilung von der beabsichtigten Annexion enthalten soll.

Da sich nicht übersehen läßt, welche Folgen die so plötzlich und unerwartet in Szene gesetzte Annexionserklärung in der Türkei möglicherweise haben wird, möchte ich Ew. pp. bitten, Ihren Urlaub vorderhand zu verschieben.

Weitere Instruktionen werden Ew. pp. noch von Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler erhalten, an den gleichzeitig berichtet wird.

Stemrich

---

* Siehe Kap. CXCIII, Nr. 8942.
** Siehe daselbst Nr. 8941, 8942.
*** Siehe Nr. 8978.

Nr. 8980

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 322 Therapia, den 4. Oktober 1908

Die Folgen des unerwarteten Entschlusses des Freiherrn von Aehrenthal werden die allerübelsten sein. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina wird die schon bestehende nationale Erregung der muselmanischen Türken aufs äußerste steigern. Sie werden darin einen vorbedachten Schlag Österreich-Ungarns gegen das neue System erblicken. Die Erbitterung wird sich nicht nur gegen Österreich-Ungarn richten, dem man schon lange mißtraut, sondern gegen das verbündete Deutschland, dem auch das neue System bisher Vertrauen geschenkt hat. Falls wir nicht feste Stellung gegen die Annexion nehmen, wird uns niemand glauben, daß man in Wien ohne unsere Zustimmung vorgegangen ist. Ich kann vom Standpunkt unseres Verhältnisses zur Türkei aus die Aktion des Freiherrn von Aehrenthal nur als eine beispiellose Rücksichtslosigkeit gegen uns bezeichnen.

Aber auch vom allgemeinen politischen Gesichtspunkt aus wird die Aktion verhängnisvoll sein. Der Bruch des Berliner Vertrags seitens einer europäischen Großmacht erschüttert die Basis, auf welcher heute die staatliche Ordnung auf dem Balkan beruht. In erster Reihe werden die Bulgaren davon Nutzen ziehen. Die Eisenbahnfrage wird unlösbar*. Denn die Anrufung des Artikels 21 des Berliner Vertrags verliert jedes Gewicht, wenn eine Großmacht sich über diesen Vertrag hinwegsetzt. England wird gegen die Annexion Stellung nehmen. Die Äußerung des Großwesirs, die er mir gestern mit Bezug auf die österreichischen Pläne in Bosnien machte, „cette politique n'aura pas de succès", zeigt, daß man hier der englischen Unterstützung sicher ist. Italien wird das gleiche tun oder Kompensationen verlangen. Daß Rußland gegen Österreich-Ungarn sein wird, unterliegt mir keinem Zweifel. Ich erinnere an die angebliche Zustimmung Iswolskys zur Sandschakbahn. So rollt die Aktion Freiherrn von Aehrenthals die ganze Orientfrage in einem Augenblick auf, da mehr als je Ruhe notwendig ist.

Meinen Urlaub werde ich, wenn es befohlen wird, selbstverständlich nicht antreten. Aber ich muß pflichtmäßig Zweifel darüber äußern, ob dies unserem Interesse dienlich ist. Ich habe um diese Zeit stets die kurze Reise gemacht, um meine Familie abzuholen. Gestern habe ich mich auf der Pforte und bei den Kollegen verabschiedet. Alle Welt weiß, daß ich morgen reisen will. Bleibe ich hier, und es erfolgt nach drei Tagen die Annexionserklärung, so ist der Beweis unseres Mitwissens geliefert. Alle mündlichen Erklärungen, die ich hier im ersten Sturm der Entrüstung

---

* Vgl. darüber Kap. CXCIV.

abgebe, werden nutzlos sein. Mir schiene es richtiger zu sein, wenn ich abreiste und unmittelbar nach der österreichisch-ungarischen Erklärung „auf Befehl" mich nach Berlin begäbe, „um Instruktionen einzuholen". Das würde die Presse mitteilen. Ich könnte leicht Anfang nächster Woche wieder hier sein.

Eine mündliche Besprechung scheint mir ohnehin nötig zu sein. Unsere hiesige ohnehin schon angefochtene Stellung ist rettungslos verloren, wenn wir nicht rücksichtslos in dieser Frage unsere eigenen Interessen vertreten. Meines Erachtens sollte darüber in Wien kein Zweifel gelassen werden.

Marschall

Nr. 8981

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 4. Oktober 1908

Heute morgen kamen der englische und der französische Botschafter und fragten mich, ob ich Näheres über die österreichischen Absichten betreffend Bosnien wisse. Ich habe geantwortet, außer dem, was ich in der Zeitung gelesen, sei mir nichts bekannt, vor einigen Tagen sei indessen ein verschlossener Brief des Barons Aehrenthal an Euere Durchlaucht* hier durchpassiert, möglicherweise seien hierin Nachrichten über die Angelegenheit enthalten. Beide Botschafter äußerten sich sehr besorgt, und M. Cambon meinte mit Bezug auf die heutige Wolffsche Depesche über einen Brief des Kaisers Franz Joseph an den Präsidenten Fallières** und im Hinblick auf die in Konstantinopel zu erwartenden Unruhen: „Ce sont à présent les souverains qui font les révolutions."

Dem türkischen Geschäftsträger***, der in der vergangenen Woche fast jeden Tag nach den österreichischen Plänen fragte, habe ich immer von neuem meine volle Unkenntnis der Dinge versichert.

Sir Frank Lascelles sagte mir außerdem heute morgen, seine Regierung habe ihm telegraphiert, die Türkei verlange zunächst Restitution der Bahn†, werde diesem Verlangen aber seitens Bulgariens entsprochen, so werde die Türkei sich damit einverstanden erklären, daß Bulgarien unter Anerkennung des türkischen Eigentumsrechtes wegen des Betriebes der Bahn mit der Gesellschaft verhandele. Die britische Regierung werde in Sofia empfehlen lassen, hierauf einzugehen, und sie bitte uns, das gleiche zu tun.

Ich habe geantwortet, wir hätten unseren Vertreter angewiesen, auf

* Gemeint ist das Aehrenthalsche Schreiben vom 26. September. Siehe Kap. CXCIII, Nr. 8934. Diesen Brief kannte Stemrich seit dem 2. Oktober.
** Vgl. Nr. 8983, sowie Kap. CXCIII, Nr. 8939, S. 53, Fußnote **.
*** Ali Ihsan Bey.
† Vgl. dazu Kap. CXCIV.

Herausgabe der Bahn zu insistieren. Sei dies geschehen, so würden wir nicht türkischer sein als die Türken. Besondere Instruktionen schienen mir im Augenblick nicht erforderlich.

Stemrich

Nr. 8982

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 323 Therapia, den 4. Oktober 1908

Geheim

Sinowiew sprach mich heute auf den österreichisch-ungarischen Plan der Annexion von Bosnien und Herzegowina an. Er schien nicht zu wissen, daß die Aktion unmittelbar bevorsteht, und ich habe ihm auch nichts darüber gesagt. Er sprach sich sehr scharf gegen diesen Plan aus, dessen Ausführung die ganze Orientfrage wieder aufrühre. Schuld sei lediglich Freiherr von Aehrenthal, den man in Petersburg als eitel und unzuverlässig kennen gelernt habe. Dabei fragte mich der Botschafter, ob es wahr sei, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Entente über die Annexion und die damit zusammenhängenden Fragen bestände? Ich habe dies bestimmt verneint.

Nach den Äußerungen Sinowiews ist es ganz ausgeschlossen, daß Freiherr von Aehrenthal die Billigung Rußlands für seinen Plan erhalten hat, denn der Botschafter sagte ausdrücklich, daß Rußland im gegenwärtigen Augenblick der vollen Ruhe nach außen hin bedürfe und jede Verwickelung perhorresziere.

Mir scheint, daß Aehrenthal in seiner Unterredung mit Iswolsky sich seines Einverständnisses mit uns gerühmt hat und nun uns gegenüber sich auf die Zustimmung Iswolskys beruft. Dieselbe Taktik dürfte er auch Tittoni gegenüber angewendet haben.

Marschall

Nr. 8983

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 231 Paris, den 4. Oktober 1908

Gestrige Demarche des österreichisch-ungarischen Botschafters bei Pichon und Präsident Fallières* hat hier geradezu sensationell gewirkt. Börse erblickte in österreichisch-ungarischem Vorgehen Symptom für beunruhigende Wendung der Orientereignisse[1]. Auch in heutiger Presse

* Am 9. Oktober hatte Graf Khevenhüller dem Präsidenten Fallières ein Handschreiben Kaiser Franz Josephs mit der Ankündigung der Annexion überreicht.

macht sich der gleiche Eindruck geltend. „Petite République", die bisweilen vom Quai d'Orsay Informationen erhält, deutet an, daß Kaiser Franz Joseph angesichts der Lage auf der Balkanhalbinsel sich bemüht habe, den Mächten Anregung zu unterbreiten, die die drohende Gefahr zu beschwören geeignet wäre. Die Stellung Frankreichs im Orient habe den Kaiser veranlaßt, in Paris eine Unterstützung, vielleicht eine Mitwirkung anzustreben. Im „Figaro" behauptet Lautier, die bevorstehenden Orientereignisse bildeten eine schwere Schlappe für England, eine noch schwerere für Rußland, das auch diesmal zu spät kommen dürfte, um den Streich zu parieren. Die Türkei solle jetzt dafür bestraft werden, daß sie die ihr von Deutschland vorgeschriebene Bahn verlassen habe, wenn nicht vielleicht doch noch die viel gerühmte englisch-russische Entente den Strafvollzug verhinderte. „Figaro" will übrigens wissen, daß Pichon in seiner Unterredung mit Graf Khevenhüller auch auf einzelne Lücken in der österreichischen Antwort auf die französisch-spanische Note hingewiesen habe*. Darauf hätte Graf Khevenhüller erklärt, daß das Stillschweigen, betreffend einzelne Punkte, als Zustimmung zu deuten sei.

Im Privatgespräch soll Lautier, der gleich den englischen Blättern die österreichischen Intrigen für den bulgarisch-türkischen Konflikt verantwortlich zu machen sucht[2], geäußert haben, daß Frankreich einem Vorstoß Österreichs auf die Balkanhalbinsel seinen Beistand nicht leihen werde. Höre unter der Hand, daß Graf Khevenhüller, der eigentlich erst morgen Präsident aufsuchen wollte, bereits gestern seine Demarche machte, weil Pichon mit Hinweis auf persönliche Konvenienzen des Herrn Fallières dazu drängte. Ihm war strengste Diskretion zugesichert worden[3], über deren Nichtbeachtung der österreichisch-ungarische Botschafter äußerst unangenehm berührt ist.

Lancken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] war vorherzusehen
[3] giebts in Paris nicht
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das kommt davon, wenn Monarchien sich bei Republiken Hülfe zu Plünderungszwecken holen wollen!

Nr. 8984

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Norderney, den 5. Oktober 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 101**.

Ich bin weit entfernt, den Wert der freundschaftlichen Beziehungen

* Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXXI, Nr. 8433 und Nr. 8444ff.
** Durch Telegramm Nr. 101 vom 4. Oktober war Fürst Bülow von dem Telegramm Freiherrn von Marschalls Nr. 322 (siehe Nr. 8980) in Kenntnis gesetzt worden.

zu unterschätzen, die wir mit der Türkei unterhalten. Allein Freiherr von Marschall geht meines Erachtens zu weit, wenn er uns vorschlägt, für dieses Freundschaftsverhältnis unser Bündnis mit Österreich-Ungarn zu opfern oder zum mindesten aufs Spiel zu setzen. Bei der Bedeutung, die die leitenden österreichisch-ungarischen Kreise ihrem Schritte beilegen, würde unser Bündnis mit dem Nachbarstaat zweifellos erschüttert werden und einen unheilbaren Riß erhalten, wenn wir in dieser Frage uns als unzuverlässige Freunde erwiesen und uns nicht loyal an die Seite von Österreich-Ungarn stellen. Eine zweideutige . . .* in diesem Fall würde man uns in Wien nicht vergessen. Bei der jetzigen Weltlage müssen wir darauf achten, uns in Österreich-Ungarn einen treuen Bundesgenossen zu erhalten, und dies umsomehr, als das Wiener Kabinett gerade in den letzten Jahren uns wiederholt Beweise seiner Bundestreue gegeben hat, zum Teil ohne Rücksicht auf eigene Interessen**. Die Ausführungen des Freiherrn von Marschall vermag ich mir um so weniger anzueignen, als ich nicht annehmen möchte, daß das Vertrauen der Türkei zu uns auf so schwankendem Boden steht. Es muß unserem Botschafter möglich sein, in Konstantinopel verständlich zu machen, daß wir nicht gegen eine Regierung und einen Nachbar auftreten können, mit denen uns eine dreißigjährige Allianz verbindet, deren Bestand Europa zum großen Teil seinen langjährigen Frieden verdankt. Außerdem wird die türkische Regierung sich vor Augen halten müssen, daß es sich in Bosnien und der Herzegowina für sie nur um die Aufgabe eines Scheins handelt, denn tatsächlich befinden sich diese Länder bereits seit langem unter österreichisch-ungarischer Herrschaft. Es wäre nicht recht erklärlich, wenn es die Türkei wegen Aufgabe dieser rein äußerlichen Form zu gefährlichen Verwickelungen treiben und deswegen die guten Beziehungen nicht nur mit Österreich-Ungarn, sondern auch mit uns trüben wollte.

Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren ergebenst, das Telegramm des Freiherrn von Marschall in diesem Sinne zu beantworten und hinzuzufügen, daß in der Tat die von ihm gegebene Versicherung, Deutschland habe von dem Annexionsplan nichts gewußt, zutreffend ist. Wir haben unsere Zu-

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Vgl. auch die ausführlichen Darlegungen Fürst Bülows in dem Immediatbericht vom 5. Oktober (siehe Kap. CXCIII, Nr. 8939), in dem der Standpunkt des Reichskanzlers in der Annexionsfrage eingehend entwickelt wird. Am 6. Oktober telegraphierte Fürst Bülow noch an den Rat im kaiserlichen Gefolge Freiherrn von Jenisch: „Euer Hochwohlgeboren sind, wie ich voraussetze, von seiten des Auswärtigen Amts an der Hand meiner diesbezüglichen Telegramme, Marginale und Briefe über unsere Stellung zur Annexionsfrage und insbesondere auch darüber vollkommen orientiert, daß, wenn wir in dieser Frage Österreich im Stich lassen, von ihm abrücken oder auch nur durch unfreundliche Kritik seines Vorgehens die dort maßgebenden Kreise verstimmen, unser Bündnis mit Österreich-Ungarn einen Riß erhalten wird, von dem es sich nicht wieder erholen dürfte. Der Rückschlag, den das auf unsere allgemeine Lage haben müßte, liegt auf der Hand. Wir brauchen keinen excès de zèle zu zeigen, aber wir müssen uns unserem Bundesgenossen gegenüber jetzt anständig und zuverlässig zeigen."

stimmung nicht vorher in Wien erteilt, sondern man ist dort selbständig mit dem Plan vorgegangen.

Die Urlaubsfrage des Freiherrn von Marschall erledigt sich wohl durch die inzwischen erfolgte Erklärung Bulgariens zum unabhängigen Königreich. Diese neue Wendung ist eine genügende Erklärung für den Verbleib des Botschafters auf seinem Posten.

Bülow

Nr. 8985

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 Berlin, den 5. Oktober 1908

Mit Bezugnahme auf Freiherrn von Marschalls Telegramme Nr. 322* und 324** und Euerer Durchlaucht Weisung*** habe ich Freiherrn von Marschall telegraphiert:

„Der Herr Reichskanzler läßt Euere Exzellenz bitten, von einer Kritik des österreichisch-ungarischen Verhaltens möglichst Umgang zu nehmen. Seine Durchlaucht glaubt, die Russen und Italiener würden nur zu glücklich sein, eine solche Kritik nach Wien gelangen zu lassen, wodurch das Vertrauen zu uns dort erschüttert würde."

Stemrich

Randvermerk des Fürsten von Bülow:
Ich hoffe, daß Marschall sich an diese Instruktion hält. Seine Kritik Wiener (und russischer) Vorschläge ist ihm in Österreich (und in St. Petersburg) schon früher sehr verübelt worden. So was spricht sich immer herum. B.

Nr. 8986

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall
an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 327 Therapia, den 5. Oktober 1908

Antwort auf Telegramm 197†.

Ich habe mich sowohl auf der Pforte wie meinen Kollegen gegenüber jeder Kritik des österreichisch-ungarischen Vorgehens enthalten, sondern

* Siehe Nr. 8980.
** Siehe Kap. CXCIV, Nr. 8969.
*** Siehe Nr. 8984.
† Identisch mit dem in Nr. 8985 inserierten Telegramm.

nur dem Großwesir und dem Minister des Äußern die von Wien und Sofia aus verbreitete Nachricht, daß die Annexion von Bosnien und Herzegowina sowie die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens mit unserer Zustimmung erfolge, als jeden Grundes entbehrend bezeichnet.

Markgraf Pallavicini sagt mir soeben, daß er die auf Bosnien und Herzegowina sowie die Räumung des Sandschak bezügliche Note morgen der Pforte übergeben werde.

Marschall

Nr. 8987

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 325 Therapia, den 5. Oktober 1908

Constans, den ich heute auf der Pforte traf, sagte mir, Präsident Fallières habe gestern aus den Händen des österreichischen Botschafters ein Schreiben des Kaisers Franz Joseph entgegengenommen, welches ihm die bevorstehende Annexion von Bosnien und der Herzegowina anzeigt. Fallières habe bemerkt, „que c'est une question extrêmement grave" und den Botschafter gefragt, „est-ce que l'Autriche-Hongrie n'a pas songé qu'elle pousse la Bulgarie à la suivre en proclamant son indépendance?", worauf Graf von Khevenhüller[1] entgegnete, „non, la Bulgarie ne nous suivra pas, elle nous précédera par cette proclamation." Auf die Bemerkung des Botschafters, seine Regierung habe sich bereits der Zustimmung Deutschlands, Rußlands und Italiens versichert[2], erwiderte Fallières, diese Mitteilung überrasche ihn sehr, da er niemals etwas davon gehört, daß über die Frage Verhandlungen zwischen den Mächten stattgefunden hätten.

Heute hat Pichon an Herrn Constans telegraphiert, er habe bereits konstatiert, daß Graf von Khevenhüller sich mit seiner Behauptung über die Zustimmung der Mächte „en dehors de la ligne de la vérité[3]" befunden habe. Constans schließt daraus, daß Iswolsky, der sich in Paris befindet, den Minister bereits darüber aufgeklärt hat, daß Rußland seine Zustimmung nicht gegeben habe.[4]

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der wußte es also schon!
[2] am 3t[en]!? gelogen
[3] oui!
[4] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der Rudi* hat was schönes angerichtet

---

* Gemeint ist Graf Rudolf Khevenhüller.

Nr. 8988

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 200 Berlin, den 6. Oktober 1908

Zu Ew. pp. Information und Regelung Ihrer Sprache.

Der Herr Reichskanzler legt besonderen Wert darauf, daß bezüglich der Annexionsfrage in Wien keinerlei Zweifel über unsere Zuverlässigkeit aufkomme, da es für uns Akt selbstverständlicher Loyalität ist, daß wir an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn festhalten, dem Europa zum guten Teil einen dreißigjährigen Frieden verdankt. Wir machen kein Hehl daraus, daß Österreich-Ungarn bei der Annexion aus eigener Initiative vorgegangen ist, wie das bei einer großen und selbständigen Monarchie nur natürlich ist.

Sollten dort etwa Äußerungen Freiherrn von Marschalls, die mit dieser unserer Haltung im Widerspruch stehen, kolportiert oder Ihnen gegenüber zur Sprache gebracht werden, so bitte ich ihnen energisch entgegenzutreten und sie als unbegründet zu bezeichnen.

Herr von Szögyény wird morgen früh in Rominten empfangen.

Stemrich

Nr. 8989

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 London, den 6. Oktober 1908

Nach Mitteilung Sir Charles Hardinges wird die englische Regierung weder die Annexion Bosniens noch die Unabhängigkeit Bulgariens anerkennen ohne die vorherige Zustimmung der Signatarmächte des Berliner Vertrags und insbesondere der Türkei[1]. Der Unterstaatssekretär verurteilt sehr scharf die Politik Freiherrn von Aehrenthals, der, seit er in Wien sei, nur Unfug treibe (plays the fool)[2]. Die Begründung, daß die Notwendigkeit, Bosnien eine Verfassung zu geben, das österreichische Vorgehen veranlaßt habe, sei jesuitisch. Gerade dieser Umstand würde einen plausiblen Vorwand abgegeben haben, die Frage den Mächten zu unterbreiten. Seit dem Vorgehen Rußlands im Jahre 1871 sei kein so flagranter Vertragsbruch erfolgt, und auch damals sei durch Protokoll festgestellt worden, daß keine Macht sich einseitig von internationalen Vertragspflichten loslösen könne[3]. Die österreichische Demarche sei außerordent-

* Auf dieses Telegramm hat Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 29. März 1909 hingewiesen. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 115.

lich grausam gegen das neue Regime in der Türkei und berechtige zu Zweifeln an den Sympathien Österreichs für dasselbe. Sir Charles Hardinge sieht trotzdem keine ernsten Verwickelungen voraus, da die Türkei es bei formellen Protesten bewenden lassen werde*.

Die englische Regierung hat infolge der letzten Entwickelungen die Anregung der russischen Regierung, die bulgarisch-türkischen Streitfragen durch die Mächte zu regeln**, unbeantwortet gelassen. Inzwischen hat die russische Regierung hier anscheinend den Gedanken einer allgemeinen internationalen Konferenz angeregt, die darauf hinauslaufen würde, „to wind up the treaty of Berlin"[4]***.

Der hiesige russische Geschäftsträger† ist sehr erregt über das Vorgehen Österreich-Ungarns und scheint zu befürchten, daß das englisch-russische Einvernehmen in die Brüche gehen könnte[5]. Wie er die Ansichten Iswolskys kenne, könne er nicht glauben, daß dieser seine Zustimmung zur Annexion Bosniens gegeben habe. Er weist aber den Gedanken, daß russischerseits nunmehr die Dardanellenfrage angeschnitten werden könnte, nicht zurück.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ganz vernünftig
[2] sehr hart aber nicht unrichtig!
[3] ebenso Bulgarien
[4] Liquidation
[5] wäre ja herrlich

Nr. 8990

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 333 Therapia, den 6. Oktober 1908
Geheim

Der Großwesir war heute wesentlich beruhigter als gestern, obgleich ihm unmittelbar vor mir Markgraf Pallavicini die Note wegen Bosnien und

---

* Die scharfe Stellungnahme Sir Ch. Hardinges gegen Aehrenthal und die Annexion überrascht insofern, als er sich bei der Entrevue in Ischl (vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8230) im August 1908 nach einem Reutertelegramm vom 12. August damit einverstanden erklärt haben soll, „daß alle Entwickelungen, die infolge der Verfassungsänderung der Türkei in Bosnien und der Herzegowina entstehen sollten, als eine rein innere Angelegenheit Österreich-Ungarns anzusehen sind, und daß sie keine Frage der internationalen Politik bilden sollen". Vgl. M. Edith Durham, Twenty Years of Balkan Tangle, p. 196. Doch stimmt gegen diese Angabe skeptisch, daß sich Freiherr von Aehrenthal auf ein solches Einverständnis Sir Ch. Hardinges nie berufen hat.
** Vgl. dazu Kap. CXCIV, Nr. 8967.
*** Näheres darüber in Kap. CXCVI.
† Poklewsky.

der Herzegowina übergeben hatte. Der Schlüssel zu dieser Änderung liegt in einem Telegramm des Botschafters in London von gestern abend, das mich Tewfik Pascha lesen ließ. Sir E. Grey hat Rifaat Bey rufen lassen und ihm gesagt: England bedauere die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annektierung Bosniens und der Herzegowina. Obgleich der materielle Schaden dieser Maßregeln für die Türkei nicht erheblich sei, so seien dieselben dem neuen Regime schädlich. „La Turquie est maltraitée". Der Zweck der beiden Aktionen sei, das neue Regime in seinen Bestrebungen auf innere Reformen und Kräftigung nach außen zu hindern und zu diskreditieren. Aber England gebe nicht zu, daß die Bestimmungen des Berliner Vertrages ohne Meinungsaustausch unter den Mächten und Zustimmung der Pforte modifiziert werden könnten. Die Regierung des Königs werde daher weder die Annektierung Bosniens und der Herzegowina noch die Unabhängigkeit Bulgariens anerkennen. Aber sie rate der Türkei, „d'exclure le plus longtemps possible la guerre en présence", sie solle sich vertrauensvoll an die Signatarmächte wenden. An dem Verlust Ostrumeliens werde sich nichts ändern lassen, aber England sei bereit, dafür einzutreten, daß die Türkei eine Kompensation für diesen Verlust und eine Geldentschädigung erhalte. Eventuell könne ein neuer Kongreß einberufen werden.

Sir E. Grey bitte den Botschafter, seine Regierung zu fragen, worin nach ihrer Ansicht die Kompensation bestehen könne. Der Minister bemerkte, das Gerücht, daß Rußland, Italien und Deutschland ihre Zustimmung zu der Annektierung von Bosnien und der Herzegowina gegeben haben, habe sich nicht bestätigt.

Tewfik Pascha wollte über die Kompensationsfrage und die nach England zu gebende Antwort mit dem Großwesir reden. Ich habe mich nicht geäußert, möchte aber zur Erwägung anheimstellen, ob wir nicht der Pforte suppeditieren könnten, sie möge als Kompensation die Garantie der Mächte für ihre europäische Besitzung im ganzen oder speziell für Mazedonien und das Wilajet Adrianopel und eine Entschädigung für die Bahn wie für den Tribut Ostrumeliens anregen.

Offenbar ist in der türkischen Frage die Bildung einer englisch-russisch-französischen Gruppe im Werden, die auf Italien eine starke Anziehungskraft üben würde. Wir haben ein Interesse daran, nicht draußen zu bleiben und Österreich-Ungarn mit hineinzuziehen.

Marschall

Nr. 8991

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Norderney, den 7. Oktober 1908

Der mir vorgelegte Artikel der „Westminster Gazette" vom 3. d. Mts.* ist sehr interessant. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Graf Metternich den liberalen Kreisen in England klar machte, daß wir uns mit England durchaus in dem Wunsche begegneten, einerseits größere Komplikationen im Orient zu vermeiden, andererseits den Fortbestand des türkischen Reiches zu sichern. Für die jungtürkische Reformbewegung hätten wir aufrichtige Sympathien. Man werde aber in England verstehen, daß wir unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in seiner schwierigen Lage nicht im Stiche lassen könnten. England wäre auch in Marokko für Frankreich eingetreten. Österreich sei in der Annexionsfrage aus eigener Initiative vorgegangen. Wir wären von ihm später informiert worden als Rußland, und gleichzeitig mit den anderen Mächten. Aber, wo es sich in Bosnien und der Herzegowina um eine Lebensfrage für die habsburgische Monarchie handele, wo Österreich seit dreißig Jahren im tatsächlichen Besitz dieser beiden Provinzen sei, wo die Türkei nur noch ein Formalrecht auf diese Provinzen habe, würde es auch vom türkischen Standpunkt aus das klügste sein, sich mit Österreich-Ungarn gütlich und freundschaftlich auseinanderzusetzen.

Ich empfehle, gerade Graf Metternich über die Situation auf dem laufenden zu halten, denn ich lege großes Gewicht darauf, daß wir mit dem liberalen englischen Ministerium die Fühlung behalten. Dieses liberale Ministerium muß vor allem den Eindruck haben, daß wir im Orient keinerlei machiavellistische Pläne verfolgen, daß wir, was vom Status quo auf der Balkanhalbinsel tatsächlich noch lebensfähig ist, zu erhalten wünschen (was auch möglich erscheint, wenn die Mächte vertrauensvoll zusammenwirken), und daß unser Eintreten für Österreich-Ungarn ein Ausfluß unserer Loyalität ist.

Bülow

---

* Nach einem Telegramm Graf Metternichs vom 3. Oktober (Nr. 261) führte dieser Artikel aus: Man hoffe und glaube, daß Deutschland ebenso wie England einen mäßigenden Einfluß auf alle Parteien einschließlich der Türkei ausüben werde. Wenn die deutsche und die englische Regierung miteinander in Fühlung blieben und der Versuchung, auf Kosten des anderen Vorteile zu erhaschen, widerstehen könnten, so dürfte sich hieraus eine wesentliche Besserung ihrer Beziehungen in anderen Punkten ergeben. In Randbemerkungen zu dem Metternichschen Telegramm stimmte Fürst Bülow dem Artikel der „Westminster Gazette" durchaus zu; zu dem Passus von der möglichen Besserung der deutsch-englischen Beziehungen setzte er: „Das wäre sehr erfreulich".

Nr. 8992

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Norderney, den 7. Oktober 1908

Ich verstehe vollkommen, wenn Seine Majestät der Kaiser darüber verstimmt ist, daß die Österreicher uns in ihren Annexionsplan nicht früher eingeweiht haben[1]*. Auf der anderen Seite können wir jetzt den Türken wie den Mächten wahrheitsgemäß sagen, daß wir von den österreichischen Plänen erst nach den Russen und Italienern und gleichzeitig mit den übrigen Mächten Kenntnis erhalten haben.

Ein wesentlicher Beweggrund für das Vorgehen der Österreicher dürfte in der Wiener Besorgnis vor der serbisch-kroatischen Irredenta bestehen**[2], die mir in Wien schon im April nicht nur bei Freiherrn von Aehrenthal und Freiherrn von Beck, sondern auch bei Erzherzog Franz Ferdinand und bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph entgegentrat. Die Österreicher glauben, daß sie auf der Balkanhalbinsel entweder die Serben gegen die Bulgaren oder die Bulgaren gegen die Serben ausspielen müssen[3]. Sie ziehen die letztere Alternative vor, weil sie annehmen, daß die Bulgaren auf die österreichischen Slawen eine geringere Attraktionskraft ausüben als die Serben, und auch wohl hoffen, daß ein selbständiges Bulgarien ähnlich wie seinerzeit das emanzipierte Rumänien in Gegensatz zu Rußland treten werde[4]. Ob diese Rechnung stimmt, und ob die Österreicher nicht den Teufel durch Beelzebub austreiben[5], kann nur die Zukunft lehren. Vorstellungen von unserer Seite dürften jetzt nicht viel helfen, da die Österreicher denken, daß sie den Balkanverhältnissen näher stehen und diese richtiger beurteilen als wir, wo es sich dort in erster Linie um ihre Haut handele.

Meines Erachtens wäre es für uns zweifellos besser und wahrscheinlich auch für Österreich klüger, wenn es sich auf der Balkanhalbinsel weder auf die Serben noch auf die Bulgaren, sondern auf die Türken stützte[6]. Ich habe Herrn von Tschirschky im Laufe des Sommers wiederholt angewiesen, diesen Gesichtspunkt gegenüber den maßgebenden Stellen in Wien zu vertreten. Seine Majestät der Kaiser weiß aus einem langen Bericht von Herrn von Tschirschky, den auf meine Bitte General von Moltke Seiner Majestät auf der „Hohenzollern" vorgetragen hat, daß es Herrn von Tschirschky nicht gelungen ist, die Österreicher für unsere Auffassung zu gewinnen. Sie blieben dabei, daß die habsburgische Monarchie mit Rücksicht auf ihre Slawen und um nicht in einen akuten

---

* Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8939, S. 53, Fußnote **.
** Vgl. Kap. CXCII und Kap. CXCIII, Nr. 8936.

Gegensatz zu Rußland zu geraten, auf der Balkanhalbinsel keine türkische Politik machen und sich nicht in Gegensatz zu allen dortigen slawischen Nationalitäten setzen könne[7].

Von großer Bedeutung ist, welche Widerstandskraft und Lebensfähigkeit noch in der Türkei steckt, ob die Türken in sich noch die Kraft haben, die grüne Fahne zu schwingen und die falschen Galgenvögel zu verprügeln[8]. General Freiherr von der Goltz urteilte bei seinem jüngsten Besuch in Konstantinopel ungünstig über den gegenwärtigen Zustand der türkischen Armee, die er zurzeit dem bulgarischen Heer nicht für gewachsen hielt. Wenn der Sultan leider Heer, Flotte und Verwaltung vernachlässigt hat, so fürchte ich, daß die Jungtürken zu sehr Ideologen sind. Als ich den Abgesandten des jungtürkischen Komitees bei seinem neulichen Besuch* vor den Bulgaren warnte, erwiderte er mir mit dem Blick des Schwärmers: Türken und Bulgaren wären Brüder, zwischen denen keine Feindschaft denkbar sei, denn sie ständen beide auf dem Boden liberaler Weltauffassung[9].

Wie dem auch sein möge, so viel ist sicher, daß die Begleitumstände des österreichischen Vorgehens ebenso wie seine Folgeerscheinungen für uns höchst unerwünscht sind[10]. Wir dürfen aber darüber nicht die Hauptsache vergessen, nämlich daß wir das Bündnis mit Österreich-Ungarn unversehrt erhalten und das Vertrauen der Österreicher zu uns nicht erschüttern lassen dürfen.

Ich glaube, daß auch in der Politik nicht nur aus ethischen, sondern auch aus Klugheitsrücksichten Zuverlässigkeit lohnt. Österreich-Ungarn hat sich uns gegenüber nicht nur in Algeciras, sondern auch noch in diesem Sommer in der Flottenfrage sehr loyal erwiesen. Wir müssen Gleiches mit Gleichem vergelten.

Den Bericht von Vassel** finde ich sehr gut. Um aus der Marokkoaffäre mit Anstand herauszukommen, ist das erste Erfordernis, daß wir die Franzosen diesen unseren Wunsch nicht zu deutlich merken lassen. Anderenfalls werden sie uns nicht nur kein Äquivalent geben, sondern kaudinische Tore vor uns errichten. Das Wünschenswerteste wäre, wenn wir uns mit Frankreich und England wie über die Marokkoaffäre so auch über andere afrikanische und kleinasiatische Fragen en bloc verständigen könnten[11]. Ich behalte mir darüber weiteren Bericht vor.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Andeutungen darüber sollen von Aehrenthal laut Mittheilu[n]g Szögyenyis am 3, 4. Sept[ember] schon an Schön gemacht worden sein?***

[2] richtig! das hat damals schon im April gespukt! Wenn aber man damals schon der Ansicht war, das „Etwas" dagegen geschehen müßte, dann war doch Zeit genug bis zum August sich klar zu werden Wie oder Was!

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8908.

** Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXXI, Nr. 8457, Anlage.

*** Dem Kaiser hatte doch das Schreiben Staatssekretärs von Schoen an Fürst Bülow vom 5. September 1908, das darüber unterrichtete (siehe Kap. CXCIII, Nr. 8927), vorgelegen.

[3] falls diese sich überhaupt dazu hergeben!?
[4] ? glaube ich nicht es wird stets nach London-Petersb[ur]g gravitiren
[5] ja
[6] natürlich! das Einzig richtige! was ich auch in Wien an Aehrenthal gesagt! Es ist auch die Ansicht des Thronfolg[e]rs!
[7] in den kommen sie jetzt doch, und mit den Türken auch noch obendrein!
[8] richtig
[9] sancta simplicitas
[10] ja sehr!
[11] wenn das möglich wäre?

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Ausführungen sind richtig! Ich bedaure nur durch die furchtbare Dummheit Aehrenthals in das Dilemma gebracht worden zu sein, die Türken unsre Freunde nicht beschützen und ihnen nicht beistehen zu dürfen, da mein Verbündeter sie beleidigt hat. Und statt dessen England an meiner Stelle die Türken berathen und beschützen sehen zu müßen, noch dazu mit Ausführungen völkerrechtlicher Natur, die formell unanfechtbar und mir aus der Seele gesprochen sind*. Auf die Weise geht Meine 20jährige mühsam aufgebaute türkische Politik in die Binsen! Ein großer Triumpf E[duard] VII. über uns! Bald werden die Türk[ischen] Reaktionäre erklären alle diese Landverluste kämen von den Comités mit ihrer Verfassung, das seien aber die „Deutschen" Offiziere; bei einem Rückschlag werden diese alle verschwinden oder umgebracht und Engländer und Franzosen treten an ihre Stelle.

Wilhelm I. R.

Nr. 8993

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 338 Therapia, den 7. Oktober 1908

Markgraf Pallavicini hat gestern die Note wegen Bosnien und der Herzegowina** dem Großwesir übergeben. Er hat mir den Verlauf der Unterredung erzählt, als er die Stelle über den Rückzug der Truppen aus dem Sandschak vorlas, unterbrach ihn der Großwesir mit den Worten: „Vous pouvez les laisser, cela nous est indifférent". Nach der Verlesung sagte Kiamil Pascha: „Vous avez arrangé cela avec la Bulgarie, l'Allemagne[1] et la Russie", und griff die österreich-ungarische Politik so heftig an, daß der Botschafter sich diese Sprache verbitten mußte. Die Unterredung wurde dann freundlicher. Als Pallavicini sagte: „c'est un fait accompli", erwiderte Kiamil Pascha: „mais les puissances s'en occuperont".

---

* Vgl. darüber Nr. 8989.

** Siehe den Wortlaut der vom 6. Oktober datierten Note, die den übrigen Mächten am 7. Oktober notifiziert wurde, im österreich-ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und Herzegowina Oktober 1908 bis Juni 1909, Nr. 1, bei Th. von Sosnosky, die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866 II, 153f., in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 271f. Im österreich-ungarischen Rotbuch S. 17 auch die türkische Protestnote vom 8. Oktober.

Der Botschafter sprach mir von der Konferenzidee und meinte, daß seine Regierung nur zustimmen könne, wenn die bosnische Frage vollkommen ausscheide.

Die schärfste Kritik in türkischen und diplomatischen Kreisen richtet sich vornehmlich gegen den Pakt, den Österreich-Ungarn mit Bulgarien geschlossen hat. Die Äußerung Grafen von Khevenhüllers*, welche Herr Constans überall kolportiert, gilt als unwiderleglicher Beweis, daß das Wiener Kabinett die Unabhängigkeitserklärung mit Bulgarien verabredet hat.

Marschall

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.:
Marschall muß energisch dagegen protestieren!

Nr. 8994

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 164 Rominten, den 7. Oktober 1908

In der von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige dem österreichisch-ungarischen Botschafter heute gewährten Audienz hat allerhöchstderselbe Herrn von Szögyény gesagt, er heiße die Aktion des Kaisers Franz Joseph gut und werde dieselbe unterstützen. Gleichzeitig aber hat Seine Majestät Herrn von Szögyény deutlich zu verstehen gegeben, daß die „Regie", in welcher diese Aktion in die Wege geleitet sei, allerhöchstihm durchaus verfehlt zu sein scheine. Denn vor der Welt, vor allem der moslemitischen, ständen der Bulgarenfürst und die ehrwürdige Gestalt des greisen Kaisers nebeneinander als Spoliatoren der Türkei da. Auch sei er durch vorzeitige Demarche des Grafen von Khevenhüller in Paris** peinlich überrascht worden. Herr von Szögyény gab beides als sehr bedauerlich und das Mißvergnügen Seiner Majestät als durchaus berechtigt zu.

Angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß die Gruppe Frankreich-England-Rußland die Einberufung einer internationalen Konferenz*** betreiben würde, hat Seine Majestät dem österreichischen Botschafter dringend anempfohlen, seine Regierung zu veranlassen, allerhöchstihn sobald als möglich über die Antwort zu informieren, die Österreich auf eine Konferenzeinladung geben werde, damit unsere Regierung eine gleiche Antwort erteilen könne. Seine Majestät vertrat die Ansicht, daß auf dem neuen Kongreß die Frage der Zukunft Bosniens und Herzegowina nicht in den Bereich der Besprechungen gezogen werden dürfe, sondern die erfolgte Einverleibung in die Doppelmonarchie als fait accompli betrachtet werden

* Vgl. Nr. 8987.
** Vgl. Nr. 8983 und 8987.
*** Vgl. dazu Kap. CXCVI.

müsse. Da in der französisch-russischen Presse die Meerengenfrage schon ventiliert werde, dieselbe also wohl auf Konferenz auftauchen könne, wünsche Seine Majestät möglichst bald zu erfahren, welche Stellung Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph dazu einnehme, um im gleichen Sinne wirken zu können. Ferner sei möglichst zu verhindern, daß die Einladung zur Konferenz von Frankreich ausginge und Paris als Ort gewählt werde.

Auf das inzwischen eingegangene Telegramm 32* hin hat Seine Majestät den Botschafter ermächtigt, Freiherrn von Aehrenthal für die ausgesprochene Entschuldigung wegen des Vorgehens Grafen Khevenhüllers allerhöchstseinen Dank auszusprechen.

Jenisch

Nr. 8995

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept

Nr. 128 Berlin, den 8. Oktober 1908

Preßbehandlung Balkanfragen wird schwieriger, je deutlicher gute Position Englands Konstantinopel lediglich als Ergebnis Festhaltens Berliner Vertrags vor Augen tritt. Wir haben möglichst auf Verhinderung antienglischer Äußerungen hingewirkt, weil Kritik des vertragstreuen England nicht zu unserm Bedürfnis stimmt, Frankreich bei Algeciras festzuhalten. Französische Stimmen, die aus Bruch Berliner Vertrags Recht zu Brüchen andern Gebieten, also Marokko, ableiten, sind aber nicht unbemerkt geblieben. Es kann sich Anschauung entwickeln, daß wir durch Billigung bosnischen Ereignisses und weiteren Abbröckelungen Berliner Vertrags nicht nur unsere türkischen Interessen schwer schädigen, — diese Auffassung tritt auch jetzt schon in Teil Presse hervor — sondern daß wir Basis unserer gesamten auf Achtung des Vertrags basierten Politik untergraben. Aufgabe in Presse würde schon erheblich erleichtert, wenn durch schnelle österreichisch-türkische Verständigung Beseitigung österreichischen Vertragsbruchs einträte. Bisher hat Presse durchweg Sinn für Argument Bundestreue gezeigt, und Wien kann gewiß dieser Beziehung nicht klagen. Mehr und mehr wird aber Stimmung zum Durchbruch kommen, daß wir einen zu teuren Preis zahlen, indem wir österreichischen

---

* Durch Telegramm Nr. 32 vom 6. Oktober war Freiherrn von Jenisch ein Wiener Telegramm vom gleichen Tage (Nr. 301) mitgeteilt worden, nach dem Freiherr von Aehrenthal dem Botschafter von Tschirschky sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen hatte, daß die Übergabe des Handschreibens Kaiser Franz Josephs an Präsident Fallières vor derjenigen an die Souveräne der verbündeten Mächte erfolgt sei. Wie Aehrenthal sagte, wäre Graf Khevenhüller eben ein Durchgänger und hätte direkt gegen seine Instruktionen gehandelt.

Interessen zuliebe in Konstantinopel uns von England Frankreich überflügeln lassen, unsere Vertragsstellung in Marokko Umsturzversuchen auf Grund schlechten Beispiels ausgesetzt sehen.

Wie soll unter diesen Umständen Kongreßidee*, für die in Presse aus Furcht, daß wir auf Kongreß nur zu verlieren, nichts zu gewinnen haben, wenig Neigung besteht, in Presse behandelt werden?

v. Schoen

Nr. 8996

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 339 Therapia, den 8. Oktober 1908

Im Laufe des gestrigen Tages sind mir direkt und indirekt eine Reihe von Mitteilungen zugegangen, die aus deutschfreundlichen Kreisen, und zwar von Militär- und Zivilpersonen stammen, und sich auf die hiesige Stimmung gegenüber Deutschland beziehen. Auch Ferid Pascha** hat mir einen Vertrauensmann gesandt, um mich zu informieren. Alle diese Mitteilungen stimmen darin überein: die Überzeugung, daß Österreich-Ungarn, als es mit Bulgarien dessen Unabhängigkeit verabredete und Bosnien und die Herzegowina annektierte, im Einverständnis und mit Billigung Deutschlands handelte, ist allgemein verbreitet und dringt immer mehr auch in bisher zweifellos deutschfreundliche Kreise. Auch die bestimmteste Versicherung, daß dies nicht der Fall sei, bleibt erfolglos. Sie begegnet dem Argument, es sei unmöglich, daß Österreich-Ungarn mit Bulgarien über Zerreißung des Berliner Vertrages konspirierte und damit eine den Frieden schwer bedrohende politische Aktion unternahm, wenn es nicht der Zustimmung und eventuellen Unterstützung des militärisch starken Deutschlands sicher war. Ja, es besteht sogar vielfach die Ansicht, daß Deutschland in der Sache die treibende Kraft war. Auf die Frage, was soll Deutschland, welches den Türken stets freundlich war, veranlassen, nun auf sie zu schlagen, erfolgt regelmäßig die Antwort: Der Schlag gilt dem neuen Regime.

Daß die österreichisch-ungarische Aktion gegen die neue Ära gerichtet sei, ist die englisch-französische Note. Auch Sir E. Grey hat sie dem türkischen Botschafter gegenüber angeschlagen. Gegen Stimmungen wie die oben geschilderten gibt es vorläufig keine diplomatischen Waffen. Was aus Berlin über die Auslassungen der deutschen Presse hierher telegraphiert wird, ist so farblos, daß es die obige Auffassung eher bestärkt als abschwächt.

---

* Vgl. darüber Kap. CXCVI.
** Exgroßwesir.

Wie mir Major von Strempel mitteilt, sind alle Vorbereitungen für Mobilisierung des I., II. und III. Armeekorps getroffen. Bis gestern abend war aber eine Einberufungsorder nicht ergangen. Die Pforte hofft, daß die Konferenz alsbald Gestalt gewinnen und dadurch der Krieg vermieden wird. Die Softas demonstrieren für den Krieg.

Marschall

Nr. 8997

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 171 Rominten, den 8. Oktober 1908

Zu Telegramm Nr. 338* aus Therapia verfügte Seine Majestät der Kaiser, Freiherr von Marschall müsse energisch protestieren, daß wir mit Österreich, Rußland und Bulgarien Ereignisse auf Balkan abgekartet hätten**.

Jenisch

Schlußbemerkung von Schoens:

Ich habe dem türkischen Botschafter nachdrücklich gesagt und glaube ihn überzeugt zu haben, daß die Annahme, die österreichische und die bulgarische Aktion beruhe auf einer Verabredung zwischen Österreich-Ungarn, Rußland und uns, jeder Begründung entbehre. Schoen

Nr. 8998

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Norderney, den 8. Oktober 1908

Aus dortseitigem Telegramm Nr. 121*** ersehe ich gern, daß in Konstantinopel sich eine ruhigere Auffassung der Lage geltend zu machen scheint. Hoffentlich stellt sich dort mehr und mehr die Erkenntnis ein, wie wenig praktisch damit erreicht wird, daß man sich unfruchtbarem Ärger über die Haltung des Wiener Kabinetts oder dieser oder jener an-

* Siehe Nr. 8993.

** Durch Telegramm Nr. 201 vom 8. Oktober erhielt Freiherr von Marschall entsprechende Anweisung.

*** Durch Telegramm Nr. 121 vom 7. Oktober war dem Fürsten Bülow das Konstantinopler Telegramm Nr. 333 (siehe Nr. 8990) mitgeteilt worden.

deren Macht hingebe. Worauf es jetzt ankommt, ist, die Zukunft der Türkei zu retten. Der eigentliche Grund für das Vorgehen der Bulgaren und Griechen liegt in der gegenwärtigen militärischen Ohnmacht der Türkei. Hier muß der Hebel eingesetzt und die Türkei durch Reorganisation ihrer militärischen Kräfte in den Stand gesetzt werden, künftigen Stürmen besser standzuhalten. Die Türkei kann ohne Bosnien und die Herzegowina, Ostrumelien und Kreta bestehen, die nur noch nominelle Bestandteile des türkischen Reiches waren. Es ist aber vorauszusehen, daß in einiger Zeit Bulgaren, Serben und Griechen in Mazedonien und Albanien andere Fragen aufrollen werden, die den Lebensnerv des türkischen Reiches treffen und die Fortexistenz der Türken und des Islams auf europäischem Boden in Frage stellen. Für diesen sicher vorauszusehenden Augenblick muß die Türkei ihre Kräfte sammeln und sich stärken.

Wenn wir Österreich-Ungarn, mit dem uns ein dreißigjähriges Bündnis verbindet, das die Grundlage des europäischen Friedens bildet, nicht im Stich lassen können, auch wenn uns sein Vorgehen vielleicht nicht in allen Punkten opportun und einwandfrei erscheint, so liegt darin keine Unfreundlichkeit gegen die Türkei. Wir sind loyale Bundesgenossen der habsburgischen Monarchie, wir bleiben ehrliche Freunde der Türkei. Wenn England wirklich dafür eintreten will, daß die Türkei für ihre Verluste Kompensationen und eine Geldentschädigung erhält, so dürfte ein solcher Vorschlag unsere Unterstützung finden. Um welche Kompensationen handelt es sich wohl? In Zypern, Ägypten oder im Persischen Golfe wird England schwerlich die Türken haben wollen.

Ich stelle anheim, ob es nützlich wäre, Freiherrn von Marschall davon in Kenntnis zu setzen, daß die wirkliche Haltung der russischen, italienischen, französischen und auch der englischen Regierung keineswegs eine so intransigente oder gar antiösterreichische ist, wie er dies nach den Äußerungen der dortigen Vertreter jener Länder anzunehmen scheint, und wie jene Vertreter dies dort wohl den Türken vorreden. Den Rat, den Freiherr von Marschall der Türkei zu geben vorschlägt, sie möge als Kompensationen die Garantie der Mächte für ihre europäischen Besitzungen im ganzen oder speziell für Mazedonien und das Wilajet Adrianopel und eine Entschädigung für die Bahn wie für den Tribut Ostrumeliens anregen, finde ich sehr verständig. Vielleicht könnte Freiherrn von Marschall auch streng vertraulich gesagt werden, daß Rußland, Italien und Österreich in lebhaftem Gedankenaustausch stehen. Jedenfalls bitte ich, Freiherrn von Marschall die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß es seiner Autorität, seiner Erfahrung und politisch bewährten Umsicht gelingen werde, nicht nur unsere wirtschaftlichen Interessen zu sichern, sondern auch unbegründete und ungerechte Verstimmung der Türkei gegen uns zu verhindern.

Bülow

Nr. 8999

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Therapia, den 8. Oktober 1908

Ganz geheim

Tewfik Pascha ließ mich soeben ein geheimes Telegramm Naum Paschas* aus Paris über eine Unterredung mit Herrn Iswolsky** lesen. Dieser hat dem Botschafter folgendes erklärt:

„Die double infraction, welche Österreich-Ungarn und Bulgarien an dem Berliner Vertrag begangen hätten, dessen Erhaltung bisher die Richtschnur der russischen Politik gewesen, zwinge Rußland, eine Revision dieses Vertrages zu verlangen. Es seien Kompensationen für die Türkei, Serbien, Montenegro und Rußland für den jetzt geschaffenen Zustand erforderlich. Die Türkei würde dieselben in der Räumung des Sandschaks nur darin finden, daß dieses Gebiet mit Garantien gegen jeden Eingriff einer anderen Macht sichergestellt werde. Zugunsten von Montenegro seien die im Artikel 29 des Berliner Vertrages*** im Interesse Österreich-Ungarns vorgesehenen Beschränkungen aufzuheben. Rußland selbst habe keinerlei territoriale Gelüste. Es müsse aber verlangen, daß die Meerengenfrage d'une manière franche et pure juridique in anderer als der bisherigen Weise gelöst werde. Der durch den Berliner Vertrag bestätigte Zustand sei gegenüber Rußland une injustice criante. Bei dem Krieg mit Japan seien die schweren Nachteile desselben bitter empfunden worden. Die Frage müsse so geordnet werden, daß les riverains de la Mer Noire eine privilegierte Stellung erhielten, welche ihnen den freien Durchgang

* Türkischer Botschafter in Paris.

** Iswolsky, der am 29./30. September mit Tittoni eine Unterredung in Desio gehabt hatte (vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8941, Fußnote***) war Anfang Oktober in Paris eingetroffen. Hier erreichte ihn (vgl. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus II, 247, Fußnote) am 4. Oktober ein Schreiben Aehrenthals vom 30. September mit der Ankündigung der Annexion zum 7. Oktober. Über seine Eindrücke ließ sich Iswolsky in einem im „Temps" vom 7. Oktober veröffentlichten Interview dahin aus: er habe Aehrenthal schon in Buchlau gesagt, die Annexion Bosniens stelle sich als eine europäische Angelegenheit dar und könne also nur mit Einverständnis aller Berliner Signatarmächte geschehen. Es müsse also eine Konferenz der Mächte berufen werden, die zugleich zur bulgarischen Unabhängigkeitserklärung Stellung zu nehmen habe. Selbstverständlich werde die Angliederung Bosniens keinen casus belli zwischen Österreich und Rußland bilden, aber es sei zweifellos, daß alle beteiligten Mächte eine Revision der für sie drückenden Vertragsbestimmungen fordern würden. Telegramm Freiherrn von der Lanckens Nr. 236 vom 7. Oktober. Von Paris ging Iswolsky am 11. Oktober nach London, wo er bis zum 16. blieb, um nach abermaligem mehrtägigen Aufenthalt in Paris über Baden-Baden nach Berlin zu fahren. Die Ankunft in der deutschen Reichshauptstadt erfolgte am 23. Oktober.

*** Siehe den Wortlaut von Artikel 29 in Kap. CXCIII, Nr. 8943, S. 59, Fußnote.

ihrer Kriegsschiffe gestatten, während das System der clôture für die nonriverains bestehen bleibe. Rußland wünsche mit der Türkei in das durch den Vertrag von Hunkiar Iskelessi geschaffene Verhältnis zurückzukehren. Es sei klar, daß das für die Türkei nützlich sei, denn Besitz Konstantinopels werde dadurch gegen jede fremde Macht sichergestellt. Die Pforte möge sich daher franchement an Rußland, Frankreich und England wenden, um über die kritische Situation des Augenblicks hinwegzukommen.

Es könnten nach Ansicht Iswolskys für die Türkei noch weitere Kompensationen geschaffen werden par l'abolition graduelle des capitulations et des droits de contrôle et de surveillance acquittés par les puissances en vertu des traités im Verhältnis zu der fortschreitenden Entwickelung der konstitutionellen Zustände in diesem Lande."

Tewfik Pascha sagte mir, der Großwesir sei mit ihm der Ansicht, daß die Lösung der Meerengenfrage auf obiger Basis für die Türkei ganz unannehmbar sei, es bestehe aber die Erwartung, daß England derselben widersprechen werde. Wohl mit Rücksicht darauf wünsche das Londoner Kabinett, wie Rifaat Bey telegraphiere, zunächst die Programmpunkte der Konferenz zu kennen, bevor es sich über die .....* derselben entscheidet.

Marschall

Nr. 9000

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Norderney, den 9. Oktober 1908

Unter Bezug auf dortseitiges Telegramm Nr. 128**.

Nachdem Österreich-Ungarn sich mit Rußland und Italien verständigt hatte, würde ein Einspruch von unserer Seite das österreichische Vorgehen schwerlich verhindert, wohl aber Engländern, Franzosen und Russen die Möglichkeit geboten haben, den Österreichern zu sagen, das sei unser Dank für ihre dreißigjährige Treue, wir dächten nur an unsere eigenen Interessen in Konstantinopel und gönnten ihnen gar nichts. Dieser Gesichtspunkt, der durch die gegenwärtige europäische Gesamtlage erheblich an Bedeutung gewinnt, mußte für uns im Vordergrund stehen. Für die Haltung Österreichs und insbesondere für sein Zusammengehen mit Bulgarien war natürlich auch die in Wien und Pest herrschende Besorgnis vor der kroatisch-serbischen Irredenta maßgebend.

Vollkommen richtig ist, daß eine schnelle österreichisch-türkische Verständigung behufs Beseitigung des österreichischen Vertragsbruchs sehr

* Zifferngruppe fehlt.
** Siehe Nr. 8995.

wünschenswert wäre. Ich habe deshalb meinen bereits unterzeichneten Brief an Freiherrn von Aehrenthal* zurückgehalten und schicke denselben heute nach Berlin zurück mit dem Anheimstellen, ihn nach Maßgabe nachstehender Gedanken zu ergänzen bezw. zu modifizieren: Seine Majestät der Kaiser ständen in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten. Es sei Seiner Majestät aber sehr schmerzlich, daß durch die jüngsten Ereignisse bestehende Verträge einseitig durchbrochen worden wären. Seine Majestät befürchten davon eine Erschütterung des Rechtsbewußtseins und der im Interesse der Monarchie wie des Friedens so notwendigen Achtung vor bestehenden Verträgen. Meine Aufgabe würde mir sehr erleichtert werden, wenn es Freiherrn von Aehrenthal gelänge, durch eine Verständigung mit der Türkei eine Sanierung herbeizuführen. Vielleicht könnte in den Brief auch eine Bemerkung darüber einfließen, daß die Anerkennung des in Bulgarien eingetretenen Umschwungs nicht eher erfolgen dürfe, bevor die Eisenbahnfrage** geregelt wäre. pp.***

Bülow

Nr. 9001

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 346 Therapia, den 9. Oktober 1908
Ganz geheim

Tewfik Pascha sagte mir, nach einem Telegramm Turkhan Paschas† habe Herr von Tscharykow†† diesem erklärt: „Rußland werde von dem Recht der freien Durchfahrt seiner Kriegsschiffe durch die Meerengen nur in Spezialfällen und in einer Weise Gebrauch machen, die für die Pforte keinen Anlaß zu Besorgnissen gebe. Dagegen sei Rußland bereit, der Türkei noch eine weitere wichtige Konzession zu machen, nämlich die Garantie ihres europäischen Besitzstandes. Auch würden mit den Kapitulationen die fremden Postanstalten wegfallen. Endlich verpflichte sich das Petersburger Kabinett, die Pforte in allen politischen Fragen zu unterstützen und zu schützen.

Was Tscharykow hier sagt, hat Iswolsky dem Botschafter in Paris mit einem Wort ausgedrückt: „Hunkiar Iskelessi", das heißt wenn Rußland.

Marschall

---

* Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8939, Fußnote *.
** Vgl. dazu Kap. CXCIV.
*** Der Schluß des Telegramms, der von der Kongreßidee handelt, ist mitgeteilt in Kap. CXCVI, Nr. 9012, Fußnote.
† Türkischer Botschafter in Petersburg.
†† Adjoint des russischen Außenministers Iswolsky.

Nr. 9002

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 347 Konstantinopel, den 9. Oktober 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 201*.

Nach Empfang des allerhöchsten Befehls habe ich mich sofort nach Pera begeben und zunächst Tewfik Pascha und dann Kiamil Pascha mündlich folgendes erklärt:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne m'a chargé de protester avec la plus grande énergie contre la supposition que les derniers événements sur la presqu'île des Balkans auraient été précédés par une entente entre l'Allemagne avec l'Autriche-Hongrie ou autre état. Une telle entente n'a jamais existée. Ces événements se sont déroulés sans que l'avis du Gouvernement allemand fût préalablement demandé.

Tewfik Pascha sprach mir seine Freude über diese Erklärung aus, und bemerkte vertraulich, daß einzelne Mächte hier den Verdacht lanciert hätten, der deutsche Kaiser stecke hinter dem jüngsten Vorgang[1]. Kiamil Pascha dankte mir mit dem Bemerken, unser Bündnis mit Österreich-Ungarn habe die öffentliche Meinung zu falschen Schlüssen verleitet.

Die in meinem gestrigen Telegramm erwähnten russischen Forderungen lassen keinen Zweifel, daß Freiherr von Aehrenthal sich mit Herrn Iswolsky verständigt und diesem die Durchfahrt durch die Meerenge ausschließlich für russische Kriegsschiffe konzediert hat[2]. Daß das uns eng verbündete Österreich-Ungarn unter Bruch seiner bisherigen traditionellen Orientpolitik derartige weitgehende Pläne ins Werk setzt, welche die Zerreißung des europäischen Vertragsrechts bedeutet und auch die deutschen Interessen berührt, ohne uns zu befragen, bildet allerdings eine Tatsache, die zu seltsam ist, um geglaubt zu werden, solange sie nicht in ganz autoritativer Weise von uns bestätigt wird. Dies ist nun geschehen. Die heilsame Wirkung wird nicht ausbleiben[3].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] England! danke E[duard] VII! Onkel!

[2] das wird London nicht passen

[3] es ist einfach eine Felonie! der „Dank vom Hause Habsburg"!

---

* Siehe Nr. 8997, Fußnote **.

Nr. 9003

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 275 London, den 9. Oktober 1908

Ich habe mich heute Sir E. Grey gegenüber im Sinne des Telegramms Seiner Durchlaucht Nr. 116* ausgedrückt. Derselbe war ernst und reserviert. Er sprach sich scharf gegen Österreichs Vorgehen aus, wodurch der Bestand des gesamten Berliner Vertrags in Frage gestellt werde. Das Vertrauen in internationale Verträge müsse schwinden, wenn sie von einer Großmacht einseitig zerrissen würden. Die englische Regierung könne daher weder die österreichische Annexion noch die bulgarische Unabhängigkeitserklärung anerkennen. Er frug, ob wir die österreichische Notifikation betreffend Annexion zustimmend beantwortet hätten. Ich erwiderte, ich sei hierüber ohne Nachricht, ließ dem Minister aber keinen Zweifel, daß wir unseren Bundesgenossen, der auch uns in internationalen Streitigkeiten beigestanden habe, nicht im Stich lassen könnten[1]. Andererseits seien wir darauf bedacht, fernere Komplikationen im Orient zu verhindern und den Fortbestand der Türkei zu sichern. Dies sei unsere Politik sowohl unter dem alten Regime gewesen, wie sie es unter dem neuen Regime sei, welches unsere volle Sympathie besitze. Da neuerdings auch England die Türkei unterstütze, so befänden wir uns auf demselben Boden, und wir sähen daher auch ohne Mißgunst auf Englands wachsende Stellung in Konstantinopel als Beschützer der Türkei.

Der Minister frug mich, was zu tun sei. Ich erwiderte, ich sei nicht beauftragt, Vorschläge zu machen, dazu sei die Lage wohl noch zu verwirrt. Um aber fernere Komplikationen nach Möglichkeit zu verhindern, erscheine vor allem zweierlei erforderlich: Beschwichtigend auf die Türkei zu wirken[2] und die sie umgebenden kleineren Staaten, insbesondere Serbien, von militärischen Abenteuern abzuhalten. Soviel ich wisse, habe die österreichisch-ungarische Regierung schon den Wunsch ausgesprochen, daß in Belgrad gewarnt werden möchte.

Sir E. Grey erwiderte, er habe dementsprechend in Belgrad zur Mäßigung gemahnt. Durch das illoyale Vorgehen Österreichs sei aber der Appetit der Balkanvölker gereizt, und es sei zweifelhaft, ob diese den Mahnungen der Großmächte noch folgen würden. Um die Türkei zu beschwichtigen, müsse man ihr Kompensationen bieten.

Ich erwiderte, dies scheine mir ein richtiger Gedanke; ob er wisse, wo sie herzunehmen seien?

Der Minister berührte darauf die Tributpflicht Bulgariens für Ost-

* Siehe Nr. 8991.

rumelien und die Entschädigung für die Bahn*. Hierin könnten Kompensationsobjekte zu finden sein[4].

Ich entgegnete, daß mir dies gerecht erscheine, und sprach die Vermutung aus, daß die Kaiserliche Regierung diesen Gedanken, wenn er von der englischen Regierung weiter verfolgt werde, wohlwollend prüfen dürfte.

Schließlich streifte ich den Besuch Iswolskys, der heute hier erwartet wird, und frug, ob derselbe, wie die Zeitungen meldeten, den Konferenzgedanken schon präzisiert habe. Sein Interview mit Tardieu** scheine hierfür Anhaltspunkt zu bieten.

Sir E. Grey sprach sich auf diese Anregung äußerst zurückhaltend aus: Er wolle abwarten, was Iswolsky bringe. Es sei begreiflich, daß Rußland infolge des Vorgehens Österreichs sich mit Bezug auf den Berliner Vertrag unbefriedigt fühle.

Bevor ich den Minister sah, hatte ich heute ein Gespräch mit dem Herausgeber der „Westminster Gazette", der noch vorgestern Sir E. Grey gesprochen hat. Herr Spender gab mir die Erklärung zu dem Hauptpunkt, den der Minister mir gegenüber umging und verschwieg, nämlich die Konferenz und die Meerengenfrage. Wie schon gestern telegraphisch von mir gemeldet, fand ich in Herrn Spenders Äußerungen Bestätigung, daß hier die Absicht vorliege, das Konferenzprogramm vorher zu begrenzen, wenn aber die Dardanellenfrage nicht vermieden werden kann, gleiches Recht für alle Kriegsflotten besitzenden Nationen zu verlangen. Dies sei auch für die Türkei das kleinere von zwei Übeln. Viel hänge von dem Gutachten der Admiralität ab. Spreche diese sich für die Öffnung der Dardanellen aus, so bedeute das für England den Bau neuer Kriegsschiffe und eine Vermehrung des englischen Flottenbestandes im Mittelmeer.

Auch Herr Spender sprach von Kompensationen für die Türkei als Pflaster auf die geschlagenen Wunden und dachte da mehr an eine von den Mächten zu gewährende Anleihe, da die türkische Regierung dringend Geld brauche.

Inzwischen wird Iswolsky, dem man hier keineswegs traut, gefeiert und ihm geschmeichelt werden, morgen zum Diner in elegantem Damen- und Herrenkreise des Königs, am Sonntag Diner in Buckingham Palast, welcher Tag schon in Marienbad verabredet worden ist, Montag Diner bei Sir E. Grey. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die englisch-russische Entente die Dardanellenfrage überleben wird.

Telegramm Baron Marschalls (Nr. 333)*** — Euerer Durchlaucht unter Nr. 121† vorgelegt — ist erst nach meiner Besprechung mit Sir E. Grey eingegangen. Auf Grund des Schlußsatzes halte ich mich für ermächtigt,

---

* Vgl. dazu Kap. CXCIV.
** Vgl. Nr. 8999, Fußnote **.
*** Siehe Nr. 8990.
† Vgl. Nr. 8998, Fußnote ***.

bei dem Minister als Kompensation auch den Gedanken einer Garantie der Mächte für die europäischen Besitzungen der Türkei vorsichtig anzuregen[5]. Freiherr Marschall von Bieberstein wird am besten ermessen können, ob die Türkei sich hierdurch nicht in ihrem Stolz gekränkt fühlen würde.

Ich werde versuchen, Sir E. Grey schon morgen zu . . .*, da ich es für wichtig halte, ihm gerade jetzt während der Anwesenheit Iswolskys Vertrauen in unsere Orientpolitik einzuflößen[7], um ihn abzuhalten, dem russischen Druck nachzugeben, werde aber natürlich sorgfältig vermeiden, mich zwischen ihn und Iswolskys Wünsche zu stellen.

Metternich

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow **:

[1] Richtig
[2] Liegt das wirklich in unserm Interesse?[3]
[4] wie entspricht das unseren Interessen?
[5] Was sagt Österreich dazu?[6]
[7] sehr richtig

Bemerkungen von Schoens hierzu:

[3] Ja, denn die Türkei hat keine Zuversicht in Waffenerfolge
[6] Hat sich noch nicht geäußert, könnte aber seine Zustimmung schwerlich versagen

Nr. 9004

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 456 St. Petersburg, den 10. Oktober 1908

Wenngleich Rußland sowohl durch ein Gespräch des Herrn Iswolsky mit Herrn Stanciow*** in Karlsbad als auch durch seinen Vertreter in Sofia den Fürsten von Bulgarien von der Unabhängigkeitserklärung zurückzuhalten versucht hat und nun über den ungehorsamen Schützling empört ist, scheint man sich doch in St. Petersburg recht schnell mit den Vorgängen abzufinden. Denn die Klagen über den Fürsten Ferdinand machen schon selbstgefälligen Äußerungen über die Krönung der Slawenbefreiung durch das hochherzige Rußland Platz. Die russische Sentimentalität ist wieder geweckt, man ist zu milder Nachsicht geneigt. Der Versuch Ruß-

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Die Metternichsche Meldung war dem Fürsten von Bülow durch Telegramm 134 vom 10. Oktober nach Norderney übermittelt worden.
*** Bulgarischer Minister des Äußern 1906—1908.

lands, sich durch Strenge gegen Bulgarien als objektiven Freund des Sultans zu empfehlen, ist schon nach wenigen Tagen mißglückt. Die Verstellung konnte nicht durchgeführt werden.

Nicht so einfach steht es mit der Stimmung Österreich-Ungarn gegenüber. Die öffentliche Meinung ist fast durchweg über die Sondervorteile des Vertragsgenossen von Mürzsteg sehr erregt und fordert als Opfer das Portefeuille des Herrn Iswolsky, der trotz seiner Besuche in Österreich von Baron Aehrenthal stets übervorteilt werde und die Interessen der Slawen nicht genügend zu schützen wisse. In wie hohe Kreise der Unmut gegen Österreich gedrungen ist, zeigt das kühle Verhalten gegenüber den Gesuchen des Grafen Berchtold um eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser sowie die Bemerkung des Ministerpräsidenten Stolypin über die herausfordernde und jesuitische Handlungsweise Österreich-Ungarns. Der Parteiführer Gutschkow meint, die österreichische Diplomatie verdiene angesichts ihrer ewigen Intrigen keinen Glauben mehr.

Auf der anderen Seite werden schüchterne Zweifel laut. Man fragt sich, ob Herr Iswolsky nicht doch von den verschiedenen Plänen unterrichtet war, sich sowohl mit dem Freiherrn von Aehrenthal als mit dem Minister Tittoni freundschaftlich ausgesprochen hat und von seiner Reise reichbeladen mit Errungenschaften für die Slawen im allgemeinen und die Russen im besonderen zurückkehren wird. Rußland hat ja stets Wünsche auf der Balkanhalbinsel, die „Nowoje Wremja" bezeichnet die freie Durchfahrt durch die Dardanellen als das Minimum. Bulgarien und Österreich haben aber den schönsten Vorwand geboten, um eine Konferenz als notwendig hinzustellen, auf der auch die russischen Forderungen aufgestellt werden können. Man hofft, auf diesem Wege zu diplomatischen Erfolgen zu gelangen, nach denen sich das durch Japan besiegte und bei den Ostseevertragsverhandlungen enttäuschte Rußland sehnt.

Die hiesige türkische Botschaft nahm die Ereignisse bisher mit pessimistischer Gelassenheit hin. Nachdem aber das Verlangen nach Entschädigungen in der russischen Presse immer lauter geworden ist, sagte mir Turkhan Pascha, die Dardanellenfrage treffe die Türkei in das Herz und sei der allerbedenklichsten Natur. Der Herr Botschafter fragte mich gleichzeitig, ob Deutschland vorher um die Ereignisse Bescheid gewußt habe. Ich wies ihn auf das Telegramm des Berliner Korrespondenten der „Nowoje Wremja" hin, wonach laut Erklärung des Auswärtigen Amtes die Kaiserliche Regierung erst nach Rußland und Italien benachrichtigt worden sei und keine Ratschläge erteilt habe, also ganz außerhalb der Kombination stehe.

Graf Berchtold hatte das Telegramm ebenfalls gelesen und sagte mir, Freiherr von Aehrenthal habe in Berchtesgaden von seinem Vorhaben Kenntnis gegeben.

Miquel

Nr. 9005

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Kapitän zur See von Hintze an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

B. Nr. 8 St. Petersburg, den 9. Oktober 1908
[pr. 15. Oktober]

Die amtlichen Kreise sprechen sich über das eigenmächtige Vorgehen Bulgariens entrüstet aus, noch mehr aber über das Österreich-Ungarns. — Bulgarien hat trotz der unter Tränen abgegebenen Erklärung und Aufforderung des Großfürsten Wladimir (gelegentlich seines Besuchs im Herbst 1907) nicht gewartet, bis Rußland ihm die Zarenkrone anbot — und somit kann Rußland die dankbare und in dem jetzigen Stadium billige Rolle des Befreiers nicht zu Ende spielen[1]. Das ist schon äußerlich peinlich, bedeutet aber auch mehr, nämlich die indirekte Unabhängigkeitserklärung Bulgariens von der russischen Bevormundung und damit Minderung der Ansprüche an seine Erkenntlichkeit. Weit strenger aber als das immerhin slawische Bulgarien wird Österreich-Ungarn verurteilt. Im Zusammenhang damit bleibt nicht unbemerkt, daß jedesmal nach einer Aussprache der Minister Aehrenthal und Iswolsky[2] — Rußland durch eine ihm unangenehme Aktion Österreichs überrascht wird.

Besonders Seine Majestät der Kaiser ist von der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina auf das peinlichste berührt worden. Es ist noch erinnerlich, wie sehr er seinerzeit von dem Plan der Sandschakbahn betroffen war; neben den Tatsachen spielt beide Male die Überraschung, um nicht zu sagen Überrumpelung, Rußlands eine Rolle. Im Spätsommer hat der Zar einmal davon gesprochen, daß „les nuages entre l'Autriche-Hongrie et la Russie sont dispersés". Es ist fraglich, ob die abermalige Dupierung Iswolskys ebenso schnell verschmerzt werden kann.

Im Hause des Großfürsten Wladimir herrscht großer Zorn gegen Österreich; die Mitglieder der österreichischen Botschaft, die dort häufige Gäste sind, klagen, daß sie schwere Vorwürfe anhören müssen.

2. Die Zeitungen sprechen sich noch unumwundener aus als die amtliche Welt; einige benutzen auch diese Gelegenheit, um Deutschland an den Pranger zu stellen: nie hätte Österreich einen solchen Schritt ohne die Unterstützung Deutschlands gewagt; ja Österreich könnte sich nur auf Betreiben[3] — nicht nur unter Duldung — Deutschlands soweit vorwagen, als Pionier des Deutschtums und im Interesse von dessen Ausdehnung[4].

3. Viel ruhiger und praktischer sind die Stimmen, die ich in der Gesellschaft höre — und das trotz des Tobens in der Presse und trotz der Gereiztheit in amtlichen Kreisen. Natürlich wird auch in der Gesellschaft geklagt: Österreich nimmt uns die Früchte einer zweihundertjährigen, auf die Angliederung aller Slawen an Rußland gerichteten Politik fort! Österreich erntet, wo wir mit unserem Blute und mit unserem Gelde gesäet haben! Serbien und Montenegro, unsere Brudervölker und Schutz-

befohlenen, werden beraubt! — Aber neben diesem Lärmen, das zum großen Teil ja dem Bedürfnis nach Unterhaltung entspringt, werden merkwürdig früh nüchterne Urteile laut, die sich kurz in folgendem zusammenfassen lassen: Da an dem Geschehenen offenbar nichts zu ändern ist, so bleibt nur übrig, Umschau zu halten, was für Rußland dabei abfallen kann; mit anderen Worten: die Gesellschaft sieht dem fait accompli gegenüber nach Kompensationen aus, ohne an dem Geschehnis zu rütteln!

Diese Ergebung in ein Geschehnis ist recht russisch.

Baron Aehrenthal hat diese charakteristische Eigenart der Russen schon als Botschafter hier zuweilen betont; zweimal als Minister hat er damit gerechnet. Mit Vorteil, denn erstens verheißt sie ihm eine leichte Anerkennung seiner Aktion, und zweitens entgeht er dadurch, daß er die russische Welt vor eine Tatsache stellt, dem hier beliebten und üblichen Mittel der Politik: der Einschüchterung, dem Bluff. Hätte Österreich erst Rußlands Zustimmung erfragt, so wäre die Hetze hier viel größer gewesen als jetzt, aber ein Mehr wäre hinzugekommen: die Drohung in der Presse und seitens der amtlichen Kreise mit dem Zwecke der Einschüchterung.

4. Die Gesellschaft hat auch schon die Richtung gefunden, in der Rußland Kompensationen suchen soll, oder, um es einfacher zu sagen, wo sein Anteil an der Beute liegt. Die Meerengen des Bosporus und der Dardanellen sollen geöffnet werden.

Diese Frage wurde in dem vergangenen Kriege akut und hat danach bekanntlich in den vorjährigen englisch-russischen Verhandlungen anfänglich einen breiteren Raum beansprucht. Bis sie fallen gelassen wurde. Nicht allein wegen der Schwere des Entgelts, den England forderte; im Prinzip hatte England nach Äußerung des hiesigen britischen Botschafters* nichts dagegen. Aber in einer der traditionellen „gemischten" Kommissionen — Seeoffiziere und Diplomaten — wurde der Frage damals wochenlang nachgegraben. Einer der Teilnehmer an jener Kommission kam kürzlich auf die Schlußsitzung zurück, lachend wiederholend, wie damals weder die Offiziere noch die Diplomaten hätten entscheiden wollen, ob die Öffnung der Straßen für Rußland ein Vorteil oder ein Schade sein würde[4]. Ich erinnere an meine derzeitige Berichterstattung, an die Pläne, die Rußland den Bosporus und England die Dardanellen ausliefern wollten, wohlverstanden: zur territorialen Besetzung; an danebenlaufende Pläne mit dem Ziel der Neutralisierung der Straßen nach Vorbild des Suezkanals. Entschiedene Befürworter der Öffnung der Straßen waren seinerzeit Admiral Birilew und Graf Heyden. Die Gegner argumentierten: Sind die Meerengen allen Nationen offen, so müssen wir im Schwarzen Meer eine andere als unsere jetzige, nur gegen die Türkei bestimmte Flotte unterhalten und unsere Küste dort ganz anders in Verteidigungszustand versetzen; zu beidem haben wir weder Geld noch Zeit[5]; folglich bleiben

* Sir Arthur Nicolson.

die Engen besser geschlossen, für unsere, aber auch für fremde Kriegsschiffe. Diese Beweisführung ist insofern wurmstichig, als in Kriegszeiten Verträge noch geringeren Wert als im Frieden[6] haben; die Macht, die die Durchfahrt durch die Straßen praktisch hindern kann, ist die Türkei; von ihrem guten Willen hängt es ab, ob sie einem Kriegführenden die Einfahrt in das Schwarze Meer gestatten wird — vorausgesetzt, daß der Kriegführende dorthin will. Solcher Absicht kann man heute eigentlich niemand zeihen, die Voraussetzungen der Lage zur Zeit des Krimkrieges fehlen. Und so hat Rußland, alles in Erwägung gezogen, kein Interesse daran, an der Meerengenfrage zu rühren.

Ohne ausdrückliche Anerkennung, aber tatsächlich ist vorstehende Auffassung etwa die Überzeugung jener Kommission gewesen, als sie ihre Beratungen abbrach — oder vielmehr ad calendas graecas verschob.

Wenn jetzt die Gesellschaft sich dieser Frage wieder bemächtigt, so zeugt das weniger von Nachdenken oder einer Änderung der Lage als von dem naiven Ausdruck des Bedürfnisses, auch sein Schäfchen ins trockene zu bringen, wo andere an den Lämmerstall gegangen sind.

5. Mir scheint, daß die russische Gesellschaft mit ihrer Suche nach Kompensationen ihrer Presse und offiziellen Vertretung bereits vorangegangen ist und sich den Standpunkt Englands angeeignet hat, das die Tatsachen als Geschehnisse anerkennt, ihre Unmoral in beweglichen Tönen anklagt und auf einer Konferenz Beruhigung für sein gekränktes Rechtsgefühl — und was nebenbei abfällt — anstrebt.

So muß ich die Eröffnungen deuten, die mir der hiesige britische Botschafter vorgestern machte.

6. Aus der österreichischen Botschaft wird mir vertraulich gesagt, daß Aehrenthal und Tittoni sich seit längerer Zeit über die Annexion der beiden Provinzen geeinigt hätten; ich fragte nach Italiens Kompensation und erhielt die Antwort: diese läge nicht auf der Balkanhalbinsel; auf die wiederholte Frage: wo dann? etwa in Tripolis? — wich man aus. Aehrenthal habe auch Iswolsky von der Möglichkeit gesprochen, daß sich die Annexion der beiden Provinzen als notwendig erweise, aber in unbestimmter Form, und die Möglichkeit als in vager Zukunft liegend bezeichnend. Tittoni habe aber dem russischen Minister alles sagen können, da er völlig eingeweiht gewesen sei.

Noch ein anderer Staat sei vorher in das Geheimnis gezogen worden: Montenegro. Man habe ihm gewisse Änderungen des Berliner Vertrages zugesagt.

Serbien sei nicht gefragt worden; seine Armee sei völlig unvorbereitet zum Kriege, sieben Mann pro Kompagnie bildeten die stehenden Kaders. Jetzt mobilisiere Serbien freilich. Das sei ohne Bedeutung, am 7. d. Mts. nachmittags habe Österreich in Belgrad ein Ultimatum überreicht mit der Forderung, die Rüstungen einzustellen, im anderen Falle werde Österreich tun, „was seine Interessen verlangten".

7. Aus kaukasischen Kreisen — die Kaukasier sind hier zahlreich

und ansehnlich vertreten — erfahre ich, daß auf eine Erhebung im Kaukasus zu rechnen ist, falls die Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel nicht baldige Regelung erfahren. Ich verzeichne die Nachricht wegen ihrer Quelle, glaube aber, die Möglichkeit einer Erhebung nur für den Fall annehmen zu sollen, daß die Türkei und Rußland miteinander Krieg führen; vielleicht auch in einem anderen Kriege Rußlands.

Aber an Krieg denkt bisher niemand, wenngleich in militärischen Kreisen gern gesagt wird: wir können Österreich doch sehr unbequem werden, wenn wir plötzlich an seiner Grenze sechs Armeekorps mobilisieren. — Das würde ja viel zu viel Geld kosten und das noch dazu zwecklos ausgegeben, solange man nicht zum Kriege entschlossen ist.

(gez.) von Hintze

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:
[1] Sondern statt dessen Österreich
[2] der eine lügt noch besser als der andere
[3] Marschalls Sprache in Stambul wird wohl verstanden werden!
[4] !
[5] sie würden ordentlich Geld hineinstecken müssen und Garnisonen auch! Eine Entlastung für uns!
[6] da haben sie auch keinen, wie figura zeigt!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich.

Nr. 9006

*Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich**

Handschreiben. Unsigniertes Konzept

Berlin, den 14. Oktober 1908

Mein teurer Freund!

Herzlich danke ich Dir für das freundliche Schreiben, in welchem Du mir die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina mitzuteilen die Güte hattest. Die Gründe, die Dich zu diesem wichtigen Schritte bewogen haben, weiß ich sehr wohl zu würdigen; Du kannst auch in dieser Frage auf meine unwandelbare persönliche Freundschaft und

* Das Handschreiben, eine Antwort auf das Schreiben Kaiser Franz Josephs vom 29. September (siehe Nr. 8978) wurde von dem Botschafter von Tschirschky am 16. Oktober in Budapest überreicht. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Kaiser zu dem Botschafter auch über die Genesis der Annexion. Es heißt darüber in einem Telegramm Tschirschkys vom 16. Oktober:

„Der Kaiser kam dann auf die Annexionsfrage zu sprechen und entwickelte sehr eingehend die Gründe, aus denen diese Maßnahme zur Notwendigkeit geworden sei. Die Umtriebe der serbischen Regierung in den okkupierten Provinzen, die Notwendigkeit, den Einwohnern Bosniens und der Herzegowina, die durch die dreißigjährige Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn in Bildung und Kultur weit vorgeschritten seien, eine Volksvertretung zu geben, in Verbindung mit den jüngsten Vorgängen

Verehrung wie auf die enge Bundesfreundschaft zählen, die unsere Reiche verbindet. Die Einverleibung wird gewiß den beiden Provinzen, die sich unter Deiner Verwaltung so ausgezeichnet entwickelt haben, zum Segen gereichen.

Daß Du Dich entschlossen hast, gleichzeitig Deine im Sandschak von Nowipasar garnisonierenden Truppen zurückzuziehen und für die Zukunft auf die Ausübung der Vorrechte zu verzichten, die Du im Berliner Vertrag für diesen Sandschak erworben hast, halte ich für eine weise Maßnahme, der ich nur zustimmen kann. Dieser Schritt wird gewiß eine gute Wirkung haben, da er die Friedlichkeit Deiner Absichten kundgibt und es der Türkei, deren Schonung und Stärkung ja gleicher Weise im Interesse unserer verbündeten Reiche liegt, erleichtern wird, sich in die neue Ordnung der Dinge zu finden.

Dein treuer Freund

---

in der Türkei, hätten ein weiteres Aufschieben der definitiven Regelung der dortigen Verhältnisse unmöglich gemacht. Hätte Österreich-Ungarn noch länger damit gewartet, so wäre Österreich-Ungarns Stellung als Großmacht in Frage gestellt worden. Seine Majestät sprach die Hoffnung aus, daß kriegerische Komplikationen vermieden werden würden. Wenn er auch kein ausgesprochener Freund der Konferenzidee wäre, so könnte man doch nicht anders als ihr prinzipiell zustimmen, weil man andernfalls eine zu große Verantwortung auf sich laden würde.

In Serbien sähen die Verhältnisse nicht gut aus, und man könne nicht wissen, ob nicht irgendein Putsch von dort aus versucht werden würde. Militärisch habe er aber bisher noch keine Vorbereitungen getroffen, weil er vor allem die Erregung der öffentlichen Meinung, die selbst eine nur teilweise Mobilisierung in ganz Europa verursachen würde, vermeiden wolle.

Ich lasse mich nicht hinreißen, wenn auch meine militärischen Ratgeber meinen, daß für den Anfang wenigstens ein gewisses Risiko mit dieser unserer ruhigen Haltung in militärischer Beziehung verbunden ist."

Kapitel CXCVI

Der Plan einer Europäischen Konferenz
Das Iswolsky-Greysche Konferenzprogamm
Iswolskys Rundreise

Nr. 9007

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 304 Wien, den 7. Oktober 1908

Auf meine Frage, was er über die besonders von Paris und St. Petersburg* aus lancierte Idee eines neuen Kongresses denke, antwortete Freiherr von Aehrenthal, es sei das beste, davon so wenig wie möglich zu reden, damit nicht etwa die eine oder die andere Macht ernstlich auf den Gedanken verfalle, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen[1].

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der ist sicher schon formulirt, und er thäte gut sich mit der Eventualität zu befreunden und seine Stellungnahme durch reife Überlegung darauf vorzubereiten, unter rechtzeitiger Informirung seiner Verbündeten.

Nr. 9008

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 235 Paris, den 6. Oktober 1908
[pr. 7. Oktober]

Österreichischer Botschafter erzählt mir vertraulich, er habe heute nachmittag Besuch Herrn Iswolskys gehabt. Dieser habe gesagt, er werde demnächst mit der Idee einer Konferenz über Balkanangelegen-

* Am 7. Oktober kündigte der Adjoint Iswolskys Tscharykow dem Geschäftsträger von Miquel eine demnächstige Note bezüglich der Berufung eines Kongresses an, auf dem die Unabhängigkeit Bulgariens, die Stellung Bosniens und der Herzegowina sowie die Wiederherstellung des Gleichgewichts zu erörtern sein würden; über Art und Umfang der Konferenz könne später verhandelt werden. Telegramm Miquels Nr. 267 vom 7. Oktober 1908. Am gleichen Tage erörterte auch der in Paris weilende Iswolsky selbst den Konferenzgedanken in einem Gespräch mit Graf Khevenhüller. Vgl. Nr. 9008.

heiten hervortreten und habe bereits hierfür die Majorität der Mächte auf seiner Seite. Auf Graf von Khevenhüllers Frage nach Programm und Ort habe Iswolsky geantwortet: Programm: Revision des Berliner Vertrages, Ort nicht bestimmt, aber Ausschluß der Hauptstadt einer Großmacht.

Österreichischer Botschafter glaubt, bestimmt annehmen zu können aus einer Äußerung Iswolskys, daß Rußland bei dieser Gelegenheit auch die Dardanellenfrage vorbringen würde.

Iswolsky fährt morgen* nach London, um Konferenzplan näher zu besprechen; er will in etwa sechs Tagen wieder zurück sein.

Lancken

Nr. 9009

*Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 238 Paris, den 8. Oktober 1908

Herr Pichon***, der wegen starker Inanspruchnahme gestrigen regelmäßigen Empfang nicht abhalten konnte, hatte mich statt dessen auffordern lassen, ihn heute zu besuchen.

Er sagte mir, daß er gern Gelegenheit nehme, mit mir über Orientereignisse zu sprechen. Die stark erregte Stimmung in Serbien† mache ihn besorgt. Hiesiger serbischer Gesandter†† habe sich ihm gegenüber in hochgradiger Erregung dahin ausgesprochen, das serbische Volk werde nicht zurückzuhalten sein, trotzdem es wisse, daß es im Kampf mit Österreich-Ungarn leicht niedergemacht werden würde. Pichon hat daraufhin sofort in Belgrad nachdrücklichst vor Unbesonnenheiten gewarnt. Das gleiche tat er in Sofia und Athen. Er sprach mir die Hoffnung aus, wir würden ebenso verfahren.

Für Orientkrisis, so sagte Minister weiter, gebe es nur zwei Lösungen: entweder Krieg zwischen den direkt Beteiligten mit allen Konsequenzen oder europäische Konferenz. Diese müsse eine „Conférence protectrice de la Turquie“[1] sein und schon deshalb vorher ein genauestens umschriebenes Programm haben. Von dem Gedanken, schon heute mit Konferenzanregung hervorzutreten, habe Iswolsky Abstand genommen[2], seinem (Pichons) . . . .††† folgend, vorerst mündlichen Gedankenaustausch in Lon-

* Die Abreise Iswolskys nach London erfolgte erst am 9. Oktober.
** Dieses und das folgende Telegramm hier des Zusammenhangs halber eingereiht.
*** Französischer Minister des Äußern im Kabinett Clemencau.
† Vgl. darüber Kap. CXCVII.
†† M. R. Wesnitsch.
††† Zifferngruppe fehlt.

don zu pflegen. Auf meine Frage, wie man sich die Beschützung der Türkei auf Konferenz vorzustellen habe, wo doch wohl selbstverständlich die Meerengenfrage aufgeworfen werden würde, sagte Pichon, letzteres sei allerdings anzunehmen, umsomehr als England hiergegen seines Wissens keinen Einwand erheben würde. Dafür aber gebe es eine Reihe von Kompensationen, die man der zum modernen Staatswesen sich entwickelnden Türkei zugestehen könnte. Dazu gehörten hauptsächlich Aufhebung der Kapitulationen. Auch andere Privilegien gebe es — der Minister schien vermeiden zu wollen, des näheren darauf einzugehen —, auf die man verzichten könne. Frankreich werde dabei allerdings am meisten zu opfern haben (se dépouillera le plus). In dieser auf Schutz der Türkei gerichteten Bestrebung aber, so hoffe er, werde Frankreich bei uns volles Verständnis finden. Denn unsere warmen Sympathien für die neue Türkei schienen ihm außer Zweifel zu stehen.

Was Ort der Konferenz betreffe, fügte Pichon hinzu, so sei dieses völlig gleichgültig. Der Gedanke Iswolskys, sie nicht in der Hauptstadt einer Großmacht zusammentreten zu lassen, schiene ihm sehr erwünscht.

Über Bulgarien äußerte der Minister noch, daß Fürst Ferdinand sich gerade zum Zaren proklamiert habe, erschiene ihm einfach lächerlich. Überhaupt sprach der Minister ziemlich abfällig über die Persönlichkeit des Fürsten.

Lancken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Anti Wien
[2] ?

Nr. 9010

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 239 Paris, den 8. Oktober 1908

Herr Iswolsky ließ mir heute mitteilen, daß er mir dankbar sein würde, wenn ich ihn besuchte. Der Minister empfing mich mit den Worten, er habe Paris nicht verlassen wollen, ohne bei seinen freundschaftlichen Gesinnungen für Deutschland[1], seinen langjährigen vortrefflichen persönlichen Beziehungen zu Euerer Durchlaucht und seinem intimen Verhältnis zum Staatssekretär auch mit dem deutschen Vertreter Rücksprache genommen zu haben[2].

Er halte die europäische Lage für sehr ernst, besonders wegen der starken Gärung in Serbien. Er tue sein möglichstes, um dort zu dämpfen. Alle Schuld an den gegenwärtigen Verwickelungen schob Iswolsky, der sich hierbei starker Worte bediente, dem Freiherrn von Aehrenthal zu. Dieser habe sich bei seinem überraschenden Vorgehen hauptsächlich von

persönlichem Ehrgeiz leiten lassen. Wohl habe ihm Freiherr von Aehrenthal von der geplanten Angliederung gesprochen, aber nur in einer Weise, daß Iswolsky verstanden, es handle sich lediglich um eine allmähliche Gewinnung der Mächte für dieses Projekt. Sein österreichisch-ungarischer Kollege habe auch nicht widersprochen, als Iswolsky ihn auf die Notwendigkeit hinwies, die Verwirklichung des Plans von der Zustimmung der Signatarmächte abhängig zu machen. Darum müsse es größtes Erstaunen erregen, wenn jetzt Österreich-Ungarn die ganze Sache als eine zwischen ihm und der Türkei allein zu regelnde betrachte. Österreich-Ungarn habe seine Verantwortung noch dadurch erschwert, daß es zweifellos Bulgarien zu seiner Unabhängigkeitserklärung direkt ermutigte. Trotz alledem wolle er keinen feindseligen oder grundsätzlichen Widerstand gegen Österreich zeigen und Beilegung aller Schwierigkeiten auf europäischer Konferenz anstreben.

Auch Iswolsky bezeichnet es als unabweisbare Notwendigkeit, das Konferenzprogramm vorher scharf zu umschreiben. Kompensationen an die Türkei fände er nur recht und billig. Natürlich könnten dieselben nicht territorialer Natur sein. Was Rußlands Rolle auf der Konferenz betreffe, so sei folgendes klar: Wenn schon der Berliner Vertrag revidiert werden solle, so würden die Russen sich daran erinnern, daß einzelne Bestimmungen desselben für sie sehr drückend seien.

Über alles dies gedenke er zunächst in London zu verhandeln, wohin er sich morgen früh begibt. Am 16. d. Mts. wolle er von dort nach Paris zurückkehren. Wie lange er dann hier noch festgehalten sein würde, vermöge er nicht bestimmt zu sagen. Sein dringender Wunsch sei es dann, so bald als möglich in Berlin mit Euerer Durchlaucht und dem Herrn Staatssekretär vor Rückkehr nach Petersburg zu konferieren. Er wisse, daß am 21. und 22. Hoffestlichkeiten* stattfänden. Wenn irgend denkbar wolle er sich dahin einrichten, noch vor denselben in Berlin zu sein. Sonst werde er unmittelbar darauf seinen Besuch ausführen. Der Minister schloß unsere Unterhaltung mit nochmaligen Versicherungen der Freundschaft für Deutschland und seiner aufrichtigen Friedensliebe[3].

Von einer dem Quai d'Orsay nahestehenden Seite höre ich noch, daß Iswolsky sehr dafür eingetreten sei, Aufforderung zur Konferenz solle von Frankreich ausgehen. Herr Pichon habe sich jedoch gegen diese Idee ausgesprochen, obwohl Herr Clemenceau und Louis bereits für dieselbe gewonnen waren.

Lancken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Pah!
[2] den Eingang spart!
[3] nicht Phrasen Beweise!

---

* Auf den 22. Oktober war die Vermählung des Prinzen August Wilhelm von Preußen mit der Prinzessin Alexandra von Schleswig-Holstein angesetzt.

Nr. 9011

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 121 Norderney, den 7. Oktober 1908
[pr. 8. Oktober]

Für uns scheint es mir zunächst auf zwei Punkte anzukommen: 1) daß unser Bagdadbahnunternehmen keinen Schaden leidet, 2) daß, wenn eine Konferenz stattfindet, sie sich nicht in der Hauptstadt einer Großmacht vereinigt. Hierzu bemerke ich ausdrücklich, daß es von reinem Interessenstandpunkt nicht schädlich wäre, wenn Franzosen oder Engländer sich mit dem Onus der Beschlüsse der Konferenz beladen, wie wir das vor 30 Jahren getan haben. Aber unsere öffentliche Meinung würde wohl in dem Zusammentreten einer Konferenz in einer anderen Hauptstadt und speziell in Paris oder London ein Zurückgehen des deutschen Prestiges erblicken. Es ist also günstig, daß Iswolsky nach der Meldung im dortseitigen Telegramm Nr. 116* für den Fall einer Konferenz den Ausschluß der Hauptstadt einer Großmacht vorschlägt. Auf diesen Standpunkt müssen auch wir uns stellen und Herrn Iswolsky, der behauptet, daß er Fühlung mit uns sucht, von vornherein klarmachen, worauf es uns ankommt.

In der Presse muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß wir kein Interesse daran haben, uns in den Vordergrund zu schieben. In Balkanfragen sind wir Triarier. Wir sind nicht unmittelbar beteiligt. Alte Bismarcksche Tradition, wenn es auf der Balkanhalbinsel zum Kriege kommen sollte, werden wir trachten, ihn zu lokalisieren. Wir bleiben Freunde der Türkei und insbesondere der jungtürkischen Türkei. Aber wir können nicht türkischer sein als die Türken. Bulgarien ist uns politisch auch heute noch ziemlich Hekuba, aber wir haben auch keine Veranlassung, zukunftsreiche Völker zu brüskieren. Wir haben die Ereignisse nicht hervorgerufen und sind nicht in erster Reihe berufen, sie zu lenken. Wir halten loyal und ehrlich am Bündnis mit Österreich fest, das seit 30 Jahren eine Friedensbürgschaft ist. Österreich ist aus eigener Initiative vorgegangen, aber wir können es nicht im Stich lassen, weil das den Traditionen der deutschen Geschichte, den Pflichten des Anstands und unserem Interesse gleichmäßig widersprechen würde.

Ich wiederhole meine Bitte, besonders Graf Metternich genau zu orientieren und ihn fortlaufend in die Lage zu versetzen, Verdächtigungen unserer Politik sofort entgegenzutreten.

Bülow

---

* Durch Telegramm Nr. 116 vom 6. Oktober war dem Reichskanzler das Pariser Telegramm Nr. 235 (siehe Nr. 9008) mitgeteilt worden.

Nr. 9012

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 Rominten, den 7. Oktober 1908

Für den Herrn Reichskanzler.

Seine Majestät lassen Euerer Durchlaucht Erwägung anheimstellen, ob es nicht möglich sein werde, die vermutlich erforderlich werdende Einladung zu einer internationalen Konferenz von uns (nach Berlin) ausgehen zu lassen.

Jenisch

* Das Telegramm wurde vom Auswärtigen Amt am 8. Oktober an Fürst Bülow nach Norderney weitergegeben. Der Reichskanzler kam darauf in einem Telegramm vom 9. Oktober (Nr. 130), dessen erster Teil in Kap. CXCV, Nr. 9000 wiedergegeben ist, zurück: „Bei Kongressen schaut aus manchen Gründen für uns gewöhnlich nicht viel heraus. Andererseits wird die Verletzung des Berliner Vertrages allerdings noch eklatanter, wenn das Vorgefallene nicht einmal durch gemeinsamen Beschluß der Mächte nach vorheriger Beratung und Prüfung sanktioniert wird. Seine Majestät würde es gern sehen, wenn der Kongreß in Berlin zusammenträte. Wie würden die Mächte es aufnehmen, wenn wir eine solche Einladung erließen? Aus den von mir schon neulich hervorgehobenen Gründen können wir Paris (und wohl auch London) als Versammlungsort nicht akzeptieren. Es fragt sich, ob wir, um vor Überraschungen sicher zu sein, schon jetzt die Initiative ergreifen und an Freiherrn von Aehrenthal, Iswolsky, Tittoni (und Sir E. Grey?) sagen sollen: wenn die Mächte es wünschten, so wären wir bereit, für die Konferenz, die sich mit der Abänderung des Berliner Vertrages beschäftigen solle, wiederum Berlin als Versammlungsort vorzuschlagen. Daß der Berliner Vertrag in der Hauptstadt einer anderen Großmacht abgeändert würde, sei für uns nicht akzeptabel. Sollte also Berlin aus irgendwelchen Gründen nicht wieder gewählt werden, so könnten wir uns nur an einer Konferenz beteiligen, die nicht in der Hauptstadt einer Großmacht zusammenträte. In dieser Richtung würde meines Erachtens der Haag, Bern oder Brüssel in Frage kommen können. In der Presse möchte ich vorschlagen, die Frage, wo der Kongreß tagen soll, vorläufig gar nicht zu berühren und der ganzen Kongreßidee gegenüber kühle Reserve, jedenfalls keinerlei Empressement oder Enthusiasmus an den Tag zu legen.“ Dem Auswärtigen Amt erschien die Anregung des Kaisers nicht zweckmäßig. Am 8. Oktober telegraphierte Staatssekretär von Schoen dem Reichskanzler: „Da wir immerhin erst in zweiter Linie beteiligt sind, auch nach Mitteilungen aus Paris Iswolsky sich dahin geäußert hat, daß von den Hauptstädten der Großmächte Abstand genommen werden solle, möchte ich meines unmaßgeblichen Dafürhaltens einer Initiative unsererseits widerraten.“ Auf den Einspruch Staatssekretär von Schoens wurde die Verfolgung der kaiserlichen Anregung aufgegeben.

Nr. 9013

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegamm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 220 Berlin, den 9. Oktober 1908

Freiherr von Marschall telegraphiert*:

„Der Großwesir war heute wesentlich beruhigter als gestern, obgleich ihm unmittelbar vor mir Markgraf Pallavicini die Note wegen Bosnien und der Herzegowina** übergeben hatte. Der Schlüssel zu dieser Änderung liegt in einem Telegramm des Botschafters in London von gestern abend, das mich Tewfik Pascha lesen ließ. Sir E. Grey hat Rifaat Bey rufen lassen und ihm gesagt: England bedauere die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annektierung Bosniens und der Herzegowina. Obgleich der materielle Schaden dieser Maßregeln für die Türkei nicht erheblich sei, so seien dieselben dem neuen Regime schädlich: „La Turquie est maltraitée". Der Zweck der beiden Aktionen sei, das neue Regime in seinen Bestrebungen auf innere Reformen und Kräftigung nach außen zu hindern und zu diskreditieren. Aber England gebe nicht zu, daß die Bestimmungen des Berliner Vertrages ohne Meinungsaustausch unter den Mächten und Zustimmung der Pforte modifiziert werden könnten. Die Regierung des Königs werde daher weder die Annektierung Bosniens und der Herzegowina noch die Unabhängigkeit Bulgariens anerkennen. Aber sie rate der Türkei, „d'exclure le plus longtemps possible la guerre en présence", sie solle sich vertrauensvoll an die Signatarmächte wenden. An dem Verlust Ostrumeliens werde sich nichts ändern lassen, aber England sei bereit, dafür einzutreten, daß die Türkei eine Kompensation für diesen Verlust und eine Geldentschädigung erhalte. Eventuell könne ein neuer Kongreß einberufen werden. Sir E. Grey bitte den Botschafter, seine Regierung zu fragen, worin nach ihrer Ansicht die Kompensation bestehen könne. Der Minister bemerkte, das Gerücht, daß Rußland, Italien und Deutschland ihre Zustimmung zu der Annektierung von Bosnien und der Herzegowina gegeben haben, habe sich nicht bestätigt.

Tewfik Pascha wollte über die Kompensationsfrage und die nach England zu gebende Antwort mit dem Großwesir reden. Ich habe mich nicht geäußert, möchte aber zur Erwägung anheimstellen, ob wir nicht der Pforte suppeditieren könnten, sie möge als Kompensation die Garantie der Mächte für ihre europäische Besitzung im ganzen oder speziell für Mazedonien und das Wilajet Adrianopel und eine Entschädigung für die Bahn wie für den Tribut Ostrumeliens anregen."

Wenn England wirklich dafür eintreten will, daß Türkei für ihre Ver-

---

* Telegramm Nr. 333 vom 6. Oktober 1908, in extenso abgedruckt in Kap. CXCV unter Nr. 8990.

** Vgl. Kap. CXCV, Nr. 8993.

luste Kompensationen und eine Geldentschädigung erhält, so findet ein solcher Vorschlag unsere Billigung und Unterstützung. Um welche Kompensationen handelt es sich wohl? In Zypern, Ägypten oder im Persischen Golf wird England schwerlich Türken haben wollen.

Ich bitte Ew. pp. nach dieser Richtung sorgsam zu sondieren und Sir E. Grey darauf hinzuweisen, daß wir sehr geneigt, auf Grund der in Rede stehenden Gedanken mit England zusammenzuwirken.

v. Schoen

Nr. 9014

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 London, den 8. Oktober 1908
[pr. 9. Oktober]

Der Schwerpunkt der Situation liegt in der von Rußland angeregten Konferenz und der Haltung Englands zur Meerengenfrage. Bosnien und Bulgarien, selbst Kreta waren de facto für die Türkei schon verloren. Die formelle Lostrennung dieser Länder ändert an den tatsächlichen Machtverhältnissen der Türkei nichts. Die Öffnung der Meerengen erschüttert sie dagegen in ihrem Bestand.

Österreich sollte nicht noch ferner das Odium der Vertragserschütterung auf sich laden, dadurch daß es auf der etwaigen Konferenz den Russen die Meerengen anbietet. Wenn Rußland die Öffnung wünscht, so soll es sie selbst beantragen und zwar in erster Linie bei England.

Im Hintergrund der hiesigen Erregung über die österreichische Annexion lauert die Meerengenfrage, die Befürchtung, daß nun auch Rußland hervortritt. Die informierte hiesige Presse steht dem Konferenzgedanken daher keineswegs sympathisch gegenüber und läßt ihn höchstens unter der Bedingung genauer vorheriger Fixierung des Programms zu.

Ich bezweifele, daß die hiesige Regierung auf Wunsch Iswolskys allein in die Öffnung der Meerengen willigen wird. Trifft Iswolsky dagegen morgen mit der Versicherung hier ein, daß weder Paris noch Wien, noch Berlin, noch Rom Einwendungen erheben würden, wenn die Frage auf der Konferenz vorgebracht wird, so dürfte auch der hiesige Widerstand sich legen, wenngleich auch dann hier die Öffnung für Kriegsschiffe aller Nationen und Kautelen beim Durchpassieren der Schiffe zur Sicherheit der Türkei gefordert werden dürften.

Bleibt Iswolsky aber gezwungen, mit England über die Meerengen zu reden, ohne sich auf die Zustimmung anderer berufen zu können, so glaube ich nicht, daß eine Entente über diesen Punkt zustande kommt.

Österreich sollte bei russischer Regierung, ohne etwaige gemachte

Versprechungen zu leugnen, auf England als den wichtigsten Faktor zur See verweisen.

Es wäre mir von großer Wichtigkeit für meine hiesigen Besprechungen, wenn ich der in Telegramm Nr. 215* enthaltenen Weisung des Herrn Reichskanzlers entsprechend telegraphisch mit Information versehen würde, insbesondere über etwaige russische Konferenzwünsche.

Metternich

Nr. 9015

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 St. Petersburg, den 9. Oktober 1908

Tscharykow hat Verantwortung für Absendung der Kongreßvorschlagsnote an die Mächte nicht übernommen, sondern Entwurf zunächst Iswolsky telegraphisch unterbreitet.

Miquel

Nr. 9016

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 Norderney, den 9. Oktober 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 130**.

Das Telegramm des Grafen Metternich bestärkt mich in meiner Abneigung gegen eine Konferenz. Ich empfehle in dieser Beziehung eine sehr kühle Haltung unter Hinweis auf die vielen und schwerwiegenden Gründe, die gegen eine Konferenz sprechen. Es würde vielleicht nichts schaden, wenn diese Gründe auch in der Presse erörtert würden. Ich stelle insbesondere anheim, in Konstantinopel darauf aufmerksam zu machen, daß auf einer Konferenz von allen Seiten auf Kosten der Türkei Forderungen aufgestellt und Kompensationen verlangt werden würden, was zur völligen Liquidierung des türkischen Reichs führen könnte. Die Pforte fahre besser bei ruhigem Gedankenaustausch von Kabinett zu Kabinett.

---

* Durch Telegramm Nr. 215 vom 7. Oktober war das Telegramm Fürst Bülows Nr. 116 vom 7. Oktober (siehe Kap. CXCV, Nr. 8991) nach London mitgeteilt worden.
** Durch Telegramm Nr. 130 vom 8. Oktober war das Londoner Telegramm Nr. 271 vom gleichen Tage (siehe Nr. 9014) nach Norderney mitgeteilt worden.

Was Graf Metternich darüber sagt, daß die Engländer keine Lust zur Öffnung der Meerengenfrage haben, ist sehr beachtenswert. Vielleicht sollten wir (streng vertraulich) in Wien darauf hindeuten, daß in dieser Frage Gegensätze zwischen England und Rußland bestehen, die Österreich nicht dadurch überbrücken sollte, daß es den Russen die Möglichkeit gibt, in London sich schon jetzt auf die österreichische Zustimmung zur Öffnung der Meerengen zu berufen.

Bülow

Nr. 9017

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 348 Therapia, den 10. Oktober 1908

Ganz geheim

Nach meinem Eindruck sind seit einigen Tagen geheime Verhandlungen zwischen Kiamil Pascha und Lowther* über einen türkisch-englischen Vertrag im Gang. Dafür sprechen äußere Momente. Mein englischer Kollege ist jetzt täglich auf der Pforte und bleibt mit seinem ersten Dragoman** regelmäßig eine Stunde bei Kiamil Pascha. Ein Komiteemitglied wohnt diesen Besprechungen bei. Überzeugender sind die inneren Momente. Kiamil Pascha muß die russische Forderung wegen ausschließlicher Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch die Meerengen als den schwersten Schlag empfinden, der in dieser ereignisvollen Woche sein Land getroffen hat. Die Annahme dieser Forderung würde jedem Türken als Anfang vom Ende erscheinen. Haben sich aber Rußland und Österreich-Ungarn darüber verständigt, so kann die Türkei wegen der Bündnisse weder auf die Unterstützung Deutschlands noch diejenige Frankreichs rechnen. Als einziger Retter bleibt England. Kiamil Pascha, der bekanntlich ohnehin englisch gesinnt ist, wird England sehr viel, zum Beispiel die Oberhoheit über Kueit und El-Katif, ja selbst die englische Präponderanz über die untere Strecke der Bagdadbahn konzedieren, um England zu gewinnen. Letzteres dagegen, obgleich die Bekämpfung der russischen Forderung in seinem eigenen Interesse liegt, wird die Gelegenheit nicht versäumen, um Vorteile sich zu sichern, die noch vor drei Monaten irrealisierbar waren. Ob man in London selbst in die Taschen greifen wird, um der Türkei Kompensationen zu geben? Man könnte an Zypern denken. Die türkische Begeisterung könnte rasch abflauen, wenn sich die Überzeugung Bahn bricht, daß in der Türkei, seitdem England seine schützende Hand darüber ausbreitet, die Dinge jeden Tag schlechter gehen und man in London machtlos ist zu helfen.

* Englischer Botschafter in Konstantinopel.
** G. H. Fitzmaurice.

Tewfik Pascha, den ich gestern auf die Sache ansprach, sagte mir, er wisse nichts davon. Der Großwesir sei nicht mitteilsam. Aber daß etwas im Werke sei, glaube auch er nach gewissen äußeren Vorgängen. Er versprach mir Mitteilung, sobald er etwas erführe.

Marschall

Nr. 9018

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 222 Berlin, den 10. Oktober 1908

Stelle Ew. pp. anheim, ob Sie bei weiteren Verhandlungen mit Sir Edward Grey von sich aus nicht anregen wollen, im Falle einer Konferenz deren Programm auf solche Fragen zu beschränken, die Gegenstand Berliner Vertrages sind — also Dardanellenfrage und Kreta auszuscheiden. Da Österreich-Ungarn Teilnahme an einem Kongreß davon abhängig machen will, daß Annexion von Bosnien und Herzegowina ausgeschaltet wird, könnte dieses Bedenken dadurch eliminiert werden, daß es sich dabei nur um staatsrechtliche Ratifikation eines längst bestandenen Zustandes gehandelt hat, der gemäß Schlußabsatz von Artikel 25 Berliner Vertrags ausschließlich zwischen Türkei und Österreich-Ungarn zu regeln ist.

v. Schoen

Nr. 9019

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 316 Wien, den 10. Oktober 1908

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 218 vom 10. Oktober*.

Bezüglich Konferenzidee hat Freiherr von Aehrenthal in seiner heutigen Rede vor der Delegation nach Referat der Abendblätter gesagt: daß, wenn eine Konferenz von einer Seite verlangt werden sollte, Österreich-Ungarn seine Zustimmung davon abhängig mache, ob ein Programm festgestellt wird, welches mit seinen Absichten übereinstimmt.

Habe heute mit Sektionschef von Müller, ohne Auftrag durchblicken zu lassen, im Laufe einer vertraulichen längeren Unterhaltung im Sinne Schlußsatzes des oben angeführten Telegramms gesprochen.

---

* Durch Telegramm Nr. 218 vom 10. Oktober war Fürst Bülows Telegramm Nr. 134 vom 9. Oktober (siehe Nr. 9016) als Direktive nach Wien mitgeteilt worden.

Wirksame Einwirkung könnte nur durch persönliche Rücksprache mit Freiherrn von Aehrenthal in Pest erfolgen. Es läßt sich von hier aus nicht übersehen, ob, solange Situation in London zwischen Sir E. Grey und Iswolsky unaufgeklärt ist, Heraustreten aus unserer Reserve in Konferenzfrage auch hier gegenüber geboten ist. Ich würde deshalb zu einer Demarche in Konferenzangelegenheit bei Freiherrn von Aehrenthal in Pest noch besonderen Auftrag abwarten.

Tschirschky

Nr. 9020

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 277 London, den 10. Oktober 1908

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 220*.

Sir E. Grey war sichtlich erfreut über unsere Bereitwilligkeit Zusammenwirkens in etwaigen Kompensations- oder Geldentschädigungsfragen für die Türkei. Hauptsache sei, weitere Zerbröckelung der Türkei zu verhindern und keine neuen Elemente der Zwietracht zu schaffen. Daher mache er noch keine Vorschläge, sondern wolle erst Rußland und die anderen Mächte sondieren (Herr Iswolsky wurde nach mir bei Sir E. Grey erwartet). Dasselbe treffe hinsichtlich der etwaigen Garantie durch die Mächte zu. Er werde aber alle diese Gedanken weiter erwägen.

Ich erwiderte, auch ich hätte ihm keinerlei Vorschläge gemacht, sondern nur seine gestrigen Anregungen weiter verfolgt in der Hoffnung, eine der Türkei günstige und auch den übrigen Mächten willkommene Lösung zu finden.

Der Kompensationsgedanke ist dem Minister äußerst sympathisch, er will aber nichts unternehmen, ehe er mit Iswolsky gesprochen hat.

Sir E. Grey erklärte mir die Entsendung von vier englischen Kriegsschiffen nach Kreta** damit, daß die Truppen der Schutzmächte zum Teil von der Insel zurückgezogen worden und daher schwach und eventuell schutzbedürftig seien. Der kretischen Regierung habe er mitgeteilt, daß Angliederung an Griechenland ohne Einwilligung der Schutzmächte nicht erfolgen dürfe.

Metternich

---

* Siehe Nr. 9013.

** Am 6. Oktober hatten die kretensischen Behörden den Beschluß gefaßt, die Insel mit Griechenland zu vereinigen. Die vier Schutzmächte Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland stellten sich demgegenüber in einer der kretensischen Regierung übergebenen Note auf den Standpunkt, daß die Vereinigung Kretas mit Griechenland von der Zustimmung der Mächte abhängig sei, die hierüber der Türkei Verpflichtungen eingegangen wären. Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCVIII.

Nr. 9021

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 Berlin, den 10. Oktober 1908

Geschäftsträger in Paris telegraphiert*:

„Verschiedene Anzeichen lassen mich vermuten, daß man hier ernsthaft Wert darauf legt, die Welt erkennen zu lassen, wie nützlich es für Frankreich und Deutschland sowie überhaupt für die internationale Lage sein würde, wenn beide Mächte in den Orientdingen Hand in Hand gingen. Eben besuchte mich Herr Tardieu, um mir, wie er andeutete, im Einverständnis mit Quai d'Orsay ausführlich diesen Gedanken zu entwickeln. Die deutsche und die französische Orientpolitik sei in völlig gleicher Weise auf die Förderung des jungtürkischen Staatswesens gerichtet und gänzlich frei von Territorialbegierde. Darum würden beide Mächte auf der Konferenz, zu der es ja kommen zu sollen scheine, ganz von selbst am selben Strang ziehen. Die Wirkung dieses einträchtigen Vorgehens aber würde noch erhöht werden, wenn beide Regierungen sich schon vorher einigten und dies offen bekunden. England würde zweifellos der Dritte im Bunde werden. Die sich hieraus ergebende allgemeine Initiative müßte von den erfreulichsten Folgen für die gesamte Lage, speziell für die deutsch-französischen Beziehungen sein und dürfte spätere heute noch schwierig erscheinende Probleme wie von selbst zur Lösung bringen. Herr Tardieu, der in den letzten Tagen Unterredungen mit den Vertretern im Orient interessierter Mächte veröffentlicht hat, äußerte den Wunsch, auch eine autoritative deutsche Erklärung publizieren zu können. Er meinte, wenn aus derselben hervorginge, daß die oben gekennzeichnete Politik Deutschland sympathisch wäre, dies zur allgemeinen Beruhigung außerordentlich beitragen und die Beilegung der Orientwirren in erfreulicher Weise beschleunigen würde.

Ich erwähnte, daß ich auch von anderen Journalisten um Äußerung über unsere Haltung in den orientalischen Dingen bestürmt werde. Ich beschränkte mich bisher stets auf wenige allgemeine Worte und den Hinweis darauf, daß Deutschland als nur mittelbar berührte Macht sich zuwartend verhalten könne.

Für den Wunsch Herrn Pichons, im Orient mit uns zusammenzugehen, spricht auch eine von ihm inspirierte Veröffentlichung des heutigen ‚Petit Parisien' über seine gestrige Unterredung mit mir**. Darin heißt es am Schluß einer dem Minister zugeschriebenen Bemerkung über die von den europäischen Zentralmächten gewiß gutgeheißenen fried-

---

* Nr. 241 vom 9. Oktober.
** Vgl. Nr. 9009.

lichen Ziele der französischen Orientpolitik: ‚Ainsi est engagé la conversation qui nous paraissait d'une incontestable utilité. Et l'on peut supposer que l'Allemagne comprendra la nécessité de l'entente européenne dans les circonstances actuelles.'

Charakteristisch übrigens dafür, wie sich Herr Pichon bemüht, selbst unbedeutende Anlässe zu Mißstimmungen bei uns zu beseitigen, war auch folgendes: Spontan und unvermittelt erwähnte er mir gegenüber das Interview der ‚Frankfurter Zeitung' mit Villanueva* und War Office, obgleich er bereits durch ‚Havas' ein energisches Dementi hatte veröffentlichen lassen, er lege Wert darauf, mich nochmals zu versichern, daß die Behauptung, als habe Frankreich in der französisch-spanischen Marokkonote uns brüskieren wollen, eine unqualifizierbare Unterstellung sei."

Herr Cambon, der mich soeben aufsuchte, sprach sich auch seinerseits für Zusammengehen in der Türkei aus, ohne auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen. Ich habe ihm geantwortet, daß der Gedanke uns sehr sympathisch sei. Das Telegramm ist Seiner Majestät nicht vorgelegt worden.

Schoen

Nr. 9022

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Nr. 41 Berlin, den 10. Oktober 1908

Die Botschafter Cambon und Pansa fragten mich heute nach unserer Stellung zur Konferenzfrage. Ich habe ausweichend geantwortet.

Beide äußerten ihre persönliche Meinung dahin, da es sich um Revision des Berliner Vertrages handeln werde, wäre Berlin der geeignete Ort für die neue Konferenz. Herr Pansa meinte weiter, die Konferenz sollte sich auf diejenigen Fragen beschränken, die sich direkt aus dem Berliner Vertrage ergäben. Der Widerstand Österreich-Ungarns lasse sich vielleicht dadurch beseitigen, daß alle Mächte in Wien erkennen ließen, es handle sich nicht um eine Diskussion, sondern lediglich um eine Ratifizierung der Einverleibung von Bosnien und Herzegowina. Ebenso könne man die Schwierigkeit der Zulassung Bulgariens dadurch umgehen, daß man in Sofia unter der Hand mitteilte, die Konferenz werde die Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit ergeben. Über die nicht mit dem Berliner Vertrage zusammenhängenden Fragen, also Kreta und Meer-

* Der frühere spanische Marineminister Villanueva hatte in einem Interview der „Frankfurter Zeitung" Ende September anläßlich der französisch-spanischen Note über die Anerkennung des Sultans Mulay Hafid vom 16. September (vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXXI) den Franzosen deutschfeindliche Beweggründe nachgesagt.

engendurchfahrt, könnte man nach Meinung Pansas auf einer anderen Konferenz beraten[1].

Meines Erachtens spricht gegen Berlin als Konferenzort der Umstand, daß wir es im Hinblick auf die nach dem Berliner Kongreß gemachten Erfahrungen vermeiden sollten, de présider à une nouvelle spoliation de la Turquie. Vorzuziehen wäre der Haag oder ein anderer neutraler Ort[2].

Im übrigen scheinen mir die Vorschläge Pansas beachtenswert. Vielleicht ließe es sich ermöglichen, zunächst die sich aus dem Berliner Vertrage ergebenden und dann die mit demselben nicht im Zusammenhang stehenden Fragen durch Verhandlungen zwischen den Kabinetten zu regeln[3] und dann Konferenzen abzuhalten[4], in denen die bei diesen Verhandlungen gewonnenen Resultate sanktioniert werden.

Mir scheint, daß wir auf alle Fälle mit unserer definitiven Stellungnahme warten können, bis das Ergebnis der Besprechungen zwischen Iswolsky und Grey vorliegt[5].

v. Schoen

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Welche Macht drängt am meisten auf die Konferenz? Verhält sich Österreich ablehnend?

Bemerkung von Schoens hierzu:
Rußland drängt wegen Meerengenfrage am meisten. Österreich nicht ganz ablehnend, vorausgesetzt, daß Bosnienfrage nicht meritorisch, sondern nur formal behandelt.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Also zwei Konferenzen??
[2] Keinenfalls Paris oder auch London; überhaupt keine andere Hauptstadt
[3] Das müßte jedenfalls vorausgehen
[4] am besten gar keine Konferenz
[5] gewiß

Nr. 9023

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 279 London, den 10. Oktober 1908

Iswolsky hat mir soeben einen längeren Besuch gemacht, nachdem er Sir E. Grey gesprochen hatte. Er beklagte sich bitter über Freiherrn von Aehrenthals Vorgehen: Vorigen Sommer Sandschakbahn, worüber er, Iswolsky, nichts gewußt habe, dann jetzigen Coup, worüber keineswegs, wie Freiherr von Aehrenthal behaupte, ein vollkommenes Einvernehmen zwischen beiden Ministern geherrscht hätte. Er habe vielmehr Freiherrn von Aehrenthal schwere Bedenken entgegengehalten. Nun setze ihn dieser auch noch in die schwierige Lage der öffentlichen Meinung gegenüber, als ob er, Iswolsky, zugestimmt habe. Nur drei Tage vor dem

Annexionscoup habe von Aehrenthal ihn benachrichtigt*. Auch gehe aus Khevenhüllers Antwort an Präsident Fallières, Unabhängigkeitserklärung Bulgariens werde vor der Annexionserklärung stattfinden deutlich hervor, daß österreichisch-bulgarisches Komplott vorliege, was Freiherr von Aehrenthal leugne**. Bei diesem Verhalten sei es trotz gutem Willen Iswolskys schwer, mit Freiherrn von Aehrenthal weiter direkt zu verhandeln.

Krieg wolle er, Iswolsky, natürlich nicht. Daher sei es notwendig, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die Türkei vor weiterem Zerfall zu bewahren, die Unruhe, welche Politik und Börse ergriffen habe, zu beseitigen und einen legalen Zustand wieder herbeizuführen. Wie ich von Rothschild erfahre, ist die für jetzt beabsichtigt gewesene russische Anleihe auf nächstes Jahr verschoben. Das geeignete Mittel hierzu sei nach seiner und Sir E. Greys Ansicht — er ließ einfließen, daß auch Pichon und Tittoni diese Ansicht teilten — die sofortige Einberufung einer Konferenz mit vorher fest umgrenztem, bestimmtem Programm. Eigenmächtige Losreißung vom Berliner Vertrag sei unstatthaft. Der Freiherr von Aehrenthalsche Standpunkt, daß Annexion von Bosnien und Herzegowina und Rückgabe von Sandschak nur Österreich und die Türkei angehe, sei unhaltbar. Nur die Gesamtheit der Vertragsmächte hätte hierüber auf der Konferenz zu entscheiden. Diese müsse ferner Kompensationen für die Türkei schaffen (als solche schwebe dem Minister bis jetzt vor: Geldentschädigung für Tribut und Eisenbahn, Zurückgabe von Sandschak, und danach wohl als Sühne, die Österreich zu bringen habe, Ausschaltung von Artikel 29 betreffend Montenegro). Die Konferenz muß ferner vor allem auf die Türkei Bedacht nehmen und dürfe nichts in ihr Programm setzen, was diese noch ferner zu schädigen geeignet sei. (Die Meerengenfrage hat also Iswolsky schon fallen gelassen, wohl nicht freiwillig, sondern auf englisch-französischen Wunsch. „Nowoje Wremja“ war also schon gestern gut unterrichtet. Somit steht französisch-russisch-englischer Gruppierung in Behandlung der vorliegenden Balkanfrage nichts mehr im Wege. Da aber ohne Deutschland-Österreich weder Konferenz ersprießlich noch allgemeine Beruhigung denkbar ist, so wünscht Iswolsky uns als ehrlichen Makler zwischen ihm und Freiherrn von Aehrenthal heranzuziehen, wie aus folgendem erhellt.) Er wolle seine Zeit in England benutzen, um mit Sir E. Grey wo möglich zu einem abgerundeten Programm zu gelangen. Er werde mich auf dem laufenden erhalten und mich bitten, Euerer Durchlaucht Mitteilung zu machen, sobald er klarer sehe und der Programmentwurf deutlichere Gestaltung annehme. Für ihn bestehe aber die persönliche Schwierigkeit, sich mit Freiherrn von Aehrenthal über eine Konferenz zu verständigen, besonders wenn das Programm von England und Rußland ausgehe. Als ich Iswolsky hierin recht gab,

---

* Vgl. dazu Kap. CXCIII, Nr. 8930, Fußnote.
** Vgl. Kap. CXCV, Nr. 8987.

meinte er, es komme ihm nur darauf an, daß die Mächte sich baldigst über ein Programm einigten. Es würde dabei von großem Werte sein, wenn wir die Vermittlerrolle zwischen ihm und Freiherrn von Aehrenthal übernähmen. Er tue sein Bestes, um die russisch-deutschen Beziehungen zu bessern. Wir beklagten uns über die russische Presse, die frei sei. Bei unserem Einfluß in Wien und unserem intimen Verhältnisse zu Österreich glaube nun einmal alle Welt, daß Österreich nicht ohne unsere vorherige Einwilligung gehandelt habe.

Ich erwiderte, der Vorwurf, daß wir Österreich zu den jüngsten Ereignissen veranlaßt hätten, sei in jeder Beziehung ungerecht. Es sei dies ebenso ungerecht, als wenn wir behaupten wollten, daß unsere Schwierigkeit mit Frankreich wegen Marokkos von Rußland herrührte. Iswolsky warf ein, der Fall liege anders, denn in Marokko hätte Rußland gar keine Interessen, wir aber wohl in der Türkei. Hierauf entgegnete ich, unser Interesse sei auf Erhaltung der Türkei und auf ihre friedliche Entwickelung gerichtet. In dieser Politik könne er auf unseren Beistand rechnen. Dagegen werde er verstehen, daß wir nichts unternehmen würden, geeignet, unseren Bundesgenossen zu froissieren. Ich könne mich nicht darüber äußern, ob Österreich auf ein Konferenzprogramm eingehen würde, welches über seine Handlungen aburteilen solle.

Iswolsky erwiderte, auch ihm liege es fern, Österreich zu froissieren, es dürfte dem Freiherrn von Aehrenthal aber nicht unerwünscht sein, wenn ihm Gelegenheit gegeben würde, aus der schwierigen Lage, in die er sich gebracht habe, herauszukommen und die Ruhe im Balkan und in Europa wiederhergestellt zu sehen.

Metternich

Nr. 9024

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 280 London, den 11. Oktober 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 279* und Antwort auf nachher eingegangenes Telegramm Nr. 222**.

Beschränkung auf Fragen, die Gegenstand Berliner Vertrages sind, wird Konferenzprogramm bedeutend erleichtern. Dardanellen scheinen nach dem, was Iswolsky mir sagte, ausgeschlossen[1], Kreta nach mir gemachter Mitteilung des griechischen Gesandten ebenfalls. Herr Romanos sagte mir, er habe Sir E. Grey gestern im Auftrage seiner Regierung gebeten, Kretafrage*** vor die Konferenz zu bringen, um griechischer

* Siehe Nr. 9023.
** Siehe Nr. 9018.
*** Vgl. Nr. 9020, Fußnote **.

Regierung über die unverschuldet schwierige Situation hinwegzuhelfen, die ihr durch inopportunes Vorgehen Kretas erwachsen sei. Sir E. Grey hat dies abgeschlagen. Frage des Gesandten, ob englische Regierung dann wenigstens auch bulgarische Unabhängigkeitserklärung und Annexion Bosniens auf Konferenz ablehnen wolle, hat englischer Minister ebenfalls verneint.

Ich halte Zustandekommen der Konferenz, falls Ausscheidung von Bosnien und Herzegowina verlangt wird, für ausgeschlossen. Standpunkt Österreichs, daß Artikel 25* nur die Türkei angehe, unhaltbar, da es sich in 150** nur um administrative Maßregeln, nicht aber um das staatsrechtliche Verhältnis handelt, was ich natürlich hier nicht zugeben werde.

Freiherrn von Aehrenthal muß ebenso wie uns daran liegen, seinen Schritt von den Mächten anerkannt zu sehen, Kriegsgefahr im Balkan zu beseitigen und Ruhe wieder eintreten zu lassen.

Ich halte Zusammenwirken der Mächte nur für möglich auf Grund eines Kompromisses zwischen österreichischem Standpunkt einerseits und englisch-russisch-französischem und anscheinend italienischem Standpunkt andererseits. Zum Beispiel: Österreich erhält vor Zusammentritt der Konferenz unter der Hand Zusicherung der anderen Gruppe, daß Annexion vertragsmäßig genehmigt wird gegen die bereits bewilligte Aufgabe des Garnisonrechts im Sandschak plus Verzicht auf Militär- und Handelsstraßen dort. Sodann Verzicht auf Artikel 29 betreffend Montenegro. Österreich hat diese Rechte prinzipiell schon preisgegeben, braucht daher keinem Druck zu folgen, [kann] sie als freiwillige Kompensationen hinstellen und erhält dafür die Legalisierung seiner nicht legalen Handlung. Läßt es sich hierauf nicht ein, so ist der Bruch zwischen ihm und Rußland perfekt, und die andere Gruppe zieht sich noch mehr zusammen, worunter auch wir leiden würden. Der anglomane und von Österreich verärgerte Iswolsky wird auch bei einem Kompromiß bestrebt sein, die englisch-russische Entente brillieren zu lassen. Es kommt aber nicht so sehr darauf an, einen Eitelkeitserfolg zu verhindern, als vielmehr darauf, den Balkan zu beruhigen und einen definitiven russisch-österreichischen Bruch zu verhindern, der auch unser Verhältnis zu Rußland verderben würde.

---

* Artikel 25 der Berliner Kongreßakte, dessen Aufhebung in den weiteren Stadien der bosnischen Krise in den Vordergrund trat, hatte folgenden Wortlaut:

„Les provinces de Bosnie et d'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement d'Autriche-Hongrie ne désirant pas se charger de l'administration du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu' au delà de Mitrovitza, l'administration ottomane continuera d'y fonctionner. Néanmoins, afin d'assurer le maintien du nouvel état politique ainsi que la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie se réserve le droit de tenir garnison et d'avoir des routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de cette partie de l'ancien Vilayet de Bosnie.

A cet effet, les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se réservent de s'entendre sur les détails."

** Vermutlich falsch entziffert für „ihm".

Es erscheint nicht ausgeschlossen, Österreich unter diesen Gesichtspunkten zur Nachgiebigkeit zu stimmen, wobei wir ihm von vornherein erklären können, daß, wenn es trotzdem auf seinem starren Standpunkt verharren will, wir ihn teilen werden, wodurch unsere Loyalität stets gewahrt bleibt. Bitte um Weisung, ehe Schlußsatz von Telegramm Nr. 222 ausführe, dessen Ausführung Scheiterung Konferenzgedankens in sich birgt, Europa in eine größere und eine kleinere Gruppe teilen und das vorliegende Balkanproblem ungelöst lassen wird.

Metternich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Ist das sicher?

Nr. 9025

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 11. Oktober 1908

Der K. und K. österreichisch-ungarische Botschafter las mir ein Telegramm Baron Aehrenthals folgenden Inhalts vor und ersuchte mich im Auftrage seiner Regierung, den Inhalt dieses Telegramms zu Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Kenntnis zu bringen:

„Baron Aehrenthal ist sehr glücklich, daß es dem österreichisch-ungarischen Botschafter gelungen ist, durch seine Auseinandersetzungen über den Sachverhalt die Mißstimmung Seiner Majestät Kaiser Wilhelms zu beseitigen[1]*.

Die so freundschaftlichen und bestimmten Äußerungen Seiner Majestät sind für das K. und K. Kabinett ein Gegenstand tiefer Dankbarkeit und großer Beruhigung.

Baron Aehrenthal steht in betreff der Kongreßidee vollkommen auf demselben Standpunkt, den Seine Majestät so klar und bündig formuliert hat.**

Die K. und K. Regierung könnte es keineswegs zugeben, daß auf einem Kongresse die Annexion zum Gegenstande der Diskussion gemacht werde; die Teilnahme Österreich-Ungarns an einem eventuellen Kongresse könnte demzufolge nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß Österreich-Ungarn über die Souveränität Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät in Bosnien und der Herzegowina sich mit der Türkei in ein vorheriges Einvernehmen gesetzt habe[2], da nicht riskiert werden dürfe, daß die Türkei ihren Protest im Kongresse erneuere[3].[4]

* Vgl. dazu Kap. CXCV, Nr. 8994.
** Kaiser Wilhelm II. hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Zukunft der Provinzen Bosnien und Herzegowina nicht auf der Konferenz zur Erörterung gestellt werden dürfe, sondern als fait accompli betrachtet werden müsse.

Der K. und K. Minister des Äußern spricht sich in diesem Sinne dem Herrn Iswolsky und Herrn Pichon gegenüber aus, indem er ausführt, daß das Programm der Konferenz unter allen Usmtänden in präziser Weise a priori formuliert werden müßte[5].

Übrigens ist eine amtliche Anregung zur Beschickung einer Konferenz bisher noch nicht erfolgt, doch haben Herr Iswolsky und Herr Pichon diese Idee in verschiedenen Unterredungen gestreift.

Selbstverständlicherweise wird Baron Aehrenthal es sich jedenfalls angelegen sein lassen, die Kaiserlich Deutsche Regierung rechtzeitig von allen zu treffenden Entschließungen genau zu informieren*".

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist nicht der Fall
[2] das hatte eben schon vorher geschehen sollen!
[3] natürlich
Randbemerkungen des Fürsten von Bülow auf einer Abschrift:
[4] Das würde auch gegen die Würde der Habsburgischen Monarchie sein.
[5] Die Konferenz darf eben nur das schon Feststehende und Abgemachte ratifizieren.

Nr. 9026

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 353 Therapia, den 11. Oktober 1908
Geheim

Kiamil Pascha sagte mir gestern vertraulich, Griechenland habe der Pforte für den Fall eines türkisch-bulgarischen Krieges militärische Hülfe zugesagt. Das gleiche sei von Serbien geschehen, dabei sei aber darauf hingewiesen worden, daß eine Militärkonvention zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien abgeschlossen sei, welche ersteres verpflichte, in Serbien einzumarschieren, falls dieses sich gegen die Bulgaren wende. Von Rumänien sei kein Angebot erfolgt, dagegen erwarte man dort eine wohlwollende Neutralität. Nur stehe zu befürchten, daß das Wiener Kabinett auch in Bukarest darauf hinwirken werde, daß im Kriegsfalle nichts geschehe, was den Bulgaren unbequem sein könne. Der Großwesir meinte, alles komme darauf an, den Krieg bis zur Einberufung der Konferenz zu verhindern[1]. Mit dem Zusammentreten derselben sei die Kriegsgefahr beseitigt. Inzwischen habe Rußland Bedingungen gestellt, die hier unannehmbar seien. Über den Inhalt derselben hat mir Kiamil Pascha keine Andeutungen gemacht. Ich habe dieselben auf Grund vertraulicher Mitteilungen Tewfik Paschas bereits telegraphiert**.

---

* Der wesentliche Inhalt des Immediatberichts wurde durch Erlaß vom 12. Oktober den Botschaften in London, Paris, Petersburg, Wien und Rom mitgeteilt.
** Vgl. Kap. CXCV, Nr. 8999.

Nach den vorstehenden Äußerungen ist es mir zweifellos, daß man die Konferenzidee vorläufig nur als ein Palliativmittel gegen die Kriegsgefahr betrachtet und eine allmähliche Beruhigung der Gemüter daraus erhofft. Über die schwere Gefahr, welche eine Konferenz für die Türkei heraufbeschwören würde, kann man sich, nachdem man das russische Programm kennt, unmöglich täuschen[2]. Danach soll die Pforte sich mit der Rückziehung der fremden Truppen aus dem Sandschak abfinden und dagegen nicht nur die Unabhängigkeit Bulgariens und auch die Annexion Bosniens konzedieren, sondern dazu noch die Lösung der Meerengenfrage in russischem Sinne mit der Aussicht auf Erneuerung des Vertrages von Hunkiar Iskelessi[3]!

Die Lage ist überaus kompliziert. Von verschiedenen Seiten wird hier kolportiert, daß der Sultan, als ihm Kiamil Pascha die Nachricht von der Umwandlung Bulgariens meldete, erklärt habe: „Das ist der Krieg". Die Tatsache, daß die Mollahs und Softas diese Parole aufgenommen und das Volk zum Krieg aufreizen, erweckt bei den Jungtürken den Verdacht, daß der Sultan mit der Geistlichkeit konspiriere, um seine Autorität wiederherzustellen und die Reaktion anzubahnen. Dabei ist Ramasan, während dessen die gläubigen Muselmanen sich ohnehin in einer gewissen Erregung befinden. Wird es möglich sein, falls die Konferenzidee fällt, die Kriegsgefahr zu beschwören? Darauf gibt es zurzeit keine Antwort. Diplomatische Demarchen haben wenig Wert. Die Regierung hat keine Autorität[4]. Diejenige der Komitees ist stark gesunken. Maßgebend ist die Presse. Sie läßt bis jetzt unter Hinweis auf die Konferenz die friedliche Note erklingen. Aber sie steht unter dem Einfluß der Gasse.

Die zweite Frage ist, wird Rußland beim Scheitern der Konferenz die neugeschaffene Lage einfach akzeptieren oder sich selbst Kompensationen für „das gestörte Gleichgewicht auf dem Balkan" schaffen? Sinowiew soll in den letzten Tagen geradezu unglaubliche Äußerungen gegen Aehrenthal tun. Gestern sagte er einem meiner Kollegen: „Aehrenthal est un traître"[5]. Es ist zu hoffen, daß man die Dinge in Petersburg kühler auffaßt.

Sir Gerard Lowther verhält sich meinen Kollegen und mir gegenüber schweigend. Mir scheint er gedrückt zu sein. Er mag in Verlegenheit sein, wie er die Wechsel bezahlen soll, welche die türkische Begeisterung auf ihn ausstellt.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] Falls sie überhaupt zustande kommt.

[2] Palliative dürften auf dem Balkan kaum mehr wirken, hier tut schnelle absolute radikale Heilung not.

[3] das würden die Westmächte doch nicht zugeben! Diese Frage darf nur mit Garantien für die Türkei, gemeinsam mit ihr im Sinne aller Mächte gelöst werden!

[4] das ist das schlimmste.

[5] ganz so unrecht hat er nicht!

Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift.

Die Tat Aehrenthals gewinnt immer mehr den Schein eines Fähnrichsstreichs! Uns hat er nichts gesagt; Iswolsky und Tittoni so verschleierte Andeutungen gemacht, daß sie sich als total betrogen vorkommen; den Sultan total unberücksichtigt gelassen, auf den es doch vor allen Dingen ankommt; den Schein der Verabredung mit dem Vertrags- und Friedensbrecher Ferdinand auf seinen Herrn geladen; die Serben zur Siedehitze gebracht; Montenegro aufs äußerste gereizt; die Kretenser zur Empörung veranlaßt; unsere zwanzigjährige mühsam aufgebaute Türkenpolitik über den Haufen geworfen; die Engländer erbost und in Stambul an unsere Stelle befördert; die Griechen schwer geärgert durch seine Bulgarenfreundlichkeit; den Berliner Vertrag in Stücke geschlagen und das Konzert der Mächte auf das heilloseste verwirrt; die Ungarn aufgebracht, weil Bosnien an sie hätte angegliedert werden sollen; die Kroaten empört, weil sie die Angliederung an sich beabsichtigen! Das ist für eine Gesamtleistung ein europäischer Rekord, wie ihn noch kein Diplomat je fertig bekommen hat. Ein weitblickender Staatsmann ist er jedenfalls nicht! Wir müssen trachten, in diesem heillosen Wirrwarr mit England wieder auf besseren Fuß zu kommen. Das geht in der Meerengenfrage — falls sie aufs Tapet kommt —, wenn wir ihren Standpunkt wohlwollend cotoyieren und ebenfalls die Oeffnung für alle Mächte, nicht Rußland allein verlangen. Rumänien als Uferstaat wird das auch wünschen. Aber diese Frage muß mit der Türkei privatim vorerst beredet werden, und Marschall muß sondiren. England und Deutschland sind die beiden Großmächte, die anscheinend bei dem ganzen Rummel vorher nicht informiert wurden, haben also quasi freie Hand und sollten sich verständigen. Umsomehr, da beide das Wohl der Türkei im Auge haben.

12./X. 08.
(gez.) Wilhelm
I. R.

Nr. 9027

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 11. Oktober 1908

Privat für Herrn Reichskanzler.

Herr Iswolsky sagte mir, daß er Sie auf Rückreise zu besuchen wünsche entweder unmittelbar vor oder gleich nach Hochzeit am 22. d. Mts.* Hiernach will er sich also noch länger hier feiern lassen, falls er nicht vorher nach Paris zurückkehren sollte.

Es scheint mir wichtig, daß wir Vermittlerrolle zwischen Iswolsky und Freiherrn von Aehrenthal nicht ausschlagen. Dadurch behalten wir Faden in der Hand, verhüten Bruch und werden uns auch Sir E. Grey nähern, der noch sehr mißtrauisch von uns abseits steht. Bei aller Bundestreue, scheint es mir, brauchen wir doch nicht zu jedem Freiherr von Aehrenthalschen Schwank lediglich Ja und Amen zu sagen, können ihm vielmehr in seinem eigenen Interesse raten, auf die Konferenz zu gehen,

* Vgl. Nr. 9010, S. 136, Fußnote.

auch wenn Bosnien und die Herzegowina dort behandelt wird, allerdings unter vorher abzumachenden, Österreich genehmen Kautelen. Wenn Freiherr von Aehrenthal darauf besteht, daß Annexion auf Konferenz nicht erwähnt werden darf, so kommt diese meiner Auffassung nach nicht zustande, da Zweck der Konferenz gerade darin besteht, die eigenmächtigen Vertragsänderungen gegen Kompensationen zu legalisieren.

Wie wäre es, wenn wir und Österreich auf Konferenz Aufhebung der Artikel betreffend Mazedonien vorschlügen? Dann zeigt es sich, wer bester Freund der Jungtürken ist. Hier und in Rußland würde dies wohl nicht gefallen. Jedenfalls ist es aber noch zu früh, mit solchem Vorschlag hervorzutreten.

Soll ich Iswolsky in Ihrem Auftrag etwas über Berliner Besuch sagen?

Metternich

Nr. 9028

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Telegramm. Konzept

Nr. 224 Berlin, den 13. Oktober 1908

Besten Dank für interessante telegraphische Mitteilungen. Österreich-Ungarn erklärt es mit seiner Würde nicht vereinbar, wenn bosnische Frage auf einer Konferenz diskutiert wird. Wir müssen unserm Verbündeten in dieser Auffassung zur Seite stehen. Übrigens scheint es nach neuesten Nachrichten nicht ausgeschlossen, daß Österreich-Ungarn sich über bosnische Frage mit Türkei verständigt, wonach Österreich-Ungarn unter Voraussetzung, daß es sich lediglich noch um einen formalen Akt der Ratifikation handeln wird, einer Konferenz vielleicht zustimmen kann. Nach unserer Auffassung ist Vorbedingung für eine Konferenz, daß vorher wirklich volle Einigung zwischen den Mächten nicht nur über Programm, sondern auch über Lösung aller Fragen erzielt wird.

Zu Ihrer rein persönlichen Information: Ich frage mich, ob eine Konferenz wirklich unseren Interessen entsprechen würde. Wir und Österreich-Ungarn würden voraussichtlich von Rußland, England, Frankreich und Italien beständig überstimmt werden. An Kriegsgefahr im Orient glaube ich nicht. Rußland nicht in der Lage, gegen die sehr tüchtige österreichisch-ungarische Armee aufzutreten, Kriegsgeschrei Serbiens und Montenegros nicht ernst zu nehmen. Vielleicht ist es nützlicher, daß

---

* Auf dieses Telegramm hat Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 29. März 1909 hingewiesen. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 116f.

die Welt sich einige Zeit wieder intensiv mit orientalischen Fragen beschäftigt, als wenn Marokko oder gar der deutsch-englische Gegensatz im Vordergrund stehen. Übrigens bemerke ich ausdrücklich, daß letzteren zu mildern unser aufrichtiger Wunsch, worin ich jetzt nicht nur mit Seiner Majestät dem Kaiser, sondern auch mit dem Admiral Tirpitz in Übereinstimmung*. Man macht sich in England noch immer ganz falsche Vorstellungen wie über unsere Flottenpläne so über unsere vermeintlich machiavellistische Politik. Wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, den Bestand des türkischen Reiches aufrecht zu erhalten. Daß wir loyal zu dem uns seit 30 Jahren verbündeten Österreich-Ungarn stehen, kann uns England um so weniger verdenken, als es selbst Frankreich in der viel zweifelhafteren Marokkofrage seine volle Unterstützung gewährt hat.

Glauben Sie, daß der Augenblick günstig, um von England Entgegenkommen bezüglich Bagdadbahn zu verlangen, etwa als Gegenleistung gegen Eingehen unsererseits auf Konferenzidee?

Sagen Sie Iswolsky, daß ich seinem Besuch hier mit Freude und lebhaftem Interesse entgegensehe.

Bülow

Nr. 9029

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 213 Berlin, den 13. Oktober 1908

Ganz geheim.

Nur zu Ew. persönlicher Orientierung.

Ich stimme ganz der Auffassung Euerer Exzellenz zu, daß Türkei ohne Bosnien und Herzegowina leben kann, daß jedoch die Öffnung der Meerengen für sie ein tödlicher Stoß sein würde**. In dieser Beziehung wird Rußland seinen Willen nie durchsetzen, wenn England ihm mit einiger Festigkeit gegenübertritt. Hier hat also England eine Gelegenheit, seine Freundschaft für Türkei anders als mit Redensarten zu betätigen. Wenn England Zypern nicht herausgibt, Ägypten behält, seine Stellung im Persischen Golf weiter ausbreitet und nicht einmal den Absichten Rußlands auf Dardanellen energisch entgegentritt, so dürfte es der Türkei schwerfallen, an wirkliche Freundschaft Englands zu glauben.

Bülow

---

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXX.
** Vgl. Nr. 9017.

Nr. 9030

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 318 — Wien, den 12. Oktober 1908
Ganz vertraulich — [pr. 13. Oktober]

Herzog von Avarna, der soeben aus Pest zurückgekehrt ist, wo er beauftragt war, mit Freiherrn von Aehrenthal in der Konferenzfrage persönlich Rücksprache zu nehmen, sagt mir, er habe den Minister eher günstig für den Zusammentritt der Konferenz gestimmt gefunden. Er habe sich sogar bereit erklärt, der Konferenz auch die Annexion zu unterbreiten, unter der Voraussetzung allerdings, daß keinerlei Diskussion stattfindet, sondern die Konferenz lediglich die vollzogene Tatsache sanktioniert.

Ganz vertraulich habe Freiherr von Aehrenthal noch hinzugefügt: Übrigens werde in nächster Zeit die Annexionsfrage im Einverständnis mit der Pforte eine günstige Lösung finden. Näheres über die Art dieser Lösung hat Freiherr von Aehrenthal nicht gesagt.

Tschirschky

Nr. 9031

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 282a — London, den 12. Oktober 1908
[pr. 13. Oktober]

Iswolsky hat mich heute wiederum aufgesucht und gebeten, Euerer Durchlaucht das Folgende zu telegraphieren: Er finde hier eine äußerst gereizte und schroffe Haltung gegen Österreich, die er zu moderieren suche. England könne sich eine hochmütige Haltung gegen Österreich gestatten, er habe aber mit seinen Nachbarn auszukommen und in Frieden zu leben. Dies betone er hier. Es liege ihm fern, hier ein Komplott zustande zu bringen, welches gegen Österreich oder gar gegen uns gerichtet sei. Es liege ihm daran, daß dieser Eindruck nicht aufkomme. Er wünsche und hoffe unsere Mitarbeit zur Lösung der schwebenden Fragen. Er habe in demselben Sinne mit Sir E. Grey und dem Könige gesprochen, und insbesondere König Edward habe sich dieser Auffassung vollkommen angeschlossen und eine Teilung der Mächte in Gruppen bei den vorliegenden Fragen als schädlich bezeichnet. Der König habe den dringenden Wunsch, daß Deutschland sich beteilige und nicht den Eindruck gewinne, als werde

hier etwas gegen uns gebraut. Auf meine Frage, ob Sir E. Grey unsere Mitarbeit ebenso dringend wünsche wie sein Souverän, gab Iswolsky keine direkte Antwort. Er bemerkte sodann, falls Freiherr von Aehrenthal darauf bestehe, daß die Annexion nicht diskutiert werden dürfe, sei allerdings eine Verständigung kaum denkbar. Es müsse aber doch wohl möglich sein, eine Modalität zu finden, unter der Österreich bei der Konferenz auf die Diskussion der Annexion eingehe. Es könne Österreich doch nicht daran liegen, auf die gleiche Stufe mit Bulgarien gestellt zu werden und zu erfahren, daß die Mächte Österreichs beanspruchte Souveränität über Bosnien und die Herzegowina auch in Zukunft ignorierten und nicht anerkennten.

Hierbei ironisierte er wiederum das österreichisch-bulgarische „Komplott". Herr Pichon habe ihm mitgeteilt, Graf Khevenhüller habe dem ersteren gesagt, die bulgarische Unabhängigkeit werde einen Tag vor der Annexion Bosniens erklärt werden*. Damit sei das Komplott erwiesen. Dies erzählte er, Iswolsky, à qui le veut entendre. Er verwahrte sich nochmals energisch gegen die Aehrenthalsche Behauptung, daß er seine Zustimmung zur Annexion gegeben habe.

Über den Inhalt des zu bearbeitenden Konferenzprogramms wollte der Minister sich nicht näher äußern. Er müsse erst noch weiter mit Sir E. Grey verhandeln. Diese Frage sei noch im Anfangsstadium. Ich bemerkte, er habe mir vorgestern gesagt, daß auf der Konferenz vor allem das Interesse der Türkei wahrgenommen werden müsse und auf ihr keine Fragen behandelt werden dürften, die geeignet seien, das Prestige oder das Interesse der Türkei zu schädigen. Ich hätte seine Bemerkung dahin interpretiert, daß nach seiner Auffassung die Konferenz sich lediglich im Rahmen des Berliner Vertrags bewegen solle und außerhalb desselben liegende Fragen nicht diskutabel seien. Ob ich ihn richtig verstanden habe? Nach kurzer Überlegung bejahte er meine Frage. Ich ging dann einen Schritt weiter, indem ich bemerkte, ich sei zu dieser Frage durch den heutigen Leitartikel des „Temps" veranlaßt worden, der behaupte, daß die Meerengenfrage augenblicklich hier zwischen ihm und Sir E. Grey verhandelt werde. Nach dem, was er, Iswolsky, mir sage, scheine er die Meerengenfrage von der Konferenz ausschließen zu wollen.

Hierauf erwiderte er, er habe nicht die Absicht, die Türkei noch weiter zu embarrassieren durch Vorbringung der Meerengenfrage auf der Konferenz. Als ich darauf bemerkte, diese Frage scheide also nach seiner Ansicht gänzlich aus, kam das Geständnis, so weit gehe er nicht. Es sei ja möglich, daß im Laufe (à la suite) der Verhandlungen eine allseitig annehmbare Lösung dieser Frage gefunden werde. Er könne dies aber vorläufig nicht selbst übersehen.

Es wird also trotz ursprünglicher Ableugnung und Desinteressementerklärung hier doch über Dardanellen verhandelt. Einig sind Sir E. Grey

---

* Vgl. Kap. CXCV, Nr. 8987.

und Iswolsky aber wohl noch nicht. Paris scheint Zustimmung gegeben zu haben. Falls die Dardanellenfrage hier so weit reift, daß sie in den Entwurf zum Konferenzprogramm aufgenommen wird, so sollte die Pforte veranlaßt werden zu erklären, was sie für annehmbar hält und was nicht. England wird dann zu wählen haben.

Sobald ich von Euerer Durchlaucht Instruktion erhalte, werde ich Iswolsky sagen, zu einer ersprießlichen Mitwirkung unsererseits sei in erster Linie erforderlich, daß er mich über alle Phasen seiner hiesigen Verhandlungen über Balkanfragen genau unterrichtet. Lediglich Mitteilung eines fertigen englisch-russischen Programms nach Art früherer Behandlung der mazedonischen Detailfragen sei in diesem Falle, wo es sich um allgemeine europäische Interessen handele, nicht angängig, erschwere eine Lösung und schalte unsere Mitwirkung aus.

Metternich

Nr. 9032

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 357 Therapia, den 12. Oktober 1908
Geheim [pr. 13. Oktober]

Der russische, französische und italienische Botschafter haben heute auf der Pforte erklärt, auch ihre Regierungen gingen von der Ansicht aus, daß internationale Verträge nur durch Zustimmung aller Signatarmächte geändert werden dürften.

Der Großwesir sagte mir, es scheine ihm geraten, die Frage von Bosnien und Herzegowina aus dem Konferenzprogramm auszuscheiden. Er sehe ein, daß bei der Art, wie die Annexion proklamiert worden sei, Österreich-Ungarn eine Diskussion derselben auf der Konferenz nicht zugeben könne. Auch habe das Wiener Kabinett seine* Anerkennung der Annexion verlangt. Seitens der Pforte sei protestiert worden. „Par conséquent la question de la légalité de l'annexion pouvait être laissée en suspens." Ich habe erklärt, daß mir dieser Gedanke durchaus der Situation zu entsprechen scheine.

Auch Tewfik Pascha sprach sich mir gegenüber in demselben Sinne aus und bemerkte vertraulich, der Gedanke sei dem Großwesir von dem englischen Botschafter suggeriert worden. Letzterer sei . . .** bei ihm ge-

* Dem Sinne nach wird statt „seine" zu lesen sein: „keine".
** Zifferngruppe unverständlich.

wesen und habe als Programm für die Lösung der bulgarischen Frage empfohlen: Entschädigung für die Bahn und den Tribut sowie Garantie für die europäischen Besitzungen der Türkei.

Constans, den ich auf der Pforte traf, sagte mir, das Konferenzprogramm müsse als Basis Kompensationen für die Türkei vorsehen, aber eine allgemeine Revision des Berliner Vertrages ausschließen. Auf meine Frage, worin diese Kompensationen für die Türkei bestehen könnten, erwiderte er: „Il faut leur donner de l'argent et leur garantir ce qu'ils ont."

Über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Sir E. Grey und Iswolsky ist hier nichts bekannt.

Marschall

Nr. 9033

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Konzept

Nr. 1406 Berlin, den 13. Oktober 1908

Gestern von Norderney zurückgekehrt, habe ich mich beeilt, heute mit Herrn von Szögyény, der auf einige Tage nach der Heimat zu reisen gedenkt, Rücksprache über die gegenwärtige Lage zu nehmen. Ich habe dem K. und K. Botschafter folgendes gesagt:

Die leichte Mißstimmung, die er bei unserem allergnädigsten Herrn wahrgenommen, als er die Ehre hatte, in Rominten das Handschreiben Kaiser Franz Josephs zu überreichen, das den Entschluß über die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina sowie die Räumung des Sandschaks ankündigte, sei beseitigt. Übrigens sei dieselbe lediglich durch den Umstand hervorgerufen gewesen, daß die gleichartige Mitteilung durch eine eigentümliche Verkettung von Umständen einige Tage früher an den Präsidenten der Republik in Paris gelangt war**. Ich hätte gestern Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Seiner Majestät dem Kaiser und König gehabt und sei nun in der Lage zu sagen, daß Seine Majestät vollkommen den Standpunkt billige und teile, den ich vom ersten Tage an eingenommen, die Auffassung nämlich, daß für uns weder Veranlassung vorliegt noch auch Neigung bei uns besteht, das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bündnispflichten an seiner Seite zu stehen und zu bleiben.

---

* Auf dieses Telegramm ist Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 29. März 1909 eingegangen. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 116 f.

** Vgl. jedoch die kaiserlichen Randbemerkungen zu dem Bülowschen Immediatbericht vom 5. Oktober (siehe Kap. CXCIII, Nr. 8939) sowie die Randbemerkungen des Kaisers zu Nr. 9026.

Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, werde unser Verbündeter auf uns rechnen können. Übrigens fiele es mir schwer, an den Eintritt ernster Komplikationen zu glauben. Von Rußland sei eine feindselige oder gar kriegerische Haltung nicht zu befürchten, da es nach den schweren Erschütterungen, die es durchgemacht, auf ruhige und friedliche Entwickelung angewiesen sei. England dürfte wenig geneigt sein, wegen Orientfragen einen Kanonenschuß abzufeuern. Von Frankreich glaubte ich sicher zu sein, daß es überhaupt keinen Krieg wünsche, am wenigsten einen solchen wegen orientalischer Dinge. Die Ungezogenheiten der Serben und Montenegriner würden, wie ich annehme, wohl auch in Wien nicht tragisch genommen. Wie die Dinge sich aber auch entwickeln mögen, unser Verbündeter könne versichert sein, daß wir weder durch Clemenceaus in dem letzten Brief des Baron Aehrenthal an mich* erwähnten Besorgnisse noch durch etwaige russische Maßnahmen an unserer Ostgrenze in unserer bundesfreundlichen Haltung uns würden beeinflussen lassen. Seine Majestät der Kaiser und König, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den ehrwürdigen Kaiser Franz Joseph bekannt sei, stehe in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten.

Was die Kongreßidee betreffe, so fänden wir den Standpunkt Freiherrn von Aehrenthals nicht nur begreiflich, sondern auch richtig. Der Würde der habsburgischen Monarchie würde es nicht entsprechen, wenn sie gestatten wollte, daß ihre durch die Lage erforderten Entschlüsse der Kritik und dem Arbitrium einer Konferenz unterzogen würden. Die Teilnahme Österreich-Ungarns an einem Kongresse könne auch unserer Überzeugung nach nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Monarchie über die Souveränität Seiner Apostolischen Majestät in Bosnien und der Herzegowina mit der Türkei ein vorheriges Einvernehmen erzielt habe. Wie weit dies zurzeit möglich, ließe sich allerdings noch nicht beurteilen; jedenfalls seien wir bereit, etwaige Wünsche und Bemühungen Österreich-Ungarns zu unterstützen. Auch hätte ich bereits Schritte getan, um die Türken zu überzeugen, daß es sich bei der endgültigen Einverleibung Bosniens und der Herzegowina um Aufgabe eines Scheines handele und es uns nicht verständlich scheine, wenn die Türkei wegen Preisgabe dieser rein äußerlichen Form Verwickelungen heraufbeschwören und deshalb die guten Beziehungen nicht nur zu Österreich-Ungarn, sondern auch zu uns stören würde.

Im engsten Vertrauen fügte ich vorstehendem hinzu: Gegen einen Kongreß oder eine Konferenz spräche aber auch noch der Umstand, daß eine derartige Versammlung auch noch in anderen Fragen einen für Österreich-Ungarn wie für uns unwillkommenen Verlauf nehmen könnte. Es liege durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß sich Mächtegruppen in der Weise bildeten, daß auf der einen Seite Rußland, England

* Siehe Kap. CXCIII, Nr. 8934.

und Frankreich und vielleicht auch Italien, auf der anderen Seite Österreich-Ungarn und Deutschland ständen. Wir würden also von den anderen leicht überstimmt werden.

Nach meiner Auffassung dürfte es sich freilich nicht empfehlen, schon jetzt einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt öffentlich zu bekunden. Noch weniger wäre es aber angezeigt, besonderes Empressement an den Tag zu legen. Vielmehr scheine es mir gut zu sein, auf etwaiges Befragen unsere Meinung dahin zu äußern, der Zusammentritt einer Konferenz erscheine nur dann nützlich, wenn zuvor durch Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett völlige Einigung zwischen den Mächten über alle zu behandelnden Fragen erzielt sei, sodaß es sich nur noch um formale Ratifizierung handeln würde. Bis zur Erreichung dieses Ziels sei aber noch ein weiter Weg.

Erwünscht scheine mir, daß die Anerkennung des in Bulgarien geschaffenen Zustandes nicht eher erfolge, als bis Kompensationen gefunden seien, welche die Türkei für den erlittenen Verlust entschädigen. Eine sowohl die Türkei wie die Betriebsgesellschaft vollauf befriedigende Regelung der Eisenbahnfrage* sei eine selbstverständliche Voraussetzung. Für diese Forderungen sprächen nicht nur Gründe der politischen Moral, sondern auch — und zwar für uns mit großem Gewicht — der Umstand, daß durch eine nicht befriedigende Lösung der Bahnfrage und nicht genügende Berücksichtigung des Tributverhältnisses der Türkei und Ostrumeliens die Gläubiger der Türkei empfindlichen Schaden erleiden würden. Das Festhalten an unserer Österreich-Ungarn freundlichen Politik würde uns gegenüber Parlament und öffentlicher Meinung des eigenen Landes wesentlich erleichtert werden, wenn die Politik der Monarchie mit uns sorgsam darauf bedacht bleibe, daß die wirtschaftlichen deutschen Interessen nicht geschädigt werden.

Euere Exzellenz bitte ich, sich ohne Verzug in vorstehendem Sinne zu Baron Aehrenthal aussprechen zu wollen. Machen es die Umstände erforderlich, so wollen sich Euere Exzellenz zu diesem Zwecke nach Budapest begeben. Ich bitte dabei auch Baron Aehrenthal meinen verbindlichsten Dank für seinen freundlichen und wertvollen Brief** auszusprechen und ihm zu sagen, daß ich auf denselben eingehend zurückzukommen mir vorbehalten darf, sobald meine zurzeit überreichliche Inanspruchnahme mit dringenden äußeren wie inneren Geschäften dies gestattet.

Bülow

---

* Vgl. dazu Kap. CXCIV und Kap. CCII.
** Siehe Kap. CXCIII, Nr. 8934.

Nr. 9034

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 286 London, den 13. Oktober 1908

Heutiges mit Telegramm Nr. 285 gemeldetes Reuter-Communiqué* und gestrige Erklärung Premierministers** lassen kaum mehr Zweifel, daß Einigung über Dardanellenfrage fortschreitet. Wenn ich nicht schleunigst Instruktionen[1] erhalte, werden wir uns vielleicht schon morgen vor die Tatsache eines fertigen französisch-russisch-englischen Konferenzprogramms gestellt sehen.

Für die von Iswolsky gewünschte Kooperation müssen wir verlangen, daß er uns über die hiesigen Verhandlungen reinen Wein einschenkt[2].

Sir E. Grey läßt mich soeben für heute 12 Uhr 30 zu sich bitten.

Metternich

Randbemerkungen von Schoens:

[1] Inzwischen erfolgt.

[2] zunächst ja, aber das genügt nicht

Nr. 9035

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 287 London, den 13. Oktober 1908

Ohne Vorschlag machen zu wollen, stellte mir Sir E. Grey folgende Punkte zur Erwägung für eventuelles Konferenzprogramm:

* Nach Telegramm 285 vom 13. Oktober besagte die Reutermeldung, daß die gegenwärtigen Pourparlers zwischen Grey und Iswolsky einige der vorhandenen Schwierigkeiten beseitigt hätten; es sei nunmehr wahrscheinlich, daß die jüngsten Ereignisse im nahen Osten eine Erweiterung der auf der Konferenz zu diskutierenden Fragen erfordern würden.

** Am 12. Oktober hatte Premierminister Asquith im Unterhause erklärt: es sei für England im Interesse des Wertes der Verträge unmöglich, eine Änderung derselben anzuerkennen, die von einem einzelnen Staate ohne Zustimmung der anderen Vertragsteile vorgenommen werde. England halte daran fest, daß die jüngsten Ereignisse im nahen Orient eine Beratung der Mächte zu dem Zwecke erforderten, um zu einer Vereinbarung zu kommen, welche in gebührender Weise die Interessen der Türkei und derjenigen Staaten berücksichtige, die durch die letzten Veränderungen benachteiligt sein könnten. „Wir hoffen zuversichtlich, daß eine Lösung gefunden werden wird, und wir werden unseren Einfluß verwenden, um eine Sicherheit zu schaffen, daß diese Lösung friedlich und gerecht sei."

1. Annexion und Unabhängigkeitserklärung könnten natürlich nicht wieder rückgängig gemacht werden. Der durch den Vertragsbruch geschaffene Zustand könne aber nicht ohne Vertragsmächte genehmigt werden.

2. Geldentschädigung an die Türkei durch Bulgarien.

3. Aufhebung der Bestimmungen des Berliner Vertrags betreffend Mazedonien und Armenien, nachdem türkische Regierung und Parlament für jene Distrikte Gleichheit vor dem Gesetz aller Rassen und Religionen ausgesprochen und mit Einführung begonnen habe.

4. Aufhebung der Kapitulationen, nachdem moderne Regierungsform in der Türkei praktisch eingeführt sein werde[1].

5. Aufhebung von Artikel 29.

Die Türkei, äußerst mißtrauisch, auf einer Konferenz noch mehr zu verlieren, werde nur zu bewegen sein, an Konferenz teilzunehmen, wenn vorher fest begrenztes Programm und die Sicherheit vorliege, daß keine neuen Opfer von ihr verlangt würden. Meine Frage, die Konferenz würde sich also mit Ausnahme der Kapitulationen nur im Rahmen des Berliner Vertrags zu bewegen haben, bejahte der Minister, und zwar, fügte er hinzu, nur mit Bezug auf die erwähnten Punkte.

Er bemerkte sodann, er habe hiermit lediglich die englische Auffassung für ein Konferenzprogramm dargelegt, es sei möglich, daß Iswolsky in Berlin auch noch andere Fragen wie die Schiffahrtsbestimmungen für die Donau zur Sprache bringen würde. Freiherr von Aehrenthal habe in seiner Rede*, soviel er wisse, auch die Donau schon erwähnt.

Als ich die Bemerkung hinwarf, die Dardanellenfrage scheine Sir E. Grey vom Konferenzprogramm also jedenfalls ausschalten zu wollen, antwortete der Minister, diese komplizierte Frage dürfe seiner Ansicht nach nicht vor die Konferenz gebracht werden, auch schon der Türkei wegen. Als ich frug, ob er beabsichtigte, später an diese Frage heranzutreten, antwortete er, sie könne seiner Ansicht nach nur unter Zustimmung aller beteiligten Mächte geregelt werden (vgl. Äußerung Iswolskys „à la suite der Konferenz" in Telegramm Nr. 282a**). Er frug sodann, wie wir uns zur Dardanellenfrage stellten. Ich antwortete, ich hätte seit Jahren nichts mehr von ihr gehört.

Betreffend Kreta, bemerkte Sir E. Grey, befänden sich die vier Schutzmächte in der unangenehmen Lage, daß sie die Insel dauernd militärisch zu besetzen hätten, wenn sie die Angliederung an Griechenland verhindern wollten. Andererseits hätten die vier Schutzmächte der Türkei seinerzeit

---

* Am 12. Oktober hatte sich Freiherr von Aehrenthal im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation ausführlich über die Beziehungen zur Türkei geäußert, nachdem am 8. Oktober im Ausschuß der österreichischen Delegation ein großes Exposé besonders über die Balkanfragen voraufgegangen war. Siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 273ff.

** Siehe Nr. 9031.

versprochen, daß Kreta nicht griechisch werden dürfe. Die Konferenz solle mit der Kretafrage aber nicht belastet werden. Die Schutzmächte dürften aber wohl Verhandlungen mit der Pforte zu führen haben, um einen Ausgleich zu finden.

Sir E. Grey schien nicht zu beabsichtigen, die Mächte, falls sie über Programm einig werden, zur Konferenz einzuladen, dies könne vielleicht Rußland überlassen werden. „Oder etwa der Türkei", fügte ich als eine rein persönliche Äußerung hinzu.

Der Minister bemerkte, er habe mir die vorstehende Mitteilung gemacht, weil er auf ein gemeinsames Zusammenwirken der Mächte hoffe, und auch deshalb, weil er selbst den Schein vermeiden wolle, als werde hier an eine besondere Gruppierung der Mächte gedacht.

Ich dankte dem Minister für seine offene Aussprache und fügte als meine rein persönliche Ansicht, da ich noch ohne Instruktion sei, hinzu, daß mir sein Konferenzprogramm im großen und ganzen durchaus sympathisch erscheine, wenn es gelingt, über einen schwierigen Punkt hinwegzukommen. Ohne Österreich gäbe es keine Konferenz, und Österreich werde sich nicht dem aussetzen, daß auf ihr die Türkei als Ankläger auftrete und ein Teil der Mächte das Schuldig ausspreche. Ich erblickte aber die Möglichkeit eines Kompromisses darin, daß Österreich sich vorher mit der Türkei über die Annexion verständigt.

Der Minister antwortete hierauf nichts.

Metternich

Randbemerkung von Schoens:

[1] Bedenklich weitgehend.

Nr. 9036

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 288 London, den 13. Oktober 1908

Baron Alfred Rothschild sagte mir soeben, er wisse aus sicherster Quelle, daß hier erwogen werde, Konferenz eventuell ohne Österreich abzuhalten.

Er warf den Gedanken hin, ob wir nicht in dem Falle als Mandatare Österreichs an der Konferenz teilnehmen könnten[1].

Metternich

Randbemerkung von Schoens:

[1] Fällt uns gar nicht ein.

Nr. 9037

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 London, den 13. Oktober 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 224*.

Wenn Österreich sich mit der Türkei über Annexion verständigen kann, halte ich die von Sir E. Grey in Telegramm Nr. 287** skizzierte Konferenz für nützlich. Wir würden auf ihr niemand gegen uns haben, da nach hiesiger Auffassung vollkommene Übereinstimmung über Inhalt und Umfang der Konferenz vorher erzielt werden soll. Rußland will keinen Krieg, Serbien und Montenegro mögen aber den Kopf verlieren und zu schießen anfangen. Dann geht der Krawall auf dem Balkan weiter. Da wir und England aber Bestand der Türkei aufrechtzuerhalten wünschen, so ist durch Konferenz günstige Gelegenheit geboten, dies durch die Tat zu beweisen und mit England, welches ebenso wie wir keinen eigenen Vorteil verfolgt, zusammenzugehen. Unser Bestreben sollte meiner Ansicht nach jetzt darauf gerichtet sein, Einigung zwischen Türkei und Österreich zu fördern, damit letzteres an Konferenz teilnehmen kann. Daß wir Österreich nicht verlassen können, sieht Sir E. Grey vollkommen ein. Sanktionierung der vertragswidrigen Annexion durch . . .*** kann Österreich nur erwünscht sein, wenn der geschädigte Teil, die Türkei, nicht mehr als öffentlicher Ankläger auftritt.

Ich halte es für sehr bedenklich, jetzt mit Bagdad zu kommen. Es würde mißtrauisch machen. England hat keinen größeren Vorteil von der Konferenz als wir. Wir können daher auch keine Gegenleistungen verlangen.

Bitte baldige Äußerung über Sir E. Greys Konferenzprogramm, auch abgesehen von der österreichischen Schwierigkeit.

Metternich

Nr. 9038

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 231 Berlin, den 14. Oktober 1908

Auf Telegramm Nr. 289†. Ich stimme ganz mit England überein, daß vor eventueller Konferenz vollkommene Übereinstimmung über deren

* Siehe Nr. 9028.
** Siehe Nr. 9035.
*** Zifferngruppe unverständlich.
† Siehe Nr. 9037.

Inhalt und Umfang erzielt werden müßte. Dem Programm Sir Edward Greys stehe ich an sich sympathisch gegenüber und würde daher unter obiger Voraussetzung dagegen prinzipielle Bedenken nicht zu erheben haben. Mit Genugtuung begrüße ich insbesondere das Bestreben Sir Edwards Greys, den türkischen Interessen Rechnung zu tragen, worin wir uns völlig begegnen. Auch nach meiner Ansicht sollte von der Türkei der Beitritt zur Konferenz nur verlangt werden, wenn vorher nicht allein das Programm genau festgelegt, sondern auch wirklich Sicherheit dafür geboten wird, daß Türkei keine neuen Opfer bringen müßte, sondern für Verluste moralisch und finanziell Entschädigung erhielte. Sehr befriedigt mich Mitteilung, daß Sir Edward Grey für unser loyales Eintreten für Österreich-Ungarn Verständnis zeigt.

Bülow

Nr. 9039

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 291 London, den 14. Oktober 1908

Ich habe mich Sir E. Grey gegenüber im Sinne des Anfangspassus von Telegramm Nr. 224* ausgesprochen und betont, daß wir uns in der Hauptsache, nämlich im Wunsche, die Türkei zu erhalten, begegneten[1]. Sir E. Grey schien geneigt, der Türkei zu raten, sich mit Österreich über Bosnien zu verständigen, sodaß Konferenz nur noch formale Sanktion vorzunehmen hätte, falls Mächte die von Sir E. Grey suggerierten Konferenzpunkte zugunsten der Türkei anzunehmen gewillt seien. Dies müsse aber erst feststehen, ehe er von der Türkei billigerweise verlangen könne, daß Diskussion über Annexion auf der Konferenz ausgeschieden werde[2].

Wäre dankbar für telegraphische Weisung, ob ich Graf Mensdorff dies mitteilen darf**.

Der praktische Weg, zu einer Konferenz zu gelangen, scheint mir nunmehr vorgezeichnet. Wird er nicht beschritten und scheitert die Konferenz, so werden wir, da wir mit Österreich halten, neben dem marokkanischen Gegensatz auch noch einen Balkangegensatz mit der französisch-englisch-russisch-italienischen Gruppe haben, was zum mindesten den deutsch-englischen Gegensatz nicht mildern wird. Die Dardanellenfrage, bemerkte Sir E. Grey, werde jetzt hier nur ganz akademisch behandelt[3].

Metternich

---

* Siehe Nr. 9028.

** Durch Telegramm Nr. 233 vom 15. Oktober wurde Graf Metternich angewiesen, von Mitteilungen an seinen österreichischen Kollegen Graf Mensdorff zunächst abzusehen.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Richtig

[2] Was halten Sie von diesem Vorschlag? Wollen wir nicht lieber abwarten, was Wien motu proprio tut?[4].

[3] ??

Randbemerkung von Schoens:

[4] Ja, abwarten, namentlich mit Rücksicht darauf, daß Nachrichten aus Wien und Konstantinopel [zufolge] die Aussichten für direkte Verständigung nicht ungünstig.

Nr. 9040

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 293 London, den 14. Oktober 1908

Ich habe Herrn Iswolsky mitgeteilt, daß Euere Durchlaucht sich über seinen Besuch freuen würden. Er reist übermorgen nach Paris und würde voraussichtlich unmittelbar nach der Berliner Hochzeit für einige Tage in Berlin eintreffen.

Nach Klagen über Freiherrn von Aehrenthal, dem Ausdruck des Bedauerns, daß es ihm nicht mehr möglich sein würde, gute Beziehungen zu Österreich zu erhalten, die er stets angestrebt habe, und der Befürchtung, daß die französische[1] Politik für Jahre durch das Vorgehen Österreichs belastet sein werde[2], meinte er, daß Österreich auf der Konferenz[3] par un acte de générosité auch Serbien und Montenegro Kompensation bieten solle in Gestalt von Grenzberichtigungen[4 5]. Als ich äußerte, daß ich es nach meiner persönlichen Ansicht für ausgeschlossen hielte, daß Österreich sich hierauf einließe, da keiner dieser beiden Staaten etwas verloren habe und Montenegro durch Aufhebung von Artikel 29 Vorteile erhalten solle, gab der Minister zu, daß auch er nicht an die Bereitwilligkeit Österreichs in dieser Beziehung glaube. Er wolle aber trotzdem diese Frage bei Euerer Durchlaucht anregen[6].

Die falsche Angabe Freiherrn von Aehrenthals, daß Iswolsky der Annexion zugestimmt habe, will der russische Minister bei erster Gelegenheit in der Duma öffentlich dementieren. Auch Herr Tittoni sei durch die gleiche Behauptung in eine schiefe Lage gebracht, und auch das Verhältnis Italiens zu Österreich habe stark gelitten. Er, Iswolsky, verstehe, daß wir zu Österreich halten, aber erwünscht könnten auch uns die Folgen des Freiherrn von Aehrenthalschen Vorgehens nicht sein.

Ich sagte, wir hielten zu Österreich, ebenso wie er wegen Marokko zu Frankreich gehalten habe. Durch Österreichs Vorgehen sei an dem tatsächlichen Zustande nichts geändert worden, durch Frankreichs Haltung in Marokko habe der tatsächliche Zustand aber zu unserem Schaden geändert werden sollen[7 8].

Falls die Meerengenfrage, so meinte Iswolsky schließlich, gelöst werden könne, so würden manche Schwierigkeiten für die Zukunft verschwinden. Diese Frage solle aber nicht vor die Konferenz gebracht werden[9].

Zum Abschied riet ich nochmals, Österreich den Beitritt zur Konferenz zu erleichtern: denn ohne Österreich keine Konferenz[10].

Metternich

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Wohl russische?
[5] !!
[8] sehr gut.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[2] Gut
[3] ?
[4] ! naiv!
[6] Blech! wird nicht zugegeben
[7] bravo!
[9] Ei! Ei!
also hat London abgelehnt? oder soll Privatabmachu[n]g stattfinden?
[10] wird nicht sein! wir gehen auch nicht hin! Oesterreich will Bosnien nicht auf der Conf[e]r[e]nz haben, Russland die Meerengen nicht, was soll da noch eine Conf[e]r[e]nz!?

Nr. 9041

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 461 St. Petersburg, den 12. Oktober 1908
Streng vertraulich [pr. 15. Oktober]

Herr Tscharykow bat mich heute, ihn aufzusuchen, und las mir ein Telegramm des Herrn Iswolsky über dessen Unterredung mit Seiner Majestät dem König Eduard vor. Danach hat der König gesagt, nach allem, was auf der Balkanhalbinsel vorgegangen sei, könnten größere Schwierigkeiten nur durch die Berufung einer Konferenz vermieden werden. Um diese zu verwirklichen, möge doch Herr Iswolsky während seines Aufenthaltes in Berlin die Kaiserliche Regierung von der Notwendigkeit der Konferenz zu überzeugen[1] und sie zu bestimmen suchen, ihren Einfluß in Wien dahin geltend zu machen, daß Österreich-Ungarn seinen Widerstand gegen die Konferenz fallen lasse[2].

Da Herr Iswolsky, so fuhr Herr Tscharykow fort, ganz die Auffassung der großbritannischen Regierung teile, so hoffe er dringend, in Berlin Verständnis für diese Anschauung sowie die gleichen versöhnlichen Bestrebungen zu finden, von denen er selbst beseelt sei[1].

Ich habe Herrn Tscharykow zugesagt, Euerer Durchlaucht hiervon sogleich Kenntnis zu geben. Er erwiderte, er habe die Erklärung in der

„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"* gelesen und finde darin eine vorzügliche Einleitung zu einer aufrichtigen[3] Verständigung.

Offenbar wünscht Herr Iswolsky und mit ihm Herr Tscharykow, daß die Kaiserliche Regierung wenn möglich schon in diesen Tagen den Freiherrn von Aehrenthal zur Annahme der Konferenz (oder des Kongresses — Herr Tscharykow legte auf den Unterschied kein Gewicht) zu bestimmen sucht[1], damit Herr Iswolsky nach St. Petersburg schon mit der Nachricht zurückkehren kann, daß die von ganz Rußland geforderte Konferenz zustande kommt. Nach hiesiger Auffassung erheischt es nämlich das Prestige Rußlands, daß die Konferenz sogleich berufen werde[4], Schlag auf Schlag nach dem Vorgehen des Freiherrn von Aehrenthal. Ich habe dies mehrfach unter anderen auch im Kaiserlichen Yachtklub von dem Großfürsten Nikolaus Michailowitsch aussprechen hören. Herr Tscharykow war während der längeren Unterredung weit vorsichtiger. Obwohl deutlich die gekränkte Eigenliebe Rußlands an ihm zu bemerken war, stellte er doch die Sachlage so dar, als ob England, tief entrüstet über Österreich-Ungarn — von Bulgarien war weniger die Rede — aus allgemeinpolitischen Erwägungen heraus zur Konferenz dränge[5], welche auch Rußland, das ebenso wie Deutschland[6] für Ruhe und Frieden einträte, gleichfalls zur Schaffung klarer Verhältnisse für erforderlich erachte[7]. Um nun den heißen Wunsch nach der sofortigen Berufung zu erklären, meinte Herr Tscharykow, die russischen Wertpapiere seien erheblich gefallen, woraus nach Angaben des Finanzministers täglich ein großer Verlust entstehe[8]. Damit nicht genug, wirke der Börsensturz ungünstig auf die Bedingungen der großen neuen Anleihe ein. Wenn zum Beispiel Rußland auf viele Jahre hin etwa 5% statt $4^1/_2$% zu zahlen haben werde, so käme es darauf hinaus, daß Rußland les pots cassés bezahlen müsse[9], bloß weil es Baron Aehrenthal beliebe, in eigenmächtiger Weise vorzugehen.

Es schien mir, als wollte Herr Tscharykow durch die Betonung der Finanzfrage nicht den Verdacht aufkommen lassen, daß Rußland die Gelegenheit zur Erreichung von Sondervorteilen benutzen möchte. Da mir der Augenblick gegeben schien, um auf einem vorsichtigen Umwege etwas tiefer in die Pläne hineinzusehen, so erwiderte ich, ich wüßte nicht, ob außer Österreich-Ungarn noch andere Mächte Bedenken gegen die Konferenz hätten; zum Beispiel sei mir nicht bekannt, wie die Türkei darüber denke, nachdem die ganze russische Presse für die Aufhebung der Meerengenbestimmungen eingetreten sei, welche die „Nowoje Wremja" als das Minimum der russischen Forderungen bezeichne. Hierzu meinte Herr Tscharykow: „Nein, die Türkei wünscht durchaus die Konferenz, sie weiß

* Am 7. Oktober hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ein Telegramm der „Kölnischen Zeitung" wiedergegeben, das zunächst konstatierte, daß Deutschland keinerlei Anregung zu der Annexion Bosniens gegeben habe, und dann neben der prinzipiellen Bereitschaft Deutschlands, an einem Kongreß teilzunehmen, die doch gegen eine Konferenz sprechenden Bedenken hervorhob. Siehe den Text bei Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 143f.

sehr gut, daß die Russen ihre Freunde sind, daß wir ihnen Genugtuung verschaffen werden, welche Bulgarien zu gewähren hat; mit der Türkei wird sich Rußland leicht verständigen können, auch hat sie zuerst das Wort ‚Konferenz' gebraucht."

Daß Rußland fortan die Interessen des Sultans zu schützen berufen ist, kann man jetzt öfters in der St. Petersburger Presse lesen[10].

Herr Tscharykow hat bei seiner Antwort die Dardanellenfrage absichtlich nicht berührt, auch keine andere Forderung Rußlands im eigenen Interesse als bevorstehend bezeichnet. Obwohl im Laufe des Gespräches zweimal dazu Gelegenheit gewesen wäre, hat er sich nicht dahin geäußert, daß Rußland nicht auch Wünsche habe. Ich gewann die Überzeugung, daß Rußland, falls es nicht schon zur Aufrollung der Meerengenangelegenheit entschlossen ist, sich doch wenigstens die Berührung dieser Frage vorbehalten will.

Im Vergleich hierzu schien mir von geringerem Interesse die Äußerung des Herrn Tscharykow zu sein, daß Rußland nichts gegen die Absicht Österreichs habe, den Serben eine Beteiligung an der Donaukommission hinsichtlich einer Teilstrecke des Flusses zuzugestehen. Ob Rußland noch weitere Konzessionen für Serbien wünscht, wurde mir nicht gesagt, ich vermute es aber aus anderen Gründen, weil man hier ein außergewöhnliches Mitleid mit den serbischen Brüdern zur Schau trägt, da sie einer Hoffnung beraubt seien.

Sollte Montenegro von einigen Beschränkungen des Berliner Verrages befreit werden, so ist dies der russischen Regierung willkommen. Dagegen scheint letztere es nicht für erwünscht zu erachten, daß sich Montenegro einen eigenen Kriegshafen anlegt.

Großen Nachdruck legte Herr Tscharykow darauf, daß Bulgarien die Türkei entschädige. Die Lostrennung Bosniens und der Herzegowina von Österreich-Ungarn steht nicht in dem Programm.

Ich habe verschiedentlich durchblicken lassen, daß Deutschland den Interessen seines langjährigen Bundesgenossen nicht entgegenarbeiten kann, natürlich ohne irgendwie der Türkei zu nahe zu treten. Herr Tscharykow fand diesen Standpunkt durchaus begreiflich und meinte, daß angesichts der feindlichen Haltung Englands[11] das Eingehen auf den Kongreßvorschlag für Österreich-Ungarn vorteilhaft sein werde. Er bat mich, seine Mitteilungen als streng vertraulich zu betrachten und auch nicht mit dem Grafen Berchtold darüber zu sprechen, da sie nur eine Vorbereitung zu der Unterredung des Herrn Iswolsky mit Euerer Durchlaucht bildeten.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nein!
[2] nein! ganz bestimmt nicht
[3] doch nur von unsrer Seite!
[4] geht uns garnichts an!

[5] Stim[m]u[n]g[s]mache gegen uns!
[6] !
[7] sind bereits geschaffen und werden nur verwirrt durch die Conf[e]r[e]nz!
[8] das ist ja ein wahrer Segen!
[9] könnte ja gar nichts besseres passiren
[10] ist ja rührend
[11] bluff!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Iswolski ist mit der Sandschackbahn und der Annexion sowie der Verabredu[n]g mit Bulgarien, durch Aehrenthal mehrfach gründlich gepritscht worden, und kommt sich gänzlich blamirt vor. Er fährt seit Monaten in ganz Europa — exc[lusive] Deutschland — umher um sein face den Russen gegenüber zu retten und mit irgend einem Erfolge nach Hause zu kommen. Das soll nun die Conferrenz sein. Und wie gewöhnlich sollen wir ganz gutmüthig den von ihm mit London u[nd] Paris ohne uns zu fragen getroffenen Abmachungen über die Welt einfach zustimmen. Das thue ich ganz bestimmt nicht. Iswolski hat sich persönlich, in seiner Politik, in seiner Presse im letzten $1^1/_2$ Jahren dergestalt unerhört gegen mich und mein Land benommen, daß er mal feste geduckt werden und eins auf den Kasten bekommen muß. Ich bin gegen die Confer[e]nz, weil, wie S[eine] D[urchlaucht] der Reichskanzler richtig bemerkte, dieselbe schließlich doch in einem Zusammenschluß der anderen Mächte gegen uns endigt. Für Oesterreich ist es auch besser nicht hinzugehen, um nicht den Schein zu erwecken, daß über dasselbe zu Gericht gesessen werden soll. Wenn die Russen Compensationen haben wollen, sollen sie den Aehrenthalschen modus procedendi nachahmen und einfach durch die Dardanellen durch fahren, damit ist die Frage ohne Conferenz erledigt!

Nr. 9042

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 463 St. Petersburg, den 12. Oktober 1908
[pr. 15. Oktober]

Die hiesige Stimmung läßt sich wohl am besten dadurch charakterisieren, daß man hofft, mit Hilfe Englands gegen den Freiherrn von Aehrenthal ein tüchtiges Strafgericht abzuhalten[1]. Deutschland soll nach russischer Auffassung wenn möglich den Haftbefehl vollstrecken[2]. Selbst die Sandschakbahn ist noch nicht verziehen, wie mir heute im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten erklärt wurde.

Da nun die Konferenz bisher nicht sichergestellt ist, so begnügt man sich einstweilen damit, in der Presse in einer geradezu flegelhaften Art und Weise gegen Österreich-Ungarn zu schimpfen.

Baron Aehrenthal, früher in allen Petersburger Kreisen sehr beliebt, wird in der „Nowoje Wremja" als Judenabkömmling[3] bezeichnet, dessen Familie sich an Militärlieferungen bereicherte, während demselben Blatte zufolge ein von dem Prinzen von Fürstenberg* dem Redakteur des „Slowo" gewährtes Interview „mit der Wahrheit nichts gemein hat".

* Botschaftsrat bei der österreich-ungarischen Botschaft in Petersburg.

Einige russische Herren, die sich zu ihrem Ärger in dem Baron Aehrenthal früher getäuscht hatten, hörte ich in einem Salon sagen: „Qui aurait cru que cet homme flasque eût tant d'énergie!"

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig! Die Conf[e]r[e]nz soll über Oesterreich zu gericht sitzen
[2] das habe ich bemerkt und werde es nicht!
[3] Lexa!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig erkannt!

Nr. 9043

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 294 London, den 15. Oktober 1908

Die „Times" gibt heute in einem Communiqué die Ansichten Iswolskys, wie er sie auch mir gestern mitgeteilt hat, genau wieder mit dem Bemerken, daß dasselbe eine autoritative Wiedergabe des russischen Standpunktes enthält. Iswolskys Appell an die Öffentlichkeit ist durchaus intransigent. Österreich-Ungarn müsse sich dem Urteil Europas vor einer Konferenz unterwerfen. Außer der Türkei müßten Serbien und Montenegro Kompensationen erhalten, und zwar nicht auf Kosten der Türkei. Hierin sei Rußland mit den Westmächten im Einvernehmen. Dann folgt Lob auf die Türkei. Rußland verlange auf der Konferenz keine Kompensationen. Wenn die Meerengenfrage aber nebenbei geregelt werden könne, so würde dies sowohl das anglo-russische Einvernehmen wie die russische Freundschaft mit der Türkei befestigen. Eine der wichtigsten Folgen des österreichisch-bulgarischen Vorgehens bestehe darin, daß die engen Beziehungen zwischen England, Frankreich und Rußland sich noch herzlicher gestaltet hätten und ihre gemeinsame Freundschaft mit der Türkei gefestigt würde. Schließlich schroffes Dementi gegen österreichische Auslegung der Buchlauer Konversation.

Iswolskys Publikation, obwohl nicht unter seinem Namen, verschärft die Situation, ist nicht geeignet, die Trennung der Mächte in Gruppen, wie es angeblich sein mir ausgedrückter Wunsch ist, zu verhindern, spielt in Serbien und Montenegro mit dem Feuer und stellt die Möglichkeit einer Konferenz wieder in Frage. Ich halte mich aber nicht für berufen, ihn ohne Auftrag hierauf aufmerksam zu machen. In meinen freundschaftlichen Gesprächen habe ich vielmehr jeden Gegensatz mit ihm vermieden. Sein hiesiger Aufenthalt hat ihn augenscheinlich kühner gemacht. Es ändert dies aber nichts an der Tatsache, daß ohne oder gegen uns die

Balkanfrage nicht gelöst werden könne. Sir E. Greys Verhalten ist loyal und offen.

Konferenz erscheint auch deshalb wünschenswert, um immer kühner verbreitete Fabel, als seien Westmächte und Rußland einzige Freunde der Türkei, durch die Tat zu widerlegen.

Aus langem Gespräch, das ich gestern mit türkischem Botschaftsrat* hatte, klang heraus, daß die Türkei tatsächlich trügerische Hoffnung auf Lostrennung Ostrumeliens von Bulgarien nährt.

Metternich

Nr. 9044

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 248 Paris, den 15. Oktober 1908

Pichon ließ mich heute nachmittag zu sich bitten, um mir folgendes mitzuteilen: Die Londoner Verhandlungen zwischen Sir E. Grey, Iswolsky und Cambon hätten zur Aufstellung eines Programms geführt, auf Grund dessen eine Verständigung zwischen Signatarmächten Berliner Vertrags betreffend Einberufung einer Orientkonferenz angestrebt werden sollte. Das Programm, so war verabredet worden, sollte geheim bleiben, damit jede vorzeitige Diskussion hintangehalten würde. Nur die Dreibundmächte sollten hier durch Pichon verständigt werden[1]. Zur peinlichsten Überraschung des Ministers sei „Havas" durch ausführliche Londoner Depesche in Lage versetzt worden, Gesamtprogramm in der ursprünglich in London vereinbarten Form zu publizieren**. Pichon ist dies um so unangenehmer, da er sofort, als ihm heute früh der Programmentwurf mitgeteilt wurde, gegen Punkt 7 Einspruch erhob, welcher zugunsten Serbiens und Montenegros Grenzberichtigungen und auf Kosten Bosniens und Herzegowinas vorzunehmen wünschte[2]. Die demgegenüber von Pichon vorgeschlagene Fassung: „Avantages à consentir à la Serbie et au Monténégro" sei dann in London auch gutgeheißen worden. Der Minister erklärte mir noch diesbezüglich, daß er absichtlich jene ganz vage Form gewählt habe, da ihm in der Tat nichts daran liege, daß den beiden genannten Ländern irgendwelche Vorteile gewährt würden[3]. Sein ganzes Bestreben, so sagte Pichon zum Schluß, gehe dahin, zu verhindern, daß es wegen der Orientdinge zu verschiedener Mächtegruppierung komme[4]. Ganz besonderen Wert würde er darauf legen, wenn es sich bei dieser Gelegenheit zeigte, daß Frankreich und Deutschland in wichtigen Fragen

* Dschewad-Bey.

** Vgl. auch das folgende Schriftstück. Den Text der „Havas"-Depesche vom 15. Oktober siehe bei Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 344.

zusammengehen könnten[5]. Sollten etwa bei uns noch „hésitations" bestehen, so hoffe er, daß der Berliner Besuch Iswolskys dieselben beseitigen würde.

Lancken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] So! wie höflich!
[2] das genügt um Wien in Harnisch zu bringen und die Conferenz auszuschlagen!
[3] wird den Appetit aber der beiden Hunde wecken, die mit Phrasen nicht abgespeist werden können!
[4] kommt doch! ganz unabänderlich!
[5] nicht ohne Oesterreich, erst recht nicht dagegen

Nr. 9045

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 London, den 15. Oktober 1908

Inhalt von Telegramm 231* soeben mit Sir E. Grey besprochen. Er teilte mir vertraulich eine Zusammenstellung mit, die das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Iswolsky bilde und als Grundlage eines Meinungsaustausches zwischen den Mächten über ein Konferenzprogramm dienen könne. Also noch kein Programm selbst.

Sie lautet:

Confidentielle.

Les points suivants pourraient être adoptés par les Puissances comme devant faire l'objet des travaux de la Conférence:

1. La Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie.
2. La Bosnie et Herzégovine[1].
3. Sandjac de Novibazar.
4. Stipulations de l'article 23 du traité de Berlin**, concernant les provinces de la Turquie d'Europe.[2]
5. Article 61, concernant les provinces habitées par les Arméniens.
6. Stipulations de l'article 29, limitant les droits souverains du Monténégro.
7. Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro[3].
8. Droits des Etats Balkaniques en tant que riverains du Danube[4].
9. Questions des capitulations et des bureaux de postes étrangers en Turquie.

Postscriptum. — La question de la Crète comme étant plus directement du ressort des quatre Puissances protectrices[5], ces dernières l'examineront de concert avec la Turquie et en référeront à la Conférence.

* Siehe Nr. 9038.
** Siehe den Wortlaut der einschlägigen Bestimmungen der Berliner Kongreßakte in „Das Staatsarchiv", Bd. 34, S. 277ff.

Auch dem türkischen und italienischen Botschafter* ist diese Zusammenstellung von Sir E. Grey mitgeteilt worden, dem österreichisch-ungarischen aber nicht[3]. Wenn ich bis morgen nachmittag nicht andere Weisung erhalte, werde ich sie vertraulich dem Grafen Mensdorff zeigen[6].

Da Nummer 6 und 8 bereits die Vorteile andeuten, die Österreich eventuell zu geben gewillt ist, und Nummer 7 nicht, wie der Minister ausdrücklich bemerkte, auf Kosten der Türkei ausgeführt werden soll, so sagte ich ihm, daß Österreich nach meiner Überzeugung nicht darauf eingehen würde[7].

Er antwortete, zunächst sei das wichtigste, die Türkei zu bestimmen[8], an Konferenz teilzunehmen (dem Grafen Mensdorff hat der Minister heute gesagt, er würde sich freuen, wenn Österreich sich mit der Türkei verständigte). Es solle ja Meinungsaustausch über die neun Punkte stattfinden. (Nummer 7 ist nur für die Galerie, auf Drängen Iswolskys eingereiht worden, der als Beschützer der Slawen auftreten will. Daher nicht ernst zu nehmen. Aber immerhin besser, Österreich und nicht uns die Ablehnung zu überlassen, wenn die Zeit dazu kommt[9].)

Postscriptum hinzugefügt im Hinblick auf Artikel 23 des Berliner Vertrages.

Heut abend in Paris veröffentlichte Version der englisch-russisch-französischen Vereinbarung für Konferenzprogramm ist vor definitivem mir mitgeteilten Abschluß über die neun Punkte erfolgt und soll, falls abweichend, wie mir Sir E. Grey sagt, morgen dementiert werden.

Morgen soll ebenfalls eine offiziöse englische Mitteilung in die Presse kommen über Iswolskys hiesige Verhandlungen. Sir E. Grey hat sie mir gezeigt. Sie ist ruhig und nicht aufreizend wie das heutige Iswolskysche Communiqué.

Dieser hat übrigens noch heute dem Grafen Mensdorff gesagt, daß er versöhnlich und moderierend Österreich gegenüber wirken werde. Alles werde aber von seinen Besprechungen in Berlin abhängen[10]. Ich bin geneigt zu glauben, daß er nur viel Staub aufwirbelt, um schließlich die freie Durchfahrt durch die Meerengen zu erhalten.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Ausgeschloßen!
[2] !Blech!
[3] !
[4] ?
[5] So?!
[6] ja
[7] richtig
[8] die will also auch nicht
[9] natürlich Daher besser keine Conferenz!
[10] Das lügt der Kerl! ich werde nicht der Büttel sein den Anglo-Gallo-Russisch[en] Spruch an Oesterreich zu vollziehen!

---

* Marchese di San Giuliano.

Schlußbemerkung des Kaisers auf der Abschrift:

Graf Hoyos*, den ich heute auf der Jagd traf sagte mir Oesterreich wolle keine Conferenz und vor allem niemals hingehen von** Bosnien auf dem Programm stehe. Ich habe ihn bestärkt, und gesagt ich verspräche mir nichts von einer Conferenz, die doch nur über den Kaiser zu Gericht sitzen wolle. Ich ginge nicht hin wenn Wien nicht ginge.

Nr. 9046

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an Kaiser Wilhelm II.

Unsignierter Entwurf von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 16. Oktober 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldreichen Direktiven entsprechend habe ich in den Instruktionen an Allerhöchstdero Botschafter und in den Unterredungen mit den hiesigen Botschaftern der Mächte die Bedenken vertreten, die gegen eine Konferenz in der Orientfrage sprechen. Es ist dabei von mir ausdrücklich betont worden, daß wir uns an einer Konferenz nur dann beteiligen könnten, wenn Österreich-Ungarn und die Türkei ihr zustimmten. Im übrigen erscheine uns der Zusammentritt einer Konferenz nur dann nützlich, wenn zuvor durch Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett völlige Einigung über alle zu behandelnden Fragen erzielt sei, sodaß es sich nur noch um formale Ratifizierung handeln würde. Sonst könne die Konferenz zu schlimmen Überraschungen führen. Dagegen habe ich es vermieden, einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt in der Frage zu bekunden, schon um nicht etwa neuen Ausstreuungen Raum zu geben, daß wir die Störenfriede des europäischen Konzerts wären.

Mit Rücksicht auf die lebhaften Beziehungen, die König Georg** mit den Westmächten unterhält, glaube Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldvollen Erwägung alleruntertänigst ich anheimstellen zu dürfen, ob es sich nicht empfehlen möchte, auch dem Könige und seiner Umgebung gegenüber den Eindruck zu vermeiden, als ob wir allein oder auch nur ganz besonders gegen die Konferenz wären. Die Gefahr dürfte nahe liegen, daß derartige Andeutungen, die wohl durch die Umgebung Seiner Majestät den Weg nach Paris und London fänden, nur den Eifer der Westmächte für die Konferenzidee stärken würden.

Bemerkung von Schoens am Kopf des Schriftstücks:

Durch mündlichen Vortrag bei Seiner Majestät erledigt.

16./10. v. Sch.

* Legationssekretär bei der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin.

** Verschrieben für „wenn".

*** König Georg von Griechenland traf am 17. Oktober zu eintägigem Aufenthalt in Berlin ein. Am 18. setzte er die Reise nach Paris fort.

Nr. 9047

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 371 Therapia, den 16. Oktober 1908

Rifaat Bey telegraphiert, wie mir Tewfik Pascha sagt, aus London, Sir E. Grey habe ihm erklärt: in den Verhandlungen mit Iswolsky über das Konferenzprogramm sei auch die Meerengenfrage zur Besprechung gelangt, und er — Grey — habe dabei die Ansicht geäußert, daß es zunächst Sache Rußlands und der Türkei sei, sich darüber zu verständigen[1]. Sir E. Grey wünscht nun zu wissen, wie die Pforte darüber denke? Tewfik Pascha hat alsbald den Botschafter telegraphisch beauftragt, dem Minister zu erklären, die Pforte erachte die Bestimmung über die Meerengen für einen Teil des internationalen Vertragsrechts, an dem die Pforte festzuhalten gedenke. Durch Verhandlungen mit einer einzelnen Macht könne dieses Recht nicht geändert werden, sondern nur im Einverständnis mit allen Kontrahenten[2]. Unter diesen Umständen könne die Pforte in dieser Frage Rußland keine Konzessionen machen, ohne zu wissen, welche Folgerungen England und die übrigen Mächte daraus ziehen würden[3].

Tewfik Pascha meint, Sir E. Grey habe sich durch den Hinweis auf eine türkisch-russische Verständigung aus der Verlegenheit gezogen, da er dem Wunsch Iswolskys kein kategorisches Nein entgegensetzen wollte[4]. Dabei behalte sich England vor, falls die Durchfahrt der russischen Schiffe von der Türkei konzediert werde, das gleiche für sich zu verlangen, was natürlich für Rußland unannehmbar sei. Auf die damit der Pforte zugedachte Rolle werde dieselbe sich nicht einlassen[5].

Diese Ansicht teile ich. Übrigens hat schon Lord Salisbury auf dem Berliner Kongreß (Protokoll Nr. 18) die englische Auffassung der Meerengenklausel dahin festgelegt, daß damit nur die Verpflichtung geschlossen sei, die unabhängigen Entschlüsse des Sultans zu respektieren, während Rußland (Protokoll Nr. 19) die andere Ansicht vertrat.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wie der Maroccanische Vertrag mit Frankreich unter Durchlöcherung des Madrider Vertrages!
falsch! Das ist eine internationale Frage, die nicht von 2 Mächten einseitig erledigt werden kann!

[2] bravo! richtig!

[3] richtig

[4] sehr möglich!

[5] gut

Nr. 9048

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 329 Wien, den 16. Oktober 1908
[aufgegeben am 17. Oktober]

Ich habe heute eine eingehende Besprechung mit Freiherrn von Aehrenthal auf Grund hohen Erlasses Nr. 1406 vom 13. d. Mts.* gehabt. Der Minister läßt Euerer Durchlaucht seinen wärmsten Dank für die darin bekundete bundesfreundliche Gesinnung sagen und gab seiner Freude Ausdruck über die völlige Übereinstimmung, die zwischen Euerer Durchlaucht und ihm in der Auffassung in betreff aller schwebenden Fragen herrsche.

Minister las mir Brief vor, den er gestern an Euere Durchlaucht gesandt hat**, und bemerkte, es liege ihm sehr viel daran, Euere Durchlaucht genau über den Charakter seiner Abmachungen mit Herrn Iswolsky in Buchlau zu orientieren, ehe der russische Minister in Berlin eintreffe. Nach einem Telegramm, das eben von Graf Mensdorff einlief, hat Herr Iswolsky diesem gesagt, er messe seiner Besprechung mit Euerer Durchlaucht in Berlin große Bedeutung für die weitere Entwickelung der Dinge bei. Er werde in der Duma allerdings eingehend über die Abmachungen in Buchlau reden müssen, „mais il ne dirait rien pour compliquer la situation". Hiesiges Preßbüro hat, wie ich anderwärts erfahre, gleichfalls Weisung, die Divergenz mit Herrn Iswolsky möglichst abzuschwächen.

Bericht folgt morgen***.

Tschirschky

Nr. 9049

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 378 Therapia, den 17. Oktober 1908

Der Großwesir sagte mir heute, er sehe in dem in London ausgearbeiteten Konferenzprogramm viel guten Willen, aber wenig für die Türken Nützliches. Die finanzielle Frage stehe für sie in zweiter Reihe. Im Vordergrund stehe die Notwendigkeit des effektiven Schutzes gegen aggressive Tendenzen Bulgariens. Die autonome Provinz Ostrumelien, wie sie der Berliner Vertrag vorgesehen, habe diesen Schutz gewährt.

---

* Siehe Nr. 9033.
** Siehe Nr. 9055.
*** Siehe Nr. 9051.

In welcher Weise die Mächte nach Beseitigung derselben den türkischen Besitz namentlich in Mazedonien sicherstellen könnten, wisse er nicht. Auch sei ihm unverständlich, warum die Serben einen Anspruch auf Kompensationen haben sollten.

Marschall

Nr. 9050

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 252 Paris, den 17. Oktober 1908
[aufgegeben am 18. Oktober]

Minister Iswolsky besuchte mich heute kurz nach seiner Rückkehr von London und sprach fast ununterbrochen während einer guten Stunde über die orientalische Krisis. Er wiederholte mir fast wörtlich, was er dem Kaiserlichen Geschäftsträger Freiherrn von der Lancken am 8. Oktober (Telegramm Nr. 239*) gesagt.

Er klagte in äußerster Erregung über die Handlungsweise des Freiherrn von Aehrenthal, mit dem er weitere persönliche Unterhandlungen ablehne, welche fernerhin nur über Berlin gehen müßten[1]. Er behauptet, in seiner Begegnung mit Freiherrn von Aehrenthal in Buchlau von der Lösung der bosnischen Frage als von einem nicht akuten, später einmal zu lösenden Problem gehört zu haben, hätte den Minister aber gleich auf den Ernst eines solchen Planes aufmerksam gemacht und ihm nicht verhehlt, daß die Durchführung einer derartigen Politik die größte Gefahr für den Frieden und die guten Beziehungen zu Rußland (als slawische Macht) in sich schließe. Außerdem sei die bosnische Frage nicht, wie Freiherr von Aehrenthal behauptet habe, zwischen Österreich und der Türkei zu lösen, sondern sie müsse im Konzert der Mächte gelöst werden. Das Vorgehen Österreichs wäre wohl nicht als casus belli anzusehen, müßte aber eine tiefe Verstimmung gegen Österreich hervorrufen, die sich um so schärfer akzentuieren würde, wenn nicht eine entsprechende Kompensation, namentlich den Serben, gewährt würde[2]. Rußland verfolge keinerlei territoriale Vorteile für sich und würde sich mit der Öffnung der Meerengen für die riveränen[3] Staaten — und nur im Falle eines Krieges — begnügen, eine Forderung, welche dem Freiherrn von Aehrenthal ganz plausibel seinerzeit geschienen. Er, Iswolsky, müßte erneut für die Interessen der slawischen Völker des Balkan eintreten[4]. Die Forderung Serbiens einer Kompensation in Form einer territorialen Vergrößerung[5] erscheine ihm um so mehr gerechtfertigt, als Österreich Bosnien, die Türkei Nowipasar[6], Bulgarien Ostrumelien und die Unabhängigkeit und selbst Montenegro Antivari und Griechenland Kreta erhalten würden. Wenn Österreich eine

* Siehe Nr. 9010.

großmütige und weitsichtige Politik verfolge, würde es „wie ein reicher Mann einem armen Mann" einen Brocken in Form eines Streifen Landes — Bosnien —[7] hinwerfen. Wenn dies nicht geschähe, würde in Serbien stets ein Herd der Unzufriedenheit glimmen, der über kurz oder lang zum Ausbruch von ernsten Feindseligkeiten führen müßte[8].

Trotz meiner Einwendungen, daß Österreich doch wohl nicht umhingekonnt, einen Dezisivschritt gerade in diesem Augenblick zu machen, und es ausgeschlossen erscheine, daß Österreich Serbien abfinde[9], ließ der Minister meine Argumente nicht gelten und redete sich nur noch mehr in eine erregte Stimmung hinein. So hob er mit einiger Bitterkeit hervor, daß das bulgarische Vorgehen auf österreichische Umtriebe zurückzuführen sei, und daß dasselbe in Wien längst vorher bekannt gewesen.

Als der Gegenstand erschöpft war, kam der Minister auf seinen Londoner Besuch zu sprechen und versicherte mich, daß derselbe keineswegs darauf hinziele, eine Gruppierung zu schaffen, die direkt oder indirekt gegen Deutschland gemünzt sei[10]. Gewisse direkte Interessen zwischen Rußland und England habe er zu erledigen gehabt, er habe aber jeden Punkt ausgeschaltet, der irgendwie Deutschland berühren könnte. Sein dringender Wunsch wäre, mit Deutschland auf dem freundschaftlichsten Fuß zu stehen[11]. Er fügte etwas zögernd hinzu, wenn nur die Kaiserliche Regierung sich nicht allzu parteiisch für Österreich engagieren wollte. Österreich sei ein Störenfried[12]. Er, Iswolsky, habe getrachtet, mit Österreich gut zu stehen, was ihm sogar im eigenen Lande zum Vorwurf gemacht worden sei, er habe die Beziehungen mit Deutschland freundschaftlich zu gestalten gewußt[13], und — da komme Österreich und mache ihm einen Strich durch die Rechnung, der alles aufs Spiel setze.

Er gehe jetzt nach Berlin und hege die feste Zuversicht, daß Euere Durchlaucht als der „einzige wahre Arbiter der Situation", von dem allein eine friedliche und für alle Teile befriedigende Lösung abhänge, das Gewicht der Gerechtigkeit und der Unparteilichkeit in die Wagschale legen werden[14].

Es würde von unabsehbaren Folgen sein, wenn Deutschland sich Österreich zuliebe von der Teilnahme der Konferenz enthalten wolle[15]. Was hätte Deutschland für ein Interesse, Rußland zu demütigen?[16] Wollte Deutschland sich ganz von der Konferenz zurückhalten, würde dies eine bedauerliche Spaltung unter den Mächten ergeben, was er gerade auch in London zu vermeiden getrachtet. Auch sei er ganz außer sich über die unerklärliche indiskrete und falsche Wiedergabe der einzelnen Punkte, die er mit Sir E. Grey besprochen. Ihm selbst sei sogar in Paris diese Perfidie fälschlich in die Schuhe geschoben worden, er könne mir aber die bindende Versicherung geben, daß er ganz unschuldig an der Veröffentlichung sei*.

---

* Vgl. Nr. 9044 nebst Fußnote **. Am 22. Oktober berichtete jedoch Graf Metternich aus London (Nr. 991): „In hiesigen französischen Botschaftskreisen wird mit Bestimmtheit behauptet, die Veröffentlichung des Konferenzprogramms durch die ‚Agence Havas' sei von hiesiger russischer Seite, und zwar von Herrn Iswolsky selbst, veranlaßt worden."

Die erwähnten Punkte seien weiter nichts als ein Gedankenaustausch in Präliminarbesprechung, solle aber kein festes Programm, keine solution bedeuten.

Während des ganzen Redeflusses habe ich kaum Gelegenheit finden können, ein Wort oder eine Bemerkung einfließen zu lassen, habe aber auf das hingewiesen, was Euere Durchlaucht mir noch dieser Tage über die Konferenzbeteiligung gesagt hatten, und hinzugefügt, daß unser Verhältnis zu Österreich uns große Verpflichtungen auferlege[9], die wir trotz des aufrichtigen Wunsches, den Interessen Rußlands Rechnung zu tragen und auf die Türkei[17] Rücksicht zu nehmen, nicht aus dem Auge lassen können.

Heute abend findet ein großes Fest auf der russischen Botschaft und Montag ein Diner im Auswärtigen Amt zu Ehren des Herrn Iswolsky statt. Wie der .....* mir sagte, möchte er am 23. Oktober in Berlin sein, um nicht vorher während der Vermählungsfeierlichkeit zu stören.

Nachschrift.

Soeben sagt mir Herr Iswolsky auf der russischen Soiree, seine Nachrichten aus Bulgarien seien sehr ernst, und fürchte er den Ausbruch von Feindseligkeiten[18].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Danke recht sehr! Damit wir die Schuld haben, wenn Oesterreich nicht will, oder der Türkei die Meerengen abnehmen sollen für Russland!
[2] !
[3] für uns alle! oder nicht
[4] Quatsch
[5] auf wessen Kosten?
[6] gehört ihr ja schon!
[7] unde[n]kbar!
[8] mit Russischer Hilfe!
[9] richtig
[10] gelogen! also ist es sicher!
[11] da hat er dies Frühjahr sonderbare Wege eingeschlagen
[12] Iswolski und E[duard] VII noch vielmehr
[13] Na Nun? Wann?
[14] den Eingang spart! Quatsch!
[15] das thut es sicher!
[16] ach so blau!
[17] Oesterreich und Türkei, auf die Beiden muß ich achten
[18] wenn es doch erst Losginge! Damit wir diese verfluchte Conferenz 'nicht' kriegen! Da kann für uns nichts als Aerger und Unheil heraus kommen! Iswolski hat sich total blamirt, und will das face retten und unser Bündniß sprengen. Dazu gebe ich mich für keins von Beiden her

---

* Zifferngruppe fehlt.

Nr. 9051

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 279 Wien, den 17. Oktober 1908

Im Anschluß an meine anderweitige Berichterstattung über meine gestrige Unterredung mit Baron Aehrenthal beehre ich mich noch nachstehendes zu melden:

In betreff der Frage über die Opportunität des Zusammentritts einer Konferenz steht der Minister ganz auf unserm Standpunkte und teilt auch die von Euerer Durchlaucht gegen die Konferenzidee geltend gemachten Bedenken. Trotzdem erscheint auch ihm das richtige für uns zu sein, zunächst keinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt einzunehmen, wohl aber das Hauptgewicht darauf zu legen, daß zuvor völlige Klarheit über die der Konferenz vorzulegenden Programmpunkte durch Meinungsaustausch unter den Kabinetten hergestellt werde. Was man bis jetzt aus den zwar noch unverbindlichen Mitteilungen des Herrn Pichon zu hören bekommen habe über die zwischen England, Rußland und Frankreich vereinbarten neun Programmpunkte, ließe jedenfalls die Hoffnung auf eine glatte und baldige Verständigung nicht aufkommen. Punkt 7 mit den ominösen Kompensationen für Serbien und Montenegro „an der bosnisch-herzegowinischen Grenze" sei natürlich für Österreich-Ungarn ganz unannehmbar, und auch in seiner durch Frankreichs Einspruch gemilderten neuen und unbestimmten Fassung sei der Punkt noch äußerst bedenklich, wenn nicht ebenso unannehmbar wie zuvor.

Auf meine Frage, wie weit die Verhandlungen wegen eines Einvernehmens mit der Türkei in der bosnischen Frage gediehen seien, gab mir der Minister eine etwas gewundene, nicht ganz klare Antwort. Er meinte, er hätte versucht, die Türkei zur Zurücknahme ihres Protestes gegen die Annexion zu veranlassen, sei aber — wie er dies übrigens vorausgesehen — auf energischen Widerstand gestoßen. Gleichzeitig habe man ihm von Konstantinopel aus den Vorschlag gemacht, das Programm der Konferenz ausschließlich auf die bulgarische Frage zu beschränken und die bosnische Annexion dabei ganz aus dem Spiele zu lassen. Darauf hätte er aber wieder nicht eingehen können, weil er auf keine Konferenz gehen könne, solange eine Handlung der Monarchie noch unter Protest stehe. Nach diesen Angaben des Baron Aehrenthal ist jedenfalls ein greifbares Resultat in der Frage der Verständigung mit der Türkei noch nicht erreicht. Sehr unangenehm ist der Minister berührt durch die immer noch zunehmende Boykottbewegung in der Türkei*. Die öffentliche Meinung

* Die Boykottbewegung in der Türkei — näheres darüber in Kap. CCI —, die durch einen Aufruf des jungtürkischen Komitees entfesselt war, richtete sich zunächst gegen österreich-ungarische Waren, griff aber infolge des vielfach verbreiteten Glaubens, daß Österreich durch Deutschland zu der Annexion Bosniens angestiftet sei, hier und

in beiden Reichshälften sei dadurch in hohem Maße erregt, und so sehr er auch wünsche, mit der Türkei sich zu verständigen, so sei er gezwungen, wegen der Boykottbewegung in Konstantinopel eine ernste Sprache zu führen, besonders weil er den Eindruck habe, als ließe die türkische Regierung der Bewegung nicht ungern ihren Lauf. Er habe in Erwägung gezogen, ob etwa durch eine Flottendemonstration[1] ein Druck auf die Pforte ausgeübt werden solle, sei aber von diesem Gedanken wieder abgekommen, weil er nichts tun wolle, wodurch die allgemeine Lage erschwert werden könnte.

Im Anschluß hieran machte der Minister die auffallende Bemerkung, daß es ihm unter diesen Umständen und bei der unfreundlichen Haltung der Pforte Österreich gegenüber schwer werden würde, seine bisherigen Ermahnungen zur Ruhe in Sofia auch in Zukunft fortzusetzen[2].

Der Minister bat mich, die Aufmerksamkeit Euerer Durchlaucht auf die in der Duldung des Boykotts zutage tretende gefährliche Haltung der Pforte zu lenken, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland seinen Einfluß in Konstantinopel einsetzen werde[3], um die Pforte zu energischen Maßregeln und womöglich zu offizieller Mißbilligung der Bewegung zu veranlassen. Er würde sehr dankbar sein, über unseren Standpunkt zur Sache unterrichtet zu werden, und es mit Freude begrüßen, wenn Baron Marschall Instruktion erhielte[4], mit Markgraf Pallavicini in dieser Frage Hand in Hand zu gehen. Er wiederholte mir, daß seine Politik gegenüber der Türkei fortdauernd darauf gerichtet sei, das osmanische Reich — nach Abschreibung der wertlosen Posten — in seinem eigentlichen Bestande kräftig und lebensfähig zu erhalten. Deshalb bedauere er um so mehr, daß ihm die Türkei eine freundschaftliche Verständigung so erschwere. Der Gedanke, den Kern der europäischen Besitzungen der Türkei unter die Kollektivgarantie der Mächte zu stellen, scheine ihm sehr beherzigenswert.

Was die bulgarische Bahnfrage anlangt, so betonte der Minister nochmals, daß er mit uns fest auf dem Standpunkt stehe, daß sie einer befriedigenden Lösung zugeführt werden müsse, ehe von der Anerkennung des in Bulgarien geschaffenen Zustandes die Rede sein könne.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Na! Das fehlte grade noch! Da würde die Engl[ische] Flotte sofort eingreifen!

[2] ist ja auch nicht nöthig

[3] bereits erledigt

[4] ist erfolgt

---

da auf deutsche Erzeugnisse über. Deutscherseits ließ man es an Warnungen bei der Pforte nicht fehlen. Am 16. Oktober telegraphierte (Nr. 373) Freiherr von Marschall darüber: „Ich habe diese Demarche — am 15. hatte Markgraf Pallavicini bei der Pforte protestiert — heute bei Tewfik Pascha unterstützt und hervorgehoben, daß Konflikte mit den Mächten durch Meinungsaustausch der Kabinette, aber nicht durch Lastträger und Bootsleute ausgetragen werden. Der Boykott schädige das Ansehen der Türkei. Der Minister sagte mir, der Großwesir sei auf Abhilfe bedacht, dieselbe sei aber bei der herrschenden Stimmung schwierig."

Nr. 9052

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 126 Berlin, den 18. Oktober 1908

Bitte Herrn Tittoni gegenüber folgende Gedanken zu verwerten: Dortiger Regierung dürften Vorschläge der Westmächte und Rußlands für Konferenzprogramm in Orientfrage vorliegen. Uns wäre erwünscht, in Angelegenheit mit Herrn Tittoni in ständiger Fühlung zu bleiben und über seine Ansichten unterrichtet zu werden[1]. Wir hätten noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt, glaubten vielmehr zunächst abwarten zu sollen, wie sich Österreich-Ungarn stellt[2], um sodann seinen Wünschen möglichst Rechnung zu tragen. Bei unserer Stellungnahme würden ferner auch Rücksichten auf Türkei mitwirken[3].

Zu ihrer Orientierung bemerke ich noch, daß wir, um Tittoni zu stützen und das zurzeit anscheinend ziemlich demoralisierte Italien aufzurichten, gut daran tun werden, jetzt gegenüber Italien den Dreibundgedanken zu akzentuieren.

v. Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Gut
[2] richtig
[3] bene

Nr. 9053

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 381 Therapia, den 18. Oktober 1908

Mein englischer Kollege hat mir gestern abend einen langen Besuch gemacht und sich dabei zum ersten Male offen ausgesprochen. Er ist in sichtlicher Verlegenheit. Er klagt über den Eigensinn Kiamil Paschas, der an dem Gedanken festhalte, daß die autonome Provinz Ostrumelien, wie sie im Berliner Vertrage geschaffen wurde, wiederhergestellt werden müsse. Das sei ganz unmöglich.

Ich habe Sir Lowther gesagt, die Haltung Kiamil Paschas erstaune mich nicht. Derselbe halte an dem Rechtsstandpunkt fest, solange man ihm nicht ein genügendes Äquivalent biete. Auf finanziellem Gebiete allein könne ein solches nicht gefunden werden. Die Türken seien in Geldfragen mehr Gentlemen, als es ihrer Finanzlage entspräche. Der Gedanke, eine Provinz gegen Geldentschädigung herzugeben, sei wider ihr Gefühl. Sie würden von den Bulgaren verlangen, was diese ihnen von Rechts wegen schulden, und auch das nur zum kleinen Teile. Worauf es den

Türken in erster Linie ankomme, sei eine moralische und politische Satisfaktion. Man könne es der Pforte unmöglich verdenken, wenn sie eine Sicherstellung gegen die Gefahr verlangt, daß aus der Befriedigung der bulgarischen Wünsche bezüglich Ostrumeliens die bulgarischen Gelüste auf Mazedonien neue Nahrung erhalten. Herr Paprikow habe bereits die Autonomie für Mazedonien als Programm verkündigt. Auf diese Weise komme weder die Türkei noch der Balkan noch Europa zur Ruhe.

Auf die Frage, worin diese Sicherung bestehen könne, habe ich erwidert, darüber werde die Konferenz zu befinden haben. Eine Formel, welche die Bulgaren dauernd in Ruhe halten würde, gäbe es allerdings nicht, aber es sei doch denkbar, daß die Türken so viel Zeit gewönnen, um ihre innere Organisation zu vollenden.

Marschall

Nr. 9054

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 385 Therapia, den 19. Oktober 1908

Der Ministerrat hat gestern die von Sir E. Grey mitgeteilten Programmpunkte für die Konferenz geprüft, wird aber erst heute abend in einem außerordentlichen Konseil die zu erteilende Antwort beschließen. Man findet die Mehrzahl der Punkte zu vag und unklar[1] und vermißt jede Andeutung über eine der Türkei zu gebende territoriale Garantie. Auf eine Interpellation über diesen Punkt hat Lowther erklärt, es sei Sache der Pforte, eine derartige Forderung zu stellen. Sie werde bei England und, wie er glaube, auch Deutschland wohlwollende Aufnahme finden.

Letztere habe ich bestätigt. Marschall

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr begreiflich

Nr. 9055

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Freiherr von Aehrenthal an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

Budapest, den 15. Oktober 1908
[pr. 19. Oktober]

Vor Ihrer jetzt unmittelbar bevorstehenden Zusammenkunft mit Herrn Iswolsky dürfte es Ihnen erwünscht sein, über meinen Gedanken-

austausch mit dem Herrn russischen Minister des Äußern, dessen Inhalt Ihnen ja in seinen großen Zügen bekannt ist, noch eingehender informiert zu werden.

Anläßlich des Notenwechsels mit dem russischen Kabinett, der aus unserer Ankündigung des Sandschakbahnprojektes hervorging, kam naturgemäß die Sprache auch auf die Entente vom Jahre 1897 und die Interpretation, die sie in Wien und St. Petersburg nach dem Verlassen der Basis des Mürzsteger Programmes erfuhr.

In dem russischen Aide-mémoire vom 19. Juni/2. Juli d. Js., das ich Ihnen hier streng vertraulich mitteile*, wird auf die Definition dieser Entente des näheren eingegangen; bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegowina sowie des Sandschaks wird in diesem Schriftstück allerdings der europäische Charakter dieser Frage vorangestellt und dasselbe bezüglich der Frage von Konstantinopel und der Dardanellen zugegeben, in einem weiteren Alinea aber ausdrücklich gesagt, daß die Kaiserliche Regierung bereit sei, bezüglich beider Fragen in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch einzutreten.

Auf dieses Memoire haben wir am 27. August mit der hier ebenfalls beifolgenden Piece geantwortet**, um deren streng vertrauliche Behandlung ich Euer Durchlaucht ebenfalls bitten darf.

In den Schlußsätzen unserer Antwort, in welchen wir die Voraussetzungen für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland am Balkan formulieren, lautet der Bosnien und die Herzegowina betreffende Passus: „Si toutefois des circonstances impérieuses obligeaient l'Autriche-Hongrie à s'annexer la Bosnie et l'Herzégovine, le Gouvernement Impérial donnerait l'assurance de vouloir observer à l'égard de cette mesure une attitude bienveillante et amicale"; dagegen erklärten wir uns bereit, außer der Zurückziehung unserer Truppen aus dem Sandschak in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch bezüglich Konstantinopels und der Meerengen einzugehen.

Wie es Ihnen, verehrter Fürst, jedenfalls erinnerlich ist, habe ich anfangs September Herrn von Schoen bei meinem Besuche in Berchtesgaden*** eingehend bis zu diesem Momente meiner Aktion informiert.

Beiläufig eine Woche später erfolgte meine Zusammenkunft mit Iswolsky in Buchlau†.

Ich habe mit dem russischen Minister den ganzen Komplex der Balkanfragen eingehend durchgesprochen; wir sind am Schlusse unserer Besprechungen zu der Aufstellung gewisser Grundsätze gelangt, deren Beobachtung allen Eventualitäten am Balkan gegenüber ein einvernehmliches Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands auch in Zukunft ermöglichen würde.

---

* Siehe Anlage I.
** Siehe Anlage II.
*** Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8927.
† Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8930 ff.

Diese Grundsätze waren:

Nichtintervention sans accord préalable,

freundschaftliche Haltung Rußlands in dem Momente, wo Österreich-Ungarn sich zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina gezwungen sehen würde. Ebensolche Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den russischen Wünschen in der Meerengenfrage unter der Voraussetzung, daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Sicherheit seiner Hauptstadt nicht gefährdet werde, und daß Kriegsschiffe der Uferstaaten des Schwarzen Merees die Meerengen bloß einzeln passieren dürfen.

Wohlwollende Haltung im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und einer Angliederung Kretas an Griechenland, Modifikation zugunsten Montenegros des Artikels XXIX, sodann aber nach diesen mehr formalen Änderungen möglichst lange Erhaltung des faktischen Besitzstandes der Türkei.

Herr Iswolsky hat es übernommen, eine Redaktion unserer Abmachungen zu Papier zu bringen und mir seinerzeit zu übermitteln*.

Kurz nach Buchlau begab sich bekanntlich Herr Iswolsky zu Herrn Tittoni nach Desio**.

Der italienische Minister, dem ich bereits in Salzburg von der Eventualität der Annexion Bosniens und der Herzegowina gesprochen, und den ich seither auch von dem Ergebnisse meiner Aussprache mit Iswolsky unterrichtet hatte, schloß sich unserem Standpunkte an und teilte mir in einem Brief vom 4. Oktober ausdrücklich mit, daß der Annexion ein accord préalable zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Rußland über folgende Punkte vorangehen sollte:

Die Meerengenfrage, die Räumung des Sandschaks und die Modifikation des Artikels XXIX des Berliner Vertrages.

Noch am 6. Oktober erklärte ich mich dem Herzog von Avarna gegenüber mit diesen Stipulationen, wodurch der accord à trois im Prinzip bereits hergestellt sei***, einverstanden und verständigte auch sofort das St. Petersburger Kabinett.

Ich war also zur Annahme berechtigt, daß Italien und Rußland für die Annexion gewonnen seien; bedauerlicherweise hat eine Äußerung des Grafen Khevenhüller†, der sich zu weit hinreißen ließ, den Anschein erweckt, als würde ich mich auf die bereits erfolgte formelle Zustimmung Rußlands und Italiens berufen.

In den Delegationen hatte ich mich darauf beschränkt, in einer vertraulichen Sitzung, und ohne daß meine Äußerungen der Presse zugänglich gemacht worden wären, zu erklären, daß mit Rußland und Italien bezüglich der Eventualitäten am Balkan — also auch bezüglich

---

* Vgl. auch Kap. CXCIII, Nr. 8930, Fußnote.
** Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8941, Fußnote ***.
*** Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8943.
† Vgl. Kap. CXCV, Nr. 8987.

der Annexion Bosniens und der Herzegowina - - eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe.

Daß auch Herrn Iswolskys Auffassung der Unterredungen in Buchlau und Desio von der meinen nicht divergiert, geht aus einer geheimen Depesche hervor, die er an Herrn Tscharykow gerichtet und die dieser dem Grafen Berchtold mitgeteilt hat.

Die betreffende Stelle lautet: „Nous sommes prêts à reconnaître les résultats de l'échange de vues à Buchlau et à Desio comme acquis et devant définir d'avance les grandes lignes de l'attitude de la Russie, de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie à la future conférence."

Aus den Meldungen, die mir aus Paris und London zukommen, gewinne ich den Eindruck, daß die dortigen Kabinette Herrn Iswolsky in der Meerengenfrage kein besonderes Entgegenkommen gezeigt haben.

Ich denke, daß Sie, verehrter Fürst, mit mir in der Anschauung übereinstimmen, daß es ein günstiges Moment wäre, wenn Rußland darauf verzichtete, die Meerengenfrage jetzt auf einer eventuellen Konferenz zur Sprache zu bringen.

Dies würde einerseits den Zusammentritt und die Tätigkeit der Konferenz wesentlich erleichtern, andererseits in Rußland die Erkenntnis wecken, daß der Widerstand gegen die Erfüllung des russischen Lieblingswunsches nicht von uns, sondern gerade von den jetzt an der Newa so verwöhnten Westmächten herrührt.

Von meiner Auffassung der Konferenzidee im allgemeinen sind Sie, verehrter Fürst, durch Szögyényi bereits informiert; unsere Übereinstimmung ist eine vollständige. Ein Einvernehmen mit der Türkei, deren Protest auf der Konferenz wir nicht riskieren könnten, ist für uns die Voraussetzung ihrer Beschickung. Glücklicherweise scheinen die Dispositionen des Großwesirs und Tewfik Paschas uns gegenüber insoferne nicht ungünstig, als sich wenigstens diese mit dem fait accompli abzufinden beginnen. Es schwebt mir vor, daß man die türkischen Minister in dieser Richtung bedeutend bestärken könnte, wenn man ihnen in Aussicht stellen würde, daß wir geneigt wären, auf der künftigen eventuellen Konferenz eine Kollektivgarantie der Mächte für den faktischen türkischen Besitzstand anzuregen.

Aehrenthal

P. S. Ich erhalte eben ein Telegramm Szögyényis über seine Unterredung mit Ihnen*; ich bin sehr befriedigt feststellen zu können, daß wir in der Beurteilung der Lage, insbesondere was den Konferenzgedanken betrifft, völlig übereinstimmende Ansichten haben.

Aehrenthal

---

* Vgl. Nr. 9033.

Anlage I

Aide-mémoire

Am 6. Juli 1908 in Wien übergeben

Abschrift

St. Pétersbourg, le 19 juin/2 juillet 1908

Le Gouvernement Impérial n'a pas manqué de soumettre à un examen attentif l'Aide-Mémoire que Son Excellence le Baron d'Aehrenthal a communiqué à l'Ambassadeur de Russie à Vienne le 1er mai dernier.

Ce document traite de trois questions distinctes: celle des chemins de fer balkaniques*, celle de l'entente établie entre la Russie et l'Autriche-Hongrie en 1897** et celle des réformes macédoniennes***.

1° Chemins de fer balkaniques

Afin d'écarter tout malentendu le Gouvernement Impérial tient, avant tout, à préciser les points suivants:

En s'abstenant de contrecarrer les démarches faites par le Baron d'Aehrenthal en vue d'obtenir la concession de chemin de fer du sandjak, le Gouvernement Impérial n'a nullement entendu se placer à un point de vue juridique ni toucher à l'article 25 du Traité de Berlin, dont le texte peut donner lieu à diverses interprétations et contestations. Afin de donner à l'Autriche-Hongrie une preuve sincère de son bon vouloir, il s'est borné à considérer que l'entente de 1897 n'ayant établi aucune restriction quant à l'activité économique des parties contractantes, le Gouvernement austro-hongrois était en droit de rechercher sur la péninsule balkanique une concession utile au développement de ses intérêts économiques, de même que toutes les autres Puissances, et en première ligne les Puissances balkaniques, ont le droit de rechercher sur la même péninsule les concessions de chemins de fer qui leur sont favorables. En adoptant ce point de vue M. Isvolsky se montrait beaucoup moins intransigeant que ses prédécesseurs. En effet, lorsqu'en 1900 le bruit avait couru que l'Autriche-Hongrie voulait prolonger son réseau balkanique jusqu'à Mitrovitza, l'Ambassadeur de Russie à Vienne fut chargé de déclarer au Gouvernement austro-hongrois que le Gouvernement Impérial envisagerait l'accomplissement de ce projet comme une infraction au statu quo dont le maintien était visé par l'entente de 1897. Quant à l'échange de vues se rapportant à l'année 1902, dont fait mention l'Aide-Mémoire du Baron d'Aehrenthal, aucune des pièces se rapportant à cette époque qu se trouvent dans les archives du Ministère Impérial n'est de nature à faire supposer que cet échange de vues ait eu pour résultat de modifier l'opinion du Cabinet Impérial sur le projet susmentionné.

---

* Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.
** Vgl. darüber Bd. XII, Kap. LXXIX.
*** Vgl. darüber Bd. XXII. Kap. CLXIV.

Ceci une fois établi, le Gouvernement Impérial prend acte avec la plus vive satisfaction de la déclaration du Cabinet de Vienne que celui-ci reste fidèle à la manière de voir exposée dans le communiqué officiel du 14 fevrier dr., à savoir qu'il accueille avec sympathie tous les projets de chemin de fer dans les Balkans, persuadé que la construction de voies ferrées est l'agent le plus puissant du développement économique et de la civilisation en général. Aussi le Gouvernement Impérial se plaît-il à espérer que lorsque le syndicat international qui s'est constitué dans le but d'entreprendre la construction et l'exploitation d'une ligne qui réunirait le Danube à l'Adriatique en passant par le point-frontière serbe Mrdaré adressera à la Sublime Porte d'abord une demande pour l'étude du tracé et ensuite une demande de concession, le Cabinet de Vienne voudra bien appuyer ces démarches. Il est bien entendu que, de son côté, le Gouvernement Impérial continuera à s'abstenir de toute obstruction au projet de raccordement Uvatz-Mitrovitza.

2º Entente de 1897

L'interprétation que le Cabinet de Vienne a bien voulu donner aux déclarations concernant l'entente entre la Russie et l'Autriche-Hongrie contenues dans l'Aide-Mémoire russe du 27 avril dr. est entièrement conforme à la pensée du Gouvernement Impérial.

Celui-ci reste fidèle aux principes de désintéressement énoncés d'un commun accord en 1897, et nous constatons avec plaisir que cette formule est entièrement et également acceptable à la Russie et à l'Autriche-Hongrie.

Il nous paraît en même temps désirable de définir d'une manière plus précise certains points de cette entente, ce qui pourrait servir à écarter des malentendus et à donner à tout l'accord plus de valeur pratique et de stabilité.

Nous devons reconnaître en premier lieu l'entière conformité de vues qui continue à exister entre le Gouvernement Impérial et le Gouvernement austro-hongrois au sujet de la nécessité de maintenir le statu quo actuel aussi longtemps que les circonstances le permettront et de la possibilité d'une entente entre la Russie et l'Autriche-Hongrie pour parer aux éventualités qui pourraient surgir sur la presqu'île balkanique (Dépêche du Comte Goluchowski au Prince Liechtenstein du 8 mai 1897).

Dans cet ordre d'idées il pourrait être convenu d'une manière explicite que le statu quo actuel comprend la jonction des lignes ferrées ottomanes en Macédoine avec celles de la Bosnie à travers le sandjak de Novibazar, ainsi qu'avec d'autres lignes balkaniques aboutissant au littoral de l'Adriatique. Il serait entendu, en même temps, que le sandjak de Novibazar s'étend au delà de Mitrovitza jusqu'au bourg Voutchitrn et les hauteurs de Kapaonik et Mokra-Planina.

Le statu quo actuel dans le Sandjac de Novibazar comprendrait

également la continuation du fonctionnement de l'administration ottomane dans ces limites ainsi que la présence des garnisons austro-hongroises dans les localités de ce sandjak, dans lesquelles ces garnisons sont tenues actuellement.

Nous croyons devoir pleinement maintenir les différentes réserves formulées par le Comte Mouraview dans sa Note au Prince Liechtenstein du 5 mai 1897 et se rapportant aux diverses questions traitées dans la dépêche du Comte Goluchowski du 26 avril/8 mai de la même année; nous continuons, notamment, à être d'avis que la question de la modification de l'état de choses établi par l'article 25 du Traité de Berlin, c'est-a-dire l'annexion de la Bosnie, de l'Herzégovine et du Sandjac de Novibazar, a un caractère éminemment européen et n'est pas de nature à être réglée par une entente séparée entre la Russie et l'Autriche-Hongrie.

Nous sommes prêts, d'autre part, à reconnaître que la même réserve s'applique à la question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits.

Néanmoins, vu l'extrême importance qu'il y aurait pour les deux pays de voir les deux questions susmentionnées réglées conformément à leurs intérêts réciproques, le Gouvernement Impérial serait prêt à en accepter la discussion dans un esprit d'amicale réciprocité.

Quant aux autres parties de l'entente de 1897, elles restent, comme par le passé, l'expression exacte des vues du Gouvernement Impérial, lequel se plaît à constater que le Gouvernement austro-hongrois, ainsi qu'il appert de son Aide-Mémoire du 1er mai dr., envisage l'entente de 1897 de la même facon; enfin le Gouvernement Impérial russe tient de son côté à conserver avec le Gouvernement austro-hongrois les rapports les plus amicaux et les plus confiants, en pleine harmonie avec les intérêts monarchiques et conservateurs des deux pays.

3º Réformes macédoniennes

Le Cabinet Impérial prend acte avec la plus vive satisfaction de la déclaration du Gouvernement austro-hongrois qu'il est prêt à munir l'Ambassade d'Autriche-Hongrie à Constantinople d'instructions conformes au sens de la dépêche du 10 avril adressée au Comte Benckendorff. Cette dépêche ayant donné lieu à un échange de vues subséquent entre les Cabinets de St. Pétersbourg et de Londres, certains points du programme de réformes qui s'y trouve contenu ont été précisés et éclaircir, sans subir d'ailleurs de modifications essentielles.

Le Ministère Impérial est occupé actuellement à établir une rédaction définitive du programme susmentionné qu'il ne manquera pas de communiquer en premier lieu au Cabinet de Vienne et qu'il espère voir adopté par tous les Cabinets comme base d'une future action commune à Constantinople.

Anlage II

Aide-mémoire

Abschrift

Semmering, le 27 août 1908

En répondant à l'Aide-Mémoire que Son Excellence l'Ambassadeur de Russie à Vienne a bien voulu transmettre au Baron d'Aehrenthal le 6 juillet dr., le Gouvernement Impérial et Royal constate d'abord avec une entière satisfaction que de l'avis même du Gouvernement Impérial l'action du Cabinet de Vienne dans la question du chemin de fer du Sandjak n'était nullement en contradiction avec l'esprit de l'entente de 1897 „qui n'avait établi aucune restriction quant à l'activité économique des parties contractantes".

En ce qui concerne la déclaration du Cabinet de Vienne contenue dans le communiqué officiel du 14 février dr., le Gouvernement Impérial et Royal reste en effet fidèle au point de vue qui y est exposé; il ne saurait cependant accepter sans réserve la manière dont le Cabinet de St. Pétersbourg a formulé la question: Si le Gouvernement Impérial veut bien affirmer qu'il continuera à s'abstenir de toute obstruction au sujet du raccordement Uvac-Mitrovitza, il se plaît d'autre part à espérer que le Cabinet de Vienne appuiera effectivement les démarches à faire à Constantinople pour la ligne transversale du Danube à l'Adriatique.

Le Cabinet de St. Pétersbourg ne manquera pas de reconnaître la différence essentielle dans le rôle qu'il attribue en cette occurrence aux deux Gouvernements:

Le Gouvernement Impérial se borne à une attitude passive, il réclame en même temps du Cabinet de Vienne son concours actif et son appui auprès de la Sublime Porte.

Le moyen de s'entendre est donc tout indiqué: Les deux Cabinets observant la même attitude réciproque, le Gouvernement Impérial n'insisterait pas sur la demande d'appui pour le projet transversal du Danube à l'Adriatique, vis-à-vis duquel le Gouvernement Impérial et Royal continuerait à observer une attitude sympathique, conforme à ses déclarations antérieures.

Le Cabinet de Vienne est très heureux d'apprendre par l'Aide-Mémoire du 6 juillet dr. que le Gouvernement Impérial reste fidèle aux principes de désintéressement énoncés d'un commun accord en 1897; il constate donc en cette matière une parfaite identité de vues de la part des deux Cabinets et il se plaît à affirmer que la même conformité existe, tant en ce qui concerne la nécessité de maintenir le statu quo actuel aussi longtemps que les circonstances le permettront, que par rapport à la possibilité d'une entente entre la Russie et l'Autriche-Hongrie pour parer aux éventualités qui pourraient surgir sur la presqu'île balkanique.

Le Cabinet de Vienne ne voit non plus d'inconvénient à accepter la

nouvelle définition que le Gouvernement Impérial vient de donner de l'idée du „statu quo actuel" par rapport aux différents projets de chemin de fer sur la presqu'île balkanique; il croit toutefois utile de relever que la prolongation des lignes dalmatiques à travers le Monténégro vers Scutari, prolongation prévue par l'article 29 du Traité de Berlin, est, selon la formule du Gouvernement Impérial même, compris dans le statu quo actuel.

Quant au Sandjac de Novibazar, nous n'avons pas d'objection à élever contre la délimitation de son étendue telle qu'elle se trouve circonscrite dans l'Aide-Mémoire du 6 juillet. Si le Gouvernement Impérial fait ressortir que, selon sa manière de voir, le statu quo actuel dans le Sandjak comprendrait la continuation du fonctionnement de l'administration ottomane dans ses limites ainsi que la présence des garnisons austro-hongroises dans les localités dans lesquelles ces garnisons se trouvent actuellement, nous croyons devoir relever que, certes, nous maintenons les droits que le Traité de Berlin nous confère par rapport à ces contrées. Toutefois, dans certaine éventualité dont il sera question plus loin, nous pourrions être disposés à renoncer à ces mêmes droits en retirant nos troupes de cette région, et à observer au moment de la désagrégation de l'Empire ottoman en Europe — éventualité que nous espérons être très éloignée — à l'égard du Sandjac le même principe de désintéressement comme pour le reste de la Turquie. Quant à la Bosnie et l'Herzégovine, nous les considérons comme des territoires que nous possédons depuis trente ans, dans lesquels nous sommes entrés en vertu d'un mandat international et que nous avons conquis par la force des armes.

Nous apprécions à sa juste valeur l'esprit de modération et de conciliation dont le Mémoire du 6 juillet porte l'empreinte, et nous sommes heureux de constater que le Cabinet de St. Pétersbourg tient aussi de son côté à conserver avec le Gouvernement austro-hongrois les rapports les plus amicaux et les plus confiants.

Animés de ce sentiment, nous estimons que les points suivants pourraient servir de base à un accord entre les deux Cabinets:

Par rapport aux projets de chemins de fer balkaniques, les deux Gouvernements observeraient la même attitude réciproque de sympathie envers les projets du raccordement Uvac-Mitrovica, de la prolongation des lignes dalmates à travers le Monténégro vers Scutari et de la ligne transversale du Danube à l'Adriatique ou d'autres lignes balkaniques aboutissant au littoral.

Les deux Cabinets resteraient fidèles à leur résolution de maintenir le statu quo actuel en Turquie aussi longtemps que les circonstances le permettront; ils s'engageraient à s'abstenir de toute intervention en proche Orient, sauf accord préalable conclu entre eux à ce sujet.

Si toutefois des circonstances impérieuses obligeaient l'Autriche-Hongrie à s'annexer la Bosnie et l'Herzégovine, le Gouvernement Impérial

donnerait l'assurance de vouloir observer à l'égard de cette mesure une attitude bienveillante et amicale.

De son côté, le Gouvernement Impérial et Royal s'engagerait, aussitôt l'annexion proclamée, à retirer simultanément ses troupes du Sandjac et à renoncer définitivement à toute occupation de ce territoire.

Le Gouvernement Impérial et Royal est convaincu que le Cabinet de St. Pétersbourg ne verrait dans cette manière d'agir qu'une nouvelle confirmation et une manifestation éclatante du principe de désintéressement dont l'accord des deux Empires est inspiré.

Le Gouvernement Impérial ayant fait mention de la question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits, nous nous déclarons, le cas échéant, tout disposés à un échange de vues confidentiel et amical à ce sujet.

Nr. 9056

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Abschrift

London, den 19. Oktober 1908

Iswolsky ist hier hervorragend gefeiert worden. Der König gab ihm ein Diner in Buckingham Palace. Andere Diners wurden für ihn veranstaltet, zu denen nicht nur die liberalen, sondern auch die konservativen Staatsmänner zugezogen wurden. Daneben auch le beau monde. Ich erinnere mich nicht, daß sich hier jemals für einen fremden Staatsmann so viel Mühe gegeben worden ist wie für Iswolsky, nicht einmal für Delcassé. In der Politik ist alles glatt gegangen bis auf die Meerengenfrage, wo die englische Formel gefunden wurde: Wir stimmen zu, falls Ihr Euch mit der Türkei darüber einigt. Iswolsky hat aber auch, wie ich glaube, das Versprechen der englischen Unterstützung, in Konstantinopel im russischen Sinne für eine freundschaftliche Einigung über die Meerengen zu wirken[1]. Sir Edward Grey wird aber nicht so weit gehen, einen Druck auf die Türkei auszuüben. Dies zeigt, wie sehr ihm an der neuerworbenen türkischen Freundschaft gelegen ist. Nicht einmal für das russische Wohlwollen will er sie in die Schanzen schlagen.

Die Presse jubiliert über die Festigung der neuen Tripelentente[2].

Iswolsky ist ganz im englischen Fahrwasser. Teils aus Neigung, teils aus Ärger über Aehrenthal. Er wird Ihnen zwar die schönsten Redensarten[3] machen, wo es sich aber um das diplomatische Geschäft handelt, geht er mit England[4]. Verderben will er es zwar nicht mit uns, danach ist die Lage Rußlands nicht angetan. Vor der Welt marschiert er gleichwohl mit England. Hierzu zwingt ihn auch wohl die Rücksicht auf seine persönliche Stellung in Rußland, wo er letzthin stark angegriffen worden ist.

Schon jetzt spielt sich der von mir im Sommer angedeutete Kampf um unsere Stellung in Konstantinopel ab. England hat durch die Ereig-

nisse einen Vorsprung gewonnen, den beizubehalten es eifrig bestrebt ist. Die Türken werden, wie auch andere Leute, mehr auf Taten als auf Worte zu geben geneigt sein. Die englische Formel mit Bezug auf die Meerengen dürfte ihnen genügen[5]. Wir mögen nun Rußland gegenüber unter alten Verpflichtungen stehen[5]. Ich hoffe aber, daß es Ihnen trotzdem möglich sein wird, Herrn Iswolsky gegenüber in der Meerengenfrage einen den Türken nicht weniger günstigen Standpunkt einnehmen zu können, als die Engländer es tun. Geben wir den Russen carte blanche, und erfahren dies die Türken, was nicht ausbleiben würde, so ist nach meiner festen Überzeugung unser Einfluß in Konstantinopel dauernd dahin, und Rußland hält sich doch an die Westmächte[6].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:
[1] ?
[2] !
[3] Wir brauchen sie ja nicht anzuhören
[4] wie schon lange!
[5] nein!
[6] richtig.

Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift:
Die Neugruppierung Europas!
Die Westmächte mit Rußland und der Dreibund hoffentlich mal mit der Türkei.

Nr. 9057

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 19. Oktober 1908

Rußland hat in Gemeinschaft mit England und Frankreich die Gesichtspunkte aufgestellt, die als Grundlage für einen Meinungsaustausch der Mächte über ein Konferenzprogramm zur Lösung der Orientfrage dienen sollen. In der Aufstellung befinden sich Vorschläge, die für Österreich-Ungarn und die Türkei unannehmbar sind. Die drei Redakteure sind sich darüber klar, daß namentlich Österreich-Ungarn Schwierigkeiten machen wird. Herr Iswolsky ist daher ausersehen worden, uns unter Berufung auf die „traditionelle Freundschaft" tunlichst dazu zu veranlassen, daß wir Österreich-Ungarn den Ideen Rußlands und der Westmächte zugängig machen. Es fragt sich, wie wir uns diesem Ansinnen gegenüber zu verhalten haben werden[1].

Wir haben Rußland gegenüber während seines Krieges mit Japan eine sehr freundschaftliche Haltung beobachtet, die nicht ohne Gefahren und Nachteile für uns verbunden gewesen ist. Auch seither ist unserer-

seits alles getan worden, um die freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu pflegen. Herr Iswolsky hat sich allerdings darin gefallen, uns des öfteren — namentlich hinsichtlich Persiens und Chinas — eine illoyale Haltung unserer Vertreter gegenüber Rußland vorzuwerfen. Seine Vorwürfe sind indes gänzlich ungerechtfertigt gewesen und demgemäß zurückgewiesen worden.

Dank von Rußland haben wir für unsere Freundschaft nicht erhalten, wenn auch Herr Iswolsky es an Freundschaftsbeteuerungen niemals hat fehlen lassen. Hat die russische Regierung schon in der Marokkofrage ihre Aufgabe darin erblickt, sich völlig den französischen Standpunkt anzueignen, so ist sie unter Herrn Iswolskys Regime ganz in das englisch-französische Fahrwasser hinübergeschwenkt. Wir haben Herrn Iswolsky stets auf Seite derjenigen Mächte gefunden, deren Bestrebungen darauf gerichtet sind, uns tunlichst zu isolieren. Auch im vorliegenden Falle hat es Herr Iswolsky für angezeigt gehalten, sich zunächst mit den Westmächten zu verständigen. Der naheliegende Versuch, zunächst mit dem Bundesgenossen und Freunde der beiden hauptbeteiligten Mächte Fühlung zu nehmen, ist von ihm nicht gemacht worden. Hiernach dürfte es kaum angezeigt erscheinen, daß wir mit Empressement seiner Zumutung begegnen, unseren Freunden, Österreich-Ungarn und der Türkei, ein Programm annehmbar zu machen, das deren Interessen zum Teil direkt widerspricht. Es möchte sich vielmehr empfehlen, Herrn Iswolsky etwa folgendes zu sagen:

1. Wir verhalten uns gegen den Konferenzgedanken an sich nicht ablehnend. Der Zusammentritt einer Konferenz hat indes unseres Erachtens zur notwendigen Voraussetzung, daß zuvor durch Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett völlige Einigung zwischen den Mächten über alle zu behandelnden Fragen erzielt wird.

2. Wir sehen völlig davon ab, das Vorgehen Baron Aehrenthals einer Kritik zu unterziehen, und zwar nicht allein aus dem Grunde, weil wir dies unserem Bundesgenossen schuldig zu sein glauben, sondern auch weil jede Kritik im gegenwärtigen Augenblick uns zwecklos erscheint[2].

3. Wir sind fest entschlossen, in der Frage fest und loyal für unseren Bundesgenossen einzutreten[3]. Herr Iswolsky wird dies um so mehr verstehen, als er selbst trotz unserer traditionellen Freundschaft in der Marokkofrage ganz zu Frankreich gehalten hat, wiewohl diese letztere Frage doch wesentlich anders als die erstere lag. Denn während Österreich-Ungarn durch sein Vorgehen an dem tatsächlichen Zustande nichts geändert hat, sollte durch Frankreichs Haltung in Marokko der tatsächliche Zustand zu unserem Schaden geändert werden.

4. Ohne Teilnahme Österreich-Ungarns gibt es auch für uns keine Konferenz. Das Konferenzprogramm muß daher für Österreich-Ungarn annehmbar gestaltet werden[4].

5. Österreich-Ungarn wird sich nicht darauf einlassen können, daß seine durch die Lage erforderten Entschlüsse der Kritik und dem Arbi-

trium der Mächte unterzogen werden. Wie denkt sich daher Herr Iswolsky die Stellung der Konferenz zur Annexionsfrage Bosniens und der Herzegowina?

6. Nach unserer Ansicht muß über diese Annexionsfrage zunächst eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erzielt werden[5], bevor eine Konferenz berufen werden könnte.

7. Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß Iswolsky von russischen Kompensationsforderungen absehen und auch die Dardanellenfrage nicht vor die Konferenz bringen will.

8. Das russische Vorbild sollte für alle Mächte in diesem Falle maßgebend sein und demgemäß die Frage von Kompensationen, soweit es sich dabei nicht um die Türkei handelt, gänzlich vom Programm ausgeschaltet werden.

9. Gleichwohl würden wir gegen Erörterung einer Entschädigung Montenegros durch Beseitigung von Artikel 29 des Berliner Vertrags und gegen Neuregelung der Rechte der Donauuferstaaten keine Bedenken erheben, falls Österreich-Ungarn den diesbezüglichen Vorschlägen zustimmen sollte[6].

10. Dagegen kann Österreich-Ungarn eine Entschädigung Serbiens nicht zugemutet werden. Serbien hat einen tatsächlichen Verlust nicht erlitten.

11. Was Bulgarien anlangt, so ist für uns eine conditio qua non für Erörterungen über die Anerkennungsfrage seiner Unabhängigkeitserklärung, daß die Orientbahnfrage zunächst von ihm in einer die Betriebsgesellschaft der Bahnen vollauf befriedigenden Weise geregelt worden ist.

12. Bulgarien muß die Türkei für den erlittenen Verlust entschädigen. Wir sind an dieser Frage mit Rücksicht auf die Interessen deutscher Gläubiger direkt beteiligt, da der bulgarische Tribut auch für diesbezügliche türkische Schulden verpfändet worden ist.

13. Die Dardanellenfrage muß zunächst zwischen den in erster Linie daran interessierten Mächten, Rußland und der Türkei, erörtert werden. Rußland kann sich für vergewissert halten, daß die Lösung dieser Frage an unserem Widerstande nicht scheitern wird[7].

14. Wir erwarten von der Konferenz weitgehendste Berücksichtigung der türkischen Interessen. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die Großmächte der Türkei ihren europäischen Besitzstand garantieren wollten.

Es dürfte sich empfehlen, von irgend welchen Zugeständnissen, die Rußland uns etwa für ein Eingehen auf seine Wünsche in Aussicht stellen wird, unsere Haltung nicht beeinflussen zu lassen.

Zimmermann

Randbemerkungen von Schoens:

[1] Es ist uns im Grunde lieber, daß wir von Iswolsky erst so spät informiert und angegangen werden. Auf diese Weise haben wir keine Verantwortung und freie Hand.

An und für sich haben wir in der Türkei keine direkten politischen Interessen, wir können dort ungefähr jede Politik machen; wenn wir auch auf unsere wirtschaftlichen Interessen Bedacht nehmen müssen*.

[2] Österreich treibt unabhängige Balkanpolitik. Unrichtig, uns jeden österreichischen Schritt auf unser Konto zu setzen. Österreich unabhängige Großmacht. Hat mit dem, was es getan, den Notwendigkeiten seiner Stellung Rechnung getragen.

[3] Ist uns sicherer Bundesgenosse, den wir nicht im Stiche lassen können.

[4] Wir brauchen uns jetzt nicht mehr so eifrig für die Türkei zu verwenden, da England sie unter seinen Schutz genommen und türkischer ist wie die Türken.

[5] ?

[6] Rumänien möchte die Donaufrage vom Konferenzprogramm gestrichen sehen, da es selbst eine besondere Donaukonferenz anregen möchte.

[7] Kein primäres Interesse. Wie wir diese Frage behandeln, hängt von allgemeiner Lage und Konstellation zwischen Mächten ab, bezw. wie man uns behandelt.

Nr. 9058

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 256 Paris, den 20. Oktober 1908

pp**. Minister Iswolsky sagte mir, er würde zu seinem Leidwesen erst Sonnabend von Euerer Durchlaucht empfangen werden, er werde aber schon tags zuvor in Berlin sein. Auch fragte er mich wiederholt, ob wohl Seine Majestät der Kaiser in diesen Tagen in Berlin sein werde. Der Minister schien mir heute etwas deprimiert[1], da er wohl wenig Erfolg mit der Konferenzidee zu erwarten schien. Wie mir eine maßgebende Persönlichkeit, die in nächster Fühlung mit dem russischen Ministerium steht, vertraulich bemerkte, habe Iswolsky deswegen die Durchführung der Konferenz so sehr am Herzen, weil er bei seiner stark in St. Petersburg angefeindeten und geschwächten Stellung nicht mit leeren Händen und wenigstens mit einem Scheinerfolge[2] nach Rußland zurückkehren möchte. Da er wohl zur Überzeugung gekommen, die Meerengenfrage in dem von ihm gewünschten Sinne nicht durchsetzen zu können, was ihm einen Erfolg bringen sollte, habe er dieselbe anscheinend fallen gelassen. Der englische Botschafter*** bemerkte hierzu, daß, wenn die Meerengenfrage, wie es Iswolsky gewünscht, nur einseitig zugunsten Rußlands gelöst werden sollte, England dies nie zugeben würde.

Das heutige Festmahl, dem neben Iswolsky alle Botschafter beiwohnten, war von einer seltenen Kälte[3]. Gleich nach Tisch verschwand

---

* Der Nebensatz von „wenn" bis „müssen" ist eine Einfügung von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann.

** Der Anfang des Telegramms, der sich auf die bulgarische Frage bezieht, ist gedruckt in Kap. CCII, Nr. 9281.

*** Sir Francis Bertie.

der Ministerpräsident Clemenceau, ohne weiter Rücksicht auf den fremden Gast zu nehmen.

On se regardait un peu comme des chiens de faïence.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr erfreulich um so besser wird er zuhören!
[2] der Grund zu schlimmsten Verwickelungen legen wird!
[3] sehr erfreulich der Kerl muß ordentlich geduckt werden

Nr. 9059

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 228 Berlin, den 20. Oktober 1908

Vertraulich

Alle uns aus London, Paris, Tokio, Kairo und Indien zugehenden Nachrichten deuten darauf hin, daß die Schwenkung Englands zur Türkei, wenn nicht ausschließlich, so doch ganz vorwiegend darauf zurückzuführen ist, daß England gegenüber der Stimmung in Indien und Ägypten mit dort unter der Asche glimmenden ernsten Gefahren zu rechnen hat und zu ihrer Niederhaltung die Türkei und den Islam braucht. Daraus folgt, daß die Türken jetzt England gegenüber nicht blöde zu sein brauchen, sondern ruhig von England ausgiebige Unterstützung namentlich gegen Rußland verlangen können.

Bülow

Nr. 9060

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 289 Wien, den 21. Oktober 1908

Anläßlich der Reise des serbischen Ministers des Auswärtigen* hat Freiherr von Aehrenthal an die österreichisch-ungarischen Vertreter in London, Paris und Rom zur Mitteilung an die dortigen Regierungen einen Erlaß folgenden Inhalts gerichtet:

Bisher sei ihm eine Einladung zu einer Konferenz nicht zugegangen. Er müsse sich daher die Stellungnahme zur Konferenzfrage noch vorbehalten. Doch wolle er schon jetzt darauf hinweisen, daß Punkt 7

---

* Milowanowitsch.

in dem französisch-englisch-russischen Programmvorschlag in seiner ursprünglichen Fassung* für Österreich-Ungarn ganz unannehmbar sein würde. Auch in der modifizierten Fassung** erscheine ihm der Punkt höchst bedenklich, weil diese immerhin die Interpretation zulasse, als dächte man an Kompensationen für Serbien in territorialer Hinsicht.

Die österreichisch-ungarischen Vertreter möchten die Regierungen darauf aufmerksam machen, welche Gefahren mit der Aufnahme solcher Punkte in das Konferenzprogramm verbunden seien. Es könnten dadurch nur die kriegerischen Dispositionen in Serbien gestärkt und Österreich-Ungarn ganz gegen seinen Willen zu Gegenmaßregeln gezwungen werden.

von Tschirschky

Nr. 9061

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 22. Oktober 1908

Herr Iswolsky kommt offenbar mit dem Plan nach Berlin, uns Äußerungen zu entlocken, die er an anderen Stellen, insbesondere in London, Wien, Konstantinopel und namentlich auch bei dem ohnehin mißtrauischen Zaren gegen uns verwerten könnte. Ich habe deshalb mit Herrn von Schoen eingehend erwogen, was wir ihm sagen wollen. Das Ergebnis ist in zwei Aufzeichnungen niedergelegt, die Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ich in der Anlage*** mit der Bitte unterbreiten darf, allergnädigst mich wissen zu lassen, ob Euere Majestät damit einverstanden sind.

Herr Iswolsky hegt natürlich auch die Hoffnung, von Euerer Majestät möglichst viel und Sensationelles über die Lage im Orient und unsere Beziehungen zu anderen Mächten zu hören, um es dann nach eigenem Gutdünken zu drehen und zu verwerten. Da für uns keine Veranlassung vorliegt, Herrn Iswolsky aus dem Sumpfe zu befreien[1], in den er sich selbst hineingeritten hat, so wage ich Euerer Majestät huldreichen Erwägung anheimzustellen, ob es nicht zweckmäßig sein würde, wenn gerade Euere Majestät ihm nichts Wesentliches über Politik sagen, sondern ihn einfach an den Staatssekretär und mich verweisen wollten mit dem Bemerken, daß Allerhöchstdieselben sich für die in Betracht kommenden Spezialfragen nicht besonders interessierten[2].

Im übrigen wird es sich nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten empfehlen, daß Euere Majestät Herrn Iswolsky persönlich

* Vgl. Nr. 9044.
** Vgl. Nr. 9045.
*** Siehe Anlagen.

mit ruhiger Freundlichkeit behandeln, damit er sich ja nicht als Märtyrer aufspielen kann. Sehr schmeicheln würde es natürlich den eitelen Mann, wenn Euere Majestät ihm auch sagen wollten: Euere Majestät hofften, daß Iswolsky noch lange Minister bliebe; wenn er aber einmal ginge, müßte er als Botschafter nach Berlin kommen[3].

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
22/X 08. W. Einverstanden!
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig!
[2] war meine Absicht! Ich wollte ihn reden lassen und auf gar nichts eingehen!
[3] ja

Anlage I

Allgemeine Gesichtspunkte

1. Bei uns besteht keine grundsätzliche Abneigung noch prinzipiell ablehnende Haltung gegen Konferenzgedanken. Notwendige Voraussetzung für Konferenz indes vorherige völlige Einigung zwischen den Mächten über alle zu behandelnden Fragen[1].

2. Wir haben weder Neigung noch Veranlassung zu retrospektiver Kritik des österreichisch-ungarischen Vorgehens. Österreich-Ungarn ist eine unabhängige Großmacht, die unabhängige Balkanpolitik treibt. Es ist falsch, uns jeden österreichisch-ungarischen Schritt aufs Konto zu setzen.

3. Festes und ehrliches Eintreten für Österreich-Ungarn, unsern bewährten Bundesgenossen, ist für uns ein Gebot der Loyalität wie der Klugheit. Österreich-Ungarn hat mit seinem Vorgehen den Notwendigkeiten seiner Stellung Rechnung getragen.

4. Wir brauchen uns jetzt weniger als früher für die Türkei einzusetzen, nachdem England die Türkei unter seinen besonderen Schutz genommen hat und türkischer ist als die Türken. Mangels direkter politischer Interessen in der Türkei ist dort für uns an sich jede Politik möglich, natürlich unter Rücksichtnahme auf unsere erheblichen wirtschaftlichen Interessen.

5. Genugtuung über Rußlands Entschluß, von Kompensationen für sich nicht zu sprechen.

6. An der Meerengenfrage haben wir kein primäres Interesse[2]. Unsere Stellungnahme zu dieser Frage ist abhängig von der allgemeinen Lage und Konstellation zwischen den Mächten bezw. der uns zuteil werdenden Behandlung. Rußland weiß, daß wir seine Meerengenpolitik nicht bekämpfen werden; aber daß wir sie bei der heutigen Gruppierung der Mächte auch noch fördern und dadurch unsere Freunde und Verbündeten in Verlegenheit bringen, ist zu viel verlangt. Rußlands Verbündeter,

Frankreich, will ja weder im Sandschak noch in den Meerengen die volle Souveränität der Türkei beeinträchtigen.

7. Die Garantierung des europäischen Besitzstandes der Türkei erscheint uns als ein Gedanke, dessen Ausführung im allgemeinen Interesse wie im Interesse des Friedens läge.

8. Es ist uns im Grunde ganz lieb, daß wir von Iswolsky erst so spät informiert werden. Auf diese Weise haben wir keine Verantwortung und freie Hand.

9. Die Türken haben sich bereits direkt mit Österreich-Ungarn und Bulgarien in Verbindung gesetzt, und zwar, soweit Bulgarien in Frage kommt, auf französischen Rat.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow auf einem Duplikat:

[1] Standpunkt von Österreich-Ungarn: Keine grundsätzliche Einwendungen gegen die Konferenz, sofern das Programm vorher genau festgestellt und österreichisch-ungarischer Auffassung Rechnung getragen wird. Vide aber auch A 17178 (Wiener Bericht 279*) Seite 1/2. 3/4
Englischer Standpunkt: Die Billigung der türkischen Regierung ist eine notwendige Voraussetzung für die Annahme eines jeden Konferenzprogramms.
Französischer Standpunkt: Frankreich macht die Politik des Türkengläubigers, die französische Presse erklärt den Kongreß für zwecklos! Auf französischen Rat verhandeln die Türken direkt mit Österreich und Bulgarien, was die Konferenz zwecklos macht. Was soll sie denn noch? Serbien und Montenegro vergrößern? Wir wollen weder unseren österreichischen Verbündeten noch unseren türkischen Freund schwächen lassen.

[2] Wir bekämpfen die russische Meerengenpolitik nicht; aber bei der heutigen Gruppierung können wir sie nicht aktiv fördern durch Druck auf andere.
Frankreich will ja auch die Türkei weder im Sandschak noch in den Dardanellen schwächen.

Anlage II

Das Londoner Konferenzprogramm

1. La Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie.

Conditio sine qua non für unsere Teilnahme an Erörterungen über die bulgarische Unabhängigkeitsfrage ist befriedigende Regelung sowohl der Ansprüche der Orientbahnen wie der türkischen Entschädigungsforderungen wegen des ostrumelischen Tributs seitens Bulgariens.

2. La Bosnie et Herzégovine.

Diskussion dieser Frage auf Konferenz ausgeschlossen. Aussicht auf Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei anscheinend günstig.

3. Sandjac de Novibazar.

Wie zu 2.

4. Stipulations de l'article 23 du traité de Berlin, concernant les provinces de la Turquie d'Europe.

Reformfrage zunächst lediglich Sache der Türkei. Empfehlenswert, bei der nach dem russisch-englischen Vorgange neuerdings in der maze-

* Siehe Nr. 9051.

donischen Reformfrage seitens aller Mächte beobachteten Zurückhaltung bis auf weiteres zu verbleiben[1].

5. Article 61, concernant les provinces habitées par les Arméniens.

Wie zu 4[1].

6. Stipulations de l'article 29, limitant les droits souverains du Monténégro.

Keine Bedenken, falls Österreich-Ungarn zustimmt[2].

7. Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro.

Österreich-Ungarn für Vorschlag einer Entschädigung Serbiens und Montenegros auf seine Kosten unzugänglich. Zumutung, bei unserem Bundesgenossen auf Annahme dieses Vorschlages zu insistieren, wird abgelehnt. Serbien und Montenegro haben übrigens keinerlei tatsächliche Verluste erlitten[3].

8. Droits des Etats Balkaniques en tant que riverains du Danube.

Neuordnung der Rechts- und Schiffahrtsverhältnisse an der unteren Donau erwünscht. Empfehlenswert, Frage auf besonderer Donaukonferenz zu behandeln, wie solche im Jahre 1883 bereits stattfand. (Letzteres wünscht Rumänien[4].)

9. Questions des capitulations et des bureaux des postes étrangers en Turquie.

Bereitwilligkeit zu wohlwollender Prüfung diesbezüglicher türkischer Wünsche, die indes noch nicht vorliegen[5].

Gegen den Vorschlag, daß die Kretafrage nicht auf das Programm einer Konferenz gesetzt, sondern zunächst von den vier Schutzmächten und der Türkei geprüft wird, bestehen keine Bedenken.

Randbemerkungen von Schoens auf einem Duplikat:
[1] Rußland einverstanden
[2] Rußland hat Wünsche bezüglich Spizzas
[3] Rußland will Landstreifen für Serbien, Schleifung von Spizza
[4] Rußland macht keine Schwierigkeiten
[5] Rußlands Standpunkt ebenso.

Nr. 9062

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 302 London, den 23. Oktober 1908

Von Sir E. Grey befreundeter, gut unterrichteter Seite wird mir mitgeteilt:

Herr Iswolsky habe hier unermüdlich mit Politikern und Journalisten die Meerengenfrage erörtert. Zunächst habe er Einbeziehung in

Konferenzprogramm verlangt. Als dies nicht gelungen, habe er versucht festzustellen, unter welchen Bedingungen außerhalb der Konferenz England gewillt sei, die Meerengen für Rußland zu öffnen. Zum Beispiel: Beide Meerengen stets geöffnet für russische Kriegsschiffe und nur im Kriegsfalle, aber lediglich die Dardanellen, auch für andere Kriegsschiffe. Englische Regierung habe ihren früheren grundsätzlichen Widerstand aufgegeben, aber Zustimmung von vorheriger russisch-türkischer Verständigung über Meerengen abhängig gemacht. Druck wolle sie aber auf türkische Regierung nicht ausüben.

Iswolsky habe sich als Vorkämpfer des Liberalismus in Rußland und als warmer Freund des neutürkischen Regimes hingestellt.

Englische Regierung könne in die unangenehme Lage kommen, durch Meerengenfrage, auf die Iswolsky immer wieder zurückgekommen sei, zwischen der Türkei oder Rußland wählen zu müssen. Rußland von eisfreiem Hafen im Fernen Osten durch Krieg mit Japan, im Persischen Golf durch Abkommen mit England zurückgedrängt, verlange jetzt Öffnung der Dardanellen. An und für sich könne es England nicht erwünscht sein, neue Macht im Mittelmeer oder die Türkei in Abhängigkeit von Rußland zu sehen. Türkenfreundliche Haltung Englands übe bereits wohltuenden Einfluß auf Muhamedaner Indiens aus. Schließlich würde auch Japan bei englischer Regierung Einspruch gegen Öffnung von Dardanellen erheben. Im eisumgebenen Wladiwostok habe Japan eine russische Flotte nicht zu fürchten und könne sie vernichten, ehe sie erstarke. Russische Flotte im Baltischen Meer keine Gefahr wegen Entfernung. Durch Dardanellen und Suez könne Japan aber ernstlich bedroht werden.

Nach unserer Haltung befragt, antworte ich: Offiziell sei mir nichts bekannt. Es liege aber auf der Hand, daß wir etwaige Lösung der Frage Näherbeteiligten überlassen würden.

Metternich

Nr. 9063

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen**

Reinschrift

Berlin, den 23. Oktober 1908

Der österreichisch-ungarische Botschafter teilt mir mit, er sei beauftragt, Herrn Iswolsky hier zu sagen und dann uns mitzuteilen, Österreich-Ungarn könne sich auf den von Rußland befürworteten Wunsch Serbiens nach Überlassung eines Streifen Landes am Südrande von Bosnien und der Herzegowina angesichts der großserbischen Bewegung und der frechen Provokationen von serbischer Seite unter keinen Umständen einlassen. Baron Aehrenthal sei indessen bereit, Serbien vertragsmäßig einen Verkehrsweg durch Bosnien und die Herzegowina nach

* Auch abgedruckt in Kap. CXCVII, Nr. 9101.

der Küste sowie noch sonstige ökonomische Vorteile zuzusichern. Ebenso sei er bereit, wie seinerzeit schon in Buchlau angedeutet, die nach § 29 des Berliner Vertrags auf Montenegro ruhende Belastung aufzugeben[1].

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das wird für Isw[olsky] ein schlechter Trost sein.

Nr. 9064

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Abschrift

Berlin, den 24. Oktober 1908

Einen großen Teil meiner heutigen zweistündigen Unterredung mit Herrn Iswolsky* nahmen wieder seine bekannten Klagen über die gewagte und, wie er sagte, illoyale Politik Aehrenthals ein, erst in der Sache der Sandschakbahn und jetzt bezüglich Bosniens und der Herzegowina.

Auf seiner jetzigen Rundreise, die, wie er ausdrücklich versicherte, längst in der Art, wie sie jetzt erfolgt, beschlossen war, ehe die jetzigen orientalischen Fragen auftauchten, habe er natürlich Gelegenheit genommen, diese Fragen in Paris und in London zu erörtern. Das Ergebnis sei das bekannte Programm, das nach Ansicht der Verfasser keineswegs ein formelles Programm sein solle, sondern lediglich diejenigen Punkte aufzähle, über welche ein Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten erwünscht scheine, und zwar mit dem Ziele, eine vollständige Übereinstimmung darüber herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sei dieses sogenannte Programm den anderen Mächten vertraulich mitgeteilt.

Auf Herrn Iswolskys Frage, wie wir uns gegenüber dem Gedanken einer Konferenz verhielten, erwiderte ich, wir seien keine prinzipiellen Gegner einer Konferenz, erachteten dieselbe aber nur dann für möglich, wenn tatsächlich vorherige vollständige Übereinstimmung unter allen Mächten über alle zur Frage stehenden Punkte erzielt sei. Selbstverständlich würden wir zu einer Konferenz nicht gehen können, wenn Österreich-Ungarn sich fern hält.

Herr Iswolsky beharrte auf dem Standpunkt, daß das österreichisch-ungarische Vorgehen einen Vertragsbruch darstelle, welcher dem Urteil sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages unterworfen werden müsse. Ebenso verhalte es sich natürlich bezüglich des bulgarischen Vorgehens.

* Iswolsky weilte vom 24.—26. Oktober in Berlin.

Eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten könne er sich nur in der Weise denken, daß Österreich-Ungarn seinen Widerstand gegen eine Konferenz aufgebe, wobei er allerdings anerkenne, daß eine vorherige Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erhebliche Schwierigkeiten aus dem Wege räumen könnte. Ferner sei er der Ansicht, daß die Situation gewisse Kompensationen zugunsten der kleinen Slawenstaaten Serbien und Montenegro erfordere, beispielsweise für Serbien ein kleiner Streifen Landes am Südrande Bosniens, für Montenegro außer der von Österreich-Ungarn anscheinend schon zugesagten Aufhebung des § 29 auch noch die Sicherheit, daß Antivari nicht von dem dalmatinischen Platze Spizza drohend beherrscht werde.

Hierbei sei er sich bewußt, daß diese Staaten in der Tat auf eigentliche Kompensationen einen rechtlichen Anspruch nicht hätten; die von ihm in Aussicht genommenen empföhlen sich aber aus politischen Gründen, da sie als das beste Mittel erschienen, die Bevölkerung dieser beiden Staaten zu beruhigen, namentlich aber die öffentliche Meinung in Rußland zu befriedigen und damit den Weg für ferneres einträchtiges Zusammengehen mit Österreich-Ungarn offen zu halten, eine Politik, die ihm und seinem kaiserlichen Herrn sehr am Herzen liege. Würden diese Wünsche unerfüllt bleiben, so fürchte er leidenschaftliche Bewegungen in der slawischen Welt, eine tiefe Verstimmung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die unter Umständen beim Vorkommen kleiner Reibungen zu den ernstesten Komplikationen führen könnten.

Unter diesen schwierigen Umständen appelliere er, Iswolsky, an unsere Freundschaft, um auf Österreich-Ungarn dahin zu wirken, daß es seinen Widerstand gegen eine Erörterung der bosnischen Frage auf einer Konferenz sowie gegen Erfüllung der serbischen und montenegrinischen Bedürfnisse im Interesse friedlicher Lösung der Wirrnisse aufgebe.

Ich habe meine Antworten an Herrn Iswolsky genau nach Maßgabe des ausgearbeiteten Promemoria* gegeben und keinen Zweifel gelassen, daß wir die von ihm gewünschte Vermittlerrolle in Wien nicht übernehmen könnten; das einzige, was wir tun könnten, sei, dem Wiener Kabinett von dem Inhalte der hier gepflogenen Unterredungen Kenntnis zu geben, was wir ohnehin als unsere bundesfreundliche Pflicht erachteten.

Allgemein hat Herr Iswolsky auch bei diesem Anlasse wieder erklärt, daß es sein und seines kaiserlichen Herrn unverrückbarer Wille sei, mit uns die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen; er hat mich feierlich und unter Verpfändung seines Ehrenwortes versichert, daß zwischen Rußland und England keinerlei andere Abmachungen und Verabredungen bestehen noch auch beabsichtigt seien wie die uns in allen Einzelheiten bekannte Verständigung, die sich auf zentralasiatische Fragen beschränkt. Auch bezüglich der Bagdadbahn, so erwähnte er noch ausdrücklich, beständen zwischen Rußland, Frankreich und England keinerlei Verab-

* Vgl. Nr. 9061, Anlagen.

redungen in dem Sinne, daß diese Mächte gemeinschaftlich unseren Interessen entgegentreten wollten. Es sei immer und immer bei den Verhandlungen mit England betont worden, daß die Verständigung zwischen Rußland und England keinerlei Spitze gegen Deutschland haben dürfte, auch seien sich die leitenden Staatsmänner der vorgenannten drei Mächte darüber einig, daß irgend eine Verschiebung in den heutigen Bündnis- und Ententeverhältnissen nicht nur nicht angezeigt, sondern vom Übel wäre.

(gez.) v. Schoen

Nr. 9065

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 24. Oktober 1908

Die Unterredung zwischen Iswolsky und mir verlief, wie Sie es mir angekündigt hatten. Seine Sprache über Aehrenthal und Österreich war sehr erregt. Er gebrauchte Ausdrücke wie „mensonge effronté", „manque de foi absolu", „politique d'aventurier" etc. etc. Er will in dem Vorgehen Aehrenthals nur den Ausdruck persönlicher Eitelkeit und Ruhmsucht sehen. Er stellte seine eigene Lage als eine fast verzweifelte hin, war aber doch geschmeichelt, als ich ihm sagte, daß weder der Zar noch Rußland einen Staatsmann wie ihn entbehren könnten. Wie von Ihnen verlangte er auch von mir, daß wir auf Österreich drücken sollten, damit es die Frage der Annexion vor die Konferenz bringen lasse und Serbien und Montenegro (territoriale) Entschädigungen gewähre. Für den Fall, daß das nicht geschähe, stellte er den Losbruch der Serben und Montenegriner, allgemeinen Brand auf der Balkanhalbinsel, Krieg zwischen Rußland und Österreich und schließlich Weltkrieg in Aussicht. Er behauptete auch, er habe stets auf Frankreich gedrückt, damit es uns entgegenkomme; jetzt möchten wir ihm den gleichen Dienst mit Österreich leisten. Ich habe erwidert, daß wir ehrlich und lebhaft Frieden und Eintracht zwischen den Mächten und speziell zwischen Rußland und Österreich wünschten, daß wir auch keine prinzipiellen Gegner der Konferenz wären, aber die österreichisch-ungarische Monarchie und ihren greisen Monarchen nicht vor die Konferenz als Tribunal schleifen und noch weniger ihnen die angedeuteten Kompensationen für die kleinen Balkan-Raubstaaten aufzwingen könnten. Aus Loyalität wie aus Klugheit könnten wir Österreich nicht im Stich lassen. Die Angriffe gegen Aehrenthal verstünde ich nicht, wo er mir stets den Eindruck nicht nur eines Gentleman, sondern auch eines aufrichtigen Freundes guter Beziehungen zwischen

Österreich und Rußland gemacht hätte. Ich sprach mich sodann eingehend im Sinne der Punkte 1, 2, 3, 4, 7, 9 des anliegenden Promemorias* aus. — Ich glaube, wir müssen einen Runderlaß über unsere Unterredungen mit Iswolsky machen, der sehr ruhig und vorsichtig zu halten wäre, ohne Spitzen noch Schärfen, so daß er eventuell im Reichstag verlesen werden könnte**. Das Leitmotiv muß sein: Treue, Ehrlichkeit, Friedensliebe, grade und aufrichtige Politik, Festigkeit, Ruhe. In meinem Brief an Aehrenthal*** kann ich offener und freier sprechen.

Bülow

Schlußbemerkung:

Iswolsky behauptete auch, daß Tittoni grade so „betrogen" worden wäre wie er selbst.

Nr. 9066

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 248 Berlin, den 25. Oktober 1908

Zur streng vertraulichen Mitteilung an Baron Aehrenthal:

Der Kern der Wünsche, die Iswolsky mir und Herrn von Schoen bisher vorgetragen, besteht in Ansinnen, auf Österreich-Ungarn zu drücken, daß es Frage der Annexion von Bosnien und der Herzegowina vor Konferenz bringe und in territoriale Kompensationen für Serbien und Montenegro einwillige. Herr Iswolsky motivierte seine Wünsche weniger mit Fürsorge für die genannten Balkanstaaten als mit allgemeinen politischen Gründen (angebliche Erregung in slawischer Welt und damit Möglichkeit ernsterer Komplikationen). Wir haben uns gegenüber diesen russischen Wünschen und Ansprüchen durchaus ablehnend verhalten†.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 9061, Anlage I.

** Ein solcher Runderlaß erging unter dem 6. November.

*** Siehe denselben in Nr. 9079.

† Am 28. Oktober übermittelte Botschafter von Szögyény dem Staatssekretär von Schoen den Dank Aehrenthals. In einem Telegramm des österreichischen Ministers an den Botschafter hieß es: „Bitte dem Herrn Reichskanzler meinen Dank für diese so unzweideutige und entschiedene Stellungnahme, welche für die K. u. K. Regierung in diesem Moment von größtem Wert ist, in warmen Worten auszudrücken."

Nr. 9067

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Schoen

Nr. 250 Berlin, den 26. Oktober 1908

Der Kaiserliche Botschafter in Rom telegraphierte mir amtlich*:

„Italienischer Botschafter London meldet, daß England unbedingt auf Konferenz besteht und entschlossen ist, Einladung ergehen zu lassen. Tittoni fürchtet, daß, wenn Freiherr von Aehrenthal weiter auf negativem Standpunkt beharrt, angesichts außerordentlich antiösterreichischer Richtung öffentlicher Meinung Englands dortige Regierung Ultimatum stelle, was nicht ohne Rückwirkung auf Bestand des Dreibundes bleiben könne. Für ihn persönlich bedeute endgültige Weigerung Österreichs Niederlegung seiner Stellung."

Privatim telegraphiert mir Graf Monts gleichzeitig**:

„Herr Tittoni hat mir von Gespräch Euerer Durchlaucht mit Botschafter Pansa Nachricht gegeben. Wenn er trotzdem Bitte erneuert, Hochdieselben möchten alles tun, um Freiherrn von Aehrenthal zu Nachgiebigkeit zu veranlassen, so geschehe es, weil er als weitere Konsequenz der negativen Haltung Österreichs zunächst seinen Rücktritt, dann Bruch des österreichisch-italienischen Bündnisses voraussehe. Auf meine Frage, ob König Viktor Emanuel und Herr Giolitti mit seiner Haltung einverstanden, erwiderte Tittoni, ja bis ins Detail. Auch beide sähen sehr schwarz und begriffen nicht Freiherrn von Aehrenthals Hartnäckigkeit. Ihre einzige Hoffnung sei, daß es den vereinten Bemühungen beider Verbündeten gelingen würde, Freiherrn von Aehrenthal schließlich doch zum Nachgeben England gegenüber zu vermögen. Ich habe Herrn Tittoni geraten, sich direkt persönlich telegraphisch mit Freiherrn von Aehrenthal in Verbindung zu setzen. Wir ständen erst in zweiter Linie. Da Freiherr von Aehrenthal uns nicht um Rat Bosniens halber vorher gefragt, sei es jetzt sehr schwer, Ratschläge zu erteilen, so sehr auch die Situation sich infolge Haltung von Türkei und England zuspitzt."

Ich habe heute das nachstehende Telegramm an Botschafter in Rom*** gerichtet:

„Die einzige Gefahr, welche in diesem Augenblick Italien bedroht, ist ein Bruch mit Österreich-Ungarn. England will Italien nicht schaden. Frankreich kann ihm nicht schaden, solange Italien im Dreibund bleibt und wir unsere Machtstellung behaupten. Rußland ist weit vom Schuß. Österreich kann Italien unermeßlichen Schaden zufügen. Wenn Italien das Bundesverhältnis zu Österreich lockert oder gar sprengt, werden die

* Telegramm Nr. 139 vom 25. Oktober.
** Telegramm Nr. 138 vom 25. Oktober.
*** Telegramm Nr. 133 vom 26. Oktober.

antiitalienischen Strömungen in Österreich und die antiösterreichischen Elemente in Italien es bald zum Bruche treiben. Frankreich wird, was es auch vorher versprochen haben möge, keinen Finger für Italien rühren, sondern sich freuen, wenn sein Rivale im Mittelmeer lahm gelegt wird. England kann Italien nicht helfen, weil Österreich bei seiner geringen Küstenentwickelung und mit nur einer Hafenstadt England gegenüber unverwundbar ist. Rußland kann es jetzt nicht auf einen Krieg ankommen lassen, der sofort revolutionäre Ausbrüche im Innern zur Folge haben würde, auch abgesehen davon, daß nach übereinstimmendem Urteile aller militärischen Fachmänner die durch den japanischen Krieg desorganisierte russische Armee nicht schlagfertig ist. Dagegen ist nach dem Urteil aller kompetenten Beobachter die österreichische Armee in besserer Verfassung und Stimmung als zu irgend einer Zeit seit 60 Jahren. Italien kann mit Österreich nur verbündet oder in Feindschaft sein. Das Aufhören des Bündnisverhältnisses würde den ersten Schritt zum Konflikt bedeuten, bei dem Italien alles auf eine Karte setzen würde. Ew. pp. bitte ich, sich nicht nur gegenüber Herrn Tittoni und Herrn Giolitti, sondern auch gegenüber anderen maßgebenden Persönlichkeiten, wo es Ihnen nötig erscheint, in diesem Sinne mit ruhigem Ernst auszusprechen. Ich sage das nicht nur als Reichskanzler, sondern als Mann, dessen Freundschaft und Interesse für Italien außer Zweifel stehen. Gegenüber Herrn Tittoni wollen Sie vertraulich hinzufügen, daß wir keine grundsätzlichen Gegner der Konferenz sind. Eine solche würde aber ein Signal zu schweren Verwickelungen bieten, wenn nicht über alle streitigen Punkte vorher volles Einvernehmen zwischen den Mächten erzielt wird. Herr Iswolsky, der hier in sehr gedrückter Stimmung war, will nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg direkte Verhandlungen mit Österreich-Ungarn aufnehmen. Wenn nach vorheriger vollständiger Einigung zwischen allen Kabinetten das Zusammentreten einer Konferenz möglich sein wird, wäre uns der Gedanke nicht unsympathisch, daß diese Konferenz sich in Italien vereinigt."

Euer Exzellenz stelle ich anheim, das Vorstehende streng vertraulich dort zu verwerten.

Bülow

Nr. 9068

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 251 Berlin, den 26. Oktober 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 248*.
Zur streng vertraulichen Mitteilung an Baron Aehrenthal.

* Siehe Nr. 9066.

Nachdem wir Ansinnen Iswolskys, auf Wiener Kabinett zur Aufgabe seines Widerstands gegen Erörterung der Annexion und gegen territoriale Kompensationen für Serbien zu drücken, bestimmt abgelehnt, hat Iswolsky seinen hiesigen Aufenthalt um 24 Stunden verlängert, um Verständigung wenigstens über unbedenkliche Punkte des Programmentwurfs zu erzielen und damit Basis für von ihm beabsichtigte Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett, in erster Linie zwischen St. Petersburg und Wien, zu erlangen.

Als derartige Basis schlug Iswolsky zunächst ein Preßcommuniqué vor, welches die unbedingte Forderung der Einberufung einer Konferenz enthielt. Wir haben diese Fassung verworfen und nur eine Fassung zugestanden, welche den Gedanken in Vordergrund stellt, daß vor Konferenz, gegen die wir keine grundsätzlichen Einwendungen hätten, völliges Einvernehmen aller Mächte über alle Punkte erforderlich*. In dem Communiqué heißt es weiter, daß, wenn wir auch mit Rußland über manche Punkte des Programmentwurfs einig wären, wir denjenigen Punkten unsere Zustimmung nicht geben könnten, welche den österreichisch-ungarischen Interessen widerstreben (Bosnische Frage und Kompensationen für Serbien). Im übrigen würden wir weiter bemüht bleiben, die gegenwärtigen Schwierigkeiten einer friedlichen und gerechten Lösung entgegenzuführen.

Die Fassung des Communiqués vermeidet jede Wendung, welche Eindruck der Absicht eines Drucks auf Wiener Kabinett erwecken könnte.

Auf die von Herrn Iswolsky gewünschte schriftliche Fixierung irgendwelchen Einvernehmens mit Rußland sind wir nicht eingegangen**. Wir werden uns dazu nicht verstehen, ohne vorher der Wiener Regierung Gelegenheit zu eingehender Rücksprache mit uns gegeben zu haben.

Bülow

---

* Siehe den Wortlaut des offiziösen Communiqués in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 151.

** Den Versuch einer solchen Fixierung haben wir anscheinend in einem Memorandum très-confidentiel zu sehen, das Iswolsky am 26. Oktober dem Staatssekretär von Schoen überreichte. Es lautete:

„Le Cabinet de St. Pétersbourg est prêt, dans le but de faciliter la solution de la crise actuelle, à exclure la question des détroits du programme de la Conférence. Mais si le Gouvernement Russe établit avec la Turquie une entente aux termes de laquelle, le principe de la clôture du Bosphore et des Dardanelles étant maintenu, exception de ce principe serait faite en faveur des bâtiments de guerre des Etats Riverains de la Mer Noire à des conditions garantissant efficacement la sécurité de la Turquie, le Gouvernement Allemand fera à cet arrangement un accueil favorable soit au cours des travaux de la Conférence soit ultérieurement." —

Auf dem Memorandum befindet sich eine Aktennotiz des Vortragenden Rats Zimmermann: „Von Herrn Iswolsky Seiner Exzellenz übergeben. Wir haben uns dazu nicht geäußert. Zu den Akten Z. 28./10."

Nr. 9069

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 107 Rom, den 23. Oktober 1908
[pr. 26. Oktober]

Bei meinem ersten Ersehen mit Herrn Tittoni ließ ich ihm keinen Zweifel über den Standpunkt, welchen die Kaiserliche Regierung der Annexion Bosniens gegenüber einnimmt. Der Minister erwiderte, er begreife vollständig, aus welchen Gründen wir unbedingt Österreich-Ungarn zur Seite stehen müßten. Auch Italien habe das Bestreben, sich vor allem mit seinen beiden Verbündeten zu verständigen und Hand in Hand mit ihnen vorzugehen.

Im einzelnen, führte der Minister weiter aus, hege man auch hier den Wunsch, der Türkei jede weitere Amputation zu ersparen. Man weise daher die Forderungen Serbiens und Montenegros nach Gebietszuwachs unbedingt zurück. Wohl aber würde Rußland darauf bestehen, daß beiden slawischen Kleinstaaten ein Brocken hingeworfen wird. Betreffs Montenegros habe ja bereits Österreich-Ungarn spontan seine Bereitwilligkeit erklärt, auf seine aus Artikel 29 des Berliner Vertrags entspringenden Rechte zu verzichten. Was Serbien anlange, so verurteile niemand schärfer wie er, Tittoni, die Ausschreitungen des serbischen Pöbels und das Gebaren des serbischen Thronfolgers, der ein völliger Tollhäusler zu sein scheine. Aber andererseits müsse zugegeben werden, daß Österreich-Ungarn das kleine Land fortgesetzt wirtschaftlich schwer drangsaliert hat. Ihm schwebe daher eine Konzession an Serbien vor, die von wirklichem Nutzen für das Land sein müßte und — das verschluckte freilich Herr Tittoni — für Italien erfreulich wäre. Der Donau-Adria-Bahn würden sich jetzt, da Österreich-Ungarn das Sandschak aufgibt und die Türkei keine Einwendungen gegen den Bahnbau erhebt, nur noch finanzielle Schwierigkeiten entgegenstellen. Er möchte daher vorschlagen, daß die vier politisch und merkantil an der Bahn interessierten Großmächte, das ist Italien, Rußland, England und Frankreich, eine Zinsgarantie für die zum Bahnbau aufzunehmende Anleihe aussprechen.

Über Bulgariens Vorgehen äußerte sich Herr Tittoni sehr ungünstig. Noch schärfer sprach sich sein Adlatus Bollati aus, der die Beschlagnahme der Bahn und die Haltung der dortigen Regierung nach der Unabhängigkeitserklärung als ganz unqualifizierbar bezeichnete.

Monts

Nr. 9070

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1001 London, den 24. Oktober 1908
[pr. 26. Oktober]

Herr Tittoni hat, wie mir mein hiesiger italienischer Kollege sagt, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom seine Ansichten über den von Sir E. Grey mitgeteilten Entwurf zu einem Konferenzprogramm* in folgender Weise dargelegt:

Punkt 1 und 2 keine Einwendungen.

Bezüglich Punkt 3 wünsche Herr Tittoni eine Erklärung Österreichs, daß es auf alle Rechte des Artikels 25 bezüglich den Sandschak von Nowipasar verzichte.

Punkt 4 und 5 keine Einwendungen.

Punkt 6 ausgiebige Vergünstigungen an Montenegro innerhalb des Artikels 29.

Punkt 7 etwaiger Ausbau der Bahn nach dem Adriatischen Meer (Es ging nicht klar hervor, ob dies Herrn Tittonis oder Marquis di San Giulianos Ansicht ist).

Punkt 9 allmähliche Zugeständnisse an die Türkei.

Hinsichtlich Kretas nahm der Botschafter an, daß, falls die vier Schutzmächte zu einer Einigung gelangten, Österreich und Deutschland, die sich von der Kretafrage mehr oder weniger zurückgezogen hätten, keinen Widerspruch erheben würden.

Ich antwortete, daß das seinerzeitige Niederlegen der Flöte keinen Verzicht auf die uns zustehenden Rechte bedeute.

P. Metternich

Nr. 9071

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 26. Oktober 1908

Der österreichisch-ungarische Botschafter gab mir Kenntnis von einem Telegramm Baron Aehrenthals etwa folgenden Wortlauts:

„Wenn Herr Iswolsky oder Herr Pichon mir durch die in Wien akkreditierten Botschafter die in London vereinbarten Vorschläge mit-

* Vgl. Nr. 9045.

teilen lassen, werde ich gern bereit sein, in einen bezüglichen Gedankenaustausch einzutreten.

Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, eine Konferenz prinzipiell abzulehnen, vielmehr sind wir, wenn man es nur ermöglicht, entschlossen, den Gedanken einer Konferenz zu realisieren, da auch wir unsererseits tunlichst dazu beitragen wollen, die bestehende Spannung zu beseitigen.

Selbstverständlich könnten wir es aber nicht zugeben, daß die erfolgte Annexion zum Gegenstand einer Diskussion gemacht wird[1]. Ebenso müßte der Gedanke irgendwelcher territorialen Kompensation unsererseits an Serbien und Montenegro oder eine Retrozession irgend eines Gebietes an die Türkei ausgeschlossen sein.

Euere Exzellenz wollen das Vorstehende zur Kenntnis des Herrn Iswolsky und zugleich des Herrn Reichskanzlers oder dessen Vertreters bringen."

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wir haben in dem Sinne Iswolsky's Pläne bereits abgelehnt.

Nr. 9072

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 145 Rom, den 27. Oktober 1908

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 133*.

Herr Tittoni beipflichtet völlig Euerer Durchlaucht bezüglich des österreichisch-italienischen Verhältnisses. Herr Giolitti und er, übrigens jetzt vollkommen solidarisch, wüßten genau, daß Italien nur Verbündeter oder Gegner Österreichs sein kann, und daß Armee und Flotte Österreichs jetzt besser denn je sind. Leider nur seien eigentlich alle seine Landsleute und selbst ruhige Politiker jetzt so aufgebracht, daß im Falle englisch-österreichischen Konflikts[1] Italien sich unbedingt auf Seite Englands stellen und damit zunächst Rücktritt des Kabinetts besiegelt sein würde. Bei der gefährlichen innerpolitischen Lage drücke er nochmals auf Wien, daß Graf Mensdorff in London erkläre, Österreich habe im Prinzip nichts gegen Konferenz und wolle keine Winkelzüge machen. Das gegenseitige Mißtrauen zwischen London und Wien sei so groß[2], und würde die Sprache

* Identisch mit dem in Nr. 9067 inserierten Telegramm des Reichskanzlers an Graf Monts.

der beiderseitigen Blätter zusehends so scharf[3], daß nur noch[4] eine direkte, offene Aussprache, immer das beste Mittel mit Engländern ins reine zu kommen, helfen könne.

Monts

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] !!
Der liegt außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit!

[2] Auch das ist eine sehr große Übertreibung. Die Engländer haben ja in Wien schon beruhigende Erklärungen gegeben und die Demarche von Lowther in Abrede gestellt.

[3] Bluff

[4] „nur noch!" Nur nicht zu nervös — sondern ruhig Blut. Wenn die italienische Politik sich zu Unvorsichtigkeiten hinreißen läßt, wird Italiens Lage eine viel prekärere als es die von Österreich-Ungarn ist.

Nr. 9073

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts**

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Schoen

Nr. 135 Berlin, den 28. Oktober 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 145**.

Ich freue mich im Interesse von Italien, daß Tittoni und Giolitti gleich mir von Überzeugung durchdrungen sind, daß Italiens vitalste Interessen es auf den Dreibund und damit auch an die Seite Österreich-Ungarns verweisen, so wenig diese Politik auch in Italien populär sein mag. Populäre Strömungen rauschen vorüber, die realen Interessen und Kräfteverhältnisse aber bleiben. Ein ernstlicher englisch-österreichischer Konflikt liegt außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit. Die Lage hat bereits wesentlich an Schärfe verloren, nachdem einerseits Österreich-Ungarn erklärt hat, daß es unter den bekannten Vorbehalten bereit ist, eine Konferenz anzunehmen, während andrerseits England in Wien beruhigende Erklärungen abgab und auch die angebliche Demarche gegen direkte Verständigung mit der Türkei in Abrede stellt.

Bülow

Nr. 9074

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 27. Oktober 1908

Wir müssen Pourtalès (und Hintze) genau und eingehend dahin instruieren, daß sie etwaigen Klagen von Iswolsky über Ablehnung seiner

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

** Siehe Nr. 9072.

antiösterreichischen Wünsche durch uns und kühle Behandlung durch Seine Majestät widerlegen können:

1) Nachdem Rußland sich seit Reval demonstrativ an England angeschlossen hat, konnten wir Österreich nicht preisgeben. Dadurch war die europäische Lage so verschoben, daß wir für russische Wünsche spröder werden mußten, wie wir es sonst gewesen wären.
2) Seine Majestät ist sehr höflich mit Iswolsky gewesen, aber freilich in politischer Hinsicht reserviert. Wie soll Seine Majestät nicht verletzt sein! Die russische Politik wirft sich England ostentativ in die Arme, das an allen russischen Niederlagen und Krisen seit fünf Jahren die Hauptschuld trägt; sie vernachlässigt Deutschland, das unter Gefährdung seiner eigenen Sicherheit und trotz dem Geschrei aller europäischen Radikalen Rußland treu zur Seite stand. En étonnant le monde par son ingratitude vis-à-vis de l'Allemagne, hat Rußland nur seine eigene Stellung geschwächt*.

Bülow

Nr. 9075

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Kapitän zur See von Hintze an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Nr. B 21 St. Petersburg, den 24. Oktober 1908
[pr. 27. Oktober]

Trotz aller Erklärungen bleibt die Gesellschaft zum überwiegenden Teil bei der Überzeugung, daß Österreich, wenn nicht auf Anstiften, so doch wenigstens mit vorheriger Zustimmung Deutschlands die Annexion Bosniens und der Herzegowina ausgesprochen habe.

Der Chef de la Direction des Cérémonies Jewreinow beziffert die Zahl der so Überzeugten auf 95 Prozent, während in ganz Rußland nur fünf Prozent den deutschen amtlichen Versicherungen vom Gegenteil Glauben schenken würden. Ich gebe nicht viel auf Jewreinows Urteil in politischen Angelegenheiten; er spricht aber nicht selten lediglich das aus, was sein Schwiegersohn ihm erzählt, und dieser ist die rechte Hand Tscharykows, etwa in demselben Verhältnis wie Sawinsky** zu Iswolsky steht.

2. Iswolsky wird des Mangels an Selbstbeherrschung angeklagt, aber daß Aehrenthal ihn, wenn auch vage, von der Absicht der Annexion

---

* Nach einer Aktennotiz des Vortragenden Rats Zimmermann ist Graf Pourtalès am 28. Oktober in diesem Sinne instruiert worden.

** Direktor der Kanzlei des russischen Außenministeriums, zugleich Zeremonienmeister.

unterrichtet habe, wird jetzt strikt geleugnet: „Iswolsky nie, que voulez-vous?“

Seine Majestät der Zar scheint Iswolsky in einem gewissen Gefühl der Solidarität — der Betrogene mit dem Betrogenen — halten zu wollen.

3. Die Kompensation, auf die, wenn nicht mit Hilfe der Konferenz, so durch direkte „freundschaftliche“ Verhandlungen mit der Türkei hingearbeitet werden soll, besteht in der Übernahme und Besetzung des Bosporus und der Dardanellen. Man braucht hier ein meines Erachtens recht treffendes Bild: Der Bosporus ist der Riegel, die Dardanellen der Schlüssel zu unserer Haustür*!

Die Konferenz ist als Mittel gedacht, Rußlands Ansehen als slawische Vormacht durch Erwirkung einiger Vorteile für Serbien und Montenegro wieder aufzurichten und daneben sich als „treuer Freund“ in Konstantinopel einzunisten. Nach dem Muster der Vorgänge bei den Teilungen Polens.

4. Aehrenthal hat als Botschafter hier mit der Idee eines Drei-Kaiser-Bündnisses propagiert; davon ist man heute natürlich weit entfernt. Obgleich die Idee mit der Zeit wohl wieder verwendbar ist.

Augenblicklich heißt die Losung: Österreich hat eine Politik der Überraschungen inauguriert; nun, es wird sehen, wie weit es damit kommt; wir sind hoffentlich nur diesmal die Überraschten gewesen. In etwa drei bis fünf Jahren werden wir zum Kriege bereit sein. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit spricht nicht die Konferenz, sondern das Schwert, freilich erst in zwei oder drei Jahren.

5. Aus guter Quelle höre ich, daß die Verhandlungen betreffend die Anleihe bisher zu dem Ergebnis geführt haben, daß 460 Millionen Rubel von französischen und holländischen Banken gegeben werden sollen; vielleicht unter stiller Mitwirkung von Londoner Firmen. Das ist aber das wenigste, was Rußland für 1909 braucht.

(gez.) von Hintze

---

* Schon in einem Berichte Nr. 14 vom 16. Oktober hatte Hintze eingehend dargelegt, wie großen Wert man maßgebenden Orts in Petersburg auf die Meerengenfrage lege. Es hieß in dem Bericht darüber: „[5.] . . . Die Ideen, die hier in ernsteren Kreisen über die Meerengenfragen bestehen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

A. Rußland muß den Bosporus und die Dardanellen in Besitz nehmen und besetzt halten.

Bekanntlich ist diese Idee alt; sie ist die einzige, die Rußlands Wünsche voll befriedigt, und daher trotz Kaiser Alexanders II. feierlicher Ableugnung nach dem Frieden von Stefano als Ziel der russischen Politik anzusehen, mag sie auch zeitweilig auf den Etappen zu diesem Ziel stehen bleiben. Die Verwirklichung der Idee bedeutet das Ende der Türkei, wenigstens in Europa, und Erneuerung des Zwiespaltes Rußland gegen England, von anderen Gründen abgesehen deshalb, weil Rußland damit Mittelmeermacht und Seemacht wird.

B. Rußland besetzt den Bosporus, England die Dardanellen. Auch dieses Amendement ist uralt; Rußland denkt dabei, als stärkste Landmacht sich schnell in den Besitz auch der Dardanellen setzen zu können, falls die Lage es erfordert. — Dieses Pro-

Nr. 9076

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten Bülow

Ausfertigung

Nr. 111 Rom, den 25. Oktober 1908
[pr. 28 Oktober]

Mein russischer Kollege* hatte seinen viermonatlichen Urlaub unterbrochen, um dem Besuch beizuwohnen, den Herr Iswolsky in Desio** abstattete. Von dort begab er sich nach Paris und Biarritz, von wo ihn ein Telegramm aus Petersburg vor einigen Tagen auf seinen Posten zurückberief. Der mit mir die besten Beziehungen unterhaltende Botschafter

---

jekt hat bekanntlich bei den Verhandlungen, die zur russo-englischen Verständigung führten, eine Rolle gespielt.

C. Alle Nationen erhalten das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für jeder Art Schiffe. Damit ist den Russen zurzeit nicht gedient, wie in früheren Berichten des näheren bereits ausgeführt ist. Um ein Bild zu gebrauchen: Rußland würde damit das Tor zu seinem Hofe öffnen, den Schlüssel und das Pförtneramt einem Fremden überlassen, auf den es nicht mehr Einfluß hat als andere.

D. Neutralisierung der Straßen, Schleifung der Befestigungen an den Straßen; Verbot, die Straßen und das Marmarameer zu Kriegszwecken zu benutzen; doch freie Durchfahrt für die Kriegsschiffe aller Nationen.

Diese Lösung würde Rußland nicht befriedigen; denn sie gäbe die tatsächliche Gewalt über die Straßen an diejenige Macht, die gegebenenfalls am schnellsten starke Streitkräfte dorthin werfen könnte, das ist England.

6. Alle diese Pläne haben das Charakteristische, mit Ausnahme vielleicht von C., daß sie Rußland in einen Gegensatz zu England bringen. Auch Idee C muß dahin führen; denn offensichtlich gewinnt England mehr, wenn es die Türkei unter seine Protektion nimmt, als wenn es auf Kosten der Türkei sich aus Rußland einen Freund macht. Für die Türkei aber ist eine Lage unerträglich, die den Sitz ihrer Regierung Handstreichen aussetzt.

Die ernsteren Kreise kommen daher wohl allmählich zu dem Beschluß, daß der Augenblick ungeeignet ist, eine Kompensation für Rußland in der Frage der Straßen zu verlangen.

7. Das hindert die hiesige naive, urteilslose und in Fragen der auswärtigen Politik ziemlich ungebundene Presse natürlich nicht, eine solche Kompensation zu fordern. Ebenso schreit das Kind dieser Presse, die öffentliche Meinung. Ich höre von vielen Seiten, daß auch Herr Iswolsky eine Kompensation Rußlands in der Meerengenfrage in Paris und London anzuregen unternommen hat, — was verständlich, aber für ihn gefährlich wäre, falls er in dieser Frage kein Entgegenkommen fände. Nun bietet freilich der hiesige britische Botschafter Sir Arthur Nicolson den Russen seit langem die Öffnung der Engen gleichsam an, indem er wiederholt erklärt, Englands größter Fehler 1855 und 1871 wäre gewesen, Rußland an dieser Stelle zu binden. Aber im Augenblick sind Englands Aussichten so augenscheinlich größer bei Beschützung der Türkei als bei Preisgabe derselben, daß die britische Regierung offenbar gegen ein altbewährtes und einträgliches System handeln würde, wenn sie ihrem Botschafter folgte."

* N. V. Murawiew.

** Vgl. Kap. CXCIII, Nr. 8941, Fußnote ***.

teilte mir einige vielleicht wissenswerte Details über die jetzige politische Lage und die russischen Dinge mit:

In Petersburg herrsche trotz allen Zeitungsgeschreis eine absolut friedliche Stimmung, man brauche Geld und Ruhe, beides wäre nur bei Fortdauer des Friedens zu erhalten. Die Meerengenfrage wolle man zurzeit[1] ruhen lassen. Herr Iswolsky wäre wenig gut beraten gewesen, als er diese Angelegenheit angeschnitten.

Der Botschafter kritisierte hierauf das Verhalten seines Chefs, notabene eines nahen Verwandten von ihm. Herr Iswolsky hätte, als er in Buchlau die Nachricht von der bevorstehenden Annektierung Bosniens erhielt, sofort nach Petersburg zurückgehen müssen, um sich mit den dortigen leitenden Kreisen über die einzunehmende Haltung zu abouchieren. Statt dessen habe er sein Reiseprogramm innegehalten und auf dieser Rundfahrt bisher anscheinend nur Mißerfolge eingeheimst[2]. Was er in London erreichte oder nicht erreichte, wisse er, Murawiew, nicht, aber aus Paris wäre der Minister wenig befriedigt und ohne selbst gute Eindrücke zu hinterlassen geschieden. Vielleicht erginge es ihm in Berlin besser[3], wie er, Murawiew, überhaupt das größte Gewicht auf gute deutsch-russische Beziehungen lege.

Der Botschafter knüpfte hieran einen Exkurs über die Mißverständnisse zwischen Baron Aehrenthal und verschiedenen Ministern und meinte, die Ministerreisen wären immer ein sehr zweischneidiges Ding[2]. Für das Publikum erschiene zwar regelmäßig das bekannte, nur noch die Heiterkeit der Auguren erregende offizielle Communiqué der vollen Übereinstimmung und größten Befriedigung, ernste Abmachungen aber ließen sich nur im Wege schriftlicher Niederlegung und durch die betreffenden Botschaften erreichen. Wenn also, so fuhr Herr Murawiew fort, sein Chef aus Berlin nichts mitbringe, so wäre es um ihn geschehen[4]. Herr Iswolsky sei unleugbar sehr intelligent und hochgebildet, leider nur laste auf ihm als große Hypothek exzessive Reizbarkeit und Eitelkeit[2]. Ein tadelnder Zeitungsartikel koste ihm die Nachtruhe. In seinen Kombinationen sei er zu subtil und knifflich, so daß er oft den Wald vor Bäumen und das Einfachste nicht sehe. Alle seine Handlungen zielten nur auf Hebung seines persönlichen Prestiges[2]. Die eventuelle Nachfolge würde Herrn Tscharykow zufallen, der nicht die geistige Kultur von Iswolsky habe und auch intellektuell tief unter ihm stände. Dazu käme ein Stich ins Slawophile. Jedenfalls habe er, selbst nur als Vertreter des Ministers, sich seiner Stelle nicht gewachsen gezeigt, denn wie man auch über Österreichs Politik denke, das Ministerium des Äußern in Petersburg hätte unter allen Umständen dafür sorgen müssen, daß Graf Berchtold von Seiner Majestät dem Kaiser Alexander* sofort empfangen wurde[5]. Diese Unhöflichkeit akzentuiere sich jetzt noch schärfer, wo ein montenegrinischer Emissär Zeitungsnachrichten zufolge sofort Zutritt beim Zaren gefunden.

---

* Verschrieben für „Nikolaus".

Der Botschafter besprach dann die Stellung des Herrn Tittoni. Derselbe habe zwar du plomb dans ses ailes, würde aber doch bis auf weiteres auf seiner Stelle sich halten. Herrn Giolitti sei die Schwächung dieses gefährlichen Rivalen keineswegs unangenehm, wenn er ihm auch gegenwärtig unentbehrlich wäre.

Eine Sanierung des bosnischen coup de canif in den Berliner Vertrag auf irgendeine Weise erachtet der Botschafter für unerläßlich. Nach den Erfahrungen von Algeciras dürfte eine eventuelle Konferenz aber nur mit engstem, genau vorher festgestelltem Programm abgehalten werden, so daß sie lediglich als Registrierungsmaschine sich darstellt. In der Konsulta schiene man sehr zu wünschen, daß eine italienische Stadt zum Ort der Prozedur gewählt wird. Tatsächlich würde schließlich eine der vielen italienischen Provinzhauptstädte ganz geeignet sein. Gegen Paris wäre man, wenn auch natürlich nicht offen, selbst in St. Petersburg, schon weil die Repräsentanten der alten Monarchien nicht gut Gäste der radikalen Republik sein könnten. An London denke wohl auch niemand im Ernst. Berlin halte sich klugerweise so zurück, daß schon aus diesem Grunde unsere Hauptstadt nicht in Betracht käme. In Konstantinopel säße der zu Exekutierende, in Wien der Verbrecher, so bliebe wohl nur Florenz oder Neapel übrig.

Ich möchte annehmen, daß Herrn Murawiews Tage hier gezählt sind. Er ist unleugbar ein bedeutender Mensch, und wird seine Regierung kaum auf lange Zeit diese Kraft hier brach liegen lassen. Meine Frage, ob er nicht einmal seinem Vetter Iswolsky folgen würde, verneinte der Botschafter, er habe nicht Lust, den für lange Zeit ganz verfahrenen Wagen der russischen Politik aus dem Schlamm zu ziehen. Ob die Trauben sauer sind? Oder ob Herr Murawiew noch immer einen Meuchelmörder fürchtet? Denn als ehemaliger Oberstaatsanwalt und Justizminister scheint er auch jetzt noch einer der von den russischen Revolutionären am tiefsten gehaßten Männer zu sein. Freilich hat er sich schon diesen Sommer auf einige Zeit nach Petersburg gewagt, wie auch die strenge Bewachung der hiesigen russischen Botschaft und des Botschafters selbst nachgelassen hat.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?
[2] Ja
[3] nein
[4] wie schön
[5] ebenso wie Hintze

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr wichtig

Nr. 9077

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 28. Oktober 1908

1. Die Insinuation von Friedjung („Vossische Zeitung" vom 28. d. Mts. S. 2), daß die Erbitterung Englands gegen Österreich nur die Folge von Kronberg sei, sich lediglich gegen Österreich als Verbündeten von Deutschland richte, und daß es sich eigentlich nicht um einen englisch-österreichischen, sondern um einen englisch-deutschen Gegensatz und Konflikt handle, ist perfide und unbequem. Wir dürfen aber jetzt unter keinen Umständen in eine Preßfehde mit Wien eintreten! Es wäre der größte Fehler, den wir jetzt machen könnten. Wir würden dadurch Österreich demoralisieren und womöglich abstoßen, die Entente der Westmächte mit Rußland und Italien aber noch fester schweißen. Wirken Sie auf alle uns zugänglichen Blätter ein, damit sie jede solche Polemik und womöglich auch die akademischen Betrachtungen über Wert und Umfang unserer Allianz mit Österreich unterlassen. Jetzt heißt es: Ruhig abwarten und keinen Anlaß zu Mißdeutung und Verdächtigung bieten. Ich bitte Herrn von Loebell in diesem Sinne unter Appell an den Patriotismus der betreffenden Blätter mit der „Deutschen Tageszeitung", der „Täglichen Rundschau" und gleichgesinnten Organen zu sprechen.

2. Vermittlungsvorschläge, die von England, Frankreich oder Rußland kommen, weisen wir am besten direkt nach Wien. Wir sagen dabei: Wir wollten auch den Schein vermeiden, einen Druck auf unseren Verbündeten auszuüben. Ein solcher Schein könne schon durch die Übermittlung entstehen. Das Ergebnis der Besprechungen von Iswolsky in London und in Paris hat mich in der Überzeugung bestärkt, daß es für uns besser ist, wenn alle Beteiligten sich direkt auseinandersetzen, ohne daß wir (oder Europa) den Puffer abgeben. Das dürfen wir aber nicht über die Dächer schreien, es muß nur unsere innerliche ligne de conduite sein. Wenn man uns als Puffer einschieben will, sagen wir einfach: Verständigt Euch untereinander, wir machen keine Schwierigkeiten.

3. Jedes Zusammengehen von England und Frankreich in Konstantinopel zwecks Stärkung der Türkei und des jungtürkischen Regimes ist eher nützlich für uns, denn es trennt beide von Rußland, das solche Politik nicht ehrlich und nicht auf die Dauer mitmachen kann. Auch das dürfen wir nicht offen aussprechen, wir dürfen in der Presse aber nichts gegen ein solches Zusammengehen sagen und müssen es namentlich immer als ganz natürlich und berechtigt behandeln, daß Frankreich (das vier Milliarden türkischer Werte besitzt!) seine Interessen in der Türkei wahrnimmt, und daß England seine traditionelle Rolle als Beschützer der Türkei und insbesondere der liberalen Türkei akzentuiert. Wir dürfen uns nicht besorgt oder empfindlich hinsichtlich unseres eigenen Einflusses in

Konstantinopel zeigen. Es schadet nichts, wenn in unserer Presse gesagt wird, daß Frankreich im Orient (statistisch nachgewiesen) erheblich größere finanzielle Interessen hat als wir, und daß im Orient Raum genug für englische wie für deutsche Handelstätigkeit ist.

4. Ich bitte vorstehendes zur Kenntnis der beteiligten Dezernenten zu bringen und mir Abschrift dieser Instruktion zukommen zu lassen.

Bülow

Nr. 9078

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 28. Oktober 1908

Nachdem ich schon wiederholt Gelegenheit genommen, den französischen Botschafter gesprächsweise darauf hinzuweisen, daß Deutschland und Frankreich im nahen Orient identische Interessen haben, die ein übereinstimmendes, unter Umständen gemeinschaftliches Vorgehen ermöglichten, habe ich Herrn Cambon gestern unsere Stellung zu dem Konferenzgedanken sowie zu den einzelnen zu behandelnden Fragen dargelegt.

Der Botschafter bekannte mit Genugtuung, daß Frankreichs Auffassung sich ziemlich vollständig mit der unsrigen decke. In Frankreichs Absicht liege es, bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf den russischen Verbündeten und den englischen Freund keineswegs Österreich-Ungarn in der Konferenzfrage in die Enge und zu einer Kapitulation zu treiben. Die französische Regierung sei allerorts in ausgleichendem Geiste tätig und aufrichtig erfreut, sich hierbei wiederholt mit uns begegnet zu sein. Die Vorbedingungen seien also, wie er gern konstatiere, für eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland günstiger wie je, niemand würde mit mehr Wärme für eine solche eintreten wie er.

Meine Bemerkung „le moment est venu non seulement de se tendre les mains, mais de se les donner" und namentlich der Zusatz, daß ich der Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu solcher Auffassung sicher sei, begrüßte Herr Cambon mit der lebhaftesten Befriedigung. Er bezeichnete es als überaus erwünscht, nun ohne Zögern über Marokko zu einer Verständigung mit uns zu gelangen*, nicht nur in der Sultanfrage, sondern möglichst allgemein.

Ich erklärte mich hierzu im Prinzip und unter dem Vorbehalt bereit, daß eine Verständigung sich innerhalb der durch die Algecirasakte gezogenen Grundlinien halte. Bezüglich der Anerkennung Mulay Hafids

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXXI.

sähe ich keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr und würde voraussichtlich in kürzester Zeit in der Lage sein, unsere Zustimmung zu den letzten französisch-spanischen Vorschlägen zu geben. Dringend erwünscht aber erachtete ich vor allem anderen eine schleunige und befriedigende Erledigung des peinlichen Zwischenfalls mit den Deserteuren in Casablanca.

v. Schoen

Nr. 9079

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Freiherrn von Aehrenthal

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 30. Oktober 1908
[abgegangen am 31. Oktober]

Bevor ich mich eingehender zu Ihren inhaltreichen Briefen vom 26. v. Mts.* und 15. d. Mts.** wende, wiederhole ich Ihnen die von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, meinem allergnädigsten Herrn, seinem erhabenen Verbündeten gegebene Versicherung, daß wir in der bosnischen Frage fest zu Österreich-Ungarn stehen. Seien Sie überzeugt, daß wir uns in unserer bundesfreundlichen Haltung weder durch die Besorgnisse des Herrn Clemenceau noch durch etwaige russische Maßnahmen an unserer Ostgrenze beeinflussen lassen. Übrigens betrachte ich diese beiden dunklen Punkte vorläufig noch als ein recht fernstehendes Gewitter.

Über unsere Verhandlungen mit Herrn Iswolsky sind Sie durch Vermittelung des Herrn von Szögyény und unseres Botschafters in Wien auf dem laufenden gehalten worden. Sehr wertvoll waren mir für meine Unterredungen mit dem russischen Minister Ihre vertraulichen Informationen über Ihren Gedankenaustausch mit ihm. Herr Iswolsky kam hier in erregter Stimmung an. Ich übergehe den persönlich gefärbten Teil seiner Ausführungen. Sachlich vertrat er die Auffassung, daß das Vorgehen Österreich-Ungarns in der bosnischen Frage einen Vertragsbruch darstelle, der dem Urteil sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages unterworfen werden müsse. Eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten könne er sich nur in der Weise denken, daß Österreich-Ungarn die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina vor eine Konferenz bringen lasse und Serbien sowie Montenegro territoriale Entschädigungen gewähre. Für Serbien würde vielleicht ein Streifen Land

* Siehe Kap. CXCIII, Nr. 8934.
** Siehe Nr. 9055.

am Südrande Bosniens genügen. Für Montenegro müsse außer der von Österreich-Ungarn anscheinend schon zugesagten Aufhebung des Artikel 29 des Berliner Vertrages mindestens noch die Sicherheit geboten werden, daß Antivari nicht von dem dalmatinischen Platze Spizza drohend beherrscht werde. Herr Iswolsky führte hierbei aus, daß diese Kompensationen sich aus politischen Gründen empföhlen, da sie das einzige Mittel wären, um Serbien und Montenegro zu beruhigen, namentlich aber um die öffentliche Meinung in Rußland zu befriedigen und damit den Weg für weiteres Zusammengehen mit Österreich-Ungarn offen zu halten, ein Zusammengehen, das ihm und seinem kaiserlichen Herrn bisher so sehr am Herzen gelegen habe. Für den Fall, daß diese Wünsche nicht erfüllt würden, stellte Herr Iswolsky nicht ohne Emphase den Losbruch der Serben und Montenegriner, einen allgemeinen Brand auf der Balkanhalbinsel und schließlich einen Weltkrieg in Aussicht. Indem er seine eigene Lage als eine geradezu verzweifelte schilderte, verlangte er schließlich unter Berufung auf die hundertjährige Freundschaft zwischen Rußland und Preußen-Deutschland, daß wir bei Österreich-Ungarn für die Annahme seiner Wünsche eintreten möchten.

Ich habe Herrn Iswolsky erwidert, daß wir ehrlich und lebhaft Frieden und Eintracht zwischen den Mächten und ganz besonders zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wünschten und uns auch in diesem Punkte eins mit Ihnen wüßten. Wir hegten die feste Zuversicht, daß sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei dem bei allen Großmächten vorhandenen guten Willen in friedlicher Weise lösen lassen würden. Das Verhalten Österreich-Ungarns in der bosnischen Frage erscheine uns allerdings in wesentlich anderem Lichte als ihm. Österreich-Ungarn habe mit seinem Vorgehen den Notwendigkeiten seiner Stellung Rechnung getragen, dabei aber die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise geändert. Ein festes und offenes Eintreten für unseren bewährten Bundesgenossen sei für uns nicht nur ein Gebot der Loyalität, sondern auch durch die Sachlage gerechtfertigt. Dies vorausgeschickt könne ich ihm nur erklären, daß wir zwar keine prinzipiellen Gegner der Konferenz wären, daß wir es aber ablehnen müßten, Österreich-Ungarn zur Annahme der ihm dabei zugedachten Rolle zuzureden. Mit der Würde der habsburgischen Monarchie erscheine es uns nicht vereinbar, daß sie ihre durch die Lage erforderten Entschlüsse der Kritik und dem Arbitrium einer Konferenz unterziehen und sich durch eine Konferenz solche Kompensationen für die kleinen Balkanstaaten aufzwingen lassen könnte. Selbstverständlich würden wir zu einer Konferenz nicht gehen können, wenn Österreich-Ungarn sich davon fern hielte. Wir erachteten eine Konferenz nur dann für möglich, wenn vorher tatsächlich vollständige Übereinstimmung unter allen Mächten über alle zur Frage stehenden Punkte erzielt wäre.

Nachdem Herr Iswolsky sich durch diese Unterredung mit mir und eine gleichartige Aussprache mit Herrn von Schoen davon überzeugt hatte, daß wir für die uns zugedachte „Vermittlerrolle" nicht zu haben sind,

trat er, wesentlich ruhiger geworden, mit dem Wunsche hervor, ihm durch ein offiziöses Preßcommuniqué die Basis für die von ihm beabsichtigten Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett, in erster Linie zwischen St. Petersburg und Wien, zu schaffen. Wiewohl sich der russische Minister bei diesem Vorschlage wohl in erster Linie von dem Bestreben leiten ließ, in der Öffentlichkeit einen möglichst günstigen Eindruck für sich zu erwecken, haben wir, um eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, uns in diesem Punkte ihm gegenüber nicht ganz ablehnend verhalten. Wir haben uns zu der (Ihnen bekannten) offiziösen Äußerung vom 26. d. Mts.* verstanden. Auf eine von Herrn Iswolsky lebhaft gewünschte schriftliche Fixierung irgendwelchen Einvernehmens mit Rußland über den Londoner Entwurf zu einem Konferenzprogramm sind wir nicht eingegangen.

Mit Befriedigung habe ich aus einem eben eingegangenen geheimen Telegramm von Tschirschky ersehen, daß Aussicht vorhanden ist zu direkten Verhandlungen mit dem Komitee von Saloniki**, welches nach unseren Berichten von Anfang an mehr zu Österreich als zu England neigte. Diese Verhandlungen werden hoffentlich dazu beitragen, die Türken zu der gesunden Überzeugung zurückzubringen, daß Österreich und Deutschland, die im eigenen Interesse eine konservative Balkanpolitik vertreten, natürliche Stützen der Türkei sind. Die Einsichtigen unter den Muselmanen können sich doch eigentlich auf die Dauer der Erkenntnis nicht verschließen, daß gerade unsere dreißigjährige Allianz Europa seinen langen Frieden und der Türkei eine verhältnismäßig ruhige Epoche gesichert hat. Jedenfalls fällt, wenn die Türkei diese Zeit nicht entsprechend genutzt hat, dies nicht unserer unentwegt erhaltenden Politik zur Last. Ich habe während der letzten Monate immer wieder in Konstantinopel darauf hinweisen lassen, daß es sich nach unserer Auffassung bei der endgültigen Einverleibung Bosniens und der Herzegowina für die Türkei nur um die Aufgabe eines Scheines handelt, und daß es uns nicht verständlich wäre, wenn die Türkei wegen Preisgabe dieser rein äußerlichen Form gefährliche Verwickelungen heraufbeschwören und deshalb die guten Beziehungen nicht nur zu Österreich-Ungarn, sondern auch zu uns stören würde.

Andererseits erscheint es uns dringend erwünscht, daß die Anerkennung des in Bulgarien neu geschaffenen Zustandes nicht eher erfolgt, als bis Kompensationen gefunden sind, welche die Türkei für den in Bulgarien erlittenen Verlust entschädigen. Daß unser Zusammengehen sich auch da betätigen wird, hoffe ich um so mehr, als Österreich und Deutschland in dieser Richtung die gleichen Interessen haben. Eine die Türkei wie unsere Betriebsgesellschaft voll befriedigende Regelung der Eisenbahnfrage*** erscheint mir als selbstverständliche Voraussetzung.

Herr Iswolsky brachte auch die Meerengenfrage zur Sprache. Auf

---

* Siehe den Text in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 151.
** Vgl. dazu Kap. CCI.
*** Vgl. Kap. CXCIV.

meine direkte Frage, wie sich England und wie sich Frankreich zu den Meerengen stellten, erwiderte er nach einigem Zögern und anscheinend ungern, daß die Engländer die Anregung der Frage jetzt nicht für opportun hielten und auf ihre türkischen Freunde keinen Druck ausüben wollten; die in Konstantinopel finanziell so stark engagierten Franzosen hätten sich ungefähr auf derselben Linie gehalten. Wir haben uns in dieser Frage, wie ich vertraulich bemerken darf, ganz frei gehalten mit ausdrücklichem Hinweis darauf, daß wir die russische Meerengenpolitik nicht bekämpfen, sie bei der heutigen Gruppierung der Mächte aber keinesfalls aktiv durch Druck auf andere fördern könnten. Wir haben vielmehr betont, daß wir eventuell bereit sein würden, dem Gedanken einer Garantierung des europäischen Besitzstandes der Türkei näherzutreten.

Was die weitere Behandlung der Konferenzfrage anlangt, so werden Sie, wie ich vermute, auch ferner an dem Standpunkte festhalten, daß wir auf eine Konferenz nur dann gehen können, wenn vorher wirklich vollkommene Einigung über alle Punkte erzielt worden ist. Nur auf diese Weise werden wir uns gegen unliebsame Überraschungen sichern können. Auch möchte ich glauben, daß es weder im Interesse Österreich-Ungarns noch im deutschen Interesse liegt, daß die Konferenz zu bald zusammentritt, und daß ihr ein übermäßiger Glanz gegeben wird. Vielmehr scheint mir auch unserem Interesse der Gedanke zu entsprechen, dem ich wiederholt in der österreichischen Presse begegnet bin, daß man die Konferenz nur dann akzeptiert, wenn sie in der Hauptsache auf die Aufgabe eines bureau d'enregistrement beschränkt wird. Damit wird die Gefahr vermieden, daß die Konferenz, über ein nüchternes und präzises Programm hinausgreifend, zum Tummelplatz panslawistischer und anderer Umsturzpläne, Ambitionen und Intrigen wird. Es dürfte sich deshalb auch empfehlen, daß, wenn die Konferenz — der pompöse und vielverheißende Ausdruck Kongreß wird von vornherein auszuschalten sein — zustande kommen und zum Beispiel in einem Ort wie Florenz oder Palermo tagen sollte, dazu nicht leitende Minister, sondern nur Delegierte (Botschafter, Sektionschefs oder auch Gesandte) entsandt werden.

Durch Herrn von Schoen weiß ich, daß Ihnen nach und nach Zweifel darüber aufgestiegen sind, ob die jetzigen unappetitlichen Zustände in Serbien auf die Dauer haltbar sein werden. Ich habe überhaupt Vertrauen zu Ihrem Urteil, in diesem speziellen Falle sage ich mir noch außerdem, daß Sie die serbischen und die damit zusammenhängenden Verhältnisse genauer beurteilen können wie ich aus der Ferne. Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schließlich gelangen werden, als die durch die Verhältnisse gebotene ansehen.

Bülow

Nr. 9080

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 306 Budapest, den 29. Oktober 1908
[pr. 31. Oktober]

Bezüglich der Haltung Frankreichs in den schwebenden politischen Fragen bemerkte Baron Aehrenthal im Laufe unseres heutigen Gesprächs, Frankreich habe sich „anständig" benommen. Die Sprache, die es in Sofia, Konstantinopel und Cetinje führe und geführt habe, sei durchaus korrekt gewesen, und es sei kein Zweifel, daß Frankreich im Gegensatze zu seinem englischen Freunde ehrlich bemüht sei, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Wenn er auch zugeben müsse, daß er bei seinem politischen Kalküle die Gegnerschaft Englands und Rußlands nicht in dem Maße vorausgesehen habe, wie sie sich tatsächlich erwiesen hätte, so freue er sich andrerseits, daß er sich bei Frankreich in der Annahme nicht geirrt hätte, daß es in den orientalischen Fragen nicht zu allem Ja und Amen sagen würde, was ihm von London aus souffliert würde. Er begrüße mit Freude dieses erste Anzeichen des Wiederauflebens einer selbständigen Politik in Paris, wo man sich ja bisher in politischer Beziehung in der Rolle einer Dependance von London gefallen habe.

Der Minister las mir darauf das eigenhändige Schreiben des Präsidenten Fallières an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph vor. Nachdem im Eingange der Präsident für die in dem Schreiben Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph enthaltene Mitteilung über die Ausdehnung der Souveränität Österreich-Ungarns auf die okkupierten Provinzen seinen Dank ausgesprochen hat, schließt das Schreiben folgendermaßen: „L'Autriche-Hongrie peut être assurée que le Gouvernement de la République, n'ayant en vue que l'intérêt général, concourra à l'accord désiré en s'inspirant des sentiments de cordiale sympathie dont le Gouvernement Impérial et Royal s'est montré également animé à notre égard et qui sont conformes aux excellents rapports qui existent entre nos deux pays."

von Tschirschky

Nr. 9081

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 309 Wien, den 30. Oktober 1908
[pr. 31. Oktober]

Bei dem Besuche, den ich gestern nachmittag dem Freiherrn von Aehrenthal in der Ofener Hofburg abstattete, traf ich den Minister ruhig

und in zuversichtlicher Stimmung, wenn auch etwas abgearbeitet. Er empfing mich mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß Seine Majestät der Kaiser sich zum Besuche bei seinem allergnädigsten Herrn angesagt habe*. Gerade in den jetzigen Zeiten sei dieser neuerliche Freundschaftsbeweis Kaiser Wilhelms von besonderem Werte, und er werde sicher nicht verfehlen, auch nach außen hin gute und nachdrückliche Wirkung auszuüben.

Der Minister kam dann auf den Verlauf der Delegationen zu sprechen, mit dem er sich nach jeder Richtung hin für befriedigt erklärte. Die Ungarn hätten wiederum ein großes Maß politischer Einsicht gezeigt, indem sie unter Zurückstellung aller ihrer staatsrechtlichen Bedenken rückhaltslos für die Großmachtstellung der Monarchie eingetreten seien. Die österreichische Delegation habe ja etwas schwieriger gearbeitet. Der Minister machte hier das bezeichnende Geständnis, daß es ein großer Fehler gewesen sei, daß man den slawischen Kongreß in Prag in diesem Sommer habe abhalten lassen. Die Folgen der dort zutage getretenen panslawistischen Aspirationen hätten sich jetzt in der österreichischen Delegation sowohl in den öffentlichen Reden als besonders hinter den Kulissen deutlich gezeigt. Er, der Minister, habe aber damals mit Baron Beck** so schlecht gestanden, daß er das ohnehin gespannte Verhältnis nicht noch durch einen Einspruch seinerseits gegen die Abhaltung des Kongresses — die immerhin mehr in das Gebiet der inneren Politik gehöre — habe verschärfen wollen.

Das Gespräch wandte sich nunmehr den augenblicklichen internationalen politischen Verhältnissen zu, und ich nahm Gelegenheit, den Inhalt des Telegramms Nr. 251*** dem Minister gegenüber streng vertraulich zu verwerten. Der Minister bat mich, Euerer Durchlaucht seinen wärmsten Dank für die ausführlichen Mitteilungen zu übermitteln, die Euere Durchlaucht ihm durch mich sowie durch Herrn von Szögyény über die in Berlin gepflogenen Besprechungen mit Herrn Iswolsky hätten zukommen lassen. Die klare und unzweideutige Sprache, die Euere Durchlaucht dem russischen Minister gegenüber geführt hätten, die runde Ablehnung jeden Druckes auf Österreich-Ungarn in den Fragen der Erörterung der Annexion auf der Konferenz und in der Kompensationsfrage und weiter die rückhaltlose Erklärung, daß Deutschland sich in allen schwebenden Fragen unter keinen Umständen von dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen trennen wolle, werde hier nach ihrer vollen Tragweite gewürdigt. Diese Haltung Deutschlands werde nicht verfehlen, auch auf Herrn Iswolsky den gebührenden Eindruck zu machen, und er hoffe, daß letzterer bei den nunmehr zu erwartenden direkten Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien den tatsächlichen Verhältnissen, über die er

* Kaiser Wilhelm II. hatte sich auf den 4. November zum Besuch auf dem Jagdschloß Eckartsau angemeldet. Vgl. Nr. 9086.
** Österreichischer Ministerpräsident seit 1906.
*** Siehe Nr. 9068.

nach seinem Berliner Aufenthalt nicht mehr im Zweifel sein könne, Rechnung tragen werde.

Der Minister wiederholte hierbei, daß er mit uns nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, prinzipiell zwar nichts gegen den Zusammentritt der Konferenz einwenden zu wollen, es aber immerhin vorziehen würde, wenn die Entwirrung der gegenwärtigen politischen Situation auf dem Wege der Verständigung von Kabinett zu Kabinett erfolgen könnte.

„Ich bedauere," fuhr der Minister fort, „daß Herr Iswolsky den sachlichen Unterschieden, die sich zwischen der hiesigen und der russischen Auffassung der Lage ergeben haben, den Charakter eines persönlichen Duells zwischen ihm und mir aufgedrückt hat. Ich glaube, man wird mir die Anerkennung nicht versagen, daß ich mich bisher in dieser Beziehung der größten Reserve befleißigt habe. Weder in meinem Exposé noch in meinen sonstigen Äußerungen habe ich mich zu irgendeiner scharfen Wendung gegenüber Herrn Iswolsky hinreißen lassen; im Gegenteil, ich habe mich bemüht, wo ich konnte, ihm Brücken zu bauen. Sollte aber Herr Iswolsky wider mein Erwarten vor der Duma oder etwa, wie er dies schon getan, in Preßinterviews meine und Österreich-Ungarns Haltung weiter verdächtigen oder ungebührlich kritisieren, so würde ich zu meinem Bedauern gezwungen sein, auch meinerseits die wahre Lage der Dinge öffentlich klarzustellen. Ich habe für diesen Fall die Absicht, das geheime Protokoll vom 13. Juli 1878 zu publizieren, welches die Unterschrift sämtlicher russischen und österreichisch-ungarischen Delegierten zum Berliner Kongreß trägt*. Dieses Protokoll besagt, daß, falls sich infolge der Beibehaltung der türkischen Verwaltung im Sandschak neben der Okkupation durch österreichisch-ungarische Truppen für die Monarchie Schwierigkeiten ergeben sollten, Rußland keine Einwendungen erheben werde, ‚si l'Autriche-Hongrie se voyait amenée à occuper définitivement ce territoire comme le reste de la Bosnie et de l'Herzégovine'. Ich werde weiter öffentlich konstatieren, daß der Drei-Kaiser-Vertrag von 1881 auf der Basis zustande gekommen ist, daß Rußland die Annexion zugesteht, falls Österreich sich der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien nicht widersetzt. Ich werde weiter darauf hinweisen, daß die ganze orientalische Frage neuerdings infolge russischer Initiative wieder in Fluß gekommen ist, und zwar durch das Euerer Durchlaucht bekannte Memorandum des Herrn Iswolsky**.

Ehe ich zu diesem äußersten Mittel greife, werde ich Herrn Iswolsky vorher noch freundschaftlich und vertraulich über diese meine Absichten verständigen. Bitte, Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler zu sagen, daß ich dankbar sein würde, wenn er mir seine Ansicht über diesen Plan und eventuelle Bemerkungen oder Bedenken mitteilen lassen wollte. Unter allen Umständen würde ich Seine Durchlaucht noch vorher avisieren."

* Der genaue Wortlaut bei E. v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, III, S. 135, Fußnote[1].

** Siehe Nr. 9055, Anlage I.

Der Minister fügte noch hinzu, er halte es für seine unabweisbare Pflicht gegenüber der politischen Brunnenvergiftung, die durch Ausstreuung zweideutiger Bemerkungen und falscher Nachrichten von Petersburg und von anderen Orten aus betrieben werde, die Politik seines kaiserlichen Herrn gegenüber der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns und der ganzen Welt in klares, unzweideutiges Licht zu rücken. Unklare Situationen halte er außerdem in der Politik unter allen Umständen für das gefährlichste. Der Minister werde, wie er wiederholte, nur bei äußerster Notwendigkeit zu der beabsichtigten Publikation schreiten, Herrn Iswolsky vorher in freundschaftlicher Form warnen und die direkten Verhandlungen, die der russische Minister während seines Aufenthalts in Berlin in Aussicht gestellt hat, in wohlwollendstem und entgegenkommendstem Geiste führen.

von Tschirschky

Nr. 9082

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 115 Rom, den 30. Oktober 1908
[pr. 2. November]

Herr Tittoni äußerte zu mir, da man allseits bereit scheine, die Konferenz in Italien abzuhalten, so wäre es wohl am bequemsten und kürzesten, Rom als Konferenzort zu wählen[1]. Die verschiedenen Botschafter würden ohnehin die Vertretung erhalten, und brauchten dieselben sich dann ebensowenig wie er selbst zu deplacieren[2]. Ich erwiderte, schon um den Mächten in keiner Weise wegen der Wahl ihrer Delegierten zu präjudizieren, schiene mir Rom nicht geeignet. Abgesehen hiervon wäre, soviel ich aus den Akten und Telegrammen ersehen könnte, von autoritativster Seite und von verschiedenen Regierungen kategorisch jede Hauptstadt einer Großmacht ausgeschlossen worden[3]. Auch sei zu erwägen, wie bisher nur ein negatives Verständnis bezüglich der Konferenz im europäischen Konzert erzielt worden, daß keine Macht derselben im Prinzip opponiere[4]. Eine weitere Belastung dieser Bereitwilligkeit mit italienischen Forderungen, Rom betreffend, würde die Lage noch mehr komplizieren. Endlich schiene es mir im italienischen Interesse zu liegen, die Konferenz der hiesigen Presse und dem bekanntlich sehr aufgeregten römischen Pöbel, namentlich der Universität zu entrücken. Der Minister schien überzeugt und sagte, ich habe recht, und aus all diesen Gründen sei Florenz, eine unpolitische und angenehme Stadt, der geeignetste Ort.

Da ich dem Frieden nicht so ganz traute, erzählte ich meinem österreichisch-ungarischen Kollegen von dem Gespräch, der auch der Meinung

war, daß seine Regierung unter keinen Umständen mit Rom einverstanden sein würde[5].

Ich hätte Euerer Durchlaucht nichts von obigem berichtet, wenn nicht tatsächlich Herr Tittoni vor seiner gestern abend erfolgten Abreise nach Oberitalien — seine Schwiegermutter liegt im Sterben — Graf Lützow gebeten hätte, für Rom einzutreten, aber mit einer anderen Motivierung. Man würde ihm vorwerfen, daß er aus Deferenz vor dem Vatikan nicht wage, den Kongreß in Rom tagen zu lassen. Übrigens seien sowohl Herr Murawiew wie der französische Geschäftsträger* mit der Wahl der Hauptstadt einverstanden[6].

Mein Kollege, durch mich vorbereitet, ist in bestimmtester Weise dieser Idee entgegengetreten. Es müsse bei Florenz bleiben, das in jeder Beziehung geeignet wäre. Vor den internationalen Rücksichten müßten lokale Interessen zurücktreten. Baron Aehrenthal wünsche seiner, Herrn Tittonis, Stellung einen coup d'épaule zu geben und sei daher sofort bereitwilligst auf die Wahl einer italienischen Stadt eingegangen. Jedoch über die Hauptstadt einer Großmacht würde es unmöglich sein eine Einigung zu erzielen[3].

Graf Lützow wird nach Wien über die Angelegenheit berichten, weil er der Ansicht ist, daß Herr Tittoni nochmals direkt durch Duca d'Avarna sein Glück versuchen wird. Der Botschafter will auch in Wien darauf aufmerksam machen, daß ein gleichzeitiges Tagen von Konferenz und italienischem Parlament ihm nicht rätlich erscheint[7]. Bequemlichkeitsrücksichten müßten zurücktreten. Auch sei es sicher, daß durch höfische Veranstaltungen die Konferenz in die Länge gezogen und derselben eine unnötige Bedeutung beigelegt werden würde. Von mir aus fügte ich im Gespräch hinzu, daß es nicht wünschenswert wäre, den Hauptsitz der käuflichen italienischen Presse als Konferenzort zu wählen. Auch in Neapel bestehe eine ziemlich große Lokalpresse, mit der Herr Barrère früher enge Fühlung unterhielt. Da die österreichische Regierung eine norditalienische Stadt oder Venedig ausschließt, resümierte Graf Lützow, daß das von einer politisch indifferenten Bevölkerung bewohnte Florenz die einzig für den Kongreß geeignete italienische Stadt, falls derselbe überhaupt zustande kommt[8], sein würde.

Monts

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Jede Hauptstadt einer Großmacht ist ausgeschlossen

[2] Kein ernsthafter Grund

[3] richtig

[4] selbst das ist kaum erreicht.

[5] Sehr begreiflich

[6] weil sie Italien kompromittieren möchten

[7] wäre sehr gefährlich

[8] für Frieden und Ruhe wäre die Entwirrung der gegenwärtigen Lage durch direkte Verhandlungen unter den Kabinetten weitaus vorzuziehen

* Botschaftsrat Legrand.

Nr. 9083

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1605 Berlin, den 2. November 1908
[abgegangen am 4. November]

Auf die gefälligen Berichte Nr. 308* und 309** vom 30. v. Mts. zu Euerer Exzellenz Information und streng vertraulichen Verwertung gegenüber Baron Aehrenthal.

Ich begegne mich mit Baron Aehrenthal in der Ansicht, daß es am besten wäre, wenn es überhaupt zu keiner Konferenz käme. In Übereinstimmung mit dem Minister würde ich es vorziehen, wenn die Entwirrung der gegenwärtigen politischen Situation auf dem Wege der Verständigung von Kabinett zu Kabinett erfolgen könnte. Die Konferenz ist für mich nur ein Pis aller und auch als Pis aller nur annehmbar unter den von mir in meinem letzten Briefe an Baron Aehrenthal vom 30. v. Mts.*** dargelegten einschränkenden Voraussetzungen.

Was das Verhalten Baron Aehrenthals gegenüber Herrn Iswolsky anlangt, so war dasselbe ein sehr würdiges und maßvolles. Ich muß Baron Aehrenthal auch darin zustimmen, daß unklare Situationen gefährlich sind. Ich kann auch nicht bestreiten, daß von russischer Seite die Sache so dargestellt wird, als ob Baron Aehrenthal in der Annexionsfrage in zweideutiger und illoyaler Weise vorgegangen sei. Die von dem Minister in Aussicht genommenen Publikationen würden allerdings keinen Zweifel über das österreichische Recht lassen. Trotzdem finde ich es im Interesse der russisch-österreichischen Beziehungen richtig, daß Baron Aehrenthal nur dann davon Gebrauch macht, wenn er durch weitere russische Verdächtigungen dazu veranlaßt werden sollte.

Einer italienischen Stadt als Konferenzort habe ich zugestimmt, weil nach einer Mitteilung des hiesigen italienischen Botschafters dieser Gedanke von Baron Aehrenthal gebilligt worden wäre. Ich wiederhole aber, daß mir keine Konferenz weit lieber wäre als eine solche in einer italienischen Stadt.

Bülow

---

* Bericht Nr. 308 vom 30. Oktober betraf die Ausführung der dem Botschafter von Tschirschky mittels Telegramm Nr. 250 (siehe Nr. 9067) erteilten Weisungen. Tschirschky konnte die volle Übereinstimmung zwischen Wien und Berlin hinsichtlich Italiens konstatieren.

** Siehe Nr. 9081.

*** Siehe Nr. 9079.

Nr. 9084

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 314 — Wien, den 2. November 1908
Ganz vertraulich — [pr. 4. November]

Baron Aehrenthal kam heute im Laufe einer längeren vertraulichen Unterredung auch wieder auf sein Verhältnis zu Herrn Iswolsky zu sprechen. Er sagte, er tue seit acht Tagen nichts anderes, als den russischen Minister freundschaftlich und nachdrücklichst davon abzuhalten, weiter die Welt glauben machen zu wollen, als sei er in Buchlau von ihm, Aehrenthal, hintergangen worden. Er habe den russischen Minister deshalb auch noch ausdrücklich an einen eigenhändigen Brief erinnert, den ihm Herr Iswolsky unter dem 23. September geschrieben habe.* In diesem Briefe — den mir der Minister im Original zu lesen gab — sagt Iswolsky unter anderem, er werde so bald als möglich auf das — Euerer Durchlaucht bekannte — Memorandum antworten, und zwar „sur la base" der Buchlauer Unterredungen. Hierdurch, meinte Baron Aehrenthal, habe Herr Iswolsky unzweifelhaft anerkannt, daß in Buchlau nicht, wie er später behauptet, nur ganz vage und allgemein gesprochen worden sei, sondern daß man sich klar und deutlich ausgedrückt und verständigt habe. Übrigens könne sich Herr Iswolsky auch nicht damit herausreden, daß er durch die Schnelligkeit im Vorgehen Österreichs überrascht worden sei; denn er habe dem russischen Minister ausdrücklich gesagt, die Aktion wegen der Annexion werde wohl noch vor Zusammentritt der Delegationen gemacht werden müssen. Als weiteres Beweismaterial gegen Herrn Iswolsky zeigte mir Baron Aehrenthal noch einen Brief des Fürsten Urussow an ihn vom 2. Oktober, in dem der Botschafter im Auftrage des Herrn Iswolsky, soviel ich entnehmen konnte, mitteilt, in Desio seien „alle Details" im Sinne der Buchlauer Unterhaltung besprochen worden.

Der Minister fügte noch hinzu, es würde ihm sehr lieb sein, wenn er die beabsichtigten Publikationen vermeiden könne. Denn wenn auch Herr Iswolsky damit „tot" wäre, so wisse man doch nicht, was nachher käme, und die Wirkung auf die öffentliche Meinung in Rußland sei auch unberechenbar. Deshalb tue er, was er könne, um Herrn Iswolsky vor weiteren unberechtigten Angriffen auf seine Person und die österreichisch-ungarische Politik zu warnen.

von Tschirschky

* Vgl. dazu Kap. CXCIII, Nr. 8930, Fußnote.

Nr. 9085

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 483 St. Petersburg, den 1. November 1908
[pr. 4. November]

Nach meiner gestern vormittag erfolgten Rückkehr vom Urlaub hatte ich noch am Abend eine lange Unterredung mit Herrn Iswolsky, der mich zu sich hatte bitten lassen. Ich fand den Minister in einer gedrückten und elegischen Stimmung. Seine Äußerungen klangen in bittere Klagen darüber aus, daß seine auf Herstellung möglichsten Einvernehmens zwischen den Mächten gerichteten Bemühungen verkannt und seine Arbeit zur Erhaltung und Festigung des Friedens[1] durch Österreich-Ungarns Vorgehen in einer Weise gestört worden seien, welche ernste Gefahren für die nächste Zukunft[2] in sich berge. Rußlands Stellung im gegenwärtigen Augenblick sei eine äußerst schwierige. Nach wie vor werde aber die Erhaltung des Friedens das Ziel der russischen Politik bleiben. Eine solche Politik werde nicht leicht sein, denn man werde in der nächsten Zeit mit vielen unsicheren Faktoren rechnen müssen. Daß die Serben einen coup de tête machen würden, glaube er nicht. Auch könne er mir auf das bestimmteste versichern, daß auf den Kronprinzen von Serbien hier sehr energisch in beruhigendem Sinne eingewirkt werde. Die Erbitterung gegen Österreich-Ungarn in Serbien sei aber eine derartige, daß man sich auf heftige Ausbrüche dieser Stimmung wohl gefaßt machen müsse. Wer bürge nun dafür, daß Österreich-Ungarn nicht einen solchen Anlaß als Vorwand ergreifen werde, um die Situation durch ein Einrücken in Serbien noch mehr zu komplizieren? Herr Iswolsky fuhr fort, seine Besorgnisse für die nächste Zukunft würden noch dadurch erheblich verstärkt, daß wir anscheinend geneigt seien, von vornherein alles gutzuheißen, was Österreich-Ungarn zu tun gedenke. Eine solche Haltung Deutschlands gehe allerdings weit über das Maß von Verpflichtungen hinaus, welche uns, wie er bisher angenommen habe, durch unseren Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn auferlegt seien[1].

Ich entgegnete dem Minister, er könne zunächst versichert sein, daß auch unsere Politik in erster Linie auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei. Bis jetzt fehle jedes Anzeichen dafür, daß Österreich-Ungarn es zu einem kriegerischen Konflikt treiben wolle. Jedenfalls würde es uns gewiß fern liegen, Öl ins Feuer zu gießen, vielmehr würden wir, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte, unsere Stimme zweifellos zugunsten des Friedens erheben. Augenblicklich aber handele es sich nur darum, daß russischerseits von uns eine Handlungsweise gegenüber Österreich-Ungarn verlangt werde, die in der Tat mit einer strengen und loyalen Auffassung des Bündnisverhältnisses schwer vereinbar erscheine. Wir hätten uns

im Prinzip mit dem Konferenzgedanken einverstanden erklärt, vorausgesetzt, daß unser Verbündeter diesen Gedanken akzeptiere. Es heiße aber doch sehr weit gehen, uns zuzumuten, daß gerade wir für die Diskussion der von Österreich-Ungarn für undiskutierbar erklärten bosnischen Frage in der Konferenz eintreten und somit dazu beitragen sollten, Österreich-Ungarn gewissermaßen als Angeklagten vor dem europäischen Gerichtshof[3] zur Verantwortung zu ziehen.

Gegen diesen Vergleich protestierte der Minister lebhaft, indem er auf den Berliner Kongreß hinwies, in welchem Rußland keineswegs als Angeklagter erschienen sei*[4], aber seine Teilnahme nicht verweigert hätte, trotzdem es nach einem siegreichen Feldzug und gestützt auf einen mit der Türkei bereits abgeschlossenen Vertrag auf einem besseren Rechtsstandpunkt gefußt habe als jetzt Österreich-Ungarn. Ich beschränkte mich darauf zu erwidern, daß die gegenwärtige Lage Österreich-Ungarns mit der Lage Rußlands im Jahre 1878 wohl kaum verglichen werden könne. Was die andere Frage betreffe, führte ich weiter aus, bezüglich deren wir uns den Wünschen des Herrn Iswolsky gegenüber ablehnend verhalten müßten, nämlich die Frage von Kompensationen für die kleinen Balkanstaaten, so werde unsere Haltung in dieser Frage uns nicht nur durch unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn, sondern auch durch unseren Wunsch, die Türkei in ihrem jetzigen Besitzstande erhalten zu sehen, und durch unsere Friedensliebe diktiert. Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei in Wirklichkeit der Status quo auf der Balkanhalbinsel nicht verändert worden. Kompensationen an Serbien und Montenegro seien aber nur auf Kosten der Türkei denkbar. Ein Beginn der Aufteilung der Türkei würde aber in unseren Augen eine große Gefahr für den Frieden Europas bedeuten[5].

Auf unsere allgemeine Haltung zu Rußland und Österreich-Ungarn übergehend, bat ich darauf den Minister, mich ihm gegenüber ganz offen aussprechen zu dürfen. Wenn er in Berlin für seine Wünsche einer kühleren Aufnahme begegnet sei, als er vielleicht erwartet habe, so wundere mich das nicht. Ich könne ihm nicht verschweigen, daß die Haltung Rußlands während der letzten Jahre in unseren leitenden Kreisen einige Enttäuschung hervorgerufen habe[6]. Daß unsere Politik nicht durch irgendwelche antirussische Stimmungen oder Vorurteile von vornherein beeinflußt werde, wisse er ebenso gut wie ich. Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, habe vom Beginn seiner Regierung an stets gezeigt, welchen Wert er auf die Pflege der traditionellen Beziehungen zu Rußland lege[7]. Wiederholt habe allerhöchstderselbe Rußland die Hand entgegengestreckt, in die Rußland nur einzuschlagen brauchte. Auch Euere Durchlaucht seien bekanntlich stets ein Freund Rußlands gewesen.

---

* Dazu vergleiche man, was Iswolsky am 5. Oktober 1908 zu dem serbischen Gesandten Wesnitsch in Paris gesagt hatte: „Im Jahre 1878 hat Österreich Rußland mit seinen Verbündeten in Berlin auf die Anklagebank geführt, jetzt werden wir Österreich hinführen." Boghitschewitsch, Kriegsursachen (1919), S. 153.

Ebenso sei der Herr Staatssekretär von Schoen von freundschaftlichen Gefühlen für Rußland beseelt. Dieser Stimmung in unseren leitenden Kreisen habe Rußland unsere äußerst wohlwollende Haltung während des japanischen Krieges und während der Revolution zu verdanken, eine Haltung, die bis an die äußersten Grenzen des Zulässigen[8] gegangen und oft auf heftigen Widerspruch seitens der öffentlichen Meinung in Deutschland gestoßen sei. Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, sei bei dieser Haltung von dem Wunsche beseelt gewesen, Rußland zu zeigen, daß es in Stunden der Not von Deutschland nicht nur nichts zu fürchten habe, sondern auf Freundschaftsdienste zählen könne. Seine Majestät hatten dabei gehofft, daß die russische Politik dieser Haltung später Rechnung tragen[8] und auf diese Weise die alten vertrauensvollen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin wiederhergestellt werden würden[9].

In dieser Hoffnung sehe sich unser allergnädigster Herr jetzt getäuscht. Rußland habe sich seit dem japanischen Kriege schrittweise gerade derjenigen Macht genähert, welche zum großen Teil die Schuld an den russischen Mißerfolgen im Fernen Osten trage[8]. Durch seinen Anschluß an die anglo-französische entente cordiale habe es ein erhebliches Gewicht in die Wagschale der Gruppe geworfen, welche schon wiederholt ihren Einfluß in einem den deutschen Interessen entgegengesetzten Sinne geltend gemacht habe. Angesichts dieser Situation bleibe Deutschland jetzt nichts übrig, als sich um so enger an seinen Bundesgenossen anzuschließen und für die Interessen desselben noch mehr einzutreten[8], als es durch den Buchstaben des Bündnisvertrages an sich genötigt gewesen wäre. Die uns gegenüberstehende Gruppe sei zu mächtig, als daß wir nicht darauf Bedacht nehmen müßten, alles zu vermeiden, was das Vertrauen Österreich-Ungarns in unsere Loyalität zu erschüttern geeignet sein könnte[10]. Ich betonte, daß ich in diese meine Worte keinerlei Rekriminationen legen, vielmehr lediglich die Situation, mit der wir jetzt zu rechnen hätten, beleuchten wollte[11]. Die russische Politik habe zwischen Deutschland und der anglo-französischen Gruppe zugunsten der letzteren gewählt, weil sie geglaubt habe, den russischen Interessen damit besser zu dienen. Das sei ihr gutes Recht, man könne sich aber hier nicht darüber wundern, daß Deutschland aus dieser Sachlage die Konsequenzen ziehe und Bedenken trage, Rußland im gegenwärtigen Augenblick Dienste zu leisten, zu welchen es sich bei einer anderen Konstellation vielleicht in gewissem Maße hätte bereit finden lassen können[12].

Herr Iswolsky wollte zunächst bestreiten, daß eine allgemeine politische Annäherung Rußlands an England stattgefunden hätte. Man habe sich nur über verschiedene Fragen in Zentralasien geeinigt, welche den Keim zu Konflikten enthalten hätten und dadurch eine stete Gefahr für den Frieden gewesen wären. Man spreche ihm immer von Reval. Habe er aber nicht vor dieser Zusammenkunft deutlich genug erklärt[13], daß dieselbe keine feindliche Spitze gegen Deutschland haben solle? Er könne

mmer nur von neuem mit seinem Ehrenwort versichern, daß in Reval keine weiteren politischen Vereinbarungen getroffen worden seien. Habe denn der russische Kaiser nicht wie andere Monarchen auch das Recht, Besuche, und in diesem Falle sogar einen ihm seit Jahren geschuldeten Gegenbesuch, zu empfangen. Il faut dire que la politique allemande est bien intolérante[14].

Ich konnte hierauf nur erwidern, daß die Entrevue von Reval und besonders der Lärm, der um dieselbe gemacht worden sei, in der ganzen Welt als eine Besiegelung des anglo-französisch-russischen Einvernehmens aufgefaßt worden sei[5].

Herr Iswolsky frug dann, ob ich ihm, abgesehen von der Haltung der russischen Presse, die sehr zu Unrecht ihm immer zur Last gelegt werde, einen Punkt nennen könne, in welchem sich die russische Politik der deutschen unfreundlich gezeigt habe. Ich wiederholte zunächst, daß es nicht meine Absicht gewesen wäre, Rekriminationen zu erheben, wenn er aber diese Frage schon aufwerfe, so wollte ich ihm nur die Namen: Algeciras*, Bagdadbahn**, Persien*** nennen[8]. Wegen Algeciras lehnte der Minister jede Verantwortung ab, weil er zu jener Zeit noch nicht Minister gewesen sei[1]. Er wolle nicht bestreiten, daß bei diesem Anlaß vielleicht einige „Ungeschicklichkeiten" vorgekommen wären. Auf die Frage der Bagdadbahn ging der Minister weiter nicht ein[15]. Dagegen beteuerte er, daß er bezüglich Persiens nur Vorgänge habe rechtzeitig zur Sprache bringen wollen, welche das gute Einvernehmen zwischen beiden Mächten hätten stören können. „Immerhin," so fuhr der Minister fort, „ich kann in Ihren Worten nur eine Bestätigung dessen erblicken, was ich in Berlin nur zu deutlich gefühlt habe. Jedenfalls werde ich nicht verfehlen, dem Kaiser, meinem Herrn, über unsere Unterredung wortgetreu[16] Bericht zu erstatten."

Der Minister erging sich dann noch in einigen retrospektiven Betrachtungen über die Vorgänge der letzten Jahre, wobei er immer wieder darauf zurückkam, daß der eigentlich Schuldige an der jetzigen schwierigen Situation Baron Aehrenthal sei[1]. Als bemerkenswert möchte ich eine Äußerung erwähnen, die Herr Iswolsky im Laufe dieser Betrachtungen tat. Er erinnerte an das erste längere Gespräch, welches er im Sommer 1905 in Kopenhagen nach der Begegnung von Björkoe mit Seiner Majestät unserem allergnädigsten Herrn zu führen die Ehre gehabt habe†. „Ihr Kaiser hat mir damals ein politisches Programm entwickelt, dessen Verwirklichung den Frieden Europas auf eine felsenfeste Basis gestellt haben würde. Leider ist die Ausführung dieses Programms an Ihren Differenzen mit Frankreich bezüglich Marokkos gescheitert[17]."

Zum Schluß möchte ich noch hervorheben, daß diese ganze Unter-

---

* Vgl. darüber Bd. XXI.
** Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXVI.
*** Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXV.
† Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6235, Anlage A.

redung nicht einen Augenblick aus dem Rahmen einer sachlich ruhigen Aussprache heraustrat. Herr Iswolsky verfiel während derselben nicht ein einziges Mal in den erregten, aggressiven Ton, den er sonst zuweilen anzuschlagen für gut findet.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !
[2] ?
[3] Gut
[4] ist nicht damit zu vergleichen
[5] richtig
[6] ja sehr!
[7] das weiß der liebe Himmel!
[8] ja
[9] sehr gut
[10] bravo!
[11] ausgezeichnet
[12] vortrefflich
[13] was gilt seine Lügerei!? die Welt deutete es anders!
[14] Prosit! wenn man keine Gründe hat schimpft man!
[15] aha!
[16] hoffentlich! wenn er das kann!?
[17] und an seiner Weigerung die Consequenzen von Björkoe Frankreich gegenüber zu ziehen! Es ist ihm jetzt wohl leid, daß das dort gegebene Wort nicht gehalten wurde?

Schlußbemerkung des Kaisers:
Pourtalès hat ganz hervorragend gesprochen!
meine besondere Anerkennung telegraphirn!
Endlich hat Iswolsky mal die Wahrheit zu hören bekommen.

Nr. 9086

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Eckartsau, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Eckartsau, den 5. November 1908
Ganz geheim

In bisherigen Gesprächen, die ich lediglich als Zuhörer mitmachte, behandelte Franz Ferdinand Annexionsfrage sehr lebhaft. Er hat überall dabei, und zwar treibend mitgewirkt. Sehr anerkennend für Freiherrn von

---

* Kaiser Wilhelm II. weilte vom 4.—7. November bei Kaiser Franz Joseph und dem Erzherzog-Thronfolger zur Jagd. Der Besuch des Kaisers rief in Petersburg große Beunruhigung hervor: „Man versichert, die Militärpartei in Wien sei sehr kriegerisch und treibe zu einem Angriff auf Serbien; an der Spitze dieser Partei stehe der Thronfolger, aber der alte Kaiser widersetze sich allen derartigen Versuchen. Muß man nicht fürchten, daß Kaiser Wilhelm die Militärpartei unterstützen wird?" Iswolsky an Botschafter Nelidow in Paris, 5. November 1908, B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke

Aehrenthal, den er selbst ausgesucht habe. Außerordentlich warm in Beurteilung unserer Stellungnahme und Bundestreue, fast enthusiastisch, sehr scharf über König Eduard VII. und England; vernichtend in seinem Urteil über Graf Mensdorff*, den er abhalftern will; er könne „englischer Botschafter Seiner Majestät Eduards VII." in Wien werden! Denn er vertrete nur noch dessen Interessen. Iswolskys wurde mit Haß und Verachtung gedacht. Vom Kaiser Nikolaus II. sei ihm vor kurzem eine geheime Mission zugesandt worden, in welcher ihm versprochen wurde, stets gute Freundschaft mit Österreich zu halten, und aus Anlaß der jetzigen etwaigen kriegerischen Verwickelungen (Serbiens) solle kein Mann gegen Österreich von Rußland aufgestellt werden. Baron von Beck sei ein toter Mann und werde bald Herrn von Bienerth** Platz machen müssen. Waidmannsheil! Meerengenfrage nicht gestreift.***

Wilhelm
I. R.

Nr. 9087

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wien†, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Wien, den 6. November 1908
Ganz geheim

Erzherzog†† erzählte, er habe in der Nacht Depesche erhalten über Empfang österreichischen Botschafters durch Zaren. Derselbe habe vier Wochen warten müssen, bis er den Brief des Kaisers Franz Joseph habe übergeben können. Im russischen Auswärtigen Amt habe man sich damit entschuldigt, daß man in den Archiven die Paragraphen des Vertrags erst habe aufsuchen müssen, die man zuerst nicht habe finden können. Der Zar habe beim Empfang nur Salonkonversation gemacht und vom Wetter gesprochen. Politik sei mit keinem Wort erwähnt worden. Der Erzherzog bezeichnete dieses Benehmen als höchst ungehörig. — Mit der Türkei

---

zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 71 f. Aus den Aktenstücken über Kaiser Wilhelms II. Aufenthalt in Eckartsau geht klar hervor, daß die Besorgnisse Iswolskys hinfällig waren; Kaiser Wilhelm hat als seine Richtschnur vielmehr hingestellt: zwar werde Deutschland Österreich in der Balkanfrage grundsätzlich unterstützen, dabei aber nach Möglichkeit für die Erhaltung des Friedens eintreten.

* Österreich-ungarischer Botschafter in London.

** Österreichischer Minister des Innern.

*** Am 1. November hatte Fürst Bülow dem Kaiser geraten, bei seinem Besuch in Österreich die Meerengenfrage nicht zu berühren. Vgl. Kap. CXCIX, Nr. 9179.

† Am Abend des 6. November war der Kaiser von Eckartsau aus in Wien eingetroffen.

†† Franz Ferdinand.

werden direkte Verhandlungen angestrebt*, um Konferenz zu vermeiden. Der Erzherzog sei ein Freund der Türken und lege Wert darauf, daß dieselben gestärkt und erhalten werden. Bosnien und Herzegowina sollen als Reichsland ähnlich wie bei uns das Reichsland verwaltet werden. Er sei sehr froh, daß alles so gut gegangen dank unserer loyalen Haltung, die er nicht genug unterstreichen konnte. Nur eins ärgere ihn, das sei, daß der Bulgare gleichzeitig seinen Coup gemacht habe; das sei ungehörig, daß er mit Seiner Majestät dem Kaiser nun stets gemeinsam genannt und angeführt werde; das hätte man vermeiden sollen. — Die zwei Tage hier verliefen sehr harmonisch und heiter durch seine leutselige Ungezwungenheit und warme Freundschaft; er läßt Sie ganz besonders grüßen. Die Jagd verlief glänzend, von ihm ganz allein arrangiert und persönlich geleitet. Ich streckte 65 Hirsche. — Habe nicht den Eindruck, daß vorläufig irgendwelche kriegerischen Verwickelungen in Aussicht stehen, falls nicht Serbien und Montenegro total verrückt sein sollten. Besten Dank für Ihr freundliches Telegramm, soeben erhalten**. Ich gedenke Ihrer stets in meinem Morgen- und Abendgebet. Er half uns durch allen Menschenhaß und Neid doch durch! „There is a silverlining to every cloud."

Gott mit Ihnen,

in alter treuer Freundschaft

Wilhelm
I. R.

Nr. 9088

*Aufzeichnung des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Donaueschingen***, für den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Konzept

Geheim Donaueschingen, den 7. November 1908

Seine Majestät der Kaiser und König machte mir mit dem Auftrage der Berichterstattung an Ew. Durchlaucht folgende vertrauliche Mitteilungen über allerhöchstseine Gespräche mit Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph und dem Minister Baron Aehrenthal bei Gelegenheit der gestrigen Abendtafel in Schönbrunn.

Kaiser Franz Joseph habe zunächst seinen Dank für das allerhöchste Handschreiben† ausgesprochen und besonders hervorgehoben, daß das-

* Vgl. Kap. CCI.

** Es betraf die Daily-Telegraph-Affäre. Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXVIII.

*** Vom 7.—16. November weilte Kaiser Wilhelm II. beim Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen zur Jagd.

† Siehe Kap. CXCV, Nr. 9006.

selbe das erste von allen Antwortschreiben der Staatsoberhäupter gewesen sei. Mit ganz besonderer Wärme habe der Kaiser alsdann ihm für seine und seiner Regierung Haltung in der Annexionsfrage und für die vielen Beweise unverbrüchlicher Bundestreue gedankt, die ihm die Durchführung seiner Politik wesentlich erleichtere.

Der Kaiser sei darauf zu einer Skizzierung der Haltung der einzelnen Mächte in der Annexionsfrage übergegangen. England habe sich nicht schön benommen; es habe in Konstantinopel intrigiert und Unfrieden zu stiften getrachtet*; es sei aber gezwungen worden, seine Maske fallen zu lassen und Farbe zu bekennen, was immerhin für die Zukunft wertvoll sei. In Rußland habe man eine gewisse ungewollte Unfreundlichkeit an den Tag gelegt, was sich schon in der Behandlung des Grafen Berchtold dokumentiere. Herr von Iswolsky sei vorgängig über die Absichten Österreich-Ungarns in der bosnischen Frage genau informiert gewesen und bleibe nicht bei der Wahrheit, wenn er dies jetzt abstreite. Ein unfreundlicher Akt sei auch der Empfang des serbischen Kronprinzen durch den Zaren**. Wenn Iswolsky auch in Wien habe wissen lassen, daß man Serbien zur Ruhe und zur Erhaltung des Friedens vermahnt habe, so werde doch die Aufnahme des Kronprinzen in Petersburg und seine Dekorierung in Belgrad ihre Wirkung nicht verfehlen, eine Tatsache, mit der zu rechnen sei. Die Haltung Frankreichs sei eine durchaus korrekte gewesen. Herr Pichon sei seinen eigenen, von dem englischen Vorgehen abweichenden Weg gegangen und habe sich der österreichisch-ungarischen Auffassung etwas genähert. Es komme viel darauf an, Frankreich auf dieser Bahn zu erhalten, um es womöglich mehr und mehr in der Orientfrage zu unserer Politik herüberzuziehen. Bei diesem Punkte der Unterhaltung habe Kaiser Franz Joseph in sehr dringlicher Weise die inständige Bitte ausgesprochen, Deutschland möge sein möglichstes tun, um in der Casablanca-Affäre*** zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen und dadurch den gefährlichen Zündstoff in Marokko, welcher eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen unmöglich mache, aus dem Wege zu räumen. Die Stellungnahme Italiens zu der Annexionsfrage sei bisher eine befriedigende, hoffentlich werde hierin keine Änderung eintreten. Der Minister Tittoni habe sich durchaus loyal benommen, und wir müßten uns bemühen, ihn in seiner Stellung zu erhalten, was gegenüber den Intrigen und der Wühlarbeit des Herrn Barrère gegen Tittoni nicht ganz leicht sein würde. Hier hat Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph auf den veröffentlichten Brief hingewiesen, den Ew. Durchlaucht kürzlich an einen italienischen Staatsmann gerichtet haben†, und der in warmer Weise für Tittoni eintritt.

---

* Vgl. Kap. CCI.

** Am 30. Oktober. Vgl. Kap. CXCVII, Nr. 9108.

*** Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXX.

† Am 21. Oktober hatte Fürst Bülow einen Brief an den italienischen Kammerdeputierten Signor Roberto Galli gerichtet, in dem er den italienischen Außenminister

Auf Serbien und Montenegro übergehend, bezeichnete Kaiser Franz Joseph die Lage als ernst und die Stimmung der dortigen Bevölkerungen als eine unruhige*. In beiden Ländern sei man zu Bandenbildungen geschritten. Als Gegenmaßregeln seien österreichisch-ungarischerseits die alten Streifkommandos vom Jahre 1878 an der Grenze formiert worden, um etwaige serbische Bandenübergriffe zurückzuweisen. Die Donauflottille liege in Peterwardein und habe bereits einen heilsamen Einfluß auf die serbischen Hitzköpfe gehabt. Montenegro, welches im Gegensatz zu Serbien eine sehr tüchtige, kampfesmutige und in dem schwierigen Terrain brauchbare Truppe besitze, erhalte aus Italien reichliche Zufuhr an Geschützen, Waffen und Munition. Es seien aber keine Anzeichen dafür vorhanden, daß etwa Italien oder König Viktor Emanuel persönlich die Montenegriner zum Widerstande aufhetze. Bulgarien suche jetzt Anlehnung an Österreich-Ungarn. Gelegentlich des Empfanges in Pest habe er, Kaiser Franz Joseph, mit dem König Ferdinand nicht über die Unabhängigkeitserklärung, geschweige denn Königserklärung gesprochen. Er habe auch nicht gewußt, daß eine solche seitens des Fürsten beabsichtigt sei. Gegen die Erklärung der Unabhängigkeit nach dem vorangegangenen Beispiele Serbiens und Rumäniens sei vom bulgarischen Standpunkte eigentlich nichts einzuwenden. Durchaus unnötig dagegen sei die übereilte Proklamation des Königtums, mit welcher der Fürst noch einige Jahre hätte warten sollen.

Seine Majestät der Kaiser steht unter dem Eindruck, daß Baron Aehrenthal seinem kaiserlichen Herrn die Besprechungen mit dem Fürsten Ferdinand vorenthalten und dieser tatsächlich zur Zeit des Pester Besuchs über die bevorstehende bulgarische Aktion nicht orientiert gewesen ist.

Über die direkten Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei** äußerte Kaiser Franz Joseph, dieselben seien infolge der englischen Beeinflussung in Konstantinopel zurzeit zu einem Stillstand gekommen. Er hoffe aber sicher, daß sie bald wieder aufgenommen und zu einer Verständigung führen würden. Man werde in Wien die Türkei zunächst jetzt an sich herankommen lassen. Werde eine Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erzielt, so erscheine eine Konferenz eigentlich unnötig. Sollten die Signatarmächte des Berliner Friedens aber auf dem Gedanken bestehen, so werde Österreich-Ungarn, aber selbstverständlich nur unter bestimmten Voraussetzungen, sich dem nicht entgegensetzen. „Aber es geht auch ohne Konferenz." Kaiser Franz Joseph besprach sodann die innere Lage, welche sich um die böhmische Frage drehe. Zu seinem Leidwesen werde Minister Freiherr von Beck nicht

---

Tittoni, „qui par sa sagesse et sa loyauté a tout fait pour l'honneur, l'autorité et le bien-être de son pays", seiner warmen Verehrung versicherte. Durch eine Indiskretion wurde das Schreiben in der „Tribuna" veröffentlicht.

* Vgl. dazu Kap. CXCII.

** Vgl. Kap. CCI.

mehr zu halten sein. Über seinen Nachfolger sei Seine Majestät sich noch unschlüssig.

Das Gespräch mit Baron Aehrenthal hat Seine Majestät der Kaiser damit eingeleitet, daß er ihn als einen klugen Staatsmann begrüßte und ihm zu dem frischen Zuge, der die auswärtige Politik Österreich-Ungarns durchwehe, von Herzen gratulierte. Das Nationalbewußtsein der Doppelmonarchie werde dadurch gestärkt, das Selbstbewußtsein der Armee gehoben und die Bewertung des Bundesgenossen dadurch erhöht. Baron Aehrenthal war durch diese schmeichelhafte Begrüßung sichtlich erfreut und wies auf den guten Erfolg hin, den die Annexion Bosniens und der Herzegowina bereits in den parlamentarischen Verhandlungen, wo Armee- und Marineforderungen anstandslos bewilligt worden seien, gehabt habe. Für die feste Vertretung österreichischer Interessen durch uns habe Baron Aehrenthal sich ungemein dankbar gezeigt. Über sein Verhältnis zu Iswolsky habe Baron Aehrenthal sich sehr erbittert ausgesprochen. Er könne sich dessen feindselige Haltung nur dadurch erklären, daß er in der Dardanellenfrage in London auf starken Widerstand gestoßen sei und aus Wut über seinen dortigen Mißerfolg nunmehr die Sache so darstelle, als ob er die Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht nur nicht gutgeheißen, sondern überhaupt von dieser österreichischen Aktion nichts gewußt habe. Diesen Unwahrheiten werde gegebenenfalls durch Veröffentlichung dokumentarischer Unterlagen entgegengetreten werden können. Der Standpunkt Österreich-Ungarns in der Dardanellenfrage sei der, daß man einem auf Regelung dieser Frage abzielenden russischen Wunsche gegenüber sich nicht ablehnend verhalten, daß man aber Rußland an die Türkei weisen werde. Seine Majestät hat Baron Aehrenthal hier erwidert, daß er in dieser Frage den gleichen Standpunkt einnehme.

Auch Baron Aehrenthal hat sich beifällig über die Haltung der französischen Regierung ausgesprochen. Auf den Einwurf Seiner Majestät, daß die Franzosen schon deshalb schwerlich in der Balkanfrage mit England und Rußland gemeinsame Sache machen würden, weil sie in der Türkei fünf Milliarden francs investiert hätten, hat Baron Aehrenthal entgegnet, er habe diesen Koeffizienten bei seinem Vorgehen bereits in seine Rechnung eingestellt. Daß man in Deutschland und Österreich über die Absichten Englands jetzt klar sehe, bezeichnete auch Baron Aehrenthal als eine wünschenswerte Klärung der ganzen Lage. Seine Majestät hat dem österreichischen Minister vertrauliche Mitteilungen über den Besuch Iswolskys in Berlin gemacht und auch den Inhalt des Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg über dessen letzte Unterredung mit Iswolsky* verwertet. Baron Aehrenthal hat kein Hehl daraus gemacht, daß dem Fürsten Ferdinand in Pest zu verstehen gegeben worden sei, Österreich-Ungarn werde gegen eine Unabhängigkeitserklärung Bulgariens nichts unternehmen. Allerdings sei der Zeitpunkt für einen

* Siehe Nr. 9085.

solchen Schritt nicht berührt worden, Baron Aehrenthal hat zugeben müssen, daß die Gleichzeitigkeit der österreichisch-ungarischen und der bulgarischen Aktion ein Regiefehler gewesen sei und die Lage erschwert habe.

Seine Majestät hat ferner Baron Aehrenthal erzählt, nach seinen Berichten aus Petersburg sei man dort besonders darüber ergrimmt, daß Rußland den richtigen Moment versäumt habe, den Bulgarenfürsten durch das Angebot der Königskrone zum ewigen Freunde zu machen, und daß Österreich Rußland hierin zuvorgekommen sei. Aus einer zustimmenden Bemerkung Baron Aehrenthals entnimmt Seine Majestät, daß auch die Frage der Königsproklamation zwischen jenem und dem Fürsten Ferdinand besprochen worden ist.

Seine Majestät hat die Unterredung mit Baron Aehrenthal mit der nochmaligen Versicherung geschlossen, Deutschland werde in der Balkanfrage alles unterstützen, was Österreich-Ungarn in seinem Interesse zu tun für nötig erachte, dabei aber nach Möglichkeit für die Erhaltung des Friedens eintreten.

Jenisch

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Donaueschingen 7/XI 08 Einverstanden Wilhelm I. R.

Nr. 9089

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 319 Wien, den 7. November 1908
Geheim [pr. 9. November]

Den hohen Erlaß vom 2. d. Mts. Nr. 1605* habe ich heute dem Baron Aehrenthal gegenüber ganz vertraulich verwertet. Der Minister sprach seinen Dank aus für Euerer Durchlaucht freundliche Äußerungen zur Sache und betonte, daß er in Übereinstimmung mit Euerer Durchlaucht Ansicht von der Publikation von Dokumenten erst im äußersten Falle Gebrauch machen werde.

Übrigens scheine es Herrn Iswolsky infolge der durch Graf Berchtold ihm zugekommenen dringenden Warnungen langsam klar zu werden, welch gefährliches Spiel er mit seiner wahrheitswidrigen Verdächtigung der österreichisch-ungarischen Politik spiele, und er fange an zu begreifen, daß er, Baron Aehrenthal, sich auf die Dauer eine solche Behandlung nicht ruhig gefallen lassen könne und werde.

---

* Siehe Nr. 9083.

Herr Iswolsky habe ihm den Gedanken suggeriert, ob es nicht zweckmäßig wäre, im Wege einer vorher zwischen Petersburg und Wien verabredeten „Indiskretion" den Text der österreichisch-russischen Abkommen vom Januar 1877 und vom 13. Juli 1878 publizieren zu lassen.

Der Minister meinte, Herr Iswolsky wolle sich gegenüber den Angriffen der Panslawen dadurch Deckung verschaffen, daß er nach Publizierung obiger Verträge, darauf würde hinweisen können, wie schon ein Minister wie Fürst Gortschakow, dessen urrussische Gesinnung nicht angezweifelt werden könne, seine Zustimmung zu der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich gegeben habe. Er, Baron Aehrenthal, habe kein Interesse, Herrn Iswolsky diesen Ausweg abzuschneiden, und er werde wohl auf den Vorschlag des russischen Ministers eingehen.

Um von vornherein das Erscheinen dieser verabredeten „Indiskretion" in deutschen Blättern zu verhüten, fragte ich den Minister, welches Blatt er dafür in Aussicht genommen habe. Baron Aehrenthal entgegnete, ein ungarisches Blatt schiene ihm indiziert zu sein; man werde da leicht auf angeblich vertrauliche Mitteilungen aus dem Bekanntenkreis des Grafen Andrassy hinweisen können. Er werde keinesfalls die deutsche und überhaupt nicht die ausländische Presse dazu benutzen.

von Tschirschky

Kapitel CXCVII

Die Österreichisch-Serbische Krise

Erstes Stadium: Oktober bis Dezember 1908

Nr. 9090

Der Geschäftsträger in Belgrad Prinz Julius Ernst zur Lippe an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 106 Belgrad, den 6. Oktober 1908

Die bulgarische Selbständigkeitserklärung* hat hier in Belgrad sowie in ganz Serbien große Aufregung hervorgerufen. Weniger aus Animosität gegen Bulgarien, als vielmehr aus Befürchtung vor den Konsequenzen, die dieser Schritt für das Schicksal von Bosnien und Herzegowina mit sich bringen könnte. Die Serben glauben, daß Österreich-Ungarn in den demnächst zusammentretenden Delegationen, dem Beispiel Bulgariens folgend, einfach die Annexion der okkupierten Provinzen verkünden werde. Das Wort „Annexion" wirkt wie ein rotes Tuch auf die Serben, die es mit ihrer Ehre unvereinbar erklären, daß diese Territorien mit rein serbischer Bevölkerung von einer fremden Macht annektiert werden könnten. Es wird behauptet, daß die Erregung sich wieder legen würde, wenn bei einer Umgestaltung des Verhältnisses der Provinzen zu Österreich-Ungarn nur das Wort „Annexion" vermieden würde.

Einstweilen gehen die Wogen der Erregung noch hoch, und das Volk wird durch Extrablätter sowie durch Volksversammlungen in seiner Ansicht bestärkt, die bosnische Frage als eine Nationalfrage anzusehen, und dazu angefeuert, im Falle einer österreichischen Annexion der Provinzen wie ein Mann sich zu erheben und Österreich den Krieg zu erklären.

Die Regierung, welche offiziell über ihre eigentlichen Absichten nichts verlauten läßt und vielleicht auch selbst noch nicht recht im klaren ist, wie sie sich aus der Affäre ziehen soll, ist vorläufig nur darauf bedacht, daß die Manifestationen des Volkes in Ruhe und Ordnung vor sich gehen und jegliche Exzesse vermieden werden. Sie sucht beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, trifft aber doch gleichzeitig in möglichst harmloser Form Maßnahmen, die auf kriegerische Vorbereitungen hindeuten. So wird ein heute nach dem gestrigen Ministerrat herausgegebener Ukas, wonach die Reserve des ersten Aufgebots zu Übungen einberufen wird, hier allgemein als eine partielle Mobilisierung aufgefaßt. Auch der Ministerrat soll, einem unkontrollierbaren Gerüchte zufolge, die Eventualität eines Krieges ernstlich ins Auge gefaßt haben. Wie mir ein Bekannter sagte,

* Vgl. darüber Kap. CXCIV.

habe er heute Paschitsch*, der wohl orientiert sein dürfte, aufgesucht und ganz verstört angetroffen. Paschitsch, der noch kurz zuvor jedwede Komplikation wegen Bosnien in Abrede stellte, konnte vor Aufregung kaum sprechen und sah ganz schwarz in die Zukunft.

Für den Ernst der Situation spricht auch die mir soeben zugehende Extraausgabe des Amtsblattes, wonach die Skupschtina zu einer außerordentlichen Sitzung in drei Tagen einberufen wird.

Die Manöver gehen indessen ihren Gang weiter, und auch Seine Majestät der König hat sich heute früh ins Manövergelände begeben. Das bereits verbreitete Gerücht, wonach die Manöver abgesagt und die Truppen den Befehl erhalten hätten, nach der bosnischen Grenze zu marschieren, bestätigt sich daher nicht. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß die Truppen nach den Manövern zum Zwecke einer Demonstration an die bosnische Grenze geschickt werden, doch müßte vorerst die Artillerie noch mit Munition versehen werden, da sie ohne dieselbe ins Manöver ausgerückt ist.

Die heute überaus zahlreich besuchte Volksversammlung ist ruhig verlaufen und mit einer Resolution geschlossen worden, worin die serbische Bevölkerung auf die Notwendigkeit entschiedenster Maßnahmen gegenüber der drohenden Annexion der serbischen Territorien Bosnien und Herzegowina hinweist und sich dem in gerechter Notwehr befindlichen Staate auf Leben und Tod zur Verfügung stellt.

Ein Redner sprach auch über Bulgarien und tadelte dieses, weil es durch seine Unabhängigkeitserklärung Serbien in eine so schwierige und bedenkliche Lage gebracht habe. Das Bedauern hierüber wurde auch in die Resolution aufgenommen.

Zu irgendwelchen Ausschreitungen ist es nicht gekommen. Demonstrationen vor der österreichischen Gesandtschaft, wie sie gestern durch Schmähruf erfolgten, haben nicht stattgefunden. Vielleicht hat aber nur das ungewöhnlich starke Polizeiaufgebot und die Absperrung der Straßen die Menge davon abgehalten, ihrer antiösterreichischen Stimmung in Demonstrationen vor dem Gesandtschaftsgebäude Ausdruck zu geben.

Bis zur tatsächlich erfolgten Annexion wird Serbien wohl eine abwartende Stellung einnehmen. Ob die Regierung dann, von der Volksstimmung hingerissen, Österreich den Krieg erklären wird, ist immerhin möglich.

Ich würde es nicht für unwahrscheinlich halten, daß der Fürst von Montenegro, im Falle es zu einem Kriege kommen sollte, in welchem slawische Interessen auf dem Spiele stehen, trotz momentan gespannter Beziehungen zu Serbien, in den Kampf eintreten würde, schon um seinen Ruf als Hort des Südslawentums zu wahren und sich dadurch für alle Eventualitäten, welche die Karageorgewitsch-Dynastie treffen könnten, die Sympathien der Serben im Königreiche zu sichern.

Auch möchte ich daran erinnern, daß der italienische Militär-

---

* Bis zum 20. Juli 1908 serbischer Ministerpräsident.

attaché*, wie ich kürzlich vertraulich berichtete**, den Serben letzten Winter den ganzen Aufmarsch gegen Bosnien ausgearbeitet und eine Kooperation der italienischen Armee in Aussicht gestellt hat.

Die Frage scheint daher nicht ganz ausgeschlossen, ob für den Fall, daß die Verwickelungen auf dem Balkan größere Dimensionen annehmen sollten, Italien die Gelegenheit nicht benutzen würde, längst gehegte Wünsche zu realisieren.

Daß man auch in Dalmatien an bevorstehende Konflikte, respektive kriegerische Verwickelungen, denkt, zeigt folgender mir mitgeteilter Ausspruch des dortigen Korpskommandeurs***, der nach Beendigung der Manöver in Krivossije gesagt haben soll: „Meine Herren, wir werden wahrscheinlich in den nächsten Monaten Gelegenheit haben, uns hier praktisch zu erproben."

Lippe

Nr. 9091

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 8. Oktober 1908

Der serbische Geschäftsträger hat mir die anliegende Note† vorgelesen und überreicht.

Ich habe ihm nicht verhehlt, daß ich die Sprache derselben für wenig angemessen halte, auch nicht sehe, welche besonderen serbischen Interessen und Rechte Serbiens durch die Annektierung Bosniens und der Herzegowina verletzt seien. Meiner Ansicht nach stelle der österreichisch-ungarische Schritt keineswegs eine materielle Verletzung des Berliner Vertrages dar, während dies bezüglich der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung zweifellos der Fall sei.

Ich könne nur zu ruhiger und korrekter Haltung raten und namentlich von jedem Säbelrasseln gegenüber Österreich-Ungarn dringend abraten.

v. Schoen

Anlage

Der serbische Geschäftsträger in Berlin Boghitschewitsch an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen

Note. Ausfertigung

Berlin, le 7 octobre 1908

Le Gouvernement Royal de Sa Majesté le Roi de Serbie invoquant d'une part les droits incontestables du peuple serbe, qui sont le principe même de l'existence de la Serbie, et d'autre part les termes claires et

---

* Hauptmann J. Zampolli.
** Vgl. Kap CXCII, Nr. 8921.
*** Vareschanin von Varesch.
† Siehe Anlage.

précis de l'article 25 du traité de Berlin, proteste de toute son énergie contre la réunion de la Bosnie et de l'Herzégovine avec les pays de la monarchie des Habsburgs proclamée aujourd'hui par le manifeste de Sa Majesté l'Empereur et Roi d'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement Royal est persuadé que le traité de Berlin, d'autant plus que n'ayant pas eu part à sa création nous avons été obligés de le subir en tout qu'il n'affectait notre sort, doit faire loi non seulement quand il impose des devoirs et des obligations, entraine des préjudices et exige des sacrifices à la Serbie, mais aussi, et à plus forte raison, quand il offre une protection à nos droits, au moins dans les étroites limites où les dispositions du traité leur donnent une reconnaissance expresse. Le Gouvernement Royal constate ensuite que, bien que les droits serbes aient obtenu au congrès de Berlin une satisfaction incomparablement inférieure aux sacrifices supportés durant la guerre par les deux états serbes, Serbie et Monténégro, et bien que la Serbie ait néanmoins accompli jusqu'au bout et plus scrupuleusement qu'aucun autre Etat toutes les obligations lui incombant de par le traité de Berlin, aucun changement survenu pendant les trente dernières années dans l'état de choses établi par ce règlement international pour la péninsule balkanique n'a été fait au profit de la nation serbe, tandis qu'au profit des autres se sont produites de nombreuses et graves atteintes et modifications. Cette persuasion, ainsi que la constatation de ces faits, inspirent au Gouvernement Royal Serbe l'espoir que les puissances signataires du traité de Berlin répondront à l'appel qu'il leur adresse aujourd'hui pour réclamer justice et protection contre cette nouvelle et flagrante violation qui s'accomplit unilatéralement en vertu du droit du plus fort poursuivant satisfaction de ses seuls intérêts sans égard aux atteintes profondes portées ainsi aux sentiments, aux intérêts et aux droits du peuple serbe.

La Serbie ne saurait dans le cas présent obtenir pleine satisfaction autrement que par le rétablissement complet de la situation faite à la Bosnie et à l'Herzégovine par le traité de Berlin. Si cette solution est condidérée comme absolument impossible, le Gouvernement Royal, faisant appel aux sentiments d'équité des puissances signataires du traité de Berlin, demande pour la Serbie une compensation correspondante*, afin de maintenir les garanties indispensables à son existence d'état indépendant et de rétablir pour la nation serbe en général les conditions d'existence dans la mesure tout au moins où elles étaient assurées par le traité de Berlin.

M. Boghitchévitch

---

* Der Gedanke an eine Kompensation für eine eventuelle Annexion Bosniens und der Herzegowina soll dem serbischen Minister des Äußern Milowanowitsch schon am 4. September durch Iswolsky in Karlsbad suggeriert worden sein. Henry Wickham Steed, The Hapsburg Monarchy (1913), p. 247. Das wird im wesentlichen bestätigt durch den Bericht des serbischen Gesandten in Paris Wesnitsch vom 5. Oktober (Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 152), wonach Milowanowitsch bei seiner Karlsbader Unterredung mit Iswolsky selbst der Ansicht gewesen wäre, daß im Fall des öster-

Nr. 9092

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Geschäftsträger in Belgrad Prinzen Julius Ernst zur Lippe**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 20 Berlin, den 8. Oktober 1908

Über Einberufung von Reserven durch serbische Regierung, worin Österreich-Ungarn gegen sich gerichtete Maßnahmen erblickt, hat österreichisch-ungarische Regierung Aufklärungen verlangt. Falls diese nicht befriedigend ausfallen, würde Österreich-Ungarn genötigt sein, Gegenmaßregeln zu treffen.

Auf Bitte Wiener Kabinetts beauftrage ich Euere Durchlaucht, im vorgängigen Einverständnis mit österreichisch-ungarischem Vertreter** bei serbischem Minister des Äußern vorstellig zu werden und zur Mäßigung sowie Bewahrung einer korrekten Haltung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens im Balkan und im eigenen Interesse Serbiens zu raten.

v. Schoen

Nr. 9093

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 Wien, den 8. Oktober 1908

Antwort aus Belgrad*** lautet dahin, daß bisher nur erste Reserve einberufen ist, wodurch der Effektivstand der Armee auf ungefähr 80 bis 100000 Mann anwächst. Am 14. Oktober soll die zweite Reserve einberufen werden, wodurch weitere 70000 Mann hinzukämen. Hiesige Regierung hat in Belgrad um Aufklärung wegen des Zwecks der Einberufungen der Reserven bitten lassen und zugleich sehr dringend zur Mäßigung geraten.

Zugleich hat Österreich-Ungarn das Ersuchen an die anderen Signatarmächte gerichtet, ihrerseits in Belgrad zur Ruhe zu mahnen.

Fürst Urussow sprach mir sehr ernst über die serbischen Verhältnisse. Auch er meinte, alle Mächte hätten das dringendste Interesse daran, Serbien von unbedachten Schritten abzuhalten. Ein serbischer coup de tête und etwaige Repressivmaßregeln würden Rußland in eine höchst prekäre Lage bringen und unabsehbare Folgen nach sich ziehen.

Tschirschky

---

reichischen Verzichts auf den Sandschak (und von Grenzberichtigungen für Serbien) die Annexion Bosniens für dieses annehmbar sei.

* Die Weisung nach Belgrad ging auf eine Unterredung zurück, die Staatssekretär von Schoen am 8. Oktober mit dem österreich-ungarischen Botschafter gehabt hatte; vgl. auch die folgende Nummer.

** Geschäftsträger Franz.

*** Bei der „Antwort aus Belgrad" handelt es sich um die Rückäußerung des österreich-ungarischen Vertreters in Belgrad auf die Anfrage seiner Regierung, in welchem Umfange in Serbien die Reserven einberufen würden.

Nr. 9094

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 270 St. Petersburg, den 9. Oktober 1908

Russische Regierung hat nach Belgrad dringende Warnung vor übereilten Schritten gehen lassen und verspricht sich hiervon guten Erfolg.

Miquel

Nr. 9095

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 344 Therapia, den 9. Oktober 1908

Der serbische Gesandte Nenadowitsch, den ich gestern auf der Pforte traf, sagte mir mit vor Aufregung zitternder Stimme: „Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn ist der Tod Serbiens. Sie ist der Vorläufer der Annexion Serbiens durch Österreich-Ungarn oder durch Bulgarien, mit dem das Wiener Kabinett konspiriert hat, um uns zu vernichten[1]. Aber wir haben bereits mobilisiert und werden den letzten Blutstropfen vergießen, um unser Land zu retten oder doch mit Ehren unterzugehen. Was man in Wien von großserbischer Propaganda in Bosnien sagt, ist reiner Schwindel. Nastitsch* war nichts als ein ‚agent provocateur', aber jetzt wird die großserbische Propaganda entstehen.

Wir sind nur klein und schwach, aber wir sind revolutionär. Nicht nur in Bosnien, sondern auch in Ungarn, wo ein und ein halb Millionen Serben wohnen, wird jetzt eine serbische Bewegung losgehen, die Österreich schon schwere Zeiten bereiten wird."

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das dürfte Aehrenthals Programm sein!

Nr. 9096

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 315 Wien, den 10. Oktober 1908

Sektionschef von Müller bestätigt mir Blättermeldung, daß er Annahme serbischer Protestnote wegen Annexion Bosniens und Herzegowinas

* Vgl. Kap. CXCII, Nr. 8919.

verweigert habe. Der Protest sei eine Anmaßung Serbiens, meinte der Sektionschef, da es weder den Berliner Vertrag mitunterzeichnet, noch sonst irgendeinen Titel zur Einmischung in diese Frage habe.

Tschirschky

Randbemerkung von Schoens:

Ich habe Szögyényi vertraulich erzählt, was ich dem serbischen Geschäftsträger bei Überreichung der Note gesagt.* Der Botschafter war sehr befriedigt und hat es nach Wien berichtet. v. Sch.

Nr. 9097

Der Geschäftsträger in Belgrad Prinz Julius Ernst zur Lippe an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 107 Belgrad, den 8. Oktober 1908
[pr. 11. Oktober]

Herr Milowanowitsch, der einen sehr niedergeschlagenen Eindruck macht, verhehlte mir heute nicht, daß er mit großer Sorge den nächsten Tagen entgegensehe. Die Annexion von Bosnien und Herzegowina habe das serbische Volk an seiner verwundbarsten Stelle getroffen. Die Erregung sei in der Bevölkerung nach wie vor sehr groß, und man könne nicht wissen, wohin sie führen werde. Mit großer Spannung sieht der Minister der für übermorgen anberaumten außerordentlichen Tagung der Skupschtina entgegen, denn er befürchtet, wohl nicht mit Unrecht, daß die Mehrzahl der Abgeordneten, durch das Volk aufgehetzt, energische Maßregeln gegen den „dem serbischen Volke angetanen Affront" verlangen werde. Infolgedessen würde es wahrscheinlich zu einem Kab nettswechsel kommen, da dann das jetzige Ministerium sich vor die Unmöglichkeit gestellt sähe, sein aufgestelltes Programm durchzuführen.

Ein Zeichen der Unzufriedenheit mit seiner Leitung der Geschäfte hat Herr Milowanowitsch heute schon über sich ergehen lassen müssen. Eine große Volksmenge demonstrierte vor dem Ministerium des Äußern, bewarf dessen Fenster mit Steinen und entsandte eine Abordnung zu Milowanowitsch, die ihre Mißbilligung über seine bisherigen Schritte in der Annexionsfrage aussprach und von ihm verlangte, dem Willen und Wunsche des Volkes energischer Ausdruck zu geben.

Herr Milowanowitsch ist der Ansicht, daß den Wünschen des Volkes nicht nachgegeben werden darf, und er wird, falls die Skupschtina kriege-

* Vgl. Nr. 9091.

rische Absichten haben und deshalb mit dem bisherigen Verhalten der Regierung nicht einverstanden sein sollte, gern sein Portefeuille niederlegen. Er glaubt aber, daß auch eine andere Regierung sich auf waghalsige Unternehmungen nicht wird einlassen wollen, und hofft, daß das Volk, wenn es seine Wünsche von dem neuen Ministerium gleichfalls nicht erfüllt sieht, zur Besinnung und Beruhigung kommen wird.

Allein, man könne noch nichts prognostizieren; alles hänge von der Haltung der Skupschtina ab. Für den Fall, daß auch diese, von der Volksstimmung hingerissen, die Regierung zu extremen Maßnahmen drängen sollte, sieht Herr Milowanowitsch sehr dunkel in die Zukunft.

Auf meine Frage, was die serbische Regierung mit der in ihrer Protestnote an die Signatarmächte* verlangten Kompensation meinte, erwiderte Herr Milowanowitsch, daß sie bestimmte Wünsche nicht habe vorbringen wollen. Sie habe mit dem Protest die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die jetzt gegenüber dem Berliner Vertrage völlig veränderten Verhältnisse aufmerksam machen und mit dem Wunsche nach Kompensation das Gerechtigkeitsgefühl der Großmächte nach der Richtung hin erwecken wollen, daß Serbien für seine bisher stets bezeigte Ruhe und Einsicht jetzt auch auf eine Art Entschädigung Anspruch hätte. Einen bestimmt formulierten Wunsch hätte sie aus Bescheidenheit nicht gestellt.

Meiner Ansicht nach wollte die serbische Regierung mit der Protestnote hauptsächlich dem eigenen Lande gegenüber zeigen, daß sie die Hände nicht in den Schoß lege, und damit gleichzeitig auf die Gemüter beruhigend einwirken.

Bezüglich der Kompensation hört man hier vielfach die Ansicht, daß Serbien die von Österreich verlassenen Gebiete im Sandschak erhalten möchte.

Auf meine Frage, was erfolgen würde, wenn die Großmächte Serbiens Wunsch nach einer Kompensation nicht erfüllten, zuckte der Minister nur mit den Achseln und meinte, das sei absolut nicht vorherzusagen.

Herr Paschitsch macht sich wieder sehr bemerkbar, und es ist nicht ausgeschlossen, daß, falls wegen des Ernstes der Lage ein neues Kabinett aus den stärksten Kräften aller Parteien gebildet werden sollte, er in dasselbe eintritt.

Ob er aber nach seinen früheren Agitationen in Bosnien ein kalmierendes Element sein wird, erscheint sehr zweifelhaft.

Lippe

---

* Vgl. Nr. 9091, Anlage.

Nr. 9098

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Belgrad, den 15. Oktober 1908

Die Vertreter Englands*, Italiens**, Rußlands*** und Frankreichs† mahnen hier gleichmäßig zur Besonnenheit, die beiden ersteren von Anfang an unter Inaussichtstellung einer Belohnung für das serbische Wohlverhalten, ohne zu präzisieren, was Serbien geboten werden würde††. Russischer Vertreter hat später ähnliche Sprache geführt. Italienischer Gesandter Marquis Guicioli, der einen Tag herkam, um vor Abreise auf japanischen Posten sein Abberufungsschreiben zu überreichen, hatte bei dem Abschiedsdiner in dem hier üblichen Toast von den Rechten Serbiens gesprochen und verglich Serbien mit Piemont.

Österreichischer Gesandter†††, der bisher auf Befehl auf Urlaub geblieben, kehrt nächste Woche zurück. Österreichischer Geschäftsträger ignoriert die bei Straßenumzügen immer wiederholten Beleidigungen Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph und Österreich-Ungarns und ist bestrebt, durch seine Berichterstattung möglichst zu kühler Auffassung der Situation in Wien beizutragen.

Ratibor

---

* J. R. Whitehead.
** Geschäftsträger Marchese Cambiaso.
*** B. Sergejew.
† L. Descos.
†† Näheres über die englische Stellungnahme zu dem Kompensationsgedanken erhellt aus einem Berichte des serbischen Geschäftsträgers in London Gruitsch vom 10. Oktober (Deutsches Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege, S. 83 ff.). Darnach billigte Sir Ch. Hardinge nicht nur die serbischen Wünsche bezüglich der Adriabahn und der Einräumung besserer ökonomischer Bedingungen im künftigen Handelsvertrage, sondern er setzte auch dem Vorschlage territorialer Konzessionen in Bosnien — Gruitsch sagte geradezu: da Österreich auf so leichte Art zu einer so großen territorialen Erweiterung komme, so könne es ihm nicht schaden, wenn ein Teil dieses so billig erworbenen Territoriums Serbien zufalle — keinerlei Widerspruch entgegen. Auch öffentlich setzte sich die englische Regierung für die serbischen Wünsche ein, wenigstens hieß es in einer am 15. Oktober erlassenen amtlichen Kundgebung: „Es besteht Hoffnung, daß Mittel gefunden werden, um den Wünschen der kleineren Balkanstaaten entgegenzukommen, mit dem Vorbehalt, daß dies nicht auf Kosten der Türkei geschieht." Über Iswolskys Stellung zur Kompensationsfrage während seines Londoner Aufenthalts erfährt man Näheres aus dem Berichte Gruitschs vom 13. Oktober. Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 160. Vgl. auch Kap. CXCVI, Nr. 9040.
††† Graf Forgách.

Nr. 9099

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 328 Wien, den 17. Oktober 1908

Gegenüber den alarmierenden Gerüchten, die in Budapest und hier heute aus Belgrad kursieren, sagte mir Freiherr von Aehrenthal, daß er heute keinerlei positive Nachrichten aus Serbien erhalten hätte. Leider sei bei dem Zustand hochgradiger Erregung in Belgrad mit der Möglichkeit irgendeines Putsches immerhin zu rechnen. Kaiser Franz Joseph habe auf seinen Vortrag bisher von jeder militärischen Maßnahme in der Richtung der Mobilisierung abgesehen, um die öffentliche Meinung in Europa nicht zu irritieren[1]. Österreich-Ungarn werde erst auf flagrante Provokation Serbiens reagieren.

Fürst von Montenegro habe ihm heute sagen lassen, daß er am nächsten Sonntag mobilisieren werde. Der Minister mißt dieser Ankündigung keine große Bedeutung bei, weil der Fürst dies hauptsächlich wohl nur tue, um der Stimmung in seinem Lande Rechnung zu tragen; außerdem glaube er, daß die militärischen Maßregeln Montenegros weniger gegen Österreich gerichtet sind, sondern vielmehr den Zweck verfolgen, beizeiten vorbereitet zu sein, um bei sich bietender Gelegenheit einen Raubzug[2] gegen die Türkei zu unternehmen.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die ist schon so weit, daß ihr alles egal ist!
[2] Sandschak!

Nr. 9100

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Konzept

Berlin, den 20. Oktober 1908

Der serbische Minister des Auswärtigen, Herr Milowanowitsch*, besuchte mich heute und trug mir vor, daß Serbien, dem in den letzten Jahren die Gunst des Schicksals wenig gelächelt habe, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Erfüllung längst gehegter Wünsche zu erreichen hoffe. Dieselben gingen dahin, von der Großmut Österreich-Ungarns einen kleinen Streifen Landes, höchstens ein Zehntel von Bosnien und der Herzegowina darstellend[1], welcher eine natürliche Verbindung zwischen Serbien und Montenegro bilden und ihm somit ein débouché nach dem

* Der serbische Außenminister besuchte eben damals die Kabinette von Rom, Berlin und London.

Adriatischen Meer eröffnen würde, zu erlangen. Er glaubte, durch einen solchen Großmutsakt seitens der österreichisch-ungarischen Monarchie würde die Grundlage für ein dauerndes sehr freundschaftliches Verhältnis zwischen der Monarchie und Serbien geschaffen werden. Anderenfalls würde das serbische Volk, das wie alle slawischen Völker zum Pessimismus neige, in die Stimmung der Verzweiflung geraten. Auch nach türkischer Seite[2] würde Serbien gern einen geringen Gebietszuwachs erlangen; wenn dies aber nicht angängig, zum mindesten das Recht zur Durchführung einer Eisenbahn durch den Sandschak nach Montenegro, eine Bahn, die auch militärisch benutzt werden könnte.

Ich habe Herrn Milowanowitsch, der, wenn er mich auch nicht direkt um Befürwortung seiner Wünsche bat, so doch andeutete, daß er dieselbe dankbar erkennen würde, keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich eine vermittelnde Rolle in diesen Fragen nicht annehmen könne[3] und auch von einer Stellungnahme unsererseits zu den serbischen Wünschen absehen müsse.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Verrückt!
[2] ausgeschloßen!
[3] richtig

Nr. 9101

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen**

Reinschrift

Berlin, den 23. Oktober 1908

Der österreichisch-ungarische Botschafter teilt mir mit, er sei beauftragt, Herrn Iswolsky hier zu sagen und dann uns mitzuteilen, Österreich-Ungarn könne sich auf den von Rußland befürworteten Wunsch Serbiens nach Überlassung eines Streifen Landes am Südrande von Bosnien und der Herzegowina angesichts der großserbischen Bewegung und der frechen Provokationen von serbischer Seite unter keinen Umständen einlassen**. Baron Aehrenthal sei indessen bereit, Serbien vertragsmäßig

---

* Bereits abgedruckt in Kap. CXCVI, Nr. 9063.

** Tatsächlich hat Iswolsky, der vom 24.—26. Oktober in Berlin weilte, in seinen Unterredungen mit Fürst Bülow und Staatssekretär von Schoen (vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9064 und 9065) sich für eine territoriale Kompensation Serbiens — „ein kleiner Streifen Landes am Südrande Bosniens“ — eingesetzt. In seinen gleichzeitigen Gesprächen mit dem gerade in Berlin weilenden serbischen Außenminister Milowanowitsch ging Iswolsky wesentlich weiter. In dem Berichte Milowanowitschs vom 25. Oktober heißt es darüber: „Wir verabredeten, die Forderung der Territorialkompensation für Serbien und Montenegro bis zu den äußersten Grenzen der Möglichkeit aufrechtzuerhalten, in zweiter Linie zu versuchen, daß das in Frage stehende Territorium an die Türkei abgetreten werde, welche es an Serbien übertragen solle;

einen Verkehrsweg durch Bosnien und die Herzegowina nach der Küste sowie noch sonstige ökonomische Vorteile zuzusichern. Ebenso sei er bereit, wie seinerzeit schon in Buchlau angedeutet, die nach § 29 des Berliner Vertrags auf Montenegro ruhende Belastung aufzugeben.

v. Schoen

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Das wird für Isw[olsky] ein schlechter Trost sein

Nr. 9102

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 Rom, den 23. Oktober 1908

Zu siebentem Programm-Vorschlag* bemerkt Herr Tittoni nachträglich, daß Serbien unter keinen Umständen einen territorialen Zuwachs bekommen darf. Doch scheine ihm eine Entschädigung des wirtschaftlich von Österreich-Ungarns Agrariern tatsächlich beeinträchtigten Landes durch effektiven Bau von Donau-Adria-Bahn angezeigt, deren Trace nach Aufgabe des Sandschaks nur durch türkisches Gebiet geht, und für welche Italien, Rußland, Frankreich, England Zinsgarantie übernehmen müßten. Für Montenegro wäre auf Aufhebung von Artikel 29 zu bestehen, was aber andererseits vollkommen hinreichende Genugtuung wäre.

Monts

äußerstenfalls, wenn man davon absehen müsse, um so mehr darauf zu dringen, daß Bosnien und die Herzegowina ein autonomes Ganzes werden, daß für Serbien die Verbindungen mit dem Adriatischen Meer und ein offenes Gebiet bezüglich des Sandschak Nowipasar gesichert werden." Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 162. Interessant sind auch die weiteren Ausführungen Iswolskys zu Milowanowitsch, die deutlich erkennen lassen, welche Rolle Serbien schon damals in seinen politischen Zukunftsplänen spielte: „Iswolsky verurteilt unablässig auf das schärfste Österreich-Ungarn, das bei Rußland und den Westmächten alles Vertrauen verloren habe; er äußerte seine Überzeugung und Hoffnung, daß dieses Vorgehen bald sich an Österreich-Ungarn blutig rächen werde: die österreichische Frage werde infolgedessen bald akuter werden als die türkische; seine Politik sei darauf gerichtet, unter Liquidierung aller russischen Fragen außerhalb Europas Rußland wieder seinen europäischen Zielen zuzuführen; Serbien sei in dieser Politik ein wichtiger Faktor als Zentrum der Südslawen. Bosnien sei jetzt nach den Stimmungen Rußlands und Westeuropas weniger verloren für Serbien, selbst wenn die Annexion anerkannt werden sollte; die ersten Schritte zur Verwirklichung seiner nationalen Aufgaben werde Serbien dennoch nach dem Sandschak Nowipasar und Bosnien hin unternehmen. Jetzt müsse ein Zusammenstoß vermieden werden, da weder militärisch noch diplomatisch das Terrain vorbereitet sei. Rußland müßte Serbien, wenn es einen Krieg hervorriefe, preisgeben, so daß es unterliegen würde, obwohl dies der schwerste Schlag wäre nicht bloß für die russischen nationalen Gefühle, sondern auch für die russischen Interessen und Zukunftspläne."

* Der siebente Punkt des englisch-russischen Konferenzvorschlags besagte: „Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro." Vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9045.

Nr. 9103

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Belgrad, den 25. Oktober 1908

Kronprinz Georg begibt sich mit einem Handschreiben König Peters an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus in Begleitung Paschitschs und mit größerem Gefolge über Rumänien nach St. Petersburg.

König Peter äußerte in seinem Toast bei gestrigem Diner für montenegrinischen Abgesandten, daß vollkommenes Einverständnis zwischen Serbien und Montenegro bestehe, sowohl bezüglich der heutigen schweren Situation, als auch wegen künftigen gemeinsamen Handelns.

Die Presse zeigt sich heute kriegerischer als bisher, hauptsächlich wegen der Nachricht vom Abbruch der Verhandlungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn*.

Rüstungen dauern fort, und Regierung läßt Kriegshetze in Presse und auf der Straße geschehen.

Österreichischer Gesandter hat, von Urlaub zurückgekehrt, serbischem Ministerpräsidenten** erklärt, seine Rückkehr beweise die versöhnliche Gesinnung Österreich-Ungarns. Serbien habe absolut keinen territorialen Zuwachs zu erwarten. Wolle es den Krieg, wie es den Anschein habe, so könne es ihn haben. Der Ministerpräsident gab zwar friedliche Versicherungen für die nächste Zukunft, ließ aber die Frage offen, ob ein unbefriedigtes Serbien nicht schließlich doch zu Verzweiflungskampf getrieben werden würde.

Graf Forgách sagt mir, man frage sich heute in Wien, wie lange noch die provokatorische Haltung geduldet werden könne, auch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn, und ob es nicht vorzuziehen sei, daß es zum Krieg komme, bevor Serbien Zeit gelassen würde, seine Rüstungen zu vervollkommnen. Freiherr von Aehrenthal sei überzeugt, daß Rußland nicht Einspruch erheben werde, besonders wenn Österreich-Ungarn erklären würde, daß es nach Züchtigung des unverschämten Nachbarn Serbien sich selbst überlassen würde.

Ratibor

---

* Es handelte sich nur um einen Stillstand, nicht um Abbruch der Verhandlungen. Vgl. Kap. CCI.

** Welimirowitsch.

Nr. 9104

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 415 Therapia, den 26. Oktober 1908
Geheim

Tewfik Pascha sagte mir, der von Serbien in „offiziöser" Mission hierher entsandte Nowakowitsch habe ihm erklärt, mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina habe Serbien seine Zukunft und damit die Möglichkeit seiner Existenz verloren. Die Fortdauer des nunmehr geschaffenen Zustands könne es nicht ertragen[1]. Serbien verlange, daß Österreich-Ungarn von Bosnien bezw. Herzegowina so viel abtrete[2], daß eine Verbindung mit Montenegro hergestellt werde. Als pis aller könne es eine Autonomie Bosniens und der Herzegowina annehmen[3] [4]. Sei weder das eine noch das andere erreichbar, so müsse Serbien zum Schwerte greifen[5], auf die Gefahr, unterzugehen[6].

Auf die Bitte Nowakowitschs, es möge die Pforte, sei es auf der Konferenz, sei es außerhalb derselben, die serbischen Wünsche unterstützen, hat der Minister erklärt, daß die Türkei zurzeit mit eigenen wichtigen Fragen zu sehr beschäftigt sei, um für fremde Interessen einzutreten[7]. Der Minister war durch die Sprache des serbischen Abgesandten, den er von früher als ruhigen Mann kennt, beeindruckt[8] und meinte, er halte es jetzt für möglich, daß die Serben die Tollheit einer Kriegserklärung an Österreich-Ungarn begehen werden[9].

Der montenegrinische Geschäftsträger* sagte mir, er werde heute auf der Pforte erklären, wenn die Konferenz die Annexion Bosniens und der Herzegowina sanktioniere, alsbald Montenegro und Serbien den Krieg an Österreich-Ungarn erklären würden[10]. Dasselbe werde geschehen, wenn die Konferenz nicht zustandekomme. Auf meine Frage, ob Rußland nicht davon abrate, erwiderte mir der Geschäftsträger, Rußland rate nicht nur ab, sondern drohe. Das sei aber ganz gleichgültig[11].

Kenner des serbischen Volkscharakters sind der Ansicht, daß Serbien und Montenegro ihre Drohungen ausführen werden[12].

Marschall

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow auf einem Duplikat der Entzifferung:

[1] Bluff

[4] Einfach lächerlich

[5] Es denkt in Wirklichkeit auch nicht im Traume daran. Alles leere Drohung

[7] sehr gut

[8] ganz mit Unrecht. Voces praetereaque nihil

---

* Gregowitsch.

[9] !???
[10] !!
[12] Sie denken gar nicht daran.
Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[2] !!
[3] Unerhört!
[6] man tau!
[11] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Man zu! Dann wird eine Erleichterung der Spannung eintreten.

Nr. 9105

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 Belgrad, den 28. Oktober 1908

Graf Forgách wurde gestern vom König Peter in Audienz empfangen, die von dem Gesandten erbeten war, um sich für die Glückwünsche zu seiner Vermählung zu bedanken.

Nach Erfüllung dieser Formalität gab der Gesandte Seiner Majestät zu bedenken, ob nicht die Geduld Österreich-Ungarns durch das fortgesetzte Kriegsgeschrei auf eine allzu harte Probe gestellt werden könnte. Von territorialen Entschädigungen für Serbien könne keine Rede sein. Österreich-Ungarn sei aber gern bereit, auf anderen Gebieten, beispielsweise in Eisenbahnfrage, sich Serbien gefällig zu zeigen.

König Peter vermied es geflissentlich, auf diese Frage einzugehen, versicherte, daß Serbien nicht daran denke, dem großen Nachbarn den Krieg zu erklären, und entschuldigte auf Vorhalt des Grafen Forgách die aufreizende Sprache des Kronprinzen mit seiner unreifen Jugend. Einen schärferen Ton schlug der König an, als er von der „Unregelmäßigkeit" des österreichisch-ungarischen Ausfuhrverbots sprach. Graf Forgách bestritt die königliche Auffassung und betonte, daß es nur natürlich sei, daß das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach einem Land erlassen worden sei, in dem täglich der Krieg gepredigt werde.

Die lebhafte Klage des Königs über die Sprache der österreichisch-ungarischen Zeitungen gegen ihn erwiderte der Gesandte mit Hinweis auf die fortgesetzten groben serbischen Preßbeleidigungen gegen Kaiser Franz Joseph.

Eine ruhigere Stimmung trat ein, als Graf Forgách andeutete, daß ein Wohlverhalten Serbiens im Interesse der Dynastie liege, und daß Österreich-Ungarn die Erhaltung der Dynastie nur willkommen sein könne. Im ganzen verlief die Audienz in freundlicher Form. Das Ausweichen des Königs auf die Frage wegen der Haltung Serbiens nach Entscheidung der Mächte und die Bemerkung Seiner Majestät, daß gegen die Demon-

strationen nicht eingeschritten werden könne, läßt weiter die Möglichkeit offen, daß es zu einem Konflikt kommt.

Graf Forgách hat die Ermächtigung erhalten, die Donauflottille vor Belgrad erscheinen zu lassen, wenn er es für nötig hielte, will aber nur im Falle des unvermeidlichen Konflikts davon Gebrauch machen.

Ratibor

Nr. 9106

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1015 London, den 29. Oktober 1908

Sir Edward Grey hat, wie er mir heute sagt, dem serbischen Minister des Äußern keinen Zweifel darüber gelassen, daß kriegerische Unternehmungen Serbiens hier verurteilt werden würden.

Als ich bemerkte, daß die serbischen Wünsche territorialer Natur seien, die Österreich-Ungarn niemals gewähren würde, die etwaige Unterstützung der serbischen Aspirationen durch andere Mächte aber Hoffnungen erweckte, die, da sie sich als trügerisch erweisen würden, die Serben zum Kriege treiben könnten, erwiderte der Minister, es gebe außerhalb der territorialen noch andere Genugtuungen für Serbien*, wie die Donau-Adria-Bahn und die Regulierung der Schiffahrt auf der Donau.

Von anderer gut unterrichteter Seite erfahre ich, daß Sir Edward Grey Herrn Milowanowitsch gegenüber zwar mit den serbischen Wünschen sympathisiert und Serbien moralische Unterstützung[1] versprochen hat, aber nur insoweit, als Serbien die friedlichen Bahnen nicht verlassen werde.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Moral support!
sehr bekannte Phrase

---

* Nach dem Berichte Milowanowitschs vom 29. Oktober 1908 über seine Unterredung mit Sir E. Grey hätten ihm dieser und Sir Ch. Hardinge ihr Wort gegeben, die territoriale Entschädigungsforderung Serbiens zu unterstützen, solange Rußland sie aufrecht erhalte. Boghitschewitsch, a. a. O. S. 148f.

Nr. 9107

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 478 St. Petersburg, den 29. Oktober 1908

Kronprinz Georg von Serbien ist gestern zu einem dreitägigen Aufenthalt eingetroffen, um Seiner Majestät dem Kaiser ein Schreiben des Königs zu überreichen. Wie ich von einem Augenzeugen höre, waren zum Empfang an der Bahn nur recht wenige Manifestanten erschienen, welche den Prinzen mit Hochrufen begrüßten. Wenn auch dem Besuch des im Winterpalais abgestiegenen Kronprinzen nur ein rein privater Charakter beigelegt wird, so kommt er doch in Wirklichkeit in Anbetracht der Begleitumstände einer politischen Demonstration gleich. Denn nicht nur ist der serbische Parteiführer Paschitsch zur selben Zeit hier angekommen, sondern eine ganze Reihe von serbischen Politikern und Professoren hat sich in dieser Woche hier eingefunden, um durch öffentliche Reden und durch Berührung mit den Dumaabgeordneten sowie mit der Presse den Panslawismus zu schüren.

Die Aufnahme war im ganzen herzlich. Vor allem hat sich der Dumapräsident Chomjakow, Sohn eines bekannten Slawophilen, durch seine freundliche Haltung zu den serbischen Gästen hervorgetan. Unter den russischen Studenten zirkuliert ein Aufruf zu einem Protest gegen die Einverleibung Bosniens, und in den Frauenklubs tritt man lebhaft in privaten Sitzungen für die serbische Schwester ein. In militärischen Kreisen ist eine weit größere Zurückhaltung zu bemerken.

Den Höhepunkt der Bewegung bildete bisher eine Versammlung des „Politischen Vereins", in welcher Professor Pogodin ausführte, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich niemals mit der Beraubung der Südslawen einverstanden erklären werde, und in welcher den Abgeordneten Miljukow, Roditschew, Maklakow und Stachowitsch das Wort vom Stadthauptmann entzogen wurde, weil Ausfälle gegen Österreich-Ungarn befürchtet wurden. Diese Vorgänge wurden von der Duma als Anlaß zu einer eiligen Interpellation betrachtet. Wie die Zeitungen melden, haben sich während dieser Sitzung Graf Bobrinsky (gemäßigter Rechter) und Graf Uwarow (linker Oktobrist) in den Couloirs mit den heftigsten Worten gegen Österreich und Deutschland ausgesprochen. Ein Teil der Mißstimmung gegen den Freiherrn von Aehrenthal färbt schon seit der Sandschakbahn auf Deutschland ab*.

---

* Vgl. dazu auch die näheren Angaben des belgischen Gesandten in Petersburg Graf de Grelle-Rogier vom 31. Oktober 1908. Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger III, 96 ff.

Die Zeitungen bezeugen den Serben ihre Sympathien, doch keineswegs einstimmig, denn einige Blätter erheben ihre warnende Stimme gegen die Beunruhigung durch die Serben. Die „Nowoje Wremja" hält es für praktisch, beide Richtungen gleichzeitig zu Worte kommen zu lassen. Sie ruft den Gästen zu: „Ihr wollt unsere Hülfe! Sie soll Euch in vollem Maße zuteil werden." Gleich darauf folgt jedoch eine lange Ermahnung von Mentschikow. Zu einem Mitarbeiter des „Slowo" äußerte der Kronprinz: „Ich bin glücklich über die Unterstützung der russischen Presse, welche ein Armeekorps wert ist."

Miquel

Nr. 9108

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Belgrad, den 2. November 1908

Trotz des hinter serbischen Erwartungen weit zurückbleibenden Empfangs des serbischen Kronprinzen in St. Petersburg wirkt die Tatsache des Besuches hier ermutigend, und russische amtliche Ermahnungen, die nicht veröffentlicht werden, hindern nicht Ovationen vor russischer Gesandtschaft, die vom Gesandten persönlich dankend quittiert werden. Taktlose Äußerungen Milowanowitschs an Korrespondenten der „Neuen Freien Presse", daß Serbien rüste, aber erst bei allgemeiner Konflagration losschlagen werde, wenn nicht etwa Leidenschaft über Vernunft siegt, steigern die Aufregung in Serbien und sind geeignet, Österreich-Ungarn vor die Frage zu stellen, ob es nicht besser selbst den geeigneten Moment für den Krieg mit Serbien wählt.

Interviews des Kronprinzen Georg wirken aufregend. Rüstungen werden fortgesetzt, und sonst um diese Zeit im Winterschlaf liegende Truppen üben Felddienst. Die kriegerische Stimmung nimmt zu.

Auch erscheint mir zweifelhaft, ob die Sprache des russischen und englischen Gesandten klar genug ist, um Serbien Illusionen zu nehmen.

Andererseits liegt Möglichkeit vor, daß die Erkenntnis der Isolierung zu Verzweiflungsakt treibt.

Daneben treiben Elemente zum Krieg, die von einer Annexion durch Österreich-Ungarn persönliche wirtschaftliche Vorteile für den Augenblick und später Emanzipation der unter habsburgischem Szepter vereinigten serbischen Nation erhoffen.

Ratibor

Nr. 9109

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Belgrad, den 3. November 1908

Vertreter Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens haben am 2. d. Mts. serbische Regierung ermahnt, sich ruhig zu verhalten. Ich habe heute gleichen Schritt getan.

Ministerpräsident versicherte uns wiederholt, daß serbische Regierung nicht daran denke, aggressiv vorzugehen, und Beschlüsse der Mächte im Vertrauen auf deren Billigkeit ruhig abwarten wolle.

Seit gestern abend hat sich Furcht vor österreichisch-ungarischem Handstreich eingestellt, die zu Entsendung zweier Infanterieregimenter mit kleinen Kavallerie- und Artillerieabteilungen aus Belgrad donauabwärts nach Wischnitza und Grocka veranlaßte. Anscheinend sind auch Maßregeln zur Sicherung der Nationalbank getroffen.

Die Befürchtung ist möglicherweise durch Äußerung des österreichischen Gesandten hervorgerufen, der nach Unterbleiben des Entschuldigungsbesuches des Präfekten von Semendria bei dortigem österreichisch-ungarischen Konsul wegen Vernichtung der Flagge serbischem Minister bemerkte, wenn österreichisch-ungarische Flagge serbischerseits nicht geschützt werden könnte, würde man sie selbst zu schützen wissen. Präfekt wurde darauf abgesetzt.

Ratibor

Nr. 9110

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Kiderlen an den Gesandten in Belgrad Prinzen von Ratibor*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 28 Berlin, den 10. November 1908

Der russische Botschafter hat hier angeregt, es möchten die Vertreter der Großmächte in Belgrad diejenigen Maßnahmen im einzelnen feststellen, durch welche die dortige Regierung auf eine Provokation

* Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen leitete in Vertretung des erkrankten Staatssekretärs von Schoen die Geschäfte des Auswärtigen Amtes vom 7.—30. November 1908. Auch nach der Rückkehr des Staatssekretärs auf seinen Posten verblieb Kiderlen zur Hilfeleistung im Auswärtigen Amt bis zur Beendigung der bosnischen Krise (4. April). Er hat in dieser Zeit gerade die wichtigsten Schriftstücke konzipiert und überhaupt im Auswärtigen Amt die eigentlich leitende Rolle gespielt. Vgl. dazu E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch (1924), II, 5ff. Kiderlen selbst

Österreich-Ungarns hinarbeitet, und unter deren Aufzählung in identischer Form eine ernste Mahnung und Verwarnung an serbische Regierung richten. Ew. pp. bitte ich, sich hierüber mit Ihren Kollegen ins Benehmen zu setzen und einer derartigen Demarche sich anzuschließen.

Kiderlen

Nr. 9111

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Kiderlen an den Gesandten in Belgrad Prinzen von Ratibor

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 30 Berlin, den 14. November 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 28*.

Bitte nach Einvernehmen mit russischem Vertreter in identischer Form namentlich wegen Munitionsanschaffung, Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und Bandenbildung Vorstellungen erheben.

Kiderlen

Nr. 9112

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 502 St. Petersburg, den 13. November 1908
[abgegangen am 14. November]

Der serbische ehemalige Ministerpräsident Paschitsch, der in Begleitung des Kronprinzen Georg hierhergekommen war, ist vorgestern von Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus empfangen worden** und wird

---

schreibt über seine Berliner Tätigkeit in einem Briefe an die ihm nahestehende russische Diplomatenfrau Marina de Jonina vom 7. März 1909 (Jäckh a. a. O. II, 24ff.): „Je peux le dire que tout le travail du Ministère m'incombe, je suis encombré toute la journée de personnes qui demandent des informations, et les Ambassadeurs ont aussi pris la mauvaise habitude de s'adresser à moi au lieu d'aller voir le Ministre en titre qui ne fait rien et qui ne sait rien. Ma situation est très délicate, au fond je ne suis qu'un ‚aide' au ministère et en réalité tout le travail et toute la responsabilité sont entre mes mains et même le chancelier ne s'adresse que directement à moi!" Diese Darstellung wird, wie der Befund der Akten ergibt, weder dem Fürsten von Bülow noch dem Staatssekretär von Schoen gerecht.

* Siehe Nr. 9110.

** Vgl. dazu auch das Telegramm Paschitsch' vom 12. November 1908 (Boghitschewitsch a. a. O. S. 149f.) Danach hätte der Zar zu dem serbischen Minister u. a. gesagt, die bosnisch-herzegowinische Frage werde nur durch einen Krieg entschieden werden.

in einigen Tagen die Heimreise nach Belgrad antreten. Wie Herr Iswolsky mir gestern versicherte, ist Herr Paschitsch in gleicher Weise wie der Kronprinz sehr ernst auf die Gefahren hingewiesen worden, in welche Serbien sich durch eine Abenteuerpolitik begeben würde. „Man kann uns", so lauteten die Worte des Ministers, „nicht vorwerfen, daß wir nicht alles getan haben, um Serbien von unbedachten Schritten zurückzuhalten." Allerdings, fügte Herr Iswolsky hinzu, sei auf Herrn Paschitsch nicht viel Verlaß: „Ce n'est pas un homme sûr." Es sei daher wohl möglich, daß er, nach Hause zurückgekehrt, in einem von den ihm hier erteilten Ratschlägen sehr abweichenden Sinne wirken werde. Jedenfalls aber werde Rußland dafür ebensowenig verantwortlich gemacht werden können, wie für die Unvorsichtigkeiten des Kronprinzen.

Im allgemeinen sprach sich Herr Iswolsky wieder sehr besorgt über die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aus, auf welche er die gegenwärtige Spannung in der allgemeinen Lage hauptsächlich zurückführt. „Nicht daß sich die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland verschärfen könnten, ist meine Hauptsorge, sondern vielmehr, daß an der ungarischen Grenze irgend etwas Unvorhergesehenes passiert." Der Minister äußerte dabei ernste Befürchtungen, daß Österreich-Ungarn nur auf einen geeigneten Vorwand warte, um in Serbien einzurücken. Meinen Einwand, daß die herausfordernde Haltung Serbiens schon Vorwände genug geboten haben würde, wenn das Wiener Kabinett wirklich nach solchen suche, wollte er nicht gelten lassen. Es gebe, wie er meinte, eine einflußreiche Partei in Wien, welche den Einmarsch in Serbien wünsche. Der friedlich gesinnte Kaiser Franz Joseph sei allerdings gegen jede kriegerische Unternehmung, es sei aber sehr fraglich, ob der Monarch der Aktionspartei noch lange Widerstand leisten werde. „Bei Baron Aehrenthal", fügte Herr Iswolsky bitter hinzu, „muß man auf alles gefaßt sein. Ich kann Sie versichern, daß ich, wenn ich das Ministerium einmal auf einige Stunden verlasse, in der steten Angst lebe, bei meiner Rückkehr irgendeine Alarmnachricht vorzufinden. Der Zustand nervöser Spannung, in der sich Europa gegenwärtig befindet, ist nachgerade unerträglich und kann nicht andauern."

Ich beschränkte mich darauf zu erwidern, ich könnte mir nicht denken, daß man in Belgrad so kopflos sein würde, sich in ein kriegerisches Unternehmen einzulassen, ohne der russischen Unterstützung sicher zu sein. Ich sei daher überzeugt, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland und seine Regierung, indem sie den serbischen Thronfolger und die anderen serbischen Abgesandten zur Ruhe ermahnten und vor unbedachten Schritten warnten, dem europäischen Frieden einen großen Dienst erwiesen hätten. Was Österreich-Ungarn betreffe, so würde es mir schwer, an dessen kriegerische Absichten zu glauben.

Der Minister wies demgegenüber auf die beiderseitigen Rüstungen hin und spottete darüber, daß man sich in Österreich-Ungarn überhaupt um die angeblichen militärischen Vorbereitungen Serbiens kümmere. Als

ich darauf erwiderte, daß man sich nicht darüber wundern könne, wenn Österreich-Ungarn angesichts der drohenden Haltung Serbiens einige Vorsichtsmaßregeln an seiner Grenze zu treffen für nötig halte, meinte der Minister, die militärische Leistungsfähigkeit Serbiens sei so gering anzuschlagen, daß Österreich-Ungarn gar keine großen Anstrengungen zu machen brauche. Wenn das Wiener Kabinett es wirklich zum Konflikt treiben wolle, so würde die österreichisch-ungarische Armee mit einem ernsten Widerstande überhaupt nicht zu rechnen haben: „Ce ne serait pas une guerre, ce serait un simple mouvement militaire." Ich hatte dabei von neuem den Eindruck, daß, so unangenehm man hier ein militärisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen seinen serbischen Nachbarn auch empfinden würde, ein Eingreifen Rußlands zugunsten Serbiens außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit liegt. Wenn auch die Wogen des Panslawismus gegenwärtig wieder höher gehen, so glaube ich doch, daß die Gründe, welche Rußland in diesem Augenblick nötigen, auf jede kriegerische Politik zu verzichten, zu gewichtige sind, als daß die Regierung sich in eine Richtung drängen lassen dürfte, deren Gefahren sie deutlich erkennt, und die sie daher bis jetzt offenbar nicht einschlagen will. Man ist sich hier ganz klar darüber, daß ein Krieg den finanziellen Ruin Rußlands und ein Wiederauflodern der Revolution mit unabsehbaren Folgen bedeuten könnte*.

F. Pourtalès

Nr. 9113

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 508 St. Petersburg, den 14. November 1908

Wie ich von verschiedenen Seiten übereinstimmend höre, hat sich Herr Paschitsch in Gesprächen, die er hier geführt hat, über die Frage der von Serbien für die Annexion Bosniens und der Herzegowina beanspruchten Kompensationen etwa folgendermaßen ausgesprochen: Die beiden annektierten Provinzen seien ihrer Kultur, ihrer Sprache, Literatur und ihrem ganzen Wesen nach nationalserbisch. Serbien müsse daher in

* Vgl. jedoch Iswolskys eigene Äußerung zu dem russischen Botschafter in Paris Nelidow vom 5. November: „Es bleibt die Gefahr eines austro-serbischen Konfliktes, des gefährlichsten von allen. Wir tun und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um einem solchen Konflikte vorzubeugen; aber wenn er ausbrechen sollte, so würde in demselben Augenblicke die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in nächste Nähe gerückt." B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre S. 73.

erster Linie die Autonomie der beiden Provinzen verlangen. Sei diese nicht zu erreichen, so müsse Serbien nicht nur Kompensationen, sondern auch Garantien für die Zukunft fordern. Die Provinzen, welche Österreich-Ungarn gewaltsam der Türkei entrissen habe, seien ursprünglich als türkischer Besitz wesentlich kleiner gewesen, als zur Zeit des Überganges der Verwaltung an Österreich-Ungarn. Das übrige sei ursprünglich serbisch gewesen. Würde Österreich-Ungarn sich mit den ursprünglichen historischen Grenzen Bosniens und der Herzegowina begnügen und die übrigen einst serbischen Landesteile Serbien überlassen, so könnte darin der Schlüssel zu einer Verständigung gefunden werden.

Mein österreichisch-ungarischer Kollege, der von diesen Äußerungen des Herrn Paschitsch auch gehört hatte, sagt mir, daß das auf diese Weise von Serbien beanspruchte Gebiet viel größer sei als der Streifen, wegen dessen Überlassung an Serbien Herr Iswolsky während seines Berliner Aufenthaltes beim Botschafter von Szögyény sondiert hat.

Auch Herr Paschitsch hat hier erklärt, daß, falls sich die Mächte gegen die berechtigten Forderungen Serbiens aussprechen, dies die Serben nicht hindern werde, ihre nationalen Güter in einem Verzweiflungskampf bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

F. Pourtalès

Nr. 9114

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 121 Belgrad, den 15. November 1908

Den Auftrag, gemeinsam mit den Vertretern der Großmächte die provokatorischen serbischen Maßnahmen im einzelnen festzustellen und unter Aufzählung derselben in identischer Form die serbische Regierung ernstlich zu verwarnen, habe ich mit meinen Kollegen besprochen.

Die Vertreter von Rußland, Italien und Frankreich haben keine Instruktionen. Französischer Gesandter hält persönlich die Demarche für überflüssig. Bei englischem Gesandten, der Instruktion erhalten hatte, konstatierte ich erfreulichen Umschwung seiner Ansichten. Er hat bereits von sich aus serbischer Regierung zugeredet, Reserven zu entlassen. Von dem Kronprinzen Georg meinte er: He is hardly fit for a drawing room.

Ratibor

Nr. 9115

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Belgrad, den 16. November 1908

Nach Erhalten ihrer Instruktion haben Vertreter der fünf Großmächte bei serbischer Regierung zu unternehmende Demarche heute abend besprochen, und da italienischer Geschäftsträger Befehl erhalten, zunächst über Besprechung zu berichten, folgendes Protokoll ihren Regierungen vorzulegen beschlossen: „Die vier Gesandten und ein italienischer Geschäftsträger ayant pris connaissance des points spécifiés dans la circulaire du Gouvernement Autrichien du novembre estiment qu'il importerait tout d'abord:

1) de recommander au Gouvernement le retrait des troupes échelonnées le long de la frontière austro-hongroise,
2) d'attirer son attention sur les conséquences désastreuses que pourrait avoir la formation éventuelle sur son territoire de bandes dirigées contre la Bosnie.

Ils croient qu'il conviendrait de se borner pour le moment aux deux observations précitées pour ne surexiter point en Serbie une opinion facilement inquiétée."

Weiter wird im Protokoll mit Befriedigung konstatiert: Das Ende des Boykotts österreichisch-ungarischer Geschäfte und das fast vollständige Aufhören der Demonstrationen ainsi que des violences de la presse qui eussent pu .....* un caractère de provocation.

Da das pour le moment den Weg für weitere Vorstellungen offen läßt, habe ich mich einverstanden erklärt.

Weiterer Bericht folgt.

Ratibor

Nr. 9116

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Belgrad, den 16. November 1908
[aufgegeben am 17. November]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 36**.

Österreichisch-ungarische Zirkularnote vom 6. d. Mts. macht Re-

* Zifferngruppe unverständlich.
** Siehe Nr. 9115.

gierungen der Großmächte auf folgende als Kriegsvorbereitung zu bezeichnende serbische Maßnahmen aufmerksam:

1. Präsenzstand-Erhöhung der Armee und ratenweise Einberufung der Reservisten, 2. Kreditbewilligung durch Skupschtina, 3. Truppenverschiebung nach Grenze, 4. Waffen- und Kriegsmaterial-Bestellungen, 5. Bandenausrüstung gegen Bosnien.

Bei gestriger Besprechung einigten sich fünf Großmachtsvertreter bekanntlich dahin, sich zurzeit auf Demarchen zu 3 und 5 zu beschränken wegen noch fortbestehender Erregung im Lande in Befürchtung, daß neue Unruhe bei Abrüstung entstehen könnte.

Ich hielt es auch für nicht opportun, zu sofortiger umfassender Demarche bei offenbarer Abneigung meiner Kollegen zu drängen.

In acht bis vierzehn Tagen dürfte bedeutendere Beruhigung der Bevölkerung eintreten sowie Mißstimmung wegen fortgesetzter Einberufung zur Armee. Die allgemeine Geschäftsstockung und die hohen Verpflegungskosten für die Truppen dürften Regierung mürbe machen. Meines Erachtens wäre es dann an der Zeit, hier wegen Entlassung der Reservisten und Munitionsbeschaffung in identischer Form Demarche zu machen und zugleich Befriedigung über in letzter Zeit unterbliebene Provokationen und Erwartung auszusprechen, daß Zeitungen und Kronprinz sich dauernd mäßigen und weitere Provokationen wie Belästigung und Dienstentlassung österreichischer Untertanen eingestellt werden. Auf Anführung von mehr oder weniger Einzelheiten wird es dabei nicht ankommen.

Bis dahin dürfte serbische Regierung vielleicht sogar dankbar sein, wenn sie Pression auch befreundeter Mächte als Grund für Reservenentlassungen anführen kann. Ich nehme an, daß alle Vertreter der Großmächte dann ebenfalls die zu unternehmende Vorstellung für aussichtsvoll ansehen werden.

Erfolg wäre absolut gesichert, wenn serbisches Mißtrauen gegen österreichische Kriegsgelüste irgendwie zerstreut werden könnte.

Englischer Gesandter hat seine selbständig unternommene Demarche wegen Reservenentlassung, von der ich anderweit sichere Kenntnis erhielt, vor uns geheim gehalten. In Gegenvorstellungsbesprechung schloß er sich Ansicht der Kollegen an und meinte, seine Regierung werde nicht geneigt sein, sich an gemeinsamer Demarche zu beteiligen, solange nicht serbische Annahme, die nicht erzwungen werden könnte, gesichert sei.

Ich halte es für besser, jedenfalls Rückkehr Milowanowitschs* abzuwarten, der hier einflußreicher und angesehener als die anderen Minister.

Ratibor

---

* Vgl. Nr. 9100, Fußnote.

Nr. 9117

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Gesandten von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 17. November 1908

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir heute vertraulich mitgeteilt, daß die serbischen Umtriebe an der Grenze den Sicherheitsdienst der K. und K. Truppen sehr beschwerlich und anstrengend machten, besonders bei der eintretenden rauheren Jahreszeit.

Die K. und K. Regierung habe sich deshalb zur „unabweislichen Kompletierung der Bestände des 15. Armeekorps entschlossen". Es handle sich ausschließlich um das 15. Armeekorps, lediglich um Erhöhung der sehr schwachen Bestände um einige wenige tausend Mann, keineswegs um eine Mobilisierung. Nach Süddalmatien würden einige Truppenteile vorgeschoben werden.

Irgendwelche andere Bedeutung als Gewährung von Schutz für die Grenzbevölkerung, auf den diese Anspruch habe, käme der Maßregel nicht zu.

Der Botschafter würde dankbar sein, wenn hier etwaigen gegenteiligen alarmierenden Nachrichten, speziell in der Presse, entgegengetreten würde.[1]

Kiderlen

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Fiat!

Nr. 9118

Der Gesandte in Belgrad Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 Belgrad, den 18. November 1908

Nach erhaltener Ermächtigung haben Vertreter der Großmächte Demarche wegen Zurückziehung der Truppen von Grenze und Bandenbildung bei serbischem Ministerpräsidenten gemacht. Ich habe mich angeschlossen.

Zu Punkt 1 erwiderte Ministerpräsident, daß Befehl zur Zurückziehung bereits gegeben und teilweise ausgeführt. In wenigen Tagen würden alle Regimenter in ihren Garnisonen sein; zu Punkt 2, alle Maßregeln seien getroffen, Bandenbildung und Überschreitung der Grenze auch durch einzelne Bewaffnete zu verhindern.

Kleine Detachements bewachten Grenze wegen wiederholter Grenzverletzungen durch Österreicher.

Ministerpräsident übergab allen Gesandten Promemoria mit Anlagen, enthaltend Beschwerden wegen österreichisch-ungarischer Grenzverletzung, Kriegsvorbereitungen und so weiter und Bitte, Vorstellungen in Wien wegen Rechts- und Vertragsverletzung zu erheben. Schriftstücke folgen per Post.

Ratibor

Nr. 9119

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 410 Wien, den 20. November 1908
Geheim

Britischer Geschäftsträger* hat Auftrag seiner Regierung erhalten, sich mit den Vertretern Deutschlands, Rußlands, Frankreichs und Italiens ins Einvernehmen zu setzen wegen Mitteilung der diesen Mächten auf deren jüngste Vorstellungen in Belgrad von der serbischen Regierung erteilten Antwort. Text dieser Antwort hat englischer Geschäftsträger jedem der Vertreter übergeben.

Italienischer und französischer Botschafter haben daraufhin um telegraphische Instruktionen ihrer Regierungen gebeten.

England scheint damit der Sache den Charakter eines Kollektivschrittes der Mächte unter seiner Führung bei der K. und K. Regierung geben zu wollen.

Militärattaché hat heute im Generalstab die Unrichtigkeit der in der serbischen Antwort in betreff der Bildung von Banden abgegebenen Versicherungen festgestellt**.

Tschirschky

---

* L. D. Carnegie.

** In einem Bericht des Militärattachés Graf Kageneck Nr. 69 vom 20. November heißt es darüber:

„Die auf die gemeinsame Demarche der Großmächte in Belgrad erteilte Antwort Serbiens, in der die Regierung die kriegerischen Vorbereitungen und jede Bandenbildung ableugnet, wird im k. und k. Generalstab mit Recht als der Wahrheit hohnsprechend bezeichnet.

Heute zeigte man mir, mit der Bitte strengster Geheimhaltung, im Evidenzbureau eine Skizze, in der nach den letzten Nachrichten die Standorte der serbischen Banden eingezeichnet sind. Von der Drinamündung ab bis einschließlich im Sandschak sind 17 organisierte serbische Banden in der Nähe der österreichischen Grenze festgestellt. Man kennt auch die Namen der meisten Führer. Die Stärke jeder Bande beläuft sich auf 30 Gewehre; Ausrüstung 140 Patronen pro Gewehr, ferner 50 Bomben und einige Kilogramm Dynamit. Einzelne Banden sollen noch nicht fertig ausgerüstet sein."

Nr. 9120

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 413 Wien, den 21. November 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 410*.

Freiherr von Aehrenthal hat von dem Inhalt der serbischen Antwort bereits durch Graf Berchtold Kenntnis oder davon durch Herrn Iswolsky Mitteilung erhalten. Der Minister war von dem „ungehörigen" Ton der serbischen Antwort und besonders von deren Schlußsatz unangenehm berührt, wo es heißt, daß die serbische Regierung strenge Maßregeln ergriffen habe, um die Bildung von Banden zu verhindern, puisqu'il ne voulait pas exposer la population Serbe-Bosnie à la sévérité des mesures répressives et punitives qui seraient sûrement adoptées par l'Autriche-Hongrie en cas de désordres.

Der Minister fügte noch hinzu, er habe keine Veranlassung, sich über die serbische Antwort zu beschweren. Die anderen Mächte würden ja nach dieser Antwort selbst beurteilen können, mit was für Leuten man es in Serbien zu tun habe.

Herzog von Avarna ist mit mir der persönlichen Ansicht, daß kein Anlaß vorliegt, diese serbische Antwort in irgendeiner offiziellen oder sonst besondern Weise der hiesigen Regierung zu übermitteln, wie es England zu wünschen scheine. Durch eine solche Mitteilung würden die betreffenden Mächte eine Art von Garantie für die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben übernehmen, was gewiß zu vermeiden sei. Der Eindruck einer Kollektivdemarche auf Grund der hier als der Wahrheit widersprechend erachteten serbischen Antwort würde von Freiherrn von Aehrenthal sicherlich peinlich empfunden werden.

Tschirschky

Nr. 9121

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann**

Nr. 277 Berlin, den 22. November 1908

Auf Telegramme Nr. 410 und 413***.

Wir machen unter gar keinen Umständen die englische Demarche

* Siehe Nr. 9119.

** Das Konzept ging auf eine gleichlautende Randbemerkung Kiderlens zu Telegramm Nr. 410 aus Wien (siehe Nr. 9119) zurück.

*** Siehe Nr. 9119 und 9120.

mit. Das englische Vorgehen ist ein etwas zu plumpes Manöver, um Österreich-Ungarn das serbische Beschwerde-Memorandum beizubringen*.

Kiderlen

Nr. 9122

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 142 Rom, den 23. November 1908

Bei Besprechung der Haltung von Serbien und Montenegro sagte mir Herr Tittoni, er habe die Regierungen beider Staaten in nicht mißzuverstehender Weise darauf hinweisen lassen, daß sie im Fall eines Friedensbruchs, wie auch immer der Krieg mit Österreich-Ungarn ablaufen würde, auf Hilfe durch Italien nicht rechnen dürfen. Dieselbe Erklärung habe, soviel er wisse, Rußland in Belgrad und in Cetinje abgegeben. Übrigens melde ihm der Gesandte in Belgrad, daß Serbien tatsächlich demobilisiere.

Abgesehen hiervon habe er, Tittoni, ebenso wie Herr[n] Tomanowitsch** auch Herrn Milowanowitsch mündlich die ernstesten Vorhaltungen gemacht. Letzterer hätte allmählich immer mehr Wasser in seinen Wein getan und schließlich erklärt, Serbien würde weiter keine territorialen Ansprüche erheben, wenn nur ein schmaler neutraler Streifen für die zu erbauende Donau-Adria-Bahn reserviert wird. Auf meine Frage, ob von Österreich oder der Türkei, erwiderte Herr Tittoni, die Trace sei noch nicht festgelegt, doch sei die Finanzierung der Eisenbahn jetzt gesichert. Ich erlaubte mir zu entgegnen, daß nach meinen Eindrücken weder das eine noch das andere Land bereit sein würde, zugunsten einer Bahn der Souveränität über einen Streifen Landes zu entsagen. Auch könnte ich mir nicht vorstellen, wie in jenen wilden Gegenden ohne Polizei und militärischen Schutz die Sicherheit einer Bahn zu gewährleisten wäre. Die neutrale Zone würde bald ein Tummelplatz von montenegrinischen, serbischen und albanischen Räubern und Mördern werden. Herr Tittoni entgegnete, diese neutrale Zone sei ja nur ein Gedanke, der zur Diskussion gestellt werden könnte.

Ich möchte annehmen, daß bei den Beratungen über die Transversalbahn dieser Gedanke schon recht greifbare Formen angenommen hat. Möglicherweise denken die Garantiemächte an einen von ihnen gemeinsam auszuübenden Schutz dieser Zone à la Kreta.

Monts

---

* Am 1. Dezember teilte darauf der englische Geschäftsträger in Wien Tschirschky mit, daß seine Regierung den Vorschlag, die serbische Antwort gemeinsam der österreich-ungarischen Regierung zu überreichen, fallen lasse.

** Montenegrinischer Ministerpräsident.

Nr. 9123

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 519 St. Petersburg, den 23. November 1908

Die Frage, wie die öffentliche Meinung Rußlands auf einen Kriegsausbruch zwischen Österreich und Serbien und auf die dann vorauszusehenden täglichen Sensationsnachrichten reagieren würde, beschäftigt viele Köpfe. Der österreichischen Botschaft ist diese Frage eine ausgesprochene Sorge, obschon sie, wie die meisten urteilsfähigen Beurteiler der komplizierten Gemütsspannung der russischen Gesellschaft, zur Ansicht neigt, daß Nüchternheit und die bessere Einsicht der Regierenden und Verantwortlichen die Oberhand behalten werden.

Ich hatte heute eine längere Unterredung mit einem deutsch-russischen Journalisten, welcher die entgegengesetzte Ansicht vertrat, und dessen Verstand wie Landeskenntnis immerhin Anspruch auf Beachtung hat. Derselbe meinte, man verkenne die Situation, wenn man glaube, die hiesige Öffentlichkeit werde eine Niederwerfung der serbischen Balkanstaaten ruhig hinnehmen. Zunächst verstünden die Serben, die im Gegensatz zu den Montenegrinern ein feiges Gesindel seien, eins: Lärm zu machen. Es werde sich nach Kriegsausbruch ein Toben und Gestikulieren der serbischen Agenten und ihrer Helfershelfer erheben wie in einer Karnevalsnacht. Tartarennachrichten würden die slawische Welt durcheilen, und diese werde täglich mit Tränen und Zittern vor ungezählten schuldlosen Opfern germanischer Brutalität und vor ebensoviel Märtyrern slawischer Volksideale stehen. Ob die hiesige Gesellschaft die Nerven haben werde, solcher Spannung zu widerstehen, sei keineswegs sicher. Von der Regierung vollends sei eine erhebliche Einwirkung kaum zu gewärtigen. Herr Iswolsky habe in den Augen des neuen, schwärmerhaften Slawophilismus gänzlich abgewirtschaftet. Er werde vom Hof an einem Faden gehalten. Herr Stolypin sei im Grund auch ein weicher Mann und schmeichele gern den Slawophilen. Der Hof habe keine moralische Autorität einzusetzen. Der große Unterschied mit der Zeit der slawisierenden Verhetzung unter Alexander III. liege aber darin, daß dieser im guten Sinn populäre Herrscher die Stimmung in seiner Hand hatte. Heute komme ein Weiteres hinzu. Die Autokratie von damals habe im Vollgefühl ihrer ausschließlichen Verantwortung gelebt und gehandelt. Den bequemeren Söhnen und Enkeln biete sich ein Ausweg, wie ihn die Mittelmäßigkeit stets anstrebe, und der darin bestehen werde, den größeren Teil der Verantwortung auf die Duma abzuwälzen.

Wie werde sich diese verhalten? Die Rechte stehe bereits heute zum Teil unter dem Bann der slawischen Phrase, welche unter dem Toben des Kriegslärms die Herrschaft der Bobrinsky und Konsorten besiegeln werde.

Sie werde immerhin, auf Grund ihrer besseren Verbindungen und Informationen, wohl nicht gleich Rußland in einen Krieg stürzen wollen. Die Mitglieder der Rechten hätten eine gute Erinnerung an die kaum überstandenen Gefahren der Revolution, vielleicht auch Reste einer traditionellen Hinneigung zu den beiden Kaisermächten. Sie würden aber nicht anders können und wollen, als die russische Regierung zu einer entscheidenden Intervention anzutreiben. Werde Österreich eine solche annehmen? Im jetzigen Moment ernte die Regierung den ganzen Fluch ihrer feigen, opportunistischen Politik: Das große Publikum habe sich, durch den Chorus der Presse verführt, in den Gedanken der Unwiderstehlichkeit des slawischen Machtworts und in den einer gehässigen Feindschaft der germanischen Mächte derart hineingelebt, besser hineingeträumt, daß es in Momenten der Erregung den Gedanken an ein Unterliegen der „slawischen Idee" nicht aufkommen lassen werde. Nüchterne Erinnerung an Zahlen, Tatsachen und Wirklichkeiten kämen in solchen Augenblicken nicht zum Wort. Die Oktobristen seien bereits heute gespalten. Der einzige Mann unter ihnen, der Überblick über Verhältnisse der großen Politik habe, Gutschkow, müsse sich gerade deswegen bereits heute in diesen Fragen eine Resignation auferlegen, die er nicht verlassen dürfe, ohne die Autorität über die Partei aufzugeben. Gutschkow werde allenfalls überschrien werden, falls er es dazu kommen lasse, seine eigene Meinung zu haben. Von den Kadetten und Linken, die aus parteipolitischen Gründen das Land allen Experimenten preiszugeben bereit seien, zu sprechen, erübrige sich.

Die slawische Welt, welcher bereits Bismarck das Epitheton der Weiblichkeit vindiziert, zeichne sich in Momenten der Erregung durch Einmütigkeit aus. Keiner wolle noch könne sich der Suggestion der Masse entziehen. Und die Masse werde die Regierung davontragen, wie einst der Stier die Europa.

Serbien habe den Boden hier langer Hand vorbereitet, sich an 20000 Freiwillige gesichert, die Stimmungen des Hofs und des Publikums genau sondiert und werde, wenn es zum Losschlagen treibe, dies nur in der Überzeugung tun, in Rußland aktive Hülfe zu finden.

Ich habe mir gestattet, Euerer Durchlaucht die obige Gedankenreihe ausführlich vorzutragen, weil manches volkspsychologische Moment für sie spricht. Ich selbst teile ihre Schlußfolgerungen bis jetzt nicht und glaube, daß zahlreiche Umstände, als da sind die Unfertigkeit der Armee, die Besorgnis vor Unruhen, die Lage des Haushalts, der Zustand der Eisenbahnen, das Ruhe- und Organisationsbedürfnis, das Naturell der meisten Minister und des Kaisers, der Respekt vor der österreichischen und der deutschen Kriegsmacht usw., die Friedfertigkeit Rußlands erzwingen werden*. Viel wird wohl auch von den Umständen, vor allem

* Diese Auffassung wurde in Berlin geteilt. Am 30. November ging ein Erlaß des Reichskanzlers nach Wien (siehe Kap. CCII, Nr. 9292), in dem es u. a. hieß: „Nach der ganzen inneren und äußeren Lage Rußlands ist es undenkbar, daß ein verständiger

der Schnelligkeit abhängen, mit der Österreich-Ungarn den Feldzug führen würde.

Ich muß jedoch die Möglichkeit zugeben, daß ein Aufflammen der russischen Volksseele, welche großen und vagen Ideen in einer dem Westen unbekannten Weise zugänglich ist, eine heute vielleicht gültige Prognose morgen umwirft.

F. Pourtalès

Nr. 9124

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 1159 London, den 1. Dezember 1908

Von einem dem General French befreundeten City-Herrn erfahre ich, daß dieser General die Ansicht hat, daß es der englischen Regierung gar nicht so unerwünscht wäre, wenn es über den Balkanfragen zu einem allgemeinen europäischen Krieg käme.

Ein anderer mit Admiral Fisher befreundeter City-Herr behauptet, daß dieser Admiral die gleiche Ansicht ausspreche, nur mit dem Zusatz, daß dann die deutsche Flotte vernichtet werden könne.

Ich gebe diese beiden aus zweiter Hand stammenden Äußerungen zwar wieder, glaube selbst aber vorläufig noch nicht, daß die offiziellen Friedensbeteuerungen der englischen Regierung im Widerspruch zu ihrem inneren Wunsch stehen. Admirale und Generale, deren Handwerk der Krieg ist, nehmen es mit Krieg und Kriegsgefahr mitunter etwas leichter als die für die Politik verantwortlichen Leiter eines Staates. Nach meiner Auffassung wünscht die englische Regierung den Frieden, im Balkan wie auch anderswo. Dagegen verfährt sie in der Wahl ihrer Mittel, um Freundschaften zu erwerben, in diesem Fall die türkische und die russische, nicht immer ganz einwandsfrei.

Metternich

---

und seiner Verantwortung sich bewußter russischer Staatsmann sein Land in einen Krieg stürzen kann. — Es ist daher auch anzunehmen, daß das offizielle Rußland tatsächlich ehrlich blutigen Ereignissen im Orient vorzubeugen sucht, die Rußland in die Lage brächten, entweder in dieselben verwickelt zu werden oder der Niederlage slawischer Brüder ruhig zusehen zu müssen. — Es ist bisher allgemein angenommen worden, daß eine Provokation Serbiens gegen Österreich und seine darauf folgende Bestrafung Rußland nicht zum Losschlagen veranlassen würde. Es liegt dies auch gewiß in der Absicht des offiziellen Rußlands."

Nr. 9125

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 288 Berlin, den 2. Dezember 1908

Serbischer Geschäftsträger teilt mir im Auftrag seiner Regierung mit, es sei dieser aus sicheren Quellen berichtet, daß Österreich-Ungarn Truppenkonzentrationen und Herbeischaffung von Kriegsmaterial an Donau in einem Umfang fortsetze, der befürchten lasse, daß Österreich-Ungarn aggressive Absichten hege, ja sogar Invasion plane. Er habe Auftrag, die Kaiserliche Regierung zu bitten, rasch und intensiv in Wien Schritte zu tun, daß österreichisch-ungarische Truppenverhältnisse an serbischer Grenze wieder früheren Zustand erreichen, da ja Serbien kürzlich auf Vorstellung der Mächte seine Truppen zurückgezogen und Reserven entlassen habe.

Ich habe serbischem Geschäftsträger erwidert, seine Mitteilungen überraschten mich in hohem Grad, da sie mit den uns vorliegenden zuverlässigen Nachrichten nicht in Übereinstimmung zu bringen seien. Übrigens fände ich es nur natürlich, daß Österreich-Ungarn militärische Vorsichtsmaßregeln ergreife, nachdem in Serbien wochenlang in die Kriegstrompete gestoßen und mit größtem Eifer gerüstet worden sei. Wenn Serbien mit dem eben vorgebrachten Anliegen etwa eine Kollektivdemarche der Mächte in Wien anstrebe, so könne ich ihm schon heute erklären, daß wir uns an einer solchen nicht beteiligen würden. Das beste Mittel, Österreich-Ungarn zu beruhigen, sei offene und ehrliche Abrüstung und energisches Auftreten gegenüber den Kriegshetzern.

Der englische Botschafter* sprach mir von derselben Demarche der serbischen Regierung in London, worauf ich ihm die dem serbischen Geschäftsträger erteilte Antwort mit dem Hinzufügen mitteilte, daß mir jede Kollektivdemarche in Wien, worauf es Serbien offenbar anlege, im höchsten Grade bedenklich erscheine.

Ew. pp. wollen vorstehendes in geeigneter Weise zur Kenntnis Baron Aehrenthals bringen.

v. Schoen

Nr. 9126

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 436 Wien, den 3. Dezember 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 288**.

Ich habe heute mit Freiherrn von Aehrenthal den Inhalt obigen

* Sir W. E. Goschen seit 1. November 1908.

** Siehe Nr. 9125.

Telegramms eingehend besprochen. Der Minister war sichtlich sehr angenehm berührt von der Antwort, die der Herr Staatssekretär dem serbischen Geschäftsträger sowie dem englischen Botschafter auf ihre, auf serbische Instigation hin gemachte Mitteilung gegeben hat.

Zur Sache bemerkte Freiherr von Aehrenthal, daß von Truppenkonzentrationen und Herbeischaffung von Kriegsmaterial seitens Österreich-Ungarns an der Donau keine Rede sei. Er brauche auch nicht nochmals hinzuzufügen, daß hier keinerlei aggressive Absichten vorlägen. Er sei überzeugt, daß man dies ebenso gut in Belgrad wie in London wisse, und er teile ganz unsere Ansicht, daß an beiden Stellen nur beabsichtigt sei, eine Kollektivdemarche der Mächte in Wien herbeizuführen. Unsere klare Antwort begrüße er mit besonderer Befriedigung. Ob wir nach Belgrad in sachlicher Beziehung eine Antwort gelangen lassen wollten, müsse er der Kaiserlichen Regierung anheimstellen. Seiner persönlichen Ansicht nach würde aber damit nichts erreicht werden, da man dort ohnehin wisse, wie die Sachen stünden.

Tschirschky

Nr. 9127

*Der österreich-ungarische Minister des Äußern Freiherr von Aehrenthal an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 8. Dezember 1908

pp. Was Serbien anbetrifft, so berichtet Forgách seit einiger Zeit über eine sichtliche Abnahme der Kriegslust. Er ist der Ansicht, daß jetzt auch innere Fragen und Fraktionsgegensätze mehr in den Vordergrund treten und bis zu einem gewissen Grade eine Ablenkung bringen dürften. Dies schließt aber nicht aus, daß die Herren in Belgrad, ob nun die Konferenz zustande kommt oder nicht, doch keinen anderen Ausweg aus der von ihnen selbst geschaffenen Lage zu finden vermeinen werden, als einen Verzweiflungsschritt oder wenigstens eine Wiederholung provokatorischer Handlungen, die uns zu einer Abwehr zwingen müßten. Ich bin nicht ohne Sorge, daß die maßlose Agitation der englischen und russischen Presse sowie insbesondere die Anwesenheit so vieler unberufener Politiker aus England und Rußland in den Balkanländern eine weitere Verwirrung der Köpfe und hieraus entspringende Konflikte zeitigen werden. Sie erwähnen in Ihrem Schreiben vom 30. Oktober** die, wie Sie treffend sagen, „unappetitlichen Zustände in Serbien". Bei diesem Anlasse hatten Sie die Güte zu bemerken, Sie würden die Ent-

* Die übrigen Teile des Aehrenthalschen Schreibens sind abgedruckt in Kap. CCI, Nr. 9243 und Kap. CXCVIII, Nr. 9145.
** Siehe Kap. CXCVI, Nr. 9079.

scheidung, welche bei der Fortdauer solcher unappetitlicher Verhältnisse zu treffen sein wird, meinem Urteile überlassen. Ich kann Ihnen für diesen neuen Beweis freundschaftlichen Vertrauens nur meinen aufrichtigsten und wärmsten Dank aussprechen. Unsere Politik ist auch heute von dem Wunsche geleitet, keinen Konflikt mit Serbien zu suchen. Wir werden unsere bisherige Haltung auch noch in der nächsten Zeit fortsetzen und glauben hiedurch dem allgemeinen Friedensbedürfnisse zu dienen und dem Wunsche nach Zusammentritt der Konferenz Rechnung zu tragen. Wir sind aber nicht gesonnen, diese Politik der Geduld und Langmut in infinitum fortzusetzen. Sollte im Laufe der nächsten zwei Monate die Haltung Serbiens uns wieder Anlaß zu ernsten Beschwerden geben, so wird dann der Zeitpunkt eintreten, wo wir einen entscheidenden Entschluß werden fassen müssen. Sie können versichert sein, verehrter Freund, daß ich Sie hievon rechtzeitig in Kenntnis setzen werde. In einer solchen Eventualität beabsichtige ich, um einer weiteren Ausdehnung des Konfliktes entgegenzuarbeiten, sofort bei den übrigen Mächten die bestimmte Erklärung abzugeben, daß wir bloß einen Akt selbstverständlicher Notwehr vollziehen, im übrigen aber Serbiens und Montenegros Selbständigkeit und territoriale Integrität nicht zu beeinträchtigen beabsichtigen. Ich will hoffen, daß in Verbindung mit dieser Erklärung eine rasche militärische Aktion die Gefahren, von denen ich gesprochen habe, bannen wird. pp.

Aehrenthal

Nr. 9128

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1219 London, den 13. Dezember 1908

Nach Informationen, welche mir von beachtenswerter englischer Regierungsseite zugegangen sind, scheint Serbien geneigt, die Forderungen, von deren Gewährung es seine Zustimmung zur österreichischen Annexionspolitik abhängig machen wollte, erheblich herabzustimmen. Serbien ist, nach meinem Gewährsmanne, geneigt, sich mit Garantien für die Erbauung der Donau-Adria-Bahn zu begnügen, falls durch besondere Stipulationen ihm auf dieser Bahn volle Freiheit für Einfuhr und Ausfuhr gewährt und von Österreich unbeschränkter Transit zugestanden würde.

In hiesigen Regierungskreisen findet der Gedanke, Serbien in die Donaukommission aufzunehmen, wenig Beifall. Das kleine Königreich, so wird argumentiert, habe auf der Donau kein einziges Schiff, während der englische Donauverkehr bedeutend sei.

P. Metternich

Kapitel CXCVIII

Der Österreichisch-Russische Notenwechsel
Das Scheitern des Konferenzplans

Nr. 9129

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1583 Berlin, den 31. Oktober 1908

Herr Iswolsky hat den Wunsch zu erkennen gegeben, daß das Ergebnis unserer Besprechungen über den in London vereinbarten Entwurf* zu einem Konferenzprogramm für die Orientfrage schriftlich fixiert werden möge. Wir haben uns eine Entschließung hierüber vorbehalten, da wir Wert darauf legen, auch in diesem Punkte in vollstem Einvernehmen mit Baron Aehrenthal vorzugehen.

Die diesbezüglichen Vorschläge des Herrn Iswolsky sind uns in Form eines Memorandums zugegangen und hier inzwischen einer Prüfung unterzogen worden, deren Ergebnis auf dem Memorandum in roter Tinte nachgetragen worden ist**. Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei zwei Abdrücke dieses Memorandums*** mit dem Ersuchen zu übersenden, ein Exemplar Baron Aehrenthal vertraulich auszuhändigen und damit die Bitte zu verbinden, tunlichst bald sich zur Sache äußern zu wollen. Über die Antwort des Ministers darf ich einem telegraphischen Bericht entgegensehen.

v. Schoen

Anlage

Russischer Vorschlag

Les Cabinets de St. Pétersbourg et de Berlin reconnaissant que les récents événements sur la Péninsule des Balkans nécessitent la révision d'une partie des stipulations du Traité de Berlin, sont d'accord en principe que cette révision doit se faire par les Puissances signataires du susdit Traité réunies en Conférence (1)†.

Les Cabinets susmentionnés sont également d'accord que les points suivants pourraient être adoptés comme devant faire l'objet de la Conférence (2):

---

* Vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9045.

** Siehe „Deutsche Abänderungen und Zusätze" in der Anlage.

*** Siehe Anlage.

† Die eingeklammerten Ziffern dienen als Hinweis auf die Deutschen Abänderungen und Zusätze im zweiten Teil der Anlage.

1) Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie.

2) Bosnie et Herzégovine.

3) Sandjac de Novibazar.

4) Stipulations de l'article 23 du Traité de Berlin concernant les provinces de la Turquie d'Europe.

5) Article 61, concernant les provinces habitées par les Arméniens.

6) Stipulations de l'article 29, limitant des droits souverains du Monténégro.

7) Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro.

8) Droits des Etats Balkaniques en tant que riverains du Danube.

9) Questions des capitulations et des bureaux de postes étrangers en Turquie.

P. S. La question de la Crète comme étant plus directement du ressort des quatre Puissances Protectrices, ces dernières l'examineront de concert avec la Turquie et en référeront à la Conférence.

Par rapport au point I les Cabinets de St. Pétersbourg et de Berlin sont d'accord que, si les Puissances signataires du Traité de Berlin s'entendent à l'effet de reconnaître le nouvel état de choses proclamé en Bulgarie, les articles 1 à 22 doivent être remplacés par des stipulations qui établissent la reconnaissance de la Bulgarie comme royaume indépendant et déterminent ses obligations financières à l'égard de la Turquie.

Un article spécial pourrait régler la question de chemin de fer surgie dernièrement (3).

Par rapport aux points 2 et 3 les deux Cabinets sont d'accord que si les Puissances signataires du Traité de Berlin s'entendent à l'effet de reconnaître le nouvel état de choses créé en Bosnie et Herzégovine, l'article 25 serait remplacé par un article stipulant l'annexion de la Bosnie et Herzégovine à l'Autriche-Hongrie et la reprise par le Gouvernement Ottoman de la plénitude de son autorité sur le Sandjac de Novibazar (4).

Par rapport au point 4 les deux Cabinets sont d'accord qu' il y aurait lieu de substituer à l'article 23 du Traité de Berlin un article exprimant à peu près l'idée suivante:

„Sa Majesté le Sultan ayant institué spontanément dans son Empire un régime constitutionnel qui établit une égalité parfaite des droits pour tous les sujets ottomans sans distinction de race et de réligion, les stipulations prévues par l'article 23 du Traité de Berlin pour les provinces de la Turquie d'Europe deviendront sans objet dès que les Puissances se seront assurées que des règlements satisfaisants à cette égalité ont été édictés et effectivement appliqués."

Par rapport au point 5 les deux Cabinets sont d'accord que l'article 61 (Arménie) devrait être modifié comme il est dit ci-dessus pour l'article 23.

Par rapport au point 6 les deux Cabinets sont o'aceord que les articles 26 á 33 devraient être fondus en un seul établissant que la Princi-

pauté de Monténégro, dans les limites qui lui ont été assignées par le Traité de Berlin, étant un Etat entièrement indépendant, toutes les restrictions imposées par l'article 29 au libre exercice de sa souveraineté sont et demeurent abrogées (5).

Par rapport au point 7 le Cabinet de St. Pétersbourg estime que dans l'intérêt de la paix future dans les Balkans, l'Autriche-Hongrie pourrait spontanément et dans une pensée d'équité, accorder à la Serbie une rectification de frontière sur la partie du territoire Bosno-Herzégovinien avoisinant le Sandjac de Novibazar. Une rectification de frontière pourrait être aussi accordée au Monténégro (6).

On pourrait aussi accorder à la Serbie et au Monténégro des avantages dans le domaine de leurs intérêts économiques en leur assurant des voies de communication conventionnelles avec le littoral de l'Adriatique (7).

Par rapport au point 8 les deux Cabinets sont d'accord que pour les articles 43 à 57 il y aurait lieu de s'entendre sur la révision du règlement du Danube actuellement en vigueur, en accordant des droits plus considérables aux Etats riverains (8).

Par rapport au point 9 les deux Cabinets sont d'accord qu'une déclaration spéciale pourrait porter que la nouvelle constitution Ottomane prévoyant la réorganisation de la justice et une refonte de la législation en Turquie dans un sens conforme aux principes appliqués dans les autres Etats de l'Europe, les Puissances sont prêtes à étudier, de concert avec le Gouvernement Ottoman, dès qu'il aura réalisé ces réformes, le moyen de substituer au régime des anciennes capitulations des Traités à terme, analogues à ceux qui régissent les rapports des Puissances modernes. Il y aurait lieu d'étudier la possibilité d'abolir les postes étrangères fonctionnant en Turquie.

Par rapport à la Crète les deux Cabinets sont d'accord que si les négociations entre les Puissances Protrectrices et la Turquie amènent à un résultat satisfaisant il n'y aura pas lieu de s'opposer à l'union de la Crète avec la Grèce.

La réserve faite par le Cabinet de Berlin par rapport aux points 2 et 7 n'empêcherait pas le Gouvernement Allemand d'employer tous ses efforts afin de concilier les divergences qui existent sur ces points entre la Russie et l'Autriche-Hongrie (9).

Deutsche Abänderungen und Zusätze

1. Les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg estiment qu'une conférence qui aurait à régler les différentes questions surgies à la suite des récents événements sur la Péninsule des Balkans ne se réunirait utilement qu'après qu'un complet accord sur toutes ces questions aurait été préalablement établi entre les Puissances signataires du Traité de Berlin.

2. Les Cabinets susmentionnés sont d'accord que les points suivants pourraient être adoptés comme devant faire l'objet d'un échange de vues:

3. Zusatz:

Le Gouvernement Allemand ne sera disposé à reconnaître l'indépendance de la Bulgarie qu'après avoir acquis la certitude d'une solution satsfaisante de la question des chemins de fer orientaux et des obligationis financières de la Bulgarie à l'égard de la Turquie.

4. Zusatz:

Le Cabinet de Berlin considère cependant dès à présent l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine comme un fait accompli indiscutable.

5. Cependant l'Allemagne subordonnera son adhésion à celle de l'Autriche-Hongrie.

6. Le Cabinet de Berlin considère cette proposition comme indiscutable.

7. L'Allemagne n'adhérera qu'à les propositions approuvées par l'Autriche-Hongrie.

8. Zusatz:

Les détails de cette révision seraient à stipuler dans une conférence ad hoc.

9. Schlußsatz hätte fortzufallen.

Nr. 9130

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 378 Wien, den 2. November 1908

Unter Bezug auf Erlaß Nr. 1583 vom 31. Oktober*.

Ich habe heute russisches Memorandum und deutsche Zusätze mit Freiherrn von Aehrenthal durchgegangen. Er sagte, er finde auf den ersten Blick gegen unsere Abänderungsvorschläge zu dem Memorandum nichts einzuwenden und könne nur nochmals dafür danken, daß die Kaiserliche Regierung sich in allen zweifelhaften Punkten so loyal und entschieden auf den Standpunkt österreichischer Regierung stelle. Definitive Antwort behalte er sich für allernächste Zeit vor.

Zu unserem Zusatz zu Punkt 1 bemerkte der Minister noch ausdrücklich, daß er nach wie vor ganz mit uns darüber einverstanden sei, daß von einer Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens erst nach zufriedenstellender Lösung der Eisenbahnfrage die Rede sein könne. Er hätte in diesem Sinne auch dem französischen Botschafter** gegenüber sehr bestimmt gesprochen.

Freiherr von Aehrenthal hatte durch Herrn von Szögyény bereits die Aufzeichnung über unseren Standpunkt zur Frage des Konferenzprogramms erhalten, die ihm vom Herrn Staatssekretär übergeben worden war. Desgleichen hatte er von Graf Berchtold Mitteilung, daß Graf von Pourtalès ein Memorandum an Herrn Iswolsky übermittelt hat.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 9129.

** Crozier.

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 505 St. Petersburg, den 14. November 1908

Auftragsgemäß habe ich Herrn Iswolsky ein Exemplar des seine Vorschläge für ein Konferenzprogramm enthaltenden Memorandum* mit den Abänderungen und Zusätzen der Kaiserlichen Regierung übergeben. Bei Entgegennahme dieses Schriftstückes betonte der Minister, er nehme an, sich im Einverständnis mit Euerer Durchlaucht zu befinden, wenn er diesen Gedankenaustausch als einen ganz vertraulich zwischen beiden Regierungen gepflogenen ansehe[1]. Herr Iswolsky bemerkte dann, daß er vom Wiener Kabinett noch kein Wort über dessen Stellungnahme zu dem auch dorthin mitgeteilten, in London vereinbarten Entwurf zu dem Konferenzprogramm vernommen habe. Wenn er auch keinen Zweifel darüber habe, daß in den beiden Hauptpunkten: bezüglich der Annexion und der Kompensationsfrage, auf einen ablehnenden Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung gerechnet werden müsse, so sei ihm eine direkte Äußerung in dieser Beziehung österreichisch-ungarischerseits noch nicht zugegangen[2]. Er frage sich, was Baron Aehrenthal mit dieser Verzögerung bezwecke.

Auf die Schwierigkeiten übergehend, welche sich aus der zu erwartenden Stellungnahme Österreich-Ungarns und aus unserem Standpunkt zu dem Programmentwurf ergeben würden, meinte der Minister, man dürfe nicht aus dem Auge verlieren, daß bei dem gegenwärtigen vertraulichen und vorbereitenden Gedankenaustausch die Mächte noch keineswegs in die Lage kämen, offiziell zu den Hauptfragen, wegen welcher der Konferenzgedanke aufgetaucht sei, Stellung zu nehmen[3]. Auch wenn die Vorberatungen für ein Konferenzprogramm zu keiner Einigung führten, so würden die Kabinette doch nicht darum herumkommen, sich zu der Frage der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina, beziehungsweise durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens erfolgten Verletzung von Artikeln des Berliner Vertrages zu äußern. Der Minister schien andeuten zu wollen, daß Rußland nach den gegenwärtig noch im Gang befindlichen vertraulichen Pourparlers offiziell Schritte bei den einzelnen Kabinetten tun würde, um diese zu einer offiziellen Stellungnahme zu der bosnischen Frage zu veranlassen. Wie sich der Minister die weitere Entwickelung der Dinge denkt, ging aus seinen Äußerungen nicht ganz klar hervor, er wollte auch offenbar vermeiden,

* Siehe Nr. 9129.

seine Gedanken in eine zu präzise Form zu kleiden. Was ihm vorschwebt, ging aber deutlich aus der Äußerung hervor: „Man wird ja sehen, ob Rußland mit seiner Auffassung allein dasteht, daß ein durch einen internationalen Vertrag geschaffener Zustand nicht von einer Macht allein zu ihren Gunsten umgestoßen werden kann."

Die Eventualität eines Nichtzustandekommens der Konferenz scheint, wie aus den Äußerungen des Herrn Iswolsky und des Herrn Stolypin hervorgeht, zurzeit in den Bereich der Erwägungen der leitenden Persönlichkeiten gezogen zu werden. Die panslawistischen und serbischen Kreise arbeiten offen darauf hin, die Konferenz scheitern zu lassen, um auf diese Weise zu erreichen, daß die Frage der Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina eine offene bleibt. Ihre Hoffnungen gründen sich darauf, daß Rußland, welches durch die Macht der Verhältnisse jetzt zu einer mehr oder minder passiven Rolle verurteilt ist, in einigen Jahren in der Lage sein wird, den Serben in einer wirksameren Weise zu helfen als jetzt. Als ich neulich mit dem serbischen Gesandten*, mit dem ich persönlich auf sehr gutem Fuße stehe, die Lage besprach, gab dieser ganz deutlich zu verstehen, daß, wenn Serbien die verlangten territorialen Kompensationen nicht erhalten könne, es vor allem auf ein Offenlassen der bosnischen Frage Wert legen müsse. Solange die Annexion nicht von allen Mächten anerkannt sei, bleibe immer noch Hoffnung auf Erfüllung der serbischen Wünsche. Wer könne wissen, wie in fünf oder zehn Jahren die Lage Europas aussehen werde? „Das heißt also soviel", warf ich ein, „daß Sie Ihre Hoffnung auf eine allgemeine europäische Konflagration setzen?" Der Gesandte antwortete auf diese Frage nur mit einem Achselzucken. Auf meine weitere Bemerkung, daß mir in einer solchen Politik eine große Gefahr nicht nur für den europäischen Frieden, sondern noch viel mehr für die Existenz Serbiens zu liegen scheine, gab der Gesandte dies vollkommen zu, er fügte aber hinzu, die Stimmung in Serbien sei derartig erregt, daß, falls jetzt mit oder ohne Konferenz die Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannt würde und die „berechtigten" Wünsche Serbiens auf Kompensationen dabei keine Berücksichtigung fänden, seine Landsleute, so toll dieses Unternehmen, wie er vollkommen einsehe, auch sei, sich schwer davon abhalten lassen würden, zur Selbsthilfe zu greifen.

F. Pourtalès

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Gewiß

[2] Warum solche Eile?

[3] Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett erscheinen ungefährlicher und aussichtsvoller als eine Konferenz ohne vorhergegangene völlige und wörtliche Einigung unter den Kabinetten.

---

* D. Popowitsch.

Nr. 9132

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 17. November 1908

Graf Benckendorff, der mit seinem Großfürsten, dem Bruder des Zaren, vorige Woche in Sandringham war, besuchte mich heute und erzählte mir ganz privatim und vertraulich einiges über seine Eindrücke. Dem König sei das „Daily Telegraph"-Interview** zwar höchst unerwünscht gewesen, die Debatten im Reichstage hätten ihn aber ernst gestimmt, das monarchische Gefühl habe sich in ihm geregt, und er habe geäußert, daß die Angriffe zu weit gingen.

Der König sei hoch erfreut und befriedigt über die glückliche Lösung des Zwischenfalles von Casablanca***.

Das Verhältnis zwischen unserm allergnädigsten Herrn und dem Zaren sei seit Reval auch nicht mehr besonders. Obschon Graf Osten-Sacken die Unterhaltung Seiner Majestät des Kaisers mit ihm in Wiesbaden† nur sehr abgeschwächt wiedergegeben habe, so sei der Zar darüber doch sehr verstimmt, da es ihm gänzlich fern gelegen habe, mit England gegen uns Politik zu machen, weder in Reval, wo die Engländer sich weit besorgter um Persien als um den Orient gezeigt hätten, noch hier durch Iswolsky sei im geringsten antideutsche Politik getrieben worden. König Eduard sei sogar einer der ersten gewesen, die darauf aufmerksam gemacht hätten, daß Deutschland über die Balkanverhandlungen ins Vertrauen gezogen werden müsse, damit selbst der Schein einer antideutschen Politik vermieden werde. Die Betonung unsererseits des „eisernen Ringes", der um Deutschland gezogen werden solle, gebe erst der englisch-russischen Verständigung den Anschein antideutscher Richtung.

Herr Iswolsky habe in Berlin eine ziemlich kühle Aufnahme gefunden, so meinte Graf Benckendorff. Ich erwiderte, dies stimme keineswegs mit meinen Nachrichten überein. Selbstverständlich könnten wir aber serbische Aspirationen nicht unterstützen. Hierauf habe auch Herr Iswolsky nicht ernstlich gezählt, antwortete der Botschafter. Die proserbische Agitation in Rußland beunruhigte ihn augenscheinlich. Die russisch-panslawistische Idee ist ihm schon deshalb unsympathisch, weil er sich keiner Täuschung darüber hingibt, daß es mit ihrem Erstarken ihm, dem Deutschen, wohl mit zuerst an den Kragen gehen würde. Auch der Zerfall mit Österreich, und infolgedessen bis zu einem gewissen Grade mit uns, ist ihm nicht erwünscht. Die Freundschaft mit England liegt ihm aber näher.

---

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 86ff.
** Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXVIII.
*** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXX.
† Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8802, S. 444, nebst Fußnote * und **, ferner Nr. 8808, S. 456.

Ich sagte ihm unter anderm, auf politische Dankbarkeit dürfe man bekanntlich nicht zählen. Sonst würden wir enttäuscht sein müssen über die Haltung Rußlands, dem wir während des letzten Krieges bis zur äußersten Grenze der Neutralität die Stange gehalten hätten. In keinem Lande werde ohne alle Veranlassung so auf uns geschimpft wie in Rußland, wobei seinem hiesigen Preßfreunde (Wesselitzky) die Palme gebühre. Alle Vereinbarungen und Abmachungen der letzten Zeit würden hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte beleuchtet, daß sie dazu dienten, die Macht Deutschlands zu lähmen. Wir könnten es ertragen. Ob dies aber auch für Rußland nützlich sei, erscheine mir fraglich. —

Über Lord Roseberys ernste Befürchtungen, daß das Interview in der nordamerikanischen Revue doch noch das Tageslicht erblicken könne*, habe ich Ihnen schon berichtet. (Die hiesige „Morning Post" besitzt ein Exemplar.)

Er summiert Englands Haltung richtig dahin:

Die türkophile Politik wird von der Zustimmung der gesamten Nation getragen. Die Freude an der jungen Türkei ist tief, aufrichtig und allgemein. Zudem im Interesse Englands begründet, schon allein im Hinblick auf die muhamedanischen Untertanen.

Die Annäherung an Rußland liegt nur an der Oberfläche, ist lediglich von der Politik künstlich erzeugt und hat keine Wurzeln im Volke. Ein geringer Anlaß mag sie auseinandertreiben, die öffentliche Meinung Englands sich dagegenstellen und die Regierung zwingen, von ihrer russophilen Haltung abzulassen.

Die Verblendung für Frankreich sei dagegen allgemein, in allen Schichten der Bevölkerung eingewurzelt und geeignet, die englische Politik zu den gefährlichsten Konsequenzen zu treiben. Hätte der Zwischenfall von Casablanca, der mit Englands Interessen gar nichts zu tun habe, zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland geführt, so sei gar nicht abzusehen gewesen, wohin die hiesige, für Frankreich blind eingenommene öffentliche Meinung die Regierung getrieben hätte. Werde England in einen deutsch-französischen Krieg hineingezogen, so könne es noch dazu kommen, daß England, um Frieden zu schließen, einen Teil der von uns den Franzosen auferlegten Kriegsschuld übernehmen müsse.

Sir Edward Grey sei ein tüchtiger Minister. Er leide aber an dem Fehler, daß er alles vom französischen Standpunkt betrachte.

---

* Bei dem von Lord Rosebery angezogenen Interview handelt es sich um ein Gespräch, das der Kaiser bei den Kieler Regatten mit dem amerikanischen Journalisten Hale gehabt hatte, und das nach Vorankündigungen in der Presse im Dezemberheft des „Century Magazine" erscheinen sollte. Es gelang mit vieler Mühe, hier das Erscheinen zu verhindern; doch brachten verschiedene amerikanische und englische Zeitungen Bruchstücke, und Lord Rosebery fürchtete weitere Enthüllungen. Vgl. auch Otto Hammann, Um den Kaiser, S. 111 ff.

Ich hatte gestern und vorgestern auf dem Lande Gelegenheit, sehr eingehende Gespräche mit dem Nachfolger von Tweedmouth, dem Ersten Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, führen zu können, worüber ich amtlich berichten werde*. Ich berührte auch das Thema, daß die Hoffnung auf englische Unterstützung unter Umständen eine aggressive Stimmung in Frankreich ermutigen könne. Der Minister führte zum Beweise des Gegenteils Sir John Fisher als klassischen Zeugen an. Dieser habe ihm, was mir gerade von diesem Admiral wohl unerwartet komme, die Ansicht ausgesprochen, daß die Franzosen im Falle eines Krieges mit uns die englische Hülfe, die ihnen zu Lande nichts nützen könne, nicht nur nicht wünschten, sondern sogar fürchteten. Denn wenn sie geschlagen würden, so würden sie außer ihrer eigenen Kriegsentschädigung auch noch die für die Vernichtung des deutschen Seehandels durch England an uns zu zahlen haben.

Sir John Fisher scheint demnach, wenn auch nicht zu den gleichen, so doch zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie Lord Rosebery zu gelangen.

Mr. M'Kenna, der die deutschen Rüstungen zur See in Übereinstimmung mit allen seinen Landsleuten als eine ernste Gefahr für England betrachtet, erklärte mir, daß trotzdem ein englischer Angriffskrieg auf Deutschland niemals unternommen werden würde.

Ihre und die Erklärungen sämtlicher Parteien im Reichstage, daß in Deutschland keine feindlichen Gefühle gegen England beständen**, haben für den Augenblick hier unstreitig eine beruhigende Wirkung ausgeübt.

Es unterliegt bei mir aber keinem Zweifel, daß eine dauernde, innere Heilung der Beziehungen zwischen beiden Völkern infolge unseres Flottenprogramms vorläufig ausgeschlossen ist. Die Spannung wird vielmehr zunehmen. Hierüber besteht in England nur eine Meinung. Auch bei denen, die eine Annäherung wünschen würden.

P. Metternich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Gelesen (2/XII) 08 W.

Nr. 9133

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 2020 — Berlin, den 21. November 1908
Ganz vertraulich — [abgegangen am 22. November]

Auf den Bericht Nr. 505 vom 14. d. Mts.***

In voller Übereinstimmung mit Herrn Iswolsky betrachte ich die in Berlin gepflogenen Besprechungen seines Programms für eine eventuelle Konferenz als einen ganz vertraulichen Gedankenaustausch zwischen

* Siehe Bd. XXVIII, Kap. CCXX, Nr. 10232.
** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVIII, Nr. 8262, Fußnote ***.
*** Siehe Nr. 9131.

beiden Regierungen. Für eine entsprechende Behandlung seines Memorandums und der von uns dazu vorgeschlagenen Abänderungen und Zusätze ist hier von vornherein Sorge getragen worden.

Daß Herr Iswolsky mit einem ablehnenden Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung in der Annexions- und Kompensationsfrage rechnen muß, unterliegt keinem Zweifel. Es ist mir daher nicht ganz verständlich, weshalb er solche Eile hat, die direkte Äußerung Baron Aehrenthals zur Sache zu erhalten. Übrigens dürfte die Antwort des Wiener Kabinetts inzwischen der dortigen Regierung zugegangen sein.

Die offene Stellungnahme der panslawistischen und serbischen Kreise gegen die Konferenz ist bemerkenswert. Daß sie der dortigen Regierung nicht gleichgültig sein kann, liegt auf der Hand. Es erscheint daher durchaus begreiflich, daß die Begeisterung des Herrn Iswolsky für den Konferenzgedanken nachgelassen hat. Wenn Herr Iswolsky bereits die Möglichkeit ins Auge gefaßt hat, daß die Vorberatungen für ein Konferenzprogramm zu keiner Einigung führen, so wird er sich andererseits der Einsicht nicht verschließen können, daß eine Einigung über das Programm die wesentlichste Voraussetzung für die Konferenz bildet. Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett erscheinen nach wie vor ungefährlicher und aussichtsvoller als eine Konferenz ohne vorhergegangene völlige und wirkliche Einigung unter den Kabinetten über sämtliche Fragen.

Bülow

Nr. 9134

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 308 St. Petersburg, den 24. November 1908

Wie mir Graf Berchtold mitteilt, hat ihm Iswolsky Erwiderung auf Äußerung des Wiener Kabinetts zum bekannten Programmentwurf für Konferenz übergeben. Wiener Äußerung* enthielt in entgegenkommender

* Die vom 14. November datierte Wiener Antwort auf das englisch-russisch-französische Konferenzprogramm st von der österreich-ungarischen Regierung erst gegen Ende des Jahres, zusammen mit ihrem Aide-mémoire vom 23. Dezember 1908 (siehe Nr. 9166) zur Kenntnis des Berliner Kabinetts gebracht worden. Sie ist nicht im österreich-ungarischen Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina 1908—1909, abgedruckt, doch erhellt ihr Inhalt aus einem offiziösen Communiqué vom 29. Dezember (abgedruckt im österreich-ungarischen Rotbuch a. a. O. S. 61ff., ferner in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 300). Das Wiener Kabinett erklärte in der Note, daß eine Balkankonferenz nur in dem Falle mit Nutzen zusammentreten könne, wenn ihr eine Verständigung der Signatarmächte voraufginge. Bezüglich Bosniens, der Herzegowina und des Sandschak konzedierte die österreichische Regierung, daß diese Fragen in das Konferenz-

Form ablehnenden Standpunkt Österreich-Ungarns bezüglich Diskussion der Annexion sowie der Kompensationen. In russischer Erwiderung wird nunmehr Wiener Kabinett gefragt, ob es bereit sei, in Konferenzfrage dem von Rußland gelegentlich Pontuskonferenz von 1871 gegebenen Beispiel zu folgen und dadurch dem damals anerkannten völkerrechtlichen Grundsatz, daß keine Macht sich von Verpflichtungen eines Vertrags ohne Zustimmung der Mitkontrahenten lossagen könne, Rechnung zu tragen. Iswolsky hat meinem österreichisch-ungarischen Kollegen angekündigt, daß er eine auf die gegenwärtigen russisch-österreichischen Verhandlungen bezügliche Veröffentlichung* beabsichtige.

Pourtalès

Nr. 9135

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 348 Wien, den 25. November 1908
Ganz vertraulich

Freiherr von Aehrenthal erzählte mir heute, aus den Berichten des Grafen Berchtold gehe hervor, daß Herr Iswolsky bei seiner Rückkehr nach St. Petersburg einen Krieg mit Österreich ernstlich in Erwägung gezogen hätte. Er habe sich deshalb mit dem russischen Generalstab in Verbindung gesetzt, und dieser habe sich dahin ausgesprochen, daß die Chancen für Rußland in einem Kriege allein mit Österreich nicht ungünstig ständen. Wenn auch die Reorganisation der russischen Armee noch nicht durchgeführt sei, so gäbe doch die numerische Überzahl der Kombattanten auf russischer Seite dieser ein Übergewicht. Müsse aber mit einer Beteiligung Deutschlands am Kriege gerechnet werden, so sei ein Unterliegen Rußlands fraglos. pp.**

Tschirschky

---

programm aufgenommen werden sollten, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Ausdehnung der Souveränitätsrechte Kaiser Franz Josephs auf Bosnien und die Herzegowina, sowie die Räumung des Sandschak nicht mehr Gegenstand der Diskussion sein dürften. Weiter wurde in der Note bemerkt, daß die Regierung über diese Fragen mit der Pforte zu einer Einigung zu gelangen hoffe, die dann von der Konferenz zu bestätigen wäre. Die russische Erwiderung vom 9./22. November auf die österreich-ungarische Note akzeptierte den österreichischen Standpunkt in Ansehung der Notwendigkeit von Vorverhandlungen vor Zusammentritt der Konferenz, wollte jedoch der Konferenz das Recht gewahrt sehen, die verschiedenen Fragen, einschließlich der Annexion Bosniens, in voller Freiheit zu diskutieren. Vgl. auch Nr. 9139.

* Sie erfolgte in dem oben erwähnten Communiqué vom 29. Dezember.

** Der Schluß des Berichts betrifft das Verhalten der Iren in ihrer Rückwirkung auf England.

Nr. 9136

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 520 St. Petersburg, den 24. November 1908
Vertraulich [abgegangen am 25. November]

Herr Iswolsky hat mit seiner Konferenzpolitik hier nur wenige zufriedengestellt. Die Panslawisten und Serbenfreunde wollen von einer Konferenz nichts wissen, weil sie fürchten, daß eine solche schließlich zu einer Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina führen würde, was sie gerade verhindern wollen. Die gemäßigten, friedlich gesinnten Elemente, wie sie in Reichsratkreisen und auch zum großen Teil in der Duma zu finden sind, wünschen den Konferenzgedanken möglichst bald begraben zu sehen, weil sie sich von einer Weiterführung der Vorverhandlungen eine Überbrückung der zwischen Rußland und Österreich-Ungarn bestehenden Gegensätze nicht zu versprechen vermögen. Auch in Kreisen der Regierung scheint mir, wie ich aus dem Munde des Herrn Stolypin und des Finanzministers Kokowzow selbst gehört habe, die Ansicht immer mehr an Boden zu gewinnen, daß die Verfolgung der Konferenzidee nur dazu beitrage, die Gemüter weiter zu beunruhigen, daß es daher besser und für die Erhaltung des Friedens weniger gefährlich sei, selbst mit geringer Aussicht auf eine baldige Einigung die Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett weiter zu führen. Ich glaube mich auch nicht zu täuschen, wenn ich aus einigen Bemerkungen der beiden genannten Minister herausgehört habe, daß sie den Konferenzgedanken von vornherein für keinen sehr glücklichen gehalten haben.

Herr Iswolsky ist wohl der einzige, welcher die Konferenz noch nicht offen aufgegeben hat, was begreiflich ist, nachdem er einer der Urheber dieses Gedankens gewesen ist und sich für seine Verwirklichung sehr ins Zeug gelegt hat.

Es scheint auch, daß es ihm gelungen ist, seinen kaiserlichen Herrn davon zu überzeugen, daß die von ihm befolgte Politik die richtige gewesen ist. Er hat dabei an den loyalen Charakter des Zaren appelliert, sich als von Baron Aehrenthal in schmählicher Weise hintergangen, unsere Politik aber als unstet, unzuverlässig und momentan ganz im Schlepptau Österreich-Ungarns befindlich hingestellt. Das einzige, was Rußland jetzt tun könne, so stelle ich mir vor, wird der Minister zum Zaren gesprochen haben, sei zunächst die Fahne des internationalen Rechts hochzuhalten und an den von allen Großmächten anerkannten völkerrechtlichen Grundsatz, daß internationale Verträge nur mit Zustimmung aller Mitkontrahenten abgeändert werden können, zu erinnern.

Rußland, so rechnet Herr Iswolsky, wird bei Anrufung dieses Prinzips alle Mächte bis auf Österreich-Ungarn und Deutschland auf seiner Seite haben, und Österreich-Ungarn wird, indem es diesem Prinzip entgegentritt, in eklatanter Weise ins Unrecht gesetzt werden. Ich glaube kaum, daß Herr Iswolsky sich mit der Hoffnung trägt, durch dieses Verfahren noch einen erfolgreichen Druck auf die österreichisch-ungarische Regierung auszuüben, um deren Zustimmung zur Diskussion der Annexionsfrage in der Konferenz zu erlangen, ich halte vielmehr die Aufforderung an das Wiener Kabinett, zu dem erwähnten völkerrechtlichen Grundsatz Stellung zu nehmen, für nichts anderes als für die Deckung des Rückzuges der russischen Politik aus der Konferenzsackgasse. Herr Iswolsky wird auf diese Weise die persönliche Genugtuung erlangen, daß die Mehrzahl der Mächte sich in rein theoretischer Weise auf seinen Standpunkt stellt, praktisch wird er allerdings nichts anderes erreichen als eine Zunahme der Erregung in Serbien und in hiesigen panslawistischen Kreisen. Er wird dadurch die Schwierigkeiten seiner Stellung für die Zukunft nicht vermindern, da es gewiß nicht in seiner Absicht liegt, sich durch jene Kreise fortreißen zu lassen. Momentan braucht er aber den panslawistischen Entrüstungssturm, um gegen seinen verhaßten Gegner Aehrenthal einen Streich zu führen und seine Politik vor dem Zaren und vor seinen Ministerkollegen zu rechtfertigen.

Es fehlt nicht an besonnenen Elementen, welche diese nicht ungefährliche Politik des Herrn Iswolsky, bei der persönliche Momente vielleicht die Hauptrolle spielen, durchschauen und über dieselbe bedenklich den Kopf schütteln. Vorläufig hat der Minister aber, nach allem was ich höre, den Kaiser noch hinter sich.

Bei vertraulichen Gesprächen, die ich in der letzten Zeit mit Persönlichkeiten aus Regierungs- und anderen Kreisen geführt habe, und bei denen auch das Bedauern jener Kreise darüber zum Ausdruck kam, daß unsere Haltung in der vorliegenden Frage die russisch-deutschen Beziehungen ungünstig beeinflusse, habe ich keinen Anstand genommen, es als besonders bedauerlich zu bezeichnen, daß Herr Iswolsky, indem er uns nötigte, zu einem mit seinen englischen und französischen Freunden vereinbarten, für unseren Verbündeten unannehmbaren Konferenzprogramm Stellung zu nehmen, uns die Möglichkeit entzogen hat, zwischen dem russischen und dem österreichisch-ungarischen Standpunkt zu vermitteln. Daß wir im Prinzip einer solchen Vermittelung keineswegs abgeneigt wären, hätten wir noch in diesem Frühjahr in der Angelegenheit der Donau-Adria-Bahn gezeigt.

F. Pourtalès

Nr. 9137

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 25. November 1908

Euere Durchlaucht wollen mir gestatten, meiner heutigen amtlichen Berichterstattung noch einige Worte hinzuzufügen.

Herr Iswolsky ist seit seiner Rückkehr von seiner Rundreise, die in Berlin ihren Abschluß fand, außerordentlich verstimmt. Er hat jetzt viermal hintereinander den wöchentlichen Empfang der Diplomaten abgesagt und zeigt sich auch wenig in der Gesellschaft. Man findet ihn allgemein mürrisch und präokkupiert. Zum großen Teil richtet sich seine Verstimmung gegen Deutschland. Der Minister spricht hier viel von der ihm in Berlin zuteil gewordenen kühlen Aufnahme. Vor allem hat es ihn gekränkt, daß Seine Majestät der Kaiser im Gespräch mit ihm die Politik nicht berührt hat*. Ich habe manche Anzeichen dafür, daß er auch beim Kaiser Nikolaus gegen uns gehetzt hat, jedenfalls weiß ich bestimmt, daß sich der Zar augenblicklich in keiner günstigen Stimmung für uns befindet. Iswolsky wird, daran ist wohl nicht zu zweifeln, das viel besprochene Kaiser-Interview** gegen uns verwertet haben, um dem Kaiser zu beweisen, daß die Unzuverlässigkeit unserer Politik die stärkere Anlehnung Rußlands an England rechtfertigt und nötig macht. In der Führung dieses Beweises wird der Minister wohl wirksam von meinem englischen Kollegen*** unterstützt worden sein, welcher — schon zum zweiten Male nach seiner im August erfolgten Rückkehr aus Urlaub — vor kurzem, und zwar nach den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph", wieder eine lange Audienz beim Zaren gehabt hat.

Unter diesen Umständen wird es sich fragen, ob nicht von unserer Seite irgend etwas geschehen muß, um dieser auf Untergrabung des Vertrauens zur deutschen Politik gerichteten Minierarbeit beim Zaren entgegenzuwirken.

Vielleicht ist es zu irgend welchen Schritten in dieser Beziehung noch etwas zu früh, und wird es sich empfehlen, zunächst die Wirkungen des Interviews etwas verblassen zu lassen. Ich möchte aber gehorsamst zur Erwägung stellen, ob es nicht in einiger Zeit ratsam erscheinen möchte, einen geeigneten Anlaß zu ergreifen, um den Zaren über unsere Politik aufzuklären. Ob dies durch mich in einer auf allerhöchsten Befehl zu erbittenden Audienz zu geschehen haben würde, muß ich höherem Er-

---

* Vgl. dazu Kap. CXCVI, Nr. 9061.

** Gemeint ist die „Daily Telegraph"-Affäre. Vgl. darüber Bd. XXIV, Kap. CLXXVIII.

*** Sir A. Nicolson.

messen anheimstellen. In diesem Falle würde ich vorschlagen, daß mir ein bestimmter politischer Auftrag erteilt würde, damit nicht etwa Herr Iswolsky den Zaren veranlaßt, auch mir gegenüber politische Themata zu vermeiden.

Die Aufklärung des Zaren über unsere Politik würde ich mir etwa in dem Sinne denken, daß Seiner Majestät in offener und loyaler Weise die Gründe dargelegt würden, welche uns genötigt haben, uns den von Herrn Iswolsky in Berlin geäußerten Wünschen gegenüber ablehnend zu verhalten. Die Loyalität gegen den Verbündeten ist eine Note, für deren Klang Kaiser Nikolaus Verständnis hat.

Falls Euere Durchlaucht damit einverstanden sind, könnte vielleicht auch der Gedanke verwertet werden, daß, da wir erst mit der Frage der Konferenz befaßt worden sind, nachdem in London und Paris ein für unseren Verbündeten unannehmbares Programm vereinbart worden war, es uns vollends unmöglich war, den auf eine Demütigung Österreich-Ungarns abzielenden Zumutungen Rußlands Folge zu geben. Im Prinzip würden wir keineswegs von vornherein abgeneigt gewesen sein, Rußland im Sinne einer Vermittelung zwischen seinem und dem österreichischen Standpunkt Dienste zu leisten, im vorliegenden Falle und in dem Stadium, in welchem die Frage an uns herangetreten sei, wäre dies aber unmöglich gewesen. Vielleicht würde es auch von Euerer Durchlaucht als der Situation entsprechend erachtet werden, wenn der Zar bei dieser Gelegenheit auf den Ernst der Lage auf der Balkanhalbinsel und auf die aus dieser Lage sich ergebenden, den Frieden Europas bedrohenden Gefahren hingewiesen und Seiner Majestät dabei in allgemeinen Worten die Zusicherung erteilt würde, daß der Zar stets auf die Mitwirkung unseres allergnädigsten Herrn und allerhöchstseiner Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens rechnen könne.

Jedenfalls scheint es mir geboten, daß in einiger Zeit etwas geschieht, um den gegen uns gerichteten Verhetzungsversuchen unserer Gegner und wohl jetzt auch des Herrn Iswolsky entgegenzuarbeiten*.

F. Pourtalès

---

* Auf die Anregungen des Pourtalèsschen Privatschreibens hin wurde vom Auswärtigen Amt erwogen, ob es nicht zweckmäßig sein würde, daß der Kaiser sich direkt mit einem Briefe an den Zaren wende. Indessen sah man von diesem Gedanken ab, als Graf Pourtalès meldete, daß der Militärbevollmächtigte am russischen Hofe Kapitän z. S. von Hintze demnächst Gelegenheit haben werde, den Zaren zu sprechen. Durch einen geheimen Erlaß vom 30. November (Nr. 2063) wurde Graf Pourtalès darüber verständigt, welche Sprache v. Hintze bei dieser Gelegenheit gegebenenfalls führen solle. Die Audienz fand indessen erst am 12. Dezember statt. Vgl. darüber Kap. CXCIX, Nr. 9183.

Nr. 9138

*Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Konstantinopel von Miquel**

Reinschrift

Pera, den 27. November 1908

Als ich mich vor einigen Tagen von Herrn Iswolsky verabschiedete, gab letzterer dem Gespräche eine politische Wendung und legte hierbei soviel Unmut gegen Deutschland an den Tag, daß ich glaube, einen Teil der langen Unterhaltung aufzeichnen zu sollen, obwohl die gleichen Argumente gegen unsere Politik schon öfters von russischer Seite vorgebracht worden sind.

Der Herr Minister ging gleich in medias res mit der Bemerkung, es sei gar nicht abzusehen, ob und wann die österreichisch-russischen Verhandlungen so weit gedeihen würden, daß die unumgänglich notwendige Konferenz zustande käme, und zwar eine solche, auf der auch die bosnische Frage erörtert würde. Eine Konferenz ohne die Beratung hierüber sei eine Beleidigung Rußlands. „Uns war es nicht erlaubt, Separatverträge zu schließen, und Österreich-Ungarn soll alles erlaubt sein! Dies ist zweierlei Maß und warum? Bloß weil Deutschland von vornherein alles billigt, was Österreich tut. Wer garantiert, daß Baron Aehrenthal nicht noch weiter geht? Ihren Beistand hat er ja schon zweimal gehabt, — Sandschak — Bosnien. Dies habe ich in Berlin gehört, und Graf Pourtalès hat es mir bestätigt, daß Deutschland ganz hinter Österreich steht. Die bisherige Antwort Österreichs lautet gar nicht zufriedenstellend. Am meisten fürchte ich aber ein energisches Vorgehen Österreichs gegen Serbien**; jeder andere österreichische Minister würde vor einem so gewagten Schritt zurückschrecken, aber bei dem Baron Aehrenthal bin ich auf alles gefaßt."

Meinen Einwand, daß Baron Aehrenthal schon deswegen keinen Angriff gegen Serbien unternehmen werde, weil er nichts dabei zu gewinnen habe und nach seiner ganzen Vergangenheit offenbar alles zu vermeiden geneigt sei, was zu einem dauernden Bruch zwischen Österreich-Ungarn und Rußland führen müsse, sowie meine Behauptung, daß lediglich die Serben aggressiv seien, wollte Herr Iswolsky durchaus nicht gelten lassen. Er sprach vielmehr zweimal von österreichischen agents provocateurs, die in Serbien zu unbedachten Schritten aufreizten.

Der Hinweis auf die früheren Pläne des Freiherrn von Aehrenthal, Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland eng aneinander zu schließen,

---

* Der bisherige erste Sekretär bei der Botschaft in Petersburg von Miquel war Anfang November 1908 in gleicher Eigenschaft an die Botschaft in Konstantinopel versetzt. Die obige Aufzeichnung ging mit Bericht Nr. 302 des Botschafters Freiherrn von Marschall nach Berlin.

** Vgl. dazu Kap. CXCVII.

brachte Herrn Iswolsky auf das deutsch-russische Verhältnis. Ich bin überzeugt, daß der Herr Minister sehr wohl weiß, warum wir ihm gegenüber jetzt eine kühlere Haltung bewahren. Um so mehr fühlt er das Bedürfnis, nachzuweisen, daß er gänzlich mißverstanden worden sei. Hierbei wurde er ungewöhnlich scharf:

„Ich weiß sehr wohl, alles mögliche wird mir in Berlin vorgeworfen. Ganz unbegreiflich ist es mir, wie man immer Reval in den Vordergrund stellen kann. Wir haben dort nichts ausgemacht, was gegen Deutschlands Interesse sein könnte, wie ich dies denn auch bekanntgegeben habe, — oder wollen Sie etwa der Presse mehr Glauben schenken als der russischen Regierung? Ich kann also keine Verhandlungen mit England über asiatische Fragen mehr führen? Wir dürfen wohl nicht mehr Fürstlichkeiten bei uns empfangen, die ihren Gegenbesuch ohnehin ziemlich spät machen? Überdies, war Rußland etwa einem freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland abgeneigt, haben wir den Rückversicherungsvertrag gekündigt oder Deutschland?"

Da Herr Iswolsky augenscheinlich mit seinem Empfang in Berlin wenig zufrieden war und den die Einverleibung Bosniens betreffenden Passus des deutschen Memorandums* äußerst kategorisch fand, so habe ich auf seine Ausführungen verhältnismäßig wenig geantwortet, zumal ich den Abschiedsbesuch bei dem sehr gereizten Herrn Minister nicht allzu unfreundlich gestalten wollte. Gleichwohl habe ich in meinen Erwiderungen einen wesentlichen Punkt zur Sprache gebracht, nämlich die allgemeine Interpretation der englisch-russischen Annäherung als Mittel zur Niederhaltung Deutschlands und die methodischen Verleumdungen der besten russischen Zeitungen gegen unsere Politik, zu welchen die russische Regierung bedauerlicherweise keine Stellung genommen habe. Herr Iswolsky kam darauf auf frühere Angriffe des Herrn Schiemann gegen ihn zu sprechen und entschuldigte die russische Presse innerhalb ihrer jetzigen liberalen Periode mit dem Deutschland nun einmal anhaftenden Rufe eines reaktionären Staates. Es ist unnötig zu sagen, daß diese Deduktion zwar einen Kern von Berechtigung besitzt, andrerseits aber nicht entfernt als ausreichende Erklärung angesehen werden darf. Ich habe deshalb nochmals auf die bevorzugte Stellung des Londoner Korrespondenten „Argus"** innerhalb der russischen Beamtenwelt hingewiesen. — Daß sich auch einige russische Diplomaten über die etwaigen Folgen der Preßhetzen Gedanken gemacht haben, beweist ein mir von einem russischen Botschaftsrat vertraulich gezeigter Brief eines russischen Gesandten, in welchem es wörtlich heißt: „Seit einigen Tagen bin ich in St. Petersburg, wo eine scharfe Kampagne gegen Deutschland vor sich geht; ich wundere mich darüber, daß unsere Regierung so gar nichts dagegen tut."

---

* Vgl. Nr. 9129, Anlage.
** Wesselitzky.

Schließlich meinte Herr Iswolsky, er sei sich nicht nur keiner feindlichen Haltung gegen Deutschland bewußt, sondern habe Beweise seiner Sympathien gegeben. Obwohl zum Beispiel das Interview im „Daily Telegraph" Anlaß zu Richtigstellungen durch die russische Regierung geboten hätte, habe er geschwiegen, weil er nichts gegen Deutschland und nichts gegen das monarchische Prinzip tun wolle.

Aus der ganzen Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Herr Iswolsky jetzt noch keinen Ausweg aus der Sackgasse sieht, daß er die ganze Bedeutung des von ihm zum Teil verschuldeten geschlossenen Zusammenhaltens Österreichs und Deutschlands erkennt, und daß er sich durch seine Freundschaft mit England und Frankreich (auf letzteres legte er besonderen Nachdruck) zu trösten sucht, wobei ihn jedoch einige Zweifel darüber befallen, ob er den richtigen Weg gewählt hat. Rußland im Gegensatz zu Deutschland und Österreich-Ungarn, diesen großen zentraleuropäischen Mächten, hat einen schweren politischen Stand.

Miquel

Nr. 9139

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 227 Berlin, den 29. November 1908
Vertraulich

Herr von Tschirschky meldet:*

„Über die kürzlich hier eingetroffene russische Antwort in der Frage des Konferenzprogramms** sagte mir Freiherr von Aehrenthal folgendes:

Nach Ton und Inhalt dieser Antwort müsse er annehmen, daß Rußland keinen Wert mehr auf das Zustandekommen der Konferenz lege. Iswolsky scheine unter englischem Einfluß wieder einmal seine Meinung gänzlich geändert zu haben; denn wenn es bisher geschienen hätte, als wolle er an der Anbahnung einer Verständigung zwischen Österreich und Rußland mitarbeiten, werde diese durch die neueste russische Antwortnote in weite Ferne gerückt.

Anfangs führe die Note zwar aus, es herrsche Einverständnis zwischen Rußland und Österreich darüber, daß die Konferenz erst zusammentreten könne, wenn über l'étendue et le contenu des Programms volle Übereinstimmung herrsche, dann aber betone Iswolsky — im Widerspruch hiermit —, Rußland müsse sich in bezug auf die Diskussion aller, auch der bosnischen Frage volle Freiheit vorbehalten. Weiter enthalte die

* Telegramm Nr. 420 vom 25. November 1908.
** Vom 22. November: vgl. Nr. 9134, Fußnote.

Note unter Berufung auf den Londoner Vertrag von 1871 noch einen langen Exkurs über die Notwendigkeit der Wahrung des Prinzips, daß internationale Verträge nur auf internationalem Wege abgeändert werden dürften. Über die anderen Punkte des Programms äußert sich die russische Note überhaupt nicht.

Iswolsky habe ferner die Absicht ausgesprochen, diesen Standpunkt der russischen Regierung in einem Communiqué zum Ausdruck zu bringen. Danach scheine es, als wolle sich der russische Minister absichtlich öffentlich in dieser Beziehung festlegen. Er, Freiherr von Aehrenthal, habe in Petersburg gegen die Idee des Communiqués dringend warnen lassen, weil er dadurch auch seinerseits zu einer öffentlichen Darlegung der einschlägigen Verhältnisse genötigt werden würde — ein Schritt, den er im Einverständnis mit Euerer Durchlaucht nur in der letzten Notwendigkeit tun wolle.

Freiherr von Aehrenthal wiederholte, daß er sich die Haltung Iswolskys nur so erklären könne, daß er sich vor Erteilung dieser Antwort völlig dem Diktat Englands unterworfen habe. Warum Iswolsky plötzlich keine Konferenz mehr wolle, wisse er, Freiherr von Aehrenthal, nicht."

Euere Exzellenz bitte ich, ohne selbst die Initiative zu ergreifen, Herrn Iswolsky gegenüber bei einer oder mehreren sich bietenden Gelegenheiten, namentlich wenn der Minister auf seine Antwort an Baron Aehrenthal zu sprechen kommt, folgende Gedanken zu verwerten.

Die vorliegenden Nachrichten lassen keinen Zweifel darüber, daß England, nachdem es wegen seiner öffentlichen Meinung Rußland eine Satisfaktion in der Dardanellenfrage verweigert und aus demselben Grunde Rußland in Persien zum Nachgeben veranlaßt hat, nunmehr in Konstantinopel hetzt und eine türkisch-österreichische Verständigung hintertreiben will*. Die Engländer, wir und jedermann müssen sich sagen, daß ein absolutes Scheitern der türkisch-österreichischen Verhandlungen, das eine Konferenz unmöglich machte, sehr wahrscheinlich zu kriegerischen Verwickelungen führen würde. Die offenkundige Bestärkung der Türken in ihrer Hartnäckigkeit durch England zeige also klar dessen Ziele. Wenn Herr Iswolsky sich auch seinerseits dem österreichischen Wunsch auf Nichtdiskussion der bosnischen Frage widersetzt, so schließt er sich dem Spiel derer an, die eine friedliche Verständigung zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn hintertreiben und es zu kriegerischen Ereignissen kommen lassen wollen. Es ist ja Sache Herrn Iswolskys zu beurteilen, ob es für seine und Rußlands Stellung zuträglicher ist, wenn die bosnische Frage zu blutigen Konflikten führt, als wenn sie durch eine friedliche Verständigung gelöst wird. Im ersteren Falle würde für Rußland ruhiges Zusehen noch schwieriger sein, als im letzteren Falle die Anerkennung der gegebenen Verhältnisse. Ob aber Herrn Iswolsky gerade mit Rücksicht auf die innere Lage Rußlands ein

* Vgl. dazu Kap. CCI.

Krieg im gegenwärtigen Moment erwünscht sein könnte, erscheint zweifelhaft. Es dürfte sich namentlich fragen, ob die Monarchie zurzeit stark genug ist, die russischen Garden an die Grenze zu schicken.

Bülow

Nr. 9140

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 319 St. Petersburg, den 30. November 1908
Vertraulich

Antwort auf Telegramm Nr. 227 vom 29. November*.

Bei meiner letzten Unterredung mit Iswolsky fand ich denselben erheblich zurückhaltender mir gegenüber als bisher. Auf ein Gespräch über gegenwärtigen Stand der russisch-österreichischen Verhandlungen ging er nicht gern näher ein. Er beschränkte sich auf einige kurz von mir in Bericht Nr. 524 vom 25. d. Mts.** wiedergegebene Äußerungen. Der Ton des Ministers ist neuerdings verbittert und fast trotzig. Ich bezweifele, daß er mir von sich aus so bald Gelegenheit geben wird, mich im Sinne Euerer Durchlaucht Weisungen zu äußern. Falls er daher nächsten Diplomatenempfang Mittwoch wieder absagt, bitte ich um Weisung, ob ich mich ermächtigt halten soll, die Initiative zu einer Unterredung behufs Verwertung Euerer Durchlaucht Telegramms Nr. 227 zu ergreifen.***

Als ich neulich den Minister auf die aus der Zuspitzung des russisch-österreichischen Gegensatzes sich ergebenden wachsenden Gefahren hinwies, bestritt er diese Gefahren nicht und bemerkte nur, er sei es nicht, der sie heraufbeschworen habe. Ich halte es für nicht unwahrscheinlich, daß Iswolsky, der, von englischer Seite geschoben, gegenwärtig eine Politik der üblen Laune führt, mir jetzt eine ähnliche Antwort erteilt; es könnte daher, falls nicht unvorgesehen Umstände eintreten und

---

* Siehe Nr. 9139.

** Nach Bericht Nr. 524 vom 25. November hatte sich Iswolsky dahin ausgelassen, Österreich-Ungarn werde sich nunmehr offiziell darüber äußern müssen, wie es sich zu den, gerade vom Wiener Kabinett gelegentlich der Pontuskonferenz besonders warm vertretenen völkerrechtlichen Grundsätzen stelle. Auf Graf Pourtalès' Bemerkung, ein Aufgeben des bisherigen Standpunkts seitens des Wiener Kabinetts scheine nicht sehr wahrscheinlich, erwiderte Iswolsky: „Dann werden sich die anderen Mächte zu äußern haben," und auf Graf Pourtalès' weitere Frage: „Und dann?" gab der Minister zu, es werde allerdings dann vielleicht gar nicht zur Konferenz kommen!

*** Durch Telegramm Nr. 232 vom 1. Dezember wurde Graf Pourtalès verständigt, daß ruhiges Abwarten einer von Iswolsky gebotenen Gelegenheit angezeigt erscheine. Ausdrücklich wurde der Botschafter ermahnt, sich gegebenenfalls gegenüber Iswolsky, der zurzeit offenbar etwas nervös sei, eines ruhigen und freundschaftlichen Tones zu bedienen.

Euere Durchlaucht nicht auf eine möglichst baldige Einwirkung auf Iswolsky Wert legen, in Frage kommen, zunächst etwa für die nächsten acht Tage keine neue Aussprache mit dem Minister, dessen Stimmung wohl wesentlich von dem weiteren Fortgang seiner Verhandlungen mit Österreich-Ungarn abhängen wird, zu suchen. Sollte sich dann Iswolsky bei einer Aussprache im Sinne der Weisungen Euerer Durchlaucht, bei welchen ich durchaus freundschaftlichen Ton anschlagen würde, noch abweisend verhalten, so dürfte der Zeitpunkt heranrücken, wo dem Zaren und Stolypin die Augen über die Gefahren der jetzigen russischen Politik zu öffnen sein würden. Vielleicht ist man auch bis dahin einer vermittelnden Formel für Lösung der Spannung näher gekommen.

Pourtalès

Nr. 9141

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 362 Wien, den 30. November 1908

Ganz vertraulich

Ich habe heute dem Freiherrn von Aehrenthal vertraulich von dem Inhalte des hohen Erlasses Nr. 1761 vom 28. d. Mts.* Kenntnis gegeben. Der Minister sprach seinen verbindlichsten Dank aus für die Mitteilung über die Stimmung in Rußland und speziell am russischen Hofe und bemerkte, unsere Eindrücke deckten sich durchaus mit dem, was er aus Petersburg höre. Herr Iswolsky scheine allerdings mit vielem Erfolge für sich gearbeitet zu haben, denn wie ihm berichtet werde, spreche Kaiser Nikolaus nur mehr von dem „pauvre Iswolsky".

Der Minister ist mit Euerer Durchlaucht gleicher Ansicht darüber, daß gegen diese Lügenkampagne des Herrn Iswolsky energisch vorgegangen werden müsse, weil besonders mit Rücksicht auf den Charakter des Kaisers Nikolaus, der ein feines Gefühl für Loyalität und Geradheit habe, das Märchen von der ränkevollen und heimtückischen Politik Österreichs großes Unheil anrichten könne. Er habe deshalb die Absicht, auf zwei Wegen vorzugehen, um die Wahrheit über die Lage an den Kaiser heranzubringen. Morgen werde Graf Berchtold in Audienz vom Kaiser empfangen, um Seiner Majestät eine Jubiläumsmedaille zu überreichen. Der Botschafter habe die Instruktion, dabei alles zu versuchen, um ein politisches Gespräch zu provozieren und dem Kaiser eingehend die wahre Sachlage unter Berufung auf die früher von Rußland eingegangenen Verpflichtungen in bezug auf Bosnien und die Herzegowina

* Erlaß Nr. 1761 vom 28. November hatte angeregt, ob nicht vielleicht der Zeitpunkt gekommen sei, durch eine amtliche Darstellung der Vorgeschichte der bosnischen Annexion der Iswolskyschen Version entgegenzutreten.

auseinanderzusetzen. Allerdings habe Graf Berchtold bei seinen vielen guten Eigenschaften vielleicht nicht genügende Festigkeit, um dem Kaiser gegenüber, der sicherlich wieder trachten werde, politischen Auseinandersetzungen auszuweichen, seinen Willen zur Geltung zu bringen. Doch hoffe er, daß der Graf angesichts seiner sehr dringenden Instruktionen die nötige Energie entwickeln werde.

Als zweiten Weg, um Herrn Iswolsky das Lügenhandwerk zu legen und womöglich die Wahrheit an den Kaiser heranzubringen, gedenke er die Antwortnote zu benutzen, die er im Laufe dieser Woche auf die letzte russische Note zum Konferenzprogramm nach Petersburg richten werde. Er werde darin etwa folgendes sagen: Wenn Herr Iswolsky unter Berufung auf den Londoner Vertrag von 1871 daran festhalte, daß jede Änderung, die an den Bestimmungen des Berliner Vertrages vorgenommen worden sei, der freien Diskussion auf der Konferenz vorbehalten werden müßte, so würde daraus folgen, daß auch die Frage wegen der Befestigung Batums zur Erörterung gestellt werden müsse. Und weiter, wenn Herr Iswolsky für seinen Standpunkt sich auf frühere Verträge bezöge, so würde ihm — Baron Aehrenthal — nichts anderes übrig bleiben, als sich gleichfalls auf all die Abmachungen vor und während des Berliner Vertrags zu berufen und diese damit der Öffentlichkeit zu übergeben. Er werde dann auch die übrigen Mächte von der seitens des russischen Ministers im vergangenen Sommer ergriffenen Initiative in der bosnischen Frage* und seinen bezüglichen Anerbietungen in Kenntnis zu setzen haben.

Baron Aehrenthal bemerkte weiter, er sei sich noch nicht ganz klar darüber, auf welche Weise er, ohne die Lage zwischen Wien und Petersburg unnütz zu verschärfen, die auch ihm notwendig erscheinende öffentliche Darlegung der einschlägigen Tatsachen vornehmen solle. Er denke daran, den Herrn Iswolsky wissen zu lassen, vielleicht gleich im Text der Note selbst, daß er diese seine Antwort den übrigen Kabinetten mitteilen werde für den Fall, daß Rußland auf seinem Standpunkt bezüglich der freien Diskussion der Annexion auf der Konferenz beharre. Auf diesem Wege würde dann die Publikation wohl von selbst erfolgen, da eine solche allen Mächten gemachte Mitteilung sicherlich ihren Weg in die Presse finden werde. Nötigenfalls könne man dann auch je nach Bedarf nachhelfen. Oder aber er könne Herrn Iswolsky sagen lassen, daß er die Zeit für die gemeinsam verabredete „Indiskretion" für gekommen erachte und mit Rücksicht darauf, daß er — Iswolsky — in dieser Sache nichts wieder von sich habe hören lassen, genötigt sei, auf eigene Faust allein vorzugehen. Er werde sich. wie gesagt, in den nächsten Tagen bei Absendung der Note nach Petersburg über diese Frage schlüssig machen und mir dann sofort zur Mitteilung an Euere Durchlaucht von seinem Entschlusse Kenntnis geben.

von Tschirschky

---

* Vgl. dazu Kap. CXCVI, Nr. 9055, Anlage I.

Nr. 9142

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 326 St. Petersburg, den 4. Dezember 1908

Wie ich höre, ist hier die Ansicht weit verbreitet, daß kriegerische Verwickelungen, in die Rußland hineingezogen werden könnte, nicht zu befürchten seien, weil Österreich-Ungarn und Deutschland es gegenüber einer Koalition von Rußland, England, Frankreich, Italien, Türkei und Balkanstaaten nicht zum äußersten kommen lassen würden. Diese Ansicht wird anscheinend von meinem englischen Kollegen unterstützt, welcher Herrn Iswolsky ganz in der Hand hat, ihn zu seiner Einschüchterungspolitik antreibt und auch sonst, wofür ich bestimmte Anhaltspunkte habe, hier mehr denn je schürt und hetzt*.

Hie und da beginnen sich Anzeichen von Mißtrauen gegen die englische Politik zu zeigen. Meines Erachtens werden wir aber zur Verstärkung dieses Mißtrauens hier nur mit äußerster Vorsicht, womöglich gestützt auf unanfechtbare Beweise, erfolgreich beitragen können.

Pourtalès

Nr. 9143

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 371 Wien, den 5. Dezember 1908

Über die augenblicklichen Stimmungen in Petersburg erfahre ich von meist sehr gut unterrichteter Seite nachstehendes:

„Trotz der starken Pression, welche England und seine russischen Freunde hier ausüben, lehnt der Zar noch immer den Gedanken eines europäischen Konfliktes und insbesondere eines Konfliktes mit Österreich-Ungarn und Deutschland entschieden ab.

* Der gleichen Auffassung, daß Iswolsky nur eine Einschüchterungspolitik treibe, huldigte auch Fürst Bülow. Bei der Weitergabe des obigen Telegramms nach Wien durch Erlaß Nr. 1815 vom 6. Dezember bemerkte er: „Ich bin nicht geneigt, die Situation im allgemeinen pessimistisch zu beurteilen, ich glaube aber doch, daß es sich empfiehlt, daß Baron Aehrenthal sich baldmöglichst mit der Türkei verständigt und auch Bulgariens, womöglich auch Rumäniens sich sichert. Wirkliche Gefahr droht Österreich-Ungarn im Falle einer Konflagration ja nur von russischer Seite. Übrigens bin ich überzeugt, daß die Gegner Österreich-Ungarns den Krieg nicht wirklich wollen, daß sie es vielmehr darauf anlegen, ein game of bluff und der Einschüchterung zu treiben und Österreich-Ungarn und damit gleichzeitig auch uns diplomatisch zu demütigen."

Hierin wird er von den leitenden militärischen Kreisen in der nachdrücklichsten Weise unterstützt, nachdem es für diese ein förmliches Axiom ist, daß Rußland sich in keinerlei Aktion einlassen darf, bevor nicht die Rekonstruktion von Heer und Flotte vollständig durchgeführt ist.

Man darf sich durch die taktischen Manöver und den journalistischen Lärm der Engländer und ihrer russischen Freunde nicht täuschen lassen. Die Gereiztheiten, die man in Wien Rußland gegenüber zu erkennen gibt, sind daher vielleicht nicht recht angebracht. Auch daß Baron Aehrenthal seinen Tscharykow nach Japan schickt*, wurde hier sehr bemerkt.

Die Engländer und ihre Agenten in Rußland sind weder mit Iswolsky in Petersburg noch mit Sinowiew in Konstantinopel zufrieden. Aber wiewohl sie seit geraumer Zeit einen beharrlichen Kampf hinter den Kulissen und in der Presse führen, um diese beiden Persönlichkeiten von ihren Posten hinwegzuschieben, ist ihnen dies bis jetzt noch nicht gelungen.

Der Zar denkt überaus ernst über die Solidarität der monarchischen Interessen, und insbesondere glaubt er, daß ihn mit den Höfen von Berlin und Wien eine starke Solidarität gegenüber den revolutionären Strömungen sowie gegenüber den Gefahren der Polenbewegung verbindet.

In diesen Momenten liegt der Schlüssel zu der hiesigen Situation. Die Mission Paschitschs** war hier in dem Augenblick verspielt, wo er den Fehler begangen hatte, den Sukkurs der revolutionären Parteien anzurufen, und die Kadetten und die anderen bei Hof verpönten Gruppen sich für die serbische Sache zu begeistern begannen."

von Tschirschky

Nr. 9144

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 441 Wien, den 8. Dezember 1908
[aufgegeben am 9. Dezember]

Antwort auf russische Note, betreffend Konferenzprogramm, geht heute nach Petersburg ab und wird übermorgen — zusammen mit der russischen Note — im Wortlaut an Szögyényi gesandt werden***. Bezüg-

* Der bisherige Erste Sektionschef Freiherr von Call war zum Botschafter in Tokio ernannt worden.

** Vgl. dazu Kap. CXCVII.

*** Näheres über das österreich-ungarische Aide-mémoire vom 8. Dezember 1908 erhellt aus dem Communiqué vom 29. Dezember. (Österreich-ungarisches Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina, S. 63f.). Dort heißt es über das Aide-mémoire: „In dem Aide-mémoire vom 8. Dezember 1908 bestätigt das Wiener Kabinett die Übereinstimmung der Regierungen von Wien und Petersburg bezüglich der Notwendigkeit der Vorverhandlungen und folgert daraus, daß das russische Kabinett ebenso wie das Wiener bestrebt sei, die Konferenz vor

lich des Punktes 2 sagt die Antwort: Ainsi pour ce qui est du point 2 du programme „Bosnie et Herzégovine" le Cabinet de St. Pétersbourg sera certainement disposé à limiter la discussion de façon à ne pas remettre en question le fait de l'annexion de ces provinces. Une paraille attitude du Gouvernement Impérial nous paraît d'autant moins douteuse que l'éventualité de l'annexion avait été prévue et acceptée dans divers traités antérieurs conclus entre les deux empires. Dans les pourparlers tout récents dont le Cabinet de St. Pétersbourg avait pris l'initiative, celui-ci s'est montré prêt à s'engager d'observer une attitude amicale par rapport à l'annexion, en échange d'une attitude analogue du Cabinet de Vienne dans une question intéressant la Russie.

Weiter wird . . .*, daß, wenn Rußland sich auf die Prinzipien der Londoner Konferenz bezöge, so könnte Österreich dem entgegenstellen, daß Rußland ohne vorherige Entente mit den anderen Mächten die Bestimmung des Artikels 59 des Berliner Vertrags, betreffend Bahnen**, einseitig abgeändert habe.

Zum Schluß wird Hoffnung ausgesprochen, Rußland werde en appréciant les considérations qui précèdent, faire connaître au Gouvernement Impérial et Royal son avis sur les points importants du programme de la conférence.

Die österreichische Antwort zu Punkt 2 enthält meines Erachtens eine wertvolle Konzession an den russischen Standpunkt, indem die Diskussion an sich nicht mehr zurückgewiesen, sondern nur gefordert wird, daß durch dieselbe die Annexion selbst nicht wieder in Frage gestellte werde.

Tschirschky

---

den Gefahren zu schützen, die sich aus einer auf derselben zutage tretenden Meinungsverschiedenheit ergeben könnten. Dieser von den beiden Kabinetten ins Auge gefaßte Zweck bilde ein europäisches Interesse und könne nach Auffassung des Wiener Kabinetts nur in sehr unvollkommener Weise erreicht werden, wenn sich die vorangehende Verständigung unter den Mächten auf die Aufzählung der Programmpunkte beschränken würde. Der Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten müßte vielmehr auch auf das Wesen wenigstens der wichtigsten Punkte des Programms ausgedehnt werden und würde auf diese Weise hoffentlich zur Vereinbarung gewisser Formeln führen, dazu bestimmt, die Diskussion in genau umschriebenen Grenzen zu halten. So würde zum Beispiel die russische Regierung gewiß geneigt sein, die Diskussion über Bosnien und die Herzegowina so zu begrenzen, daß die Tatsache der Annexion nicht in Frage gestellt werde. Eine solche Haltung der kaiserlichen Regierung erscheint dem österreichisch-ungarischen Kabinett um so weniger zweifelhaft, als die Eventualität der Annexion in mehreren früheren zwischen den beiden Reichen getroffenen Abmachungen vorgesehen war. — Durch diesen modus procedendi würden die Arbeiten der Konferenz wesentlich erleichtert und die Schwierigkeiten beseitigt werden, die entstehen müßten, wenn man der Diskussion der verschiedenen Punkte völlig freien Lauf ließe. Das Wiener Kabinett hofft, daß sich die kaiserliche Regierung von demselben Geiste der Versöhnlichkeit leiten lassen und ihre Auffassungen über die wichtigsten Programmpunkte der k. und k. Regierung bekanntgeben werde."

* Zifferngruppe fehlt.

** Zweifellos falsche Zifferngruppe. Es muß heißen; „Batum".

Nr. 9145

*Der österreich-ungarische Minister des Äußern Freiherr von Aehrenthal an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 8. Dezember 1908

Durch Herrn von Tschirschky und Szögyényi stehen wir in fortlaufendem Gedankenaustausche, auf Grund dessen ich mit Befriedigung konstatiere, daß wir uns in allen Haupt- und Nebenfragen der gegenwärtigen politischen Verwicklung in vollster Übereinstimmung befinden. Nichtsdestoweniger lege ich großen Wert auf die Aufrechterhaltung unserer direkten Korrespondenz, die mir, von ihrem praktischen Werte ganz abgesehen, zu einem wirklichen persönlichen Bedürfnis geworden ist.

Ich will nunmehr auf den sehr interessanten Inhalt Ihres Schreibens vom 30. Oktober** zurückkommen, für welches ich Ihnen gleich nach dessen Empfang durch Herrn von Tschirschky meinen wärmsten Dank abstatten ließ.

Zunächst will ich meine lebhafte Freude und Befriedigung für die im Schreiben aufgenommene Wiederholung der Zusicherung aussprechen, daß Deutschland in der bosnischen Frage fest zu Österreich-Ungarn steht. Sie haben die so wertvolle Erklärung über die bundesfreundliche Haltung des Deutschen Reiches noch durch die weitere wichtige Mitteilung verstärkt, daß Sie sich weder durch die Besorgnis des Herrn Clemenceau noch durch etwaige russische Maßnahmen an der deutschen Ostgrenze beeinflussen lassen werden.

Seit dem Besuche Herrn Iswolskys in Berlin hat der Konferenzgedanke sozusagen keinen Fortschritt gemacht. Das Kabinett von St. Petersburg hat sich darauf beschränkt, uns die Konferenzpunkte ohne nähere Erörterung mitzuteilen. Wir haben darauf die Ihnen bekannte Antwort erteilt. Herr Iswolsky hat unsere Stellungnahme zum Konferenzprogramm mit einer seinen persönlichen Gefühlen angepaßten sophistischen und sehr zugespitzten Argumentation beantwortet. In seinem betreffenden Aide-mémoire, das Szögyényi Ihnen mit unserer Antwort übergeben wird***, konstatiert Iswolsky zunächst die Notwendigkeit eines Einvernehmens über alle Punkte des Konferenzprogrammes. Im unmittelbaren Anschlusse hieran und im Widerspruche mit diesem Gedanken verlangt er vollkommene Diskussionsfreiheit bei der Erörterung der bosnischen Frage. Dieser An-

---

* Es werden hier nur diejenigen Teile des Aehrenthalschen Schreibens mitgeteilt, die den Zwiespalt mit Iswolsky und die etwaige Rückwirkung der Krise auf den Dreibund, insbesondere das Verhältnis zu Italien, betreffen. Die ausgelassenen Teile des Schreibens, die die österreichischen Beziehungen zur Türkei und zu Serbien behandeln, sind abgedruckt in Kap. CCI, Nr. 9243 und Kap. CXCVII, Nr. 9127.

** Siehe Kap. CXCVI, Nr. 9079.

*** Vgl. Nr. 9134, Fußnote und Nr. 9144, Fußnote ***.

spruch wird durch eine sehr ausführliche Berufung auf das Londoner Protokoll vom Jahre 1871 zu erhärten gesucht.

In Übereinstimmung mit Ihrer Auffassung habe ich es nicht für nötig gehalten, eine besondere Eile bei der Beantwortung des russischen Memoires an den Tag zu legen. Unser Standpunkt ist unverändert derselbe, daß wir eine Konferenz nur dann akzeptieren können, wenn über alle Punkte ein vorgängiges Einvernehmen zwischen den Mächten hergestellt sein wird, mit anderen Worten, wenn der Erörterung im Schoße der Konferenz im vorhinein gewisse feste Grenzen durch Aufstellung entsprechender Formeln gezogen werden. Ich habe es für nötig gefunden, Herrn Iswolsky darauf aufmerksam zu machen, daß eine uneingeschränkte Diskussion auch für Rußland nicht genehm sein und jedenfalls nicht die Garantie für eine rasche und befriedigende Lösung der der Konferenz zugewiesenen Aufgabe bieten könnte. Infolge des hartnäckig gegen uns betriebenen türkischen Boykottes* hat die frühere Niedergeschlagenheit Iswolskys einer zuversichtlichen, direkt unfreundlichen Haltung uns gegenüber Platz gemacht. Ich gebe mich daher keiner Illusion über die Aufnahme hin, welche mein jüngstes Memoire bei dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands finden wird, wiewohl aus Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten in London und Paris gefolgert werden kann, daß diese beiden Kabinette hinsichtlich der Sicherung des Konferenzgedankens durch Aufstellung entsprechender, vorher zu vereinbarender Formeln beinahe auf demselben Standpunkte stehen wie wir.

Mit Rücksicht auf die aufgewühlte Stimmung an der Newa und die uns direkt feindliche Persönlichkeit Herrn Iswolskys schien es mir dringend erwünscht, mich über die Dispositionen Kaiser Nikolaus' zu vergewissern. Graf Berchtold erhielt den Auftrag, gelegentlich der Überreichung des Jubiläumskreuzes gegenüber dem Kaiser die gegenwärtige politische Situation zu berühren. Der höchste Herr ging bereitwilligst darauf ein und, wie Sie der mitfolgenden brieflichen Relation des Botschafters** entnehmen werden, die ich Sie durch Szögyényi mir gelegentlich zurückzustellen bitte, lauteten die Zusicherungen des Kaisers recht befriedigend. Die Frage ist nur, ob die geringe Festigkeit Kaiser Nikolaus', der gewiß von guten Intentionen für uns beseelt ist, gegenüber den perfiden Ausstreuungen seines Ministers des Äußern und gegenüber dem Geschrei der panslawistischen Presse standhalten wird. Zum Zwecke der vollständigen Aufklärung Kaiser Nikolaus' und auch um auf gewisse, nicht sehr freundschaftliche Hinweise zu reflektieren, welche in höchstdessen Schreiben nach der Notifikation der Annexion Bosniens enthalten waren, hat sich mein allergnädigster Herr entschlossen, ein längeres, sehr freundschaftlich gehaltenes, aber zugleich unseren Standpunkt in bestimmter Weise betonendes Schreiben nach Petersburg zu richten. Von diesem Schreiben möchte ich mir einen gewissen Effekt auf die weitere Haltung der russischen

* Vgl. dazu Kap. CCI.

** Hier nicht abgedruckt.

Regierung im Sinne eines Entgegenkommens erwarten. Aus diesem Grunde habe ich bisher von den Waffen, die mir zur Verfügung stehen, um die verlogene Politik Herrn Iswolskys zu entlarven, so gut wie keinen oder doch nur einen sehr diskreten Gebrauch gemacht. Ich glaube, daß diese Zurückhaltung politisch vollständig motiviert ist durch die Rücksichtnahme auf die fernere Gestaltung unserer Beziehungen zu Rußland. Außerdem haben gewisse Indiskretionen in einem ungarischen Blatte* und die jüngsten Enthüllungen des Herrn Milowanowitsch in der „Nowoje Wremja"** das Thema der Mitwisserschaft des Herrn Iswolsky an der Annexionspolitik über jeden Zweifel erhoben. pp.

Italien betreffend haben Sie in Ihrer heutigen Rede***, zu der ich Sie herzlichst beglückwünsche, und für deren die Unterstützung unserer Politik betreffende Ausführungen ich Ihnen wärmstens danke, das sehr

---

* Es handelte sich dabei um einen Leitartikel des „Neuen Pester Journals" vom 24. November 1908, der Enthüllungen über die Reichstadter Punktationen von 1876, die russisch-österreichischen Geheimverträge von 1877 und über den Berliner Vertrag von 1878 enthielt.

** Nach einer telegraphischen Meldung des Belgrader Korrespondenden der „Nowoje Wremja" von Anfang Dezember hätte Iswolsky noch vor seinem Besuche in Buchlau zu Milowanowitsch gesagt, Österreich beabsichtige Bosnien zu annektieren und er sehe keine Möglichkeit, dies zu verhindern; das einzige, was möglich bleibe, sei, entsprechende Kompensationen für Serbien und Rußland ins Auge zu fassen. Tatsächlich hat Iswolsky dem serbischen Außenminister schon im September 1908 in Karlsbad von der bevorstehenden Annexion Bosniens und der Herzegowina Kenntnis gegeben. Mit Iswolsky ist Milowanowitsch damals selbst der Auffassung gewesen, daß im Hinblick auf die Räumung des Sandschak die Annexion für Serbien annehmbar sei. Bericht des serbischen Gesandten in Paris Wesnitsch vom 5. Oktober 1908, Boghitschewitsch, Kriegsursachen (1919), S. 152; vgl. Kap. CXCVII, Nr. 9091, S. 252, Fußnote. Am 25. Oktober hatte dann Milowanowitsch in Berlin eine neue Zusammenkunft mit Iswolsky, bei der dieser die Hoffnung aussprach, daß die Annexion sich bald an Österreich-Ungarn blutig rächen werde; fürs erste freilich müsse ein kriegerischer Zusammenstoß vermieden werden, da weder diplomatisch noch militärisch das Terrain vorbereitet sei. Bericht Milowanowitschs vom 25. Oktober 1908, Boghitschewitsch a. a. O., S. 161 ff.

*** Am 8. Dezember 1908 hatte Fürst Bülow sich im Reichtage über die außenpolitische Lage in einer größeren Rede ausgelassen. Er unterstrich in ihr neben der Zurückhaltung Deutschlands in orientalischen Dingen die „Treue zu dem uns verbündeten Österreich-Ungarn". Allerdings klang ein leises Monitum durch, wenn Fürst Bülow hervorhob: „Wir sind von der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina in eine Annexion zu verwandeln, ungefähr gleichzeitig mit Italien und Rußland unterrichtet worden. Der Zeitpunkt und die Form der Annexion waren uns allerdings vorher nicht bekannt. Ich denke nicht daran, das dem Wiener Kabinett übel zu nehmen. Offen gestanden: ich bin ihm sogar dankbar dafür. Die österreichisch-ungarische Monarchie kann und muß selbständig beurteilen, welche Fragen für sie Lebensfragen sind, und wie sie solche Lebensfragen behandeln will." Dann aber betonte Fürst Bülow: „Wir haben keinen Augenblick gezögert, nicht nur nichts zu tun, was den österreichisch-ungarischen Interessen hinderlich wäre, sondern auch diese Interessen nach Möglichkeit zu unterstützen." Im weiteren Verlauf seiner Rede berührte Fürst Bülow auch die österreichisch-italienischen Beziehungen unter Hinweis auf einen Ausspruch des früheren italienischen Botschafters in Wien Graf Nigra: Italien könne mit Österreich-Ungarn nur verbündet oder befeindet sein, und auf eine dreibundfreundliche Rede des italienischen Ministerpräsidenten Giolitti.

richtige Wort ausgesprochen, indem Sie das Dictum Nigras zitierten, daß Italien nur entweder als Freund oder als Gegner Österreich-Ungarns gedacht werden könne. Die letzte Kammerdebatte stand unter dem Zeichen des Unmutes, daß Italien in der gegenwärtigen Krise keine besondere Rolle spielen oder Kompensationsansprüche anmelden könne. Darin zeigt sich die Wirkung unserer militärischen Stellung an der italienischen Grenze, an der wir festhalten müssen, dabei aber selbstverständlich immer von dem Bestreben geleitet, die Differenzen zwischen uns und Italien auszugleichen. Giolitti hat zu meiner großen Befriedigung nebst einem warmen Eintreten für den Dreibund sich auch speziell den von mir wiederholt ausgesprochenen Satz zu eigen gemacht, daß nämlich die Differenzen zwischen uns und Italien keine solchen sind, daß sie nicht mit einigem guten Willen überbrückt werden könnten.

Trotz des Eintretens Giolittis für den Dreibund und des Umstandes, daß unsere Allianz bis zum Jahre 1914 dauert, ist die Frage in den gegenwärtigen ernsten Zeiten wohl am Platze, ob wir uns im Notfalle auf diesen unseren Dritten im Bunde wirklich werden verlassen können. Ihre Ansicht darüber zu hören, wäre mir von großem Interesse. Bekanntlich sind alle unsere Vorbereitungen für den Fall eines europäischen Konfliktes auf der Grundlage des Dreibundvertrages aufgebaut. Ich möchte die Ansicht aussprechen, daß es vielleicht nicht überflüssig wäre, wenn im Laufe des Winters General von Moltke und General der Infanterie von Conrad über eine solche Eventualität in einen schriftlichen Gedankenaustausch miteinander treten könnten, welcher die Supposition einer Neutralität Italiens in Betracht ziehen würde. Wenn Sie meine Ansicht richtig finden, so würde ich nach Einholung der Befehle Seiner Majestät meines allergnädigsten Herrn mit General der Infanterie von Conrad das Nötige besprechen, damit er sich mit seinem Kollegen in Berlin in Verbindung setze. Um meinen Gedanken heute präzis auszudrücken, möchte ich noch hinzufügen, daß ich nicht glaube, daß im Falle eines russischen Angriffes auf Österreich-Ungarn Italien sein Wort brechen und sich an die Seite unserer Gegner stellen würde*.

Aehrenthal

Nr. 9146

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 543 St. Petersburg, den 9. Dezember 1908

Wie Euerer Durchlaucht aus meiner Berichterstattung bekannt ist, hatte Herr Iswolsky bei der letzten Unterhaltung, die ich vor 14 Tagen

* Zu den letzteren Ausführungen Aehrenthals vgl. Fürst Bülows Mitteilung an Botschafter Tschirschky vom 15. Dezember in Nr. 9156.

mit ihm hatte*, eine auffallende Zurückhaltung und nicht die geringste Neigung gezeigt, sich in eine längere politische Konversation mit mir einzulassen. Gegenüber meinem Hinweis auf die wachsenden Gefahren der jetzigen Lage verhielt er sich beinahe abweisend. Ich habe seit dieser Unterredung, da ich keine besonderen Aufträge hatte, den Minister nicht wieder aufgesucht. Gestern nun hielt er zum ersten Mal seit seiner Rückkehr aus dem Ausland den wöchentlichen Diplomatenempfang ab; da aber Frau Iswolsky meine Frau und mich für den Abend in das „Französische Theater" eingeladen hatte, so ging ich nicht zu dem Empfang wartete vielmehr ab, ob der Minister abends in irgendeiner Weise den Wunsch zu erkennen geben würde, den geschäftlichen Verkehr mit mir wieder reger zu gestalten[1].

Beim zweiten Zwischenakt ersuchte mich denn auch Herr Iswolsky, dem schon vorher anzumerken war, daß er etwas auf dem Herzen hatte, neben ihm im Hintergrund der Loge Platz zu nehmen. Herr Iswolsky begann sodann damit, er habe am Tage vorher eine mehr als zweistündige Unterredung mit dem Besitzer der „Nowoje Wremja" Suworin gehabt und diesen gefragt, was er denn eigentlich mit seinen maßlosen Hetzereien gegen Deutschland bezwecke[2]. Ob er sich denn nicht klar mache, daß diese Hetzereien unter Umständen sehr schwere Komplikationen herbeiführen könnten. Glaube denn Herr Suworin mit dieser Sprache gegen Deutschland die Stimmung der hiesigen öffentlichen Meinung richtig wiederzugeben? Wolle man denn hier einen Krieg? Herr Suworin habe darauf den Gedanken an einen Krieg weit von sich gewiesen und auf das bestimmteste versichert, daß niemand in Rußland einen bewaffneten Konflikt wünsche[3]. Er habe ferner zugegeben, daß die Mehrheit des russischen Volkes nicht daran denke, feindliche Gesinnungen gegen Deutschland zu hegen. „Aber warum um Himmels willen", habe er, Iswolsky, darauf ausgerufen, „schreiben Sie dann in einem Sinne, der notwendig die Beziehungen zu unserem Nachbar trüben muß?" Herr Suworin habe darauf geantwortet, er sei ein unabhängiger Journalist[4] und schreibe, was er denke, Sache der Diplomaten sei es, die Beziehungen zwischen den Staaten so zu pflegen, daß der Friede nicht gestört werde[5].

„Ich erzähle Ihnen diese Konversation," sagte mir Herr Iswolsky, „damit Sie sehen, mit welchen Schwierigkeiten ich zu kämpfen habe. Ich versichere Sie, es ist manchmal zum Verzweifeln."

Ich erwiderte, ich hätte volles Verständnis für diese Schwierigkeiten, und er könne auf mich zählen, daß ich stets gern die Hand dazu bieten würde, ihm seine Stellung, soweit es sich um die deutsch-russischen Beziehungen handele, zu erleichtern. Als Beweis wollte ich nur darauf hinweisen, daß ich den neulichen Hetzartikel der „Nowoje Wremja" gegen die deutsche Armee nicht gleich nach Berlin geschickt, ihn vielmehr erst, nachdem die Erwiderung in der „Rossija" erschienen sei, mit dieser Erwiderung eingereicht hätte.

* Vgl. Nr. 9140, Fußnote **.

Der Minister fuhr dann fort: „A propos, was ist das eigentlich für eine Nachricht des ‚Lokalanzeigers', von der ich höre?"* Ich erwiderte, ich hätte vorgestern, da ich ihn nicht mit einer mir wenig glaubhaft erschienenen Zeitungsnachricht selbst hätte behelligen wollen, den Grafen Luxburg** zu Herrn Sawinsky*** geschickt, in der Absicht, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit auf eine in einem Petersburger Bericht des obengenannten Blattes dem Minister in den Mund gelegte Äußerung über den angeblich unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines formellen Bündnisses zwischen Rußland, Frankreich und England zu lenken. Die Art der Fragestellung des Herrn Iswolsky war offenbar darauf berechnet, mich im unklaren darüber zu lassen, ob ihm der Artikel des „Lokalanzeigers" und sogar das Interview im „Wetscher" schon bekannt war. Ich hatte aber den Eindruck, daß der Minister ganz genau

* Die Morgenausgabe des „Berliner Lokalanzeiger" vom 7. Dezember hatte ein Spezialtelegramm ihrer Petersburger Korrespondentin Frau von Aurich über ein von Iswolsky einem Journalisten Schelking gewährtes Interview gebracht, wonach der russische Minister zum Schluß gesagt haben sollte: „Ein formelles Bündnis Englands mit Rußland und Frankreich steht noch bevor; es ist notwendig, da Deutschland die österreichische Balkanpolitik jetzt noch intensiver unterstützt." Das Interview gelangte in der Petersburger Zeitung „Wetscher" zum Abdruck, dessen Herausgeber Taburno sich nachdrücklich für volle Authentizität des Iswolskyschen Ausspruches einsetzte. Wie Graf Pourtalès am 9. Dezember telegraphierte (Nr. 336), wurde im russischen Auswärtigen Amt der Ausspruch zunächst nur „halb geleugnet". Seine eigene Auffassung gab Graf Pourtalès mit den Worten wieder: „Ich halte für recht wohl möglich, daß Iswolsky unter ständiger Einflüsterung meines englischen Kollegen den Gedanken besagter Tripelallianz, sei es als Bluff, sei es ernsthafter als letzten Trumpf und Ausweg aus Sackgasse, zugleich als sicher erscheinendes Mittel zur endgültigen Einschüchterung Deutschlands-Österreichs ventiliert. Sollte sich dies bewahrheiten, so möchte sich empfehlen, sofort zu derjenigen unzweideutigen Haltung überzugehen, welche Herrn Iswolsky zwingen würde, seine Karten aufzudecken und zu zeigen, ob Rußland entschlossen, seine Existenz für launenhafte Politik Ministers einzusetzen." Als das Interview in Deutschland starkes und unliebsames Aufsehen erregte, sah sich Iswolsky veranlaßt, es pure abzuleugnen. Telegramm Graf Pourtalès' Nr. 340 vom 10. Dezember. Am 11. Dezember übermittelte der russische Botschafter Graf Osten-Sacken dem Staatssekretär von Schoen in aller Form ein amtliches Dementi. Damit nicht genug, richtete Iswolsky am 17. Dezember ein langes Schreiben an den Botschafter Graf Osten-Sacken, in dem er sich ausdrücklich gegen die Auffassung verwahrte, als ob seine Politik darauf gerichtet sei, die Entente mit England in ein Bündnis umzuwandeln. Graf Osten-Sacken las diesen Brief am 19. Staatssekretär von Schoen vor, der bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck brachte, es sei doch nicht zu verkennen, daß in der russischen, französischen und englischen Presse die Intimität der Tripelentente immer mehr betont werde, und daß einflußreiche Kreise für eine Erweiterung und Vertiefung dieser Entente eifrig tätig zu sein schienen. Aufzeichnung Schoens vom 19. Dezember 1908. In einem Erlaß an Graf Pourtalès vom 21. Dezember (Nr. 2170) wurde dieser Gedanke noch weiter gesponnen: „Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß nicht bei uns das Wort von der ‚Tripelentente' geprägt worden, sondern vielmehr von der englischen, französischen und russischen Presse fortwährend gegen uns ausgespielt worden ist. Nicht das Wort, aber die Sache hat Herr Iswolsky gegen uns gebraucht, speziell nach dem österreichischen Vorgehen in Bosnien und der Herzegowina."

** Zweiter Sekretär der Botschaft.

*** Kanzleidirektor im russischen Außenministerium.

orientiert war. „Wie kann man nur einen solchen Unsinn schreiben“[6], bemerkte Herr Iswolsky auf meine kurze Mitteilung über den Inhalt der Meldung des „Lokalanzeigers“. „Es liegt doch auf der Hand, daß, wenn Rußland ein solches Bündnis vorhätte, ich diese Absicht nicht auf eine solche Weise an die Öffentlichkeit bringen würde[7].“ „Das mag sein,“ erwiderte ich, „Sie können sich aber denken, daß die Nachricht in der deutschen Presse einige Aufregung hervorrufen wird[8].“ Der Minister begann nun von neuem zu klagen. „Sie sehen, an allen Seiten bereitet man mir Schwierigkeiten. Wenn ich jetzt dementiere, fällt man natürlich auch über mich her.“ „Und dennoch“, bemerkte ich, „scheint mir jetzt ein kategorisches amtliches Dementi das einzige Mittel, den Sturm, der sich, wie ich fürchte, in der deutschen Presse erheben und der sicher nicht zur Beruhigung der allgemeinen Lage beitragen wird[9], zu beschwören. Für mein Teil werde ich mich beeilen, meine Regierung zu informieren, daß die Mitteilungen des ‚Lokalanzeigers‘ der Wahrheit nicht entsprechen.“

Der Minister verließ sodann dieses Thema[10] und kam auf die allgemeine Lage zu sprechen. Heute werde nun die Antwort Österreich-Ungarns auf die letzte russische Note eintreffen. Hoffentlich werde diese die Möglichkeit eines Ausweges bieten. Ein solcher Ausweg müsse gefunden werden, die Spannung werde nachgerade unerträglich: „il faut en finir“. Die gegenwärtige Lage trage den Keim großer Gefahren in sich[11]. Ich erinnerte daran, daß ich auf diese Gefahren selbst schon vor Wochen aufmerksam gemacht hätte.

Da der Zwischenakt zu Ende ging, sagte der Minister nur noch, wir hätten jetzt längere Zeit keinen Gedankenaustausch gehabt, er wünsche dringend, sich einmal wieder ausführlich mit mir auszusprechen. Meine Antwort lautete, daß ich selbstredend jeden Tag und jede Stunde zu seiner Verfügung stände, er brauche mich nur rufen zu lassen. „Nein,“ bemerkte der Minister, „ich komme dieser Tage zu Ihnen.“ Damit schloß die Unterhaltung.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut
[2] jetzt erst?! Wo das Feuer schon fast brennt?!
[3] aber sich hineintreiben lasse!
[4] nur nicht von London und seinen Pfunden!?
[5] !!
[6] ich bin überzeugt Iswolski hat das in seiner Bluffmanir so hingesagt!
[7] ballon d'essai!? etwas bluff auf uns berechnet?!
[8] ja
gründlich!
[9] sehr gut
[10] es war ihm peinlich!
[11] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:

Er hat ein hundemäßig schlechtes Gewissen! Er hat doch mit England angebandelt, wie er es schon im Frühjahr uns androhte in der Sandschackbahnaffaire! Aber die

Anbandelungen haben anscheinend die Meerengen nicht gebracht, nur für London die gewollten Arrangements in Asien. Nun werden wir von Iswolski mit dem Engl[ischen] Bündniß fortwährend geblufft, um uns von Österreich abzuziehen. Die Meerengen muß Rußland von Österreich und uns bekommen, aber nicht von London oder gar London ganz allein. Ich glaube bestimmt, daß Iswolski die Phrase mit dem Engl[ischen] Bündniß gebraucht hat und selbst verlautbarte. Genau so hatte er es ja mit dem Wortlaut des Conferenzprogramms im Herbst gemacht, das er in London losließ, um es von Paris aus am nächsten Tage zu dementiren, als der Eindruck ein andrer war, wie der erwartete! W.

Nr. 9147

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 342 St. Petersburg, den 11. Dezember 1908

Gestern spät abends ließ mich Herr Iswolsky bitten, falls ich nichts vorhätte, zu ihm zu kommen. Er wünsche dringend ungestörte freundschaftliche Aussprache. Ich fand den Minister sehr deprimiert. Von schroffer Haltung keine Spur mehr. Er versicherte zunächst, daß ihm Veröffentlichung „Lokalanzeigers“* im höchsten Grade peinlich sei. Es liege große Intrige vor, deren Fäden er noch nicht ganz übersehe. Taburno vom „Wetscher“, ein Serbe, sei das Haupt, ob Schelking auch beteiligt sei, könne er noch nicht übersehen. Die Intrige bezwecke, Rußland in diejenige unvorsichtige Politik zu treiben, die er, Iswolsky, gerade vermeiden wolle. Er gebe mir sein Ehrenwort, daß an Verhandlungen über russisch-englisches formelles Bündnis kein wahres Wort sei. In dieser Beziehung habe sich seit Reval, wo lediglich Abmachungen über zentralasiatische Spezialfragen getroffen wurden, nichts geändert. Graf von der Osten-Sacken sei beauftragt, sich in gleichem Sinne zu äußern.

Über österreichisch-russische Verhandlungen sprach sich Iswolsky sehr pessimistisch aus. Die gestern eingegangene Antwort, die er mir zum Teil vorlas, und die mir entgegenkommend schien, befriedigt ihn nicht.

Ich habe mich dem Minister gegenüber sehr ernst, aber freundschaftlich gemäß Weisung Telegramms Nr. 227** und im Sinne meines morgen früh in Berlin eintreffenden Berichts Nr. 553*** ausgesprochen.

Wenn auch meine Worte ihren Eindruck sichtlich nicht verfehlten und anscheinend auf Verständnis stießen, hatte ich nicht das Gefühl, daß Iswolsky zum Aufgeben bisheriger Standpunkte Österreich gegenüber geneigt ist. Er hofft offenbar immer noch, daß die Mehrzahl der Mächte

---

* Vgl. Nr. 9146, S. 317, Fußnote *.
** Siehe Nr. 9139.
*** Siehe das folgende Schriftstück.

bei Diskussion der Annexionsfrage eine Art Autonomie Bosniens und der Herzegowina verlangen und sich einer einfachen Einverleibung beider Provinzen in habsburgische Monarchie widersetzen werden[1]. Dabei will er um keinen Preis einen Krieg. Auf seine Frage: Was soll ich jetzt tun? habe ich bestimmt geantwortet: Wenn Sie keinen Krieg wollen, müssen Sie sich mit Österreich verständigen. Die Antwort lautete: Mit Freiherrn von Aehrenthal ist das unmöglich[2].

Ausführlicher Bericht über Unterredung, die zwei Stunden währte, folgt.*

Pourtalès

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Österreich kann nicht auf die Konferenz gehen, bevor es nicht gegen eine derartige Wendung völlig gesichert ist.

[2] Letzteres würde ich nicht an Aehrenthal gelangen lassen, damit er nicht, um das Gegenteil zu beweisen, gegenüber Rußland zu weich wird. Ich glaube aber, wir sollten Aehrenthal bald und gründlich klar machen, daß der Iswolskysche Bluff wesentlich auf der Idee beruht, Österreich auf der Balkanhalbinsel „einzukreisen". Also sollte Österreich sich einerseits gegenüber der Türkei namentlich in Geldfragen kulant zeigen, andrerseits Bulgarien, Rumänien und Griechenland auf seine Seite ziehen. Sobald Österreich das tut, platzt die Iswolskysche Seifenblase. Wenn Österreich abe die Türkei, selbst wenn sie es verdienen mag**, zu schroff behandelt undrdie Balkanstaaten vernachlässigt, so wird Iswolsky die Partie gewinnen. Rumänien gege nüber handelt es sich, soviel wir wissen, um etwas Entgegenkommen in den Handelsvertragsunterhandlungen, vielleicht auch**, daß den Rumänen im Bereich der Stefanskrone gerade jetzt kein Vorwand gegeben wird, sich als verfolgt hinzustellen. Griechenland wird wohl am besten auf Albanien zu verweisen sein, womit (als pis aller für sich) auch Italien einverstanden sein dürfte. Italien selbst wird nach menschlicher Voraussicht bei einem russisch-österreichischen Konflikt sich neutral halten und abwarten. Nach dem in der Türkei erfolgten Umschwung steht übrigens nichts dem im Wege, daß die italienischen Aspirationen auf Tripolis gelenkt werden, wo sie England (wegen Ägypten) und Frankreich (wegen Tunis) gleich unbequem sind.

In Aehrenthal steigt immer wieder die Hoffnung auf, sich mit Iswolsky doch noch zu verständigen und zu einigen. Es ist das nicht nur auf seine langjährigen russischen Beziehungen, Pläne und Illusionen zurückzuführen, sondern auch darauf, daß in Wien Hof, Aristokratie und auch Armee von alten Sympathien für Rußland erfüllt sind und alle Slawen (außer den Polen) in dieser Richtung drängen. Wir dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß in Rußland die Gereiztheit gegen uns größer wird wie gegen Österreich. Um dem vorzubeugen, ist es am besten, daß Pourtalès weiter eine loyale und offene Sprache führt, ohne die Russen unnötig zu ärgern und unter Betonung der monarchisch-konservativen Interessensolidarität zwischen Rußland und Deutschland ***.

---

* Siehe Nr. 9152.

** Die gesperrten Stellen sind von der Hand Kiderlens eingefügt.

*** Im Sinne dieser Ausführungen wurde der Botschafter in Wien von Tschirschky durch Erlaß Nr. 1844 vom 12. Dezember instruiert; siehe denselben in Kap. CCII, Nr. 9295.

Nr. 9148

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 553 St. Petersburg, den 9. Dezember 1908

Wie Euerer Durchlaucht aus meinem heutigen Bericht* über eine Unterredung, die ich gestern im Theater mit Herrn Iswolsky hatte, geneigtest ersehen wollen, scheint die Stimmung des Ministers neuerdings wieder umgeschlagen zu sein. Ob diese Sinnesänderung auf die Haltung seiner Ministerkollegen, ob sie auf seinen vorgestrigen Vortrag beim Zaren oder auf Einflüsse aus Dumakreisen zurückzuführen ist, darüber möchte ich mit meinem Urteile heute noch zurückhalten. Soviel aber scheint mir festzustehen, daß Anzeichen für ein Einlenken der russischen Politik vorhanden sind.

Würden wir mit einem anderen Minister als Herrn Iswolsky zu tun haben, würde ich keinen Anstand nehmen, Euerer Durchlaucht zur Erwägung zu stellen, ob nicht vielleicht jetzt der Augenblick gekommen wäre, durch Vermittlerdienste Rußland aus seiner verfahrenen Lage herauszuhelfen. Herr Iswolsky aber erscheint mir nach den Erfahrungen, die wir bis jetzt mit ihm gemacht haben, als ein für uns zu unsicherer Faktor, als daß ich glaubte, es verantworten zu können, einen solchen Vorschlag schon jetzt zu machen. Wir würden riskieren, daß Herr Iswolsky unsere Hülfe jetzt annimmt, um uns in einigen Monaten neue Überraschungen zu bereiten. Demnach erscheint es mir als das richtigste für uns, zunächst abzuwarten, ob der Minister überhaupt auf die Dauer imstande sein wird, sich hier zu halten. Allerdings habe ich bis jetzt keine Anzeichen dafür, daß Herrn Iswolskys Stellung, so schwierig sich die Situation auch für ihn gestaltet hat, ernstlich bedroht ist. Er scheint noch immer den Kaiser hinter sich zu haben, und auch in der Duma will man ihn halten.

Würde unser Verhältnis zu Rußland allein, abgesehen von der Persönlichkeit des Herrn Iswolsky, in Frage kommen, so würden meines Erachtens jetzt manche Gründe dafür sprechen, an einer Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland mitzuwirken. Die Möglichkeit einer solchen Verständigung ist zwischen meinem österreichisch-ungarischen Kollegen in der letzten Zeit auf folgender Basis erörtert worden, die Graf Berchtold, allerdings nur nach seiner persönlichen Auffassung, für Österreich annehmbar hält: die Konferenz findet unter der Voraussetzung statt, daß

1) die bosnische Annexionsfrage zwar pro forma diskutiert wird, die Mächte aber vorher darüber einig geworden sind, der Annexion keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen;

---

* Siehe Nr. 9146.

2) die Mächte sich durch vorherige direkte Verhandlungen über die Serbien und Montenegro auf ökonomischem Gebiete zu gewährenden Vorteile verständigt haben, und daß die Frage territorialer Entschädigungen für die genannten Staaten von vornherein ausgeschaltet wird.

Auf diesem Wege würde einerseits die russische Eigenliebe geschont und dem von Rußland angerufenen, gelegentlich der Pontuskonferenz 1871 zwischen den Mächten vereinbarten völkerrechtlichen Grundsatz Rechnung getragen, andererseits Österreich-Ungarn kaum etwas zugemutet, was seiner Würde nicht entspräche, da es immer noch die Möglichkeit hätte, falls die „Diskussion" einen ihr unerwünschten Verlauf nehme, durch Austritt aus der Konferenz dieselbe zum Scheitern zu bringen. Herr Iswolsky stand bis jetzt noch auf dem Standpunkt: „Wir können nicht mit gebundenen Händen auf die Konferenz gehen." Die Aussichten, mit ihm auf dieser Basis zu einer Einigung zu kommen, scheinen daher gering. Indessen fängt man hier in weiten Kreisen an, auf irgendeinen anständigen Ausweg aus der Sackgasse zu drängen. Soviel mir übrigens bekannt ist, traten die Teilnehmer an der Konferenz von 1871 auch mit mehr oder minder gebundener Marschroute auf Grund vorheriger Verhandlungen in die Konferenz ein.

Sollten im Falle eines Rücktritts des Herrn Iswolsky oder einer etwaigen ausgesprochenen, der Verständigung günstigen Stellungnahme des Zaren Euere Durchlaucht den psychologischen Moment für gekommen erachten, um in unserer Haltung gegenüber Rußland eine Änderung, und zwar im Sinne des Versuchs einer Vermittlung zwischen dem österreichischen und dem russischen Standpunkte eintreten zu lassen, so könnte dies immerhin meines gehorsamsten Erachtens unter Umständen auf die zukünftige Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen einen guten Einfluß haben. Rußland hat sich durch England in eine schwierige Situation drängen lassen. Wir haben der russischen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß die kühle Aufnahme, die Herrn Iswolskys Wünsche in Berlin gefunden haben, neben den Pflichten, die wir unserem Verbündeten gegenüber haben, auch auf seine anglophile Politik zurückzuführen ist. Würden wir bei der Vermittelungsaktion, um Rußland aus seiner verfahrenen Situation herauszuhelfen, auch nur mitbeteiligt sein, so würde dies vielleicht einflußreichen russischen Politikern die Augen darüber öffnen, daß schließlich für Rußland mehr bei uns als bei England zu holen ist.

Ich glaube von vornherein die Auffassung Euerer Durchlaucht über die jetzige Krisis richtig verstanden zu haben, wenn ich annehme, daß nach dieser Auffassung ein eminentes deutsches Interesse insofern auf dem Spiele steht, als es sich eventuell um nichts geringeres als um die Großmachtstellung Deutschlands in Europa handelt. Wird Österreich-Ungarn und mit ihm Deutschland durch die Gruppe, die England zu bilden bestrebt ist, zum Knien gebracht, dann ist das Ziel der Delcasséschen Politik

erreicht. Dann wird Deutschland-Österreich bei jeder auftauchenden europäischen Frage überstimmt und gelangt in ein inferiores Verhältnis in Europa, aus welchem schließlich keine Rettung mehr als ein Krieg bleibt. Es entsteht somit eine Lage, die große Gefahren in sich birgt. Siegt dagegen der österreichisch-deutsche Standpunkt oder wird durch eine Vermittlung unter Mitwirkung Deutschlands ein Weg gefunden, der Österreich-Ungarn ermöglicht, ohne Aufgabe seines prinzipiellen Standpunktes Rußland einen Schritt entgegenzukommen, dann eröffnet sich wenigstens die Möglichkeit, daß Mächte wie Rußland und die Türkei zur Besinnung kommen und sich im wohlverstandenen eigenen Interesse der stärkeren Gruppe anschließen. Das feste Eintreten Österreich-Ungarns hat daher nicht, wie einige politische Kannegießer in Deutschland, den Zeitungen nach, zu besorgen scheinen, das in Gefahr Bringen der Knochen des berühmten pommerschen Grenadiers für Bosnien und die Herzegowina, sondern eventuell für ganz andere Interessen im Auge.

In der Voraussetzung, daß die vorstehend dargelegten allgemeinen Gesichtspunkte sich mit Euerer Durchlaucht Ansichten decken, glaube ich Euerer Durchlaucht Intentionen zu entsprechen, wenn ich mich bei der mir von Herrn Iswolsky für einen der nächsten Tage in Aussicht gestellten Unterredung in der Form sehr entgegenkommend, aber zunächst zuhörend verhalte. Sollte dann Herr Iswolsky von neuem auf seinen Wunsch zurückkommen, mit Deutschland in intimen, vertrauensvollen Beziehungen zu stehen, so nehme ich mir vor, etwa folgende Sprache zu führen: Auch wir hätten den Wunsch, mit Rußland auf bestem Fuße zu stehen, und hätten diesem Wunsche stes getreu gehandelt. Wenn jetzt eine nicht zu leugnende Entfremdung zwischen uns eingetreten sei, so trügen wir daran keine Schuld. Die Wege Rußlands und Deutschlands hätten sich einander nach dem japanischen Kriege und nach der Revolution sehr genähert, wären aber seitdem leider wieder weit auseinander gegangen. Die Abmachungen wegen Zentralasiens mit England und den Revaler Besuch des Königs Eduard hätten wir unmöglich übelnehmen können, wohl aber die im Laufe des letzten Jahres vollzogene schrittweise Annäherung Rußlands an England, die so weit geführt habe, daß jetzt in der ganzen Welt von einer Tripelentente gesprochen werde. Er könne sich nicht wundern, wenn dieses Verhältnis von unserer öffentlichen Meinung mit großem Mißtrauen betrachtet werde. Denn der Weg von einer Entente zu derjenigen Intimität, welche nicht Allianz zu heißen braucht, um uns unerträglich zu sein, sei nicht weit. Ich müsse daher lebhaft bedauern, daß man in der hiesigen Publizistik mit dem Gedanken einer solchen „Allianz" spiele, deren Konsequenzen nicht einen Augenblick zweifelhaft sein könnten. Wie ich schon bei früheren Gelegenheiten dem Minister wiederholt gesagt hätte, sei bezüglich Rußlands eine große Enttäuschung bei uns gerade auch in denjenigen Kreisen eingetreten, die bisher am meisten für ein gutes Verhältnis mit dem östlichen Nachbarn gewesen wären. Man hätte in diesen Kreisen eine andere Vergeltung von seiten

Rußlands für unsere Haltung während des unglücklichen Krieges und der Revolution erwartet. Liege Herrn Iswolsky wirklich an einem guten Verhältnis mit Deutschland, so müsse er eine gute Strecke Weges in seiner Politik wieder zurückgehen, bis es ihm gelinge, das Vertrauen, das er in Deutschland verloren habe, wieder zu gewinnen.

F. Pourtalès

Nr. 9149

Bericht des Militärattachés in Petersburg Majors Grafen von Posadowsky-Wehner

Abschrift

Nr. 56 St. Petersburg, den 10. Dezember 1908

Der Kriegsminister* hat sich mir gegenüber in folgender Weise über die politische Lage geäußert. Ich gebe hierbei die drastischen Ausdrücke der deutsch geführten Unterhaltung wörtlich wieder.

Es ist ausgeschlossen, daß Rußland wegen der Serben einen Krieg führt. Selbst die exaltiertesten Elemente wie Graf Bobrinsky** werden nicht so hirnverbrannt sein, dies zu wünschen. Hierüber sind die Serben auch nicht im Zweifel. Jetzt sind die Gemüter erregt. Die Grütze wird gerade gekocht, im Frühling, wenn sie kalt ist[1], wird man sie essen können. Die Österreicher brauchten weiter nichts zu tun, als die Grenze abzuschließen und die serbischen Schweine nicht herauszulassen. Was sollen die Serben denn auch erhalten? Die Autonomie[2] kann ihnen Österreich nicht gewähren. Territoriale Kompensationen könnten nur auf Kosten der Türkei stattfinden, sind also unmöglich. Verlangen könnten die Bosnier allerdings, daß sie dieselben Staatsbürgerrechte erhalten wie die anderen Völker Österreichs.

Der Kriegsminister schien überhaupt viel mehr kriegerische Absichten von seiten Österreichs und Deutschlands zu fürchten. Er sprach von der Möglichkeit, daß Österreich zeitweilig Serbien besetzen wolle, und äußerte weiter: Wir glauben eher, daß man bei Ihnen kriegerisch gestimmt ist. Wir sind hier weniger wegen der bosnischen Frage als wegen der Haltung Deutschlands in der Casablanca-Affäre beunruhigt[3] gewesen. In Europa ist immer irgendein Feuer los. In Konstantinopel brennt es, in Bosnien wurde ein Feuerchen angezündet; nun glaubten wir, als die Haltung Deutschlands sich plötzlich verschärfte[4], es wolle hierdurch einen großen europäischen Krieg entzünden, um alle schwebenden Fragen zusammen zu entscheiden.

Der Kriegsminister ist zweifellos, während er dies sagte, vollkommen

---

* A. F. Rödiger.

** Graf Wladimir Bobrinsky, Dumamitglied, war einer der Führer des Panslawismus.

aufrichtig gewesen. Inwieweit er die Ansichten der Regierung wiedergab, entzieht sich aber meiner Beurteilung. Er ist Finnländer, Lutheraner, hat eine ganz deutsche Bildung und ist daher ein Gegner des Panslawismus. Ein Krieg mit Deutschland wird ihm immer unsympathisch sein, zurzeit würde er ihn aber für das größte Unglück halten, das die russische Armee treffen könnte. Er weiß, daß sie nicht kriegsbereit ist, und er fürchtet für sein eigenes ihm teures Werk, die inneren Reformen der Armee, deren Wirkung er erst in etwa acht bis zehn Jahren erwartet.

Es gibt gewiß in der Armee eine große Anzahl von Offizieren, besonders soweit sie deutscher Abstammung sind, die gegenüber den panslawistischen Hetzereien denselben ablehnenden Standpunkt einnehmen wie der Kriegsminister. Im allgemeinen muß man sich jedoch darüber klar sein, daß die deutschfreundliche Stimmung der Armee, die während des Kriegs und der Revolution sich entwickelt hatte, der panslawistischen Strömung gegenüber schnell verflogen ist. Der größte Teil des Offizierkorps, soweit er überhaupt politisch denkt, ist durch die Presse ebenso gegen Deutschland verhetzt wie die übrige russische Gesellschaft[5].

Trotzdem habe ich aus allen Gesprächen mit russischen Offizieren den Eindruck gewonnen, daß man einen Krieg weder erwartet noch wünscht. Man nimmt leidenschaftlich Partei für die Serben; aber einen Krieg mit Deutschland für die bratuschki zu führen, wünscht man doch nur beim Glase Sekt. Man hat noch genug vom letzten Kriege, und das Gefühl, daß die Armee nicht kriegsbereit ist, ist durch die Presse in das ganze Offizierkorps hineingetragen. Alle Offiziere aber, denen ihre Stellung einen Einblick in die wirkliche Lage der Armee gestattet, wissen, daß Rußland jetzt oder im nächsten Frühjahr einen Krieg nicht führen darf. Charakteristisch in dieser Beziehung ist folgender Vorfall.

Bei dem Abschiedsfest, das dem bisherigen Kommandeur der 1. Gardedivision Letschitzky gegeben wurde, sind in vorgerückter Stunde kriegerische Reden gehalten worden. Der General hat sie in ernster Weise zurückgewiesen, indem er erwiderte, die Armee sei zurzeit nicht kriegsbereit und außerstande, einen Krieg zu führen.

Diese Ansicht entspricht vollständig den Tatsachen. Es genügt, sich folgendes zu vergegenwärtigen. Die Armee hat keine Feldhaubitzen, keine schwere Artillerie des Feldheeres und eine ganz veraltete Festungs- und Belagerungsartillerie. Die Umbewaffnung der Feldartillerie ist noch nicht ganz vollendet; die fertiggestellten Geschütze haben weder Schilde noch Panoramen-Fernrohre. Die Infanterie hat kein modernes Geschoß. Die Festungen sind veraltet.

In dieser Beziehung ist eine Äußerung interessant, die Großfürst Wladimir vor einiger Zeit einem österreichischen Diplomaten gegenüber gemacht hat. Im Anblick der Festung Warschau sagte er: Hier haben wir nun Hunderte von Millionen hineingebaut, und wert ist es garnichts. Die Armee hat schweren Mangel an jungen Offizieren und so gut wie gar keine brauchbaren Unteroffiziere. Der Beurlaubtenstand hat seit drei

Jahren nicht geübt. Die Reorganisation des Trains hat erst begonnen. Die neuen Felduniformen bestehen nur in gefärbten Leinenkitteln. Für die Ergänzung der Kriegsbestände sind die Mittel allerdings angewiesen. Mir ist aber bekannt, daß zum Beispiel auch jetzt noch nicht die Bestellungen auf Feldkessel, Feldflaschen, Schanzzeug, Feldtaschen ergangen sind, obgleich die Bestände nicht einmal für den Friedensstand ausreichen. Für die Beschaffung der modernen technischen Hülfsmittel ist noch so gut wie nichts geschehen. Die Reglements sind mit Ausnahme des Infanterie-Front-Reglements noch nicht fertiggestellt. Das ganze Wirtschaftswesen der Truppe ist in der Umwandlung begriffen.

Hierzu kommt, daß, wenn auch die aktive Armee jetzt wieder in der Hand ihrer Führer ist und auch die Reservisten sich bei einer panslawistischen Losung wohl zum größten Teil stellen würden, man doch auch jetzt noch gezwungen sein würde, starke Kräfte zum Schutz gegen die Revolution im Innern zu belassen. Ich rechne hierzu die Petersburger Garde, das finnländische Korps, das Grenadierkorps in Moskau, alle Truppen, die zur Verstärkung nach dem Kaukasus geschickt sind, und alle, die von der Westgrenze nach dem Innern gezogen sind, und einen Teil der Reserveinfanterie der inneren Gouvernements, sowie der Kosaken.

Es ist natürlich nicht unmöglich, daß gewissenlose Leute diesen Zustand der Armee dem obersten Kriegsherrn gegenüber verschleiern. Ebenso beginnen jetzt schüchterne Versuche in der Presse — sogar im „Invaliden" ist ein derartiger Artikel erschienen —, die die Tüchtigkeit unseres Offizierkorps oder die Zuverlässigkeit unserer Armee bezweifeln. Es ist dies aber nur der Ausdruck des Wunsches und das Bestreben interessierter Kreise, die den Artikelschreibern selbst genau bekannten Verhältnisse zu fälschen. Selbst die Militärs, die aus panslawistischen Neigungen sich gern in ein Abenteuer stürzen würden, sagen sich: Wir dürfen einen europäischen Krieg nicht führen, bevor die Armee nicht reorganisiert ist.

Diese Stimmung in der Armee hindert natürlich nicht, daß Kriegsministerium und Generalstab zurzeit mit allen Kräften arbeiten, um für kriegerische Verwickelungen nach Möglichkeit vorbereitet zu sein. Ich glaube, daß im Generalstab augenblicklich die ganze Mobilmachung und der Aufmarsch neu durchgearbeitet werden.

(gez.) Graf von Posadowsky-Wehner

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] Oder wieder warm wird?

[2] haben sie schon!

[3] das ist nicht zu verwundern gewesen, da wir so kolossal viel Zeit darüber unnütz verloren hatten!

[4] !

[5] Herr Ssuworin

Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift:

Das wäre also vom militärischen Standpunkt für uns jetzt der beste Moment mit den Russen abzurechnen.

Nr. 9150

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 161 Rom, den 9. Dezember 1908

Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat mit letztem Kurier einen Bericht aus Petersburg erhalten, worin sich Graf Berchtold über die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland ausspricht. Trotz der sehr hochgehenden panslawistischen Wogen glaube der Botschafter nicht an einen Krieg, der ja schließlich auch das Ende der Zarenherrschaft bedeuten könne.

Graf Lützow ist skeptischer. Er scheint doch zu meinen, daß im Frühjahr zunächst wenigstens die montenegrinischen und serbischen Gewehre sozusagen von selbst losgehen. Er fragte mich, was namentlich im Falle einer russischen Intervention Italien tun würde? Negativ trafen wir in der Meinung zusammen, daß auf diplomatische oder gar militärische Unterstützung durch Italien bei einer europäischen Katastrophe nicht zu rechnen ist. Wenn auch die hiesigen Machthaber vor einer Kooperation mit den Gegnern der zentraleuropäischen Kaiserreiche zunächst zurückschrecken würden, wäre doch eine wenigstens teilweise Mobilmachung der italienischen Armee und Truppenanhäufung an der Nordostgrenze gewiß, dem gegenüber Österreich Südtirol und Istrien stark besetzt halten müßte. Alles weitere hinge natürlich von England ab, von dem man hier nach wie vor die Parole zu nehmen entschlossen ist.

Käme es im Frühjahr nur zu einem Balkankrieg, so ist nach unser beider Ansicht mit einem starken Freischarenaufgebot zu rechnen, wenn auch ohne erheblichen militärischen Wert. Als selbstredend hat dabei zu gelten, daß England die Adria frei hält und die Überführung der Freischärler nach Montenegro, Albanien pp. unter seine Protektion nimmt. Direkte Übertritte größerer Banden auf Tiroler oder Triestiner Gebiet würden wohl von den italienischen Behörden verhindert werden. Immerhin müsse auch nur im Falle eines serbisch-österreichischen Krieges eine gewisse österreichische Truppenzahl an der italienischen Grenze vorsichtshalber echeloniert werden.

Monts

Nr. 9151

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Eigenhändig

Berlin, den 12. Dezember 1908

Ein mir seit Jahren bekannter russischer Sekretär sagte mir in einem Zusammenhange, der an der Richtigkeit seiner Behauptung für mich

jeden Zweifel ausschließt, Rußland würde in den unvermeidlichen Kampf zwischen England und Deutschland um die Suprematie in Europa hineingezogen werden. Zwar bestehe kein formelles Bündnis zwischen Rußland und England, sie hätten sich aber so tief miteinander eingelassen, daß Rußland England unzweifelhaft beispringen werde und umgekehrt.

Bussche

Nr. 9152

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 554 St. Petersburg, den 11. Dezember 1908
Vertraulich

Die Unterredung, zu der mich Herr Iswolsky gestern in vorgerückter Abendstunde bitten ließ, trug einen sehr freundschaftlichen Charakter. Der Minister empfing mich in herzlichster Weise, indem er mir Vorwürfe darüber machte, daß ich mich so lange nicht hätte blicken lassen[1]. Wir müßten uns öfter sehen, die Zeiten seien zu ernst. Ich erwiderte Herrn Iswolsky, er wisse, daß ich immer zu seiner Verfügung stände. Er brauche mich nur rufen zu lassen. Bei meinem letzten Besuch hätte ich einen Grund bei den Haaren herbeigezogen, um den Minister, der ja mehrere Wochen hinter einander die Diplomaten nicht empfangen hätte, aufzusuchen. Offen gestanden hätte ich von diesem Besuche nicht den Eindruck mitgenommen, daß der Minister in diesem Augenblick auf einen Gedankenaustausch mit mir besonderen Wert lege. Mir wäre dies auch begreiflich erschienen, da die österreichisch-russischen Verhandlungen ihn wohl jetzt hauptsächlich beschäftigten, und wir bei diesen Verhandlungen nicht beteiligt seien[2].

Der Minister begann nun zunächst mit der Angelegenheit des „Lokalanzeigers" und bezeichnete die von dem Chefredakteur des „Wetscher" Taburno dem Korrespondenten des „Lokalanzeigers" gegebene Nachricht als einen guet-apens. Die Intrige, an welcher vielleicht auch Herr Schelking (Inssarow), den er allerdings neulich gesprochen habe, beteiligt sei, bezwecke, ihn — Iswolsky — in eine abenteuerliche Politik zu treiben. Er werde die Fäden dieser Intrige schon aufdecken. Eines sei ihm bereits jetzt klar, daß es sich um ein gegen ihn gerichtetes Komplott handele[3]. Was die Sache selbst betreffe, so lege er den allergrößten Wert darauf, mir auf das bestimmteste zu versichern, daß von dem angeblich bevorstehenden russisch-englischen Bündnis gar keine Rede sei und sein könne, da eine solche Politik im diametralen Gegensatz zu derjenigen stehe, von welcher er nicht einen Augenblick abgewichen sei, und der er treu zu bleiben beabsichtige[4]. Bei seinen Gesprächen in Reval sowohl mit Sir Charles

Hardinge als mit Seiner Majestät dem König Eduard habe er stets vorangeschickt, er wünsche keinen Zweifel darüber zu lassen, daß er bereit sei, über zentralasiatische Fragen, Persien, Afghanistan etc. zu sprechen, es aber direkt ablehne, zu irgend welchen Abmachungen die Hand zu bieten, welche auch nur die geringste Spitze gegen Deutschland hätten. Seit Reval habe sich absolut nichts in den russisch-englischen Beziehungen geändert, und es bestehe auf keiner Seite der Wunsch, diese Beziehungen enger zu gestalten. Er bitte mich dringend, dies Euerer Durchlaucht mitzuteilen, er werde auch den russischen Botschafter in Berlin in gleichem Sinne instruieren.[5]

Der Minister ging dann zu den österreichisch-russischen Beziehungen und den schwebenden Verhandlungen über und erging sich wieder in den bekannten heftigen Ausdrücken über den Baron Aehrenthal, dessen lediglich von persönlichem Ehrgeiz geleitete politique de mauvaise foi und in ähnlichen Ausfällen[6]. Was das Wiener Kabinett wolle, sei ihm ganz unverständlich, er neige immer mehr zu der Ansicht, daß Aehrenthal den Krieg wolle, um Serbien einzustecken, anders sei sein Verhalten gar nicht zu erklären. Er habe auch sehr gute Nachrichten aus Wien, daß die dortige Militärpartei immer mehr an Boden gewinne, und daß man nur bis zum März warten wolle, um gegen Serbien loszuschlagen. Dies sei, wie es scheine, der günstigste Moment für einen Feldzug in jenen Gegenden.

Die Verhandlungen in der Konferenzfrage rückten keinen Schritt vorwärts, die Noten des Wiener Kabinetts bewegten sich in unklaren Redewendungen, aus denen nur eines hervorgehe, daß Österreich hartnäckig an seinem Standpunkt festhalte. Dabei sei Aehrenthal perfide genug, ihn, Iswolsky, in Berlin als trouble fête de l'Europe und womöglich als Anstifter eines europäischen Brandes zu denunzieren[7]. Er finde keine Worte für eine derartig verwerfliche Politik. Die Wahrheit sei, daß er, Iswolsky, keinen anderen Gedanken habe, als auf friedlichem Wege aus der jetzigen unerträglichen Situation herauszukommen und zu einer Verständigung mit Österreich zu gelangen. Wer bürge ihm aber dafür, daß, selbst wenn Rußland um des Friedens willen in allen Punkten nachgebe und auf diesem Wege die Einigung zustande käme, Österreich-Ungarn nicht in einigen Monaten den ersten besten Vorwand ergreifen werde, um in Serbien einzumarschieren?[8] Einen solchen Vorwand selbst zu schaffen, werde Baron Aehrenthal nicht schwer werden. Deutschland müsse doch selbst anfangen einzusehen, daß es auf diesem Wege nicht weitergehe[9]. Bei den zwischen Rußland und Deutschland bestehenden guten Beziehungen[10] sei es jetzt an Deutschland, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und seinen Verbündeten von einer waghalsigen Politik zurückzuhalten, welche drohe de mettre toute l'Europe à feu et à sang[11]. Seine letzte Hoffnung habe er auf die nunmehr eingetroffene neue Note Österreichs*

* Vom 8. Dezember. Vgl. Nr. 9144, Fußnote ***.

gesetzt. Er sehe aber schon jetzt, daß er sich in dieser Hoffnung getäuscht habe. Die Note mache zwar auf den ersten Anblick den Eindruck, in sehr versöhnlichem Tone gehalten zu sein, bei näherer Betrachtung jedoch sehe man, daß sie in Wirklichkeit die Situation nur verschlimmere. „Was soll jetzt geschehen? Ich versichere Sie, ich weiß es nicht. Je suis au bout de mon latin[12]. Wenn ich wüßte, daß ich die Sache des Friedens dadurch förderte, würde ich am liebsten meinen Platz einem anderen abtreten. Ich habe dies auch dem Zaren schon gesagt. Allerdings glaube ich, daß gerade ich einige Bürgschaften für den Frieden biete."

In diesem Sinne floß der Redestrom des Herrn Iswolsky unaufhörlich wohl eine Stunde lang fort. Ich hatte mich während dieser ganzen Zeit ruhig zuhörend verhalten.

Nunmehr ergriff ich das Wort, indem ich mich bemühte, einen sehr ruhigen, freundschaftlichen Ton anzuschlagen. Ich führte dabei folgendes aus und darf mir erlauben, meine Darlegungen in direkter Redeform wiederzugeben.

„Sie haben vorhin gesagt, die guten Beziehungen, die zwischen Deutschland und Rußland bestehen, müßten es uns nahelegen, die Schlichtung des Streites zwischen unserem Verbündeten und Rußland jetzt selbst in die Hand zu nehmen. Ich gebe zu, daß diese Beziehungen gute sind, und füge hinzu: Gott gebe, daß sie nie schlecht werden. Ich bin nichts weniger als Russophobe, meine Anschauungen über das wünschenswerte Verhältnis Deutschlands zu Rußland habe ich mir in der Schule Bismarcks und des Generals von Schweinitz, unter welchem ich hier vor 18 Jahren war, gebildet. Ich bin überzeugter Anhänger eines guten und selbst intimen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland. Beide Länder haben keine ernsten Interessenverschiedenheiten. Stehen sie zusammen, so können sie ein sehr gewichtiges Wort im europäischen Rate sprechen. Gerade von diesem Gesichtspunkte kann ich es nur auf das lebhafteste bedauern, daß die russisch-deutschen Beziehungen, wenn auch gute, doch nicht so gute sind, wie sie in den letzten Jahren hätten werden können[13]. Unsere Wege hatten sich nach dem russisch-japanischen Kriege und nach der Revolution sehr genähert, sind aber leider seitdem wieder recht weit auseinander gegangen[14]. Sie wissen selbst ebenso wie ich, daß hieran mein allergnädigster Herr und die Kaiserliche Regierung keine Schuld trägt. Auf welchem Fuße Deutschland mit Rußland zu stehen wünscht, und daß Rußland von Deutschland nichts zu fürchten hat, ist Ihnen deutlich genug gezeigt worden. Der Grund der neuerdings zwischen Deutschland und Rußland eingetretenen Entfremdung — ich bedauere, dies Wort absichtlich wählen zu müssen — liegt in nichts anderem — ich muß dies immer wieder betonen — als in Ihrer Annäherung an England[14]. Es wäre absurd, wenn wir an Ihrem Abkommen mit England über Persien, Afghanistan pp. Anstoß nehmen wollten. Auch würde kein Mensch in Deutschland daran gedacht haben, sich über den Besuch des Königs Eduard in Reval aufzuregen, wenn nicht seit jener Zeit überall in der ganzen Welt von der

Tripelentente die Rede wäre und man nicht in Deutschland die Wahrnehmung zu machen glaubte, daß die Intimität zwischen Petersburg und London seit einigen Monaten in stetem Wachsen begriffen ist. Die Angelegenheit der falschen Nachricht des ‚Lokalanzeigers'*, so unangenehm sie sonst sein mag, ist in einer Beziehung lehrreich. Sie zeigt, daß man bezüglich des Punktes Ihrer Beziehungen zu England bei uns auf das äußerste empfindlich ist. In der Tat kann ich Sie versichern, daß es in Deutschland kaum jemanden, der sich mit Politik beschäftigt, gibt, der nicht instinktmäßig in dem vom ‚Lokalanzeiger' an die Wand gemalten russisch-englisch-französischen Bündnis eine ernste Gefahr für den Frieden erblicken würde[13]. Ein solches Bündnis würde die Schließung des Ringes bedeuten, welcher die Stellung Deutschlands in Europa zu einer unerträglichen gestalten würde. Schon bei bloßen ernstlichen Anzeichen des Bevorstehens eines solchen Bündnisses bin ich überzeugt, daß ein beträchtlicher Teil der sonst gewiß friedlich gesinnten öffentlichen Meinung Deutschlands zu einer aggressiven Politik drängen würde, um den Ring womöglich zu sprengen, ehe er fertig geschlossen ist[15]. Ich bitte Sie dringend, die Bedeutung der Zustimmung der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland zu der Politik einer energischen Unterstützung Österreichs nicht zu unterschätzen. Diese Zustimmung ist um so bemerkenswerter, als sie in einem Augenblick zum Ausdruck kommt, wo man gerne der Reichsleitung gerade auf dem Gebiete der äußern Politik etwas am Zeuge flicken möchte. Sie hat auch mit Bosnien, der Herzegowina, Serbien und Balkanpolitik sehr wenig zu tun. Die panslawistischen Hetzer befinden sich in einem groben Irrtum, wenn sie glauben, daß Deutschland Österreich-Ungarn schiebt[13] und la poussée germanique in Wirklichkeit hinter dem Vorgehen Baron Aehrenthals zu suchen ist. Ich stehe sogar gar nicht an zuzugeben, daß die durch Österreich hervorgerufene Situation vielen in Deutschland recht unerwünscht ist. Diese Erwägungen treten aber alle hinter dem instinktmäßigen Gefühl zurück, daß in diesem Augenblick der mitteleuropäische Block fest zusammenhalten muß, um eventuell gegen den sich bildenden Ring einen kräftigen Stoß zu führen[16]. Diese Darlegungen führen mich zu unserer Stellung gegenüber den Verhandlungen zwischen Österreich und Ihnen. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß, wenn zwischen Deutschland und Rußland die Beziehungen jetzt so wären, wie ich es wünschen würde, und wie sie hätten sein können, wir jetzt viel eher in der Lage sein würden, Ihnen die Dienste zu leisten, die Sie von uns wünschen. (Ich erinnerte hier auch daran, daß Seine Majestät der Kaiser und König noch in diesem Frühjahr in der Angelegenheit der Donau-Adria-Eisenbahn einen von Rußland gewünschten Schritt getan habe[14]). Ich stelle mir allerdings vor, daß Sie dann unmittelbar nach der Annexion auch mit uns Fühlung genommen haben würden, anstatt mit einem bereits in London und Paris vereinbarten Programmentwurf

* Vgl. Nr. 9146, S. 317, Fußnote *.

und Punkten dieses Programms, die für Österreich-Ungarn unannehmbar sind, an uns heranzutreten[17]. Wir würden dann in der Lage gewesen sein, einerseits Vorsicht zu empfehlen und von einem voreiligen Konferenzprogramm abzuraten und Ihnen zugleich bei direkten Verhandlungen mit unserem Verbündeten Dienste zu leisten. Was sollen wir aber jetzt, selbst wenn wir wollten, machen? Stehen sich doch, wie es scheint, die Gegensätze zurzeit noch so schroff gegenüber, daß eine Brücke schwer zu schlagen ist. Wir können als Freunde nichts anderes tun, als Ihnen auf das dringendste raten, falls Sie, was ich nicht glaube, nicht etwa den Krieg wollen, auf Grund eines Kompromisses zu einer Verständigung zu gelangen[13]. Je länger es dauert, bis eine Lösung gefunden wird, um so mehr wachsen die Gefahren der jetzigen Lage. Ob Ihre innere Lage Ihnen erlaubt, solchen Gefahren ohne Sorgen entgegenzugehen, müssen Sie besser beurteilen können als ich. Sie sagen selbst, Rußland will keinen Krieg. Bedenken Sie aber, daß dieses Wort noch am Vorabend des Angriffs der japanischen Torpedoboote auf Port Arthur gesprochen wurde[18]." Hier unterbrach mich Herr Iswolsky mit den Worten: „Wörtlich dasselbe habe ich gestern Herrn Suworin von der ‚Nowoje Wremja' gesagt[19]." Ich fuhr dann fort: „Ich kann Ihnen nur offen sagen, daß man in Berlin anfängt, die Lage ernst anzusehen[14]. Ich spiele ungern die Rolle eines Denunziators und Hetzers. Aber ich darf Ihnen nicht verschweigen, daß man in Berlin sehr gute Nachrichten hat, denen zufolge in Belgrad und in Konstantinopel von englischer Seite sehr gehetzt und zum Kriege getrieben wird[16]." Der Minister unterbrach mich hier und sagte: „Meine Nachrichten lauten anders. Danach hat gerade jetzt[3] die englische Regierung den lebhaften Wunsch, in Belgrad und Konstantinopel beruhigend einzuwirken." „Sind Sie ganz sicher," sagte ich darauf mit einer Betonung, die Herr Iswolsky nicht mißverstanden haben kann, „daß die Handlungen der englischen Diplomatie sich immer streng der von der Regierung geführten Sprache anpassen?[2] Ich glaube", fuhr ich fort, „nach wie vor, daß der sicherste Weg zu einer Beendigung der Krisis die möglichst baldige Verständigung mit Österreich ist."

„Eine solche Verständigung kann doch unmöglich allein auf Kosten Rußlands erfolgen", meinte darauf Herr Iswolsky. „Aber vielleicht auf Grund eines Kompromisses", gab ich zur Antwort. „Alles wäre möglich," fuhr der Minister fort, „wenn man nicht mit Aehrenthal zu tun hätte. Aber mit diesem Minister kann ich nicht weiter verhandeln. J'ai peur de Aehrenthal! Es ist mir ganz klar, daß Österreich Serbien nehmen will[20]." Als ich versuchte, Herrn Iswolsky von diesem Gedanken abzubringen, und darauf hinwies, daß, wenn Österreich wirklich auf der Balkanhalbinsel weiter vorrücken wollte, es den Sandschak nicht zurückgegeben haben würde, erwiderte der Minister: „Vergessen Sie nicht, daß der Weg nach Saloniki nicht über den Sandschak, sondern über Serbien führt!"

Herr Iswolsky holte dann, um mir den Beweis des intransigenten österreichischen Standpunktes zu liefern, die erst vor wenigen Stunden

eingegangene österreichische Note hervor, von der er mir streng vertraulich Kenntnis geben wollte. Ich war in hohem Maße erstaunt, darin einen Passus zu finden, nach welchem das Wiener Kabinett die „Diskussion" über die Annexion gar nicht mehr unbedingt von der Hand weist, sondern nur Wert auf vorherige Einigung darüber legt, daß die Mächte keine Einwendungen gegen die Annexion erheben[21]. Ich sagte dem Minister, ich müßte aufrichtig sagen, daß mir dies im Hinblick auf den ursprünglichen Standpunkt des Wiener Kabinetts als ein sehr weitgehendes Zugeständnis erschiene. Herr Iswolsky entgegnete, darauf käme es ihm gar nicht an, das wichtigste an der Note sei, daß Aehrenthal am Schlusse den Wunsch ausspreche, Iswolsky möge das Programm formulieren. „Das ist ja gerade, was ich nicht will[22]," rief der Minister aus, „ich will überhaupt nicht mit Österreich-Ungarn allein verhandeln. Schlage ich eine formule vor, so nimmt sie Aehrenthal nicht an, wir sind dann so weit wie vorher, und Österreich rüstet während der Zeit weiter zum Kriege." Ich bemerkte darauf dem Minister, er möchte mir nicht verübeln, wenn ich auch seinen Standpunkt etwas intransigent fände[23]. Wenn man ernstlich wollte, müsse es doch nicht so schwer sein, eine Formel zu finden, in der ausgesprochen würde, der betreffende Artikel des Berliner Vertrages erleide eine Veränderung in dem Sinne, daß Bosnien und die Herzegowina nunmehr einen Teil der habsburgischen Monarchie bilden[14]. Auf diese Bemerkung deckte Herr Iswolsky seine Karten auf: „Eine solche Formulierung wünscht Aehrenthal[24]," warf er ein. „Wer aber sagt Ihnen, daß das übrige Europa nicht anders über die Frage denkt[25]? Warum sollte die Formulierung nicht zum Beispiel lauten, daß Bosnien und die Herzegowina autonom werden[26]? Rußland steht mit seiner Auffassung nicht allein. Darum will ich eben nicht mit Aehrenthal weiter direkt verhandeln[27]. Die Mächte mögen sich jetzt äußern."

Ich bemerkte darauf, wenn die Dinge so lägen, früge ich mich, ob nicht diejenigen recht hätten, welche meinten, es wäre schließlich am besten, wenn der Konferenzgedanke überhaupt aufgegeben[28] und die Frage, allerdings auch zugleich die Wunde, offen bleibe. Ich hätte diese Eventualität in der letzten Zeit öfters erörtern hören und auch die Einwendung gehört, daß die offene Wunde eine chronische Gefahr bilde. Auf diesen Einwand sei aber geantwortet worden: „Wunden vernarben."

Der Minister bemerkte schließlich, ich möchte seine Äußerungen zu der neuen österreichischen Note noch als vertrauliche und nicht als seine definitive Stellungnahme zu dieser Note ansehen.

Ich darf noch nachtragen, daß der Minister meinen langen Ausführungen mit ernster Aufmerksamkeit gefolgt war und mich nur selten unterbrach, ohne in Erregung zu geraten oder aggressiv zu werden. Als ich von der bedrohlichen Situation sprach, die ein russisch-englisches Bündnis herbeiführen würde, bemerkte er, ich hätte vollkommen recht. Er selbst habe dies Herrn Clemenceau gesagt und sei bei diesem auf volles Verständnis gestoßen. Bei meinen Darlegungen über das deutsch-russische

Verhältnis sagte der Minister mit großem Ernst: „Wenn ich wirklich in Deutschland alles Vertrauen verloren habe, dann tue ich vielleicht am besten zu gehen[29].“ Ich bemerkte darauf nur, wenn Herrn Iswolsky wirklich an einem vertrauensvollen Verhältnis zu Deutschland liege, von dem ich glaubte, daß es auch Rußland Nutzen bringen könnte, so könne er ja dies in Zukunft beweisen.

Ich fürchte, daß ich mit der Wiedergabe meiner Unterredung, die über zwei Stunden dauerte, etwas lang geworden bin. Dieselbe erschien mir aber so wichtig, daß ich sie in allen Einzelheiten wiedergeben zu sollen geglaubt habe.

F. Pourtalès

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Pourtalès meine Anerkennung telegraphieren.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Das war gut
[2] sehr gut
[3] ?
[4] damit setzt er sich in direkten Widerspruch mit seinen Drohungen uns gegenüber in diesem Frühjahr und Sommer!
[5] warum hat er das nicht gleich nach Wiesbaden im Mai gesagt!
[6] ! Verletzte Eitelkeit eines düpirten Fuchses
[7] das war so evident für Jeden Diplomaten daß es dessen nicht bedurfte
[8] ?!
[9] !
[10] So? so blau!
[11] Damit wir nachher das Odium des Mißlingens auf uns laden!
[12] Na? Na?
[13] gut
[14] ja
[15] unbedingt ja Prävenire spielen wie einst Friedr[ich] d[er] Große
[16] ja!
[17] ganz zuletzt nach Monaten!
[18] und von Alex[ander] II. am Tage vor Ausbruch des Türkischen Krieges 1877.
[19] too late!
[20] Unsinn!
[21] das ist der Standpunkt der von Wien aus uns gegenüber stets vertreten worden ist
[22] !!
[23] aber sehr
[24] aha!
[25] wir und Frankreich sicher nicht!
[26] Unsinn
[27] damit fällt die Conferenz!
[28] richtig
[29] diese Worte hat er dem Reichskanzler gegenüber gebraucht, nachdem er von meinem lunch zurück war

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ausgezeichnet! Ich unterschreibe jedes Wort! Pourtalès hat, überlegt, wahr, und schneidig gesprochen! Es ist gut, daß Iswolski das zu hören bekam. Der Kerl hat mit seinen abwechselnden bluff, Intriguen, Unwahrheit, Finasserie sich schließlich so in eine Ecke hineinmanövrirt, daß er selbst in seinem Netze verstrickt ist und nicht mehr heraus kann!

Nr. 9153

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 556 St. Petersburg, den 12. Dezember 1908

In Ergänzung meines Berichts Nr. 554 vom 11. d. Mts.*

Als bei unserem vorgestrigen eingehenden vertraulichen Gedankenaustausch Herr Iswolsky über seine Besorgnisse bezüglich der Pläne Österreich-Ungarns auf Serbien sprach und ich mich bemühte, diese Besorgnisse zu zerstreuen, warf ich den Gedanken hin, ob nicht gerade diese Besorgnisse die russische Politik veranlassen sollten, sich über die schwebenden Fragen möglichst bald freundschaftlich mit Österreich zu verständigen und bei dieser Gelegenheit womöglich zu einem Abkommen über Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel zu gelangen. Durch die Anerkennung der Annexion verliere Rußland doch tatsächlich nichts. Ein Abkommen im obigen Sinne würde aber Rußland Garantien gegen das befürchtete weitere Vordringen Österreich-Ungarns auf Salonik gewähren.

Die erste Antwort Iswolskys auf diese Bemerkung war zunächst wieder: „Mit Baron Aehrenthal sind derartige Verhandlungen unmöglich." Nach einigem Überlegen fügte er hinzu: „Österreich-Ungarn bleibt solchen Vereinbarungen ja doch nicht treu."

Aus sonstigen Äußerungen Iswolskys ging aber deutlich hervor, daß er absolut die Anerkennung der Annexion nicht will und auch immer noch an dem Gedanken territorialer Kompensationen für Serbien festhält. Er meinte, Serbien müsse einen Seehafen haben. Ich erwiderte: „Die Schweiz hat auch keinen Hafen und ist doch ein blühendes Land."

Pourtalès

---

* Siehe Nr. 9152.

Nr. 9154

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 567 St. Petersburg, den 13. Dezember 1908
Vertraulich

Graf Berchtold erzählt mir streng vertraulich, er sei schon jetzt von Freiherrn von Aehrenthal ermächtigt, falls Herr Iswolsky den Wunsch zu erkennen gibt, die letzte österreichische Note den Kabinetten der Mächte zur Äußerung vorzulegen, zu verstehen zu geben, daß die österreichische Regierung hiergegen keine Einwendungen erhebe. Damit wäre der Wunsch des Herrn Iswolsky, daß zunächst die Mächte ihre Ansichten zu dem Programm aussprechen, erfüllt. Mein österreichisch-ungarischer Kollege will mit diesem Zugeständnis seiner Regierung vorläufig noch zurückhalten und überhaupt zu einer Wiederaufnahme der mündlichen Pourparlers mit dem russischen Minister, der seit Entgegennahme der österreichischen Note am vorigen Mittwoch noch nichts wieder von sich hat hören lassen, zunächst keine Initiative ergreifen.

Der Ton der russischen Presse ist seit einigen Tagen entschieden ruhiger geworden, und wird in den meisten Blättern anerkannt, daß Österreich-Ungarn einen entgegenkommenden Schritt getan hat.

F. Pourtalès

Nr. 9155

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Privatbrief. Konzept von der Hand des Gesandten von Kiderlen

Berlin, den 14. Dezember 1908

Ihren Bericht vom 9. über Ihre Unterredungen mit Ihren österreichischen Kollegen beim Quirinal und beim Vatikan, sowie mit Prinz Franz Liechtenstein* habe ich, wie immer, mit großem Interesse gelesen.

Wenn bei den genannten drei Herrn auch manches persönliche Moment mitsprechen mag, so kann ich doch auch begreifen, daß sie vom rein politischen Standpunkt aus das Vorgehen des Baron Aehrenthal in manchen Punkten, speziell bezüglich manchen Details im modus procedendi, kritisieren.

---

* In Bericht Nr. 163 vom 9. Dezember hatte Graf Monts Äußerungen von Graf Lützow, Graf Szécsen und dem früheren österreichischen Botschafter in Petersburg Prinz Franz Liechtenstein mitgeteilt, die sehr abfällig über Freiherrn von Aehrenthal lauteten und dessen Politik geradezu als verhängnisvoll für Kaiser und Reich bezeichneten.

Für uns liegt die Sache anders. Nachdem die Annexion von Bosnien und der Herzegowina ausgesprochen und von einer mächtigen Staatengruppe angegriffen war, mußten wir unbedingt fest zu unserem Verbündeten stehen. Taten wir es nicht, so mußte Österreich zurückweichen. Wir hätten uns dann aber gleich darauf derselben Gruppe, die Österreich gedemütigt hatte, allein gegenüber befunden. Wir wären dann demselben Schicksal verfallen, das wir vorher unserm Bundesgenossen bereitet hätten. Darin bin ich sicher, mich mit Ihnen in Übereinstimmung zu befinden.

Man mag über Aehrenthal und sein bisheriges Vorgehen nun denken, wie man will, so viel steht fest, daß sein Sturz und seine Ersetzung durch wen auch immer, in der jetzigen Lage, ein Zurückweichen Österreichs von der Politik der letzten Monate bedeuten würde. Das wäre eine Demütigung Österreichs vor der uns feindlichen Gruppierung. Ein Rückzug Österreichs von der Politik, in der wir es bisher unterstützt haben, wäre unser Rückzug, seine Demütigung unsere Demütigung.

Ich hoffe, daß es Ihnen gelingen wird, der sich aus vorstehendem ergebenden Erkenntnis, daß zurzeit die Erhaltung Aehrenthals auf seinem Posten auch für Österreich eine politische Notwendigkeit ist, bei den dortigen österreichischen Herrn Eingang zu verschaffen.

Wenn wir also wünschen müssen, und zwar in unserem allereigensten Interesse, daß Österreich jetzt durchhält, so müssen wir ihm den Rücken stärken und es insbesondere nicht dadurch ängstlich machen, daß wir die italienische Gefahr in besonders grellen Farben erscheinen lassen.

Von der feindlichen Mächtegruppe wird zurzeit Rußland und sein unruhiger und unzuverlässiger Minister Iswolsky in den Vordergrund geschoben. Ihm gegenüber muß Österreich stark bleiben; es kann nur in seiner Haltung wankend gemacht werden, wenn wir jetzt auf die Gefahren hinweisen, die auch von der italienischen Seite drohen könnten.

In ruhigen Zeiten mag es richtig sein, die Österreicher auf italienische Verstimmungen aufmerksam zu machen, um sie zum Entgegenkommen zu veranlassen; jetzt dürfen wir sie nicht einschüchtern, und ich bitte Sie deshalb dringend, in diesem Sinne auch auf Ihre dortigen österreichischen Kollegen einzuwirken. Sollte es zu einem Konflikt kommen, so liegt für Österreich die größere Gefahr auf der russischen Seite. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß selbst von einem treulosen Italien nicht ein sofortiger energischer Offensivstoß zu befürchten ist.

Sie sind aber ein zu gründlicher Kenner der österreichischen Dinge, um nicht zu wissen, daß ein Krieg mit Italien, dem Kirchenschänder, in den aristokratischen Kreisen Österreichs weit populärer ist als ein Kampf mit Rußland, das die ungarische Revolution niederwerfen half. Dasselbe gilt von Tschechen und sonstigen Slawen. Es wird daher für die Wiener Zentrale immer die Versuchung naheliegen, sich — ähnlich wie 1866 — nur mit einem Teil des Heeres gegen Rußland zu wenden und dort sich auf seinen Bundesgenossen zu verlassen, daneben aber sich

in Italien billige und populäre Lorbeeren zu holen. Wir müssen aber dringend wünschen, daß Österreich im Ernstfall seine Kräfte nicht zersplittert, daß es vielmehr mit seiner ganzen Kraft gegen Rußland zieht und sich im äußersten Fall an der nach Ansicht aller Militärs leicht zu verteidigenden italienischen Grenze defensiv verhält. Sprechen wir den Österreichern zuviel von der italienischen Unsicherheit und Treulosigkeit, so erreichen wir nur das Gegenteil von dem, was wir wünschen müssen. Wir machen die Österreicher unsicher und vergrößern ihre Neigung, eine unnötig große Zahl von Truppen an der italienischen Grenze zu immobilisieren.

Ich habe die vorstehenden Fragen eingehend mit Holstein, Kiderlen und Jagow, der noch hier ist, sowie nach der militärischen Seite hin auch mit dem Generalstabschef von Moltke besprochen. Sie alle haben dem obigen Gedankengang rückhaltlos zugestimmt. Speziell Jagow, der ja Italien kennt und dort noch viele Beziehungen hat, ist mit mir der Ansicht, daß, wenn Österreich in einen russischen Krieg verwickelt wird, Italien keinenfalls über Österreich ohne weiteres herfallen, sich zunächst vielmehr zuwartend verhalten wird. Jedenfalls dürfen wir jetzt bei Österreich keine andere Ansicht aufkommen lassen.

Ich hoffe, Sie teilen diese Überzeugung und arbeiten mit Ihrer ganzen Geschicklichkeit nach dieser Richtung und in mäßigendem Sinn bei Ihren dortigen österreichischen Kollegen, sowie bei sonstigen politischen Persönlichkeiten aus Österreich, denen Sie dort begegnen.

Bülow

Nr. 9156

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Gesandten von Kiderlen

Nr. 1867 Berlin, den 15. Dezember 1908

Euere Exzellenz bitte ich Seiner Exzellenz dem Baron Aehrenthal zu sagen, daß ich aus der von ihm in seinem Privatbrief* gegebenen Anregung einer direkten Verständigung der beiden Generalstabschefs sofort Anlaß genommen habe, mit Herrn General von Moltke zu sprechen. Er wird sich sehr gern, wie ich dies heute auch dem k. und k. österreichisch-ungarischen Botschafter gesagt habe, mit seinem österreichischen Kollegen in Verbindung setzen. Wenn dies unter der von Baron Aehrenthal angenommenen Voraussetzung einer italienischen Neutralität geschieht, so entspricht dies durchaus dem Bilde, das auch ich mir auf Grund zahlreicher und vertrauenswerter Nachrichten aus Italien von der dortigen Sachlage gemacht habe. Alle meine italienischen Privatnachrichten, die aus guten Quellen an mich gelangen, gehen — zum Teil allerdings ab-

* Vom 8. Dezember. Siehe Nr. 9145.

weichend von der amtlichen Berichterstattung, die von dem auch dem Baron Aehrenthal bekannten Pessimismus unseres Botschafters etwas angehaucht sein dürfte — dahin, daß im Falle eines Kriegs jedenfalls von Italien kein sofortiger Angriff zu erwarten ist, die Italiener sich vielmehr, wie das auch im ganzen ihrem Charakter besser entspricht, zuwartend verhalten werden.

Bülow

Nr. 9157

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 451 Wien, den 15. Dezember 1908

Über den Inhalt der Ende dieser Woche hier erwarteten russischen Antwortnote teilt mir Freiherr von Aehrenthal mit, Herr von Tscharykow habe dem österreichischen Botschafter gesagt, sie werde für Österreich „satisfaisante" lauten. Rußland sei unter anderem damit einverstanden, daß vor Zusammentritt der Konferenz über alle Punkte volles Einvernehmen zwischen den Mächten herzustellen sei, so daß die Arbeit der Konferenz lediglich in der Redigierung einer Art von „Schlußprotokoll" bestehen würde. Herr von Tscharykow hat weiter betont, es käme jetzt hauptsächlich darauf an, kriegerische Verwickelungen zwischen Österreich und Serbien zu vermeiden, und dabei die Bemerkung gemacht, man werde müssen dafür geeignete Garantien schaffen[1]. Freiherr von Aehrenthal meinte, in dieser Bemerkung werde wohl „der Haken" liegen; es ließe darauf schließen, daß Rußland etwaige „Erklärungen" von Österreich und Serbien fordern werde, die, wie er besorge, eine Großmacht abzugeben nicht in der Lage sein würde.

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dahinter spukt wohl Autonomie Idee?

Nr. 9158

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 351 St. Petersburg, den 15. Dezember 1908

Herr von Tscharykow äußerte sich heute mir gegenüber sehr zufrieden und optimistisch über Lage. Die neuesten österreichisch-ungarischen Vorschläge bedeuteten entgegenkommende Schritte Wiener Kabinetts und würden hier angenommen. Allerdings werde Diskussion vor der Konferenz

langsamer zum Ziel führen. Hauptsache sei aber, daß überhaupt über Annexionsfrage diskutiert werde. Ich habe Eindruck, daß momentan Detente hier gewünscht und betont wird, damit Finanzminister Anleihe unter Dach bringt.[1] Hoffnung, daß infolge der Diskussion Österreich-Ungarn schließlich Autonomie einverleibter Provinzen zugestehen wird[2], scheint mir keineswegs aufgegeben.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aus der das Kriegsmaterial gegen Oesterreich bezahlt werden soll.
[2] !! unglaublich

Nr. 9159

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 395 Wien, den 16. Dezember 1908

Der neuernannte englische Botschafter Sir Fairfax Cartwright* ist am vergangenen Donnerstag hier eingetroffen. Noch am gleichen Tage hat er mit Freiherrn von Aehrenthal eine Unterredung gehabt, über die mir letzterer nachstehendes mitteilte:

Die äußere Erscheinung des Botschafters sei auf den ersten Blick wenig sympathisch. Seine abgerissene Sprechweise, seine hastigen Bewegungen und sein trüber, unruhiger Blick hätten auf ihn einen unangenehmen Eindruck gemacht[1].

Sir Fairfax habe nach kurzen, einleitenden Phrasen gleich mit der Eröffnung begonnen, er beabsichtige, nach seiner Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph ein Communiqué in die Presse zu lancieren, in welchem das Wesentliche von dem, was er dem Kaiser zu sagen beabsichtige, enthalten sei, und das geeignet sein würde, beruhigend auf die Stimmung in Europa einzuwirken.[2] Bei diesen Worten habe der Botschafter das fertige, deutsch geschriebene Manuskript aus der Tasche gezogen, um es dem Minister zu überreichen. Baron Aehrenthal hat dem Botschafter, wie er sagte, in trockenem Tone erwidert, es sei am hiesigen Hofe nicht Sitte, daß die Botschafter in der Antrittsaudienz eine politische Ansprache hielten. Es entfalle damit auch der Anlaß zur Lancierung des beabsichtigten Communiqués, und er, der Minister, sei deshalb auch nicht in der Lage, dieses Schriftstück jetzt entgegenzunehmen[3].

* Sir F. Cartwright war bis dahin Ministerresident in München bzw. Stuttgart gewesen. Er war nach dem Abgang Sir Frank Lascelles auch als Botschafter für Berlin in Frage gekommen; frühere Vorkommnisse, die nicht auf eine deutschfreundliche Gesinnung schließen ließen, hatten jedoch die deutsche Regierung bewogen, sich gegen seine Ernennung auszusprechen.

Als der Botschafter dann die Unterhaltung auf das politische Gebiet gelenkt habe, sei er ihm mit der Bemerkung ins Wort gefallen, daß, solange er seine Akkreditive Seiner Majestät dem Kaiser nicht übergeben hätte, er eine amtliche politische Unterredung ablehnen müsse[4]. Wolle er privatim mit ihm die politische Lage besprechen, so wäre er aber gern bereit, ihn anzuhören. Der Minister bemerkte hier einschaltend, er habe es für nützlich erachtet, gleich in seiner ersten Unterredung mit Sir Fairfax diesem vor Augen zu führen, daß es ihm nicht gelingen werde, mit ihm nach Gutdünken umzuspringen.

Der Botschafter hat dann angefangen, die bekannten Gravamina gegen die österreichische Politik vorzubringen. Österreich trage durch sein Vorgehen die Schuld an der allgemeinen Beunruhigung in Europa; es wolle das arme Serbien erdrücken usw. Unerklärlich sei ihm die Animosität, die, wie er wisse, in Österreich gegenüber England herrsche. Die englische Regierung sei, eingedenk der zwischen London und Wien herrschenden traditionellen Freundschaft, von den entgegenkommendsten Gefühlen Österreich gegenüber beseelt[5]. Alle Vorwürfe, die man der englischen Regierung hier mache, seien völlig unbegründet, und das Londoner Kabinett sei jederzeit durchaus korrekt gewesen.[6] Der Minister hat sich, wie er mir sagte, Mühe gegeben, diesen von lauter vorgefaßten Meinungen ausgehenden Ausführungen des Botschafters gegenüber in einem längeren, ruhig und sachlich gehaltenen Vortrage die wahre Lage der Dinge, insbesondere was das Verhältnis Österreichs zu Serbien und der Türkei anlangt, auseinanderzusetzen. Er hat dann, ohne die Haltung des Londoner Kabinetts zu kritisieren, mit vollem Nachdruck auf die verhetzenden Tendenzen hingewiesen, die sich seit Beginn der Krisis in der gesamten englischen Presse gezeigt hätten. Der Hetzarbeit der englischen Zeitungen sei es in erster Reihe zuzuschreiben, wenn man in Serbien und Montenegro der Stimme der Vernunft kein Gehör gebe. Mit dem Augenblick, wo es den Herren in Belgrad und Cetinje klar werden würde, daß sie bei der Verfolgung ihrer phantastischen, sogenannten nationalen Rechte nicht auf die Unterstützung Englands rechnen könnten, würde dort Ernüchterung eintreten und damit auch die von ihm eingangs berührte allgemeine politische Spannung in ganz Europa nachlassen. Er sollte meinen, daß, wenn es der englischen Regierung wirklich um die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung zu tun sei, es ihr nicht schwer fallen könne, Mittel und Wege zu finden, um den Treibereien der englischen Presse ein Ende zu machen[7].

Sir Fairfax habe dann im weiteren Verlaufe der Unterhaltung den beschwerdeführenden Ton, den er anfangs angeschlagen, verlassen. Bei weiterer Besprechung der Aussichten für den Zusammentritt der Konferenz habe er, Baron Aehrenthal, mit Genugtuung konstatieren können, daß auch das Londoner Kabinett ein vorgängiges Einvernehmen über alle in Betracht kommenden Punkte für unerläßlich hält.

Der Minister sagte mir zum Schluß, er werde weiter bemüht sein,

durch eingehende sachliche Besprechungen mit dem Botschafter zu versuchen, das Londoner Kabinett, das bisher augenscheinlich nicht genügend unterrichtet[8] worden sei und sich von Schlagworten habe leiten lassen, über die wahre Lage der Dinge zu orientieren. Ob er damit allerdings Erfolg haben und das englische Kabinett zu einer anderen Haltung bringen werde, bezweifle er. Er glaube, nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß König Eduard persönlich für die unfreundliche Politik verantwortlich zu machen sei, die England Österreich gegenüber führe. Der König werde es ihm, Baron Aehrenthal, nie verzeihen, daß er sich erdreistet habe, eine politische Aktion zu unternehmen, ohne vorher das placet des englischen Königs eingeholt zu haben. Kennzeichnend für die Stimmung des Königs sei folgender Vorgang, von dem er aus ganz sicherer Quelle Kenntnis erhalten habe. Als Achmed Risa* zur Audienz beim König erschienen sei, habe Seine Majestät den Türken mit folgenden Worten empfangen: „A capital trick, your boycott. Go on."[9]

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ganz richtig er ist ein ganz ekliger Passagier!
[2] !!
[3] sehr gut
[4] gut
[5] nach der Presse zu urtheilen nicht!
[6] !
[7] Northcliffe, Moberly Bell! White etc.
[8] Mensdorff!
[9] Donnerwetter! das hätte meine Großmutter nie gethan!

Nr. 9160

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 400 Wien, den 17. Dezember 1908

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 15. Dezember d. Js. Nr. 1867**:

Freiherr von Aehrenthal läßt Euerer Durchlaucht für die im Sinne seiner Anregung, betreffend eine Verständigung der beiden Generalstabschefs, getanen Schritte bestens danken. Der Minister war erfreut über die Übereinstimmung der Ansichten bezüglich der Haltung Italiens für den Fall eines kriegerischen Konflikts. Er wird unverzüglich dem Generalstabschef Auftrag geben lassen, unter Zugrundelegung der italienischen Neutralität ein ausführliches Exposé über die militärische Lage und die ins Auge zu fassenden militärischen Dispositionen auszuarbeiten, welches

* Präsident des jungtürkischen Komitees in Paris, später Präsident der Kammer, vgl. über ihn Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8902 und 8908.
** Siehe Nr. 9156.

dann dem General von Moltke zur Kenntnis und Begutachtung zuzustellen sein wird*.

General Conrad von Hötzendorf habe, wie Freiherr von Aehrenthal vertraulich hinzufügte, zwar großen Wert auf eine mündliche Aussprache mit dem deutschen Generalstabschef gelegt. Er, der Minister, glaube aber, von einer solchen für jetzt abraten zu sollen. Die Begegnung der beiden Generalstabschefs würde nicht geheim zu halten sein, und er halte dafür, daß diese Tatsache bei der augenblicklichen politischen Lage in Europa eine irritierende Wirkung haben würde, die unseren beiderseitigen Interessen nicht entsprechen würde. Zu gegebener Zeit könne man aber auf diesen Gedanken zurückgreifen, der dann eventuell auch von heilsamer Wirkung sein könnte.

von Tschirschky

---

* Tatsächlich wandte sich General Conrad von Hötzendorff am 1. Januar 1909 mit einem „einleitenden" Schreiben an den deutschen Generalstabschef von Moltke, durch das der „beiderseitige Verkehr in der so wichtigen Frage" zwischen den beiden Generalstabschefs eröffnet wurde. Das Conradsche Schreiben ist veröffentlicht in: Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit I, 631 ff. Vgl. dazu die Ausführungen Conrads auf S. 132 f., 140 seines Buches. Bezüglich der Antwort Moltkes teilt Conrad nur mit, daß sie Aehrenthal sehr befriedigt habe. Den Inhalt weiterer Antworten Moltkes, die zum Teil dem von Conrad nach Berlin gesandten Flügeladjutanten Hauptmann Franz Putz mündlich gegeben zu sein scheinen, resümiert Conrad (S. 142) dahin, daß Deutschland im Fall eines Krieges Österreich-Ungarns gegen Italien jenem den Rücken decken werde, daß man Italien aber für unfähig halte, Krieg zu führen, auch nicht in zwei bis drei Jahren, daß die österreichische Absicht, das Prävenire zu spielen, ein „militärisches Ideal" vorstelle, endlich, daß man im serbischen Konflikt durch die Erklärung, keine Gebietsvergrößerung anzustreben, Rußland vom Eingreifen abhalten würde.

Der Schriftwechsel Conrad—Moltke findet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amts und wird nur gelegentlich in den gegenseitigen Auslassungen Bülows und Aehrenthals gestreift. Aus dem Conradschen Resümee der Moltkeschen Antworten ergibt sich, daß dieser die Conradsche Maxime des Präventivkrieges vor allem gegen Italien zwar theoretisch für ein „militärisches Ideal" erklärte, daß er aber praktisch abwiegelte. Der Standpunkt Fürst Bülows, der mit allen Kräften für einen Ausgleich der Spannungen zwischen Österreich und Italien wirkte und folgerichtig den Gedanken eines österreichischen Präventivkrieges völlig perhorreszierte, erhellt aus Nr. 9155.

Kaiser Wilhelms II. Haltung endlich wird charakterisiert durch seine Stellungnahme zu dem im Januarheft 1909 der „Deutschen Revue" anonym zum Abdruck gelangten Aufsatz des früheren Generalstabschefs Graf Schlieffen „Der Krieg der Gegenwart" (jetzt auch in Graf Schlieffens Gesammelten Schriften I, 11 ff.). In diesem Aufsatz, den der Kaiser gelegentlich des Neujahrsempfangs der Generäle zustimmend glossierte (vgl. Jäckh, Kiderlen-Wächter II, 20, Anm.), wird die militärische und politische Einkreisung der Mittelmächte mit düsteren Farben geschildert: „Der eiserne, um Deutschland und Österreich geschlagene Ring war nur nach dem Balkan zu offen geblieben. Auch diese Lücke ist jetzt durch die Türkei, Serbien und Montenegro ausgefüllt worden, während Bulgarien und Rumänien in das österreichische Lager gedrängt werden. Damit ist die militärische Lage Europas gegeben. In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Österreich, ringsherum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte. Der militärischen Lage entspricht die politische. Zwischen den einschließenden und den eingeschlossenen Mächten bestehen schwer zu beseitigende Gegensätze... Es ist nicht ausgemacht, daß diese Leidenschaften und Begehrlichkeiten sich in gewaltsames Handeln umsetzen werden, aber das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zu-

Nr. 9161

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 402 Wien, den 17. Dezember 1908

Freiherr von Aehrenthal las mir heute ein Telegramm des Grafen Mensdorff vor, in dem dieser über eine Unterredung mit Sir E. Grey berichtet. Der englische Minister ist danach noch immer sehr reserviert gewesen und hat die alten Klagen über die brüske Art der Annexion wiederholt. Er hat jede Verantwortung wegen der Haltung der englischen Presse abgelehnt. Sobald Österreich sich bezüglich des Konferenzprogramms mit der Türkei, Rußland und Italien geeinigt haben werde, wäre alle Aussicht vorhanden, daß auch die übrigen Mächte dazu ihre Zustimmung gäben. Er hoffe, daß in den Verhandlungen zwischen Wien und St. Petersburg auch die Interessen Serbiens und Montenegros mit „einbezogen" werden würden. Zunächst wäre jedenfalls eine Verständigung Österreichs mit der Türkei notwendig. und die britische Regierung werde alles tun, um eine solche zu erleichtern.

Freiherr von Aehrenthal fügte dieser Meldung hinzu: „Und inzwischen tut England in Konstantinopel alles, um unsere Verhandlungen zu erschweren. Die Wendung Sir E. Greys über das Einbeziehen der serbischen und montenegrinischen Interessen bedeutet gewiß auch nichts Gutes, vielleicht ein Zurückgreifen auf die Kompensationsidee."

von Tschirschky

---

sammenzuführen. Im gegebenen Augenblick sollen die Tore geöffnet, die Zugbrücken herabgelassen werden und die Millionenheere über die Vogesen, die Maas, die Königsau, den Niemen, den Bug und sogar über den Isonzo und die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend hereinströmen. Die Gefahr erscheint riesengroß." Indessen glaubt Graf Schlieffen doch nicht in vollem Ernst an einen fertigen Angriffswillen der Gegner Deutschlands und Österreichs. „‚Die Koalition ist fertig' wird von jenseits des Kanals herübergerufen. Daß sie zu kriegerischen Taten übergehen wird, ist trotzdem durchaus zweifelhaft und auch vorläufig keineswegs nötig. Die Stellungen, welche die verbündeten Mächte eingenommen haben, sind so günstig, daß sie allein durch ihr Vorhandensein eine beständige Drohung bilden und selbsttätig auf das durch den Wirtschaftskampf und die Geschäftskrisen erschütterte deutsche Nervensystem wirken. Um diesem Druck zu entgehen, muß man versucht sein nachzugeben, sich den Zumutungen zu fügen, einen Vorteil nach dem andern aus den Händen zu lassen." Wie schon der letzte Satz zeigt, zieht Graf Schlieffen aus der so geschilderten Situation keineswegs die Folgerung, daß Deutschland und Österreich sich der gegnerischen Umklammerung durch einen bei erster Gelegenheit vom Zaune zu brechenden Präventivkrieg entziehen sollen, im Gegenteil, er scheint den Moment, wo es der gegnerischen Taktik gelungen sei, jeder der beiden Mittelmächte einen gesonderten Kriegsschauplatz anzuweisen, dergestalt, daß Österreich die Front nach Süden, Deutschland nach Westen nehmen müsse, so ungeeignet wie möglich für einen Präventivkrieg zu erachten. Der Standpunkt des österreichischen Generalstabschefs, der in der bosnischen Krise bis zum letzten Moment an dem Willen zum Präventivkrieg festhielt, und derjenige Graf Schlieffens, der im Höhepunkt der Krise den Präventivkrieg als inopportun verwarf, war also insoweit der entgegengesetzte.

Nr. 9162

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 576 St. Petersburg, den 19. Dezember 1908

Herr Iswolsky ließ mich gestern nachmittag zu sich bitten, um mir den Inhalt der russischen Antwort auf die letzte Note des Wiener Kabinetts* mitzuteilen. Die Sprache des Ministers war eine insofern etwas veränderte, als er die von Österreich-Ungarn in der gedachten Note gemachten Vorschläge dieses Mal entgegenkommend nannte und zugab, daß diese Vorschläge einen Schritt in der Richtung einer Verständigung bedeuteten. Herr Iswolsky fügte hinzu, allerdings ständen nun langwierige Verhandlungen bevor, deren Ergebnis noch gar nicht abzusehen sei; die Diskussion über die strittige Frage in der Konferenz würde ihm daher lieber gewesen sein, da sie nach seiner Ansicht schneller zu einem Ziel geführt haben würde. Ich gab dies nicht zu und wies darauf hin, daß eine Konferenz, in welcher die Gegensätze sich schroff gegenüberständen, jedenfalls viel gefährlicher sei als direkte Verhandlungen zwischen den Kabinetten, auch wären schon Fälle vorgekommen, in denen Konferenzen überhaupt ergebnislos verlaufen seien. Würde dies jetzt der Fall sein, so würde man in der Sache gerade so weit sein wie vorher, mit dem Unterschiede, daß die Spannung in der Lage eine größere werden würde.

Der Minister fuhr nun fort, worauf er jetzt am meisten Wert lege, sei, daß die Verhandlungen zwischen St. Petersburg und Wien nunmehr ein Ende nehmen. Er wolle keine Verschärfung der Beziehungen zwischen beiden Kabinetten, die eine unausbleibliche Folge einer Weiterführung dieser Verhandlungen sein würde. Herr Iswolsky wiederholte dabei wieder: „Ce n'est pas une question qui regarde seule l'Autriche et la Russie, c'est une question entre l'Autriche et l'Europe," deswegen habe er in seiner Antwort an die österreichisch-ungarische Regierung angeregt, daß diese sich nunmehr mit den anderen europäischen Kabinetten in Verbindung setzen möge. Er selbst werde sich ebenfalls an die Mächte wenden und ihnen seinen Standpunkt zur Sache darlegen.

Der Minister warf dann die Frage auf, ob Freiherr von Aehrenthal wohl gleich in die Korrespondenz mit den anderen Kabinetten eintreten oder erst die Beendigung der Verhandlungen mit der Türkei** abwarten

---

* Die russische Note vom 6./19. Dezember 1908, die am 23. Dezember auch in Berlin, Paris, London, Rom und Konstantinopel überreicht und am 24. Dezember in der „Rossija" veröffentlicht wurde, ist abgedruckt im österreich-ungarischen Rotbuche, Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina 1908—1909, S. 57ff., in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 401ff. und a. a. O. Über ihren Inhalt vgl. Nr. 9163.

** Vgl. dazu Kap. CCI.

würde. Letztere Eventualität schien er zu befürchten. Er bemerkte, falls man in Wien erst mit der Türkei ins reine kommen wolle, werde sich die Sache noch sehr lange hinziehen und damit die Gefahr entstehen, daß sich die Spannung wieder steigere. Das Petersburger Kabinett habe jedenfalls keine Veranlassung zu warten und werde gleich an die Mächte herantreten.

Es steht für mich außer Zweifel, daß Herr Iswolsky darauf rechnet, ein großer Teil der Mächte werde sich im Sinne seiner Wünsche, nämlich für eine Autonomie Bosniens und der Herzegowina, sowie womöglich auch für territoriale Kompensationen an Serbien und Montenegro aussprechen.

Der Minister sprach dann wieder die Hoffnung aus, daß wir im Interesse des Friedens nunmehr aus unserer bisherigen Zurückhaltung heraustreten und auf Österreich-Ungarn einwirken würden, damit dieses „sich in seinen Forderungen mäßige" und vor allem es nicht zum Kriege mit Serbien treibe, wofür er immer neue Anzeichen zu haben behauptete*. Er fügte hinzu, daß, so friedlich die öffentliche Meinung gegenwärtig hier auch sei, man gar nicht absehen könne, wohin die Aufregung in den panslawistischen Kreisen führen würde, falls es wirklich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Blutvergießen käme.

Ich habe mich während dieser Mitteilungen zunächst schweigend verhalten und nur bemerkt, daß unser allgemeiner Standpunkt in der Frage dem Minister bekannt sei. Was die angeblichen kriegerischen Absichten Österreich-Ungarns betreffe, so könnte ich ihm nur wiederholen, daß ich an dieselben nicht zu glauben vermöchte. Im übrigen bemerkte ich Herrn Iswolsky, man müßte, meiner Ansicht nach, sich vorläufig über die eingetretene Detente freuen und diese Zeit benutzen, um die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Ich glaubte, er könnte in dieser Hinsicht auch hier manches tun. Die russische öffentliche Meinung könne doch, wenn sie richtig belehrt und aufgeklärt würde, unmöglich blind dagegen bleiben, daß bei dem ganzen gegenwärtigen Streit kein wirklich russisches vitales Interesse auf dem Spiele stehe, für welches man das Risiko eines Krieges auf sich nehmen könnte. Diese Darlegungen hatten nur den Erfolg, daß Herr Iswolsky wieder die Schleusen seiner Ergüsse über die Politik des Freiherrn von Aehrenthal öffnete, welcher „le type du bureaucrate autrichien" achtzehn Jahre hier gelebt habe, ohne auch nur eine Ahnung von Rußland und der russischen Volksseele zu bekommen. Der Boykott in der Türkei werde ihm aber wohl allmählich die Augen darüber öffnen, was er seinem Vaterlande durch seine persönliche, ehrgeizige Politik für einen schlechten Dienst erwiesen habe.

F. Pourtalès

* Vgl. darüber Kap. CXCVII.

Nr. 9163

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 407 Wien, den 21. Dezember 1908

Wie ich höre, ist Freiherr von Aehrenthal durch die vor einigen Tagen hier eingetroffene russische Antwortnote* wenig angenehm berührt. Wenn der russische Minister darin einerseits der österreichischen Auffassung dahin beitritt, daß er eine Vereinbarung über das Konferenzprogramm vor Zusammentritt der Konferenz für wünschenswert hält, so erklärt er doch gleichzeitig, daß dieser modus procedendi den Nachteil habe, die Verhandlungen ungebührlich in die Länge zu ziehen und die Lösung der schwebenden Fragen zu verschleppen. Iswolsky äußert sich wiederum nicht über die einzelnen Programmpunkte. Er fordert Österreich-Ungarn auf, seine Ansicht zu diesen Punkten den Mächten in einer Zirkularnote** zur Kenntnis zu bringen, während er den Standpunkt der russischen Regierung in einem Communiqué zum Ausdruck bringen werde.***

Freiherr von Aehrenthal sieht in dieser russischen Antwort ein Abgehen des St. Petersburger Kabinetts von dem Prinzip, eine Verständigung zwischen St. Petersburg und Wien durch direkte Verhandlungen herbeizuführen, und sucht die Erklärung hierfür in der Abneigung des Herrn Iswolsky vor einer Konferenz. Jedenfalls sei durch die russische Note kein Schritt vorwärts sondern eher ein Schritt rückwärts in der mühsamen Arbeit der Entwirrung der politischen Lage getan worden.

Tschirschky

Nr. 9164

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 408 Wien, den 21. Dezember 1908

Nachdem der neuernannte britische Botschafter Sir Fairfax Cartwright vorgestern Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph seine Akkreditive überreicht hatte, machte er mir heute seinen Antrittsbesuch. Sein äußerer Eindruck bestätigt das, was mir neulich Baron Aehrenthal darüber gesagt hat. Er spricht lebhaft, mit großer Schärfe und beherrscht, für einen Engländer, das Französische ungewöhnlich gut. Infolge seines Augenleidens, das ihm nur erlaubt, ganz geradeaus zu sehen, ist sein Blick unbeweglich und vage. Seine Konversation verrät aber aktive Gedankenarbeit und Intelligenz.

* Siehe Nr. 9162, Fußnote.

** Siehe Nr. 9166.

*** Ein besonderes Communiqué erging nicht, vielmehr wurde die russische Note vom 6./19. Dezember am 24. Dezember in der „Rossija" veröffentlicht; vgl. Nr. 9162, Fußnote.

Nach einer kurzen Bemerkung über seine Audienz beim Kaiser, bei der von politischen Dingen nicht die Rede gewesen sei, kam er sofort auf die augenblickliche politische Lage zu sprechen. Er brachte die bekannten Beschuldigungen gegen die österreichisch-ungarische Politik vor, „qui a trompé l'Europe", und die das Mißtrauen Europas wachgerufen habe. Baron Aehrenthal habe den Moment für seine Aktion schlecht gewählt; „Europa" hätte glauben müssen, daß das Vorgehen Österreich-Ungarns gegen das neue Regime in der Türkei gerichtet sei, und „Europa" müsse die neue konstitutionelle Ära in der Türkei in Schutz nehmen. Wenn Österreich zum Beispiel nach dem Königsmorde in Serbien Belgrad besetzt hätte, so würde es wahrscheinlich der Zustimmung aller Mächte sicher gewesen sein. Statt damals energisch vorzugehen, „l'Autriche-Hongrie n'a fait que donner des coups de pied à la Serbie et l'a étranglée économiquement."

Ich nahm Gelegenheit dem Botschafter gegenüber eingehend die Genesis der Annexionsaktion und die Beweggründe, die die Monarchie dazu geführt hätten, auseinander zu setzen und ihn darauf hinzuweisen, daß, wenn auch derartige Aktionen anscheinend plötzlich in die Erscheinung träten und als Ausfluß des Entschlusses eines einzelnen Staatsmannes sich darstellten, sie doch als die Entwickelung eines großen historischen Prozesses anzusehen seien, dessen Notwendigkeit in den eigensten Lebensinteressen der Großmacht liege, und der deshalb auch nicht aufzuhalten gewesen wäre trotz allem, was „Europa" jetzt dagegen einzuwenden habe. Nicht Feindseligkeit gegen die Türkei oder die Jungtürken habe die Monarchie bei ihrer Politik geleitet, sondern lediglich der gesunde Egoismus der Großmacht, der eine Konsolidierung der Verhältnisse im Bereiche des Südslawentums gebieterisch verlangte. Schon in seiner Rede vor den Delegationen habe Baron Aehrenthal betont, daß er mit der Türkei klare Verhältnisse habe schaffen wollen, um dann umso leichter zu dauernder und festbegründeter Freundschaft mit der Türkei, das heißt also mit dem neuen Regime in der Türkei, zu gelangen. Der Botschafter warf hier ein, daß Baron Aehrenthal den günstigen Augenblick versäumt hätte, die neuen Machthaber in Konstantinopel zu gewinnen. Anfangs wären sie für eine geringe Summe zu haben gewesen. Jetzt seien sie teurer geworden. Die Verständigung zwischen Österreich und der Türkei sei für den Augenblick jedenfalls die Hauptsache, und er könne mich versichern, daß England alles tue, um diese Verständigung zu erleichtern. Die Vorwürfe, die man England hier mache, seien ganz unberechtigt. Die englische Presse sei unabhängig und um keinen Grad schlechter als die österreichische, die tagtäglich die gröbsten Beschuldigungen gegen England enthielte. Mr. Buxton* sei „un imbécile", der nicht ernst zu nehmen sei; die britische Regierung habe kein Mittel, um ihn nach Hause zu rufen. Das Mißtrauen gegen die österreichisch-ungarische Politik bestehe nun einmal in Europa

* Noel Buxton, Präsident des Balkankomitees.

— der Botschafter gebrauchte mit Vorliebe das Wort „Europa" —, und es werde schwer fallen, dieses Mißtrauen zu beseitigen. Wer könne zum Beispiel Europa glauben machen, daß Herr Iswolsky, wenn er wirklich — wie er dies persönlich nicht bezweifeln wolle — in Buchlau über die Absichten Österreichs orientiert worden sei, den Leichtsinn begangen habe könne, seine Reise fortzusetzen, und sich nicht verpflichtet gefühlt habe, sofort nach Petersburg zurückzukehren? Baron Aehrenthal hätte ihm die Heimkehr nach Petersburg anraten sollen. Ich konnte mich des Einwurfs hier nicht enthalten, daß es doch nicht Sache des österreichischen Ministers sein könne, dem russischen Staatsmann Ratschläge über das zu geben, was diesem die Pflicht gegenüber seinem Lande und seinem Kaiser gebiete. Wie dem auch sei, meinte Sir Fairfax, les apparences sont contre Aehrenthal.

„Was soll nun mit Serbien und Montenegro werden?" fuhr der Botschafter fort, „Montenegro muß etwas bekommen." Auf meine Gegenfrage, warum denn Montenegro etwas bekommen müsse, gab der Botschafter lächelnd zur Antwort: „Simplement parceque le Monténégro est l'enfant gâté de la Russie et de l'Italie." Auf meine Einwendungen gab der Botschafter zu, daß dieses Argument für Österreich-Ungarns Politik nicht als maßgebend betrachtet werden könne. Doch blieb er dabei, daß Montenegro noch einen Hafen erhalten müsse, pour pouvoir développer son commerce qui, il est vrai, n'existe pas encore à l'heure qu'il est. Was Serbien anlangt, so versicherte ich den Botschafter, daß Österreich gewiß bereit sei, dem Lande auf ökonomischem und kommerziellem Gebiete soweit als irgend möglich entgegen zu kommen. Von territorialen Kompensationen für Serbien sprach Sir Fairfax nicht.

Der Botschafter kam dann auf Italien zu sprechen. Die Beziehungen des Landes zu Österreich seien augenblicklich nicht gut. Daran trage Graf Lützow die Hauptschuld; der habe in Rom keine Stellung und sei nicht populär. Der Botschafter sprach noch weiter sehr scharf gegen den Grafen Lützow, und ich kann von hier aus fürs erste noch nicht übersehen, woher diese Animosität Sir Fairfax' gegen den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom stammt. Möglicherweise liegen da Gründe persönlicher Art vor, bei denen Beziehungen der Familie seiner Frau, bekanntlich eine Italienerin, eine Marchesa Chigi, eine Rolle spielen könnten. Den scharfen Angriffen auf den Grafen Lützow gegenüber bemerkte ich, daß es zwar nicht meine Sache sei, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom in Schutz zu nehmen, ich auch zugeben wolle, daß die Person eines Botschafters viel dazu beitragen könne, die Beziehungen zwischen zwei Staaten zu bessern oder unfreundlicher zu gestalten. Die großen Linien der Politik einer Großmacht richteten sich in unserer Zeit jedoch wohl nach den vitalen Interessen der Staaten. Man müsse sich hüten, sich durch Inzidenzfälle, wie die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die ja die italienischen Interessen ernstlich nicht berühre, und die Studenten-Unruhen hervorgerufene momentane Spannung, den Blick trüben zu lassen. Italiens vitale Interessen hätten es bisher an der Seite Österreichs im Dreibunde

gehalten, und ich glaubte, daß weder in der Person des derzeitigen österreichisch-ungarischen Vertreters am Quirinal, noch in der allgemeinen politischen Lage ein Moment gefunden werden könne, um für Italien eine andere politische Orientierung zu rechtfertigen. Die Richtigkeit dieser Argumentation gab der Botschafter nach einigem Nachdenken zu, wiederholte aber, daß Graf Lützow in Rom nur Schaden anrichte.

Diese erste Unterhaltung mit Sir F. Cartwright hat bei mir den Eindruck zurückgelassen, daß dieser Diplomat, wie manche seiner englischen Kollegen der neuen Schule, bei der Beurteilung politischer Verhältnisse sich mehr, als es im Interesse einer sachlichen, objektiven Würdigung wünschenswert sein dürfte, von persönlichen Momenten leiten läßt. Es kommt damit ein Element der Schärfe und der Gehässigkeit in die Behandlung politischer Fragen, das man bisher bei der englischen Diplomatie nicht gewohnt war, und das, hervorgerufen durch die wachsenden Reibungen, die das britische Weltreich infolge der steigenden kulturellen Entwickelung fast aller Völker der Erde zu überwinden hat, auf eine nervöse, innerlich unbehagliche Disposition der leitenden Kreise in England schließen läßt.

von Tschirschky

Nr. 9165

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 458 Wien, den 23. Dezember 1908

Freiherr von Aehrenthal sagte mir, er werde schon morgen sein Zirkular an die Mächte* senden, weil er Wert darauf lege, nicht erst das russische Communiqué** wirken zu lassen, ehe die Kabinette von dem Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung Kenntnis erhalten. Nachdem Iswolsky durch seine letzte Note den direkten Verhandlungen zwischen St. Petersburg und Wien ein Ende gemacht, habe er dem russischen Minister gegenüber keinerlei Verpflichtungen mehr, und er werde sich keinenfalls „bluffen" lassen. Er, Freiherr von Aehrenthal, habe die Veröffentlichung der Verhandlungen mit Rußland nicht zu scheuen. Trotzdem werde er in seinem jetzigen Zirkular an die Mächte nur die Verhandlungen seit September mitteilen und zugleich publizieren. Ob er in seinen Veröffentlichungen noch weiter zurück werde gehen müssen, werde davon abhängen, was Iswolsky in seiner Dumarede*** sagen werde.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 9166.

** Gemeint ist die russische Note vom 6./19. Dezember. Vgl. Nr. 9162, Fußnote.

*** Am 25. Dezember gab Iswolsky in der Duma ein großes Exposé über die auswärtige Lage, in dem er sich auch eingehend über Rußlands Stellungnahme zu der Annexion

Nr. 9166

Aide-mémoire

Abdruck. Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich am 25. Dezember 1908 übersandt

Confidentiel Vienne, le 23 décembre 1908

Le Cabinet de Vienne a reçu dans le temps par l'entremise du Cabinet de St. Pétersbourg et d'une manière confidentielle connaissance du programme de la Conférence* qui aurait à se réunir en présence des derniers événements survenus dans les Balkans. Désireux de contribuer en tant qu'il dépendait de lui à la réalisation de l'idée de la Conférence, idée qui n'émanait pas de lui, mais dont il ne méconnaissait pas l'influence salutaire, le Gouvernement Impérial et Royal a été le premier à préciser vis-à-vis du Cabinet de St. Pétersbourg sa manière de voir quant aux différents points du programme qui lui a été communiqué.

Une copie de ces deux pièces ainsi que de trois autres aide-mémoires échangés ensuite entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg se trouve sous ce pli**.

Il appert de ces documents que le Gouvernement Impérial et Royal continue à observer une attitude sympathique à l'égard de la réunion d'une Conférence pour les affaires du Balkan; les réserves, qu'il a cru devoir formuler pour son adhésion ne lui sont dictées que par l'intention de rendre le travail de la Conférence aussi efficace que possible.

C'est aussi dans cet ordre d'idées que le Cabinet de Vienne poursuit des négociations immédiates avec la Sublime Porte; il ne manquera pas d'informer les Puissances dès que ces négociations auront donné le résultat désiré.

Bosniens und der Herzegowina, über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, den Konferenzgedanken und Rußlands Programm außerte. Deutlich ließ Iswolsky durchklingen, daß er am liebsten der Stimmung der russischen Gesellschaft, die dringend einen Protest gegen die Annexion forderte, Rechnung getragen hätte, er betonte jedoch, daß die Freiheit der russischen Diplomatie eingeengt sei durch die Abmachungen mit Österreich seit 1877. Immerhin habe Rußland das Recht, ja die Pflicht, auf den Berliner Vertrag hinzuweisen, der die Lage Bosniens bestimmt habe. Wenn Österreich-Ungarn sich jetzt entschlossen habe, eine Abänderung eines unvorteilhaften Artikels dieses Vertrages anzuregen, und Rußland das nicht verhindern könne, so falle ihm die moralische Pflicht zu, auf andere Artikel des Vertrages hinzuweisen, die für Rußland unvorteilhaft seien, besonders aber für die Balkanstaaten und die Türkei. Der Meerengenfrage gedachte Iswolsky in seiner Rede nicht, um so nachdrücklicher verwies er auf Kompensationen für Montenegro und Serbien; auch für Bulgarien hatte er freundliche Worte. Als ein politisches Ziel Rußlands wurde es bezeichnet, Bulgarien, Serbien und Montenegro zusammenzuschließen und mit der Türkei durch den gemeinsamen Gedanken an den Schutz ihrer nationalen und ökonomischen Selbständigkeit zu einigen.

* Vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9045.

** Hier nicht abgedruckt.

Nr. 9167

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 363 St. Petersburg, den 26. Dezember 1908

Wie mir der österreichische Geschäftsträger* mitteilt, hat er vorgestern im Auftrage des Freiherrn von Aehrenthal Herrn Iswolsky mit einigen verbindlichen Worten den Empfang der letzten russischen Note bestätigt. Prinz Fürstenberg hat dem Minister zugleich mitgeteilt, das Wiener Kabinett werde nunmehr in einer Zirkularnote an die Vertretungen in Berlin, London, Paris und Rom seinen Standpunkt in bosnischer Frage darlegen und dieser Zirkularnote Abschriften der zwischen Wien und Petersburg in der Sache gepflogenen Korrespondenzen beifügen**. Iswolsky ist über diese letztere Mitteilung äußerst aufgebracht gewesen, da in der gedachten Korrespondenz wiederholt auf die Buchlauer Abmachungen Bezug genommen ist***[1]. Es ist dabei zu einem recht erregten Auftritte zwischen dem Minister und dem Geschäftsträger gekommen. Iswolsky hat sich zu derartig scharfen Ausdrücken gegen Freiherrn von Aehrenthal hinreißen lassen, daß Prinz Fürstenberg im Begriff war, die Konversation abzubrechen. Schließlich bat der Minister, ihm mitzuteilen, welche Schriftstücke der Zirkularnote beigefügt seien.

Prinz Fürstenberg sagt mir, daß letzte russische Note in Wien keinen günstigen Eindruck gemacht habe, er fürchtet, daß Rede Iswolskys, insbesondere Schluß, betreffend Balkanbund, in Österreich-Ungarn sehr beunruhigen werde†. Pourtalès

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

[1] An und für sich würde es klärend und nützlich wirken, wenn diese Abmachungen bzw. die Zustimmung von Iswolsky zur Annexion bekannt und bewiesen würde.

* Prinz Fürstenberg.

** Siehe die vorige Nummer.

*** Auf die „Buchlauer Abmachungen" wird zunächst in dem österreichischen Aide-mémoire vom 8. Dezember mit den Worten hingewiesen: „Dans des pourparlers tout récents dont le Cabinet de St. Pétersbourg avait pris l'initiative celui-ci c'est montré prêt à s'engager d'observer une attitude amicale par rapport à l'annexion, en échange d'une attitude analogue du Cabinet de Vienne dans une question intéressant la Russie." In dem russischen Aide-mémoire vom 4./17. Dezember 1908 hatte es dann geheißen:

„Si le Cabinet de Vienne entend se référer à l'aide-mémoire confidentiel du Gouvernement Impérial en date du 19 juin dr., il est à remarquer que cette pièce, laquelle avait pour but de préciser différentes questions visées par l'accord austro-russe de 1897, établit textuellement, que d'après notre avis, ‚la question de la modification de l'état de choses établie par l'article 25 du Traité de Berlin c'est-à-dire de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine, a un caractère éminemment européen et n'est pas de nature à être réglée par une entente séparée entre la Russie et l'Autriche-Hongrie'. Ce point de vue n'a jamais été abandonné par le Gouvernement Impérial: si néanmoins celui-ci s'était montré disposé en même temps à accepter la discussion de cette question avec le Cabinet de Vienne, une pareille discussion ne pouvait évidemment avoir qu'un caractère préalable et préparatoire à une entente générale."

† Vgl. Nr. 9163 nebst Fußnote ***.

Nr. 9168

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 27. Dezember 1908

Herr von Szögyény hat mir im Auftrage Aehrenthals von der russischen Zirkularnote* gesprochen. Aehrenthal ist besonders unangenehm von dem Passus berührt, der davon spricht, den § 25 des Berliner Vertrags (Okkupation) durch eine andere Fassung zu ersetzen, worin offenbar die Absicht der Einschmuggelung des „Autonomiegedankens" liege[1]. Ich habe Herrn von Szögyény gesagt, der Passus sei auch uns aufgefallen und in dem gleichen Sinn gedeutet worden[1].

Inzwischen hätten wir in Wien wissen lassen, daß wir uns in der Stellungnahme zu der russischen Zirkularnote ganz der in Wien sich ausbildenden Auffassung anschließen und vor Eingang einer Antwort aus Wien selbstverständlich die russische Note nicht beantworten würden**[2].

Ferner habe ich den österreichisch-ungarischen Botschafter besonders auf Iswolskys Idee eines Balkanbundes, der nur gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein könnte, scharf gemacht. Er meinte, man habe diese Gefahr in Wien erkannt und sei dort mehr wie je entschlossen, ihr durch Verständigung mit Bulgarien zu begegnen[3].

Gleichzeitig bat mich Szögyényi im Auftrag Baron Aehrenthals, wir möchten in Konstantinopel zur Verständigung mit Bulgarien raten[4]. Ich habe dies natürlich sogleich zugesagt, aber bemerkt, daß dort Tewfik zwar sehr verständig, Kiamil aber, der ganz im Schlepptau Englands, äußerst bockbeinig sei. Hoffentlich verschwinde Kiamil, der von der türkischen Presse bereits heftig angegriffen werde, bald von der Bildfläche.

v. Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Richtig
[2] gut
[3] Man sollte es in Wien in dieser Richtung aber nicht bei Worten bewenden lassen.
[4] gern

Nr. 9169

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 179 Rom, den 28. Dezember 1908

Ungeachtet gelegentlicher politischer Gegnerschaft unterhalte ich mit meinem französischen Kollegen gute und freundschaftliche Beziehungen[1].

* Siehe Nr. 9162, Fußnote.
** Es war durch Erlaß Nr. 1933 vom 24. Dezember geschehen.

Gestern hatte ich mit dem immer noch an seinem Sturz laborierenden Herrn Barrère eine längere Unterhaltung über die Balkanfrage und die jüngsten russischen Verlautbarungen.

Der Botschafter äußerte, nach seiner Ansicht sei namentlich die bosnische Frage von allen Kabinetten ausnahmslos bei ihrem Auftauchen viel zu leicht genommen worden. Auch Herr Iswolsky, wie das ja selbst in seiner Rede nicht völlig zu verschleiern gewesen, sei ursprünglich von ganz anderen Gesichtspunkten ausgegangen und jetzt zu einer ursprünglich nicht gewollten Stellungnahme vor der Öffentlichkeit gedrängt worden[2]. Überhaupt habe der russische Minister außerordentlich wenig Geschick in Behandlung der Angelegenheit an den Tag gelegt, ein Ungeschick, in dem ihn nur noch Baron Aehrenthal übertreffe.

Trotz aller Komplikationen überwiege aber bei den Völkern, und zwar allen ohne Ausnahme, so der Wunsch nach einem friedlichen Ausgleich der jetzt schwebenden Differenzen, daß schließlich auch die verschiedenen Kabinette sich dieser Stimmung nicht verschließen und einen Ausgleich finden dürften[3]. Der jetzt von Rußland vorgeschlagene und in Wien ja auch akzeptierte Modus eines Gedankenaustausches der einzelnen Regierungen unter einander würde nach seiner, Barrères, Meinung schwerlich ein Ergebnis haben. Brauchten doch die europäischen Kabinette erfahrungsgemäß meist ein Jahr und länger, um sich nur über etwas zu einigen, was nicht geschehen darf. Wie solle also wohl von sechs verschiedenen Zentren aus eine Entwirrung der, er wiederhole es nochmals, namentlich von Baron Aehrenthal so vielfach und unglücklich verschlungenen Fäden ausgeführt werden[4]. Daher glaube er, daß man schließlich doch zu einer Konferenz notgedrungen kommen würde. Der Berliner Vertrag sei an allen Ecken und Enden durchbrochen. Es läge daher im gemeinsamen Interesse aller Großmächte, wieder allseitig anerkannte Zustände zu schaffen und den Vertrag tant bien que mal zusammen zu flicken. Österreich-Ungarn perhorresziere nach französischer Ansicht mit Unrecht eine Konferenz[5]. Denn bezüglich Bosniens und der Herzegowina seien wohl alle Mächte einig[6], daß für Österreich-Ungarn eine reformatio in pejus der tatsächlich durch 30 Jahre ausgeübten Souveränität und des illimitierten Okkupationsrechtes nicht Platz zu greifen hat. Ferner würde keine[7] Macht dem allverehrten Kaiser Franz Joseph zumuten, daß er die von ihm dekretierte Souveränitäts-Ausdehnung zurücknehme. Ebenso wenig sei die von einigen aufgeworfene Forderung der Autonomie jener Provinzen ernst zu nehmen. Strittig sei nur die Kompensationsfrage. Bedauerlicherweise wären die türkisch-österreichischen Verhandlungen mit ungewöhnlichem Ungeschick geführt worden*. Dazu käme der Boykott, der den Österreichern doch den Gedanken von Geldopfern nahe legen könnte.

Ohne Bulgarien zu berühren, sprachen wir dann von Serbien, dessen Staatstitres bekanntlich zum größten Teil in Pariser Händen liegen. Herr

---

* Vgl. dazu Kap. CCI.

Barrère, außerdem noch durch den Belgrader Vertrauensmann der Pariser Finanz, Herrn Milowanowitsch, bearbeitet[8], legte viel Interesse für dieses Land an den Tag und meinte, ob es denn nicht möglich sei, den von den Serben erbetenen Streifen Landes als Zugang zum Meere diesen zu verschaffen[9]. Oder ob sich nicht Österreich-Ungarn wenigstens dazu bereitfinden wolle, ähnlich wie dies Frankreich in Savoyen bestätigt, bezüglich gewisser Teile des annektierten Gebietes die Servitut der Nichtanlegung von Befestigungen zu bewilligen. Übrigens sähe er, Barrère, nicht von serbischer Seite die Hauptgefahr. Wohl aber könnten gelegentlich montenegrinische Gewehre, wenn die Mächte zu lange zögern, von selbst losgehen, was dann allerdings das Signal zu einem allgemeinen Brande werden muß. Dies wüßten leider auch die Leute in Cetinje und die Intransigenten in Belgrad, und deshalb gebärdeten sie sich auch so überaus frech. —

Die Auffassungen des Herrn Barrère decken sich im großen und ganzen mit der Art, wie hiesige maßgebende Kreise die Lage beurteilen[10]. Auch Seine Majestät der König Viktor Emanuel hat vorgestern meinem amerikanischen Kollegen* gesagt, daß die Hauptgefahr ihm in Montenegro zu liegen scheint. Er erachte es daher für dringend geboten, daß möglichst bald die Beilegung des Balkanhaders durch die Großmächte veranlaßt wird.

Monts

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Was Barrère nicht verhindert bzw. es ihm erleichtert hat, Monts in Rom das Wasser abzugraben und die französischen Interessen auf Kosten der deutschen zu fördern.

[2] Iswolsky hatte weder die Abneigung der (erstarkenden) Slawophilen in Rußland gegen jede Stärkung von Österreich noch die Unlust der jetzt turkophilen englischen Regierung gegen die Preisgabe der Dardanellen in seine Rechnung gezogen.

[3] Richtig!

[4] Monts scheint gar nicht zu merken, daß das französische Raisonieren auf Aehrenthal aus dem Ärger darüber hervorgeht, daß durch sein Vorgehen die Gewitterwolke, die bisher über der Nordsee stand, sich nach dem Balkan verzogen hat, was natürlich nicht in die Wünsche und Pläne von Barrère paßt.

[5] Barrère möchte eine Konferenz, wo (wie in Algeciras) vom ersten Tage an alle Mächte gegen Österreich und Deutschland stünden. Wir gehen aber nur auf eine Konferenz, wenn vorher alle Streitpunkte geregelt sind und jede Majorisierung (und Demütigung) ausgeschlossen ist.

[6] ??

[7] ?

[8] aha!

[9] !!! und dabei glaubt ihm Monts, daß „keine Macht" an Österreich unerfüllbare Forderungen stellen würde.

[10] weil diese Kreise wieder nur auf Barrère zu hören scheinen.

---

* L. C. Griscom.

Nr. 9170

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 367 St. Petersburg, den 30. Dezember 1908

Herr Iswolsky sprach mir heute sehr erregt über Zirkularnote des Freiherrn von Aehrenthal* und die zugleich an ihn erfolgte Mitteilung der zwischen hiesigem und Wiener Kabinett gewechselten Noten. In diesen Noten ist nach Auffassung des Ministers auf streng vertraulichen, im Juni d. Js. zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung stattgehabten Gedankenaustausch** Bezug genommen, in welchem beide Regierungen sich über diejenigen Punkte des Mürzsteger Programms geeinigt haben, welche aufrechterhalten bleiben sollen, nachdem Mürzsteger Entente durch Vorgehen Freiherrn von Aehrenthals in der Sandschakbahn-Angelegenheit umgestoßen worden ist. Da es sich dabei um ganz geheimen, direkten und persönlichen Gedankenaustausch von Souverän zu Souverän gehandelt habe, so stelle Vorgehen des Freiherrn von Aehrenthal schweren Vertrauensbruch und ein im diplomatischen Verkehr unerhörtes Verfahren dar. Er habe unter diesen Umständen nicht umhin gekonnt, Sachlage seinem kaiserlichen Herrn vorzutragen. Höchstderselbe hat die Mitteilung an Mächte als Mangel an Rücksicht gegen seine Person peinlich empfunden und bestimmt, daß von nun ab jeder vertrauliche Verkehr mit Wiener Kabinett einzustellen sei, dieser Verkehr vielmehr sich nur noch in streng offizieller Form zu bewegen habe.

Kaiser Nikolaus hat dabei wohl mehr den ihm von seinem Minister suggerierten Standpunkt eingenommen.

Prinz Fürstenberg machte mir soeben selbe Mitteilung ....*** hofft, Iswolsky habe auf die Frage, was mit rein offiziellem Verkehr gemeint sei, geantwortet, daß er dem Geschäftsträger den ausschließlichen Verkehr mittelst Noten oder Verbalnoten anheimstelle. Prinz Fürstenberg bestreitet Berechtigung der Vorwürfe Iswolskys, da inkriminierte Stellen in den mitgeteilten Noten nur ganz allgemeine Bezugnahmen auf erwähnte Pourparlers enthielten.

Pourtalès

---

* Siehe Nr. 9166.
** Vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9055, Anlagen.
*** Zifferngruppe fehlt.

Nr. 9171

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 2 Wien, den 2. Januar 1909

Ganz vertraulich

Der Gegensatz zwischen Herrn Iswolsky und Baron Aehrenthal hat sich bedauerlicherweise infolge eines neuen Zwischenfalls wieder verschärft. Der Minister teilte mir heute nachstehendes über diese Angelegenheit mit.

Beim letzten Diplomatenempfang hat der russische Minister dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger erklärt, er sehe sich veranlaßt, jeden vertraulichen politischen Verkehr mit der österreichisch-ungarischen Regierung einzustellen und sich auf die rein offiziellen Beziehungen zu beschränken. Er gebe diese Erklärung im direkten Auftrag Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus ab. Der Kaiser sei über die Handlungsweise des Barons Aehrenthal persönlich tief verletzt, weil er Abmachungen, die im Jahre 1897 zwischen den beiden Souveränen in Petersburg geschlossen worden und zu denen die Minister nur als Zeugen hinzugezogen worden waren, den anderen Kabinetten in seinem jüngsten Rundschreiben mitgeteilt habe. Seine Majestät sei dadurch seinem Alliierten gegenüber in eine sehr peinliche Lage versetzt worden.

Baron Aehrenthal hat dem Prinzen Fürstenberg darauf erwidert, er sei von der Mitteilung des Herrn Iswolsky in höchstem Grade überrascht, und er könne sich die Verstimmung des Kaisers Nikolaus nur damit erklären, daß höchstderselbe unrichtig informiert worden sei. Er, der Minister, habe sich bei Publizierung von Dokumenten darauf beschränkt, nur solche aus der Zeit nach der Annexion zu wählen, und habe es absichtlich, im Interesse der Aufrechterhaltung guten Einvernehmens mit Rußland, vermieden, auf frühere Dokumente und Abmachungen anders als in ganz allgemein gehaltenen Wendungen zurückzugreifen. So habe er auch von der Abmachung aus dem Jahre 1897 nur generell gesprochen und nur konstatiert, daß damals ein Zusammengehen beider Mächte in Balkanfragen verabredet worden sei. Dieser Hinweis sei um so unbedenklicher, als diese Tatsache, und zwar noch viel präziser, durch die damals en clair an die Regierungen der Balkanstaaten erlassenen identischen Telegramme von Wien und Petersburg bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangt sei. Inwiefern Kaiser Nikolaus in der jetzigen allgemeinen Bezugnahme auf diese Abmachungen eine persönliche Kränkung erblicken könne, sei völlig unerfindlich, ebenso auch, wie die Stellung des Kaisers dadurch Frankreich gegenüber zu einer peinlichen geworden sein sollte. Ebenso wie Österreich-Ungarn damals seinem Alliierten — Deutschland —

vertraulich Kenntnis von den Petersburger Abmachungen der beiden Monarchen gegeben habe, sei jedenfalls auch der Alliierte Rußlands vertraulich orientiert worden, und er könne nicht annehmen, daß Frankreich eine Konstatierung längst bekannter und, wie gesagt, in viel weiterem Umfang bereits publizierter Tatsachen, die ausschließlich die Balkanpolitik betreffen, übel vermerken könne. Die generelle Bezugnahme auf die Abmachungen von 1897 finde sich übrigens in der Wiedergabe einer russischen Note und hatte lediglich den Zweck, in loyaler Weise auch den russischen Standpunkt klar zu legen.

Prinz Fürstenberg ist beauftragt, vorstehendes zum Gegenstand einer „offiziellen" mündlichen Mitteilung an Herrn Iswolsky zu machen und für den Fall, daß dieser eine mündliche Mitteilung für nicht „offiziell" genug ansehen und deshalb ablehnen sollte, sie in einer offiziellen Note an den russischen Minister gelangen zu lassen.

Zur Vorgeschichte dieses Inzidenzfalles erzählte mir Baron Aehrenthal noch, der erste Anlaß zu diesem Ausbruch der schlechten Laune des Herrn Iswolsky sei eine unrichtige Meldung des hiesigen russischen Geschäftsträgers Herrn Sverwejew gewesen, der nach Petersburg berichtet habe, das hiesige offizielle „Fremdenblatt" habe absichtlich bei seiner Veröffentlichung der Rundschreiben die österreichischen Dokumente in extenso, dagegen die russischen nur in entstelltem Auszuge publiziert. Dem Herrn Sverwejew sei auf diesbezügliche Meldung des österreichischen Geschäftsträgers in Petersburg, dem Herr Iswolsky deshalb eine Szene gemacht habe, die betreffende Nummer des „Fremdenblatt" hier vorgelegt worden, mit der Aufforderung, seine Meldung zu rechtfertigen. Der russische Geschäftsträger habe daraufhin seinen Irrtum eingestehen müssen.

Prinz Fürstenberg und mit ihm Baron Aehrenthal sind der Ansicht, daß diese gereizte Stellungnahme des Herrn Iswolsky durch die Besorgnis veranlaßt worden ist, man werde tatsächlich von hier aus zu weiteren, für ihn höchst unbequemen Publikationen — auch über Buchlau — schreiten, nach dem Grundsatz, der Hieb ist die beste Parade. Ebenso führt Baron Aehrenthal den plötzlichen Umschwung in der Haltung des russischen Ministers zwischen seiner letzten Zirkularnote und seiner Dumarede darauf zurück, daß er gefürchtet habe, falls er noch länger mit dem wahren Sachverhalt hinter dem Berge halte, von hier aus an der Hand von Dokumenten öffentlich desavouiert zu werden.

Baron Aehrenthal will nun in Ruhe die Antwort Iswolskys und den weiteren Verlauf der Dinge abwarten.

von Tschirschky

Nr. 9172

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 46 Berlin, den 7. Januar 1909

[abgegangen am 8. Januar]

Der russische Botschafter hat heute bei mir eindringlich den Wunsch des Herrn Iswolsky vorgebracht, wir möchten Baron Aehrenthal von weiteren Enthüllungen abhalten.

Ich habe dem Grafen Osten-Sacken erwidert, daß ich in der österreichisch-ungarischen Zirkularnote auch nach eingehender Prüfung ihrer Anlagen gefährliche Indiskretionen, wie Herr Iswolsky sie zu fürchten scheine, nicht zu finden vermöge. Andererseits glaubten wir, daß Baron Aehrenthal die von Herrn Iswolsky erwähnten Drohungen in einem Moment des Unmuts ausgesprochen habe, der augenscheinlich durch jene Stelle des russischen Zirkulars hervorgerufen sei, welche auf die Neugestaltung der staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina hindeute.

Aus Wien hätten wir übrigens erfahren, daß Baron Aehrenthal inzwischen den Weg direkter Aussprache mit St. Petersburg beschritten habe. Wir seien davon überzeugt, daß fernerhin kein Anlaß mehr für weitere Enthüllungen vorliege, und daß die gewünschte Vermittelung in Wien deshalb mehr schaden als nützen würde, weil sie den unliebsamen Eindruck einer Pression hervorrufen könnte.

v. Schoen

Nr. 9173

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Freiherrn von Aehrenthal**

Privatbrief. Konzept von der Hand des Gesandten von Kiderlen

Berlin, den 8. Januar 1909

[abgegangen am 9. Januar]

Für Ihren liebenswürdigen und interessanten Brief vom 8. Dezember habe ich Ihnen bereits durch Herrn von Tschirschky danken lassen, ich habe auch Herrn Szögyényi gebeten, Ihnen meinen Dank für Ihren Brief und meine Freude über seinen Inhalt zu übermitteln.

* Der Bülowsche Brief, eine Antwort auf das Aehrenthalsche Schreiben vom 8. Dezember (siehe Nr. 9145), wird hier nur so weit mitgeteilt, als er sich auf die Aehrenthalsche Auseinandersetzung mit Iswolsky bezieht. Der sich auf Bulgarien und den Balkanbund beziehende Teil des Bülowschen Schreibens gelangt in Kap. CCII, Nr. 9302, ein weiterer Teil, der das österreichisch-türkische Verhältnis betrifft, in Kap. CCI, Nr. 9243, S. 463, Fußnote **, zum Abdruck.

Wir haben uns auch über die von Ihnen in Ihrem Brief angeregten Gedanken inzwischen durch den Kanal unserer beiderseitigen Botschafter weiter ausgesprochen.

Ich will aber doch den Anfang des neuen Jahres nicht zu lange vorübergehen lassen, ohne Ihnen auch noch persönlich für Ihren Brief zu danken und damit unsere, auch mir lieb und zum Bedürfnis gewordene direkte Korrespondenz wieder aufzunehmen.

Es drängt mich dabei vor allem, Ihnen, lieber Freund, meine Genugtuung auszusprechen, daß ich sehe, wie die ruhige und zielbewußte Weiterführung der von Ihnen inaugurierten Politik nicht bloß an den maßgebenden höchsten Stellen und bei den fachmännisch geschulten Politikern unserer beiden Länder, deren Anerkennung und moralische Unterstützung Ihnen von Anfang an gesichert war, sondern auch in immer weiteren Kreisen Ihrer eigenen Heimat und bei uns Verständnis und damit Zustimmung findet.

Meine Ansicht über die Äußerungen und die Haltung des Herrn Iswolsky kennen Sie aus den Mitteilungen, die ich Ihnen durch Herrn von Tschirschky zugehen ließ. Ich kann aber hier doch den nochmaligen Ausdruck meines Staunens darüber nicht unterdrücken, daß der russische Minister sich speziell über „österreichische Indiskretionen" beschwert hat; er weiß, welch schwerwiegendes und durchschlagendes Material Sie in Händen haben, und welchen gemäßigten und schonenden Gebrauch Sie bisher davon gemacht haben. Wenn aber Herr Iswolsky fortfährt, in der bisherigen Weise durch schiefe Darstellungen und Unterdrückung von Tatsachen die öffentliche Meinung in Rußland und in der ganzen slawischen Welt zu vergiften und auch seinem Kaiser eine falsche Ansicht von dem Vorausgegangenen beizubringen, so wird sich Ihnen doch immer wieder die Frage aufdrängen müssen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen, Ihr erdrückendes Material ohne weitere Rücksicht dem öffentlichen Urteil zu unterbreiten. Ich möchte annehmen, daß dann gerade im eigenen Lande Herr Iswolsky wenig Zustimmung mehr finden wird, ohne daß dadurch die fernere Gestaltung der politischen Beziehungen zu Rußland einen dauernden Schaden erleiden würde. pp.

Bülow

Nr. 9174

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 21 Wien, den 10. Januar 1909

Im Laufe meiner heutigen längeren vertraulichen Unterredung mit Freiherrn von Aehrenthal kam das Gespräch auch auf den gegenwärtigen Stand der österreichisch-russischen Beziehungen. Der Minister bemerkte,

es sei darin in letzter Zeit keine Veränderung eingetreten. Prinz Fürstenberg habe sich der ihm gewordenen Instruktionen — cfr. Bericht vom 2. d. Mts. Nr. 2* — in Form einer offiziellen Note entledigt, und seit der Zeit habe keinerlei Verkehr zwischen der österreichisch-ungarischen Botschaft und Herrn Iswolsky stattgefunden. Auch den hiesigen russischen Geschäftsträger habe er seither nicht gesehen. Graf Berchtold, der augenblicklich auf Urlaub hier sei, werde erst gegen Ende des Monats auf seinen Posten zurückkehren; es habe keinen Sinn, die Rückkehr des Botschafters nach St. Petersburg zu beschleunigen, seitdem Herr Iswolsky jede Aussprache mit dem österreichischen Kabinett unmöglich gemacht habe. Die Absendung offizieller Noten könne auch durch den Geschäftsträger geschehen. Er habe nicht die Absicht, von sich aus nach der letzten „Unverschämtheit" des Herrn Iswolsky irgendeinen Schritt zur Wiederaufnahme diplomatischer Aussprachen mit St. Petersburg zu unternehmen**. Daß der Weg zu Kaiser Nikolaus durch den russischen Minister verlegt worden sei, wäre ja gewiß bedauerlich, aber daran sei zurzeit nichts zu ändern.

von Tschirschky

Nr. 9175

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Gesandten von Kiderlen

Nr. 80 Berlin, den 12. Januar 1909
[abgegangen am 13. Januar]

Wenn die Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Regierung mit der Türkei, wie es den Anschein hat, in nicht allzulanger Frist zu einer Verständigung führen***, so ist vorauszusehen, daß von verschiedenen

---

* Siehe Nr. 9171.

** Dieser Zustand der Dinge dauerte auch nach dem Wiedereintreffen Graf Berchtolds auf seinem Posten in der zweiten Hälfte Februar noch fort. Iswolsky wollte nun wieder einen Beweis des schlechten österreichischen Willens darin sehen, daß der Botschafter ihn wochenlang „schnitt", mußte sich aber von Graf Pourtalès, gegen den er seinen Ärger ausließ, die Erinnerung gefallen lassen, daß er doch selbst den mündlichen Verkehr mit der österreichisch-ungarischen Botschaft abgebrochen habe. Bericht Graf Pourtalès' Nr. 74 vom 25. Februar 1909. Erst der Vermittelung des deutschen Botschafters gelang es, die persönlichen Beziehungen zwischen Iswolsky und Graf Berchtold wieder in Gang zu bringen. Bericht Graf Pourtalès' Nr. 87 vom 6. März. In der Zwischenzeit war der österreichisch-russische Schriftwechsel fast ausschließlich auf einige zwischen den beiden Herrschern gewechselte Briefe beschränkt. Vgl. Kap. CC.

*** Das Abkommen Österreich-Ungarns mit der Türkei kam erst am 26. Februar zu stande. Vgl. Kap. CCI, Nr. 9267. Bis dahin ruhte der Konferenzgedanke. Auch nachher wurde er zunächst von keiner Seite wieder aufgenommen; erst Mitte März war wieder die Rede von dem Zusammentritt einer Konferenz auf Grund eines ganz allgemein gehaltenen Programms. Näheres darüber in Kap. CCV.

Mächten aufs neue der Konferenzgedanke aufgeworfen werden wird. Wenn wir auch nach wie vor an dem Gedanken festhalten, daß eine Verständigung der Mächte auch ohne Konferenz sehr wohl möglich ist, so haben wir auch keine prinzipiellen Bedenken gegen eine solche, und wir werden, wenn dies nach Ansicht des Baron Aehrenthal den österreichischen Wünschen entspricht, an einer Konferenz teilnehmen.

Ich glaube zwar, daß ein Konferenzvorschlag noch nicht in naher Aussicht steht, halte es aber doch für nützlich, daß wir schon jetzt unsere Übereinstimmung über die einzelnen Punkte dieser Frage mit unserm Bundesgenossen feststellen.

Wir halten nach wie vor daran fest, und ich weiß mich darin in Übereinstimmung mit Baron Aehrenthal, daß wir an der Konferenz nur teilnehmen,

1) wenn alle Signatarmächte des Berliner Vertrags dasselbe tun,
2) wenn über das der Konferenz vorzulegende Programm zum voraus völlige Einigung unter den Mächten herrscht, und
3) wenn keine Hauptstadt einer Großmacht zum Konferenzort gewählt wird.

Die zu 2) gestellte Bedingung soll uns vor Überraschungen und plötzlich auftretenden unerwünschten Anträgen schützen; sie wird uns zugleich bei den der Konferenz vorausgehenden Verhandlungen die Handhabe bieten, das Programm tunlichst einzuschränken und die Bedeutung und Tätigkeit der Konferenz auf die einer Redaktions- und Registrierungskommission herabzudrücken. Ein die Vorgänge der letzten Zeit zensierender europäischer Areopag kann weder in unsern noch in Österreich-Ungarns Wünschen und Interessen gelegen sein.

Was den Ort der Konferenz betrifft, so haben wir gegen den österreichischen Gedanken, eine italienische Stadt, mit Ausnahme Roms, zu wählen, keinen prinzipiellen Einwand zu erheben. Am geeignetsten dürften unter den italienischen Städten wohl Venedig oder Florenz sein. In den andern oberitalienischen Städten, wie namentlich Mailand, wären wir von der Besorgnis nicht frei, die gegen Rom, abgesehen von seiner Eigenschaft als Hauptstadt, spricht, von der Besorgnis vor unliebsamen Demonstrationen gegen Österreich-Ungarn, gegen Deutschland, gegen den Dreibund. Herr Barrère würde dafür schon sorgen.

Am geeignetsten würde nach meiner Ansicht vielleicht ein ganz indifferenter Ort sein wie zum Beispiel Genf, Zürich oder Luzern.

Euere Exzellenz bitte ich im Sinne des Vorstehenden mit Freiherrn von Aehrenthal zu sprechen und mir über seine Anschauung zu berichten.

Bülow

Nr. 9176

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 36 Wien, den 15. Januar 1909

Auf Erlaß Nr. 80 vom 12. d. Mts.*

Ich habe heute den Inhalt des nebenbezeichneten hohen Erlasses mit Baron Aehrenthal besprochen. Der Minister hält auch seinerseits nach wie vor fest an den von uns unter 1 bis 3 aufgeführten Punkten. Was Punkt 2 anlange, so sei er in seinen bezüglichen Mitteilungen an die Mächte noch etwas weiter gegangen[1], indem er die Aufstellung bestimmter „formules" über die einzelnen Konferenzpunkte für notwendig bezeichnet habe. Wegen des zu wählenden Konferenzortes stimme er ganz mit Euerer Durchlaucht überein, daß ein ganz indifferenter Ort wie Genf, Zürich, Luzern den Vorzug verdiene[2]. Herr Tittoni habe ja ohnedies erklärt, kein Interesse mehr an der Wahl eines italienischen Ortes zu haben, nachdem Rom ausgeschlossen sei.

Baron Aehrenthal glaubt übrigens kaum mehr an das Zustandekommen einer Konferenz. Rußland zeige schon geraume Zeit deutliche Abneigung gegen den Konferenzgedanken, und auch England lasse ihn neuerdings fallen. Für diese Wendung der englischen Politik sei wohl in erster Linie die Kretafrage maßgebend, die England nicht vor die Konferenz gebracht sehen möchte. Diese Frage könne überhaupt noch zu manchen Schwierigkeiten führen. Glücklicherweise seien weder Österreich noch Deutschland dabei führend beteiligt[3], und die Verantwortung im Falle des Ausbruchs von Unruhen auf der Insel würde uns beide nicht treffen. Frankreichs Stellung sei besonders schwierig, doch habe er Anzeichen dafür, daß man in Paris auch in dieser Frage auf einen von London kundgegebenen energischen Wink wieder einmal „eingeschwenkt ist wie ein Unteroffizier."

In Konstantinopel spreche man zwar hie und da noch immer von der Konferenz. Sobald aber das Abkommen mit Bulgarien geschlossen sein wird**, dürfte man auch dort einsehen, daß die Türkei durch die Konferenz gewiß nichts gewinnen, höchstens noch verlieren könnte[4].

von Tschirschky

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Tant mieux
[2] gut
[3] sehr richtig
[4] richtig

* Siehe Nr. 9175.

** Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen zogen sich noch bis zum 19. April 1909 hin. Vgl. Kap. CCII. Auch bis dahin sind die türkischen Staatsmänner nicht ernstlich auf den erst seit Mitte März wieder ventilierten Konferenzgedanken zurückgekommen.

Kapitel CXCIX

Deutsches Entgegenkommen gegen Rußland in der Meerengenfrage

Nr. 9177

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 1000 London, den 24. Oktober 1908

Die Stellung der englischen Regierung zur Meerengenfrage* läßt sich kurz folgendermaßen resümieren:

Sie würde an und für sich geneigt sein, um Rußland einen Gefallen zu erweisen, den bisherigen Widerstand gegen Öffnung der Meerengen fallen zu lassen. Sie fürchtet aber, die Freundschaft der Türkei zu verlieren, und vor allem auch, sich hierzulande unpopulär zu machen, wenn sie in der Meerengenfrage nachgibt.

Ob und wie sie sich aus diesem Dilemma herauszieht, muß die Zukunft lehren.

Metternich

---

* Über die gescheiterten Versuche Iswolskys, gelegentlich seiner Rundreise im Oktober 1908 die Zustimmung Frankreichs und Englands zu einer Aufrollung und Lösung der Meerengenfrage im Sinne der Buchlauer Abmachungen zu gewinnen, und über den notgedrungenen Verzicht des russischen Ministers auf Einbeziehung dieser Frage in das Programm der geplanten Konferenz, siehe Kap. CXCVI. Daß Iswolskys Bemühungen wirklich nur an England und Frankreich gescheitert sind, hat Sir Charles Hardinge bei seiner Anwesenheit in Berlin am 10. Februar 1909 dem Fürsten Bülow ausdrücklich bestätigt. Es wäre danach Iswolsky in London und Paris ganz offen gesagt worden, daß der Augenblick für die Regelung der Dardanellenfrage so inopportun wie möglich wäre. Aufzeichnung Fürst Bülows vom 10. Februar 1909. Siehe Kap. CCII, Nr. 9330. Über den deutschen Standpunkt in der Meerengenfrage vgl. namentlich die dem Kaiser am 22. Oktober, kurz vor der Ankunft Iswolskys in Berlin, vorgelegten Richtlinien (Kap. CXCVI, Nr. 9061, Anlage I), wo es unter Nr. 6 heißt: „An der Meerengenfrage haben wir kein primäres Interesse. Unsere Stellungnahme zu dieser Frage ist abhängig von der allgemeinen Lage und Konstellation zwischen den Mächten, bezw. der uns zuteil werdenden Behandlung. Rußland weiß, daß wir seine Meerengenpolitik nicht bekämpfen werden; aber daß wir sie bei der heutigen Gruppierung der Mächte auch noch fördern und dadurch unsere Freunde und Verbündeten in Verlegenheit bringen, ist zu viel verlangt. Rußlands Verbündeter, Frankreich, will ja weder im Sandschak noch in den Meerengen die volle Souveränität der Türkei beeinträchtigen". Den österreich-ungarischen Standpunkt in der Dardanellenfrage präzisierte Freiherr von Aehrenthal gegenüber Kaiser Wilhelm II. Anfang November 1908 dahin, „daß man einem auf Regelung dieser Frage abzielenden russischen Wunsche gegenüber sich nicht ablehnend verhalten, daß man aber Rußland an die Türkei weisen werde". Vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9088.

Nr. 9178

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 411 Therapia, den 25. Oktober 1908

Tewfik Pascha sagte mir gestern, Sir E. Grey habe dem türkischen Botschafter* erklärt, England lasse bezüglich der Verhandlungen mit Rußland über die Meerengenfrage der Pforte vollkommen freie Hand** und werde keinerlei Druck ausüben, behalte sich jedoch vor, die Privilegien, die man hier Rußland einräume, auch für sich in Anspruch zu nehmen.

Marschall

Nr. 9179

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, 1. November 1908

Euerer Majestät möchte ich alleruntertänigst empfehlen, die Dardanellenfrage bei dem bevorstehenden Aufenthalt in Österreich aus eigener Initiative nicht zu berühren. Sollte dies von österreichischer Seite geschehen, so dürfte es meines ehrfurchtsvollsten Erachtens ratsam sein zu antworten: Wir würden gegen die russischen Wünsche in dieser Richtung nicht aktiv auftreten. Andererseits könnten wir bei der gegenwärtigen Gruppierung der Mächte aber auch keinen Druck auf die Pforte in dieser Beziehung ausüben***.

Bülow

---

* Rifaat Pascha.

** Über die völlig ablehnende Stellung der Türkei zur Meerengenfrage vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9017, 9047.

*** Tatsächlich hat Kaiser Wilhelm II. bei seinem vom 5.—7. November dauernden Aufenthalt in Österreich in seinen Gesprächen mit Kaiser Franz Joseph, Erzherzog Franz Ferdinand und Freiherrn von Aehrenthal die Meerengenfrage von sich aus nicht berührt. Dagegen streifte sie Aehrenthal mit der Bemerkung, daß Iswolskys feindseliges Verhalten in der Annexionsfrage nur aus seinem nicht auf Österreich, sondern auf England zurückgehenden Mißerfolg in der Dardanellenfrage erklärt werden könne. Vgl. Kap. CXCVI, Nr. 9088.

Nr. 9180

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 347 St. Petersburg, den 12. Dezember 1908

Alleruntertänigste Meldung des Militärbevollmächtigten an Seine Majestät:

„Seine Majestät der Kaiser von Rußland sagte mir heute: In gestriger Note* hätte Österreich Befreiung Batums von Einschränkungen Berliner Vertrags angeboten, eine ärmliche Entschädigung! Als sein Ziel bezeichnete der Zar die freie Ein- und Ausfahrt der Meerenge vermöge einer Konferenz, aber nicht durch Sonder- oder Geheimabkommen mit dem Türkischen Reich. Über ‚Daily-Telegraph'-Artikel** sagte Zar nach meinem Vortrag, sein erster Eindruck wäre bitter und peinlich gewesen, jetzt nach Kenntnis der Vorgänge sähe er, daß die Sache anders läge. Zar befahl, Euerer Majestät zu melden, Euere Majestät möchten volles Vertrauen in ihn setzen, er wäre hier der Herr. Hintze".

Pourtalès

Nr. 9181

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändig

N[eues] Pal[ais], 13/XII 1908. 11.30 vm.

Ew. Durchlaucht.

Beigeschloßen sende ich Ihnen Abschrift — durch Flügeladj[utanten] gemacht — eines heute Morgen bei mir eingegangenen Situationsberichtes

---

* Näheres über das österreichische Aide-mémoire vom 8. Dezember 1908, das offenbar gemeint ist, siehe in Kap. CXCVIII, Nr. 9144, Fußnote***. Daß darin die Befreiung Batums von Einschränkungen des Berliner Vertrags angeboten worden sei, trifft nicht zu. Der Hinweis der Note auf Artikel 59 des Berliner Vertrags bezüglich Batums hatte nur den Zweck, den russischen Vorwurf einseitiger Verletzung des Vertrags durch die Annexion Bosniens zurückzuweisen: „Si le Cabinet de St. Pétersbourg à propos de ce point — nämlich bezüglich der Annexion — croit devoir rappeler les principes reconnus par la Conférence de Londres, le Cabinet de Vienne pourrait faire remarquer que, abstraction faite d'autre changement survenu depuis 1878 par rapport au traité de Berlin, le Gouvernement Impérial a jugé lui même compatible avec ces principes de se délier sans une entente entre toutes les Parties contractantes, de l'engagement stipulé par l'article 59 concernant le port de Batoum". Vgl. Kap. CXCVIII, Nr. 9141.
** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVIII.

des C[apitäns] z[ur] S[ee] v[on] Hintze über die Lage in Russl[and] und Chancen auf Kriegsmöglichkeit*.

Der Bericht ist mit der üblichen Schärfe, Logik und Klarheit geschrieben, die alle seine Mittheilungen über Russland und die dortigen Personen und Verhältniße charakterisiren. Ich glaube, er giebt die Ideengänge und Schlüße zu denen sie in den verschiedenen Russ[ischen] Schichten führen richtig wieder.

Der Bericht bietet auch eine intereßante Folie für das Telegramm das Sie mir gestern Abend schickten**. Man kennt nun den Grund und Boden, auf dem die Forderung der Meerengenfreiheit erwachsen ist, und warum das Oesterreich[ische] Angebot betreffs Batoum in keiner Weise verfangen hat.

Wichtig ist die Constatirung, daß man in London Benckendorff wegen der Meerengen so hat ablaufen lassen, daß er sogar Rücktrittsgedanken gehegt hatte. Natürlich mußte das so kommen da ja England jetzt energisch die Unterstützung der Jungtürken — damit also die Stärkung der Türkei — unternommen hat. Denn das ist das gerade Gegentheil der Russ[ischen] Wünsche und Intressen. Diese zielen seit Jahrhunderten auf eine allmähliche Schwächung des Osman[ischen] Reiches hin, und damit ist eine Oeffnung der Dardanellen wohl vereinbar.

Daß der Zar jetzt sich mit den Wünschen Iswolskis und eines größeren Theiles seiner Unterthanen identifizirt, ist klar, die Oeffnung der Meerengen betreffend, und die Conferenz nur das Äußere Mäntelchen darum herum.

So ist denn der Stein der Meerengenfrage doch ins Rollen gekommen und wird kaum mehr aufzuhalten sein. Es kommt nur darauf an, daß man ihm freie Bahn schafft, und dafür, sorge, daß er Niemanden treffe und schaden bringe. Wie ist das zu machen?

---

* Der sehr ausführliche Bericht des Kapitäns z. S. von Hintze vom 9. Dezember, der „Rußlands Stellung zu einem Kriege" behandelt, konstatiert, daß die Kriegslust in Rußland nur spärlich vorhanden sei, und daß die Kriegsaussichten von den Russen selbst skeptisch beurteilt würden. Von einem Kriege für Serbien und Montenegro wolle mindestens die Rechte in Rußland nichts wissen: nur auf die Meerengen sei dessen Ziel gerichtet. „Daß England in der letzten Balkankrise Rußland die Kompensation verweigert hat, ist ein starker Stoß für die Zuversicht in englische Unterstützungen gewesen. Denn die Meerengen und nichts als die Meerengen wollte man hier haben. Die Konferenz ist nur ein Surrogat, bestimmt für Befriedigung der Eigenliebe." Die Enttäuschung über England drücke sich auch in den Briefen des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff aus, der selbst von seinem Rücktritt schreibe. Am Schlusse seines Berichts zieht Hintze das Fazit. Die Frage: „Ist der Krieg wahrscheinlich"? beantwortete er dahin: „Nach Überlegungen auf Basis der Vernunft: nein. Aber die Vernunft hat häufig nicht das entscheidende Wort. Vorläufig hat sie es noch, die Leidenschaften der sogenannten ‚öffentlichen Meinung' haben sich recht abgekühlt." Auf die weitere Frage: „Ist der Krieg von seiten Österreichs oder Deutschlands zu fürchten?" sprach sich Hintze dahin aus: „Wenn die Interessen beider Staaten zum Kriege mit Rußland führen müssen, so wird der Krieg besser heute als später geführt, denn Rußland vervollkommnet seine Kriegsrüstung."

** Siehe Nr. 9180.

Daß Aehrenthal mit Iswolski schon über die Meerengenfrage geredet haben, ist uns bereits aus den gegenseitigen Andeutungen bekannt. Deßgleichen, daß generell gegen die Behandlung dieser Frage in einem den Wünschen Russlands günstigen Sinne, in Oesterreich keine Abneigung besteht. England hat Russland kühl ablaufen lassen und auf direkte Verhandlungen mit der Türkei hingewiesen. Die Türkei hat nichts davon hören wollen — ob aus eigener Initiative oder auf Anrathen Englands ist egal —. Frankreich sitzt zwischen London und Petersburg in der Klemme und sucht zu vermitteln. Italien pendelt unsicher hin und her auf „Compensationen" irgendwo hoffend. The highest bidder wird es zur Verfügung haben. So ist die Situation. Ursprünglich sollte eine Conferenz stattfinden zur „Constatirung der Veränderungen in Bosnien und Herzegovina und der Selbständigmachung Bulgariens, sowie zur Behandlung anderer die Balkanländer betreffender Fragen". D[as] h[eißt] es sollte eine Revision mehrerer Artikel des Berliner Vertrages stattfinden, wozu die Uebereinstimmung aller Betheiligten zu erhoffen wäre.

Mit dem Postulat einer Conferenz zur Behandlung der Frage der Oeffnung der Meerengen, will der Zar jedoch den Pariser Vertrag modifiziren, und verquickt somit die beiden Fragen miteinander, oder stellt die Erstere zurück. Dadurch könnte vielleicht eine ganz geänderte Constellation der Mächte herbeigeführt werden. Es könnte, in abgeschwächter Form eine der alten Krimkrieg Gruppirung ähnelnde aufleben. Jedenfalls wäre es nicht ausgeschloßen bei einigem Geschick, die 3 Kaisermächte einander näher zu bringen, und den monarchischen Gedanken zu stärken. Wenn Oesterreich und Deutschland — welches allerdings im Krimkriege noch nicht existirte — dem Zaren in der Meerengenfrage Entgegenkommen zeigen, und Schwierigkeiten fortzuräumen sich befleißigen, da wir ja jetzt wissen, das er auf diesen Punkt so scharf den Nachdruck legt, daß er sogar den Appell an die Waffen nicht scheut, dann würden wir ihm zu neuem Erfolge verhelfen — der ihn in Gegensatz zu London bringt — die Russ[ische] Oeffentliche Meinung befriedigen und Iswolski einen großen Dienst erweisen. Frankreich hat die Wahl zu treffen ob es mit seinem Russ[ischen] Allié gehen — also mit den Kaisermächten — oder zu England halten will. Es wird wohl wegen der 12 milliarden das erstre thun. England wird in die Lage versetzt, entweder wie bisher sich der Türkei anzunehmen, dann muß es gegen die Oeffnung der Meerengen sein, oder die Oeffnung für alle also auch für sich zu beanspruchen, was Russland nicht will. Es muß entweder den Haß der Russen oder der Türken auf sich laden, d[as] h[eißt] sich entweder mit der Slavischen oder der Muhammedanischen Welt überwerfen. Im letzteren Falle dürften die Folgen baldigst in Aegypten und in Indien in übeler Weise sich fühlbar machen. Denn gerade die Unruhe in diesen Ländern ist der Grund der plötzlichen Türkenfreundlichkeit Englands. Die Russen rechnen schon mit und rüsten schon auf einen Krieg, in den wir auch mit involvirt sein würden; wir fürchten ihn nicht; jedoch glaube ich, daß man ihn vielleicht noch mit der Oeffnung

der Meerengen beschwören könnte, welche von 2 Kaisern dem Dritten angeboten zu einem leidlichen Verhältniß zwischen den 3 Kaisermächten führen könnte, welchen, wohl oder übel, nolens volens Frankreich sich anzuschließen hätte, Italien ebenso; und England würde zum Mindesten sehr höflich werden. Jedenfalls ist die Situation sehr ernst. Und da ist es bei dieser Lage der Dinge sehr ergötzlich, daß jetzt gerade im Reichstage der Spaarteufel seine wildesten Sprünge macht und wahre Orgien feiert, wodurch Heer und Flotte gerade jetzt gehindert werden sich unauffällig, wie man es sonst gekonnt, auf kommende Ereigniße vorzubereiten. In Oesterreich sind 3 A[rmee]-Corps so gut wie mobil. Ein intressantes historisches factum zeigt uns Oesterreich in den Napoleonischen Kriegen. Jedesmal wenn es mit Mühe seine Armee in Ordnung, seine Finanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht, seinen valuta regulirt hatte, und nun sich vornahm gründlich zu sparen, dann ward es unversehens von Napoleon I. überfallen und verlor Alles wieder. Jetzt heißt es gerüstet sein und klar machen zum Gefecht! Dazu ist aber der Abstrich von 50 Mill[ionen] im Marine Etat, der uns unmöglich macht, Seeminen zu beschaffen von denen uns viele Hundert zur Sichrung unsrer Häfen und Flußmündungen noch fehlen, ein schlechter Anfang, das ist bei der Augenblicklichen Lage der Dinge beinahe Landesverrath! Wie viele Milliarden könnten uns dafür an Handelswerthen ruinirt werden! Schon der Versuch große Ersparniße an der bewaffneten Macht, in solcher unruhigen Zeit zu machen, verleiht den Schein der Schwächung und reizt den Feind zum Angriff.

Der letzte Satz im gestrigen Petersburger Telegramm „daß der Zar nach wie vor mein Freund sei und ich mich auf ihn verlassen könne" — nach der schroffen Erklärung, „er wolle die Meerengen haben" — zeigt den Weg wie seine Freundschaft gewonnen, befestigt und auch fruktifizirt werden kann. Daher muß Berlin im Verein mit Wien bald ans Werk gehen und die Meerengenfrage mit Petersburg behandelt werden. So kann der Zar zu den Kaisermächten hinübergezogen werden, und auch die Eitelkeit Iswolskis ist befriedigt.

Wilhelm I. R.

Nr. 9182

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 14. Dezember 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich meinen alleruntertänigsten Dank für die gnädige Übersendung des interessanten Berichts des Flügeladjutanten Euerer Majestät, Kapitäns zur See von Hintze, und der ihn begleitenden Allerhöchsten Direktiven* auszusprechen.

* Siehe Nr. 9181, nebst Fußnote *, S. 370.

Das wieder anzustrebende Ziel einer Verständigung der Dreikaisermächte, auf das Euere Majestät hinzuweisen geruhen, würde durch ein Entgegenkommen von unserer und Österreichs Seite in der Meerengenfrage unbedingt gefördert werden.

Meines Erachtens würde zu diesem Zwecke zunächst, wie Euere Majestät hervorheben, Rußland zu erkennen zu geben sein, daß wir und Österreich den Russen in dieser Frage keine Schwierigkeiten bereiten. Zugleich müßte aber, im Gegensatz hiezu, den Russen noch einmal klar vor Augen geführt werden, woher die Schwierigkeiten in der Sache kommen. Das geschieht, wie ich glaube, am besten dadurch, daß man Rußland auf direkte Verhandlungen mit England unter den Auspizien der Verbündeten der Russen, der Franzosen, hinweist. Ich gestatte mir deshalb, Euerer Majestät gnädiges Einverständnis mit nachstehender Instruktion an Allerhöchstdero Botschafter in St. Petersburg zu erbitten[1].

„Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 347 vom 12. d. Mts.* bitte ich Sie durch Kapitän zur See von Hintze Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland sagen zu lassen, daß unsere Stellung zu den russischen Wünschen bezüglich der Meerengen zu wohl bekannt ist, um näherer Ausführung zu bedürfen. Unsere Stellung hat ihren offiziellen Ausdruck in dem Zusatzprotokoll zum geheimen Vertrag von 1887 gefunden, und unsere wohlwollende Haltung gegenüber Rußland hat sich in diesem Punkte auch nach Erlöschen des Vertrags nicht geändert. Wir wissen aber auch, daß unser österreichischer Bundesgenosse bei den Besprechungen zwischen Aehrenthal und Iswolsky ehrlich die Durchfahrt durch die Meerengen für Rußland in Aussicht gestellt hat. Die beiden Minister gingen dabei offenbar von der Voraussetzung aus, daß von England in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten zu erwarten seien, nachdem seit 20 Jahren, seit dem Scheitern des Drumond-Wolffschen Vertrags über Ägypten**, England stets öffentlich erklärt hat, so namentlich durch den berufenen Mund seiner Botschafter, noch im vorigen Jahr durch O'Conor, seinerzeit auch durch den verewigten Herzog von Edinburg, daß England nicht mehr an den Meerengen interessiert sei und deren Schutz der Türkei überlasse***. In der englischen Ansicht war aber eine unerwartete Wendung eingetreten. Die einmütige öffentliche Meinung in England hatte sich, wie jeder sogenannten „freiheitlichen" Bewegung, selbst wenn sie auf Umsturz in anderen Ländern ausgeht, so auch der jungtürkisch-revolutionären Bewegung mit einer solchen Macht zugewandt, daß sich die englische Regierung außerstande sah, irgendeiner Abmachung zuzustimmen, die wie eine Unfreundlichkeit gegen die Türkei aussah. Dieser Umstand hat das sicher aufrichtig gemeinte österreichische Anerbieten in der Meerengenfrage wertlos gemacht, und dadurch allein ist die Stellung von Iswolsky seinen eigenen Landsleuten gegenüber eine schwierige geworden.

---

* Siehe Nr. 9180.

** Vgl. Bd. IV, Kap. XXIII, Nr. 817, S. 174, Fußnote.

*** Vgl. dazu Bd. XVIII, Kap. CXIX, Nr. 5654, Anlage II.

Wir würden an sich keinen Anstand nehmen, unser Entgegenkommen gegen Rußland in der Meerengenfrage auch öffentlich auszusprechen, und zweifeln nicht an derselben Bereitwilligkeit bei unserm Bundesgenossen. Wir stellen aber der Erwägung des russischen Kaisers anheim, ob es opportun für Rußland wäre, wenn wir in der Sache von Anfang an hervorträten. Die zu unserm lebhaften Bedauern gegen uns in England, zum Teil auch in Frankreich herrschende Animosität ist so groß, daß unser Hervortreten die Wünsche Rußlands eher gefährden als fördern würde. Wir haben gerade in letzter Zeit öfters erlebt, daß unsere Stellungnahme in einer Sache genügte, um England und Frankreich zur entgegengesetzten zu veranlassen[2]. Wir würden es deshalb im Interesse Rußlands für richtiger halten, daß dieses zunächst die Vermittelung Frankreichs bei England in Anspruch nimmt[3]; Frankreich, das selbst keine direkten Interessen an den Meerengen hat, wird seinem Bundesgenossen diesen Dienst kaum verweigern, und seine Stimme gilt zurzeit viel in England. Es ist anzunehmen, daß England auf diese Weise leicht für die russischen Wünsche zu gewinnen ist, da es seine Entente mit Frankreich und seine guten Beziehungen jedenfalls höher bewertet als eine momentane Verstimmung der Türkei. Wenn sich Frankreich der Wünsche Rußlands in London mit einigem Nachdruck annimmt, kann Rußland auf einen Erfolg rechnen[4], für den ihm die Zustimmung Deutschlands und Österreichs zum voraus gesichert ist[5]."

Für Euere Kaiserliche und Königliche Majestät Allerhöchstpersönlich beehre ich mich dieser Instruktion hinzuzufügen, daß ich es für nützlich gehalten habe, den von Euerer Majestät betonten wahren Grund der gegenwärtigen englischen Türkenfreundlichkeit — die Rücksicht auf die eigenen muhamedanischen Untertanen in Indien und Ägypten — gerade Rußland gegenüber nicht hervorzuheben, sondern hier nur Gewicht auf die tatsächlich auch vorhandene Schwärmerei der Engländer für das freiheitlich-revolutionäre Element in der Türkei zu legen.

Zum Schlusse darf ich Euerer Majestät zu der Bemerkung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland über Batum in dem hier wieder beigefügten Telegramm des Kapitäns zur See von Hintze ehrfurchtsvollst unterbreiten, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolas in diesem Punkte offenbar unrichtig informiert worden ist. Baron Aehrenthal hat nicht in der Note die Befreiung Batums von den Bestimmungen des Berliner Vertrags angeboten, er hat nur in einem früheren Stadium der Diskussion dem Drängen Iswolskys gegenüber, daß alle Veränderungen am Berliner Vertrag auf einer Konferenz diskutiert werden müßten, darauf hingewiesen, daß dann auch die Frage von Batum diskutiert werden müßte, wo Rußland sich längst über die Bestimmungen des Berliner Vertrags hinweggesetzt hat.

Wegen der Streichung der Seeminenforderung habe ich sofort im Reichsmarineamt Erkundigungen eingezogen. Weder Konteradmiral Capelle, Direktor des Verwaltungsdepartements, noch Kapitän zur See Dähnhardt, Vorstand der Etatsabteilung, vermögen sich zu erklären, worauf die

Nachricht zurückzuführen ist[6]. In den Etat 1909 wären anderthalb Millionen Mark für Seeminen eingestellt worden. Die Einstellung sei im Reichsschatzamt auf keine Schwierigkeiten gestoßen. Es sei überhaupt noch niemals eine Seeminenforderung des Reichsmarineamts vom Reichstag abgelehnt worden. Der Marineetat sei noch nicht beraten worden. Auch in der allgemeinen Etatsdebatte sei von Seeminen nicht die Rede gewesen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

N[eues] Palais 14/XII 08 W.

Mit erstem Theil der Instruktion einverstanden.

Den zweiten Theil bitte ich nach meinen umstehenden Marginalien umzuändern. Der Zar, wie aus dem vorgestrigen Telegramm hervorgeht, will die Meerengen haben; une question d'amour-propre. Er ist im Herbst mit seiner Anregung in London bereits abgeblitzt, wie aus dem von Hintze angeführten Brief Benckendorffs hervorgeht, und hat sich nun an mich gewendet. Da kann ich nicht ihm anrathen die Sache nochmals mit Hülfe von Paris zu probiren! Das hat ihm sicher schon damals nach Kräften sekundirt. Außerdem hieße das ja gerade den Zaren direkt in die Englischen Arme künstlich hineintreiben und die Anglo-Franco-Russische Gruppe gerade zu erschaffen. Er hat Vertrauen zu mir gezeigt, daß ich ihm zu seinem Wunsch verhelfe. Das muß ausgenutzt werden, und zwar dahingehend, daß nunmehr die Kaisermächte sich für seinen Plan interessiren und ihn mit Paris gemeinsam in London vertreten, da Paris in diesem Falle nicht anders kann. Sagt London wieder nein, ist der Riss mit Petersburg evident, wir haben diligentiam prestiret und den Russen gezeigt, daß wir es gut mit ihnen meinen. Und es kann nun seinen Weg wählen mit oder ohne England: es thun oder unterlassen. Sagt London ja, dann haben Wien und Berlin — mit Paris vereint — Russland zu seines Wunsches Erfüllung verholfen, und Russland ist zufrieden, und wird sich uns nähern, Paris dadurch indirekt auch, da das Alles mitmacht, was Petersburg thut, und Iswolski's Eitelkeit ist auch beruhigt, was sehr wichtig ist. Die Meerengen muß Russland von Wien und Berlin bekommen; das waren Bismarcks und Schweinitz' Worte an mich!

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Muß noch geändert werden.

[2] in diesem Falle Rußland betreffend nur England! Frankreich kann in dieser Frage nicht gegen seinen Alliirten sein, wenn er auch schon uns andere für sich hat.

[3] Das wäre das genauste Gegentheil von dem was ich will. Es wäre ja geradezu den Zaren künstlich den Engländern in die Arme jagen! Im Gegentheil! Wenn England Nein sagt, so ist die Freundschaft zwi[schen] ihm und Russland zu Ende, und der verletzte Zar kommt dann zu Oesterreich und uns, und Frankreich geht mit ihm, und dann kriegt er eben von uns andern die Erlaubniß und Zustimmung, und England bleibt es überlassen ob es allein die Russen daran hindern will, die ganz Europa mit sich haben! So muß es gefing[e]rt werden

[4] Also dann ist Frankreich derjenige dessen Bemühungen Rußland die Meerengen dankt, und England, nicht die Kaisermächte, die blos noch zustimmen!

[5] Es kommt hierbei hauptsächlich darauf an einen Keil zw[ischen] London und Iswolski zu treiben. Das geschieht dadurch, wenn Oesterreich und wir ihm die Zustimmung geben und gemeinsam in Paris und London die Russ[ischen] Schritte und Wünsche die vom Zaren ausgehen, warm unterstützen. Wenn England nein sagt, — ob, weil wir es anregen, oder wegen anderer Gründe ist egal, — dann ist der Riss da! Und wir haben Rußland geholfen. Sagt England ja, dann sind wir und Oesterreich gewesen die es dazu gebracht haben! So oder so, sieht Rußland klar, daß wir beiden ihm zur Seite stehen, und im zweiten Falle ihm zur Erfüllung seiner Wünsche verholfen haben. Wenn aber Frankreich die Sache macht und gelingt, dann sagt Iswolski mit Recht die

Engländer und Franzosen sind doch die Einzigen, die einem was zu Gefallen thun und schwenkt zum Danke ganz zu ihnen ab! Daher mit Vorschlag nicht einverstanden; es muß die Instruktion hiernach modifizirt werden. Es kommt weniger auf den Erfolg der Schritte an, als darauf England in die von mir gestern angedeutete Zwangslage zu bringen, und dem Zaren einen eklatanten Beweis von unsrer und der Oesterreichischen Hülfe zu geben, und einen Riss zwischen London und Petersburg zu ermöglichen.

Außerdem wissen wir aus Hintze's Meldung, daß der Zar schon in London gefragt hat, und Benckendorff so abgefallen lassen worden ist, daß er abgehen wollte. Es ist dann doch eine merkwürdige Sache, fast demüthigend, wenn wir ihm durch Hintze rathen lassen, es noch mal durch Paris zu probiren! Die Franzosen werden sicher schon damals sekundirt haben, aber eben ohne Erfolg. Daher sehe ich das Telegramm aus Petersburg — zumal mit dem persönlichen Schluß — als einen Appell an mich an zu helfen. Er hat uns eben jetzt mit hineingezogen; und da ist es doch anständiger wenn Oesterreich und wir gemeinsam in Paris und London sagen, der Zar hat den bestimmten Wunsch uns ausgesprochen wir haben prinzipiell nichts dagegen, wollt ihr mitthun? Paris kann gar nicht anders dem Wunsche des Zaren gegenüber als ja sagen; und wird von selbst schon so viel als möglich auf London drücken, zumal wo es sieht, daß die Kaisermächte alle zusammenstehen! Und London mag ja nun thun wie es ihm beliebt! Wegen der Meerengen fängt es bestimmt keine Händel an!

[6] Adm[iral] [von] Tirpitz hat sie mir im Vortrage persönlich genannt! 40 — 50 Mill[ionen] die von Anfang gestrichen werden sollen, wodurch eine größere. nothwendige Minenbeschaffung unmöglich gemacht werde! Die Streichung ist von seiten R[eichs] Schatzamtes beabsichtigt nicht vom Reichstag!

Nr. 9183

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 559 St. Petersburg, den 13. Dezember 1908

Geheim

Streng vertraulich

An das Gespräch, welches Kapitän zur See von Hintze die Ehre hatte, gestern mit Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus zu führen, und welches er mir ausführlich erzählt hat, wollen mir Euere Durchlaucht gestatten, einige Betrachtungen zu knüpfen:

Was zunächst die Frage von Batum betrifft, so fällt es auf, daß der Zar von dieser Frage in einem Sinne sprach, als ob Österreich in seiner letzten Note die Verwandelung Batums in einen Kriegshafen als Kompensationsobjekt angeboten hätte, während tatsächlich, wie ich bestimmt weiß, in der Note von diesem Hafen nur in dem Sinne die Rede ist, daß auf Batum als einen Fall hingewiesen wird, in welchem Rußland über eine Bestimmung des Berliner Vertrages ohne vorherige Zustimmung der Mächte hinweggegangen ist. Dieser Irrtum Seiner Majestät ist um so befremdlicher, als sonst der Kaiser eine politische Situation sehr schnell und richtig zu erfassen pflegt. Ich habe schon selbst Gelegenheit gehabt, die Gedanken und Anschauungen des Herrn Iswolsky vom hohen Herrn bei-

nahe wortgetreu wiedergegeben zu hören. Wenn man daher die Äußerung des Kaisers: „poor compensation" liest, so kann man nicht umhin, die Frage aufzuwerfen, ob Seine Majestät die österreichische Note wirklich selbst gelesen hat und ob nicht vielmehr der Minister durch einen Vortrag über den Inhalt der Note ein nicht ganz richtiges und unvollständiges Bild von der Situation entworfen hat.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Äußerung des Kaisers über die Meerengenfrage. Während der Minister, seitdem er sich in dieser Frage in London einen Korb geholt hat, jedem, der es hören will, versichert, von den Meerengen sei jetzt gar keine Rede, Rußlands Haltung sei ganz uneigennützig, es verlange für sich gar keine Kompensation, erklärte der Monarch, er wünsche die Konferenz hauptsächlich deswegen, weil er eine Erledigung der Meerengenfrage in einem für Rußland günstigen Sinne von derselben erhofft. Man muß hier wieder fragen: Ist der Kaiser über die Frage richtig informiert, oder will etwa Herr Iswolsky die Meerengenfrage doch noch vor die Konferenz gebracht sehen? Man wird zugeben müssen, daß dies eine großzügigere und weiterblickendere Politik wäre, als der von Herrn Iswolsky vorigen Donnerstag mir gegenüber vertretene eigensinnige Standpunkt*, welcher eigentlich nur mit dem eines ungezogenen Kindes verglichen werden kann, das sich selbst durch vernünftiges Zureden nicht beruhigen lassen will. — Andererseits frägt man sich, wie der Wunsch, die Meerengenfrage vor die Konferenz zu bringen, sich mit der gegenwärtig ausgesprochen türkenfreundlichen Haltung der russischen Politik verträgt. Rußland kann doch kaum erwarten, daß es die Öffnung der Meerengen, eine Frage von vitalem Interesse für die Türkei, auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen mit der Pforte zu erreichen Aussicht hat. Das Petersburger Kabinett könnte doch höchstens hoffen, daß die Türkei in dieser Frage einem sehr mächtigen Drucke weicht. Auf welche Mächte rechnet Rußland dabei? Glaubt es an einen Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands? Müßte sich Herr Iswolsky nicht sagen, daß, wenn wir auch in Fragen des Nahen Orients anderen im allgemeinen den Vortritt lassen, dennoch Existenzfragen für die Türkei nicht wohl allein zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und London entschieden werden können, daß vielmehr auch wir dabei ein Wort mitzusprechen verlangen müssen?

Allein ich vermag vorläufig nicht, an die Absicht des Ministers zu glauben, die Meerengenfrage wieder anzuschneiden. Ich möchte vielmehr in den Äußerungen des Kaisers ein neues Symptom für die ungenügende Information Seiner Majestät erblicken. Vielleicht hat Herr Iswolsky, um seinen Herrn für den Konferenzgedanken zu gewinnen und festzumachen, ihm die Möglichkeit der Verwirklichung seines Lieblingswunsches, die freie Durchfahrt durch die Meerengen, vorgespiegelt. Bemerkenswert ist, daß auch Herr von Hintze, übereinstimmend mit meinen Eindrücken,

* Vgl. Kap. CXCVIII, Nr. 9152.

aus den Äußerungen des Kaisers entnommen hat, daß zurzeit die Stellung des Herrn Iswolsky beim Zaren noch eine ganz feste ist.

Wenn auch durch die Unterredung des Herrn von Hintze der Nebel, in welchen manches, was hier vorgeht, gehüllt ist, nur an einer Stelle etwas zerrissen ist, das Gesamtbild noch nicht ganz klar zutage tritt, so werfen doch einige der vom Zaren getanen Äußerungen ein eigentümliches Licht auf die hiesigen Zustände und bestätigen manches, was in mehr oder weniger deutlichen Umrissen schon längst zu erkennen war: In welchen traurigen Illusionen bewegt sich der Monarch, wenn er wirklich glaubt, das Heft in der Hand zu haben! Es ist dies ein Kapitel, über welches man viele Bogen vollschreiben könnte. Dem Kaiser werden die umfangreichsten Aktenstücke über verhältnismäßig unwichtige Dinge vorgelegt. Mit größter Gewissenhaftigkeit und unermüdlichem Fleiß liest der Monarch alles durch, macht Randbemerkungen, erläßt Befehle und bildet sich ein zu „regieren". Dabei ruhen die großen Entscheidungen in den Händen weniger, sich gegenseitig befehdender Männer und Cliquen, unter denen eigentlich nur Herr Stolypin Anspruch erheben kann, als Staatsmann ernst genommen zu werden. Bezeichnend ist der ungeduldige Ausruf des Kaisers: „Ich habe schon vor zwei Jahren befohlen, daß ich ein Preßgesetz haben will. Es ist leider noch immer nicht fertig." Und derselbe Monarch glaubt sagen zu können: „I am the master."

F. Pourtalès

Nr. 9184

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Konzept von der Hand des Gesandten von Kiderlen

[pr. 15. Dezember 1908]

Der jetzige Zeitpunkt ist für eine von uns gemeinsam mit Österreich in London zu unternehmende Demarche wegen der Meerengen nicht günstig. Die Engländer werden jetzt keinenfalls nachgeben; England kann es ruhig darauf ankommen lassen, die Sache allein zu vereiteln. Es würde damit den Türken zeigen, daß es ihnen ganz allein zu allem verhelfen kann, während wir den andern Mächten gegenüber nichts vermögen. Auch wir würden den Russen keinen realen Nutzen bringen, wenn wir vergeblich in London vorgingen. Der Nutzen unserer Freundschaft würde also in den russischen Augen sinken, wenn wir ihnen nichts ausrichten.

Die Engländer würden aber, während sie sich in Konstantinopel mit ihrem Widerstand brüsten, dem Zaren sagen können, sie würden mit sich haben reden lassen, wenn der Zar ihnen nicht gleich uns und Österreich auf den Hals geschickt hätte. Aber ebenso würden die Franzosen, die allem Anschein nach eine Vermittelung bereits einmal abgelehnt haben,

eine verunglückte Intervention in London auf unser Konto abschieben und es uns verübeln, sie in eine unangenehme Lage gebracht zu haben. Daß die Sache den Franzosen jetzt allein in London gelingt, ist ausgeschlossen.

Gehen wir jetzt, nachdem wir von den Russen so schlecht behandelt sind, gleich auf den russischen Wunsch, der nicht amtlich ausgesprochen ist, ein, wird Iswolsky die Sache seinem Herrn schon so darzustellen wissen, daß wir nicht aus Liebe, sondern aus Furcht infolge seines Bluffs vorgingen. Seine Stellung und seine uns in Wahrheit nur oberflächlich freundliche, im Grunde aber unfreundliche Politik würde dadurch eine Stärkung erfahren.

Nach dem neuesten Bericht des Grafen Pourtalès (Nr. 559 vom 13. Dezember)* will aber Iswolsky momentan von den Dardanellen gar nichts wissen und sich nur an Aehrenthal rächen. Er würde also seinem Herrn, der alles mit ihm bespricht, die Sache schon so darzustellen wissen, daß die Sache von uns nur eine Falle sei, nicht ernst gemeint, da wir Englands Widerstand kennten, aber erfunden, um Rußland mit England zu brouillieren.

Er würde es also beim Zaren durchsetzen, daß er unser Anerbieten als unzeitgemäß ablehnt. Iswolsky würde es dann aber in London, Wien, Paris, Konstantinopel mitteilen und uns überall kompromittieren.

In Wien dürfte der jetzige Zeitpunkt für ein Rußland freundliches Vorgehen in der Meerengenfrage noch ungünstiger erscheinen als bei uns, da Österreich-Ungarn damit eine seiner besten Karten vorzeitig aus der Hand geben würde.

Der Zar hat übrigens Herrn von Hintze (cf. Telegramm A 20832)** nur als sein Ziel „die freie Ein- und Ausfahrt der Meerengen vermöge einer Konferenz" bezeichnet. Daran muß sich die Antwort halten, etwa dahin:

Seine Majestät, erfreut über die erneut geäußerten treuen Gesinnungen des Zaren, läßt diesen seiner andauernden Freundschaft versichern. Diese werde sich stets in tunlichster Unterstützung der Wünsche des Zaren äußern. Es sei dem Zaren bekannt, daß wir ihm niemals bezüglich der Meerengen Schwierigkeiten gemacht hätten oder machen würden. Wir würden im Gegenteil gern seine diesbezüglichen Wünsche unterstützen. Die Schwierigkeit liege in London. Wir wollten gern mit Rußland in Gedankenaustausch darüber treten, ob und wie diese Schwierigkeit zu überwinden sei***.

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 9183.

** Identisch mit Nr. 9180.

*** Durch Telegramm Nr. 244 an Graf Pourtalès vom 16. Dezember wurde der Militärbevollmächtigte von Hintze angewiesen, sich bei seinem nächsten Zusammentreffen mit dem Zaren im Sinne des Schoenschen Entwurfs, den der Kaiser gut hieß, zu äußern.

Nr. 9185

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Kapitän zur See von Hintze an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Nr. 55 St. Petersburg, den 19. Dezember 1908

Seine Majestät den Kaiser von Rußland habe ich am 19. d. Mts. wiederum gesehen, als ich zur Feier des allerhöchsten Namenstages nach Zarskoe Selo befohlen worden war. Die sonst übliche Parade war abgesagt; in Zarskoe Selo waren nur die Großfürsten und Großfürstinnen, beide ohne ihre Gefolge, die diensttuenden höchsten Hofchargen und von der Suite Seiner Majestät drei Offiziere versammelt. — Beim Eintreffen im Palais meldete ich dem stellvertretenden Kommandanten des Hauptquartiers, daß ich eine Mitteilung an Seine Majestät zu machen hätte, daß sie nicht dringlich wäre, und daß ich nicht wüßte, ob Zeit oder Gelegenheit heute passend wären. — Als seine Majestät bei der Gratulationscour zu mir gelangte, sagte er zu mir: „I want to see you after luncheon, come over to my house." (Seine Majestät meinten damit das Palais Alexandria, im Gegensatz zum „Großen Palais".)

2. Kurz nach zwei Uhr nachmittags empfing mich der Zar in seinem Arbeitszimmer. Er erkundigte sich nach Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Gesundheit und äußerte wie vor acht Tagen, er empfände und fühle mit Euerer Majestät. Dann brachte ich die durch Telegramm übermittelte (durch Auswärtiges Amt Telegramm Nr. 244*, hier eingegangen 17. XII. 1908 M) Zufriedenheit Euerer Majestät mit den am 12. XII. geäußerten treuen Gesinnungen des Zaren vor und ebenso die Versicherung Euerer Majestät andauernder Freundschaft. Der Zar dankte mit einer kleinen Verbeugung. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung berichtete ich sodann über die Stellung Euerer Majestät zu der Frage der Meerengen in dem durch den telegraphischen Befehl vorgeschriebenen Sinne.

3. Als ich berichtete, daß Euere Majestät „gern die Wünsche des Zaren bezüglich der Meerengen unterstützen würden", zeigte der Kaiser sichtlich Überraschung: „Is this the answer to what I told you some days ago? — How quick! As a matter of fact, when the annexation of Bosnia and Herzegovina and the independence of Bulgaria were proclaimed, then my first idea — and that of Iswolsky and of a good many other people who know Russia needs, was that, the treaty of Berlin being broken, this would mean an opportunity to raise the question of the Straits. The press, of course, did'nt see it, not even the ‚Novoie Vremya'; they never see farther than what is in front of their noses. But I want to settle that question legally, by negotiations with the signatories of the Berlin treaty[1]. Now, if there is to be a conference — I don't know whether there ever

* Siehe Nr. 9184, S. 379, Fußnote ***.

will be a conference — but I say, if there is a conference, I shouldn't like to impede, I mean, I don't want to render the heavy task of that conference still heavier by raising the question of the Straits. But in the future, in the near future*, I wish this question to be dealt with, and then I shall have great pleasure in availing myself of His Majesty's help. I hope to get the consent of all the interested powers or, at least, of most of them[2]; of course, Turkey is the power mostly concerned."

4. Dem Befehl gemäß sprach ich davon, daß die Schwierigkeiten von anderer Seite kommen würden; ohne jedoch London direkt zu nennen. Das schien der Zar zunächst mißverstanden zu haben, denn er sagte: „I hope, I shan't see the day when there arise difficulties between Russia and Germany." Auf meine Erläuterung, daß Schwierigkeiten gemeint seien, die von anderer Seite als von Deutschland gemacht werden könnten, erwiderte er lebhaft: „Oh yes, I see: that's it, there will be difficulties, and I know from which countries[3]."

5. Seine Majestät waren offenbar zunächst von der Eröffnung der Bereitwilligkeit, ihn in der Meerengenfrage zu unterstützen, überrascht[4]. Er erwärmte sich aber schnell dafür und schloß die Unterhaltung mit den Worten: „I am very happy to get such good news; indeed, I was quite

---

* Zu der Vertagung der Meerengenfrage dürfte auch beigetragen haben, daß die russische Schwarzmeerflotte noch gar nicht in der Lage war, aus der Öffnung der Meerengen entsprechenden Nutzen zu ziehen. Das ergibt sich aus Äußerungen des russischen Ministerpräsidenten Stolypin und des Finanzministers Kokowzow zu dem deutschen Finanzier Fischel, der eben damals im Auftrage des Bankhauses Mendelssohn in Petersburg weilte. Es heißt darüber in einem Immediatbericht Fürst Bülows vom 25. Dezember:

„Interessant war, daß Kokowzow motu proprio an Fischel sagte, Iswolsky habe Unrecht gehabt, die Dardanellenfrage auf seiner Rundreise anzuschneiden. Iswolsky habe sich eingebildet, die Dardanellen könnten eine Kompensation für die Annexion von Bosnien und der Herzegowina bilden. Diese Auffassung hielten Kokowzow und Stolypin für ganz falsch. Sie wären der Ansicht, daß Rußland jetzt gar kein Interesse an der Öffnung der Dardanellen habe, das es keine Flotte im Schwarzen Meere besäße. Außerdem würde die russische öffentliche Meinung in der Befriedigung der russischen Dardanellenwünsche keine Kompensation für die endgültige Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Österreich erblicken. Das hätten Stolypin und Kokowzow carrément an Iswolsky gesagt, der auch eingesehen habe, daß er große Fehler begangen hätte. Er habe zweimal seine Demission angeboten, die aber nicht angenommen worden wäre. Jetzt stände Iswolsky wieder fest, aber unter der Bedingung, daß er täte, was Stolypin und Kokowzow wollten".

** Tatsächlich richtete der Zar am 28. Dezember einen Brief an den Kaiser, der, in der Hauptsache der serbisch-österreichischen Kriegsgefahr gewidmet, nebenher auch der Meerengenfrage, und zwar in dem Sinne gedachte, daß das deutsche Entgegenkommen zwar gewürdigt, aber für den Augenblick zurückgewiesen wurde. Der betreffende Passus des Briefes (siehe den vollen Wortlaut in Kap. CC, Nr. 9187) lautete: „I suppose Hintze reported to you about my talk with him. I appreciate your wish to second Russia in the final settlement of the Straits question. Now is not the moment for raising that affair, we have got difficulties enough, if I may say so, plenty of diplomatical food to digest for many months to come." Kaiser Wilhelm II. antwortete auf

unaware —, I shall write a few lines to His Majesty**. In three days I send a courier to Danmark, I shall charge him with the letter to His Majesty."

6. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß auch heute der Zar von Herrn Iswolsky in Ausdrücken sprach, die bezeugten, daß er mit diesem seinem Minister einig zu sein glaubt. Herrn Iswolskys Stellung bei Seiner Majestät scheint danach nach wie vor unerschüttert zu sein.

Im Zusammenhang damit ist die Auslassung Seiner Majestät auffällig, laut deren auch Herrn Iswolskys erste Idee bei Eintritt der jüngsten Balkanereignisse gewesen sei, die Frage der Meerengen anzuschneiden[5]. Ich höre, daß Herr Iswolsky sich energisch dagegen verwahrt, als habe er diesen Punkt berührt.

Ferner ist ein Widerspruch festzustellen hinsichtlich der Meinung Seiner Majestät über die Richtung der russischen Presse und die bezüglichen Tatsachen. Zwar die „Nowoje Wremja" hat von Anfang an für ein uninteressiertes Eintreten Rußlands für Serbien und Montenegro gesprochen und den Gedanken an unmittelbare Kompensationen für Rußland von sich gewiesen. Natürlich weil sie davon für Rußland späte aber desto reichere Früchte erhofft. Der Zar liest nun die „Nowoje Wremja" täglich, ebenso den „Daily Graphic", sonst eigentlich nur Ausschnitte. Es kann ihm, bei einer gewissen Auswahl der letzteren, entgangen sein, daß die russische Gesellschaft vom ersten Tage der Erklärung der Annexion an nach Kompensationen für Rußland rief, und daß die Presse diesen Ruf zum größten Teil schleunigst aufnahm. Erst als es schien, daß die rein russischen Wünsche in Paris und London kühle Aufnahme fänden, wurde der Rückzug auf die „uninteressierte Verteidigung der Ansprüche der slawischen Brüder" angetreten. Diese Position liegt weniger im Angriffszentrum. Wie der Zar darüber denkt, ist aus seinen Worten am 12. d. Mts. ersichtlich: er nannte die serbischen und montenegrinischen Ansprüche eine quantité négligeable.

(gez.) von Hintze

---

diesen Brief mit einem langen Schreiben vom 8. Januar 1909 (siehe Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 395 ff. vgl. Kap. CC, Nr. 9188), das im Auswärtigen Amt entworfen war. Die Meerengenfrage wurde in diesem Briefe nicht wieder berührt. In einem Immediatberichte Fürst Bülows vom 5. Januar 1909 heißt es darüber: „Die Meerengenfrage möchte ich dringend raten, nicht zu berühren. Kaiser Nikolaus bezeichnet sie selbst als nicht akut und könnte eine Wiedererwähnung auffällig finden." Hintze wurde darauf angewiesen, bei der Überreichung des kaiserlichen Briefes das Nichtzurückkommen auf die Dardanellenfrage damit zu motivieren, daß der Zar den Wunsch ausgedrückt habe, sie erst „in the future" anzuschneiden. Am 15. Januar stattete Hintze dem Kaiser Bericht über die Ausführung des Befehls ab. Danach hätte der Zar dieses Nichtzurückkommen auf die Frage höchlich gebilligt: „Es schiene ihm besser so, weil augenblicklich genug Fragen zu behandeln wären."

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] Paris! S[eine] M[ajestät] verwechselt die beiden Verträge.

[2] event[uel]l ohne E[ngland]?

[3] ?

[4] unbegreiflich!

[5] Das hat auch Iswolsky Aehrenthal gegenüber getan, ebenso in Rom, Paris und London, nur meist mit negativem Resultat.
Lügen ist bei ihm noch mehr wie bei den Russen sonst, Grundsatz.
Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift:
Sehr erfreulich! Die gewünschte angenehme Wirkung ist erreicht, wie aus der Überraschung des Zaren hervorgeht. Das war doch sehr gut!

Nr. 9186

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Korfu

Telegramm. Konzept

Nr. 12 Berlin, den 5. Mai 1909

Interessanten Brief vom 29. v. Mts.* mit Dank erhalten. Gewiß wollen und dürfen wir uns den russischen Zukunftshoffnungen betreffs der Dardanellen nicht in den Weg stellen. Das ist Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus bekannt, nicht nur auf Grund unserer ganzen Politik seit hundert Jahren, sondern auch, weil es ihm Seine Majestät der Kaiser im Laufe dieses Winters brieflich ausdrücklich wiederholt hat. Jetzt ohne zwingende Veranlassung und ohne daß bezügliche russische Wünsche an uns herangetreten sind, diese Frage direkt oder indirekt bei den Russen anzuregen, würde ich nicht für richtig halten. Die Russen würden darin eine Falle sehen und glauben, daß wir sie in Schwierigkeiten verwickeln und namentlich in Gegensatz zu den Westmächten bringen wollten. Daß insbesondere Kaiser Nikolaus eine solche Anregung von unserer Seite in diesem Lichte betrachten würde, dafür dürften Iswolsky und andere sicher sorgen. Ein vorzeitiges Anerbieten an Rußland oder Ermutigen von Rußland würde uns aber auch unwiderruflich die Sympathien und das Vertrauen der muhamedanischen Welt kosten, England und Frankreich mit neuem Mißtrauen erfüllen und in Österreich den Argwohn erwecken, daß wir es gar nicht abwarten könnten, Rußland neue Avancen zu machen.

Also: In keiner Weise gegen die russischen Dardanellen-Aspirationen auftreten, aber uns den Russen auch nicht vorzeitig und unaufgefordert anbieten, sondern abwarten bis die Frage reif wird.

Bülow

* Nicht bei den Akten.

9150